

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Andrzej Nowak

DAS VERGESSENE APPEASEMENT VON 1920

LLOYD GEORGE, LENIN UND POLEN



Andrzej Nowak

Das vergessene Appeasement von 1920

Andrzej Nowak

Das vergessene Appeasement von 1920

Lloyd George, Lenin und Polen

Übersetzung: Dr. Markus Krzoska
Redaktion: Dr. Albrecht Walsleben



FUNDACJA IM.
JANUSZA KURTYKI

Ausgezeichnet mit der 4. Ausgabe des *Janusz Kurtyka Award*

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde durch 35 wissenschaftliche Bibliotheken und Initiativen ermöglicht, die die Open-Access-Transformation in der Geschichte fördern.



Ministry of Science and Higher Education
Republic of Poland

Mit finanzieller Unterstützung durch Mittel der Republik Polen für das Programm *Spółeczna Odpowiedzialność Nauki* (Soziale Verantwortung für Wissenschaft) des Ministeriums für Wissenschaft und Bildung (Projektnummer: 513955).



FUNDACJA IM.

JANUSZA KURTYKI

Die Janusz Kurtyka Stiftung, ul. Wysłouchów 4/20, 30-611 Kraków, Poland,
www.fundacjakurtyki.pl, e-mail: nauka@fundacjakurtyki.pl



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.
Weitere Informationen finden Sie unter <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>.

ISBN 978-3-11-133143-0
e-ISBN (PDF) 978-3-11-133188-1
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-133199-7

Library of Congress Control Number: 2024932863

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Originalausgabe: Wydawnictwo Literackie, Kraków

© 2024: Janusz Kurtyka Stiftung (für den Autor), publiziert von Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über www.degruyter.com

Coverabbildung: „The political subdivision of the Polish territory before the war and its linguistic areas” (1918). Quelle: The Library of Congress' Public Domain Archive <https://loc.getarchive.net/media/the-political-subdivision-of-the-polish-territory-before-the-war-and-its-linguistic>.

Satz: bsix information exchange GmbH, Braunschweig

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Open-Access-Transformation in der Geschichte

Folgende Einrichtungen und Initiativen haben durch ihren Beitrag die Open-Access-Veröffentlichung dieses Titels ermöglicht:

Universitätsbibliothek Bayreuth
Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz
Freie Universität Berlin
Universitätsbibliothek Bern
Universitätsbibliothek Bielefeld
Universitätsbibliothek Bochum
Universitäts- und Landesbibliothek Bonn
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt
Universitätsbibliothek Duisburg-Essen
Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf
Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg, Frankfurt a. M.
Universitätsbibliothek Gießen
Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek, Hannover
Technische Informationsbibliothek (TIB)
Universitätsbibliothek Hildesheim
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol, Innsbruck
Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau
Universitätsbibliothek Kassel – Landesbibliothek und Murhardsche Bibliothek der Stadt Kassel
Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
Universitätsbibliothek Mainz
Bibliothek des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte, Mainz
Universitätsbibliothek Marburg
Universitätsbibliothek der Ludwig-Maximilians-Universität München
Universitäts- und Landesbibliothek Münster
Bibliotheks- und Informationssystem (BIS) der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Universitätsbibliothek Osnabrück
Universität Potsdam
Universitätsbibliothek Regensburg

Universitätsbibliothek Vechta
Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel
Universitätsbibliothek Wuppertal
Zentralbibliothek Zürich

Vorwort

Die Landbrücke zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer und die Nationen, die sie bewohnen, haben eine gemeinsame Geschichte. Das Bewohnen eines gemeinsamen geografischen Raums führt natürlich zu Ähnlichkeiten. Der Aspekt, über den ich hier schreibe, betrifft jedoch nicht die kulturelle Konvergenz. Im 18., 19. und 20. Jahrhundert standen die Gesellschaften und Völker in diesem Teil der Welt im Schatten der Unterdrückung durch das Russländische Reich. Während ich diese Einleitung im Juni 2022 schreibe, kann ich nicht gleichgültig an der nächsten Etappe dieser Unterdrückung vorbeigehen, nämlich dem Ausbruch eines umfassenden Krieges zwischen der Ukraine und Russland. Einen Konflikt dieses Ausmaßes hat es in Europa zuletzt 1945 gegeben. Die Geschichte des Ausbruchs dieses Krieges, der durch die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 begonnen hat, besteht darin, dass der Aggressor einfache Fakten untergräbt: dass die Ukraine ein souveräner Staat ist und das Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung hat. Der russisch-ukrainische Konflikt brach 2022 erneut aus und seine diplomatische Vorgeschichte (z. B. das so genannte Normandie-Format), die darauf abzielte, ihn durch territoriale Zugeständnisse der Ukraine an Russland zu entschärfen, erwies sich als ein Spiel auf Zeit für Russland und als Zeitverschwendung für den Rest der beteiligten Länder.

Besonders interessant ist im Rahmen dieses Buches, dass es eine Reihe von Parallelen zwischen dem Konflikt unserer Zeit und der Periode der Entstehung der Versailler Ordnung am Ende des Ersten Weltkrieges gibt, die Professor Andrzej Nowak akribisch beschreibt.

Erstens: Das Land – das Problem –, auf das sich die Gedanken der führenden Politiker Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und der Vereinigten Staaten 1920 konzentrierten und heute noch konzentrieren, ist Russland. Die Frage, die der Autor in diesem Buch immer wieder aufwirft, lautet: „Wie kann der Frieden im Osten gesichert werden?“. Seit 2014 wird sie in den diplomatischen Salons wieder gestellt. Damals, nach dem Sieg der kommunistischen Revolution und der Niederlage der Armeen des „weißen Russlands“, bereiteten sich die Bol’ševiki auf einen Angriff auf das wiedererstehende Polen vor. Damals wurden die polnischen Bestrebungen, den Staat in den Grenzen von 1772 wiederherzustellen, von westlichen Diplomaten als imperial bezeichnet, während den russischen Bestrebungen, Polen vollständig zu besetzen und zu sowjetisieren, kein solches Adjektiv vorangestellt wurde – Russland hatte Recht.

Haben die westlichen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2014 im Fall der Krim nicht ähnlich gehandelt? Sie bezeichneten die Annexion formell als illegal, äußerten aber Verständnis für den Schritt und beließen ihn de facto ohne Folgen

für die Beziehungen zu Russland. Ebenso verschlossen sie die Augen vor den gut ausgerüsteten Truppen der sogenannten Separatisten im Donbass. Diese waren so gut ausgerüstet, dass sie der regulären ukrainischen Armee einen ebenbürtigen Kampf liefern konnten... Durch die Annahme eines weiteren Geschenks der westlichen Länder und Russlands, der so genannten Minsker Vereinbarungen, beraubte sich die Ukraine der Möglichkeit, die von den so genannten Separatisten eroberten Gebiete zurückzugewinnen. Im Jahr 2022 unternahm Russland den zweiten Schritt und griff nach der gesamten Ukraine. Ein ähnliches Szenario hätte sich 1920 in Polen ereignen können, als das britische Empire während der laufenden sowjetischen Offensive vorschlug, die polnische Grenze entlang der so genannten Curzon-Linie zu ziehen. Die Annahme dieses (von den Bol'sheviki abgelehnten) Vorschlags hätte die Front mit dem Segen der Initiatoren weit nach Westen verlagert und der Roten Armee eine weitere Expansion ohne Kosten ermöglicht. Die diplomatischen Instrumente, die damals und heute als Lösung vorgeschlagen werden, sind in ihrer Ähnlichkeit und Naivität verblüffend.

Im Westen hingegen wurde der ideologische Faktor übersehen, der eine dritte Parallele zwischen den Dramen darstellt, die ein Jahrhundert auseinander liegen. Die Sowjets lehnten die britischen Vorschläge ab, was unlogisch war. Sie wollten Europa auf eigene Faust erobern, ohne die Zusammenarbeit mit dem britischen Empire. Die Welt hat auch nicht verstanden, warum Russland 2022 entgegen aller Logik angegriffen hat. In Russland steht die Ideologie immer an erster Stelle. Ob es sich um den Glauben an einen Halbgott-Zaren, eine kommunistische Utopie oder einen Erneuerer des Imperiums handelt, die Ideologie wird zu einem Schleier, der das im Westen bevorzugte pragmatische Kalkül verdeckt. Dadurch werden westliche Analysten, die durch das Prisma der Landkarte und der Logik schauen, regelmäßig getäuscht. Die Ideologie macht Russland auch zu einem Land, das in einem anderen historischen Kontext steht. In einer Zeit der kollektiven Bündnisse wie der NATO oder der EU und der globalen Zusammenarbeit schlägt es vor, die Welt zu Regierungssystemen zurückkehren zu lassen, die auf Imperien und einem Gleichgewicht der Kräfte basieren, das bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Aber Kriege und Verluste sind in Russland nicht das Wichtigste. Sie sind notwendige Kosten, die getragen werden müssen, und nicht eine Situation, die um jeden Preis vermieden werden sollte. Eine Rückkehr zu den Grundsätzen des Wiener Systems ist heute im Kreml ein Traum.

Daher sollte eine vierte Konvergenz hervorgehoben werden: Unabhängig von der Epoche unterscheidet sich Russland in seiner Einschätzung des Nutzens des Friedens stark vom Westen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es dem Land an Demokratie mangelt und es daher nur relativ notwendig ist, sich um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu kümmern. Für die westlichen Staats- und Regierungschefs war 1920, nach Jahren des verheerenden Krieges, der Frieden das wichtigste

Element der internationalen Ordnung. Das Gleiche gilt heute, wo der wirtschaftliche Wohlstand, den der Frieden mit sich bringt, der Schlüssel zur Stabilität in der westlichen Welt geworden ist. Für Russland ist der Frieden nur einer der möglichen operativen Zustände, in denen es existieren kann.

Aus dem Ersten Weltkrieg stammen die russischen Vorstellungen über das Recht auf Gewaltanwendung im Falle eines angeblichen Ungleichgewichts oder zur Ausdehnung der Grenzen einer Einflussosphäre. Zeitgenössische politische Konzepte über das Recht einer Nation, zu wählen, in welchem politischen System sie lebt, das Recht, sich Verbündete und Handelspartner auszusuchen, treffen in Russland auf Verwunderung und Unverständnis, sie stiften Verwirrung und werden missverstanden. Russland selbst will für andere Länder und Völker definieren, wie die Dinge zu sein haben. Das taten die Zaren und die Kommunisten. Ist es da verwunderlich, dass Putin heute auch die Beziehungen zu seiner Umgebung auf diese Weise gestalten will? Der Hauptgrund für den Ausbruch des Konflikts unserer Zeit ist die systematische Hinwendung der Ukraine nach der so genannten Orangen Revolution im Jahr 2005 zu prowestlichen (eher entwicklungsfreundlichen) Positionen, die nach Ansicht der russischen Führung inakzeptabel sind und das Land aus dem Einflussbereich Russlands herausziehen. 1920 versuchten die Bol'sheviki, eine Einflussosphäre abzugrenzen, die in dem Versuch endete, Deutschland und Italien zu sowjetisieren. Kümmerten sie sich um die Stimme der Nationen, die ihnen im Weg standen? Interessiert sich Russland heute für die Meinung der Ukrainer? Die westlichen Politiker haben die Ambitionen der russischen Führung jahrhundertlang unterschätzt.

Hinter allem steht die Frage der Unterstützung im weitesten Sinne (und insbesondere der Aufrüstung) zur Stärkung der Strukturen und der Waffenlieferungen an die Staaten, die Opfer von Aggressionen sind, um den Angreifer angesichts der immer bedrohlicheren Möglichkeit eines umfassenden Krieges zurückzuschlagen. Dies ist der fünfte Punkt der Ähnlichkeit mit den Ereignissen, die 1920 in Bezug auf Polen stattgefunden haben. Die 1920 auf polnischem Gebiet anwesenden Militärmissionen – die französische und die britische – vertraten unterschiedliche Positionen. Die Franzosen waren aktiv, bildeten Polen aus und rüsteten sie mit Waffen nach, während die Briten Scheinaktionen durchführten. Wenn wir heute die Aktivitäten der Amerikaner, Polen und Briten angesichts des Krieges in der Ukraine betrachten und mit denen Deutschlands oder Frankreichs vergleichen, stellt sich dann nicht die Frage, wer der Anführer des Appeasements ist?

Bei der Lektüre des Buches von Professor Andrzej Nowak kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass viele der Denkmuster, die in der Zeit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens zu beobachten waren, heute in Bezug auf die Ukraine wieder präsent sind. Ich habe oben fünf davon genannt, aber es gibt noch mehr. Was sich vor allem nicht geändert hat, ist, dass die Verfechter des Ap-

peasements – Beschwichtigung durch Befriedigung des imperialen Aggressors, um den Frieden zu gewinnen – weiterhin eine aktive Rolle in der Politik weltweit spielen. Fälschlicherweise wird die Beschwichtigungs politik mit den Beziehungen zwischen Deutschland und den westlichen Ländern in Verbindung gebracht. Ihre Ursprünge gehen auf das Ende des Ersten Weltkriegs zurück, und ihr erster Nutznießer war Sowjetrußland. Rußland ist im Allgemeinen und bis heute der größte Profiteur der Beschwichtigungs politik des Westens, der bereit ist, für den Preis des Friedens viel aufzugeben. Wie 1920 gegenüber Sowjetrußland oder 1938 gegenüber Nazideutschland trägt diese Politik die gleichen Früchte. Ihre Wirkung ist wie vor einem Jahrhundert das Scheitern. Das Appeasement gegenüber dem von Vladimir Putin regierten Rußland zwischen 2014 und 2022 hat zu einem ausgewachsenen Krieg geführt. Dieses Gedankenkonstrukt und die Folgen seiner Anwendung sind Gegenstand des Buches, das Sie in Händen halten. Die Beobachtungen des Autors beziehen sich zwar auf die Realität vor einem Jahrhundert, sind aber gerade deshalb hochaktuell. Der Kontext erinnert uns auch an die römische Maxime von Cicero *historia vitae magistra est*, die wir in unserer großenwahnsinnigen Ansicht, der Mensch sei in der Lage, die Welt und ihre Gesetze zu verändern, oft vergessen und, ohne zu wissen warum, übersehen wir eine andere: *si vis pacem para bellum*.

Paweł Kurtyka
Präsident der Janusz-Kurtyka-Stiftung

Wehe dem Menschen, dessen Schicksal von einem anderen abhängt, aber zweimal wehe der Nation, die vom Interesse einer anderen Nation abhängt! Nationen haben kein Gewissen.

Aleksander Graf Fredro, Drei mal drei

You have the right to go to hell in your own way.

David Lloyd George über die gegen den bolschewistischen Überfall kämpfenden Polen, 22. Juli 1920¹.

¹ Kommentar des britischen Premierministers zum Thema der Polen in einem Gespräch mit einer Gewerkschaftsdelegation (TUC), die verlangte, dass man Polen im Kampf gegen Sowjetrussland keinerlei Hilfe leisten solle. Parliamentary Archive London, Lloyd George Papers, F217/9 (Lloyd George – TUC deputation meeting, 22 July 1920).

Inhaltsverzeichnis

Vorwort — VII

Einleitung — 1

Teil I: **Der Traum vom unabhängigen Polen und die „Weltbegriffe“**

- 1 **Das Problem mit der polnischen Unabhängigkeit — 17**
- 2 **Die Grenzen von Macht (und Vorstellungskraft) der Sieger: ein Blick aus Versailles — 23**
- 3 **War Piłsudski ein Werkzeug von Paris? Frankreich und die polnische Ostpolitik (Januar – April 1920) — 46**
- 4 **Ohnmacht: Washington, das Sowjetimperium und die Bedrohung der polnischen Unabhängigkeit — 65**

Teil II: **Die Polnische Krise – ein kurzer Lehrgang**

- 1 **Zwischen Lloyd Georges Frieden und Piłsudskis Frieden (Januar – April 1920) — 82**
- 2 **Das Spiel um die Ukraine (Mai 1920) — 98**
- 3 **In Richtung Curzon-Linie (Juni – Juli 1920) — 105**
- 4 **Antwort aus dem Politbüro (Juli 1920) — 116**
- 5 **Frieden um jeden (polnischen) Preis — 127**

Teil III: **Wie arbeitet das Hirn des Imperiums?**

- 1 **Balfour oder Das Zurückdrängen des Chaos — 153**
- 2 **Lewis Namier – oder die Rache auf der (polnischen) Landkarte — 168**
- 3 **Zwei Sekretäre: Kerr und Hankey — 195**
- 4 **Der richtige Mann am falschen Ort: Horace Rumbold in Warschau — 205**
- 5 **Lloyd George und seine machtlosen Minister (Curzon und Churchill) — 229**
- 6 **Die „Stimme des Volkes“ und ihre Repräsentanten — 261**
- 7 **Brainstorming und seine „Befriedigung“ (Juni – August 1920) — 277**
- 8 **Coda — 318**

Teil IV: **Polnische Anhänge und Fragen**

- 1 **Links ist frei oder Piłsudskis Appeasement — 333**
- 2 **Fragen zum Frieden von Riga — 358**

Abbildungsverzeichnis — 382

Bibliographie — 383

I Archivalien — **383**

II Dokumentensammlungen und andere Quellenveröffentlichungen — **384**

III Presse — **386**

IV Monographien, Abhandlungen, Aufsätze — **386**

Index — 393

Einleitung

Dies ist ein Buch über Schwäche und Stärke in der menschlichen Natur und in der Politik. Über die Schwäche der demokratischen politischen Eliten und wie sie sich durch die Vorstellungskraft und den Willen der Großmächte steuern lassen, die angesichts der Aggression undemokratischer Imperien zurückweichen. Dies ist ein Buch über die erhabenen Parolen von Ordnung und Frieden sowie den Willen, sie unter möglichst geringen Kosten zu erlangen (am besten allein auf fremde Kosten). Dies ist ein Buch über die menschliche Fähigkeit, sich selbst zu belügen.

Es ist dies jedoch kein moralischer Traktat, sondern der Versuch der historischen Analyse eines Phänomens, das mit dem englischen Begriff *appeasement* bezeichnet wird. Sie erreichte ihren tragischen Höhepunkt in der Haltung der Westmächte gegenüber der imperialen „Reconquista“, die zwischen 1938 und 1945 in Ostmitteleuropa zunächst gemeinsam vom nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion, und dann (fast ein halbes Jahrhundert lang) von Stalin allein betrieben wurde. Leider handelt es sich dabei nicht um ein Phänomen, das nur zur Geschichte gehört. Heute, Anfang des Frühjahrs 2015, wenn ich dieses Buch beende, habe ich den Eindruck, dass wir dieselbe Art von Politik beobachten oder sogar an ihr teilnehmen: die Ukraine ist ein Opfer der imperialen Politik Moskaus. Unruhig stellen wir uns die nächsten Opfer von Aggression und Appeasement vor ...

In diesem Buch lade ich aber in die Vergangenheit ein, zurück zu jenem geschichtlichen Moment, in dem der erste Versuch stattfand, eine Politik des „Beruhigens“ des (auch erstmals in der Geschichte auftretenden) totalitären Aggressors ins Leben zu rufen. Dabei handelt es sich um einen heute fast völlig vergessenen Versuch. Es lohnt sich schon allein deshalb daran zu erinnern, weil es der erste war. Aber auch, weil wir an seinem Beispiel die politischen, intellektuellen, emotionalen, ideologischen und zivilisatorischen Bedingungen analysieren können, die dazu beitragen, dass sich eine derartige Haltung verfestigte. Sie hielt sich im 20. Jahrhundert und hält sich weiter im 21. Jahrhundert, 30 Jahre nach dem angeblichen „Ende der Geschichte“.

Gehen wir zurück ins Jahr 1920. Im Sommer lud die Regierung Großbritanniens, des damals größten globalen Imperiums, die bolschewistische Regierung, die erfolgreich die Kontrolle über das weltweit zweitgrößte Imperium übernommen hatte, zu Gesprächen ein. Der liberale britische Premierminister David Lloyd George entschloss sich gemeinsam mit den Gesandten Vladimir Lenins dazu, eine neue Ordnung in Osteuropa festzulegen. Er entschied sich dafür in einem Moment, als die Rote Armee gegen Warschau marschierte, um „über die Leiche des weißen Polens“ Europa weiter zu erobern. Beginn der durch den Anführer der im Ersten Weltkrieg siegreichen Koalition der Westmächte an das

„rote“ Moskau adressierten Appeasement-Politik war die Note vom 11. Juli 1920, die vom formalen Leiter der britischen Außenpolitik, Lord George Curzon, unterschrieben wurde. Um die Forderungen der Bol'seviki zufriedenzustellen, boten die Unterzeichner Lenin und Trockij einen Teil Osteuropas an, der nie zu Russland gehört hatte: Ostgalizien. Die Westmächte schlugen dem sowjetischen Staat, der gerade eine Operation zur militärischen Eroberung Osteuropas durchführte, vor, einen strategisch wichtigen Teil dieses Gebiets ohne weiteren Krieg zu übernehmen. Dabei fragte man nicht nach der Zustimmung derer, denen dieses Land gehörte, nämlich zu diesem Zeitpunkt Polens (noch der sich mit Polen um das Recht auf dieses Land streitenden und in der Emigration verbleibenden Regierung der Westukrainischen Volksrepublik).

Diese Note wird unter dem Namen „Curzon-Linie“ in die Geschichte eingehen, obwohl, wie wir später sehen werden, der Lord, nach dem sie benannt ist, nichts mit ihrer Vorbereitung zu tun hatte. Dem sollte eine Konferenz in London folgen, zu der David Lloyd George persönlich Lev Kamenev, Lenins Stellvertreter im Rat der Volkskommissare (also der sowjetischen Regierung) und die Nummer zwei im Politbüro der Kommunistischen Partei Russlands (Bol'seviki), einlud, der bereits an den Vorgesprächen an der Themse teilgenommen hatte.

Kulminationspunkt dieser Politik war die im britischen Parlament am 10. August 1920 präsentierte Entscheidung Lloyd Georges, der polnischen Regierung die Annahme der Forderungen der sowjetischen Seite zu empfehlen, deren Heer, die Rote Armee, sich gerade den Vororten Warschaws näherte. Es handelte sich um Forderungen, die faktisch eine Sowjetisierung Polens bedeuteten. Es ging nicht mehr nur um ein Stück Territorium, sondern um den ganzen Staat, die ganze Nation, ja, im Grunde um die gesamte, viele Staaten und Nationen umfassende Region: das mitunter Ostmitteleuropa genannte Gebiet, wo nach 1918 auf den Trümmern der alten Imperien der Romanovs, der Hohenzollern und der Habsburger neue oder früher existierende Staaten sichtbar zu werden begonnen hatten. Kurz nach dem Fall Warschaws (eventuell der „friedlichen“ Sowjetisierung Polens) sollten Gesandte Lenins sich auf einer Konferenz in London mit dem britischen Premierminister in der Rolle des Gastgebers und mit den Teilnehmern zusammentreffen, die aus dem Westen oder dem Osten Europas noch in der Rolle von Bittstellern eingeladen werden sollten. Lloyd George wollte gemeinsam mit dem Vertreter der Regierung des kommunistischen Russlands auf dieser Konferenz das System von Versailles von Osten her „vollenden“ (bzw. eher es grundlegend revidieren); „vollenden“ durch die Befriedigung der territorialen Ambitionen der Sowjetmacht.

Der britische Premier wollte nicht verstehen, genauer gesagt wollte er nicht zur Kenntnis nehmen, dass sich jene Ambitionen nicht auf das Territorium Ostgaliziens, ganz Polens oder Ostmitteleuropas beschränkten. Sie umfassten nämlich ganz Europa. Lenin rechnete damit, dass er alles erobern würde oder zumindest

zu seiner erträumten, gemäß der marxistischen Ideologie konstruierten „Heimat des Proletariats“, Deutschland, dazuzustoßen, dem Zentrum industrieller Macht Kontinentaleuropas und zugleich dem größten Zentrum der Arbeiterbewegung. Deshalb begnügten sich Lenin und die Rote Armee nicht mit der großzügigen Offerte des Anführers der westlichen Entente, sondern machten sich auf zum Kampf um alles – und sie verloren. Sie verloren, weil sie die polnische Armee bei Warschau aufhielt. Der erste Versuch eines Appeasements, nämlich die bewusste Übergabe Osteuropas durch eine westliche Macht an die Herrschaft eines aggressiven, totalitären Systems scheiterte. Und sie geriet in Vergessenheit.

Der Schlacht von Warschau – auch „Wunder an der Weichsel“ genannt – gedenken wir jedes Jahr am 15. August und feiern sie als großen polnischen Sieg. Wir erinnern uns dagegen überhaupt nicht mehr daran, dass vor den Konferenzen von München und Jalta, die den Handel mit den Ländern und Nationen Mittel- und Osteuropas durch die liberalen Westmächte symbolisieren, die bereit waren, diese totalitären Aggressoren zu übergeben, und schon bevor man sich das sogenannte Normandie-Format ausdachte, das auf Treffen der Anführer Frankreichs und Deutschlands mit Vladimir Putin in Minsk über das Schicksal der Ukraine entscheiden sollte, es bereits zuvor eben jene Konferenz in London gab bzw. geben sollte. Sie war für den August 1920 geplant und sollte auf den Trümmern des „weißen Polens“ stattfinden. Wir erinnern uns nicht, dass Polen und ganz Mittel- und Osteuropa nicht viel davon trennte, dass sich dieses, vom liberalen Anführer einer westlichen Macht ausgedachte Drehbuch erfüllte.

Ich werde hier nicht in Richtung der heute so modischen alternativen Geschichte gehen, die das zu erfassen versucht, was nicht geschehen ist, aber hypothetisch hätte passieren können. Ich werde mich nicht damit aufhalten, was gewesen wäre, wenn Lenin sich mit dem britischen Vorschlag voll und ganz zufriedengegeben hätte: was mit Polen geschehen wäre, mit den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, wenn sie bereits 1920 in die sowjetische „Einflussosphäre“ geraten wären, und was mit Deutschland, mit ganz Europa... Ich möchte hier etwas anderes analysieren: den wirklichen politischen Weg, aber auch die Beweggründe der Elite einer westlichen Macht, die zu jenem ersten Akt in der Geschichte des Appeasements geführt haben. Dies erscheint mir vor allem aus zwei Gründen interessant zu sein. Erstens, weil bisher niemand über diesen ersten Versuch geschrieben hat. Zweitens, weil das Appeasement ein sehr wichtiges Phänomen in der Geschichte – nicht nur der politischen, sondern auch der intellektuellen, man könnte sogar sagen der geistigen Beziehungen zwischen der imaginierten Gemeinschaft des Westens und der tatsächlich erlebten Gemeinschaft der Opfer von München, Jalta sowie ihrer früheren und späteren Verkörperungen ist. Und in diese Geschichte möchte ich mich hier vertiefen.

Ich erinnere einleitend daran, dass das Wort Appeasement selbst im September 1938, mit der bereits erwähnten Münchner Konferenz, in die in ganz Europa verständliche Sprache einging. Die Vertreter der demokratischen Westmächte Großbritannien und Frankreich sowie des faschistischen Italiens und des nationalsozialistischen Deutschlands vereinbarten damals die „Lösung“ des Problems der Forderungen Adolf Hitlers gegenüber der Tschechoslowakei. Was für eine Lösung war das? Eine Ruhigstellung durch Befriedigung (des Aggressors). Das beschreibt das Wort Appeasement am besten. Die Premierminister Großbritanniens und Frankreichs stimmten – statt einen Krieg zu riskieren – zu, Hitler lieber die Tschechoslowakei zur Beute vorzuwerfen, ein „entferntes Land“, wie der britische Premier Neville Chamberlain bemerkte, „von dem wir nichts wissen“.

Hitlers Ansprüche hatte man schon früher auf diese Weise befriedigt. Schon nachdem er Österreich an seinen Staat angeschlossen hatte und bewaffnet ins Rheinland einmarschiert war sowie den Ausbau von Heer und Luftwaffe angekündigt hatte, war jedes Mal die Rede von einer „Vergewaltigung der Grundsätze“, von unvermeidlichen Sanktionen gewesen. Und jedes Mal folgte am Ende die „Befriedigung“. Hitlers Appetit ließ sich aber nicht ohne Krieg befriedigen, letztlich einen Krieg um das Überdauern des Westens. Vielleicht wäre es nicht dazu gekommen, wenn früher einer der Mächtigen der westlichen Welt „Stop!“ gesagt hätte. Wenn jemand dem Aggressor bewiesen hätte, dass sich Aggression nicht auszahlt, wenn Hitler angesichts seiner Wähler/Untertanen nicht 1945, sondern 1935, 1936 oder spätestens 1938 gedemütigt worden wäre. Je später man den Aggressor aufzuhalten versucht, desto höher ist der Preis dafür. Das ist der Preis des Appeasements.

Diejenigen, die eine solche Politik fördern und umsetzen, machen sich jedoch nicht allzu viele Gedanken darüber, weil sie wissen, dass der Preis dafür von anderen gezahlt wird, eben jenen „fernen (und kleinen) Nationen, von denen wir nichts wissen“. Irgendwelchen Tschechen. Oder Polen. Oder Ukrainern. Sind sie es wert, dass man sich mit ihnen beschäftigt? Sie verursachen nur Schwierigkeiten, die die „ernsthaften Akteure“ im Schweiß ihres Angesichts lösen müssen. Auf der nächsten Konferenz, die zu einem großen Symbol des Appeasements wurde, in Jalta im März 1945, formulierte dies der Präsident der Vereinigten Staaten (eines Landes, das damals erst seit einhundertsiebzig Jahren existierte) mit einem so typischen Überlegenheitsgefühl: „Polen war seit etwa 500 Jahren eine Quelle von Problemen“. Und zusammen mit Winston Churchill gestattete er es Stalin, dieses polnische „Problem“ zu lösen. Bei dieser Gelegenheit wurde das „Problem“ ganz Osteuropas, von Stettin bis Triest, gleich mitgelöst, wie es ein Jahr später Churchill, ein Beteiligter des Völkerhandels von Jalta, auf den Punkt brachte.

An München und Jalta erinnern wir uns. Jedenfalls erinnern sich diejenigen, die sich überhaupt auf die Geschichte beziehen, und sie streiten über die Bewer-

tung einer Politik, die München hervorbrachte, und die zur „Ordnung von Jalta“ führte. Das Appeasement hat aber seine Vorgeschichte, sie reicht mit ihren Wurzeln tiefer zurück als bis 1938. Sie reicht aber auch weiter zurück als die mitunter für den Anfang dieses Phänomens gehaltene und zweifellos die Zustimmung zur Passivität der Westmächte bezeichnende japanische Aggression gegen China im Jahre 1931 oder die italienische gegen Abessinien vier Jahre später. Das Appeasement begann unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Über diese Anfänge schreiben die Historiker deutlich seltener, und zwar nur im Kontext der Haltung eines Teils der angelsächsischen Politiker, die diese gegenüber dem besiegten Deutschland auf der Friedenskonferenz von Versailles einnahmen. Sie erwuchs aus dem Gefühl einer Schuld gegenüber dem besiegten Aggressor und dem Willen, es zu befriedigen, jedenfalls es nach dem gewonnenen Krieg nicht zu irritieren. Diese Argumentation bildete sich bereits auf der Pariser Friedenskonferenz in den ersten Monaten des Jahres 1919 heraus. Sie sollte Jahre später als Rechtfertigung der Forderungen und Aggressionen Nazideutschlands dienen: es sei ihm doch Unrecht getan worden, man könne und solle sogar die territorialen Verluste vergüten, genauer gesagt, seine Ansprüche in einer Region befriedigen, die von den Interessen und Sensibilitäten der westeuropäischen Mächte, besonders Großbritanniens, so weit wie möglich entfernt ist. Man könne und müsse den Deutschen in Osteuropa auf Kosten Polens und der Tschechoslowakei nachgeben.

Hervorragend hat der britische Wissenschaftler Antony Lentin dieses Phänomen in einer vor Kurzem erschienenen Monographie untersucht. Er bezeichnete die damals unter den Vertretern Londons auf der Pariser Konferenz verbreitete Haltung als „Meaculpsimus“: ein Gefühl der Schuld, dass man einen großen und würdigen Gegner, Deutschland, gedemütigt habe, indem man ihm zu schwere Friedensbedingungen aufgebürdet habe¹. Eine Ergänzung dieses Gefühls war die Überzeugung, dass die Begünstigten dieser im Grunde friedensgefährdenden Vereinbarungen einige unbekannte, wahrscheinlich halbwilde Völker waren, die östlich von Deutschland lebten. Der konsequenteste Befürworter des „Zufriedenstellens“ des besiegten Deutschlands auf der Konferenz und gleichzeitig eines der wichtigsten Mitglieder der britischen Friedensdelegation, der Premierminister der südafrikanischen Regierung Jan Christiaan Smuts, hatte keine Zweifel an der rassistischen Wertlosigkeit der Völker, die östlich von Deutschland leben, insbesondere der Polen: „Sie sind Kaffern!“ (*Kaffirs, that's what they are!*)². In der von den wei-

1 A. Lentin, *Lloyd George and the Lost Peace. From Versailles to Hitler, 1919–1940*, New York 2001, S. 67–88.

2 Zitiert nach einem Brief Austen Chamberlains, des Schatzkanzlers im Kabinett von David Lloyd George, der die Äußerung von Smuts unmittelbar weiterleitete, an seine Schwester Ida vom

ßen Siedlern in Südafrika verwendeten Sprache bedeutet das so viel wie im amerikanischen rassistischen Slang das Wort „Nigger“. Anders könnte man es auch mit der Definition „geborener Sklave“ bezeichnen. Die moralische Entrüstung wegen der ungerechtfertigten Strafe, die das bezwungene Deutschland traf, verband sich auf eigentümliche Weise mit der „mentalenen Geographie“, der zufolge Europa, das auf diesen Namen stolz war, eben in Deutschland endete. Diese Moral des Fairplay mit dem als gleichrangig betrachteten Gegner (also den Deutschen) umfasste aber nicht diejenigen, die nicht zum Klub der („zivilisatorisch“ oder „rassisch“ wie man damals gerne sagte) gleichrangigen Gegner/Partner gehörten, weil sie östlich von den Deutschen lebten, also dort, wo die „Kaffern“ wohnten.

Die Basis für die unter den Angelsachsen schon auf der Konferenz in Paris verbreiteten, das Appeasement begünstigten Haltungen war jedoch nicht nur diese Art von Moral, sondern vor allem die pragmatische Überzeugung, dass ohne die Befriedigung der Ansprüche der anderen Mächte, selbst wenn sie vorläufig bezwungen worden waren, eine dauerhafte politische Ordnung, ein dauerhafter Frieden nicht möglich sei. Der Friede nämlich sei nach einer so gigantischen Tragödie, einem solchen Gemetzel wie dem Großen Krieg, den man später Ersten Weltkrieg nannte, das allerwichtigste. Wenn Deutschland, die größte Industriemacht Kontinentaleuropas, nicht freiwillig die neue Ordnung akzeptiere, dann werde es sie einfach zerstören. Anstatt die in den Jahren 1914 bis 1918 erlittenen Opfer mit dem Slogan des US-Präsidenten Woodrow Wilson zu rechtfertigen, dass es sich um einen Krieg gehandelt habe, der alle Kriege beenden sollte (*the war to end all wars*), konnte die Warnung auftauchen, dass, wenn man die Interessen Deutschlands nicht berücksichtige, ein Frieden eingeführt werde, der jeden Frieden beende (*the peace to end all peace*). Der grundlegende und am effektivsten zu verteidigende argumentative Unterbau des Appeasements ist ja der Frieden: man muss ihn bewahren, festigen, um jeden Preis verlängern. Nach dem Großen Krieg (ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg und im Grunde jedem folgenden...) ist gegen dieses Argument nur schwer etwas zu sagen. Wichtig ist aber auch ein anderes Element dieses Arguments, das schon etwas diskussionswürdiger ist, nämlich jenes, dass es die beste Art, den Frieden zu sichern, ist, die stärksten Mächte zufriedenzustellen. Sogar wenn sie sich de facto als Aggressoren herausstellen sollten, selbst wenn jenes „Zufriedenstellen“ unmittelbar auf Kosten der Schwächeren erfolgen sollte, sollten die Schwächeren im Namen des Friedens nachgeben. Sie sollten der Gewalt und den Aggressoren nachgeben und die friedensliebenden Mächte, die sich an der Aggression nicht beteiligen, erachten sich als dazu berechtigt, sie zu sanktionieren.

9.7.1919, in: The Austen Chamberlain Diary Letters. The Correspondence of Sir Austen Chamberlain with his Sisters Hilda and Ida, 1916–1937, hg. v. R. C. Self, Cambridge 1995, S. 116.

Der oben erwähnte Professor Lentin schlug vor, die britischen *appeasers*, also die Befürworter eines „Zufriedenstellens“ (Deutschlands) auf der Friedenskonferenz in Paris, in zwei Kategorien einzuteilen; die moralischen *appeasers*, also die radikalsten, und die taktischen, sagen wir, pragmatischen, also jene, die nicht unbedingt glauben, dass den besiegten Aggressoren Unrecht zugefügt wurde, aber davon überzeugt waren, dass man im Namen einer stabilen neuen Nachkriegsordnung den Deutschen nachgeben müsse – natürlich im Osten, am besten auf Kosten der dortigen „Kaffern“. Anführer der Gruppe der moralisch empörten *appeasers* war Jan Smuts. Als wichtigster Vertreter der breiteren Strömung der pragmatischen *appeasers* stellte sich dagegen der britische Premierminister David Lloyd George selbst heraus. Wir wissen, dass im Namen jenes taktischen Zufriedenstellens Deutschlands Lloyd George wie ein Löwe gegen Frankreich, das Deutschland schwächen wollte, dafür kämpfte, dass Polen nicht Danzig und Oberschlesien bekam. Er wollte auf diese Weise die Abneigung der Deutschen gegen die Nachkriegsordnung abschwächen, die auf dem Friedenskongress in Paris etabliert werden sollte. Er glaubte nämlich nicht an die Möglichkeit, Deutschland dazu zu zwingen, sich mit dem für es ungünstigen Verdikt der Siegermächte zu versöhnen.

Aber es ging in Paris bei der Etablierung der Prinzipien einer neuen Ordnung nicht nur um Deutschland. Es gab auch noch Russland, das am Beratungstisch nicht anwesend war, weil es in jenem Moment vom Bürgerkrieg der „Roten“ gegen die „Weißen“ erfasst war. Russland wurde von den Angelsachsen nicht mit solchem moralischen Mitgefühl behandelt wie das besiegte Deutschland, aber sie gingen mit ihm (beinahe) genauso vorsichtig um. Konnte also die Perspektive eines pragmatischen Appeasements nicht auch Russland betreffen? Denn wenn die Großmächte natürlich am wichtigsten sind und ihr Einverständnis zur neuen Ordnung das ausschließliche oder auch nur hinreichende Fundament ihrer Dauerhaftigkeit darstellt, dann müssen die siegreichen Westmächte nicht nur die Interessen Deutschlands, sondern auch die Großmachtinteressen Russlands berücksichtigen. Zumindes in dem Gebiet, in dem die Interessen Russlands und der Westmächte selbst gegenseitig nicht miteinander kollidieren. Eine solche Kollision gab es auf dem Gebiet Ostmitteleuropas gewiss nicht, das politisch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht existiert hatte, es gab nur die Grenze zwischen dem Imperium der Romanovs und dem Deutschen Reich, die Grenze zwischen Großrussland und Großdeutschland. Dort, wo nach über 120 Jahren Abwesenheit Polen auf der Landkarte entstand.

Es ist interessant, dass gerade Jan Smuts in einem Brief an Lloyd George darauf hinwies, wie vom Standpunkt der Dauerhaftigkeit der neuen Ordnung aus betrachtet das neue Polen unerwünscht sei. Nicht nur müsse man auf seine Kosten Deutschland „zufriedenstellen“, sondern auch Russland. Er schrieb: „Unter der Herrschaft dieses neuen Polens befinden sich Millionen Deutsche (und Russen) so-

wie Territorien, die über eine sehr lange Zeit ein Teil Deutschlands (oder Russlands) waren. Man kann sicher sein, dass sowohl Deutschland als auch Russland zum Status von Großmächten zurückkehren werden und dass das zwischen diesen beiden Mächten eingeklemmte Polen nur bei deren gutem Willen überdauern (wörtlich: ein Erfolg sein) wird. Wie können wir unter diesen Bedingungen erwarten, dass Polen etwas anderes als eine komplette Pleite sein wird, selbst wenn es die Fähigkeit des Regierens und Verwaltens besäße, die es – wie die Geschichte gezeigt hat – nicht besitzt. [...] Ich glaube, dass wir, wenn wir Polen schaffen, ein Haus aus Sand bauen³. Als Schlussfolgerung dieses Briefs forderte Smuts entschieden, Oberschlesien und Danzig an die Deutschen zu geben und fügte zugleich hinzu, dass aus der offensichtlichen Feindschaft Russlands gegenüber dem neuen polnischen Staat eine analoge Notwendigkeit herrühre, nämlich Russland so viel zu geben, wie es von den Territorien nehmen wolle, die jetzt jenes unglückliche polnische „Haus aus Sand“ bildeten. Diese Feststellung ist nicht weniger charakteristisch als die vom Mitschöpfer der Politik des britischen Empires für diskussionslos gehaltenen Prämissen, dass alle ethnisch nichtpolnischen Bewohner des heutigen Belarus oder der Ukraine Russen seien... Und nicht weniger wichtig als die Festlegung, die polnischen „Kaffern“ hätten keinerlei administrative Fähigkeiten, weswegen ihr Staat so oder so nicht überdauern könne. Im östlichen Europa könnten nur die traditionellen, in London (und sogar in Kapstadt) bekannten Imperien überdauern und dessen Stabilität gewährleisten: Russland und Deutschland. Sie würden schon hinreichend lange über administrative Fähigkeiten und solche des Regierens verfügen.

Man musste sich also um das Appeasement nicht nur Deutschlands, sondern auch Russlands kümmern. 1919 gab es jedoch keine Repräsentanten Russlands, mit denen man die Bedingungen für eine Befriedigung der Ansprüche hätte vereinbaren können. Erinnern wir daran, dass das ganze Jahr über der Bürgerkrieg andauerte, in dem die „Roten“ gegen die „Weißen“ kämpften. Die in Paris beratenden Delegationen der westlichen Siegermächte (Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und des in diesem Kreis weniger wichtigen Italiens) kamen überein, dass man mit einer endgültigen Klärung, wer der dauerhafte Herr des

3 The new Poland will include millions of Germans (and Russians) and „territories which have for very long periods been parts of Germany (or Russia). It is reasonably certain that both Germany and Russia will again be great Powers, and that, sandwiched between them, the New Poland could only be a success with their good will. How, under these circumstances, can we expect Poland to be rather than a failure, even if she had that ruling and administrative capacity which history has proved she has not? [...] I think we are building a house of [sic!] sand“. Brief von J. Smuts an D. Lloyd George vom 22.5.1919 auf der Konferenz in Paris, in: Selection of Smuts Papers, vol. IV, November 1918 – August 1919, hg. v. W. K. Hancock; Jean van der Poel, Cambridge 1966, S. 185–186.

Russischen Imperiums sein werde, noch würde warten müssen. Einstweilen solle man keine rechtlichen oder territorialen Verpflichtungen gegenüber den neuen Staaten eingehen, die in den Grenzgebieten jenes Imperiums entstanden waren. Diese Verpflichtungen könnten nämlich Russland nicht angemessen sein. Deshalb wurde auch formell weder die Existenz Litauens, Lettlands oder Estlands noch die Georgiens oder Aserbeidschans, Armeniens oder der Ukraine anerkannt. Für Polen, dessen Unabhängigkeit eines der offiziellen Ziele des Großen Krieges war (zumindest vom Zeitpunkt der berühmten „14 Punkte“ durch den US-Präsidenten an), wurde dagegen eine doppelte Begrenzung bestimmt. Ich widme ihr hier, in der Einleitung, zwei Absätze, weil ohne die Kenntnis dieser grundlegenden Vereinbarungen von 1919 die Natur und der Charakter der von den britischen Anhängern eines Appeasements gegenüber Lenin im Jahre 1920 schwer verständlich wären.

Ich rekapituliere also: als Polen am 28. Juni 1919 den Versailler Vertrag unterschrieb, musste es nicht nur die in ihm festgelegte Grenze mit Deutschland akzeptieren, sondern auch der in Artikel 87 enthaltenen Formel zustimmen: „Die Grenzen Polens, die in dem vorliegenden Vertrag nicht näher bezeichnet sind, werden die alliierten und assoziierten Hauptmächte (das waren die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan; A. N.) später bestimmen“⁴. Die sich mit der Festlegung jener Grenze auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Imperiums beschäftigende Kommission für Polnische Angelegenheiten, die auf der Pariser Friedenskonferenz am 12. Februar 1919 berufen wurde, legte am 14. April den Entwurf einer vorübergehenden polnisch-russischen Grenzziehung vor (die Ostgalizien nicht umfasste, das nicht zu Russland gehörte). Seine Bestimmungen wurden am 8. Dezember 1919 mehrheitlich vom Obersten Rat der Alliierten und Assoziierten Mächte bestätigt. Er gab am gleichen Tag folgende Erklärung heraus: „Ohne den Bestimmungen vorzugreifen, die in Zukunft die Ostgrenzen Polens festlegen müssen, erklären [die Mächte] hiermit, dass sie das Recht der polnischen Regierung anerkennen, nach den zuvor im Vertrag mit Polen vom 28. Juni 1919 vorgesehenen Bedingungen eine regelmäßige Verwaltung der westlich der nachstehend beschriebenen Linie gelegenen Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches zu organisieren“⁵. Die detaillierte Beschreibung dieser Linie kann man am einfachsten so

4 Zitiert nach der amtlichen Übersetzung ins Deutsche unter: <http://versailer-vertrag.de> (23.2.2022).

5 „The Principal Allied and Associated Powers, recognizing that it is important as soon as possible to put a stop to the existing conditions of political uncertainty, in which the Polish nation is placed, and without prejudging the provisions which must in the future define the eastern frontiers of Poland, hereby declare that they recognize the right of the Polish Government to proceed, according to the conditions previously provided by the Treaty with Poland of June 28, 1919, to organise a regular administration of the territories of the former Russian Empire situated to the

zusammenfassen: es handelte sich um die Bug-Linie, die sowohl Wilna als auch Grodno und Brest außerhalb des Bereichs der polnischen Verwaltung beließ, ganz zu schweigen von den weiter östlich gelegenen Territorien, die sich Russland in den drei Teilungen der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik in den Jahren 1772 bis 1795 angeeignet hatte. Als schon unbestritten polnisch wurden nur diejenigen Territorien anerkannt, die Russland selbst auf dem Wiener Kongress von 1815 abgegeben hatte, um in ihnen eben vom Bug östlich begrenzt das Rumpfkönigreich Polen zu schaffen. Der Beschluss vom 8. Dezember 1919 schloss jedoch nicht endgültig die Frage eventueller polnischer Ansprüche auf östlich dieser Linie gelegene Gebiete ab. Die Erklärung des Obersten Rates vom 8. Dezember endete nämlich mit den Worten: „Die Rechte, die Polen über die östlich der genannten Linie gelegenen Gebiete begründen kann, bleiben ausdrücklich vorbehalten“⁶.

Die Ostgalizienfrage wurde von der Kommission für Polnische Angelegenheiten im Juni 1919 am detailliertesten abgewogen. Am 17. Juni schlug man zwei Teilungsvarianten für Ostgalizien vor: entlang der Linie B (Lemberg und das Erdölgebiet von Borysław auf polnischer Seite belassend) oder entlang der Linie A (die Lemberg und das Gebiet von Polen abtrennt). Aber schon am folgenden Tag erhielt Polen das provisorische Recht zur militärischen Besatzung ganz Ostgaliziens angesichts der Bedrohung (damals wurde sie als eine solche in Paris wahrgenommen) durch die bolschewistische Offensive. Die Siegermächte stützten ihre Rechte, über das Territorium Galiziens zu entscheiden, auf die Bestimmungen des Friedensvertrags, den am 10. September 1919 Österreich mit ihnen geschlossen hatte, das zugunsten der Entente die souveränen Rechte auf die Gebiete aufgab, die sich außerhalb des verkleinerten staatlichen Territoriums des neuen, nicht mehr imperialen Österreichs befanden. Auf dieser Basis verliehen die Mächte am 21. November 1919 Polen für eine Zeit von 25 Jahren das Recht auf die Verwaltung Ostgaliziens unter der Kontrolle des Völkerbunds, unter Zusicherung von Freiheiten für die ukrainische Bevölkerung. Einen Monat später, am 22. Dezember, gelang es Polen angesichts der Tatsache, dass die Hoffnungen (vor allem Frankreichs) auf einen Sieg des „weißen“ Russlands im Bürgerkrieg zerstoßen, eine Aufhebung des Beschlusses über den vorübergehenden Charakter des Mandats in Ostgalizien zu er-

West of the line described below“, Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, The Paris Peace Conference, 1919, Volume XIII, Washington D. C. 1946, S. 793.

⁶ „The rights that Poland may be able to establish over the territories situated to the East of the said line are expressly reserved“, ebd.

zielen⁷. Auf diese Weise wurde im Grunde die Zugehörigkeit dieses Gebiets zu Polen anerkannt.

Wie aber von diesem Punkt ausgehend die Politik der Westmächte im Laufe von sechseinhalb Monaten hin zur Festlegung der Curzon-Linie gelangte, und noch einmal einen Monat später zum Vorschlag, ganz Polen der Gunst Lenins, Stalins und Trockijs zu überlassen, davon schreibe ich in den nächsten Kapiteln dieses Buches.

Im ersten Teil rekonstruiere ich den Horizont der politischen Vorstellungswelt und erzähle von den Absichten der Repräsentanten der im Ersten Weltkrieg siegreichen Westmächte sowie vom Platz Osteuropas in jenem Horizont im Jahre 1919 und Anfang 1920. Separat analysiere ich die politische Haltung Frankreichs und der Vereinigten Staaten angesichts der Herausforderung, die die Machtübernahme der kommunistischen Partei in Russland darstellte, aber auch angesichts des wiederentstandenen Polens und seiner Rolle in dieser Situation.

Im zweiten Teil zeige ich die weiteren Etappen der von David Lloyd George geleiteten britischen Politik gegenüber Sowjetrussland und dann des sowjetisch-polnischen Kriegs von Januar bis Mitte August 1920. Von der Parole „Frieden durch Handel“ – Frieden mit Moskau natürlich – über den Beginn von Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation in London, den Zusammenprall mit der polnischen Ostpolitik und dem Projekt der Trennung der Ukraine von Russland sowie das Nutzen des Scheiterns dieses Projekts zur Erhöhung des Rangs der Londoner Verhandlungen mit den Gesandten des „roten“ Moskaus führte dieser Weg letztlich zur Curzon-Linie und dazu, dass ein unabhängiges Polen durch Lloyd Georges Entscheidung vom 10. August 1920 abgeschrieben wurde. Ein wichtiges Element dieses Teils des Buches ist die Rekonstruktion – auf der Basis von Informationen aus den in den 1990er Jahren teilweise zugänglichen Moskauer Archivbeständen – der Haltung der Organe Sowjetrusslands zum politischen Vorschlag Londons, die Darstellung der Zerrissenheit des vierköpfigen Politbüros (Lenin, Kamenev, Trockij, Stalin) in dieser Frage und der letztendlichen Entscheidungen, die in Moskau in der zweiten Julihälfte 1920 fielen und die die Chance auf das von Lloyd George erträumte Appeasement verdrängten.

Der dritte Teil erscheint mir am interessantesten zu sein. In ihm greife ich nämlich zur historischen Lupe. Ich bemühe mich noch einmal, aber viel genauer die Grundlagen des Appeasements zu betrachten – und zwar, indem ich fast ausschließlich auf Archivadokumente zurückgreife, die bisher in der wissenschaftlichen Literatur nicht herangezogen wurden. Ich versuche auf die spannendste Fra-

⁷ Siehe die entsprechenden Dokumente in: *Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały*, hg. v. Remigiusz Bierzanek, Józef Kukułka, Bd. 2, Warszawa 1965, S. 344 und 376.

ge zu antworten, nämlich: wie kam es dazu? Von wo in der politischen Elite einer westlichen Macht stammte die Idee, das sowjetische Imperium auf Kosten Polens und anderer „kleiner Länder“ Ost- oder Ostmitteleuropas „ruhigzustellen“? Wie entstanden die detaillierten Ideen des Appeasements? Wer konkret schuf sie? Aber auch wer war dagegen und aus welchen Gründen? Ich begeben mich in diesem Teil auf das Niveau der Analyse des historischen Gedächtnisses und der politischen Vorstellungswelt einzelner Personen sowie der kulturellen und emotionalen Kontexte, die ihre Entscheidungen begleiteten. Zugleich suche ich aber nach universelleren „Mechanismen“ bzw. eher Eigenschaften der menschlichen Natur, die zutage treten, wenn eine solche Entscheidung als Antwort auf eine Bedrohung, das Gespenst eines Krieges und die Erfahrung der eigenen Schwäche gefällt wird.

Ziel dieser Arbeit ist es nicht, eine Anklageschrift gegen die politische Elite eines Staates oder auch allgemeiner des Westens zu verfassen. Gleichsam zum Vergleich mit den im grundlegenden Teil meiner Erzählung analysierten Positionen füge ich am Ende in der Form eines Anhangs zwei Texte bei, in denen ich die polnischen Versuche vorstelle, die bolschewistischen Ansprüche aus den Jahren 1919–1920 zufriedenzustellen: die geheimen Gespräche von Vertretern Piłsudskis mit Gesandten Lenins (denen das „weiße“, nichtbolschewistische Russland zum Opfer fallen sollte) und dann den schon offiziellen Vertrag von Riga.

Es geht mir in diesem Buch darum, den Moment aufzuzeigen und zu beschreiben, in dem der Zufall, ein Ereignis, die Persönlichkeit eines konkreten Individuums, schließlich die Umstände mit dem Wirken einer tieferen „Struktur“ politischer Reaktionen zusammentreffen: es geht darum, eben jenen Moment zu fassen, in dem das Appeasement geboren (oder vielleicht wiedergeboren) wird. Ob es mir gelungen ist, diesen auszumachen und zu beschreiben, das werden die Leser beurteilen.

Ich werde nicht detailliert die vielsprachige Literatur zum Thema der einzelnen Motive der britischen, französischen, amerikanischen, sowjetischen oder polnischen Politik der Jahre 1918–1921 besprechen, die in diesem Buch auftaucht. Die Nutzung dieser Literatur und die Haltung des Verfassers zu ihr spiegeln die Fußnoten wider. Natürlich verdanke ich ihr, oder besser gesagt einigen ihrer Titel, viel. Grundlage dieses Buches sind aber vor allem Quellen: aus den Archiven Großbritanniens (u. a. die Papiere Lloyd Georges aus den Parliamentary Archives in London, dem War Office, dem Foreign Office und den Cabinet Papers aus den National Archives in London-Kew; die Papiere Philip Kerrs aus den National Archives of Scotland in Edinburgh; die Papiere Horace Rumbolds aus der Bodleian Library in Oxford; die Papiere Winston Churchills und Maurice Hankeys aus dem Churchill College in Cambridge), der Vereinigten Staaten (u. a. die Papiere Bainbridge Colbys und Breckinridge Longs aus der Library of Congress in Washington, das Bakhtmeteff Archive in der Columbia University Library in New York), Russlands

(des Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv in Moskau), um nur die wichtigsten zu nennen.

Am Ende bleibt mir, meine Dankbarkeit der Fundacja na rzecz Nauki Polskiej auszusprechen, deren Zuschuss (das mir für die Jahre 2011 bis 2014 zuerkannte Professorenstipendium MISTRZ innerhalb des Forschungsprogramms *Geschichten und Erinnerungen der Imperien in Osteuropa: vergleichende Studien*) mir erlaubte, eine Suche in den für diese Arbeit wichtigsten britischen Archiven (Parliamentary Archives sowie National Archives of Scotland) durchzuführen.

Zu allergrößtem Dank bin ich – natürlich – meiner Familie verpflichtet, der ich schließlich die Zeit weggenommen habe, die ich beim Schreiben dieses Buches gebraucht habe. Ich erlaube mir daher, mit Dank für die Geduld, diesen Band Justyna, Zosia und Staś zu widmen.

Fastenzeit 2015–2024

**Teil I: Der Traum vom unabhängigen Polen und
die „Weltbegriffe“**

1 Das Problem mit der polnischen Unabhängigkeit

Das „schöne 19. Jahrhundert“ (Jerzy W. Borejsza, Jerzy W.) endete in Europa Ende Juli/Anfang August 1914. Es begann der Große Krieg. Während er andauerte, zerfiel endgültig, wie es schien, die politische Ordnung, die nach der Konferenz, die sie hundert Jahre früher begründet hatte, Wiener Ordnung genannt wurde. Die neue Ordnung, die 1919, nach dem Großen Krieg, sichtbar wurde, trug nach der nächsten großen diplomatischen Konferenz den Namen Versailler Ordnung. Sie dauerte nicht lange. Seit Beginn der 1930er Jahre erfolgreich revidiert, stürzte sie mit einem größeren Knall als die vorige im Jahre 1939 zusammen. Der nächste Große Krieg erwies sich als noch schrecklicher als der vorige. Danach würde wohl niemand mehr es wagen, das 20. Jahrhundert schön zu nennen.

Hätte es anders kommen können? Wäre es nach der tragischen Erfahrung der Jahre 1914 bis 1918 nicht möglich gewesen, eine dauerhafte Ordnung in Europa zu etablieren, die den Frieden gewährleistete oder zumindest für eine längere Zeit als eine Generation den nächsten Weltkrieg aufzuschieben? Auf diese Frage kommen Historiker immer wieder zurück, sogar Politiker beziehen sich auf sie. In einer etwas naiven Vereinfachung, die die Geschichte der Welt auf politische Geschichte, auf die Konsequenzen der Entscheidungen einiger Staatsmänner, reduziert, setzt man die Verfasser der wichtigsten Beschlüsse der Versailler Konferenz auf die Anklagebank und wirft ihnen – bzw. eher der von ihnen in Europa geschaffenen internationalen Ordnung – fatale Nachteile vor, die die Welt angeblich hin zur Katastrophe des zweiten Krieges gezogen haben.

Unter denjenigen, die überhaupt Überlegungen dieser Art anstellen, wiederholen sich Vergleiche der „guten“ Wiener Ordnung des 19. Jahrhunderts und des „schlechten“ Versailler Systems vom Anfang des 20. Das, was sie angeblich grundsätzlich unterschied, und zwar zum Nachteil des letzteren, war die unangemessene Bilanzierung der Großmachtinteressen. Im Wiener System hätten die fünf europäischen Hauptmächte, darunter das bezwungene Frankreich, einen relativ akzeptablen Modus Vivendi gefunden. Im Versailler System habe dagegen von Anfang an der Platz für zwei große Kontinentalmächte gefehlt – für das besiegte Deutschland und das vom Fieber der bolschewistischen Revolution erfasste Russland. Die verbliebenen Mächte – die siegreichen Großbritannien und Frankreich – seien (nach dem Rückzug Amerikas auf isolationistische Positionen) zu schwach gewesen, um die neue Ordnung auf ihren Schultern zu tragen. Dieser, unter anderem von solchen Erforschern der großen Diplomatie wie Henry Kissinger oder George Kennan, erhobene Vorwurf, verweist sofort auf den neuralgischsten Punkt, um den herum sich der Widerspruch der beiden dem neuen System entfremdeten

Mächte konzentrierte. Dieser Punkt war das im Versailler System wiederhergestellte Polen⁸. Polen stand zwischen Russland und Deutschland. Deutschland konnte sich nicht damit abfinden, zu dessen Gunsten einen Teil Oberschlesiens, Großpolen und vor allem den sogenannten „polnischen Korridor“ in Pommerellen verloren zu haben. Russland, das zur Brutstätte des globalen kommunistischen Systems geworden war, verlor an Polen nicht nur die Gebiete, die seit Katharina II. und Alexander I. sein strategisches westliches grenznahe Territorium gewesen waren, sondern auch die Verbindung mit Deutschland, dem mit Ungeduld erwarteten Hauptpartner der europäischen Revolution.

Hätten sich nach 1918 Russland (auch das sowjetische) und Deutschland mit dem Wiederaufbau eines unabhängigen Polens abfinden können? Unter welchen Bedingungen? So könnte im Grunde die Frage danach lauten, ob die Schaffung einer stabilen Ordnung möglich gewesen wäre. Ein anderer, nicht mehr geopolitischer, sondern ideologisch-sozialer Aspekt dieser großen Frage würde es erfordern, sich Gedanken darüber zu machen, ob und inwieweit eine Harmonisierung des letztlich im Russischen Bürgerkrieg siegreichen kommunistischen Systems mit dem nichtkommunistischen Europa möglich gewesen wäre.

Diese in ihrer Offensichtlichkeit vielleicht banalen Fragen erhellen die dramatische Schwierigkeit in den weiteren Versuchen, praktische Antworten darauf zu finden. Die im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz beschlossenen Regelungen enthalten keine solche Antwort. Der Bürgerkrieg in Russland dauerte an und besonders Russland hoffte, dass die „weißen“ Generäle noch die Chance auf eine strategische Partnerschaft auf einer Achse Paris – Petrograd wiedererrichten und so die Möglichkeit einer deutschen Revision des Versailler Vertrags blockieren würden. Wenn es so gekommen wäre, hätten Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, aber auch Italien – und somit vier der fünf Siegermächte – zweifellos einvernehmlich entschieden, zu einer Partnerschaft mit dem in den Grenzen von 1914 wiederentstandenen Russland (nur ohne die Territorien des Königreichs Polen und des Großfürstentums Finnland, die von den Mächten bereits als geographische Grundlage zweier neuer „legalisierter“ Staaten, Polen und Finnland, anerkannt worden waren) zurückzukehren. Japan, das großen Appetit auf den Fernen Osten besaß, hätte sich gewiss dieser Mehrheit unterordnen müssen. Das am anderen, westlichen Ende Russlands

⁸ Siehe etwa George F. Kennan, *Russia and the West Under Lenin and Stalin*, Boston 1960, S. 156–161; Henry Kissinger, *Diplomacy*, New York 1993, S. 241–245. Man sollte aber anmerken, dass in der neueren Historiographie von einer so vereinfachten Ansicht in ihren Synthesen u. a. abweichen: Margaret MacMillan, *Peacemakers. Six Months that Changed the World*, London 2001, S. 217–239, sowie Zara Steiner, *The Lights that Failed. European International History 1919–1933*, London 2005, S. 144–152.

entstehende neue Polen selbstverständlich auch. Polen wäre damit ein kleines, nicht mehr als 150.000 km² Fläche und eine Bevölkerung von 15 bis 18 Millionen umfassendes westliches Anhängsel einer Russischen Republik gewesen. Die Vereinigten Staaten und Frankreich waren sich darüber einig, dass bei einem wiederentstandenen Russland kein Platz für ein unabhängiges Litauen, Lettland oder Estland sein würde. Großbritannien, das mit Blick auf seine maritimen Interessen in der Ostsee einer begrenzten Unabhängigkeit der baltischen Republiken/Gouvernements wohlwollender gegenüberstand, wäre sicherlich nicht bereit gewesen, eine Art Lanze für deren Unabhängigkeit zu brechen. Die Ukraine hätte lediglich auf den guten Willen der russischen Organe rechnen können, also bestenfalls auf eine Aufrechterhaltung der von der Provisorischen Regierung 1917 verkündeten bestimmten Formen von Autonomie.

Und alle hätten somit ohne den Bolschewismus „lang und glücklich“ gelebt?

Das weiß man natürlich nicht. Bekannt ist aber, dass diese möglicherweise noch 1919 bestehende Chance, das Versailler System durch die Einbeziehung eines nichtbolschewistischen Russlands zu korrigieren und zu festigen, mit der endgültigen Niederlage der Truppen General Denikins verschwand. 1920 konnten die Reste der Formationen der „Weißen“ unter ihrem Anführer General Petr Vrangel' allerhöchstens um ihr Überleben kämpfen. Im Osten Europas blieb Russland, aber das sowjetische.

Eine andere Chance zur Festigung des Versailler Systems – durch Hinzufügen eines „östlichen Kapitels“ – witterte Józef Piłsudski. Er riskierte den Versuch einer praktischen Antwort auf die oben formulierten, für ihn schon damals klaren Fragen. Russland, jedes Russland, auch das sowjetische, aber auch Deutschland sollten sich mit der Unabhängigkeit Polens und vieler anderer, zwischen Ostsee und Schwarzem Meer entstandener neuer Staaten, und damit in letzter Konsequenz mit dem Versailler System, durch den Aufbau einer breiteren, auf die Achse Warschau-Kiew gestützten politischen Zusammenarbeit in Osteuropa abfinden. Staat einer dünnen polnischen „Trennwand“ (wie es Stalin nannte, als er in einem Artikel vom November 1918 deren Zerstörung durch die nach Berlin ziehende Rote Armee ankündigte) sollte ein neues geopolitisches Konstrukt entstehen: mit Polen, der Ukraine, gewiss auch mit einem mit Polen verbundenen Litauen (und Weißrussland), sowie mit den neuen baltischen Staaten und mit Rumänien. Es sollte den Raum zwischen Russland und Deutschland so solide ausfüllen, dass seine Zerstörung sich für beide Nachbarn als entmutigend schwierig erweisen würde. Die Westmächte waren auf einen solchen Vorschlag nicht vorbereitet. Piłsudski glaubte jedoch, dass ein siegreicher Feldzug sie davon überzeugen würde, dass sich eine neue geopolitische Ordnung im Osten des Kontinents mit ihren wesentlichen öko-

nomischen Interessen und der Stabilität des gesamten Versailler Systems vereinbaren ließe⁹.

Der polnische Staatschef wollte Russland die Grenzlinie im Osten mit Gewalt aufzwingen. Er nahm weder an, dass Moskau eine solchen Grenze freiwillig akzeptieren würde, die er für Polen am günstigsten hielt – mit einer unabhängigen Ukraine und einem bei Polen wiedererrichteten „ehemaligen Großfürstentum Litauen“ – noch die Akzeptanz einer „inkorporativen“ Grenze, die er in den Instruktionen vom November und Dezember 1918 für seine Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz skizziert hatte¹⁰. Um jedoch eine Situation herbeizuführen, in der ein „weißes“ oder ein „rotes“ Russland das neue, von Polen geschaffene Kräfteverhältnis im östlichen Europa anzuerkennen hatte, musste Piłsudski in seinen Rechnungen auch Großbritannien berücksichtigen. Unter den Bedingungen des Jahres 1919 musste man sich um britische Unterstützung bemühen, um gegen Russland eine dauerhafte, neue politische Ordnung in Osteuropa – und ganz bestimmt an der Ostsee – zu erreichen. Jedenfalls war es äußerst schwer, sich die Möglichkeit vorzustellen, ein solches System gegen Großbritannien zu forcieren.

Im Sommer 1919 hatte Piłsudski noch nicht die Hoffnung verloren, dass er dieses Problem lösen würde. Am 16. Juli traf er sich mit dem bevollmächtigten Minister der britischen Regierung in Warschau, Sir Percy Wyndham, um ihm sein Konzept einer polnisch-britischen Zusammenarbeit an der Ostsee als des einzig realen Gegengewichts zur Unterordnung dieser Region unter die imperialen Ansprüche Deutschlands und Russlands vorzustellen. Zur Rechtfertigung seiner neuen Offensive im weißrussisch-litauischen Abschnitt erklärte er, Polen könne den Ereignissen in Russland nicht aus sicherer Distanz zusehen (wie die Engländer), sondern „muss gegen die Bolschewiken kämpfen oder mit ihnen Frieden schließen“. Weil aber ein Friedensschluss „in jeder Beziehung unerwünscht ist, muss es gegen sie kämpfen“¹¹.

In den an Wyndham gerichteten Bemerkungen Piłsudskis verbarg sich eine Warnung an die Briten, und breiter verstanden: an die ganze Entente. Polen möchte gegen die Bol’ševiki kämpfen, es kann auf diesem Feld erfolgreich sein, erfolgreicher als die vom Westen favorisierten einstigen zarischen Generäle. Polen habe jedoch auch eine andere Möglichkeit, eine „in jeder Beziehung unerwünschte“ (wie Piłsudski glaubte – unerwünscht besonders im Kreise der Anführer der Entente): einen Friedensschluss mit den Bol’ševiki, den aktuellen Kremllherren. Das

⁹ Ausführlicher zu diesem Thema: Andrzej Nowak, *Polska i trzy Rosje. Studium polityki wschodniej Józefa Piłsudskiego*, Kraków 2001, S. 421–613.

¹⁰ Ebd., S. 207–223.

¹¹ Zitiert nach dem Bericht Wyndhams über das Gespräch mit Piłsudski in: Tadeusz Piszczkowski, *Anglia a Polska 1914–1939 w świetle dokumentów brytyjskich*, Londyn 1975.

Vorbringen dieser Möglichkeit in vertraulichen diplomatischen Gesprächen mit Vertretern der Westmächte, insbesondere Großbritanniens, sollte diesen einen gewissen Manövrierraum der polnischen Politik vor Augen führen, die nicht dazu verurteilt sei, sich bedingungslos den strategischen Plänen der Entente unterzuordnen, die vor allem die Interessen des künftigen Russlands berücksichtigte.

Die ganze, schon bisher sichtbar gewordene Vorgehensweise Piłsudskis am Steuer der Außenpolitik Polens seit dem November 1918 scheint von einem nüchternen Erkennen ihrer Bedingungen und begrenzten Möglichkeiten zu zeugen, die ihn sich auf vielfältige Weise um die Erlangung der Gunst der Ententemächte bemühen ließen. Piłsudski wollte diese Partner nicht verlieren. Ganz im Gegenteil warb er geduldig um Verständnis von ihrer Seite für die polnischen Pläne. Nie wandte er sich vom Westen, der Entente, dem Versailler System ab. Aber wenn er keinen anderen Ausweg sah, war er bereit, eine von den Plänen in Paris oder London unabhängige Ostpolitik zu betreiben, ohne irgendwelche Garantien von Seiten der Entente, auf eigene, polnische Rechnung. In der Konsequenz war dies das wichtigste: im Falle eines Misserfolgs konnte tatsächlich die Reduzierung eines zwischen Russland und Deutschland vereinsamten Polens auf die Position eines „Ländchens mit abgeschnittenen Ohren“ (Roman Dmowski) drohen, dass im Schatten der Macht eines oder auch beider Nachbarn unter stiller Schadenfreude der Entente-Hauptstädte vor sich hinvegetierte. Diese könnten in einem solchen Schicksal die verdiente Strafe dafür erkennen, dass sich die Polen nicht den von den allein dafür berufenen Mächten vorbereiteten Konstellationen untergeordnet hatten.

Die Lage im Sommer 1919 bewog Piłsudski zu einem Schritt, der von seiner Fähigkeit zeugte, im Namen der Nutzung einer Gelegenheit, „um große Dinge zu vollbringen“, ein solches Risiko einzugehen. Es ging darum, die Chance zu ergreifen, „ein ganzes großes und mächtiges Polen“ in der Rolle eines Russland gleichrangigen Kraftpols im Osten Europas zu errichten. Die zeitweiligen Erfolge der „weißen“ Truppen unter dem Kommando General Anton Denikins verhärteten die negative Haltung sowohl von Paris als auch von London in der Frage politischer Entscheidungen, die die Souveränität eines wiederentstandenen Russlands im Gebiet zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer wesentlich schmälern würden, insbesondere wenn sie sie zugunsten eines „polnischen Imperialismus“ schwächen würden. In jenem Moment bedeutete es, in Übereinstimmung mit der Entente zu sein, wenn man mit Denikin Kriegshandlungen gegen die Bol’ševiki koordinieren würde, um ihm den Weg nach Moskau zu ebnen ... und den Wiederaufbau eines großen, vom Westen als einzigen Partner im europäischen Osten anerkannten Russlands. In dieser Situation entschied sich Piłsudski dafür, die politischen Sondierungsgespräche mit den Bol’ševiki wiederaufzunehmen. Über die,

nicht nur geopolitischen, Konsequenzen dieses Schachzugs habe ich an anderer Stelle geschrieben¹².

Anfang 1920 versuchte Piłsudski sein eigenes großes Spiel zur Veränderung, bzw. eher wesentlichen Korrektur des Versailler Systems, im Osten. Seine Kalkulationen und Hoffnungen scheiterten jedoch. Als sich die polnische Armee im Juni 1920 nach siebenwöchigem Aufenthalt in Kiew hinter den Dnepr zurückziehen musste, gelang es der dort etablierten Herrschaft Symon Petljuras nicht, in so kurzer Zeit, die breitere Unterstützung der ukrainischen Massen zu erlangen, und im Norden, durch Weißrussland, bewegte sich die Großoffensive der Roten Armee in Richtung Polen. Damals kehrten die Fragen zur Zukunft des Versailler Systems im Osten Europas mit ganzer Kraft zurück.

Als er sich nach einigen Jahren an seinen Misserfolg bei diesem dramatischen Versuch erinnerte, die Westmächte von der Vision einer neuen Ordnung im Osten Europas zu überzeugen, erklärte Piłsudski jenen Misserfolg auf bezeichnende Weise: „Die Weltbegriffe nämlich wurden auf der Basis einer relativ nahen Vergangenheit festgelegt, die gegen uns war. Die ganze Welt war der Meinung, dass jegliche Ansprüche Polens auf Gebiete jenseits der Bug-Linie eine Aggression darstellen, dass diese Gebiete Beute vom Fleische Russlands sind. Die hundert Jahre Unfreiheit, durch die wir gegangen sind, haben nicht nur bei uns, sondern auch bei den Herren der ganzen Welt Spuren hinterlassen“¹³.

Eben daran, wie jene „Weltbegriffe“ im Jahre 1920 ausgesehen haben und wie im Einklang mit ihnen ein anderer, eindeutig realitätsnäherer Versuch der Korrektur der Ordnung von Versailles im Osten des Kontinents unternommen wurde, werde ich hier erinnern und es analysieren.

12 Ausführlicher zu diesem Thema: Andrzej Nowak, *Historie politycznych tradycji. Piłsudski, Putin i inni*, Kraków 2007, S. 221–247; ders., *Polska i trzy Rosje*, S. 397–419.

13 Zitiert nach Joanna Gierowska-Kałuża, *Odczyt Marszałka Piłsudskiego wygłoszony 24 sierpnia 1923 roku w Wilnie*, in: *Przegląd Wschodni* 5 (1998), H. 4 (20), S. 781 (die Autorin gibt den kompletten von ihr in der Bibliothek der Litauischen Akademie der Wissenschaften in Wilna gefundenen Text der Rede Piłsudskis wieder). Eine Zusammenfassung für die Presse wurde in Bd. 6 der Gesammelten Schriften Piłsudskis abgedruckt.

2 Die Grenzen von Macht (und Vorstellungskraft) der Sieger: ein Blick aus Versailles

Als sich im Januar 1919 die Friedenskonferenz in Paris versammelte, wurde ihre grundlegende Aufgabe von einem Teilnehmer der amerikanischen Delegation unmissverständlich definiert: „das Chaos im praktisch gesamten Europa östlich des Rheins ordnen“ (*to bring about order out of chaos in practically all of Europe east of the Rhine*)¹⁴. So war jedenfalls die Überzeugung der Anführer der im Großen Krieg siegreichen Mächte: dass sie imstande sein sollten, eine neue Ordnung zu errichten, und dieses auch zu tun. Sie verstanden dies auf eine nicht einheitliche Art und stritten sich über ihren Sinn und die Form. Zu diesen Auseinandersetzungen gibt es heute bereits eine sehr umfangreiche Forschungsliteratur. Einig war man sich jedoch darüber, dass sie das Recht, ja die moralische Pflicht, hätten, die von ihnen ausgehandelte Ordnung auf dem gesamten Gebiet einzuführen, dass der Große Krieg erfasst hatte.

Ein Jahr später, am 10. Januar 1920, trat der Vertrag mit Deutschland in Kraft. Formell begann die Tätigkeit des Völkerbunds. Man trat in eine Probephase für jene Ordnung ein, die die Anführer der siegreichen Mächte einführen wollten. Kann man diese aber tatsächlich komplett siegreich nennen? In welchem Bereich? Wie weit reichte jene Ordnung, die sie der Nachkriegsrealität aufzwingen wollten?

Der Frühling 1920 brachte eine ganze Reihe von Ereignissen, im Kontext derer diese Fragen eine überaus praktische Bedeutung erlangten. Am 13. März versuchten der Anführer der Deutschen Vaterlandspartei Wolfgang Kapp und der General Walther von Lüttwitz in Berlin von rechts zu putschen. Ein Erfolg hätte die Versailler Ordnung in ihrem Kern, in Deutschland, komplett zerstört. Nachdem sie keine deutliche Unterstützung von Seiten der Reichswehr erhalten hatte, floh die sozialdemokratische Regierung Gustav Bauers nach Dresden und dann nach Stuttgart. Der von ihr organisierte Generalstreik lähmte die Putschisten jedoch rasch und zwang sie zur Kapitulation. Die Kommunisten, die den Streik zur Verteidigung der sozialdemokratischen Regierung nicht unterstützt hatten, unternahmen selbst den Versuch, das bestehende Chaos zum Sturz der Regierung Bauer zu nutzen. Am 3. April schickte die neue Regierung Hermann Müller Truppen in das vom kommunistischen Aufstand erfasste Ruhrgebiet rechts des Rheins und brach dadurch die Bedingungen des Versailler Vertrags, der das Rheinland zur entmilitarisierten Zone erklärt hatte. Dies wiederum provozierte Frankreich zu einer Vergeltungsak-

¹⁴ Mit diesen Worten fasste der Rechtsberater der amerikanischen Regierung, David Hunter Miller, die Aufgabe der Konferenz zusammen: Zitiert nach Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919*, New York 1967, S. 8.

tion. Drei Tage später marschierten französische Soldaten in Frankfurt und einigen anderen Städten Westdeutschlands ein.

Am 16. März rückten britische, und nach ihnen französische und italienische, Truppen in Konstantinopel ein, der Hauptstadt einer anderen im Krieg besiegten Macht. Ziel dieser Aktion war es, die Fortschritte der nationaltürkischen Bewegung unter Führung Mustafa Kemals aufzuhalten, der jener Ordnung (im Grunde eher Demütigung), die die Westmächte der Türkei aufzwingen wollten, den Fehdehandschuh hingeworfen hatte. Die im Grunde koloniale Ordnung, die zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien vereinbart worden war, wurde zu jener Zeit auch im arabischen Teil des geteilten Osmanischen Reichs bedroht: gleichfalls im März rief sich Faisal Ibn Hussein zum König von Syrien aus und proklamierte dessen Unabhängigkeit (mit dem Libanon und Palästina). Bis zum Juli 1920 mussten französische Truppen seine Anhänger mit Waffengewalt aus Syrien vertreiben.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung, die die Entente-Mächte einführen wollten, erforderte den Einsatz militärischer Gewalt oder finanziellen Drucks. Die bedeutende Erforscherin des Versailler Systems Margaret MacMillan (eine Urenkelin Lloyd Georges) formulierte das so: „Macht verbindet sich mit Willen [...]: dem Willen, entweder Geld zu geben oder das Leben [ihrer Bürger]. Im Jahre 1919 wurde dieser Wille unter den Europäern gebrochen; der Große Krieg bedeutete, dass die Führer Frankreichs oder Großbritanniens oder Italiens nicht mehr die Fähigkeit besaßen, den Bürgern ihrer Länder zu befehlen, einen noch höheren Preis für ihren Status als Macht zu zahlen“¹⁵. Diese zutreffende Beobachtung erfordert jedoch eine gewisse Präzisierung. Sie wird erleichtert durch die gerade genannten Beispiele für die Reaktionen der Mächte auf die Herausforderungen, denen die Ordnung, die sie bewahren wollten, nun gegenüberstand. In Deutschland waren die Franzosen im Jahre 1920 bereit für eine Reaktion, sogar unter (begrenztem) Einsatz militärischer Gewalt. Ähnlich die Briten in Konstantinopel. Die in die kognitiven Karten der Politiker, aber auch eines bedeutenden Teils der öffentlichen Meinung dieser Länder, eingeschriebene Geopolitik zeigte eine Entschlossenheit zur Anwendung von Gewalt – oder ihr Fehlen. Deutschland war für Frankreich von grundlegender, ja lebenswichtiger Bedeutung – die Behauptung der Kontrolle über Berlin und mehr noch über das Rheinland und das Ruhrgebiet waren die Grundlage der französischen Nachkriegsordnung.

¹⁵ „Power involves will [...]: the will to spend, whether it be money or lives. In 1919 the will had been crippled among the Europeans; the Great War meant that the leaders of France or Britain or Italy no longer had the capacity to order their peoples to pay a high price for power“ (MacMillan, *Peacemakers*, S. 7).

Für (einen großen Teil) der britischen Politik hingegen war die Erinnerung an die entscheidende Bedeutung der Türkei, insbesondere der Meerengen am Schwarzen Meer und Konstantinopels, auf dem Weg von London nach Indien immer noch wichtig und mobilisierend. Wichtig war natürlich auch das Gleichgewicht zwischen den Kräften, die zur Stabilisierung der erträumten „Ordnung“ in der gewählten Region eingesetzt werden sollten, und der Bedeutung dieser Region für die imaginären Interessen einer bestimmten Macht. Um die Anhänger Faisals aus Damaskus zu vertreiben, war es nicht notwendig, eine ganze Armee einzusetzen, Bataillone reichten aus. In Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland bereits weitgehend entwaffnet war, erforderte die Kontrolle des Rheinlands auch keine große und kostspielige Operation (auch im Sinne einer Bedrohung des Lebens vieler französischer Soldaten). Ähnlich war die Einnahme Konstantinopels, das von keiner Garnison verteidigt wurde, im Frühjahr 1920 kein besonders riskanter Schritt (aus militärischer Sicht). Dieses Verhältnis zwischen politischem Willen und Risiko reichte aus, um die Dinge zumindest in Gang zu bringen.

Eine Aufgabe, die unvergleichlich wichtiger war als die Einflussnahme auf die Zukunft der Türkei und des gesamten ehemaligen Osmanischen Reiches und die noch schwieriger zu bewältigen war als das besiegte Deutschland (zumindest in den Jahren 1919 und 1920) zu zwingen, sich an die Bedingungen des Versailler Vertrags zu halten, war die Lösung des „russischen Problems“. Von seiner Bewältigung hing die endgültige Konsolidierung oder Destabilisierung des gesamten Versailler Systems ab. Russland war am Pariser Konferenztisch nicht anwesend. Der zaristische Staat, seit März 1917 eine Republik, ein großer Partner der Siegermächte im Weltkrieg, fiel durch den bolschewistischen Putsch und den Separatfrieden mit dem Deutschen Reich in Brest-Litovsk, den die neuen Machthaber in Petrograd und Moskau im März 1918 geschlossen hatten, aus der Koalition heraus. Die Bolschewiki überlebten den Untergang ihrer Brester Partner und hielten sich in einem siegreichen, wenn auch im Frühjahr 1920 noch nicht beendeten Kampf mit den Kräften des „weißen“ Russlands (verschiedener politischer Couleur) an der Macht. In den Randgebieten des ehemaligen Romanov-Reiches entstanden neue Nationalstaaten (und brachen dann unter den Einfluss der bolschewistischen „Rückeroberung“ zusammen). Gleichzeitig fehlte dem Versailler System in Europa ein östlicher Pfeiler.

Bis März 1920 waren die Entente-Mächte zusammen mit den Vereinigten Staaten nicht in der Lage gewesen, dieses Problem zu lösen, und auch unabhängig davon hatten sie keine zufriedenstellende Lösung gefunden. Den vom Großen Krieg müden Gesellschaften fehlten die Kräfte oder vielmehr der Wille, sie einzusetzen, jedenfalls in einem Ausmaß, wie es der Versuch erfordert hätte, Russland, dem territorial größten Imperium der Welt (nach Großbritannien), Lösungen aufzuzwingen, die sich in die von den Siegermächten erträumte Nachkriegsordnung

„einfügten“. Darüber hinaus hatten die Führer dieser Mächte noch nicht einmal eine gemeinsame, kohärente und konsistente Politik gegenüber Russland, der bolschewistischen Revolution, der Aussicht auf deren Expansion oder Niederschlagung mit Hilfe des „weißen“ Russlands oder schließlich dem Problem der territorialen Veränderungen auf dem Gebiet des ehemaligen Romanov-Reiches und in der Sphäre seiner traditionellen geopolitischen Ambitionen ausgearbeitet. Gegensätzliche Motive und Bestrebungen kreuzten und neutralisierten sich oft, nicht nur zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, sondern auch im Aufeinanderprallen der Einflüsse verschiedener Interessengruppen und einzelner Persönlichkeiten, die die „Osteuropapolitik“ der einzelnen Westmächte prägten. Es gab die Überzeugung, dass der Bolschewismus um jeden Preis bekämpft werden müsse, es gab Bestrebungen, den russischen Staat an der Peripherie zu schwächen, die in der zwischenimperialen Rivalität eine wichtige Rolle spielte, es gab Tendenzen, das „weiße“ Russland als den natürlichen Verbündeten in Osteuropa zu betrachten, den es nur zu unterstützen gelte, oder jede Art von Russland einfach als eine Art östliche Versicherungspolice gegen den deutschen Revisionismus zu betrachten, es gab Annahmen über eine liberale Vision einer neuen Weltordnung, zu der man hoffte, auch die Bol’sheviki „bekehren“ zu können, und es gab noch viele andere Faktoren mehr.

Keine dieser Annahmen oder Überzeugungen beherrschte die strategische Planung und das Verhalten der demokratischen Mächte des Westens vollständig – und sei es nur, weil sie demokratisch waren und ihre außenpolitischen Ziele (zumindest größtenteils) im Zuge einer öffentlichen Debatte formuliert wurden, die für eine Vielzahl von Argumenten, Motiven und Interessen offen war. Infolgedessen gab es keine einheitliche, kohärente Politik der westlichen Sieger gegenüber Russland und Osteuropa, was von enormer Bedeutung dafür war, dass die wichtigsten Entscheidungen, die dieses riesige Gebiet betrafen, an der Schwelle zum Frühjahr 1920 in den Händen seiner Bewohner lagen, oder vielmehr in den Händen der politischen Kräfte, die dort die Herrschaft errungen hatten und miteinander konkurrierten. Bei diesen Kräften handelte es sich einerseits um das bolschewistische Russland und andererseits um diejenigen, die bereit waren, sich im Namen nationaler Interessen gegen das bolschewistische Russland zu stellen (obwohl 1920 im Gebiet zwischen Schwarzem Meer und Ostsee noch viele andere „Parteien“ gegeneinander kämpften, scheinen diese beiden für die Zukunft der gesamten Region am entscheidendsten gewesen zu sein).

Für die Schöpfer des Versailler Systems bedeutete diese Situation jedoch, dass es ihnen noch nicht gelungen war, das „Chaos“ zu beherrschen, aus dem sie Europa nach dem Weltkrieg herausholen wollten. Sie waren immer noch auf der Suche nach einem Partner für die Aufrechterhaltung der neuen Ordnung in Osteuropa. Haben sie ihn nur im nichtbolschewistischen Russland gesehen? Oder in jedem,

letztlich sogar im bolschewistischen Russland? Oder in einem System von Nachfolgestaaten der russischen Herrschaft in Osteuropa – mit Polen als zentralem Glied in einem solchen System? Betrachten wir zunächst, wie dieses Problem an den Ufern des Potomac bewertet wurde. Präsident Thomas Woodrow Wilson gilt in Polen als der wichtigste Verfechter der polnischen Unabhängigkeit im Jahr 1918. Tatsächlich aber führte die Haltung Wilsons und der von ihm bis September 1919 dominierten amerikanischen Diplomatie nicht dazu, dass Polen als ernsthafterer Faktor in der europäischen Nachkriegsordnung wahrgenommen wurde. Die Vierzehn Punkte in Wilsons Rede vor dem US-Kongress am 8. Januar 1918, die die Grundlage für die weitere Ausarbeitung dieser Ordnung bildeten, enthielten zwei Punkte, die für die Festlegung der amerikanischen Politik gegenüber Osteuropa besonders wichtig waren. Der für die Polen wichtige Punkt 13, der den Wiederaufbau eines unabhängigen polnischen Staates vorsah, enthielt einen klaren Vorbehalt, der ihn in seiner praktischen Bedeutung in die Nähe der parallelen britischen Vorschläge für ein „kleines“, „ethnographisches“ Polen brachte. Demnach sollte der polnische Staat „Gebiete umfassen, die von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnt werden“. Während dies in Bezug auf die Westgrenzen die Möglichkeit der Rückgabe von Gebieten eröffnete, die bis zu den Grenzen von 1772 zurückreichten, hätte es sich im Osten um die Grenzen handeln können, durch die der Wiener Kongress 1815 das Königreich Polen (d. h. einen kleinen Staat, der im Osten von der Bug-Linie umschlossen war) vom „eigentlichen“ Russischen Reich und allen bis 1795 von Russland besetzten Gebieten der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik getrennt hatte. Dass dies in der Tat die Vision für die territoriale Ordnung Osteuropas nach dem Krieg gewesen sein könnte, zeigt Punkt 6 von Wilsons Friedensprogramm, der die Forderung nach der Evakuierung „des gesamten russischen Territoriums“ durch die Besatzungsarmee enthielt¹⁶. In Ermangelung einer Klärung der Bedeutung des Begriffs „gesamtes russisches Territorium“ war es naheliegend, dass der Präsident der Vereinigten Staaten lediglich die Notwendigkeit betonte, die territoriale Integrität Russlands innerhalb seiner nationalen Grenzen von 1917 zu wahren. Die prinzipienfeste Linie der US-Diplomatie in den folgenden Jahren bestätigte diese Interpretation.

Dies wird auch durch die Einbeziehung der beiden „osteuropäischen“ Punkte in den Kontext bestätigt, der für Wilsons gesamtes Projekt einer Nachkriegsordnung am wichtigsten war. Dieser Kontext wurde durch Punkt 14 geschaffen, in dem die Gründung des späteren Völkerbundes angekündigt wurde. Die neue Orga-

¹⁶ Der Text von Wilsons Erklärung mit den 14 Punkten siehe in deutscher Sprache u. a. in: Der Waffenstillstand 1918–1919. Das Dokumenten-Material der Waffenstillstands-Verhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel, Bd. 1, Berlin 1928, S. 3–6, www.documentarchiv.de/in/1918/14-punkte-wilsons.html (4.3.2022).

nisation sollte eine Lösung für alle möglichen Dilemmata oder Streitigkeiten bieten, die in der internationalen Politik auftreten könnten. Wilson teilte in einem Gespräch mit dem Vertreter des polnischen Nationalkomitees, Roman Dmowski, mit, wie er mögliche Zweifel, die an der Schnittstelle zwischen den in Punkt 6 enthaltenen Grundsätzen und der Botschaft von Punkt 13 entstanden sein könnten, ausräumen wollte. Am 13. September 1918 versuchte der Führer der Nationaldemokratie in Washington, Wilson mit strategischen und geopolitischen Argumenten von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus eines großen Polens zu überzeugen – im Namen seiner Fähigkeit, wirksam als Barriere sowohl gegen den deutschen Militarismus als auch gegen das gesellschaftliche Chaos in Russland zu wirken. Dmowskis Argumentation, zu der auch seine Vorstellung von der Ukraine als Instrument des deutschen Imperialismus gehörte, blieb vielleicht nicht ohne Einfluss auf einige von Wilsons politischen Beratern, die sich in der Vorbereitungscommission für die Friedenskonferenz (der so genannten *inquiry*) versammelten, deren antideutsche Haltung kam bei Außenminister Robert Lansing gut an. Der Präsident selbst schloss jedoch die Möglichkeit einer Argumentation in strategischen Kategorien aus – jedenfalls für „kleine Nationen“ wie Polen. Nach Wilsons Vorstellungen sollten sie nicht für ihre eigene Sicherheit verantwortlich sein. Sie sollte durch den Völkerbund garantiert werden. Doch damit er effizient funktionieren konnte, war eine konzertierte Zusammenarbeit der Großmächte erforderlich. Ein demokratisiertes Russland sollte neben den angelsächsischen Mächten und Frankreich (das von Wilson mit größerem Misstrauen behandelt wurde) zu einem Pfeiler der neuen internationalen Ordnung werden. Polen hingegen spielte keine aktive Rolle in diesem Prozess. Es hätte nur dann in den Genuss ihrer Segnungen kommen dürfen, wenn es sein Schicksal ganz in die Hände des Völkerbundes gelegt hätte, und zwar in strikter Übereinstimmung mit dem Wortlaut von Absatz 13¹⁷.

Faktisch sah Wilsons Projekt vor, die Außenpolitik der einzelnen Staaten aufzulösen. Tatsächlich waren es aber die kleineren Staaten, die als erste darauf verzichten sollten. Die Großmächte, die die Hoffnungen des amerikanischen Präsidenten auf eine Übernahme des liberalen Politikmodells erfüllten, sollten die Hüter der neuen Ordnung sein. In Osteuropa war es Russland, das in dieser amerikanischen Vision „natürlich“ dazu prädestiniert war, der gute Hüter der in-

17 Siehe Roman Dmowski, *Polityka polska i odbudowanie państwa*, Warszawa 1988, bearb. v. Tomasz Wituch, Bd. 2, S. 86–87; Marian Leczyk, *Komitet Narodowy Polski a Ententa i Stany Zjednoczone 1917–1918*, Warszawa 1966, S. 215–220; Kay Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A Study of the Policies of the Great Powers and the Poles, 1918–1919*, Odense 1979, S. 84–86.

ternationalen Ordnung zu sein¹⁸. Man kann nur halb im Scherz hinzufügen, dass die Sympathie der Präsidentsverwaltung und vor allem ihres Chefs für den Grundsatz der Wahrung der territorialen Integrität des zaristischen Russlands auch durch die Tatsache beeinflusst worden sein könnte, dass einer der wenigen amerikanischen (oder im weiteren Sinne angelsächsischen) Politiker, die sich positiv über die Ukraine und die Möglichkeit ihrer Abspaltung von Russland äußerten, Senator Henry Cabot Lodge war, der republikanische Erzfeind des Präsidenten¹⁹.

Es scheint jedoch, dass die Haltung Washingtons gegenüber Russland, dem Bolschewismus und Polen im Kontext dieser Herausforderungen nicht nur von den persönlichen Sympathien oder Antipathien des Präsidenten bestimmt wurde, sondern vor allem von der allgemeinen Vision einer neuen Weltordnung, die die demokratische Wilson-Administration in den Jahren 1918–1919 durchgängig präsentierte und zu verwirklichen versuchte. Ihre Grundannahmen wurden von Außenminister Robert Lansing in einem ausführlichen Memorandum vom 3. Dezember 1919 gut zum Ausdruck gebracht, in dem er die bisherigen Ergebnisse der amerikanischen Russlandpolitik und ihre dauerhaften Ziele zusammenfasste: „Unsere moralischen Verpflichtungen gegenüber Russland als Verbündeten im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, die Unmöglichkeit der Wiederherstellung einer normalen Situation auch in den Vereinigten Staaten, solange Russland sich weiterhin in einem wirtschaftlichen Chaos befindet, und die Bedrohung für unser Leben und unsere Institutionen, die vom Fortbestehen Russlands als aktivem Zentrum der böartigen politischen und gesellschaftlichen Propaganda herrührt“²⁰. Russland wurde als wichtiger Verbündeter im Ersten Weltkrieg behandelt und man musste ihm allein aus diesem Grund helfen. Zweitens erkannte man in Washington die Schlüsselrolle Russlands in der Weltwirtschaft an – insbesondere für die Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem Lebensmittelmarkt, für den Russ-

18 Siehe Marian Biskupski, *The Wilsonian View of Poland: Idealism and Geopolitical Traditionalism*, in: *Wilsonian East Central Europe. Current Perspectives*, hg. v. John S. Micgiel, New York 1995, S. 123–145.

19 Siehe MacMillan, *Peacemakers*, S. 79. In den breiteren Kontext der amerikanischen Politik während der Präsidentschaft Wilsons führt ausgezeichnet ein: Piotr Zaremba, *Demokracja w stanie wojny. Woodrow Wilson i jego Ameryka*, Warszawa 2014.

20 „Our moral obligations to Russia as an associate in the struggle against German imperialism, the impossibility of restoring normal conditions even in the United States while Russia remains in economic disorganization, and the danger to our own life and institutions which proceeds from the continued existence in Russia of an active center of pernicious political and social propaganda“. The Secretary of State [Lansing] to President Wilson, Memorandum reviewing the past attitude of the US toward Russia and making certain recommendations as to future policy, in: *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States* [im Folgenden: FRUS], 1920, vol. III, Washington, D. C. 1936, S. 442–443.

land in der Vorkriegszeit ein wichtiger Exporteur war, und für die amerikanische Wirtschaft als Produzentin von Waren für den dynamischen russischen Absatzmarkt, der bis 1914 so aufnahmefähig war. Drittens und letztens wurde Russland das Terrain eines großen ideologischen Experiments: des Bolschewismus. Er wurde sowohl von Wilson als auch von Lansing und seinem Nachfolger Bainbridge Colby als offensichtliches Übel und als Gefahr angesehen. Das Ausmaß dieser Bedrohung führte jedoch dazu, dass sie auch entsprechend Aufmerksamkeit auf sich zog. Es gab drei Gründe, die in der Umgebung von Präsident Wilson in den Jahren 1918, 1919 und 1920 eine Selbstverständlichkeit waren: *Russia first* (zumindest was das gesamte Gebiet östlich von Deutschland anbelangt). Russland müsse daher bei seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Beseitigung der bolschewistischen „Bastarde der Geschichte“ unterstützt werden. Dieser Aufgabe sollten alle „geringfügigen“, „besonderen“ Interessen der kleineren Staaten, die rund um Russland entstanden, untergeordnet werden.

Mit welchen Methoden würde sich das russische Problem lösen lassen? Das Rezept resultierte aus der Diagnose der Krankheit. Die Krankheit des Bolschewismus galt als extrem gefährlich (weil ansteckend), gleichzeitig aber auch als wert, auf moralischer Ebene verstanden zu werden. Wie ein Großteil der liberalen Meinung jener Zeit, insbesondere in den angelsächsischen Ländern, war Wilson eher geneigt, eine Rückkehr zum zaristischen System als größeres Übel anzusehen als den Bolschewismus. „Westliche Liberale neigten dazu, den Bol’ševiki im Zweifel [bezüglich ihrer – bösen – Absichten oder Taten] den Vorzug zu geben“ (*Western liberals were inclined to give the bolsheviks the benefit of the doubt*)²¹. Die Bol’ševiki führten ein Experiment durch, grausam, brutal, aber als Antwort auf die wirklichen Missstände und Ungerechtigkeiten, die das „alte“ System hervorgebracht habe. Außenminister Lansing äußerte nicht die geringste Sympathie für den Bolschewismus, aber in seiner Einschätzung der amerikanischen Politik gegenüber Russland und dem Bolschewismus nach 1917 spiegelte er auch genau die Denkweise seines Präsidenten: „Der Bolschewismus [...] ist eine weit verbreitete Geisteshaltung, die aus dem Krieg und historischen Missständen resultiert. Sie wird durch Demoralisierung und Protest hervorgerufen. Sie treibt viele ihrer unkritischen Anhänger in die Reihen der Bol’ševiki und verleiht ihrer Bewegung immer wiederkehrende Schübe von Volkskraft, die es ihr ermöglichen, sich gegen die militärischen Angriffe ihrer Feinde zu behaupten. Der so verstandene Bolschewismus kann natürlich nicht mit Gewalt besiegt werden. Er ist im Wesentlichen ein wirt-

21 MacMillan, *Peacemakers*, S. 75; vgl. Mayer, *Politics*, S. 328–329.

schaftliches und moralisches Phänomen, das nur mit wirtschaftlichen und moralischen Mitteln überwunden werden kann²².

Wenn ja – wenn der Bolschewismus nicht mit militärischer Gewalt besiegt werden wird, sondern durch einen wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau, dessen Nutznießer in erster Linie das „russische Volk“ sein sollte, der einzige legitime Herr (Groß-)Russlands, muss man daher das Scheitern jeglicher externen Intervention im Voraus erkennen. Nur die Russen selbst können den Bolschewismus ablehnen. Die Unterstützung, die Amerika den Kräften des „weißen“ Russlands im Jahr 1919 gab, hatte keine Auswirkungen, konstatierte Lansing. Umso mehr wird der Versuch, die Bol'sheviki durch Aktionen von Warschau, Bukarest oder Helsinki aus zu stürzen, wirkungslos bleiben. Nicht-Intervention und die Nichtanerkennung territorialer Änderungen, die den nationalen Raum Russlands (außerhalb der Region des „ethnographischen“ Polens sowie Finnlands und vielleicht noch Armeniens), vermindern, seien die einzigen politischen Grundsätze, die aus der Einschätzung der Situation im Jahr 1920 resultieren könnten. Und in der Praxis der amerikanischen Politik gegenüber Russland und Osteuropa im Jahr 1920 geschah das so.

Für Polen, das direkt an das bolschewistische Russland angrenzte, waren die eindeutigen Vorschläge, die aus einer derartigen Politik herrührten, folgende: im Osten die Bug-Linie nicht zu überschreiten und zu warten, bis Russland die kommunistische Krankheit überwunden hat, und dann wieder – nach einer demokratischen Wiedergeburt – zum kleinen Kreis der Mitgestalter der Weltordnung gehört. Allerdings blieb die Frage nach der Realitätsnähe einer solchen Einschätzung des Bolschewismus offen: würde er wirklich seine Expansionsfähigkeit und seine Popularität in Russland selbst verlieren, bevor es versuchen würde, im Einklang mit seinen ideologischen Annahmen, vor allem nach Europa, über Polen, zu expandieren? Diese Frage konnte nur experimentell beantwortet werden: sich auf die Bug-Linie zurückziehen, die als Grenze der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen im Osten vielleicht das russische „Volk“ nicht irritieren würde, die jenseits des Bug stehenden Bol'sheviki nicht anzuerkennen und ... auf die wirtschaftliche und moralische Wende in Russland selbst zu warten. Und auf keinen Fall eine solche Veränderung durch ein gewaltsames Vorgehen, durch militärischen Druck zur Sicherung der polnischen Unabhängigkeit im Osten zu stören.

²² „Bolshevism [...] is a popular state of mind growing out of the war and past abuses. It is compounded of demoralization and protest. It furnishes many misguided recruits to the ranks of the Bolsheviks and imparts to their movement recurrent flushes of popular vitality which help to sustain it against the military attacks of its enemies. Bolshevism, thus conceived, is obviously not to be conquered by force. It is preeminently an economic and moral phenomenon against which economic and moral remedies alone will prevail“. FRUS, 1920, vol. III, S. 441.

Józef Piłsudski versuchte als Staatschef immer wieder, den angelsächsischen und insbesondere den amerikanischen Gesprächspartnern klar zu machen, dass eine solche Politik ein zu großes Risiko für Polen darstelle. Die Einschätzung der bolschewistischen Bedrohung von den Ufern des Potomac oder der Themse aus war eine andere als die von der Weichsel oder dem erwähnten Bug aus. In einem dramatischen, am 5. November 1919 mit dem amerikanischen Gesandten in Warschau Hugh Gibson geführten Gespräch, fügte er Argumente hinzu, die die amerikanische Position „aufweichen“ sollten. Er versuchte eine Art von geopolitischer Erpressung – das Gegenteil von dem, wozu Dmowski im September 1918 gegriffen hatte. Gibson berichtete vom Inhalt der Ausführungen des Staatschefs wie folgt: „In den letzten Monaten waren die einzige Bestätigung [für Piłsudski], dass Polen wie ein Mitglied der Alliierten behandelt wurde, die Restriktionen aus Paris, die ihm sagten, was er tun dürfe und was nicht. Er sagte, dass er in diesem Zusammenhang keine Vorwürfe mache, weil die Nationen schon immer völlig egoistisch [in ihrer Politik] gewesen seien und es eine völlige Abweichung von dieser Regel wäre, wenn die ganze Welt plötzlich gut und hilfreich für Polen werden würde, ohne dass sie darin ihr eigenes unmittelbares Interesse sehe. Er erklärte, er werde weiterhin mit aller Kraft versuchen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und den Kampf gegen den Bolschewismus fortzuführen. Er sagte, in Polen gebe es zweifelsohne ein wachsendes Gefühl, dass die Alliierten das Land im Stich gelassen hätten und dass es gut daran tun würde, eine Vereinbarung mit Deutschland [statt mit den westlichen Alliierten] zu erzielen. Deutschland würde sich natürlich sehr gerne die Freundschaft Polens um den Preis von Kleidung und Transport sichern, und vielleicht auch von militärischer Unterstützung“²³.

Eine Übereinkunft Polens mit Deutschland zur Rettung des Landes vor der russisch-bolschewistischen Bedrohung, angesichts der Gleichgültigkeit der westlichen Verbündeten? Eine solche Vision bewegte die Phantasie der amerikanischen Politiker nicht besonders. Sie und die Briten, vor allem aber die Franzosen, beun-

23 „In the last few months the only reminder he [Piłsudski] has had that Poland was considered a member of the Allied group was when he was hampered by restrictions from Paris as to what he might or might not do. He said that he did not make any reproaches as nations have always been entirely selfish and it would have been a good deal of a departure if all the world had suddenly become kind and helpful to Poland unless they could see some direct interest in it. He said that he would continue to do the best he could to maintain order and keep up struggle against Bolshevism. He said there was no doubt a growing feeling in the country that the Allies had abandoned Poland and that she would do well to reach an understanding with Germany. Germany of course would like nothing better than to secure Polish friendship at the price of clothing, transportation, and possibly military support“. Hugh Gibson, Diary, entry of November 5, 1919, Hoover Institution, Hugh Gibson Papers, box 70. (ich danke Prof. Janusz Cisek (+) dafür, dass er mir dieses interessante Dokument zugänglich gemacht hat).

ruhigte eine andere Vision: eine Einigung zwischen Russland und Deutschland. Eben solch ein sich zwischen sie „schiebendes“ Polen könnte eines der Hauptmotive für ein solches Übereinkommen sein – ein tödliches für das gesamte Versailler System. Auf der Grundlage einer solchen Annahme weigerte sich die amerikanische Diplomatie konsequent, die von Pilsudski vorgeschlagene Idee zu unterstützen, wonach das nationale Interesse eines wiedererrichteten „kleinen“ Staates – in diesem Fall die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und das demokratische System Polens vor der Bedrohung von Seiten des bolschewistischen Russlands zu sichern – der Wegweiser seiner souveränen Politik sein sollte. Nein, Polen sollte sich vielmehr den Logiken der großen, internationalen Ordnung, die größer ist als seine kurzsichtigen Interessen, unterordnen. Das Recht, diese Gründe zu interpretieren, wurde von Wilson selbst ohne zu zögern beansprucht, im Einklang mit der (auch für die Haltung des amerikanischen Exzeptionalismus typischen) Tendenz, „eher zu den anderen Völkern zu predigen als ihnen zuzuhören“ (*to preach at other nations rather than to listen to them*)²⁴.



Abb. 1: Die Vertreter der Entente-Mächte nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Im Vordergrund zu sehen sind u. a. Thomas Woodrow Wilson (erster von links), Georges Clemenceau (in der Mitte), Arthur Balfour (mit dem Arm in der Schlinge). 28. Juni 1919; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

²⁴ MacMillan, *Peacemakers*, S. 22.

Nach Ansicht des amerikanischen Präsidenten konnte jedwedes selbständige polnische Vorgehen zu Beginn des Jahres 1920 Osteuropa nur Schaden zufügen. Die die Position des amerikanischen Außenministeriums zur eventuellen Durchführung einer solchen Aktion – sei es in Form von Vorbereitungen für präventive Offensivaktionen gegen Sowjetrußland, oder in Form eines endgültigen Friedensschlusses mit diesem Rußland – sondierende polnische Diplomatie erhielt damals eine Antwort aus Washington, die besagte, dass beide Optionen als unvereinbar mit der Vision einer internationalen Ordnung behandelt würden, wie sie die Administration Präsident Wilsons anstrebte. Eine polnische Offensive, so die Amerikaner, könne die Situation nur verschlimmern, indem sie die Popularität der Bolševiki in ihrer Heimat stärke (als Verteidiger der Integrität ihres Territoriums), was zugleich den Moment ihres Sturzes und der Befreiung Rußlands selbst nach hinten verschieben würde. Andererseits würde ein formeller Frieden zwischen Warschau und den Bolševiki auch letztere stärken. Ein Waffenstillstand mit ihnen, ohne die territoriale Integrität des ehemaligen Imperiums zu verletzen, war das geringste Übel, das Polen hätte zulassen können. In seiner Antwort auf die Depesche des Gesandten Gibson, die die Frage Warschaus übermittelte, brachte Robert Lansing in einer seiner letzten Noten als Außenminister diese Position in folgender Form zum Ausdruck: „Diese Regierung ist gegenwärtig nicht in der Lage, irgendeine Verantwortung auf sich zu nehmen, um Polen die Übernahme irgendeiner konkreten Politik gegenüber dem bolschewistischen Rußland zu raten. Zu Ihrer Kenntnis: ich glaube aber, dass es äußerst unglücklich wäre, wenn die polnische Regierung aus dem Schweigen dieser [amerikanischen] Regierung den Schluss ziehen würde, dass sich dahinter [die Möglichkeit] einer militärischen und wirtschaftlichen Hilfe verbirgt, die die polnische Regierung dazu ermuntern könnte, Waffenstillstandsverhandlungen mit dem bolschewistischen Rußland abzulehnen“²⁵.

Dieser Vorschlag, der am 5. Februar 1920 gemacht wurde, klang nicht stark. Und das nicht nur, weil ihr formaler Urheber, Außenminister Lansing, aus dem Amt ausschied, und auch nicht nur, weil Präsident Wilson sich noch immer nicht vollständig von seinem Schlaganfall vier Monate zuvor erholt hatte. Der Grund war schwerwiegender und wurde schließlich am 19. März sichtbar. An diesem Tag

25 „This Government is not in a position at the present moment to take any responsibility in advising Poland to adopt a specific policy toward Bolshevist Russia. For your own information, however, I feel that it would be most unfortunate if the Polish Government should conclude from the silence of this Government in the matter that there is implied such military and economic assistance as might determine the Polish Government in refusing to enter into armistice negotiations with Bolshevist Russia“. The Secretary of State [Lansing] to the Minister in Poland (Gibson), telegram, February 5, 1920, in: FRUS, 1920, vol. III, S. 378.

hat der Senat der Vereinigten Staaten den Vertrag von Versailles endgültig abgelehnt. Amerika konnte sich jedoch nicht vollständig aus der Weltpolitik zurückziehen (und das war ja auch nicht die Absicht der Republikaner-Opposition). Nach Washington würden auch weiterhin Appelle um wirtschaftliche, diplomatische, propagandistische Unterstützung verschiedenster Konzepte zur Einrichtung des Nachkriegseuropas strömen. Die Vereinigten Staaten würden jedoch die Möglichkeit haben, die Schicksale dieser Konzepte zu beeinflussen. Nach der Entscheidung des Senats entfernte sich Amerika aber von Europa. Der Völkerbund verlor zwei Monate nach seiner feierlichen Eröffnung seinen wichtigsten Pfeiler in geopolitischer, ökonomischer, aber auch moralischer Hinsicht.

Nach dem 19. März 1920 mussten die direkte Verantwortung für die neue Ordnung in Europa eigentlich nur noch zwei Staaten auf sich nehmen: Großbritannien und Frankreich. Natürlich gab es formell noch zwei andere Mächte, die das Versailler System mitgeschaffen hatten: Italien und Japan. Sie waren jedoch weder daran direkt interessiert noch dazu fähig, sich in demselben Maße wie Paris und London mit der für die Stabilität des gesamten politischen Systems Nachkriegseuropas neuralgischsten Frage zu beschäftigen, nämlich der der politischen Zukunft, der Systemform und den wirtschaftlichen und den strategischen Beziehungen der Länder östlich von Deutschland, in einem Gebiet, wo bis 1914 ausnahmslos das Russische Reich dominiert hatte. Japan äußerte kein größeres Interesse an der Lage in Mittel- und Osteuropa und konzentrierte seine Aufmerksamkeit (auch im Kontext der Beziehungen zu Polen) eher auf die fernöstlichen Grenzgebiete Russlands²⁶. Italien, die ärmste unter den Mächten, erschöpfte seine Möglichkeiten aktiver Politik auf dem Gebiet des aufgeteilten Osmanischen Reichs und des an der Adria gelegenen „Unterbauchs“ des früheren Habsburgerreichs. In der Frage der Russlandpolitik bewegte es sich 1920 im Allgemeinen auf den Spuren Englands²⁷.

Wenn Amerika, Frankreich und Großbritannien zusammengekommen im Jahr 1919 nicht die Kraft hatte, das russische Problem zu lösen, hatten dann die letzten beiden Mächte, ohne Washington, eine bessere Chance, ihren Willen im Osten des europäischen Kontinents aufzuzwingen und dort ihre Ordnung durchzusetzen? Die Frage ist rhetorisch. Stellen wir uns für einen Moment vor, dass die Vereinigten Staaten 1920 Mitglied und Anführer, oder zumindest neben den Briten gemeinsamer Anführer des Völkerbundes gewesen wären. Die Kraft des Drucks der

26 Hiroaki Kuromiya, Andrzej Pełoński, *Między Warszawą a Tokio. Polsko-japońska współpraca wywiadowcza 1904–1944*, Toruń 2009, S. 45–55; siehe auch Elżbieta Pałasz-Rutkowska, *Polityka Japonii wobec Polski 1918–1941*, Warszawa 1998, S. 37–42.

27 Die beste knappe Darstellung des Themas der russischen Orientierung in der italienischen Außenpolitik des Jahres 1920 scheint die Monographie Giorgio Petracchis, *Da San Pietroburgo a Mosca. La diplomazia italiana in Russia 1861/1941*, Roma 1993, S. 255–290, zu sein.

beiden angelsächsischen Mächte auf das im Krieg gegen Sowjetrußland engagierte Polen wäre weitaus größer gewesen als der Einfluss von Premierminister Lloyd George allein. Fügen wir sogleich hinzu, dass dies ganz sicher kein Druck gewesen wäre, der die polnische Aktion in der Ukraine unterstützt, sondern eher die Kritik daran verstärkt hätte, indem sie sich auf den moralischen Unterbau der neuen Ordnung bezogen hätte, die der Völkerbund schützen sollte. Rußland – besonders dem Rußland der Bol'sheviki – war die amerikanische Administration, sogar in Kombination mit den Kräften der britischen Politik, nicht viel aufzuzwingen imstande. Sie hätte jedoch erfolgreicher die Versuche unabhängiger Unternehmungen „kleinerer Spieler“ auf dem Gebiet Osteuropas, solcher wie Polen, begrenzen können. Nach der Senatsentscheidung vom 19. März 1920 war die Stärke des politischen Willens Washingtons, der auf Europa insgesamt, besonders aber auf Osteuropa gerichtet war, auf augenscheinliche Weise geringer geworden²⁸. Schwächer wurde auch der Völkerbund als Werkzeug der neuen Ordnung, die von seinen Gründungsmächten den zu ihm gehörenden kleineren Ländern diktiert worden war.

Diese Möglichkeiten wurden auch deshalb immer geringer, weil sich die Visionen dieser Ordnung in wichtigen Details, die im Laufe des Jahres 1919 nicht ausgearbeitet worden waren, bei den beiden Großmächten, die im Frühjahr des folgenden Jahres auf der europäischen politischen Bühne und an der Spitze des Völkerbunds verblieben waren, unterschieden. Die Kluft zwischen Paris und London in der Politik gegenüber Rußland und Osteuropa wurde im Zusammenhang mit einem weiteren wichtigen Ereignis deutlich, das im März 1920 in beiden Hauptstädten zur Kenntnis genommen werden musste. Es war der definitive, wie es schien, Zusammenbruch des zentralen und zugleich letzten wichtigen Zentrums der „Weißen“, genau gesagt der unter dem Befehl von General Anton Denikin kämpfenden Bewaffneten Streitkräfte Südrusslands. Ende März wurden die Reste dieser durch eine Offensive der Roten Armee in Richtung Schwarzes Meer getriebenen Truppen auf die Krim evakuiert. Unter der Last der Kritik legte Denikin das Kommando nieder. Am 3. April wurde Baron General Petr Vrangel' zu seinem Nachfolger bestimmt. Obwohl er seinen Willen kundtat, weiter zu kämpfen, war die Stimmung in seiner Umgebung komplett pessimistisch. Es überwog die Überzeugung, dass Vrangel' höchstens die Rolle eines effizienten Liquidators der Überreste des „wei-

28 Es lohnt sich, den einfachen Kommentar Piłsudskis vom 19. März zu erwähnen, den er auf einem Treffen mit dem Diplomatischen Corps im Belvedere-Palast äußerte: „Les Américains sont souvent absents et les absents sont souvent tort“. (Die Amerikaner sind oft abwesend, und Abwesende haben oft nicht Recht). Zitiert nach: Sir H. Rumbold to Earl Curzon, Warsaw, March 21, 1920, Documents on British Foreign Policy 1919–1939 [im Folgenden: DBFP], First series, vol. XI, eds. Rohan Butler, J.[ohn] P.[atrick] T.[uer] Bury, London 1961, S. 260.

ßen“ Russlands bliebe, der deren Evakuierung von der Krim in die Türkei und weiter in den Westen Europas durchführen würde²⁹.

Die Bedeutung dieser Tatsache – oder besser gesagt die Interpretation, die ihr Ende März / Anfang April 1920 gemeinhin zugeschrieben wurde, nämlich, dass dies das Ende der „weißen“ Alternative zum „roten“ Russland war, war klar. Realistisch betrachtet, gab es nur noch ein Russland: ein sowjetisches, bolschewistisches. Wenn man das Problem der Beziehungen zu Russland lösen wollte, ließ sich die Aufnahme von Gesprächen mit den Bol’ševiki nicht vermeiden. Wenn man trotz allem etwas tun wollte, um sie zu beseitigen, dann musste man ernsthaft über den Einsatz anderer Kräfte nachdenken als die interne Opposition, z. B. den Polens. Wenn das „weiße“ Russland, jetzt in seiner letzten Phase vertreten durch General Vrangel’, tatsächlich zusammengebrochen, verschwunden war, dann war im April 1920 die Rechtmäßigkeit der Wahl der ersten der angegebenen Möglichkeiten, die in der obigen Analyse angedeutet wurden – einer, wenn auch zunächst nur wirtschaftlichen Verständigung mit den tatsächlichen, alleinigen Interessen der Herren Russlands – schwer in Frage zu stellen gewesen. Das „weiße“ Russland unter Vrangel’s Kommando überlebte jedoch den April 1920. Es blieb auf der Landkarte der politischen Möglichkeiten später im Frühjahr und im Sommer als realer, wenn auch schwacher Punkt. Wichtig war, dass es die ununterbrochene, „legale“ Nachfolge der wichtigsten Zentren des „weißen“ Russlands vertreten konnte; sein diplomatischer Dienst und seine Propaganda wirkten weiter – von Aleksandr Kolčak über Anton Denikin bis hin zu Vrangel’. Es schuf ein weiteres Hindernis, oder zumindest ein weiteres Argument, auf dem Weg, die Bol’ševiki als Partner in Osteuropa anzuerkennen. Dieses Argument erwies sich als relativ wichtig in Paris und in gewissem Maße auch in Washington, in London wurde es dagegen ignoriert.

Ende März 1920, im schwierigsten Moment, um die Überlebenschancen des „weißen“ Russlands einzuschätzen, erhob sich in der französischen politischen Debatte eine ernstzunehmende Stimme, die sich dafür aussprach, endlich zu akzeptieren, dass es nur Sowjetrussland gab. Wenn also die Versailler Ordnung im Osten aufrechterhalten werden sollte, dann musste man mit diesem Russland verhandeln. Die durch den vor Kurzem stattgefundenen Kapp-Lüttwitz-Putsch ausgelöste Unruhe in Deutschland schuf Anlass zur Sorge um den Fortbestand dieser Ordnung. Die düsterste Vision der Politiker an der Seine lebte sofort wieder auf: ein

29 Siehe dazu den (im Unterschied zur Schilderung in den Erinnerungen von Denikin und Vrangel’ selbst) verhältnismäßig objektiven Bericht über diese Ereignisse in: Petr S. Machrov, *V Beloj armii generala Denikina. Zapiski načal’nika štaba Glavnokomandujuščego Vooružennymi Silami Juga Rossii, Sankt-Peterburg 1994*, S. 180–213; siehe auch: George A. Brinkley, *Allied Intervention in South Russia, 1917–1921*, Notre Dame 1966, S. 235–245.

Bündnis zwischen Deutschland, das sich gegen Versailles auflehnte, und dem außerhalb der Versailler Ordnung verbleibenden bolschewistischen Russland. Am 26. März wies der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments, Louis Barthou, in einer Interpellation an die Regierung von Ministerpräsident Alexandre Millerand darauf hin. Der ehemalige Ministerpräsident (im Jahre 1913) und einstige Außenminister (1917) forderte eine Änderung der französischen Politik gegenüber Sowjetrußland und, dass die Möglichkeit von Verhandlungen mit dessen Machthabern ernst genommen werde – im Namen der geopolitischen Interessen Frankreichs, das traditionell Sicherheit im Osten gegenüber Deutschland suchte. Wenn wir uns nicht mit Moskau verständigen, wird Berlin dies tun, warnte Barthou, der 14 Jahre später – im Namen eben dieses geopolitischen Interesses Frankreichs – Gespräche mit Stalin führen sollte, die 1935 nach dem tragischen Tod ihres Initiators mit der Unterzeichnung des Bündnisvertrags zwischen der Französischen Republik und der UdSSR gekrönt wurden. Im März 1920 reagierte Ministerpräsident Millerand jedoch entschlossen, verteidigte seine bisherige Politik der Nichtanerkennung der Bol'sheviki und berief sich (etwas übertrieben) auf die amerikanische Unterstützung für eine solche politische Linie³⁰.

Die politische Linie Londons, die von Premierminister David Lloyd George vorgegeben wurde, war bereits zu diesem Zeitpunkt eindeutig anders. Der letzte Versuch, ernsthaft für die Fortsetzung der 1919 von der britischen Regierung verfolgten Politik zu plädieren, d. h. für die (materielle und – in begrenztem Umfang – politische) Unterstützung des „weißen“ Russlands, wurde im Januar 1920 von Halford Mackinder unternommen. Der Geograph der University of London, Begründer der Geopolitik des 20. Jahrhunderts, wies in seinem 1919 veröffentlichten Werk „Democratic Ideals and Reality“ besonders auf die Bedeutung Mittel- und Osteuropas und dessen Unabhängigkeit von Russland und Deutschland hin. „Wer Osteuropa beherrscht, herrscht über das Herz Eurasiens (*Heartland*). Wer das Kernland von Eurasien beherrscht, beherrscht ganz Eurasien. Wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt“. Diese drei Sätze fassen den Hauptgedanken des britischen Geographen zusammen. Damit einher ging die an dieser Stelle interessante Befürchtung, dass ganz Osteuropa, die Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, von Deutschland oder Russland – oder von beiden zusammen – beherrscht werden könnte. Die „maritimen“ Westmächte Großbritannien und Vereinigte Staaten, ganz zu schweigen von Frankreich, das viel schwächer als sie sei, wären in einer langfristigen Konfrontation mit den Herren Eurasiens zum Scheitern verurteilt, wenn ein solches schwarzes Szenario eintreten würde. Mackinder zufolge ist die Unabhängigkeit Osteuropas von Deutschland und Russland und die Unterwer-

³⁰ Zu dieser damaligen Diskussion siehe Auguste Gauvain, Les Interpellations sur la politique extérieure, in: Journal des Débats vom 27. März 1920, S. 1.

fung unter den politischen Einfluss des Westens der sicherste Weg, eine solche Situation zu vermeiden. Die Verhinderung der strategischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland sei daher die „Mindestaufgabe“ der Westmächte³¹. Seine Argumente für die Schaffung eines für die angelsächsischen Mächte grundlegenden geopolitischen Brückenkopfs zwischen Russland und Deutschland wurden jedoch 1919 missachtet. In einem Versuch, sie in der Praxis zu retten, blieb Mackinder zwar Abgeordneter im Unterhaus, übernahm Ende November 1919 aber das Amt des Britischen Hochkommissars bei der Regierung Denikin. Die Geschichte seiner Mission, seiner Gespräche mit Denikin und mit Piłsudski mit dem Ziel, eine strategische Zusammenarbeit zwischen ihnen im Kampf gegen die Bolševiki aufzubauen, habe ich bereits früher beschrieben³². An dieser Stelle genügt es, daran zu erinnern, dass Mackinder Mitte Januar nach London in der Überzeugung zurückkehrte, dass eine solche Zusammenarbeit möglich sei und dass die britische Regierung sie unterstützen sollte. Er präsentierte seine Argumente in einem ausführlichen Memorandum vom 21. Januar 1920 sowie in seiner Rede auf einer Sitzung des Kabinetts von Lloyd George, zu der er am 29. Januar eingeladen wurde. Diese Argumente sind es wert, zitiert zu werden. Mackinder versuchte seine Zuhörer zu überzeugen, dass die Ukraine keineswegs, wie im britischen Kabinett, mit Russland identifiziert werden sollte bzw. dass sie nicht – wie man sie nannte – Südrussland war. Stattdessen stelle sie potenziell ein hervorragendes Nahrungsreservoir für das hungernde Europa dar. Darüber hinaus stehe die ukrainische Bevölkerung den Bolševiki im Allgemeinen weiterhin feindselig gegenüber. All dies, so der Londoner Geopolitiker, solle man sich zunutze machen. In seinen Notizen, die er in der dritten Person schrieb, gibt er einen faszinierenden Bericht über sein Gespräch mit Piłsudski vom 15. Dezember 1919: „Was die Polen betrifft, so hat General Piłsudski ihm [Mackinder] gesagt, dass er möglicherweise im Frühjahr auf Moskau vorrücken könnte. [...] Er sehe, dass er sich [in diese Richtung] mit einem russischen Element bewegen müsste [...]. Er könne nicht glauben, dass die Bolševiki die Bedingungen des Friedens, den sie schließen würden, einhalten werden. Gleichzeitig könne er aber nicht ständig eine Armee in Kampfbereitschaft an der Berezina unterhalten. Deshalb *gebe es keine andere Möglichkeit, als die Bolševiki im April oder Mai anzugreifen* [Hervorhebung A. N.]. Sir H. J. Mackinder stimmte mit General Piłsudski darin überein, dass ein spektakulärer Angriff auf Moskau unerwünscht sei. Das Ziel des Angriffs sollte vielmehr die Ukraine sein, mit der

31 Siehe Halford J. Mackinder, *Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction*, London 1919; vgl. Frank Sempa, *The Geopolitics Man*, in: *The National Interest*, Nr. 29, Herbst 1992, S. 96–102; Aleksandr Dugin, *Osnovy geopolityki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii*, Moskva 1997, S. 43–51.

32 Siehe Nowak, *Polska i trzy Rosje*, S. 406–411.

Aufgabe, das Donezbecken einzunehmen. [...] In seinen Gesprächen mit General Pilsudski und General Denikin hat er [Mackinder] solche Fortschritte gemacht, dass er keine besonderen Schwierigkeiten beim Zustandekommen einer Vereinbarung [zwischen ihnen] in Bezug auf die Ostgrenzen Polens erwartet“³³.

Mackinder sammelte nicht nur Argumente für die Fortsetzung der Unterstützung für das „weiße“ Russland, sondern vor allem für seine Vereinbarung und ein gemeinsames Auftreten mit den neuen „angrenzenden“ Staaten (mit Pilsudskis Polen an der Spitze). Der Londoner Geopolitiker sammelte sie im Lichte der Bedenken und Forderungen, die öffentlich von seinen wichtigsten Zuhörern im Kabinett von Lloyd George vorgebracht wurden. Für den Premierminister selbst war es ein Argument für die Notwendigkeit, Beziehungen zu Russland zu knüpfen, um es in den Handel mit Europa einzubeziehen und seine Funktion als europäischer Getreidespeicher so schnell wie möglich wiederherzustellen. Mackinder schlug vor, dass man dies bereits durch die Beschaffung von Getreide aus der Ukraine tun könnte. Für Lord George Curzon, den Staatssekretär im Foreign Office, war die Sorge um das Schicksal der Gebiete des Kaukasus und der Türkei zentral, die von der Expansion Sowjetrusslands (und im Grunde jedes Russlands) bedroht waren und die einen strategischen Schutzpuffer für das britische Empire und seine Interessen in Kleinasien darstellten. „Wenn nicht irgendeine Barriere gegen den Vormarsch des Bolschewismus errichtet wird“, warnte Mackinder, „wird er sich wie ein Präriefeuer in Richtung Türkei und Zentralasien ausbreiten“ (*If some barrier were not opposed to the march of Bolshevism it would go forward like a prairie fire in Turkey and Central Asia*). Der Premierminister sollte schließlich durch Mackinders Schlussfolgerung beruhigt werden, dass das Ziel der von ihm vorgeschlagenen Aktion nicht ein langer Krieg, sondern der von Lloyd George gewünschte Frieden in Osteuropa sei. Nur, dass es ein siegreicher Frieden für Großbritannien und

33 „As regards the Poles, General Pilsudski had told him that he could probably advance to Moscow next Spring. [...] He saw that it would be necessary for him to go forward with some Russian element. [...] He could not trust the Bolsheviks to keep a treaty of peace into which they had entered. It was impossible, however, for him to retain the army permanently on the Beresina. Hence *he had no alternative but to strike at the Bolsheviks next April or May*. Sir H. J. Mackinder agreed with General Pilsudski that a spectacular advance on Moscow was undesirable. His object should be rather to advance in the Ukraine, with the object of obtaining possession of the Donetz Basin. [...] In his conversations with General Pilsudski and General Denikin he [Mackinder] had made so much progress that he did not anticipate any great difficulty in arranging an agreement as to the eastern frontiers of Poland“. Halford Mackinder, Notes of points supplementary to his memorandum of Jan. 21, 1920, made by sir H. J. M. in reply to questions put to him at the Cabinet Meeting held on Thursday, Jan 29, 1920, at 11.30 a. m., in: Private Papers of Sir H. J. Mackinder Relating to His Mission to South Russia, National Archives [Im Folgenden: NA], London-Kew, Foreign Office [FO] 800/251, Bl. 3–4 (62–63).

seine Verbündeten sein würde, nicht für die Bol'sheviki, schloss Mackinder mit Nachdruck: „Rettung kann nur in einer kohärenten Politik gefunden werden, wie sie in seinem [d. h. Mackinders] Memorandum angedeutet wird. Es würde alle antibolschewistischen Länder, von Finnland bis zum Kaukasus, mobilisieren, indem ihnen eine gewisse Unterstützung erteilt wird. [...] Es ist notwendig, eine solche Politik in ihrer Gesamtheit zu verfolgen, oder gar nichts zu tun“³⁴.

All diese Argumente basierten auf der Annahme, dass zumindest ein taktisches Übereinkommen zwischen Polen (und anderen „Grenzstaaten“ des ehemaligen Russischen Reiches) und dem „weißen“ Russland möglich sei. Mackinder verheimlichte seinen Londoner Gesprächspartnern die Information, dass Denikin selbst in seiner äußerst schwierigen Lage nur äußerst ungern auf Pilsudskis Forderungen einging³⁵. Auf der Kabinettsitzung vom 29. Januar 1920 schlug Mackinder vor, dass die Regierung eine entschlossene Erklärung abgeben solle, dass sie keinen Frieden mit den Bol'sheviki schließen werde, und dass sie Denikin technische und maritime Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der Brückenköpfe am Schwarzen Meer – in Novorossijsk, Odessa und auf der Krim – gewähren solle. Vor allem aber bestand er auf einer Hilfe (in Form eines Kredits) für Polen, wenn es mit Denikin ein wirksames antibolschewistisches Abkommen schließe, an dem sich auch andere „Grenzstaaten“ beteiligen sollten – von den „baltischen Provinzen“ bis nach Georgien und Aserbaidschan. Mackinder argumentierte leidenschaftlich: „Schon die ersten Schritte einer solchen Politik würden, davon bin ich überzeugt, ein Signal für ganz Osteuropa sein, das innerhalb eines Monats die Moral der Menschen in diesem Teil der Welt völlig verändern würde“. Der Kabinettssekretär bemerkte jedoch nach der Sitzung: „Die im Bericht von Sir Halford Mackinder vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen fanden keine Unterstützung“³⁶.

34 „The salvation could only be found in a comprehensive policy such as was indicated in his [Mackinder's] Memo. He would range up all the anti-Bolshevist States, from Finland to the Caucasus, giving them certain amount of support. [...] It was necessary to adopt the whole policy or to do nothing“. Ebd., Bl. 7 (66).

35 Siehe die Information Denikins für H. Mackinder vom 23.1.1920, Columbia University Library [New York] [Im Folgenden: CUL] – Bakhmeteff Archive, E. Sablin Collection, box 18, t. re Nationalities Question, ohne Pag.; siehe auch den Brief Denikins an Mackinder vom 14.1.1920, in: DBFP, First series, vol. III, eds. E.[rnest] L.[ewellyn] Woodward, Rohan Butler, London 1949, S. 792–793, wie auch Mackinders Bericht: ebd., S. 768–786.

36 „[Mackinder:] The initial steps of such a policy would, I am persuaded, send a thrill through all the east of Europe, which in a month would wholly alter the moral of the people in that part of the world. [...] [Maurice Hankey, Sekretär der Regierung Lloyd George:] The immediate steps proposed in Sir Halford Mackinder's Report did not meet with any support“. Cabinet Meeting, 6 (20), 29.1.1920, NA, Cabinet Papers [im Folgenden: CAB] 23/20 (6.1.–31.3.1920).

Die britische Regierung hatte sich unter dem beherrschenden Einfluss ihres Premierministers bereits für eine andere Politik entschieden: Verhandlungen mit den Bol'sheviki, die schließlich als die siegreichen Herren Russlands anerkannt wurden. Bei Denikin und seinen Nachfolgern wurde ein „Schlussstrich“ gezogen. Polen und erst recht die anderen „kleinen russischen Grenzstaaten“, die von London bisher nicht anerkannt worden waren, wurden nicht als Material betrachtet, auf dem eine neue Grundlage für eine friedliche Ordnung in Osteuropa aufgebaut werden könnte. Die neue französische Regierung von Alexandre Millerand hoffte derweil immer noch auf ein Aufhalten, wenn nicht gar auf einen schnellen Sturz der Bol'sheviki. Für die Franzosen war daher das Überdauern zumindest eines Restes eines „weißen“ Russlands wichtig, ebenso wie die strategische Zusammenarbeit mit den „Grenzstaaten“, zu denen – in erster Linie – Polen als stärkstes Land gehörte. Der Unterschied zwischen der Haltung Londons und der Sichtweise von Paris hatte noch einen weiteren, sehr wichtigen Aspekt. Die Politik der Verständigung mit den Bol'sheviki war nicht kostspielig, erforderte keine großen finanziellen oder – noch weniger – militärischen Anstrengungen und war daher „einfacher“. Die Politik, sich ihnen in Osteuropa weiterhin zu widersetzen, auch unter Vermittlung anderer Staaten, erforderte es dagegen, denjenigen Kräften Hilfe zu leisten, die die Last der direkten Eindämmung Sowjetrusslands zu tragen hatten. Frankreich allein konnte sich eine solche Politik nicht leisten, jedenfalls nicht die wirksame Umsetzung. Großbritannien hingegen war in der Lage, der Linie von Premierminister Lloyd George zu folgen, ohne der kriegsmüden Öffentlichkeit neue Rechnungen aufzubürden. Dies gab der „osteuropäischen“ Politik Londons ein gewisses Übergewicht gegenüber Millerands Frankreich und ermöglichte es Lloyd George, die Initiative zum Versuch der Ausarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags zum Verhalten der westeuropäischen Mächte zu übernehmen.

Zu Beginn des Frühjahrs 1920 war jedoch die Differenz zwischen Paris und London in Bezug auf die endgültige Regelung der Lage in Osteuropa sowie auf die Haltung gegenüber Sowjetrussland offensichtlich. Dadurch wurde die Stärke des Drucks der Urheber der „Versailler Ordnung“ auf den Verlauf der Ereignisse im Osten Deutschlands weiter geschwächt. In den ersten Monaten des Jahres 1920 bestanden die einzigen Gemeinsamkeiten in der Haltung Washingtons und Londons und in gewissem Maße auch von Paris in Bezug auf die angestrebte Gestaltung Osteuropas in der Annahme, dass Russland so bald wie möglich in die Gruppe der für die internationale Ordnung mitverantwortlichen Mächte zurückkehren sollte, und in der Anerkennung der Tatsache, dass die Ostgrenze Polens so gezogen werden sollte, dass sie das „wiedergeborene“ Russland nicht verprellt. Ein kleines Polen neben einem großen Russland, das mit den Westmächten zusammenarbeitet – das war der kleinste gemeinsame Nenner dieser Position. Sie war zu klein, um eine konsequente und energische Politik der Siegermächte gegenüber Osteuropa zu er-

zwingen. Denn sie waren sich noch uneins in der Frage: Kann man mit dem Entstehen eines anderen Russlands als dem sowjetischen rechnen, oder: Kann ein von den Bol'sheviki regiertes Russland ein politischer Partner der Westmächte oder der östliche Pfeiler der Versailler Ordnung sein?³⁷

Politik ist kein Schachspiel. Die Spieler (Partner und Gegner) warten nicht auf ihre Züge. Sie spielen selten gegeneinander, vor allem in der internationalen Politik. Die Entscheidungen oder das Ausbleiben von Entscheidungen einiger Teilnehmer an einem internationalen Spiel haben oft erhebliche Auswirkungen auf den Verlauf der Rivalität zwischen anderen Teilnehmern. Diese banalen Aussagen erhalten eine konkrete Bedeutung, wenn man bedenkt, dass die Siegermächte erst am 25. April 1920 formell einen gemeinsamen Standpunkt zu Verhandlungen mit den (zunächst „Handels-“) Vertretern Sowjetrusslands einnahmen, worüber ich weiter unten ausführlicher schreiben werde. Wäre das „weiße“ Russland bereits in den ersten Wochen des Jahres 1920 vollständig vom politischen Horizont verschwunden, wie es den Anschein hatte, dann hätte die Entscheidung, die Regierung von Lenin und Trockij als *de facto* alleinige Vertreterin Russlands zu behandeln, wahrscheinlich schneller getroffen werden können. Der Widerstand, den eine solche Entscheidung in Frankreich hervorgerufen hätte, wäre vielleicht rascher überwunden worden. Hätten die Großmächte – Großbritannien, Frankreich und Italien (nach dem Rückzug Washingtons aus dem europäischen System) – bereits im Februar eine solche Position eingenommen und im April Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation aufgenommen, ist es schwer vorstellbar, dass Warschau in der Lage gewesen wäre, eine militärische Offensive auf Kiew zu starten. Eine polnische Bewegung auf dem osteuropäischen „Schachbrett“ wäre in einer solchen Situation im Grunde ausgeschlossen, mit Sicherheit aber extrem erschwert gewesen.

Hätte das den Frieden gerettet? Nicht nur das Ende des Konflikts zwischen Polen und Sowjetrussland beschleunigt, sondern vor allem das Versailler System in Osteuropa konsolidiert und Moskau schon damals in den „Club“ der Mitwächter dieses Systems aufgenommen? Die Antwort auf diese Frage geht über die Möglichkeiten einer historischen Untersuchung hinaus. Die Ereignisse im Jahr 1920 verliefen anders. Die Überlegungen zu dieser Frage werden jedoch fast ausschließlich unter einem Gesichtspunkt angestellt – und sie wurden dies sogleich, ab dem Frühjahr 1920. Ihnen zufolge nämlich wurden Warschau bzw. Piłsudski selbst und der „polnische Imperialismus“ als das wichtigste und verhängnisvolle Hindernis auf dem Weg zur besagten stabilisierenden Lösung der „europäischen Ordnung“

37 Ausführlicher schreibe ich darüber in: Andrzej Nowak, *Mocarstwa zachodnie wobec niepodległości Ukrainy: wiosna 1920*, in *Między Odrą a Uralem. Księga pamiątkowa dedykowana profesorowi Władysławowi A. Serczykowi*, hg. v. Waclaw Wierzbieniec, Rzeszów 2010, S. 417–431.

betrachtet. Dies war nicht nur auf die politische Mentalität der Eliten der Großmächte zurückzuführen, in der ein Platz dafür reserviert war, die vermeintlichen Interessen anderer Mächte (zum Beispiel Russlands) ernst zu nehmen. Es ging auch darum, dass in jener Mentalität nur mit größter Mühe sich die Idee Bahn brach, dass auch „kleine“ Staaten ihre eigene, für die Stabilität der internationalen Ordnung wichtige Vision haben können, wie diese Ordnung gestaltet ist und vor welchen Bedrohungen sie geschützt werden sollte.

Eine weitere wichtige Einschränkung der Überlegungen der Politiker der Westmächte zum Konflikt in Osteuropa im Jahr 1920 (und von vielen Historikern, die sich in der Folgezeit mit ihrer Politik befassten) war ein kognitives oder konzeptionelles Missverhältnis bei der Bewertung des Verhaltens Warschaws auf der einen und Moskaus auf der anderen Seite. Sie konnten über ein relativ großes Wissen über die Ziele der polnischen Politik verfügen: schließlich gab es ihre Gesandtschaften in Warschau, Vertreter der Diplomatie und der englischen, französischen, amerikanischen oder italienischen Presse und leichten Zugang zu polnischen Ministern, hohen Beamten oder zum Staatschef selbst. Sie interpretierten die Informationen, die sie von ihnen über die polnischen Bestrebungen erhalten hatten, in den für sie verständlichen Kategorien der Ambitionen nationaler Politik, die freilich nicht notwendigerweise und auch nicht oft in Bezug auf Warschau akzeptiert wurden. Das in den Kabinetten von London oder Paris zugängliche Wissen von den Absichten, Möglichkeiten und Grenzen der sowjetischen Politik war dagegen ungleich geringer. Lenin, Trockij, ganz zu schweigen von Stalin und Kamenew (den beiden anderen Führern der sowjetischen Politik im Jahr 1920), waren für die öffentliche Meinung der Westmächte eigentlich außerhalb der Reichweite zuverlässiger, dauerhafter Informationsquellen. Noch wichtiger ist jedoch, dass die Nachrichten, die die westlichen Hauptstädte über die sowjetische Strategie und Politik erreichten, oft in einer Weise interpretiert wurden, die ihre Bedeutung verzerrte. Dies lag daran, dass sie an die Kategorien angepasst wurden, in denen die Anführer der siegreichen Supermächte schlussfolgerten: solchen des nationalen oder imperialen Interesses. Die Bedeutung der kommunistischen Ideologie, die sich daraus ergebenden spezifischen Ziele und Bestrebungen wurden in diesen Interpretationen kaum oder gar nicht berücksichtigt. Die oben aufgeworfene Frage, ob es Anfang Frühling 1920 eine Möglichkeit gab, Moskau in eine stabile Zusammenarbeit mit dem in Versailles von den Siegermächten entworfenen System einzubinden, lässt sich nicht einmal hypothetisch beantworten, wenn man die Aufmerksamkeit nur auf das polnische „Hindernis“ für eine solche Lösung richtet, und nicht auch auf diejenigen, die sich – wie Millerand und die Mehrheit der französischen Elite – dagegen sträubten, den Weg für Verhandlungen zwischen den Siegermächten und Sowjetrussland einzuschlagen. Andererseits hätten die Vertreter von letzterem diesen Weg auch beschreiten wollen müssen. Waren Lenin und

die Genossen in der Zeit von März bis April 1920 zu einem solchen Kompromiss mit dem Versailler System bereit? Zu welchem Kompromiss? Zu welchen Bedingungen? Auf wessen Kosten? Diese Fragen sind auch sehr wichtig, wenn es darum geht, die Chancen und Fehler der Politik der Westmächte gegenüber Russland und Osteuropa im Jahr 1920 zu bewerten. Diese Fragen lassen sich auch nicht vermeiden, wenn man die Dynamik der internationalen Lage in Europa zwischen April und Oktober dieses Jahres analysiert.

Bis April gelang es den „Alliierten und Assoziierten Mächte“ nicht, in Sachen einer Verständigung mit Moskau eine gemeinsame politische Linie zu formulieren und zu entwickeln, die Polen die Möglichkeit eines selbständigen Handelns entzogen hätte.

Sowjetrussland behielt weiterhin die Möglichkeit, seine eigene Politik gegenüber Polen und dem gesamten Versailler System zu betreiben. Nicht nur, weil es ihm bereits gelungen war, aus dem Bürgerkrieg im Wesentlichen siegreich hervorzugehen, sondern auch, weil seine politischen Ziele und Ambitionen weit über den Horizont des Überlebens hinausgingen und zumindest teilweise von den ideologischen Annahmen der kommunistischen Doktrin bestimmt wurden, die ein mächtiges Instrument in Form des eben noch Russischen Reiches gefunden hatten. Darüber hatten weder Millerand noch Wilson noch Lloyd George irgendeine Kontrolle. Die Reichweite der Versailler Ordnung, die sie geschaffen hatten, endete mit Russland. Sie wollten sie nach ihren eigenen Prioritäten und Vorstellungen ausbauen, kamen aber damit nicht zurecht oder waren überhaupt nicht in der Lage dazu. Im April 1920 sollte unter Beteiligung Moskaus und Warschaus über die Zukunft der Ostgrenze des Versailler Systems und sogar über dessen Existenz entschieden werden.

3 War Piłsudski ein Werkzeug von Paris? Frankreich und die polnische Ostpolitik (Januar – April 1920)

Die Souveränität der polnischen Politik und ihre „Einbindung“ in eine umfassendere Vision der internationalen Ordnung, die Paris, London und Washington, und auf längere Sicht auch Berlin und Moskau, zu akzeptieren bereit wären, lasteten als große Herausforderung auf Józef Piłsudskis Wirken nach Erlangung der Unabhängigkeit. In diesem Zusammenhang wird vor allem in westlichen Studien häufig die These vertreten, dass die polnische Politik in Wirklichkeit ein Instrument der antibolschewistischen Pläne von Paris geblieben sei³⁸. Ich kann es hier nicht unterlassen, diese These zu überprüfen. Bevor ich mich mit dem Prozess der Formierung der britischen Politik gegenüber Sowjetrußland und ihres Konflikts mit Polen auseinandersetze, muss ich die Frage beantworten, wie das Verhältnis zwischen der französischen Ostpolitik (Osteuropapolitik) und der Politik Piłsudskis als polnischem Staatschef Anfang des Jahres 1920, dem Jahr der großen Entscheidungen, beschaffen war. Wie groß war der Handlungsspielraum der polnischen Politik, wie groß war der Raum für Souveränität?³⁹

Ich beginne mit den einfachsten Feststellungen. Frankreich war der Hauptsieger auf dem europäischen Kontinent und die Bedingungen des Vertrags von Versailles bestätigten dies. Zu Beginn des Jahres 1920 verfügte es über die größte Landarmee der Welt. Zugleich war es das müdeste Land unter den Siegermächten und – in weitaus größerem Umfang als z. B. Deutschland – durch den Krieg zer-

38 Siehe z. B. Michael Jabara Carley, *The Politics of Antibolshevism. The French Government and the Russo-Polish War, December 1919 to May 1920*, in: *The Historical Journal* 19 (1976), No. 1, S. 163–189; ders., *Anti-Bolshevism in French Foreign Policy: The Crisis in Poland*, in: *The International History Review* 2 (1980), No. 3, S. 410–431; Kalervo Hovi, *Alliance de Revers. Stabilization of France's Alliance Policies in East Central Europe 1919–1921*, Turku 1984.

39 Um diese Fragen ist natürlich schon eine ausführliche Literatur entstanden, auf die ich mich in dieser Monographie beziehe und mit einigen ihrer Thesen diskutiere. Siehe (außer den in der vorigen Fußnote bereits erwähnten Arbeiten) u. a. Piotr Wandycz, *France and Her Eastern Allies 1919–1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno*, Minneapolis 1962, S. 104–185; Józef Kukułka, *Francja a Polska po traktacie wersalskim (1919–1922)*, Warszawa 1970, S. 149–254; Céline Gervais, *La politique de la France à l'égard de la Pologne et de l'URSS. À la lumière des archives du Quai d'Orsay*, in: *La guerre polono-soviétique 1919–1920*, Lausanne 1975, S. 78–81; Józef Łaptos, *Francuska opinia publiczna wobec spraw polskich w latach 1919–1925*, Wrocław 1983, S. 55–75; Marjorie Milbank Farrar, *Principled Pragmatist. The Political Career of Alexandre Millerand*, New York; Oxford 1991, S. 261–278; Alain Porchet, *Obraz stosunków francusko-polskich w prairie francuskiej w latach 1919–1921*, in: *Rok 1920 z perspektywy osiemdziesięciolecia*, hg. v. Andrzej Ajnenkiel, Warszawa 2001, S. 276–287.

stört. Es hatte gigantische Schulden, in erster Linie bei den Vereinigten Staaten, aber auch bei Großbritannien. Es hatte sie auf sich nehmen müssen, um die Kriegsanstrengungen aufrechtzuerhalten. Die Kombination von Stärke und Schwäche, von Ehrgeiz und begrenzten Fähigkeiten wurde am deutlichsten in der Pariser Haltung zum Hauptfeind des Krieges und zum Hauptproblem in der Außenpolitik nach seinem Ende, d. h. gegenüber Deutschland. Das Problem bestand darin, dass es nicht möglich war, den drohenden deutschen Revanchismus für den verlorenen Krieg real zu beseitigen. Der Berlin aufgezwungene Versailler Vertrag erlegte Deutschland eine Zurückhaltung auf, ohne ihm jedoch langfristig die Möglichkeit von Vergeltungsmaßnahmen zu verwehren. Dies war der erste Kontext, in dem die französische politische Vorstellungskraft von 1920 ihr Interesse an Fragen des europäischen Ostens verorten musste. Aus der Sicht von Paris war es das Problem der östlichen Nachbarn Deutschlands. In Frankreich erinnerte man sich gut daran, dass der Große Krieg durch ein Bündnis mit Russland gewonnen worden war, dass es die russische Armee gewesen war, die Paris 1914 mit ihrer Offensive auf Ostpreußen gerettet hatte. Aus geopolitischer Sicht war Russland für Frankreich unverzichtbar, da es die solideste Absicherung gegen Deutschland darstellte. Aber dieses Russland, mit dem Frankreich 1894 ein Bündnis eingegangen war und von 1914 bis zum Herbst 1917 gemeinsam gegen die Mittelmächte gekämpft hatte, gab es nicht mehr. Seine Fortsetzer und Erben – Admiral Aleksandr Kolčak und General Anton Denikin, die Frankreich im Bürgerkrieg zu unterstützen suchte – erwiesen sich Ende 1919 als unfähig zum Sieg. Nur kleine Reste dieser russischen Streitkräfte, ihr „Brückenkopf“ auf der Krim, blieben bestehen und überlebten die Krise vom Vorfrühling 1920. Bereits Ende 1919 war es jedoch schwierig, sich der Tatsache zu entziehen, dass der geopolitische Raum des ehemaligen Russischen Reiches in überwiegendem Maße von den Bolševiki besetzt worden war.

Die französischen Politiker hatten in dieser Situation drei Möglichkeiten. Erstens, zu versuchen, sich mit den neuen Herren in Russland gegen Deutschland zu verständigen. Schließlich könnte Sowjetrußland aus geopolitischen Gründen ein ebenso guter Verbündeter sein wie das republikanische oder zaristische Russland. Zweitens war es jedoch möglich, den Kampf für die Wiederherstellung des alten Russlands fortzusetzen: Sowjetrußland nicht anzuerkennen und das zu unterstützen, was vom „weißen“ Russland übriggeblieben war, wobei man auf den baldigen Zusammenbruch des erstgenannten setzte. Die Gründe für diese Hartnäckigkeit lagen nicht nur im ideologischen Antikommunismus der politischen Eliten der Dritten Republik und in der Furcht vor einer Ausbreitung der „bolschewistischen Pest“ auf andere europäische Länder (einschließlich – bald – Deutschlands). Wichtiger waren finanzielle Erwägungen: die enormen Schulden des vorrevolutionären Russlands gegenüber Frankreich und seinen Bürgern, die sich sowohl aus den während als auch aus den vor dem Krieg aufgenommenen Krediten ergaben, so-

wie aus dem „Einfrieren“ von hauptsächlich privatem französischem Großkapital in zahlreichen industriellen und finanziellen Unternehmungen auf russischem Gebiet.

Die Bol'sheviki, die das Vermögen des Landes verstaatlicht hatten, hielten sich nicht an diese Verpflichtungen. Die „Lobby“ von Hunderttausenden französischer Bürger, die zumindest eine Form der Entschädigung für die in Russland investierten Gelder forderten, war sehr einflussreich. Ihr institutioneller Vertreter war die *Commission Générale de Protection des Intérêts Français en Russie* (Generalkommission für den Schutz der französischen Interessen in Russland), die seit 1918 aktiv war und Anfang 1920 reaktiviert wurde, nachdem ein erfahrener Politiker, der letzte französische Botschafter in Petrograd (und bis zum 20. Januar 1920 auch Landwirtschaftsminister in der Regierung Clemenceau) Joseph Noulens, den Vorsitz übernommen hatte⁴⁰.

Es gab noch eine dritte Möglichkeit: Sollte sich die Wiederherstellung des „weißen“ Russlands in absehbarer Zeit als undurchführbar erweisen, so konnte man – ohne das „rote“ Russland anerkennen zu wollen – die Sicherheitsstruktur Frankreichs im Osten auf eine Art Stellvertreter-Verbündeten stützen. Seine wichtigste und notwendige Aufgabe wäre es gewesen, Deutschland „schachmatt“ zu setzen, während eine zweite Aufgabe darin hätte bestehen können, Sowjetrußland einzudämmen. In diesem dritten „Szenario“ tauchte unweigerlich Polen auf. Gegen Deutschland konnte es durch die Tschechoslowakei ergänzt werden, während bei den Plänen gegenüber Russland allein Warschau zählen musste (möglicherweise unterstützt durch die „Limitrophen“, wie die neuen Staaten an den westlichen Rändern des ehemaligen Russischen Reiches im französischen Diplomatenjargon genannt wurden, d. h. Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Rumänien, das bereits vor 1914 bestanden hatte, aber 1918 um einen großen Teil des nachrussischen Moldawiens erweitert wurde). Das zweite Szenario, das von der Mehrheit der französischen Öffentlichkeit 1918–1920 als das für die französischen politischen Interessen bei weitem günstigste angesehen wurde, war die Wiederherstellung eines großen, nicht-bolschewistischen Russlands, das sowohl die Funktion des antideutschen Verbündeten von Paris als auch die bereits erwähnten finanziellen Verpflichtungen übernehmen würde. Polen – dessen Unabhängigkeit von Frankreich erst unterstützt wurde, nachdem die russische provisorische Regierung im März 1917 einen solchen Wunsch geäußert hatte – war in den französischen politischen Plänen auf dieses Szenario „angepasst“ worden. Es sollte stark sein, indem es nach Westen verschoben wurde, in Gebiete, die dem Deutschen Reich abgenommen worden waren, während es das wiedergeborene Russland

⁴⁰ Siehe Carley, *Politics*, S. 182.

nicht mit zu weit nach Osten reichenden Gebietsansprüchen verärgern sollte. Ende 1919 war eine solche Vision jedoch bereits sehr unrealistisch, und die Aussichten auf einen Sieg des „weißen“ Russlands waren gering.

Ministerpräsident Georges Clemenceau zog seine Lehren daraus. Er war bereit, die Tür für Handelsverhandlungen mit Sowjetrußland zu öffnen, an denen seinem britischen Partner, Premierminister Lloyd George so viel lag, der bei diesem Vorhaben vom italienischen Premierminister Francesco Nitti unterstützt wurde⁴¹. Dies hätte in gewisser Hinsicht den Weg zur Verwirklichung des ersten Szenarios bedeuten können: ein strategisches Abkommen mit Sowjetrußland. Zu Beginn des Jahres 1920 war die große Mehrheit der französischen öffentlichen Meinung jedoch nicht auf eine solche Wende vorbereitet. Am 16. Januar 1920 billigte Clemenceau auf einer Sitzung des Obersten Rates der Entente-Mächte die Entscheidung, die Seeblockade gegen Sowjetrußland zu beenden, was zu einer Aufnahme von Handelsgesprächen mit Moskau hätte führen können⁴². Am selben Tag verlor Clemenceau jedoch im Parlament die Wahl zum Präsidenten der Republik. Am folgenden Tag trat er von allen politischen Funktionen zurück.



Abb. 2: Staatschef Józef Piłsudski besichtigt das Schlachtfeld bei Verdun in Begleitung des französischen Präsidenten Alexandre Millerand (in der ersten Reihe, rechts von Piłsudski). Anfang Februar 1921; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

⁴¹ Siehe die Erörterung des Gesprächs von Clemenceau mit Lloyd George zu diesem Thema, 11.12.1919, in: Richard Ullman, *Anglo-Soviet Relations, 1917–1921*, vol. 2, *Britain and the Russian Civil War*, Princeton 1968, S. 313–315.

⁴² Siehe die diesbezügliche Presseerklärung, vorgelegt von den Anführern der Entente-Mächte am 17. Januar 1920, in: *DBFP, First series*, vol. II, 1919, hg. v. E. L. Woodward, R. Butler, London 1948, S. 912.

Die neue Regierung wurde nach dem Willen des scheidenden „Tigers“ von Alexandre Millerand (1859–1943) gebildet, einem sechzigjährigen Rechtsanwalt und Veteranen der Sozialistischen Partei, der 1899 gegen den Willen seiner Genossen an der Haltestelle „Ministerium in einer ‚bürgerlichen‘ Regierung“ aus der sozialistischen Straßenbahn ausgestiegen war. Später war er noch zweimal Kriegsminister (1912–1913 und 1914–1915) und trug schließlich maßgeblich zum Sieg der Koalition der Rechtsparteien bei den Wahlen im November 1919 bei. Millerand könnte, wenn auch nur flüchtig, Józef Piłsudski kennengelernt haben, als sie beide die sozialistischen Parteien auf dem Vierten Kongress der Zweiten Internationale in London im Juli und August 1896 vertraten⁴³. Bei seinem Besuch in Paris im Jahr 1921 erinnerte sich das polnische Staatsoberhaupt in den besten Worten an seinen Gastgeber: „Ich konnte mich am leichtesten mit Millerand verständigen und er verstand die polnische Situation am besten. Er kennt ihre Probleme im Detail und hat Verständnis für fast alle unsere Probleme. Er ist ein Mann, der von Formeln befreit und von der Anmaßung geheilt ist, die gesamte Menschheit durch bestimmte, vorherbestimmte Theorien oder ausschließlich französische Rezepte glücklich zu machen. Für Frankreich vertrat er einen gesunden Nationalismus, der sich der potenziellen Gefahren bewusst war, die ihm in der Zukunft drohen könnten, und aus diesen Gründen verstand er die Bedeutung Polens als Verbündetem. Er hat volles Verständnis für die Rolle der Armee, versteht meine Sorge um sie und will, dass wir militärisch so stark wie möglich sind. Er versteht auch unsere Situation in Bezug auf Russland... Mit einem Wort, er ist unser ernsthafter Freund, der sich nicht in Verbalismus verliert“⁴⁴.

Beweist diese ungewöhnlich herzliche Meinung von Piłsudski (insbesondere vor dem Hintergrund seiner kritischeren Äußerungen über andere französische Politiker), dass bereits Anfang 1920 klar war, dass Millerand eine spezifisch propolnische Politik verfolgen würde? Wahrscheinlich nicht – Piłsudskis Ansicht wurde nach den dramatischen Erfahrungen dieses Jahres und auf deren Grundlage formuliert.

Millerand sollte der wichtigste Architekt der französischen Außenpolitik im Jahr 1920 sein (zumindest von Januar bis September). Dies gilt umso mehr, als er selbst das Amt des Ministers in diesem Ressort übernommen hatte. Er ernannte einen Schulkameraden, Maurice Paléologue, zu seinem informellen Stellvertreter in diesem Amt, das er mit dem neuen Titel Generalsekretär des Ministeriums versah. Die Tatsache, dass Paléologue der letzte Botschafter im noch zaristischen Pe-

⁴³ Wacław Jędrzejewicz, Janusz Cisek, *Kalendarium życia Józefa Piłsudskiego*, Bd. 1, 1867–1918, Wrocław 1994, S. 74–75; zu Millerand ausführlicher: Farrar, *Principled Pragmatist*; vgl. auch eine ältere französische Darstellung: Raoul Persil, *Alexandre Millerand, 1859–1943*, Paris 1949.

⁴⁴ Władysław Baranowski, *Rozmowy z Piłsudskim 1916–1931*, Warszawa 1938, S. 157–158.

trograd gewesen war, ein häufiger und gern gesehener Gast am Hof von Nikolaus II. und Aleksandra Fedorovna sowie ein Bewunderer der russischen vorrevolutionären Kultur, verlieh seiner Ernennung eine symbolische, vielleicht oft überbewertete Bedeutung. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass er das „weiße“ Russland weiterhin unterstützte. Nach der Interpretation des kanadischen Historikers Michael Carley bedeuteten die Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten durch Millerand und die Ernennung von Paléologue eine grundlegende Veränderung der französischen Außenpolitik gegenüber Sowjetrußland und dem europäischen Osten. Nach dieser Interpretation war Clemenceau, nachdem er das Scheitern der „Interventionspolitik“ erkannt hatte, bereits bereit, in Verhandlungen mit den Bol’ševiki einzutreten, um in einem von ihnen beherrschten Russland einen geopolitischen Partner für Frankreich gegen Deutschland zu gewinnen. Carley zufolge zeigte sich eine ähnliche Ermüdung der bisherigen Linie der Unterstützung für das „weiße“ Russland auch bei den wichtigsten Beamten des Quai d’Orsay (des Sitzes des französischen Außenministeriums): bei Philippe Berthelot, dem Direktor der Abteilung für politische und Handelsangelegenheiten, der bis zur Ernennung Paléologues eine führende Rolle im Ministerium gespielt hatte, und bei Jules Laroche, Berthelots Stellvertreter und Leiter der Europaabteilung (Berthelot und vor allem Laroche waren – wie polnische Forscher der französischen Diplomatie jener Zeit feststellten – sicherlich keine Befürworter einer besonderen Stärkung Polens)⁴⁵. Carley zufolge waren der ideologische Antibolschewismus des ehemaligen Sozialisten Millerand und Paléologues Liebe zum „weißen“ Russland der Grund dafür, dass die Chancen für eine Normalisierung der französisch-sowjetischen Beziehungen, die sich an der Schwelle zu 1920 ergaben, nicht genutzt wurden⁴⁶.

Wäre es Clemenceau wirklich möglich gewesen, einen so tiefgreifenden Wandel in der französischen Russland- und Osteuropapolitik herbeizuführen, und wurde der Wandel nur durch den politischen Willen des neuen Ministerpräsidenten und seines Mitarbeiters aufgehalten? Die Angelegenheit scheint komplexer zu sein. Es sei daran erinnert, dass Clemenceau im Dezember 1919 seine Zustimmung zur Entblockierung Sowjetrußlands mit dem Konzept eines *Cordon sanitaire* (was in der englischen Version seiner Metapher noch bedrohlicher klang: *barbed wire*, also: Stacheldraht) verknüpfte, d. h. einer Verstärkung des Gürtels angrenzender Länder – der Limitrophen Sowjetrußlands –, damit sie dessen mögliche Expansi-

⁴⁵ Siehe Anna Cienciala, Tytus Komarnicki, *From Versailles to Locarno. Keys to Polish Foreign Policy 1919–1925*, Lawrence 1984, S. 167–168.

⁴⁶ Siehe Carley, *Politics*, S. 166–167, 188–189.

on nach Mitteleuropa, nach Deutschland, aufhalten konnten⁴⁷. Polen war aufgrund seines Potenzials und vor allem seiner zentralen Lage zwischen Russland und Deutschland das wichtigste Element dieses „Kordons“. Von Beginn des Wiederaufbaus Polens an versuchte Frankreich, dessen Potenzial, insbesondere das militärische, zu stärken, um eine echte Kraft an der Ostflanke des besiegten Deutschlands zu schaffen. Zu Beginn des Jahres 1920 befanden sich in Polen 732 Offiziere und 2.120 Unteroffiziere und Soldaten der französischen Armee, die in der Militärmission zur Ausbildung und Verbesserung der polnischen Armee dienten. Waffen und Kriegsgerät für die polnische Armee, die zu diesem Zeitpunkt schon mehr als 600.000 Mann zählte, kamen hauptsächlich aus Frankreich. Millerand war nicht der Schöpfer dieser Politik, aber er hatte ihre Auswirkungen (und Möglichkeiten) von Clemenceau geerbt. Auf dieser Grundlage wäre die Entwicklung des dritten der oben erwähnten Szenarien der Pariser Osteuropapolitik möglich gewesen, wobei Polen die Hauptrolle gespielt hätte: Polen wäre nicht nur zu einem Bollwerk des französischen Einflusses gegen Deutschland, sondern auch gegen Sowjetrußland geworden.

Clemenceau verzichtete zwar auf die Unterstützung des „weißen“ Russlands, hatte aber – so scheint es – überhaupt nicht die Absicht, das „rote“ schnell anzuerkennen. Dies zeigte sich zum Beispiel in seinem Gespräch mit dem polnischen Minister für auswärtige Angelegenheiten Stanisław Patek, das elf Tage vor dem Rücktritt des „Tigers“ geführt wurde. Patek war in einer Sondierungsmission nach Paris (und London) gekommen: er sollte herausfinden, wie die Entente-Mächte zu einem möglichen Friedensschluss Polens mit den Bol’ševiki stehen würden, und – andererseits – zu einer möglichen Eskalation des Konflikts mit ihnen bis hin zum Krieg. Die Antwort von Clemenceau vom 5. Januar 1920 war aufschlussreich: „Verzögern Sie. Beeilen Sie sich nicht. Lassen Sie sich nicht in Versuchung führen. Lassen Sie sich nicht mit den Bol’ševiki ein. Sollten sie Sie angreifen, werden Sie von allen Verbündeten verteidigt. [...] Führen Sie nur keinen Angriffskrieg, sonst werden die Alliierten das Vertrauen in Sie verlieren“⁴⁸. Diesem Szenario zufolge sollte Polen eine starke Verteidigungsfront gegen Sowjetrußland aufrechterhalten. Es sollte keinen Frieden mit Russland schließen, da dies die formelle Anerkennung der Bol’ševiki als politische Vertreter Russlands beschleunigen würde. Wie nicht nur aus dieser Aussage hervorgeht, hatte Clemenceau noch immer äußerst beschränktes Vertrauen in die Bol’ševiki und unterschätzte die Möglichkeit ihrer Expansion in Richtung Mitteleuropa nicht. Polen hätte jedoch keine eigenständige Militäarak-

⁴⁷ Siehe das Protokoll der Konferenz Lloyd Georges mit Clemenceau sowie den Botschaftern der Vereinigten Staaten und Italiens in London vom 12.12.1919, in: DBFP, vol. II, S. 744–748.

⁴⁸ Siehe Kukułka, *Francja*, S. 166–173; Piotr Wandycz, *Henrys i Niessel, dwaj pierwsi szefowie francuskiej misji wojskowej w Polsce 1919–1921*, in: Ders., *Polska a zagranica*, Paryż 1986, S. 49–70.

tion durchführen dürfen, die in den immer noch starken Pariser Kreisen der Befürworter einer Rückkehr zu einem Bündnis mit einem großen, nicht-bolschewistischen Russland als Manifestation des polnischen Imperialismus und als Versuch der „Zerstückelung“ Russlands hätte interpretiert werden können. Die Gespräche von Patek mit dem Generalissimus der Entente, Marschall Ferdinand Foch, die zwei Tage später stattfanden, bestätigten eine ähnliche Haltung der wichtigsten französischen Militärbehörde. Polen sollte sich nicht auf einen Frieden mit Sowjetrussland und auch nicht auf eine Offensive gegen dieses Land vorbereiten, sondern auf eine entschlossene, gemeinsame Verteidigung mit den anderen Limitrophen-Ländern⁴⁹.

Langfristig war eine solche Politik natürlich nicht haltbar. Insbesondere für Polen, das direkt die Kosten einer ständigen „Kampfbereitschaft“ hätte tragen müssen, nicht nur ohne die Möglichkeit, die Frage seiner Sicherheit zu klären, sondern auch nicht die seiner Ostgrenze. Aber auch Frankreich konnte eine solche Politik nicht fortsetzen. Es brauchte ebenfalls eine Klärung der Situation an der Ostflanke des Versailler Systems. Es ist daher legitim zu fragen, in welche Richtung sich die von Clemenceau vorgeschlagene politische Strategie hätte weiterentwickeln können. Nach einer mehrmonatigen militärischen Alarmbereitschaft Polens gegenüber Sowjetrussland hätte sich eine solche Strategie möglicherweise auch gegen Rumänien und die neuen baltischen Länder richten können, um Frankreich (zusammen mit Großbritannien und Italien) in Verhandlungen mit Moskau einzubinden. Die Aufrechterhaltung dieser „Bereitschaft“ hätte die Position Sowjetrusslands am Verhandlungstisch etwas schwächen und seine Vertreter vielleicht sogar dazu bewegen können, eine Art Entschädigung für das verstaatlichte Eigentum französischer Bürger zu leisten. Es gab jedoch noch eine zweite mögliche Richtung für die Entwicklung dieser Politik, deren Umrisse in den Gesprächen mit Patek skizziert wurden. Die von Polen praktizierte militärische Bereitschaft an der Ostflanke des Versailler Systems hätte schließlich zu einer Krise der bolschewistischen Herrschaft führen können, die – mit dem Fortbestehen des Brückenkopfes des „weißen“ Russlands auf der Krim – zum Wiederaufbau eines nicht-bolschewistischen Russlands hätte genutzt werden können.

Hätte Clemenceau mit Sicherheit die erste Richtung eingeschlagen? Wir werden es nie erfahren. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass Millerand die Tür in dieser Richtung überhaupt nicht zugeschlagen hat, und der Versuch seiner Regierung, die zweite der genannten Optionen zu unterstützen, war nicht nur das Er-

49 Zitat aus einem Brief Stanisław Patek an Józef Piłsudski vom 5.1.1920, zit. nach: Włodzimierz Suleja, Dwa listy Stanisława Patka do Józefa Piłsudskiego ze stycznia 1920 roku. Przygotowywanie wyprawy kijowskiej, in: *Idea Europy i Polska w XIX-XX wieku. Księga ofiarowana dr. Adolfowi Juzwence...*, Wrocław 1999, S. 44.

gebnis persönlicher ideologischer Sympathien oder Antipathien des Ministerpräsidenten. Die Außenpolitik aller Entente-Mächte ist nicht in einem Vakuum entstanden. Die Diplomatie war nicht von der Innenpolitik isoliert, im Gegenteil, sie war in hohem Maße von ihr abhängig. Und aus dieser internen Perspektive sah die Situation in Frankreich so ganz anders als in Großbritannien und Italien aus, wo zu Beginn des Jahres 1920 in der Politik gegenüber Sowjetrußland der Wille, eine Art von Abkommen zu erreichen, deutlich überwog. In Großbritannien brachten die berühmten Khaki-Wahlen im Dezember 1918 zwar einen entscheidenden Sieg der Konservativen auf einer Welle patriotischer Begeisterung, doch die Labour-Partei, die von der oppositionellen Liberalen Partei unterstützt wurde, blieb dennoch eine ernstzunehmende, im Parlament (und darüber hinaus) sehr aktive Kraft. Die Politik wurde auch von den Gewerkschaften unter dem überwältigenden Einfluss der Labour Party stark beeinflusst. Auf ihren Beitrag zur Formierung der Londoner Position zu Sowjetrußland und dem sowjetisch-polnischen Krieg werde ich noch eingehen. In Italien brachten die Wahlen im November 1919 einen großen Erfolg für die Sozialistische Partei. Die schlechte wirtschaftliche Lage und die Verbitterung über die Friedensbedingungen, die die Italiener im Verhältnis zu dem Blutzoll, den sie für den Sieg der Entente gezahlt hatten, größtenteils als unzureichend empfanden, destabilisierten die innere Lage auf der Apennin-Halbinsel zusätzlich. In einer Atmosphäre von Streiks und Demonstrationen, die das Leben in den Städten und Dörfern lähmten, wollte die Regierung von Francesco Nitti und danach (ab dem 16. Juni 1920) von Giovanni Giolitti die innenpolitische Situation nicht durch eine harte Haltung gegenüber Sowjetrußland weiter erschweren. Dies gilt umso mehr, als im Laufe des Jahres 1920 ein großer Teil der mächtigen Sozialistischen Partei im Parlament und in den Kommunalverwaltungen offen auf den Kommunismus zusteuerte⁵⁰.

Die französischen Wahlen vom 16. November 1920 zeigten ein völlig anderes Bild von der Situation. Der von Millerand organisierte Nationale Block, der die Kräfte der Rechten und der rechten Mitte bündelte, erreichte einen überwältigenden Sieg. Im neuen Parlament dominierte eine militärische Farbe: die neue Kammer wurde als *chambre bleu* bekannt (blaue Kammer – nach der Farbe der französischen Uniformen). Die zwischen der Zweiten und Dritten Internationale schwankende Sozialistische Partei gewann nur elf Prozent der Sitze. Auch in Frankreich war die wirtschaftliche Lage nicht gut, vor allem herrschte Angst vor der Verschwendung der Erträge des mit so hohen Kosten errungenen Sieges im Krieg. Ende 1919 konnten die Auswirkungen dieses Sieges durch die wachsende Distanz der Vereinigten Staaten von der Versailler Ordnung bedroht sein, da befürchtet

50 Józef Andrzej Gierowski, *Historia Włoch*, Wrocław 1985, S. 556–565.

wurde, dass Deutschland sich nicht an die Bedingungen des Vertrages halten würde. Die Mehrheit der französischen Gesellschaft wollte eine Regierung, die die Interessen des siegreichen Frankreichs entschlossen verteidigen würde. Die Sozialistische Partei, die diese politische Linie sowohl in ihren antideutschen als auch – was für uns interessanter ist – in ihren antibolschewistischen Aspekten kritisierte, erwies sich als relativ schwach. Der Versuch, die Gesellschaft zu mobilisieren, um Druck auf die Regierung auszuüben, scheiterte. Die seit Februar 1920 wachsende Streikwelle erreichte Anfang Mai ihren Höhepunkt, wurde aber von der Regierung gebrochen, als sozialistisch gesinnte Gewerkschafter zum Generalstreik aufriefen. Millerand wusste als Ex-Sozialist, wie man mit Streiks umzugehen hatte. Und beendete sie Ende Mai mit überwältigender Unterstützung des Parlaments und der Bevölkerung. Das war eine große Niederlage für die Sozialisten⁵¹. Auf diese Weise konnte die Regierung Millerand, die sich beständigen Vertrauens im Parlament erfreute, das auch im Frühjahr und Sommer 1920 nicht bedroht war, mit der Unterstützung der Öffentlichkeit eine Außenpolitik betreiben, bei der der harte Kurs gegenüber Sowjetrußland ihre Popularität nicht beeinträchtigte. Man könnte sogar sagen, dass, wenn die Sozialisten (und einige Radikale mit dem bereits erwähnten Louis Barthou) eine Interessengruppe gegründet hätten, die versucht hätte, diesen Kurs abzumildern, dann hätten die sich in die entgegengesetzte Richtung bewegend, durch die Verstaatlichung des ausländischen Kapitals in Sowjetrußland benachteiligten französischen Börsensparer sicherlich eine nicht weniger starke Gruppe dargestellt... Die Hauptgruppe hingegen bestand die ganze Zeit aus der Mehrheit der französischen Gesellschaft, deren Aufmerksamkeit sich darauf konzentrierte, wie man sich ein sicheres Übergewicht über die Deutschen bewahren könnte.

So gesehen hätte die Rolle Polens als eine Art Ersatz für seinen wichtigsten Verbündeten im Osten wachsen können, als die Hoffnung auf den Wiederaufbau des „weißen“ Russlands schwand. Jules Laroche (zur Erinnerung: Direktor der Europa-Abteilung des Außenministeriums) interpretierte in seinem Memorandum vom 20. Januar, das den ersten Vorschlag für die Politik der neuen Regierung gegenüber dem europäischen Osten darstellte, diese Rolle in ähnlicher Weise wie Clemenceau in seinem Gespräch mit Patek. Paris sollte den Regierungen in Warschau (wie auch in Bukarest und Helsinki) mitteilen, dass die Siegermächte sich nicht in die inneren Angelegenheiten Russlands einmischen wollten und nicht beabsichtigten, irgendwelche Offensivaktionen der Grenzstaaten in dieser Richtung zu unterstützen. Dies war die erste Schlussfolgerung, die aus dem Niedergang der „Weißen“ gezogen wurde. Zweitens sollte Frankreich dafür sorgen, dass die En-

51 Siehe Hovi, *Alliance*, S. 38–39.

tente-Mächte diesen Ländern im Falle eines möglichen Angriffs Sowjetrusslands jede Unterstützung gewähren würden. Laroche riet diesen Ländern auch vertraulich, untereinander ein Verteidigungsbündnis gegen die sowjetische Bedrohung zu schließen⁵². Diese Stellungnahme war angesichts der immer dringlicheren Frage wichtig, wie Warschau auf die sowjetische propagandistisch-diplomatische Offensive, die einen polnisch-sowjetischen Frieden forderte, reagieren sollte. Sie war auch wichtig angesichts des Drucks, den England hinsichtlich der Aufnahme von Friedensverhandlungen durch die limitrophen Staaten mit Sowjetrussland ausüben konnte⁵³. Millerand verstand, dass für Lloyd George eine ernsthafte Aufnahme solcher Verhandlungen durch Warschau eine Art Test oder Argument für das Knüpfen von direkten Kontakten zwischen den wichtigsten Entente-Mächten und Moskau sein konnte. Dies wollte Millerand unbedingt vermeiden.

Auf einem Treffen der Entente-Führer in London am 12. und 23. Februar (formell eine Konferenz, aber mit Teilnahme von Botschaftern und Vertretern der Außenministerien, die vom 12. Februar bis zum 10. April dauerte) sprachen sich Millerand und Berthelot, der ihn unterstützte, gegen Druck auf die Regierungen der limitrophen Staaten unter Führung Polens aus, der diese zum Friedensschluss mit Sowjetrussland veranlassen sollte. Bereits am 2. Februar schloss Estland als erster „Grenzstaat“ Frieden mit Sowjetrussland. Paris wollte nicht, dass weitere Länder diesem Beispiel folgen, denn das hätte die internationale Position der sowjetischen Regierung gestärkt. Berthelot schlug vor, eine Demarkationslinie in Osteuropa – von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer – zu ziehen, deren Überschreitung durch Sowjetrussland von den Entente-Mächten als ein Akt der Aggression gegen die limitrophen Staaten erachtet würde. Dies würde es ihnen ermöglichen, ihre Verteidigungsposition gegenüber Moskau zu halten, ohne befürchten zu müssen, dass sie ihm von der Entente zum Fraß vorgeworfen würden. Millerand bekräftigte gleichzeitig, dass Sowjetrussland bald zusammenbrechen könne und eine Unterstützung durch die Aufnahme von Verhandlungen ein Fehler sei. Die abweichenden Ansichten von Lloyd George und Nitti zwangen den französischen Ministerpräsidenten jedoch zu Zugeständnissen. Die Mächte einigten sich auf eine Position, in der sie sich unmissverständlich von der antibolschewistischen Interventionspo-

52 Ebd., S. 47.

53 So interpretierte die Position Frankreichs – und Englands – auch zutreffend der polnische Gesandte in Paris, Maurycy Zamoyski, in seiner Depesche an Minister Patek vom 8.2.1920. Siehe Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich [Im Folgenden: DiM], Bd. 2, listopad 1918 – kwiecień 1920, bearb. v. Weronika Gostyńska u. a., Warszawa 1961, S. 579–580; siehe auch Zamoyskis Bericht an das MSZ v. 12.2.1920 über die Unterrichtung von Millerand zur Position Warschau in Erwartung der Stellungnahme der Entente-Mächte zu den sowjetischen Friedensangeboten für Polen – Instytut Józefa Piłsudskiego w Nowym Jorku [im Folgenden: IJP], akta Adiutantury Generalnej Naczelnego Dowództwa [im Folgenden: AGND], T. 21, Bd. 2, Nr. 2574.

litik distanzieren und sich der Verantwortung entzogen, falls die Grenzstaaten den Krieg gegen Sowjetrußland fortsetzen wollten. Gleichzeitig erklärten sie jedoch, wie von Millerand gewünscht, dass sie den Staaten Beistand leisten würden, wenn diese von Moskau innerhalb „ihrer legitimen Grenzen“ angegriffen würden (obwohl sie keine spezifische Demarkationslinie festlegten, deren Überschreitung einen klaren *casus foederis* darstellen würde). Die Führer der drei Mächte erklärten, dass sie nicht beabsichtigten, reguläre politische Beziehungen zu Sowjetrußland aufzunehmen, solange dieses nicht seine Bereitschaft bestätige, nach den Regeln „zivilisierter Staaten“ zu handeln. Stattdessen betonten sie – und das war das Zugeständnis Millerands –, dass sie sich intensiv um Handelskontakte bemühen würden, die sie als besonders wichtig für den europäischen wirtschaftlichen Wiederaufbau erachteten. Der französische Ministerpräsident selbst erklärte sich bereit, mit dem Hauptvertreter der sowjetischen Diplomatie in Europa (in Kopenhagen), Maksim Litwinov, in Verhandlungen einzutreten, die ausschließlich die Rückführung der in Rußland internierten französischen Staatsbürger zum Gegenstand haben sollten. Mehr nicht.⁵⁴

Welche Rolle in den französischen Plänen konnte Polen in dieser Situation spielen? In der Pariser Presse wurde dieses Problem in den ersten Monaten des Jahres 1920 sehr lebhaft diskutiert. Die dem Außenministerium nahestehende Tageszeitung „Le Temps“, das angesehenere „Journal des Débats“ sowie die populären „L'Écho de Paris“ und „Le Petit Parisien“, die die Regierung Millerand unterstützten, betonten alle die Bedeutung der finanziellen, materiellen und politischen Unterstützung Polens angesichts seiner zentralen Bedeutung für das gesamte Versailler System und seiner strategischen Lage zwischen Deutschland und Sowjetrußland. Die monarchistische „L'Action Française“ und das Organ der Radikalen „L'Œuvre“ äußerten dagegen häufiger Zweifel, ob Polen ein guter Partner für Frankreich sei: Für die Monarchisten war das „weiße“ Rußland noch ein Traum, für die Radikalen, ähnlich wie für die sozialistische „L'Humanité“, hätte ein solcher Partner eher Sowjetrußland sein können⁵⁵.

In der allgemeinen Debatte war die Unsicherheit spürbar, ob Polen einer so ehrgeizigen Rolle in Osteuropa gewachsen sei. Man sollte ihm helfen, ein starker

⁵⁴ Siehe die Ansprachen der Premierminister und die Beschlüsse des Obersten Rats der Entente hinsichtlich der „russischen“ Politik vom 23.2.1920, in: DBFP, First series, vol. VII, 1920, London 1958, S. 143–153, 197–209, 216; ausführlicher zu den französischen Argumenten in diesen Diskussionen: Hovi, Alliance, S. 36–39; Carley, Anti-Bolshevism S. 169; Farrar, Principled Pragmatist, S. 263–264.

⁵⁵ Siehe Kukułka, Francja, S. 150–152; Łaptos, Francuska opinia, S. 58–62; Porchet, Obraz, S. 278–279; E. Malcolm Carroll, Soviet Communism and Western Opinion 1919–1921, Chapel Hill 1965, S. 60–72.

Punkt im französischen Sicherheitssystem östlich von Deutschland zu bleiben, aber man müsste es auch von riskanten Schritten abhalten, d. h. von einer zu weiten Ausdehnung nach Osten. Dieses letzte Argument wurde nicht nur von den einflussreichen Verfechtern eines großen „weißen“ Russlands in der französischen Presse aufgegriffen, die es *edina i nedelima* (geeint und ungeteilt), halten wollten. Vor Polens Offensivaktionen im Osten warnte auch immer wieder Marschall Foch, der nicht an polnische militärische Fähigkeiten glaubte, die über die Fähigkeit zur Selbstverteidigung – vorzugsweise unter französischer operativer Führung – hinausgingen. Wie die Experten des *Deuxième Bureau*, des Zweiten Büros, d. h. des militärischen Nachrichtendienstes, betonte er, man dürfe die polnischen Kräfte im Osten nicht missbrauchen, sondern auch gegen Deutschland in Bereitschaft halten. In den Berichten des französischen Geheimdienstes aus der Zeit vor dem Frühjahr 1920 wurde sogar angedeutet, dass es – jenseits ideologischer Differenzen – für Frankreich strategisch sicherer wäre, ein Abkommen mit Sowjetrußland zu schließen⁵⁶.

Ministerpräsident Millerand setzte größere Hoffnungen auf Polen. Es sollte ein Instrument in seinem Spiel sein, die von London angestrebte Anerkennung Sowjetrußlands zu verzögern, vor allem aber blieb es für ihn ein Garant der Sicherheit Frankreichs an der Ostgrenze Deutschlands. Er war daher bestrebt, es konsequent zu stärken. Als es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Leiter der französischen Militärmission in Warschau, General Henrys, der sowohl mit Polen und Piłsudski persönlich als auch mit Piłsudskis Plänen sympathisierte, und dem gegenüber „expansionistischen“, der Entente nicht untergeordneten Projekten Polens sehr kritischen Gesandten Eugène Pralon kam, berief Millerand den letzteren aus Warschau ab. Hector de Panafieu wurde zum neuen Gesandten ernannt⁵⁷. In den auf den 4. März datierten Anweisungen an ihn verwies Millerand auf den laufenden Notenaustausch zwischen Warschau und Moskau über gegen-

56 Dieser Aspekt des Misstrauens der französischen Militärkreise (des Generalstabs und Fochs selbst) gegenüber den Ideen, die französische Sicherheit im Osten auf Polen zu stützen, und der fehlende Glaube daran, dass es selbst wirksame Offensivmaßnahmen gegen Sowjetrußland durchführen könne, wird unterstrichen und gut dokumentiert von Carley, *Anti-Bolshevism*, S. 173, 177–178, 181. Vgl. auch Kukulka, *Francja*, S. 163. Piotr Wandycz nahm in seiner bahnbrechenden Monographie „*France and Her Eastern Allies...*“ (S. 142) an, dass Foch gegenüber Polen und seinen Plänen in Osten im Gegensatz zu den Politikern vom Quai d’Orsay günstiger eingestellt war. Die von Carley zusammengetragenen Unterlagen scheinen gerade in diesem Fall überzeugend zu sein, zumal sie durch spätere – bereits aus dem Sommer 1920 stammende – äußerst kritische Reden Fochs gegen Polen bestätigt werden, die von Millerand und dem ihm unterstellten Außenministerium im Allgemeinen abgelehnt wurden.

57 Zum Konflikt zwischen Pralon und Henrys siehe Wandycz, *Henrys i Niessel*, S. 54–57, sowie Carley, *Anti-Bolshevism* S. 166–171.

seitige Friedensverhandlungen. Der französische Ministerpräsident ordnete an, Polen zu übermitteln, sich bei der endgültigen Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung dieser Verhandlungen ausschließlich von seinen eigenen nationalen Interessen leiten zu lassen. Die französische Regierung riet, den Frieden mit Moskau weder zu akzeptieren noch diese Möglichkeit abzulehnen. Millerand wiederholte auch seine Warnung an Warschau, im Falle von Friedensverhandlungen keine zu weitreichenden territorialen Forderungen im Osten – bis hin zu den Grenzen von 1772 – zu stellen. Solche Forderungen könnten von den Entente-Mächten nicht akzeptiert werden, da sie dem Geist des Versailler Vertrags widersprächen und Polen in einen Konflikt mit der Entente (und mit Russland, mit jedem Russland) bringen und Warschau in die Arme der Deutschen treiben würden. Millerand wiederholte im Grunde die Vorschläge, die Clemenceau bereits vor ihm formuliert hatte: Polen sollte eine starke, aber defensive Position gegenüber Sowjetrußland einnehmen und diese Position durch eine enge Zusammenarbeit mit Rumänien und der Tschechoslowakei, den wichtigen Verbündeten Frankreichs in der Region, stärken⁵⁸.

Panafeiu wies in seinem ersten ausführlichen Bericht aus Warschau vom 6. März auf die reale Gefahr eines sowjetischen Einmarsches in Polen hin, kritisierte aber gleichzeitig „den Wunsch, dieses wiedererstehende Russland um alle Provinzen zu verkleinern, in denen die nationalistische Bewegung Separatismus provozieren und so die Moskauer Bedrohung beseitigen könnte, indem man zwischen der Weichsel [sic!] und Russland – Weißrußland und die Ostukraine platziert“. Er wies darauf hin, dass es schwierig sei, den polnisch-tschechischen Antagonismus zu überwinden oder gar eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Polen und Rumänien zu erreichen, lobte aber die Bereitschaft Warschaus zur Zusammenarbeit mit den baltischen Ländern. Er warnte jedoch vor allem vor den katastrophalen Folgen einer solchen Haltung, die er mit diesen Worten verurteilte: „Die Polen, hypnotisiert von der Idee eines möglichst großen Polens, dessen Grenzen sie gerne bis nach Smolensk und über den Dnepr verschieben würden [...], verwenden all ihre Energie darauf, eine Kriegsanstrengung aufrechtzuerhalten, die die Fähigkeiten ihres Landes gefährlich übersteigt [...]. Der größenwahnsinnige Ehrgeiz, der die politische Elite beseelt, entlarvt den blinden Egoismus dieses Föderalismus *ad usum Poloniae*“⁵⁹.

⁵⁸ Millerands Instruktion für Panafeiu vom 4. März bespricht detailliert Hovi, Alliance, S. 47–49; auch Carley, Anti-Bolshevism S. 174–175.

⁵⁹ „Le désir de diminuer cette Russie renaissante de toutes les provinces où un mouvement nationaliste pouvait provoquer un séparatisme, et d’écarter ainsi la menace moscovite en interposant entre les gouvernements de la Vistule [sic!] et la Russie, la Blanche-Ruthénie et l’Ukraine orientale. [...] Les Polonais, hypnotisés par l’idée de la plus grande Pologne possible dont ils ré-

Sowohl Millerand in seinen Instruktionen vom 4. März als auch Panafieu in seinem Bericht brachten weiterhin die gleiche, im Wesentlichen übereinstimmende Position von Paris gegenüber Polen zum Ausdruck. Die Kritik an den „Expansionsplänen“ rührte nicht von einer feindseligen Haltung gegenüber Warschau her, sondern von der Einordnung Polens in die französische Politik jener Zeit, die durch allzu ehrgeizige Züge der Polen selbst auf dem osteuropäischen Schachbrett hätte geschwächt werden können. Die These, dass Frankreich Warschau zu einem Angriffskrieg gegen Sowjetrußland ermuntert hat, lässt sich nur schwer aufrechterhalten. Polen sollte im Innern als Bollwerk französischer Einflussnahme gestärkt werden, von dem aus Paris Deutschland von Osten her kontrollieren konnte, während es gleichzeitig die Möglichkeit behielt, die Lage in Rußland wirksam zu beeinflussen, sollte sich die Gelegenheit dazu ergeben. Am besten wäre es gewesen, wenn Warschau keine eigenständige Ostpolitik betrieben hätte, sondern gestärkt durch die Unterstützung Frankreichs durch seinen Fortbestand und die Mitorganisation der Limitrophen-Koalition der Festigung der Macht der Bol’sheviki in Rußland entgegengewirkt hätte.



Abb. 3: Hector de Panafieu, Gesandter Frankreichs in Polen seit 1919, später Botschafter (bis 1926); Narodowe Archiwum Cyfrowe.

vent de pousser les frontières jusqu'à Smolensk et au Dnieper [...] consomment toutes leurs énergies à soutenir un effort militaire qui dépasse dangereusement les capacités de leur pays. [...] Les ambitions mégalomanes qui animent ses dirigeants n'ont pas tardé à révéler l'aveugle égoïsme de ce fédéralisme ad usum Poloniae“. M. de Panafieu [...] à M. Millerand, Varsovie, 6 mars 1920, in: Documents diplomatiques français, 1920 [im Folgenden: DDF], Bd. 1 (10 janvier – 18 mai), hg. v. Jacques Bariéty et al., Paris 1997, S. 318, 320–321.

Im März und April 1920 zweifelten die französischen Diplomaten nicht mehr daran, dass eine solche bescheidene, instrumentelle Rolle Polens nicht ausreichen würde. Dies geht nicht nur aus den Informationen hervor, die Paris aus Warschau erreichten, sondern auch aus einem bezeichnenden Bericht des Bukarester Geschäftsträgers Henri Cambon vom 25. März. Cambon berichtete über ein Gespräch mit seinem polnischen Kollegen, Aleksander Skrzyński, seit Juni 1919 Botschafter in Bukarest, brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die polnisch-sowjetischen Friedensverhandlungen keinen Erfolg haben würden, da die polnischen Gebietsforderungen für die Bol'seviki unannehmbar seien. Der Krieg würde also wieder aufgenommen werden. Polen könnte verlieren, aber wenn es gewänne, könnte es seine Ostgrenzen ohne Einmischung der Westmächte festlegen. Nur in diesem Krieg würde Polen die volle Souveränität erlangen können⁶⁰.

Die französische Diplomatie, die sich dessen bewusst war, murrte und kritisierte Warschau „übertriebene Ambitionen“, aber Frankreich brauchte Polen. Es brauchte Polen sehr, denn das „weiße“ Russland befand sich im Niedergang, und Paris konnte sich nicht auf ein Abkommen mit dem „roten“ Russland einigen. Maurycy Zamoyski, polnischer Botschafter in Paris, analysierte diese Situation in hervorragender Weise und setzte sich unermüdlich dafür ein, Millerand, Paléologue und andere hochrangige Beamte im Quai d'Orsay von den strategischen Überlegungen Polens zu überzeugen. In seinem Schreiben an Minister Patek vom 18. März erläuterte er den französischen Standpunkt wie folgt: „Ich habe keinen Zweifel daran, dass das im Osten so oft verkündete Programm eines starken und großen Polens als Garantie gegen Deutschland aus dem Munde der französischen Regierung real und aufrichtig ist. Ihrer Meinung nach, die sich entweder auf ihre schmerzlichen Erfahrungen mit dem zaristischen Rußland oder auf ihre Unerfahrenheit uns gegenüber stützt, ist Polen jedoch noch kein ausreichend ausgeprägter Faktor, um die geforderten Garantien [für den Schutz vor Deutschland im Osten] in vollem Umfang geben zu können, ohne den russischen Koloss zu berücksichtigen, der bereits wiederbelebt oder sogar anarchisiert worden ist. [...] Frankreich möchte in Polen vor allem eine neue Garantie gegen Deutschland sehen. Um eine solche Garantie zu sein, darf Polen nicht in Konflikt mit einem wiedererstarteten Russland geraten. [...] Während die hiesigen Regierungskreise heute mit dem polnischen Charakter von Wilna, Grodno und vielleicht sogar Minsk versöhnt zu sein scheinen, haben alle weiter östlich gelegenen Gebiete, vor allem die ukrainischen Grenzgebiete, in ihren Augen nicht aufgehört, als Gegenstand unserer direkten oder indirekten Rückforderungen eine unvermeidliche Quelle künftiger polnisch-russischer Konflikte zu sein“⁶¹.

⁶⁰ Siehe die Diskussion von H. Cambons Information bei Carley, *Anti-Bolshevism* S. 172.

⁶¹ Schreiben M. Zamoyskis an S. Patek v. 18.3.1920, in: *DiM*, Bd. 2, S. 680.



Abb. 4: Maurycy Zamojski, Polnischer Gesandter in Paris in den Jahren 1919–1924. Nach 1910 aufgenommene Fotografie; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

Zamojski bemerkte die polenfeindlichen Aktivitäten einiger Bewunderer des „weißen“ Russlands in Journalistenkreisen und im Umfeld des Quai d’Orsay, aber er maß ihnen keine besondere Bedeutung bei. Er interpretierte die Hauptlinie der Pariser Politik gegenüber Polen und Russland – damals Sowjetrussland – durch das Prisma der antideutschen Besessenheit der Franzosen. Zu Recht wies er auch auf die zunehmende Isolierung Frankreichs gegenüber den anderen Mächten, insbesondere England und Italien, hin. Dies zwingt Paris angesichts der „deutschen Bedrohung“ zu einem gewissen Entgegenkommen gegenüber London und Rom gerade in der Frage der russischen (sowjetischen) und polnischen Ostpolitik. Damit erklärte Zamojski zumindest einige der Mahnungen aus Paris an Warschau, sich bei seinen Plänen hinsichtlich der Ostgrenze zurückzuhalten und vor allem auf selbständige militärische Schritte gegen Sowjetrussland zu verzichten⁶².

Die französische Ostpolitik – oder besser gesagt die Osteuropapolitik, um sie von der Nahostpolitik zu unterscheiden – wird in den nächsten Monaten von zwei gegensätzlichen Positionen geprägt sein. Einerseits wird sie nicht nur ideologisch, sondern auch finanziell durch den Unwillen motiviert sein, Sowjetrussland anzuerkennen und sich endgültig von der Hoffnung auf ein „anderes Russland“ zu verabschieden; andererseits besteht die Angst, sich nicht zu weit von London zu entfernen, um nicht mit einem zu scharfen Verdikt gegen die von Premierminister Lloyd George vertretene Linie einer „pragmatischen Vereinbarung“ mit Moskau aufzufallen. Die deutsche Frage war immer noch, ich wiederhole, das wichtigste

62 Ebd.

für Paris. Nach dem versuchten rechtsgerichteten Kapp-Lüttwitz-Putsch in Berlin (Mitte März) und dem einseitigen, nicht mit London abgesprochenen energischen französischen Vorgehen im Rheinland, war Millerand bereit, wenn auch nur taktisch, mit einer Aufweichung seiner Position in Gestalt von Gesprächen mit inoffiziellen Vertretern Sowjetrusslands zu zahlen. Dies geschah auf der Interalliierten Konferenz in San Remo (18.–26. April). Als Gegenleistung für Lloyd Georges Unterstützung für Frankreichs Position zur vollständigen Umsetzung des Versailler Vertrags durch Deutschland, versprach Millerand nicht nur den Abzug der französischen Truppen aus Frankfurt, sondern genehmigte auch die Aufnahme von Verhandlungen mit der sowjetischen Handelsdelegation⁶³.

Millerands Frankreich hatte nach der Niederlage des „weißen“ Russlands Ende des Jahres 1919 kein eigenes „Szenario“ mehr zur Verfügung, um den verbleibenden Akteuren seinen Willen für die Zukunft Osteuropas aufzuzwingen. Es hatte jedoch seine eigene Sicht der Dinge. Allein die Tatsache, dass es in mehreren wichtigen Punkten – vor allem in der Einschätzung der Bedeutung Polens – nicht mit der von London vertretenen Politik übereinstimmte, hatte einen wesentlichen Einfluss auf den weiteren Verlauf der Ereignisse.

Einige Kommentatoren – von Lenin bis hin zu dem bereits mehrfach erwähnten kanadischen Historiker Michael Carley – überschätzten oder überinterpretierten diesen Einfluss und glaubten, dass Polen in Wirklichkeit nur ein Bauer in Millerands antibolschewistischem Schachspiel war. Carley zufolge konnte Frankreich dank Piłsudskis militärischem Einsatz den Krieg mit Sowjetrussland aufrechterhalten, ohne sich offen gegen London zu stellen. Das Tüpfelchen auf dem i in dieser Interpretation ist ein Satz, der die polnische Offensive in der Ukraine als „die letzte große Anstrengung im Interventionsfeldzug und den letzten bedeutenden Versuch Frankreichs, den Bolschewismus zu stürzen“ bezeichnet⁶⁴. Dieser Begriff ist bereits nahe an Lenins Definition des Krieges gegen Polen im Jahr 1920 als Verteidigung gegen den „Dritten Vormarsch der Entente“.

Im Gegensatz zu Großbritannien unter Lloyd George beschloss Frankreich unter Millerand nämlich nicht, die Lieferung von militärischem Gerät (auf Kredit) an Polen in den ersten Monaten des Jahres 1920 einzustellen. Nach den etwas überzogenen Schätzungen eines entschiedenen Gegners dieser Lieferungen, des sozialis-

63 Siehe Meeting of the Supreme Council, San Remo, April 25, 1920, in: DBFP, First series, vol. VIII, eds. R. Butler, J. P. T. Bury, London 1958, S. 380–382.

64 „The last great effort of the interventionist campaign and the last important French commitment to the destruction of Bolshevism“. Carley, *Anti-Bolshevism* S. 189; siehe auch S. 175. Eine ähnliche Position nimmt in der neueren Literatur zur Rolle Frankreichs in der polnischen Ostpolitik im Jahre 1920 C. Gervais ein, op. cit., S. 78–79. Die inhaltliche Widerlegung dieser Ansichten stellt am ausführlichsten Hovi, *Alliance*, S. 45–47, dar.

tischen (oder besser gesagt bereits kommunistischen) Abgeordneten Marcel Cachin, sollte Polen im Frühjahr aus Frankreich fast 1.500 Geschütze mit 10 Millionen Schuss, über 300.000 Gewehre, 2.800 Maschinengewehre und ähnliches erhalten⁶⁵. Ohne diese Lieferungen wäre Polen wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen, ab Ende April groß angelegte Militäroperationen im Osten durchzuführen. Die militärische Verstärkung Polens wurde in Paris im Hinblick auf Deutschland sowie im Rahmen der Pläne zur defensiven Sicherung der Ostflanke des Versailler Systems beschlossen, die sowohl Clemenceau als auch Foch und Millerand ausgearbeitet und akzeptiert hatten. Polens bzw. Piłsudskis Nutzung dieser Unterstützung stand jedoch nicht im Einklang mit diesen Vorstellungen. Sie entsprach vielmehr der Annahme, die Botschafter Skrzyński in Bukarest am deutlichsten zum Ausdruck brachte: Piłsudskis Polen wollte für seine Grenze und seine Sicherheit im Osten und letztlich für seine Souveränität in diesem Gebiet kämpfen – eine Souveränität auch angesichts des Drucks und der Pläne der Entente-Mächte. Die französische militärische Mission in Polen wurde letztlich in Piłsudskis strategische Pläne eingebettet, und General Henrys unterstützte sie gerne, aber dennoch war es nicht Frankreich, das diese Pläne diktierte, und sie waren sicherlich nicht Teil eines antibolschewistischen Kreuzzugsprojekts.

Infolge der zunehmenden Angst um die eigene Sicherheit nach dem Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Kreis der Garanten der europäischen Ordnung behielt Paris eine andere Interpretation der politischen Perspektiven des europäischen Ostens bei als London. Der, freilich noch nicht endgültige, Zusammenbruch des „weißen“ Russlands stärkte in der Tat die Bedeutung Warschaws in Frankreichs Plänen. Dadurch wurde Polen, genauer gesagt Piłsudski, ein Minimum an Handlungsspielraum eingeräumt, den es nicht gehabt hätte, wenn alle Mächte der Versailler Ordnung eine gemeinsame Ostpolitik formuliert hätten.

65 Siehe Kukulka, *Francja*, S. 170–171, und Hovi, *Alliance*, S. 48–49.

4 Ohnmacht: Washington, das Sowjetimperium und die Bedrohung der polnischen Unabhängigkeit

Am letzten Tag des Jahres 1919 notierte Samuel Breckinridge Long (1881–1958), der dritte stellvertretende US-Außenminister und vielleicht intelligenteste Teilnehmer der amerikanischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz, folgende Prognose in seinem privaten Tagebuch: „Probleme können sowohl im Osten als auch im Westen drohen. Das Vorgehen Japans und die Ausdehnung seiner Vorherrschaft lösen Besorgnis aus und sind ein Faktor, der Probleme verursacht, denn früher oder später wird es mit unseren Interessen in Konflikt geraten. In der anderen Hemisphäre kann der Bolschewismus so stark werden, dass er Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn überfallen wird. Wenn dies geschieht, wird sich Italien sicherlich [dieser Liste] anschließen, während Deutschland sich auf die Seite Russlands stellen könnte, um die schrecklichen Strafen zu vermeiden, die von den Alliierten im [Versailler] Vertrag verhängt wurden [...]. Wenn die Bol’sheviki, wie ich erwarte, Polen militärisch angreifen, werden sie Erfolg haben und ihren Marsch nach Westen fortsetzen; östlich des Rheins wird sie nichts aufhalten, und Frankreich könnte fallen. Aber das wird erst nächstes Jahr sein – oder später. Finis 1919“⁶⁶.

Diese Worte machen nicht nur wegen ihrer eigentümlich prophetischen Untertöne so viel Eindruck, sondern auch, weil sie die Ohnmacht derer offenbaren, die gerade den großen Weltkrieg gewonnen hatten und eine neue Ordnung für alle Völker schaffen sollten. Die Politik der Vereinigten Staaten, der damals schon stärksten Macht weltweit, die Politik gegenüber der ungelösten russischen Frage und angesichts der neuen Herausforderung durch den Bolschewismus erwies sich als besonders deprimierendes Beispiel für diese Ohnmacht.

Präsident Thomas Woodrow Wilson ist weithin als Förderer des auf der Pariser Friedenskonferenz formulierten Slogans vom Selbstbestimmungsrecht der Völker in Erinnerung geblieben. Tatsächlich aber war Wilsons großes Ziel, wie ich

66 „The possibilities of future trouble looms over the horizon from east and from west. Japan’s activities and her extension of dominion loom large as factors of trouble for sooner or later she will be in conflict with our affairs. In other hemisphere Bolshevism may become so strong it will over-run Poland, Czecho-Slovakia and Hungary. If it does – Italy is sure to join and Germany may side with Russia to escape the terrible penalties imposed by the Allies in the treaty. [...] If, as I expect, the Bolshevics make a military drive against Poland, are successful and continue their westward march nothing will stop them east of the Rhine and France may succumb. But that is in next year, – or after. Finis 1919“. Breckinridge Long Papers, Diary, 1919, Breckinridge Long Papers, Container 2, in: Library of Congress – Manuscript Division, Washington, D. C. [im Folgenden: LC]

oben dargelegt habe, die Abschaffung der Außenpolitik der einzelnen Staaten. Die ersten, die sie aufgeben sollten, hätten die kleineren Nationalstaaten sein sollen, die zu Spielfiguren werden sollten, die von den großen Spielern auf dem geopolitischen Schachbrett platziert und bewegt würden. Die Großmächte, die die Hoffnung des amerikanischen Präsidenten auf ein liberales politisches Modell erfüllten, sollten die Hüter der neuen Ordnung bleiben. Eine natürliche Ergänzung zu Wilsons Vision war das nur wenige Jahre später von Franklin Delano Roosevelt mit Blick auf Stalin formulierte Konzept der „vier Polizisten“, der Großmächte (Russland/Sowjetunion, USA, China, Großbritannien) als einzige „Kontrolleure“ der internationalen Ordnung, die das Recht haben, eine Armee zu besitzen und Außenpolitik zu betreiben. Im Prinzip wurde diese Ergänzung jedoch bereits 1919 in das Programm von Präsident Wilson aufgenommen. In dieser Kombination aus liberalem Idealismus und geopolitischem Traditionalismus war nur Platz für ein „kleines“ Polen, das so organisiert sein sollte, dass es das wiedergeborene, demokratische Russland nicht irritierte⁶⁷.

An dieser Sympathie für Russland und der Sensibilität für seine territoriale Integrität (innerhalb der Grenzen von 1914, mit möglichem Ausschluss Kongresspolens und Finnlands) hat Boris Bachmetev im amerikanischen Außenministerium sowie in einflussreichen Kreisen der amerikanischen Presse sehr effektiv gearbeitet. Dieser letzte Botschafter des republikanischen Russlands von 1917 verfügte über die enorme Summe von über 50 Millionen Dollar, die die russische provisorische Regierung in Form von Darlehen für den Kauf von militärischer Ausrüstung in den Vereinigten Staaten erhalten hatte⁶⁸. Bachmetev besaß also die Mittel, um die Interessen Russlands zu wahren. Die Hauptthese, mit der er persönlich Präsident Wilson, Außenminister Robert Lansing (und dessen Stellvertreter Frank Polk und Norman Davis), Herbert Hoover und viele andere der einflussreichsten Persönlichkeiten am Potomac erreichte, war einfach: Ein demokratisches Russland würde unweigerlich wiedererstehen, und das Haupthindernis für seinen Wiederaufbau könnte nur die voreilige Zustimmung der Westmächte zur

67 Siehe Marian Biskupski, *The Wilsonian View of Poland: Idealism and Geopolitical Traditionalism*, in: *Wilsonian East Central Europe. Current Perspectives*, hg. v. John S. Micgiel, New York 1995, S. 123–145.

68 Siehe Oleg V. Budnickij, *Posly niesuščestvujuščej strany*, in: „Soveršenno lično i doveritel'no!“. B. A. Bachmetev – V. A. Maklakov – perezpiska 1919–1951, Bd. 1 (avgust 1919 – sentjabr' 1921), hg. v. O. V. Budnickij, Moskva; Stanford 2001, S. 51–79; Linda Killen, *The Search for a Democratic Russia: Bakhmetev and the United States*, in: *Diplomatic History* 2 (1978), No. 3, S. 237–256; Mariusz Mazurek, *Great Britain, the United States and the Polish-Soviet Peace Treaty of Riga, 1920–1921*, in: *Niepodległość* (1988), Bd. 21 (Neue Folge), S. 59–63; George Kennan, *Soviet-American Relations*, vol. 2: *The Decision to Intervene*, Princeton 1958, S. 322–323; Bogusław Winid, *W cieniu Kapitola. Dyplomacja polska wobec Stanów Zjednoczonych Ameryki 1919–1939*, Warszawa 1991, S. 63–67.

„Teilung“ sein, d. h. die Sanktionierung der Unabhängigkeit neuer Staaten auf den aus dem ehemaligen Romanov-Reich herausgelösten Gebieten. Ein solcher Handel mit russischem Eigentum durch den Westen, so argumentierte Bachmetev, könnte die Position der Bol’ševiki in Russland selbst am meisten stärken – die damals vom russischen Volk als Verteidiger seiner Integrität und Größe gegenüber dem „Imperialismus“ der diversen Polen, Georgien, Lettland, Estland oder der Ukraine angesehen wurden⁶⁹. Eine ähnliche Rolle wie Bachmetev spielte in Washington John Spargo, ein Anhänger der Februarrevolution in Russland, Mitglied der Sozialistischen Partei in den USA bis 1915 und Autor der ersten Biographie von Karl Marx in Übersee, der von Präsident Wilson mit Propagandaarbeit beauftragt wurde, um die Abneigung der amerikanischen Öffentlichkeit gegen eine Teilnahme am Weltkrieg zu überwinden. Wie Bachmetev hatte auch Spargo direkten Zugang zum Präsidenten. Seine Bedeutung wurde noch größer, als Lansing, der mit Wilson zerstritten war, im Februar 1920 als Außenminister zurücktrat und im März durch Bainbridge Colby ersetzt wurde, dem es an Erfahrung in internationalen Angelegenheiten mangelte. Er behandelte Spargo als seinen vertrautesten Berater in russischen und osteuropäischen Angelegenheiten. Während des gesamten Jahres 1920 behielten Spargo und Bachmetev Einfluss auf die Formulierung der grundlegenden Dokumente der amerikanischen Außenpolitik gegenüber dieser Region⁷⁰.

Aber auch hier waren es nicht die Hinterzimmergeschäfte von Agenten im Interesse des (republikanischen) Russlands, sondern Woodrow Wilsons allgemeine Vision einer neuen Weltordnung, die Washingtons Haltung gegenüber Russland, dem Bolschewismus und Polen im Zusammenhang mit diesen Herausforderungen bestimmte. Wir wiederholen: Erstens wurde Russland als großer Verbündeter im Großen Krieg angesehen – und musste deshalb unterstützt werden. Zweitens erkannte man in Washington, dass Russland für die Weltwirtschaft von entscheidender Bedeutung war – insbesondere für den Lebensmittelmarkt, auf dem Russland vor dem Krieg ein wichtiger Exporteur gewesen war, aber auch für die amerikanische Wirtschaft als Produzentin von Waren für den dynamischen russischen Markt, der bis 1914 so aufnahmefähig war. Drittens und letztens wurde Russland

69 Siehe LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Briefe Colbys an Bachmetev vom 28.5. und 13.6.1920 mit Dank für seine Memoranden vom 28.5. und 7.6. „regarding the latest Polish advances“ (bezüglich der jüngsten polnischen Offensive).

70 Siehe etwa LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Briefe John Spargos an Colby vom 31.7.1920; vom 14.8.1920 – Dank für eine Note zu Russland und Polen; vom 27.8.1920 – „Secretary Colby’s Advice to Poland“; vgl. Ronald Radosh, John Spargo and Wilson’s Russian Policy, 1920, in: *Journal of American History* 52 (1965), Nr. 3, S. 548–565; Mazurek, *Great Britain*, S. 55–63, 98–99.

zum Schauplatz eines großen ideologischen Experiments: des Bolschewismus. Er wurde von Wilson und seinen beiden Außenministern, Lansing und Colby, als Übel und Gefahr angesehen. Wie ein erheblicher Teil der damaligen liberalen Meinung, insbesondere in den angelsächsischen Ländern, war Wilson davon überzeugt, dass der Bolschewismus nicht durch militärische Gewalt, sondern durch einen wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau besiegt werden würde, dessen Nutznießer in erster Linie das „russische Volk“ sein sollte, der einzige legitime Herrscher über (Groß-)Russland. Jedes Eingreifen von außen müsse daher von vornherein als zum Scheitern verurteilt angesehen werden. Nur die Russen selbst könnten den Bolschewismus ablehnen. Sie müssten die Möglichkeit erhalten, sich zu beruhigen, sich wirtschaftlich zu erholen und sich mit der Außenwelt auszutauschen – nicht sie zu bekämpfen. Dann würden die Bol’sheviki ihre Unterstützung verlieren. Stattdessen werde diese zunehmen, wenn sie als Verteidiger des gesamten Territoriums des ehemaligen Reiches gegen die Ansprüche der „kleinen Nationalismen“ auftreten würden. In dieser Hinsicht deckte sich die Art und Weise der Argumentation der Vertreter des Außenministeriums, sowie von Wilson selbst, mit den Argumenten von Bachmetev oder Spargo.

Wie bereits erwähnt, war die Urteilsfähigkeit der Politiker der Westmächte über den osteuropäischen Konflikt von 1920 – und vieler Historiker, die sich in den folgenden Jahrzehnten mit ihrer Politik befassten – durch den unterschiedlichen Zugang zu Informationen über das Verhalten Warschaws einerseits und Moskaus andererseits erheblich eingeschränkt. Möglicherweise verfügten sie über relativ umfassende Kenntnisse der polnischen politischen Ziele. Im Gegensatz dazu war das Wissen in den Kabinetten in London und Paris über die Bestrebungen, Möglichkeiten und Grenzen der sowjetischen Politik unvergleichlich geringer. Noch wichtiger ist, dass die Informationen über die sowjetische Strategie und Politik, die die westlichen Hauptstädte erreichten, oft in einer Weise interpretiert wurden, die ihre Bedeutung verzerrte. Sie wurden an die Kategorien angepasst, die von den Führern der Siegermächte selbst verwendet wurden: nationales oder imperiales Interesse. Darüber hinaus ließen diese Interpretationen manchmal überhaupt keinen Raum für die Bedeutung der kommunistischen Ideologie.

Zu Beginn des Jahres 1920 vertrat die amerikanische Regierung die Ansicht, dass ein eigenständiges polnisches Vorgehen in Osteuropa nur schädlich sein konnte. Als sich Polen angesichts der Passivität der Westmächte im April 1920 zu einer solchen Aktion entschloss, befanden sich die Vereinigten Staaten bereits am Rande der europäischen Politik. Am 19. März lehnte der amerikanische Senat den Vertrag von Versailles ab. Zur für die Annahme dieses internationalen Abkommens erforderlichen Zweidrittelmehrheit fehlten sieben Stimmen. Die republikanische Opposition setzte sich durch, indem sie sich auf die Bedrohung der Souveränität des Handelns der Vereinigten Staaten durch die möglichen Auswirkungen

der Annahme des in den Vertrag aufgenommenen Völkerbundstatuts berief. Präsident Wilson muss die Bitterkeit eines Schöpfers gespürt haben, dessen erträumtes Werk – in diesem Fall ein zu ehrgeiziges: eine von den Vereinigten Staaten überwachte neue Weltordnung – nicht realisiert wurde.

Unter diesen Umständen bildete sich die Position Washingtons zum ersten großen Versuch einer sowjetischen Expansion nach Europa im Sommer 1920 heraus, als sich die Rote Armee Warschau näherte, so wie es sieben Monate zuvor Breckinridge Long (der im Juni 1920 aus dem Außenministerium ausgeschieden war, um dorthin im September 1939 wieder zurückzukehren) vorhergesagt hatte. Was also tun? Konnte man in dieser Situation überhaupt etwas tun?

Die Frage kam in Form eines dramatischen Appells zurück, den der amerikanische Botschafter in Warschau, Hugh Gibson, in einem Memorandum vortrug. Gibson wies auf die unmittelbare Bedrohung der Unabhängigkeit Polens durch den Angriff der Roten Armee auf die polnische Hauptstadt hin und forderte Präsident Wilson auf, die westlichen Alliierten (insbesondere Großbritannien) mit einer persönlichen Rede zu mobilisieren, um auf diese Bedrohung der gesamten europäischen Ordnung angemessen zu reagieren. Die Antwort des Präsidenten an Colby ließ keine Illusionen aufkommen: „Mein lieber Herr Minister: Ich kann dem Vorschlag von Herrn Hugh Gibson eher nicht zustimmen, weil ich glaube, dass die Zeit vorbei ist, in der mein persönliches Eingreifen oder meine Anregungen auf dem Gebiet der Außenpolitik wirksam wären, obwohl ich an allem, was Polen betrifft, sehr interessiert bin und gerne alles tun würde, was ich für Polen für hilfreich erachte“⁷¹.

Diese Erklärung der Hilflosigkeit des Präsidenten der größten Weltmacht klingt deutlicher, wenn man sie der Erklärung der noch größeren Hilflosigkeit des Außenministeriums angesichts der durch den sowjetischen Einmarsch in Polen geschaffenen Situation gegenüberstellt. Als der amerikanische Botschafter aus Warschau einen leidenschaftlichen Appell zur Hilfe für die Polen übermittelte, sandte sein Kollege aus London seinerseits ein Ersuchen (in Übereinstimmung mit der Haltung der britischen Regierung), um den Präsidenten davon zu überzeugen, Verhandlungen mit den Bol'seviki in London zuzustimmen. Der Außenminister antwortete auf dieses Schreiben mit entwaffnender Offenheit: „Bitte berücksichtigen

71 „My dear Mr. Secretary: I hesitate to comply with Mr. Hugh Gibson's suggestion because I think the time has passed when personal intervention on my part or suggestion to foreign politics would be of service, though I am deeply interested in everything that affects Poland and would be willing to do anything that I thought would be effective in assisting her“. LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Brief Präsident Wilsons an Colby vom 20.7.1920 hinsichtlich des Appells Botschafter Gibsons. Vgl. The Papers of Woodrow Wilson, vol. 65, February 28 – July 31, 1920, eds. A. S. Link, J. E. Little, Princeton 1991, S. 531.

Sie, dass die Informationen, die das Außenministerium über viele wichtige Phasen der Situation [im sowjetisch-polnischen Krieg] erreichen, bruchstückhaft und widersprüchlich sind“⁷².

Der britische Premierminister schätzte seine Kompetenzen ganz anders ein – wie ich in den folgenden Kapiteln ausführlich darlegen werde – und war in den Sommermonaten der sowjetisch-polnischen Krise bereit, sein Konzept zur Lösung der Krise durchzusetzen. Und er wollte auch die Vereinigten Staaten überzeugen. Ende Juli und Anfang August suchte er nur einen Vorwand, um das Problem der polnischen Unabhängigkeit endgültig aufzugeben. Lloyd George wollte die Frage der Neuordnung des Versailler Systems im Osten unter seine Fittiche nehmen und zu diesem Zweck eine große Konferenz in London einberufen. Vertreter der Sowjetunion waren bereits zugegen: Am 4. August weilte eine Delegation unter Leitung von Lev Kamenev (nach Lenin die Nummer 2 im Sowjetstaat) und Leonid Krasin in der britischen Hauptstadt. Lloyd George hoffte, dass sich Italien, wie üblich, von seinen Ideen überzeugen lassen würde. Die Idee einer Konferenz, die das Versailler System ändern und die Bol’seviki an den politischen Beratungstisch lassen sollte, wurde jedoch von Frankreich entschieden abgelehnt. Der Erfolg des Vorhabens des britischen Premierministers (auf der „Leiche des weißen Polens“) hing in nicht geringem Maße von der Haltung Washingtons ab. David Lloyd George beschloss am 5. August, ein persönliches Schreiben an den amerikanischen Präsidenten zu richten, in welchem er ihn bat, dringend die Teilnahme eines hochrangigen Vertreters der Regierung in Washington an der geplanten Londoner Konferenz zu erwägen⁷³.

Am Rande sei erwähnt, dass der persönliche Sekretär des Premierministers und engste Berater Lloyd Georges, Philip Kerr, der den Brief an die Botschaft in Washington schickte, bereits versucht hatte, die britische Vertretung in der amerikanischen Hauptstadt darauf vorzubereiten, für die großen unvermeidlichen Veränderungen in Osteuropa zu argumentieren. Noch in der ersten Junihälfte schrieb

72 „You will bear in mind that the Department’s information on many important phases of the situation is fragmentary and conflicting“. LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Brief Colbys an John W. Davis, Botschafter in London vom 2.8.1920.

73 Siehe den Brief Lloyd Georges vom 5.8. an Präsident Wilson: *The Papers of Woodrow Wilson*, vol. 66, August 2 – December 23, 1920, hg. v. A. S. Link, Princeton 1992, S. 46–47, und den Brief des persönlichen Sekretärs und engsten Beraters von Lloyd George, Philip Kerr, an den britischen Botschafter in Washington Auckland Geddes vom 5.8.1920 mit der Bitte der Übergabe eines persönlichen Schreibens des Premiers an Wilson: National Archives of Scotland, Edinburgh [im Folgenden: NAS], Philip Kerr Papers [im Folgenden: PK], GD 40/17/1402; LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Brief Colbys an den Präsidenten vom 18.8.1920 mit der Übermittlung der von der britischen Botschaft erhaltenen Depesche mit dem Schreiben Lloyd Georges vom 5.8.

er an den britischen Botschafter in Washington, Auckland Geddes, verärgert darüber, dass die hervorragend verlaufenden Verhandlungen mit der bolschewistischen Delegation in London nun durch „diese absurde polnische Offensive“ (*this absurd Polish offensive*) behindert würden, und kommentierte unwirsch, dass dies eine Manifestation der uralten, fatalen polnischen Politik sei, „sich aufzublasen, bis man platzt“ (*their traditional policy of inflating themselves until they bust*). Er sagte jedoch mit absoluter Überzeugung voraus, dass der Zusammenbruch Polens unmittelbar bevorstehe. In einem weiteren Schreiben, das bereits am 5. Juli von der Konferenz in Spa (wo wenige Tage später Kerr die bis heute berühmte, sogenannte Curzon-Linie skizzierte) abgeschickt wurde, wurden wichtige Worte gesprochen, die unter Vermittlung des britischen Botschafters in Washington die britische Bewertung der bolschewistisch-polnischen Krise in der europäischen Politik begründen sollten: „Wie Sie wissen, versucht der Premierminister seit langem, den Weg für ein Abkommen mit Russland zu ebnet, zum einen, weil er anerkennt, dass Lebensmittel und Rohstoffe aus Russland für den Wiederaufbau Europas notwendig sind, zum anderen, weil er glaubt, dass der Frieden in Osteuropa für die Welt notwendig ist, und schließlich, weil er überzeugt ist, dass der kürzeste Weg, den Bolschewismus zu töten, darin besteht, den Krieg zu beenden und dem russischen Volk die Chance zu geben, normale Wirtschaftsbeziehungen zu erneuern und Russland wieder für den westlichen Einfluss zu öffnen. [...] Die Situation wurde durch die polnische Krise enorm erschwert. Wie von allen vorhergesagt, gelang es den Polen nicht, durch ihre Offensive die Bol'sheviki zu zerschlagen. Sie haben sich lediglich erschöpft. In der Zwischenzeit haben die Bol'sheviki zurückgeschlagen, und es sieht so aus, als ob sie den Sieg über die polnische Armee erringen werden. Was passieren wird, wenn sie nach Warschau gelangen, das weiß eigentlich niemand. Wir sollten Polen irgendwie retten, aber jetzt müssen sie [die Polen] die Suppe ihrer imperialistischen Politik auslöffeln. In jedem Fall aber gibt es wenig Zweifel, dass wir auf ein [neues] Arrangement in Osteuropa zusteuern. Die Erschütterungen mögen noch ein oder zwei Monate andauern, aber die schiere Erschöpfung, sowohl mental als auch physisch, wird unweigerlich zu einer Beruhigung in Osteuropa führen, und wenn sich Osteuropa beruhigt, wird sich meiner Meinung nach auch der Westen beruhigen“⁷⁴. Es blieb nur noch zu klären, was es

74 „As you know the P. M. has been trying for a long time to pave the way for a settlement with Russia, partly because he thinks that food and raw materials from Russia are necessary for the reconstruction of Europe, partly because he thinks that peace in Eastern Europe is necessary to the world, and partly because he is sure that the quickest way to killing Bolshevism is to put an end to war, and to give the Russian people a chance of resuming normal business and let Western influences once more into Russia. [...] The situation is greatly complicated by the Polish crisis. The Poles, as everybody predicted, have not succeeded in smashing the Bolsheviks by their offensive.

bedeutet, „Polen irgendwie zu retten“, z. B. durch die Anerkennung als autonome Sowjetrepublik, und auch, was in diesem kritischen Kontext das später berühmt-berühmte Wort Appeasement meint.

Lloyd George selbst war in seinem Brief an Präsident Wilson vom 5. August nicht weniger wortgewandt und fügte eine Art Erklärung zu der faszinierenden Frage dieses Appeasements hinzu, wie man es sich in London im Spätsommer 1920 vorstellte. Zunächst rechtfertigte er seine Entscheidung, Polen aufzugeben: „Die Polen sind die Verkörperung von perverser Unfähigkeit. Es ist wie der Versuch, einen Ertrinkenden zu retten, der all die dummen Dinge tut, die er nicht tun sollte, und nichts von dem tut, worum man ihn bittet“⁷⁵. Vor allem fragte er, ob Washington bereit sei, zu der Konferenz der Vertreter Sowjetrusslands und der Entente (die er für den Frühherbst erwartete) seine Repräsentanten zu entsenden. Um Präsident Wilson (sowie Frankreich und die konservative Mehrheit seines eigenen Kabinetts) davon zu überzeugen, grundsätzlichen politischen Verhandlungen mit Sowjetrussland zuzustimmen, brauchte Lloyd George natürlich zumindest einen Anschein von gutem Willen aus Moskau, vielleicht eine Erklärung, dass die polnische Souveränität nach dem Einmarsch der Roten Armee gewahrt bleiben würde. Er vertrat die Auffassung, dass es eine ernsthafte Chance dafür gab, auch wenn er nicht genau erklärte, wie er sich das vorstellte, um den amerikanischen Präsidenten nicht zu verärgern. Letztlich wurden die Absichten des britischen Premierministers zwischen dem 4. und 10. August bekannt, und ich werde sie in späteren Kapiteln dieses Buches ausführlicher darstellen. Hier lassen sie sich in einem Satz zusammenfassen: Am 10. August akzeptierte Lloyd George im Unterhaus in Anwesenheit von Lev Kamenev, der in der Distinguished Strangers Gallery (Galerie für bedeutende Gäste) saß, die Bedingungen, die Moskau Polen zu diesem Zeitpunkt diktierte, nämlich die Bedingungen für die Sowjetisierung des Landes an der Weichsel.

They have only exhausted themselves. Meanwhile the Bolsheviks have retaliated and look like achieving victory over the Polish army. What will happen if they get to Warsaw nobody quite knows. We shall have to save Poland somehow, but for the moment they must reap the harvest of the imperialist policy they have pursued. In any case, however, I think there is little doubt that we are drifting towards a settlement in Eastern Europe. There might be another final month or two of convulsion, but sheer exhaustion, both mental and physical, is bound to bring a general appeasement [Unterstreichung A. N.] in Eastern Europe, and as Eastern Europe settles down, I think the West will settle down too“. NAS, PK, GD 40/17/1397, Brief Kerrs aus Spa an Botschafter Auckland Geddes in Washington vom 5.7.1920. Frühere Mikrozitrate in diesem Kapitel stammen aus dem Brief Kerrs an Geddes vom 11.6.1920, ebd., GD 40/17/1395.

75 „The Poles are the embodiment of perverse inefficiency. It is like trying to save a drowning man who does all the silly things he is wanted not to do and does nothing he is begged to do“. Zitiert nach: The Papers of Woodrow Wilson, vol. 66, S. 46.

Genau am selben Tag formulierte Washington schließlich seinen Standpunkt zur „polnischen Krise“. Es handelte sich um ein offizielles Schreiben von Außenminister Bainbridge Colby. Der unmittelbare Anlass für die Veröffentlichung war die von der italienischen Regierung über die Botschaft in Washington übermittelte Bitte an Amerika, seinen Standpunkt klar zu definieren: Was ist angesichts der sowjetischen Invasion im Zentrum Europas zu tun? Soll man Polen retten oder zumindest versuchen, den Bol’ševiki zu widerstehen, wie es Frankreich vorgeschlagen hatte? Oder soll man lieber Gespräche mit Kamenev in London aufnehmen, wie es der britische Premierminister bereits getan hatte? Die Reaktion Washingtons zu diesem dramatischen Zeitpunkt konnte nicht nur für Italien entscheidend sein⁷⁶.

Den größten Beitrag zur Abfassung der Colby-Note leistete der bereits erwähnte Sozialisten-Sympathisant John Spargo, dessen Memorandum, das am 31. Juli an den Außenminister geschickt wurde, praktisch zur Grundlage des Regierungsdokuments wurde. Einen gewissen Beitrag leistete auch John Allyn Gade, der in Riga ansässige inoffizielle amerikanische Vertreter in den neu geschaffenen (und von den USA nicht anerkannten) baltischen Republiken. Er betonte die Notwendigkeit, Finnland als das zweite und einzige Land neben Polen aus dem Russischen Reich zu erwähnen, dessen Recht auf Unabhängigkeit Amerika bestätigen sollte⁷⁷. Seine Anmerkungen machte auch Unterstaatssekretär Norman Heskiah Davis, der die beiden Hauptziele des zu erstellenden Dokuments hervorhob: „Meines Erachtens sollten wir darauf bestehen, die Integrität Polens und zweitens die Integrität Russlands zu wahren“⁷⁸. Russland stehe natürlich an erster Stelle. Wenn Polen über die Bug-Linie hinausgehe (die von den alliierten Mächten im Dezember 1919 als die eigentliche, aber dennoch nur vorläufige polnische Grenze festgelegt worden war – bis ein demokratisches Russland wiedergeboren und die endgültige

76 Siehe LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Information des Staatssekretärs Norman H. Davis vom 5.8.1920 über ein Gespräch mit dem Sekretär der Botschaft Italiens; vgl. Daniel M. Smith, *Aftermath of War. Bainbridge Colby and Wilsonian Diplomacy 1920–1921*, Philadelphia 1970, S. 64–70. Die beste übersichtliche Darstellung der russischen Orientierung in der Außenpolitik Italiens im Jahre 1920 ist die Arbeit Petracchis, *Da San Pietroburgo*, S. 255–290.

77 LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Brief John Spargos an Colby vom 31.7.1920 mit einem beigefügten Memorandum über das Verhältnis zu Russland, den Bolschewismus und die „polnische Krise“, aber auch Brief Spargos an J. A. Gade vom 3.8.1920, in dem der Absender bestätigt, dass er dem Staatssekretär gerade „a draft of a statement“ in Bezug auf Russland vorgelegt habe.

78 „It seems to me that we should stress on the maintenance of the integrity of Poland, and second, the integrity of Russia“. LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Brief von Staatssekretär Norman H. Davis an Colby vom 7.8.1920.

Form dieser Grenze in einem direkten Abkommen mit Warschau festgelegt würde), müsse es sich den schweren Vorwurf des Imperialismus gefallen lassen. Es sei darauf hingewiesen, dass nicht Russland in den Grenzen von 1914 imperialistisch sei, nicht die Vereinigten Staaten, die seit 1898 Kuba und die Philippinen kolonisieren, sondern Polen, das sich über den Bug hinaus erstrecke... Und der Imperialismus (in diesem Fall der polnische) sei der Hauptverantwortliche für das Fortbestehen des Bolschewismus. „Wir sind der Meinung, dass der Imperialismus das sowjetische Regime eher wiederbelebt als zerstört, und dass die Regierung der Vereinigten Staaten, die die Wiege der Demokratie sind, alle möglichen, gerechten und praktischen Mittel einsetzen muss, um die Demokratie vor dem Zusammenbruch sei es unter dem Druck des Bolschewismus, sei es im Kampf zwischen dem Bolschewismus und dem [polnischen] Imperialismus zu bewahren“⁷⁹.

Auf der Grundlage dieser Prämissen sollte die schließlich von Colby zusammengestellte Notiz die Unterstützung für die polnische Unabhängigkeit zum Ausdruck bringen und keinen Zweifel daran lassen, dass die Sowjetisierung diese Unabhängigkeit beseitigen würde. Vor allem aber sollte sie sich gegen die Politik der „Zerstückelung Russlands“ aussprechen (*dismemberment of Russia*), d. h. die Herauslösung der nationalen Territorien mit Ausnahme von Finnland und Polen aus dem russischen Staat in seinen vorrevolutionären Grenzen. Entgegen den Hoffnungen von Lloyd George blieb Washingtons Haltung gegenüber den Bol’ševiki unnachgiebig. Die amerikanische Regierung erkannte sie nicht als Vertreter Russlands an, sie wollte sie nicht als etwas anderes anerkennen als eine ernsthafte Bedrohung für Frieden und Ordnung. Nur auf Gewalt beruhend sei die Macht der Bol’ševiki nicht demokratisch und die Vereinigten Staaten sollten unter Anerkennung der Errungenschaften und Werte der Russischen Revolution von 1917 Russland helfen, eine echte demokratische Vertretung zu gründen. Das Problem war jedoch, dass in dem Vermerk nicht angegeben wurde, wie eine solche Hilfe aussehen könnte. Darüber hinaus sagte sie nichts darüber aus, was die amerikanische Regierung tun würde, wenn die Sowjetunion Polen doch noch eroberte? (schließlich stand die Rote Armee am 10. August bereits in der Nähe von Warschau). Colby selbst, der am 9. August eine von ihm unterzeichnete Note zur Genehmigung durch den Präsidenten schickte, erklärte bescheiden: „Sehr geehrter Herr Präsident. Der beiliegende Entwurf eines Vermerks über die Lage Polens weist einen offensichtlichen Schwachpunkt auf. Es ist unmöglich zu sagen, was wir mit dem

79 „Our view is also that imperialism fosters rather than destroys the Soviet regime and the American Government which is the cradle of democracy must use every possible just and practicable means for preventing democracy from falling under the onrush of Bolshevism or under the struggle between Bolshevism and imperialism“. LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Brief von Norman H. Davis an Colby vom 7.8.1920.

Land machen [Sperrung im Original; A. N.) werden, wenn überhaupt etwas. Sie [die Notiz] ist auch ziemlich lang, aber es gibt Grund, fast alles zu sagen, was sie enthält. Ich hoffe, dass Sie es nicht als völlig unzureichend empfinden werden“⁸⁰. Der Präsident las den Vermerk und hinterließ eine handschriftliche Notiz auf ihm. Eine ganz kurze, die die Hilflosigkeit der Amerikaner in diesem Moment noch deutlicher zum Ausdruck bringt: „Danke. Das scheint mir ausgezeichnet und ausreichend. WW [Woodrow Wilson]“⁸¹.

Die Note, die am 10. August offiziell ausgehändigt wurde, widersprach offensichtlich den Absichten Lloyd Georges, obwohl sie ihn – als Erklärung für die absolute Passivität der USA gegenüber dem tatsächlichen sowjetischen Vorgehen an der Weichsel – nicht sonderlich störte. Alles hing nun vom Ausgang des direkten Kampfes zwischen polnischen und sowjetischen Soldaten bei Warschau ab. Der britische Premierminister hatte ersteren im Grunde genommen die Botschaft übermittelt, sich zu ergeben. Der amerikanische Außenminister hatte, mit dem Segen des Präsidenten, einen Protest gegen den Bolschewismus, aber auch gegen eine mögliche Erneuerung des polnischen „Imperialismus“ zu bieten. Es ist geradezu grotesk, wenn die Colby-Note von einigen modernen Historikern als eine Vorwegnahme der amerikanischen Doktrin der Eindämmung, die Präsident Harry Truman 1947 gegenüber der stalinistischen Sowjetunion verkündete, interpretiert wird. Hier [d. h. in Colbys Note vom August 1920] wurde die Politik eingeleitet, die später als ‚Containment‘ bekannt werden sollte, schrieb ein zeitgenössischer Biograph John Spargos und der amerikanischen Politik dieser Zeit⁸². Und dennoch verpflichtete sich Washington 1920 durch die verbale Verurteilung der sowjetischen Aggression weder zu einer militärischen Aktion noch zu einer materiellen Unterstützung des Opfers oder möglicher weiterer Opfer. Im Gegenteil: Amerika

80 „My dear Mr. President: The enclosed draft of a Note on the Polish situation has certainly one outstanding weakness. It is impossible to say what we will do [Sperrung im Original], if anything. It is also pretty long, but there is a reason for saying almost everything that it contains. I hope you will not find it altogether inadequate“. LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Brief Colbys an Präsident Wilson vom 9.8.1920. Den vollen Text der Note vom 10. August selbst bei: Secretary of State to the Italian Ambassador (Graf Avezzano), in: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1920, vol. 3, Washington, D. C. 1936, S. 463–468; vgl. die Analyse der Note im Kontext der polnischen Beziehungen zu den USA in jener Zeit: B. Winid, *W cieniu Kapitolu: dyplomacja polska wobec Stanów Zjednoczonych Ameryki, 1919–1939*, Warszawa 1991, S. 64–72.

81 „Thank you. This seems to me excellent and sufficient. W. W.“. LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, Brief Colbys an Präsident Wilson vom 9.8.1920.

82 „It was here that the policy that came later to be known as containment was actually launched“. Markku Ruotsila, *John Spargo and American Socialism*, London 2006, S. 116.

erklärte seine Hilflosigkeit, wie Colby selbst es in dem oben zitierten Brief an Präsident Wilson treffend formulierte.

Vielleicht nicht einmal Hilflosigkeit, sondern eher eine bewusst (aber war es klug?) gewählte Untätigkeit. Eine eklatante Bestätigung dieser bewussten Untätigkeit war das Verhalten des Präsidenten bei einem Vorfall Ende August, als das Problem der möglichen Beteiligung eines amerikanischen Schiffes an dem Versuch auftauchte, die Löschung von Gütern für Polen im Hafen von Danzig zu ermöglichen. Damals weigerten sich die deutschen Hafentarbeiter, ihre Pflichten zu erfüllen, um in der Freien Stadt entgegen ihrem Status die Versorgung des gegen die Bol'seviki kämpfenden Landes mit Waren zu blockieren. Frankreich und Großbritannien (vor allem auf Initiative des französischen Ministerpräsidenten Alexandre Millerand) versuchten, die Öffnung des Hafens zu erreichen, und erwarteten Unterstützung aus Washington. Dadurch war Colby gezwungen, eine Entscheidung zu treffen. Er weigerte sich, formell an der Aktion der Alliierten teilzunehmen, und begründete dies mit der Ablehnung der Ratifizierung des Versailler Vertrags durch den Senat. Er stimmte jedoch mit dem Marineministerium überein, ein amerikanisches Schiff nach Danzig zu schicken – zum Schutz der amerikanischen Bürger in der Freien Stadt. Als Präsident Wilson dies erfuhr, war er wütend: Es sollten keine Schiffe geschickt werden! Als der Sekretär des Marineministeriums Josephus Daniels ihn aufklärte, nannte der Präsident die Initiatoren dieses nicht mit ihm abgesprochenen Vorgehens kurz und bündig: „Ratten“. (*rats*). Colby musste sich bei seinem Vorgesetzten in aller Form entschuldigen. Kein amerikanisches Schiff fuhr je nach Danzig oder unterstützte Polen im Kampf gegen die Bol'seviki wenigstens auf solch symbolische Weise⁸³.

Colby hingegen hatte kein Problem damit, die volle, auch finanzielle, Unterstützung für die von John Spargo vorgeschlagene Aktion zu leisten. Diese Aktion war die einzige praktische Folge der Ankündigung der Note vom 10. August, und sie zeugte nur von der wohlüberlegten Untätigkeit, die Washington angesichts der sowjetischen Herausforderung an den Tag legte⁸⁴. Spargo hatte sich zusammen mit Bachmetev eine äußerst komplizierte und zugleich schockierend naive Intrige

83 Den Vorfall bespricht eine Reihe von Dokumenten in: *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1920*, vol. 3, S. 393–396, aber auch Smith, *Aftermath*, S. 72.

84 Vielleicht nicht ganz die einzige, denn nach Colbys Notiz vom 10. August folgte ein weiterer Hinweis auf eine echte Reaktion des Außenministeriums auf die sowjetische Aggression, nämlich am 21. August eine entschlossene Note an die polnische Regierung, auf eine Expansion auf Kosten Russlands zu verzichten... (sic!) – Die Rote Armee befand sich noch westlich des Flusses Bug. Wie es in einem Kommuniqué an die amerikanische Presse formuliert wurde, sei Polen verpflichtet, „sich jeglicher territorialen Aggression gegen Russland zu enthalten“ (*to abstain from any territorial aggression against Russia*). LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920: „For the Press, August 25, 1920 (#2)“.

ausgedacht. Noch schockierender ist jedoch, dass sie vom Außenministerium genehmigt wurde. Spargo sollte nach Europa reisen und den schwedischen Ministerpräsidenten, den Sozialdemokraten Hjalmar Branting, als Wortführer für seine Idee benutzen. Er wollte, dass Branting einen Aufruf unterzeichnete und ankündigte (dessen Inhalt von Spargo vorbereitet und von Colby genehmigt worden war). Der Appell an die sowjetische Regierung sowie an die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans sollte gleichsam im Namen der „gesamten fortschrittlichen Menschheit“ ergehen. Der schwedische Ministerpräsident sollte die bolschewistische Regierung auffordern, die Macht abzugeben oder auf die Anwendung von Zwang zu verzichten und die Konstituierende Versammlung (*Učreditel'noe Sobranie*) wieder einzuberufen, die sie im Januar 1918 aufgelöst hatten und die von Lenins Gegnern, den Sozialrevolutionären, dominiert worden war. Die Bol'seviki sollten die politischen Gefangenen freilassen und Rote Armee demobilisieren. Die Prämissen des geplanten Appells waren, wie man sieht, für die Bol'seviki ähnlich ungünstig wie die, die sie selbst ein paar Wochen zuvor in Warschau hatten diktieren wollen. Der Unterschied bestand darin, dass die sowjetischen Bedingungen für Polen durch die Stärke der Roten Armee gestützt wurden, die eben die Hauptstadt an der Weichsel bestürmte, während der Colby-Spargo-Branting-Appell nur durch ... die moralische Stärke seiner Verfasser gestützt werden sollte. Als Gegenleistung für die Akzeptanz dieser Bedingungen sollte die Welt alle Errungenschaften der „sozialen Revolution“ garantieren und die von der Konstituierenden Versammlung eingesetzte neue Regierung wirtschaftlich unterstützen. Wenn die Bol'seviki diese Bedingungen akzeptieren würden, würden sich die Alliierten verpflichten, Russland niemals anzugreifen und die Blockade aufzuheben. Sie würden sich gleichzeitig verpflichten, die russischen Monarchisten nicht zu unterstützen. Spargo rechnete damit, dass der Aufruf von den Sozialisten in ganz Europa mitgetragen werden würde und dass dies die Unterstützung der russischen Sozialisten ermöglichen würde, die so ermutigt die Bol'seviki stürzen würden. Im September traf sich Spargo auf dem Weg nach Stockholm mit dem Altmeister der russischen Bauernsozialisten Nikolaj Čajkovskij, mit dem letzten republikanischen russischen Botschafter in Paris, Vasilij Maklakov und mit dem Leiter der Außenpolitik der Regierung von General Vrangel', Petr Struve. Die am Ende des Monats geführten direkten Gespräche mit Ministerpräsident Branting endete mit dem unvermeidlichen Fiasko. Nach Rücksprache mit der Regierung, lehnte Branting den Spargo-Plan als „viel zu amerikanisch“ ab.

Der hartnäckige Autor des utopischen Projekts hoffte noch, dass vielleicht der belgische Sozialist Émile Vandervelde anstelle von Branting einspringen würde, aber auch hier musste er eine Niederlage hinnehmen⁸⁵.

Im Herbst 1920 erhielt Präsident Wilson den Friedensnobelpreis für seinen unbestrittenen Beitrag zur Pariser Friedenskonferenz. Der im Juni 1919 geschlossene Frieden blieb jedoch unvollendet... Dass er zumindest neunzehn Jahre lang in den Gebieten östlich von Deutschland tatsächlich herrschte, wurde nicht von David Lloyd George, Woodrow Wilson und den Sozialisten aus Amerika, Schweden oder Holland durch ihre Appelle entschieden, sondern von den Soldaten, die zwischen August und September 1920 bei Warschau und an der Memel kämpften, und später – in Riga – von polnischen und sowjetischen Diplomaten (oder streng genommen ihren Auftraggebern).

Ein trauriges Zeugnis für die Hilflosigkeit der Vereinigten Staaten angesichts der sowjetischen Herausforderung ist das Schreiben, das ein immer noch teilweise gelähmter, verbitterter Präsident Wilson als Antwort auf das Schreiben des britischen Premierministers vom 5. August verschickte. Er hat seine Antwort erst fünf Monate später datiert: am 3. November (sic!) 1920, einen Tag nachdem der Kandidat seiner demokratischen Partei die Präsidentschaftswahlen verloren hatte. Er schrieb mit Melancholie über die unbegreiflicher Weise immer wiederkehrende Bedrohung durch den Krieg. Für Fragen zu Russland, dem Bolschewismus und Polen fand er einen Platz, nachdem er über Albanien gesprochen hatte. Er schloss sich der Kritik des britischen Premierministers an den Polen wegen ihres unüberlegten Enthusiasmus und ihrer territorialen Ambitionen an: „Ich glaube, wir sind uns im Wesentlichen einig über die Torheit der Polen. Ich befürchtete, dass ihr Enthusiasmus nach [ihren] momentanen militärischen Erfolgen zu einem Beharren [ihrerseits] auf territorialen Vereinbarungen führen könnte, die zu einer Quelle künftiger Probleme werden würden.“ Auch seine völlig passive Haltung zum Bolschewismus änderte er nicht: „Was Russland betrifft, so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Bolschewismus sich selbst auslöschen würde, wenn man ihn nur in Ruhe ließe“⁸⁶.

85 LC, Bainbridge Colby Papers, Correspondence, 3 A, May – August 1920, „A rough memo copy, ca. Summer 1920“ [Entwurf von Spargos Appell vom August 1920]; Manuskript der Version des Appells: „To the Russian Socialist Federal Soviet...“; Brief Spargos an Colby vom 25.8.1920 (behandelt Ausführungsdetails des Projekts nach Ankunft in Europa und vor dem Treffen mit Branting); Colby Papers, Correspondence, 3 B, September – December 1920, Brief Colbys an Spargo mit Dank (und einem Scheck über 2.500 Dollar) für die bisherigen Leistungen; siehe Ruotsila, John Spargo, S. 118–121 (der Verfasser interpretiert den Appellentwurf falsch, als ob er an Präsident Wilson gerichtet gewesen wäre).

86 „I believe we are in substantial accord as to the folly of the Poles. I have been fearful that their enthusiasm following temporary military successes may lead to insistence upon territorial

Der Bolschewismus erlosch nicht, obwohl ab Herbst 1920 kein Nachbar und keine Macht die Sowjetmacht in Frage stellte – bis zum 22. Juni 1941. Damals war es jedoch der in Russland siegreiche Bolschewismus, der seine kleineren europäischen Nachbarn, darunter die bereits 1920 von Washington anerkannten Staaten Finnland, Polen oder Rumänien, so weit wie möglich „beunruhigen“ sollte. Diese Möglichkeit hat den amerikanischen Präsidenten jedoch offensichtlich nicht gestört. Er war bereit zu warten, bis der Bolschewismus von selbst erloschen war.

arrangements which will be a source of future trouble. [...] As to Russia, I cannot but feel that Bolshevism would have burned out long ago if left alone“. Zitiert nach: The Papers of Woodrow Wilson, vol. 66, August 2 – December 23, 1920, hg. v. A. S. Link, J. E. Little, Princeton 1992, Antwort Präsident Wilsons vom 3.11.1920 auf den Brief von David Lloyd George vom 5.8.1920, S. 308.

Teil II: **Die Polnische Krise – ein kurzer Lehrgang**

1 Zwischen Lloyd Georges Frieden und Piłsudskis Frieden (Januar – April 1920)

Schon während des Ersten Weltkriegs begann die britische Regierung zu erkennen, dass größere Veränderungen im östlichen Teil Europas eine Herausforderung für die neue politische Ordnung in Europa darstellen würden. Der Sturz des Zaren im März 1917 und die von der neuen russischen Provisorischen Regierung Ende desselben Monats abgegebene Erklärung, in der das Recht Polens auf Unabhängigkeit anerkannt wurde, sorgten auch in London für „grünes Licht“ für jegliche Überlegungen zur Nachkriegsordnung, einschließlich des Wiederaufbaus des polnischen Staates. Arthur Balfour, der damalige Erste Lord der Admiralität, nahm die Tatsachen vorweg und äußerte bereits im Oktober 1916 in einem Memorandum seine Befürchtungen. Seiner Argumentation zufolge würde ein polnischer Pufferstaat, der die beiden Großmächte, die sich bisher gegenseitig bekämpft hatten – Deutschland und Russland – trennen würde, deren Expansion in jene Richtungen nur erleichtern, die für die britischen Interessen am gefährlichsten wären: Deutschland in Richtung Westen, Russland in Richtung Osten. Balfour, der seit Ende 1916 Staatssekretär im Foreign Office im Koalitionskabinett von David Lloyd George war, konnte die neue russische Regierung jedoch nicht davon überzeugen, ihre Vorstellungen von der Lösung der polnischen Frage auf eine Autonomie unter russischer Herrschaft zu beschränken. Noch in seinen Gesprächen mit dem Berater des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Colonel Edward House, im April 1917 knüpfte er an die strategische Argumentation gegen eine polnische Unabhängigkeit an. Damals wies er darauf hin, dass ein wiederaufgebautes Polen die Unterstützung der russischen Großmacht für Frankreich behindern würde, falls letzteres erneut von Deutschland angegriffen würde⁸⁷.

Lloyd George selbst, wie auch Präsident Woodrow Wilson und die Franzosen nach ihm, hatte sich 1918 im Namen seiner Regierung für die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens eingesetzt. Es ist jedoch bekannt, dass er später, bereits während der Pariser Friedenskonferenz selbst, dafür sorgte, dass Polen nicht in einer Form entstand, die seiner Meinung nach die Möglichkeit ausschloss, dass sich das besiegte Deutschland mit dem Versailler System, das seine Unabhängigkeit garantierte, arrangierte. Lloyd George wollte die Großmacht Deutschland

87 Den Inhalt des Memorandums Balfours vom 4.10.1916 gibt wieder: D. Lloyd George, *War Memoirs*, vol. 1, London [1935], S. 523–529; siehe auch Titus Komarnicki, *Rebirth of the Polish Republic. A Study in the Diplomatic History of Europe, 1914–1920*, Melbourne 1957, S. 60–63; der Bericht über das Gespräch mit Colonel House von Ende April 1917 findet sich in: *The Intimate Papers of Colonel House*, hg. v. Ch. Seymour, vol. 3, Boston 1928, S. 43–46.

nicht an den Rand der neuen Ordnung drängen, die er vor allem durch das Prisma des notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas sah. Frankreich hingegen wollte aus strategischen Gründen Deutschland in die Knie zwingen. Die in Versailles festgelegte polnische Westgrenze war das Ergebnis dieser widersprüchlichen Tendenzen. Die Unterschiede zwischen Paris und London wurden auch in der Politik gegenüber dem russischen Problem deutlich. Frankreich strebte stets die Wiederherstellung eines nicht-bolschewistischen Russlands an, war aber nicht in der Lage, es materiell zu unterstützen. Im russischen Bürgerkrieg von 1919 lieferte Großbritannien den „Weißen“ große Mengen an Kriegsgerät, wollte sich aber nicht in größerem Umfang an militärischen Aktionen beteiligen. Lloyd George hatte seit Anfang 1919 nach einem Abkommen mit den Bol'seviki gesucht, um Russland in eine Form der Zusammenarbeit zu bringen, die mit dem Handel beginnen sollte. Der sich dieser Tendenz entgegenstellende Staatssekretär im War Office, Winston Churchill, aber auch der neue Staatssekretär im Foreign Office, Lord George N. Curzon, waren nicht mehr in der Lage, diese Ausrichtung zu bremsen, als Anfang 1920 die Bol'seviki schließlich die Waagschale im Bürgerkrieg zu ihren Gunsten verschoben und de facto zu den Herrschern in Russland wurden.

Der britische Premierminister nutzte die vorübergehende Schwächung der Position Frankreichs am Konferenztisch des Obersten Rates der Entente-Mächte infolge interner Umbesetzungen (Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten, Abgang von Clemenceau und Bildung eines neuen Kabinetts durch Millerand Mitte Januar 1920), um zunächst seinem Kabinett und dann dem Rat sein eigenes Konzept zur Lösung der politischen Probleme des europäischen Ostens aufzuzwingen. Dass Lloyd George ein „weißes“ Russland endgültig aufgegeben hatte, war seit November öffentlich bekannt. In den ersten Januartagen machte er jedoch einen weiteren großen Schritt, der ihn und nach ihm die britische und schließlich die westliche Politik zu einer Einigung mit der sowjetischen Regierung führte. Der britische Premierminister akzeptierte nämlich in vollem Umfang die Argumente, die ihm sein pro-bolschewistischer Berater, der Beamte des Ministeriums für Versorgung und britischer Delegierter beim Wirtschaftsrat in Paris, Edward F. Wise, geliefert hatte. Dessen Memorandum, das am 7. Januar im Foreign Office vorgestellt wurde, potenzierte die Bedeutung des Handels mit Russland für den Frieden und die Stabilität in ganz Europa in geradezu gigantische Dimensionen. Wise argumentierte, dass ohne die Wiederaufnahme der russischen Getreideexporte, insbesondere nach Mitteleuropa, den vom Krieg verwüsteten Ländern Hunger drohte. Im Gegenzug würde die Schließung des russischen Markts für aus Großbritannien exportierte Industriegüter zu einem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit in vielen seiner Regionen führen. Wise forderte daher einen sofortigen Bruch mit der Blockadepolitik der Bol'seviki, die Russland ja praktisch schon beherrschten. Frieden durch Handel – das war, kurz gesagt, der Slogan der neuen Politik, die der bri-

tische Premierminister infolge des Wise-Memorandums gegenüber dem bolschewistischen Russland vorschlug. Sein Kriegsminister Winston Churchill plante zur gleichen Zeit eine erneute Intervention gegen die Bol'sheviki angesichts der Bedrohung, die die Offensive der Roten Armee für die neu entstandenen transkaukasischen Republiken darstellte, insbesondere für Aserbaidzhan mit seinen Ölfeldern um Baku. Die Lösung des Konflikts innerhalb des britischen Kabinetts fand in Paris statt. Am 14. Januar überzeugte Lloyd George bei einem Treffen mit dem inzwischen ausgeschiedenen Clemenceau und dem italienischen Premierminister Francesco Nitti seine wichtigsten Entente-Partner, seine Schlussfolgerungen aus dem Wise-Memorandum zu akzeptieren. Gleichzeitig machte er sie mit den Delegierten der sowjetischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, des so genannten Centrosojuz, bekannt, die für ihn der bequemste Deckmantel für die Aufnahme von Handels- (und in der Praxis auch politischen) Verhandlungen mit Lenins Regime waren. Am 16. Januar verabschiedeten die Regierungschefs der drei Entente-Mächte ein Communiqué, in dem sie die Beendigung der Blockade Sowjetrusslands und die Aufnahme von Kontakten mit „russischen Genossenschaften, die in enger Verbindung mit der Bauernschaft ganz Russlands stehen“ und der beste Kanal für humanitäre Hilfe an die russische Gesellschaft werden könnten – im Austausch gegen Getreide – ankündigten. Wie ein Historiker der britischen Russlandpolitik dieser Zeit treffend feststellte, wurde das bolschewistische Regime in dem Communiqué über das Ende der wirtschaftlichen (und im Grunde – ich wiederhole – der politischen) Blockade des Sowjetstaates nicht einmal erwähnt. Auch hat keiner der Initiatoren und Unterzeichner des Communiqués die vernünftigen Fragen gestellt, wie hoch die aktuelle Getreideernte in Sowjetrussland und die tatsächliche Exportkapazität denn sei und inwieweit Mitteleuropa wirklich von russischen Getreidelieferungen abhängig sei. Vor allem wurde die Frage nicht gestellt, wie sich die Argumente für einen Kompromiss mit den Bol'sheviki im Lichte anderer Argumente darstellten, vielleicht grundlegenderer als der von Wise und seinem Gönner, dem britischen Premierminister, vorgebrachten⁸⁸.

Churchills Versuch, von der Politik des „Friedens durch Handel“ abzugehen, scheiterte schließlich zwischen dem 16. und 19. Januar, als Lloyd George in Paris eine echte Konfrontation der Positionen in der Frage der bedrohten transkaukasischen Republiken herbeiführte. Der ehemalige Vizekönig von Indien, Lord George N. Curzon, war daran interessiert, die wichtigste geopolitische Achse des britischen Empire zu schützen, und schlug im Namen des Foreign Office eine militäri-

⁸⁸ Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 2, *Britain and the Russian Civil War*, S. 329 (hier auch eine ausführliche Behandlung des Wise-Memorandums und auch seiner Veränderung durch Lloyd George in der offiziellen Politik Großbritanniens gegenüber Russland, S. 317–332), sowie Bd. 3 (*The Anglo-Soviet Accord*), S. 19.

sche Intervention in Aserbaidschan und Georgien vor, die allein der Verteidigung gegen die sowjetische Aggression dienen sollte, während die Frage des „weißen“ Russlands und jegliche Pläne zur Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Bolševiki an anderen Fronten aufgegeben würden. Churchill hingegen war der festen Überzeugung, dass eine wirksame Verteidigung Britisch-Indiens gegen die Bolševiki nur möglich sei, wenn man die Front des Kampfes gegen sie von Westen her neu organisiere und schließlich die Bemühungen Denikins mit den bewaffneten Aktionen der Grenzstaaten, vor allem Polens, aber auch Finnlands und der anderen baltischen Republiken, koordiniere. Lloyd George lehnte jedoch die Vorschläge seines Außenministers und seines Kriegsministers ab. Er vertrat nämlich die Ansicht, dass die Bolševiki keine ernsthafte militärische Bedrohung darstellten. Sie seien auch – wie Barbaren es eben so sind – nicht an Eroberungen interessiert, die ihnen keine entsprechend reiche Beute einbrächten. Sie würden also die osteuropäischen Länder nicht angreifen, weil sie dort nichts zu gewinnen hätten. Die kaukasischen Länder hingegen bräuchten wahrscheinlich nur die politische Unterstützung der Westmächte (möglicherweise verstärkt durch einige Waffenlieferungen), damit Sowjetrußland sich zu einem Abkommen mit ihnen entschliesse. Am 19. Januar stellte Churchill auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Entente erneut das Projekt vor, für das Marschall Ferdinand Foch bereits seit einem Jahr geworben hatte: die Schaffung einer gemeinsamen antibolschewistischen Front von Finnland über Polen und die von Denikin kontrollierten Gebiete bis nach Aserbaidschan. Der selbst bei der Konferenz anwesende Foch konnte es nicht gegen die scharfen Angriffe von Lloyd George verteidigen. Der britische Premierminister drängte ihn mit der Frage, ob er glaube, dass die Bolševiki tatsächlich einen Angriff auf die Nachbarländer vorbereiteten, an die Wand. Foch entgegnete ehrlich, dass man dies erst dann mit Sicherheit überprüfen könne, wenn der Angriff stattgefunden habe... Der Foch-Churchill-Plan wurde schließlich begraben. Auch der Standpunkt von Curzon wurde abgelehnt. Tatsächlich gaben die Ententeführer die Verteidigung der transkaukasischen Republiken auf (drei Monate später besetzte die Rote Armee Aserbaidschan; das Schicksal Georgiens und Armeniens wurde nicht viel später besiegelt)⁸⁹.

Andererseits äußerte sich Lloyd George wenige Tage nach dem Pariser Treffen auf einer Kabinettsitzung in London sehr deutlich zu der möglichen Bedrohung der mittel- und osteuropäischen Länder. Er erklärte seinerzeit schlicht, dass „die Bolschewiken, abgesehen von allem anderen, praktisch nichts zu gewinnen haben, wenn sie Polen, Deutschland, Ungarn [...] oder Rumänien erobern“. All diese Län-

⁸⁹ Siehe ebd., Bd. 2, S. 332–339; zum Januar-„Duell“ Lloyd Georges mit Churchill siehe auch z. B. Carroll, *Soviet Communism*, S. 32–43, sowie – von Churchills Standpunkt – Martin Gilbert, *World in Torment. Winston S. Churchill 1917–1922*, London 1990, S. 370–375.

der „können den Bolschewiken nichts als Hunger und Typhus geben“⁹⁰. Auf diese Weise hatte der walisische Liberale mit einem Schlag die Bedeutung sowohl der sowjetischen Ideologie als auch der Geopolitik und alle Fakten, die auf deren grundlegende Bedeutung für das Lenin-Regime hinwiesen, völlig ausgeblendet. Seit Mitte Januar galt in der britischen Politik gegenüber Sowjetrußland bereits die Doktrin des „Friedens durch Handel“ – ein Handel, der die „bolschewistischen Barbaren“ allmählich zivilisieren sollte. Die britisch-sowjetischen Gespräche in Kopenhagen über den Austausch von Kriegsgefangenen und Internierten, die seit Ende 1919 liefen, beschleunigten sich dramatisch und gipfelten am 12. Februar in der Unterzeichnung eines Vertrags, der den Weg für die nächste Phase des friedlichen *modus vivendi* ebnete: Verhandlungen über Handelsbeziehungen⁹¹.

Frankreich hatte noch nicht die im Dezember angekündigte Politik des *cordon sanitaire* aufgegeben, mit dem das Gebiet unter bolschewistischer Kontrolle eingegrenzt werden sollte, als Lloyd George praktisch den Weg für Gespräche mit Sowjetrußland über diesen Kordon eröffnete. Italien neigte dazu, die Position des britischen Premierministers in diesem Punkt zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten, die in ihrer Europapolitik faktisch gelähmt waren, weil der Senat den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hatte und weil Präsident Woodrow Wilson schwer erkrankt war, legten ihre Haltung zu den neuen Initiativen der europäischen Mächte gegenüber Rußland und dem Bolschewismus nicht klar fest. Die Klärung der amerikanischen Position in dieser Frage wurde auch durch den Wechsel im Außenministerium erschwert, wo Robert Lansing und Frank Polk im Februar 1920 durch Bainbridge Colby (einen völligen Ignoranten in europäischen Angelegenheiten) ersetzt wurden, dessen Aktivitäten ich im vorherigen Kapitel beschrieben habe. Es sei daran erinnert, dass die Projekte von Churchill und Foch in Washington eindeutige Gegner hatten⁹².

Lloyd George gewann im Januar die diplomatische Schlacht um eine neue Ausrichtung der Entente-Politik gegenüber Rußland und dem Bolschewismus. Obwohl nicht alle Einzelheiten seiner Argumentation, die heute aus den Archiven bekannt sind, die damalige Öffentlichkeit erreichten, wurde die allgemeine Hinwendung auf die Suche nach einem *modus vivendi* mit Sowjetrußland sowohl in der Presse als auch in der diplomatischen Korrespondenz lebhaft gelesen und kom-

90 Zitiert nach: Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, Bd. 3, S. XX.

91 Siehe ebd., Bd. 2, S. 339–342; vgl. auch die neuere, gleichfalls wertvolle Darstellung eines kanadischen Historikers: Richard K. Debo, *Survival and Consolidation: The Foreign Policy of Soviet Russia, 1918–1921*, Montreal; Kingston 1992, S. 10.

92 Literatur zu dieser Frage habe ich bereits im vorigen Kapitel benannt.

mentiert⁹³. Die Nachricht über die Aufhebung der Blockade des sowjetischen Staates vom 16. Januar 1920 regte die Phantasie am stärksten an. Die baltischen Republiken, die bisher angesichts der Friedensangebote der Bol'sheviki gezögert hatten, entnahmen zweifellos daraus, dass die Annahme dieser Angebote keineswegs den Eintritt in die Blockadezone bedeuten würde. Sie stände auch nicht eindeutig im Widerspruch zur politischen Linie Großbritanniens, der einflussreichsten Großmacht im Baltikum. Am 2. Februar wurde in Dorpat (Tartu) der estnisch-sowjetische Frieden unterzeichnet. Die Litauer und Letten waren „als nächste an der Reihe“. Politische Berichte aus London und Paris über Veränderungen in den Absichten der Entente gegenüber dem bolschewistischen Russland erreichten natürlich auch andere politische Zentren in Osteuropa. Ende Januar berichtete der Nachrichtendienst des „weißen“ Russlands aus London über Lloyd Georges Konzept des „Friedens durch Handel“ mit den Bol'sheviki und dessen Kritiker sowohl auf der linken (die für den frühestmöglichen Abschluss eines formellen Friedens eintraten) als auch auf der rechten Seite. Zumindest eine positive Folge wurde in einem Frieden gesehen – die Aushöhlung, wenn nicht gar die endgültige Überwindung früherer Ideen einer permanenten antibolschewistischen Front der angrenzenden Staaten, mit Polen an der Spitze⁹⁴. Die polnischen Vertreter in London hingegen versuchten angesichts der von Lloyd George propagierten neuen Politik in ihren Berichten sich eher verzweifelt an die Hoffnung zu klammern, dass „die mögliche Unterstützung Englands für uns eine mehr oder weniger versteckte und zaghafte Form annehmen kann“⁹⁵.

Die größte Bedeutung hatte jedoch die Mission des polnischen Außenministers Stanisław Patek, die er Ende Dezember mit einem Besuch in Paris begann, um die Meinungen der wichtigsten Entente-Mächte über die weitere Politik gegenüber Osteuropa zu erkunden. Patek erkundigte sich bereits konkret nach der Reaktion der französischen Politiker auf das Friedensangebot, das der sowjetische Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Georgij Čičerin, am 22. Dezember in Warschau formell unterbreitet hatte. Da der polnische Minister dieses Angebot als eine mögliche Tarnung für die Pläne einer sowjetischen Offensive gegen Polen ansah, versuchte er gleichzeitig, die französische Öffentlichkeit über die Gefahr eines

93 Die umfassendste und zuverlässigste Diskussion dieser Kommentare in der britischen, deutschen, französischen und amerikanischen Presse ist das Buch von Carroll, *Soviet Communism*, S. 21–48.

94 Siehe das verschlüsselte Telegramm des Vertreters des militärischen Geheimdienstes des „weißen“ Russlands in London, Aleksandr Nikolaevič Abaza, vom 31.1.1920, in: *Russkaja voennaja emigracija 20-ch – 40-ch godov. Dokumenty i materialy*, Bd. 1 (1920–1922 gg), Buch 1 (Ischod), hg. v. V. A. Zolotarev u. a., Moskva 1998, S. 55–57.

95 Bericht des polnischen Gesandtschaftsrates in London, Jan Ciechanowski, an das MSZ vom 16.1.1920, in: *DiM*, Bd. 2, S. 536.

neuen Krieges im Osten zu informieren (in einem Interview für „Le Matin“ vom 20. Dezember 1919)⁹⁶. Am 5. Januar wurde Patek, wie ich bereits geschrieben habe, von Ministerpräsident Georges Clemenceau empfangen. Der polnische Minister erwähnte die sowjetischen Friedensvorschläge und fügte – sicherlich in Übereinstimmung mit Piłsudski – hinzu: „Drei Notwendigkeiten für den Fall, dass wir von den Bolschewiken angegriffen werden“. Sie liefen darauf hinaus, eine alliierte, antibolschewistische und einheitliche Front der „Grenzstaaten“ zu organisieren, die von den Entente-Mächten zumindest technisch, wirtschaftlich und finanziell unterstützt werden sollte. Patek wies den französischen Regierungschef darauf hin, dass Polen der bolschewistischen Bedrohung allein gegenüberstehe: „Es gibt keinen Kolčak, keinen Denikin, keinen Petljura, und die Esten haben einen Waffenstillstand unterzeichnet. Wir haben weder einen linken noch einen rechten Flügel. Wir müssten sie uns erst selbst schaffen“. Clemenceau entgegnete, wie zuvor schon seine Untergebenen am Quai d’Orsay, dass er Polen nicht ermutigen wolle, zweifelhafte sowjetische Angebote anzunehmen, aber auch keineswegs zu offensiven Aktionen gegen Sowjetrußland. Dabei betonte er insbesondere die Feindseligkeit Englands (Lloyd George) gegenüber solch offensiven Ideen eines oberflächlich versteckten „Imperialismus“ seitens Polens. Schließlich sagte er Frankreichs Hilfe zu, allerdings nur, wenn Polen von der sowjetischen Seite überfallen würde⁹⁷. Zwei Tage später traf Patek mit dem Generalissimus der Alliierten, Marschall Ferdinand Foch, zusammen. Der Marschall mahnte auch, dass die geplanten militärischen Operationen Polens gegen die Bol’ševiki nur defensiven Charakter haben sollten. Er empfahl eine massive Verstärkung der Front und eine enge militärische Zusammenarbeit mit Rumänien und den baltischen Staaten (Denikins Armee und Petljuras Ukraine hatte der Marschall nicht in seine Liste aufgenommen). Er wies auf die reale Möglichkeit einer ernsthaften materiellen Unterstützung durch Frankreich, Italien und Großbritannien für eine solche organisierte – defensive – Front hin. Er glaubte, dass dies ausreichen würde, um die Bol’ševiki abzuschrecken. Patek notierte Fochs Meinung: „Sobald die Front gut organisiert ist, werden die Bol’ševiki sie entweder gar nicht oder nur sehr schlecht angreifen. Sie sind

⁹⁶ Siehe Kukułka, *Francja* S. 111; Michael Jabara Carley, *The Politics of Anti-bolshevism: the French Government and the Russo-Polish War, December 1919 to May 1920*, in: *The Historical Journal* (1976), No. 19 (1), S. 167–168 (hier zu Pateks Gesprächen im Quai d’Orsay in den letzten Dezembertagen 1919); siehe auch Kazimierz Smogorzewski, *Bolszewizm a rola Polski na wschodzie*, in: *Gazeta Warszawska* Nr. 13 vom 13.1.1920.

⁹⁷ Alle Zitate in diesem Absatz stammen aus einem Brief S. Pateks an J. Piłsudski vom 5.1.1920, zitiert nach: Włodzimierz Suleja, *Dwa listy Stanisława Patka do Józefa Piłsudskiego z Paryża ze stycznia 1920 roku. Przygotowywanie wyprawy kijowskiej*, in: *Idea Europy i Polska w XIX-XX wieku...*, S. 42–44.

nicht in der Lage, einer guten Organisation entgegenzutreten, und sie haben nur sehr wenige Mittel, um zu kämpfen“⁹⁸.

Im Januar konnte Patek in Paris nicht mehr erreichen. Zum Zeitpunkt des Wechsels an der Spitze der Republik, als Clemenceau aus dem Amt schied und die neue Regierung Millerand gebildet wurde, waren verbindlichere Erklärungen zur Osteuropapolitik kaum zu erwarten. Es sollte jedoch hinzugefügt werden, dass während der Gespräche von Patek in Paris der Quai d'Orsay von Eugène Pralon, dem Botschafter, der sich gerade von seinem Posten in Warschau verabschiedet hatte, mit Warnungen überschwemmt wurde, keine Verpflichtungen bezüglich der Pläne von Piłsudski einzugehen. Seine Berichte vom 3., 12. und 29. Januar und später auch die vom Februar (u. a. 5., 7., 16. und 29.) machten darauf aufmerksam, dass Piłsudskis vom „polnischen Größenwahn“ diktierten Bestrebungen nach einer Offensive gegen Sowjetrußland, der Errichtung einer Art Ukraine neben Polen und der Annexion von Weißrußland Einhalt geboten werden müsse. Pralon bezeichnete die Pläne zum Aufbau eines großen Polens im Osten als die größte Bedrohung für den Frieden, für das gesamte Versailler System und auch für Polen selbst, das unweigerlich mit dem russischen Revanchismus und der Zusammenarbeit Moskaus mit Berlin konfrontiert würde. Ein kleines, aber sicheres Polen, dank der Unterordnung seiner Politik unter die allgemeinen Vorstellungen von einer europäischen Ordnung, die von den Entente-Mächten entwickelt wurden – das war Pralons Vision. Ob Warschau das sowjetische Friedensangebot annähme oder nicht, würde also allein von der aktuellen Einschätzung der sowjetrussischen Absichten durch Paris und London abhängen⁹⁹.

Pralons Position entsprach sicherlich nicht ganz den Vorstellungen der französischen Osteuropapolitik, die zu dieser Zeit inkonsistent und ziemlich verworren war. Die Argumentation des französischen Gesandten entsprach jedoch ausnahmsweise der Haltung des anderen Führers der Entente, Premierminister David Lloyd Georges. Davon überzeugte sich Patek noch in Paris, am 15. Januar, bei seinem ersten Gespräch mit dem britischen Premier. Nachdem er sich Pateks „extravagante Forderungen“ angehört hatte, warnte Lloyd George die Polen nachdrücklich vor „provokativen Aktionen“ gegen Sowjetrußland¹⁰⁰. Vor dem nächsten Treffen zwischen dem polnischen Minister und Lloyd George, das elf Tage später stattfinden sollte, versuchten zunächst Ministerpräsident Skulski und dann Piłsud-

⁹⁸ Brief S. Pateks an J. Piłsudski aus Paris vom 7.1.1920, zit. nach: ebd., S. 48.

⁹⁹ Pralons Berichte aus dem Januar und Februar 1920 besprechen detailliert Carley, *Anti-Bolshevism*, S. 170–172, aber auch Cienciala/Komarnicki, *Versailles*, S. 167.

¹⁰⁰ Die zitierten Begriffe stammen aus den Aufzeichnungen des persönlichen Sekretärs von Lloyd George aus dem Gespräch seines Vorgesetzten mit Patek am 15. Januar 1920, zitiert nach Norman Davies, *White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War, 1919–1920*, London 1983, S. 91.

ski selbst, die Position Londons durch ihre Gespräche mit Horace Rumbold, dem britischen Botschafter in Warschau, „aufzuweichen“. Piłsudski bemühte sich in Gesprächen mit dem amerikanischen Gesandten Hugh Gibson in diesem diplomatischen Spiel auch um die Unterstützung der anderen angelsächsischen Macht. Der Staatschef präsentierte eine für Polen einfache Alternative: entweder das sowjetische Angebot jetzt anzunehmen und zu günstigen territorialen Bedingungen Frieden zu schließen oder den Krieg fortzusetzen – mit materieller Hilfe (und politischer Akzeptanz) der Entente¹⁰¹.



Abb. 5: Stanisław Patek, Außenminister der Polnischen Republik von Dezember 1919 bis Juni 1920, in späteren Jahren war er polnischer Gesandter in Tokio (1921–1926) und Moskau (1926–1932) sowie Botschafter in den Vereinigten Staaten (1933–1935). Fotografie aus dem Jahr 1933; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

101 Siehe die Depeschen von H. Rumbold an G. Curzon vom 17.1. (hier eine Besprechung des Gesprächs mit Skulski vom selben Tag), 19.1. und 23.1. (hier ein Bericht eines Gesprächs mit Piłsudski am selben Tag), und von H. Gibson an R. Lansing von 17. und 18.1. (Bericht über das Gespräch mit Piłsudski am 18.1. und mit Skulski am 17.1.1920), in: DiM, Bd. 2, S. 538–544, 546–550 und 556–558; zum Briefwechsel Gibsons mit dem Außenministerium in dieser Zeit, siehe auch Winid, *W cieniu*, S. 65–66.

Piłsudskis Haltung, wie auch Pateks Mission nach Paris und London im Januar, wird allgemein als Zeugnis weniger eines Zögerns zwischen den beiden oben dargelegten Optionen als vielmehr des Wunsches gesehen, eine „diplomatische Ausgangsbasis“ für den eigentlich schon entschiedenen Schritt einer Angriffsaktion gegen Russland zu erlangen. Es gibt aber keine schlüssigen überzeugenden Beweise für eine solche eindeutige Auslegung. Die Westmächte nach ihrer Haltung zu einem eventuellen Friedensschluss Polens mit Sowjetrußland zu Beginn des Jahres 1920 zu fragen, war eine echte Notwendigkeit, wenn sich nicht nur Piłsudski, sondern auch jeder andere verantwortungsbewusste polnische Politiker für die Annahme von Lenins Friedensangebot entscheiden wollte. Eine eindeutige Zustimmung und gleichzeitig eine Mindestgarantie der Entente-Mächte für einen solchen Frieden hätte es ermöglicht, das Risiko zu verringern, das offensichtlich mit dem Abschluss von Verträgen mit einem so unzuverlässigen Partner wie dem Rat der Volkskommissare verbunden war. Piłsudski hat sich in einem Gespräch mit Hugh Gibson am 18. Januar klar dazu geäußert, und es gibt keinen Grund, die von ihm vorgetragenen Argumente zu ignorieren. Das entschiedene Eintreten der Entente-Mächte für einen Frieden zwischen Polen und Sowjetrußland und ihre künftige Anerkennung der Ostgrenze (und nicht nur der vom Obersten Rat am 8. Dezember 1919 beschlossenen provisorischen Linie) könnte tatsächlich ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass sich Warschau für diese Friedensoption entschied. Gleichzeitig war sich Piłsudski dessen bewusst und betonte dies in seinen Gesprächen mit den beiden Botschaftern der angelsächsischen Mächte deutlich – dass nämlich das kriegsmüde, darbende und von der sich an der Front verbreitenden Typhusepidemie sowie der friedlichen Agitation der Sozialisten an der Basis gequälte Polen nicht mehr in der Lage war, die militärische Alarmbereitschaft im Osten lange aufrechtzuerhalten. Die vom Staatschef vorgestellte Alternative spiegelte das tatsächliche Dilemma der polnischen Ostpolitik von Anfang 1920 wider: wenn nicht Frieden, dann entschlossene militärische Maßnahmen, um so schnell wie möglich die Erfolgsaussichten eines weiteren, von den Bol’ševiki geförderten inneren Zerfalls zu vereiteln und auch einem möglichen Angriff der Roten Armee zuvorzukommen (Piłsudski informierte Gibson und Rumbold über Geheimdienstdaten zu ersten Vorbereitungen für einen sowjetischen Angriff).

Die Mächte waren jedoch zu keiner der beiden Lösungen bereit. Sie unterstützten nicht nur die von Piłsudski skizzierte „Kriegsalternative“ nicht, sondern schreckten auch grundsätzlich davor zurück, einen polnisch-sowjetischen Frieden anzuerkennen, der ihrem Entwurf für einen allgemeinen Kompromiss mit Lenins Rußland vorgreifen würde. In einem solchen Projekt fehlte der Raum für die Anerkennung selbst derjenigen polnischen Gebietsansprüche im Osten, zu deren Erfüllung sich die Bol’ševiki vorübergehend bereit erklärt hatten. Dies war vor allem die Position der britischen Politik, in der – wie ich bereits erwähnt habe – Mitte

Januar die von Lloyd George verfolgte Linie überwog, die zum „Frieden durch Handel“ mit dem sowjetischen Partner führen sollte. Davon, dass dies letztlich nicht nur den Handel mit den angeblich riesigen russischen Getreidevorräten und britischen Textilien, sondern auch den Handel mit den zwischen Polen und Russland umstrittenen Territorien – den litauisch-weißrussisch-ukrainischen Gebieten – bedeuten würde, konnte sich bereits Minister Patek bei seinen anschließenden Gesprächen in London überzeugen. Bei einer längeren Unterredung mit dem polnischen Minister (26. Januar) stellte sich der britische Premierminister gegenüber den von Patek vorgebrachten Argumenten bezüglich einer möglichen sowjetischen Bedrohung Polens völlig taub. Schon am Tag nach seinem Gespräch mit dem polnischen Minister äußerte er in einer Kabinettsitzung die Ansicht, dass die Bol'sheviki ihre unmittelbaren europäischen Nachbarn sicher nicht angreifen würden, da sie dort keine attraktive Beute zu erwarten hätten. Lloyd George hingegen erklärte Patek, dass er nicht glaube, dass die Rote Armee, die über keine wirksamen Transportmittel und Nachschub verfüge, für Polen gefährlich werden könne. Er empfahl Polen daher, den Frieden zu suchen, allerdings auf eigene Faust. Er machte auch deutlich, dass Großbritannien ein Abkommen nur dann als fair ansehen würde, wenn Polen „beträchtliche Gebiete mit einer klaren russischen Mehrheit“ aufgäbe (*considerable territories which contained large Russian majorities*). Wenn die Bol'sheviki sich dafür entscheiden würden, diese Art von Frieden zu verletzen, sei Großbritannien bereit, Polen zu helfen. Lloyd George setzte das i-Tüpfelchen darauf, als er schließlich erklärte, dass seine Regierung Polen nicht nur nicht bei einer möglichen offensiven (oder präventiven) Aktion gegen Sowjetrußland helfen würde, sondern dass sie sogar bereit wäre, ihre Hände in Unschuld zu waschen, wenn sie eine sowjetische Aggression für „gerecht“ halten würde. Charles Hardinge, ein hoher Beamter des Foreign Office (Ständiger Unterstaatssekretär), der zum Zeitpunkt des Gesprächs anwesend war, hat die ominösen Worte seines Vorgesetzten wie folgt aufgezeichnet: „Wenn Polen darauf bestehen würde, innerhalb seiner Grenzen Gebiete zu behalten, die nach den von der Friedenskonferenz allgemein angewandten Grundsätzen unbestreitbar russisch wären [das waren in der Tat die von einer weißrussischen und ukrainischen Bevölkerung bewohnten Gebiete], und wenn die bolschewistische Regierung den Frieden zu solchen Bedingungen ablehnen und Polen angreifen würde, um russische Gebiete für Russland zurückzuerobern, (*and attacked Poland in order to recover Russian districts for Russia*) wäre es für die britische Regierung äußerst schwierig, wenn nicht völlig unmöglich, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, [Polen] unter solchen Umständen militärische oder finanzielle Unterstützung zu gewähren“¹⁰².

102 Bericht Lord Hardinges von einem Gespräch Lloyd Georges mit Patek vom 26.1.1919, übermittelt in einem Telegramm Lord Curzons an H. Rumbold vom 27.1.1920, in: DBFP, vol. III, S. 804;

Angesichts eines solchen Diktats blieb Patek nichts anderes übrig, als an jene politischen Kreise in Großbritannien zu appellieren, die Lloyd Georges Kompromisspolitik gegenüber den Bol'sheviki nicht akzeptierten. An sie richteten sich die Worte des polnischen Ministers in einem „Reuters“ gegebenen Interview (das am 28. Januar in wichtigeren britischen Tageszeitungen, darunter dem „Daily Telegraph“ und dem „Manchester Guardian“, abgedruckt wurde). Darin erklärte Patek, dass es in Russland keine Regierung gebe, mit der ein glaubwürdiger, stabiler Frieden geschlossen werden könne. Er betonte auch – in deutlicher Polemik mit Lloyd George –, dass die derzeit im Osten von der polnischen Armee besetzten Gebiete nicht nur eine zufällige Frontlinie darstellten (die im Namen des Friedens konsequent nach Westen zurückgenommen werden sollte), sondern den natürlichen und berechtigten Umfang der territorialen Ambitionen der Polen. Pateks Argumentation wurde nur vom konservativen „Daily Telegraph“ übernommen, der die Bedrohung Polens durch eine sowjetische Invasion bestätigte und eine entschlosseneren Unterstützung der Entente für die polnische Front forderte – die wichtigste Barriere zwischen dem Bolschewismus und den „Kräften des Verfalls in Deutschland“¹⁰³. Die britische Regierung verfolgte jedoch einen anderen Kurs – einen, der von Lloyd George vorgegeben wurde. Die im Gespräch mit Patek dargelegten Auffassungen des britischen Premierministers wurden dann in einer Anweisung von Lord Curzon an den Botschafter in Warschau (vom 30. Januar) übermittelt, damit dieser sie offiziell an die polnische Regierung weiterleite, was Rumbold auch umgehend tat¹⁰⁴.

Patek war bereit, mit einer gewissen Naivität zu glauben, dass Millerand und Foch sich bis zum Schluss als standhafte Verteidiger der polnischen Staatsräson erweisen würden – sowohl in den innerfranzösischen Auseinandersetzungen über die Ausrichtung der weiteren Osteuropapolitik als auch und vor allem im Spiel mit den „Kaufleuten von jenseits des Ärmelkanals“¹⁰⁵. Schon bei der ersten Gelegenheit, während der Konferenz der Alliierten in London in der zweiten Fe-

siehe auch DiM, Bd. 2, S. 563–564; das Gespräch des britischen Premiers mit Patek vom 26. Januar behandeln detailliert u. a. Maria Nowak-Kielbikowa, *Polska – Wielka Brytania 1918–1923. Kształtowanie się stosunków politycznych*, Warszawa 1975, S. 193–195; Carroll, *Soviet Communism*, S. 60–61; Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 25–27.

103 Zitiert aus einem Kommentar des „Daily Telegraph“ vom 30.1., ähnlich wie die Besprechung des Interviews Pateks für die Nachrichtenagentur Reuters, nach: Carroll, *Soviet Communism*, S. 61–62.

104 Siehe DBFP, First series, vol. XI, S. 202.

105 Siehe Debo, *Survival*, S. 199. Debo zitiert einen privaten Brief von Patek von Ende Januar, der in dieser Hinsicht charakteristisch und voller Enthusiasmus für Millerand und Foch ist, die als wahre Freunde der Polen vorgestellt werden (die zitierten Begriffe stammen aus diesem Schreiben).

bruarhälfte, wurde jedoch deutlich, dass die vertraulichen Gunstbezeugungen aus Paris (und insbesondere ihre polnischen Überinterpretationen) nicht in die offizielle Politik der Entente „übersetzt“ wurden. Innerhalb der Entente war die Politik Lloyd Georges immer noch eindeutig bestimmend. Der italienische Ministerpräsident Francesco Nitti unterstützte diesen in seinem Bestreben, so schnell wie möglich einen Kompromiss mit Sowjetrußland zu erreichen, gerne auch auf Kosten der neuen mittel- und osteuropäischen Staaten. Das von den Konferenzteilnehmern am 24. Februar herausgegebene Kommuniqué machte Polen wenig Hoffnung; es kündigte die „Belebung des Handels zwischen Rußland und Europa mit allen Mitteln“ an, während die Unterzeichner nachdrücklich von einer „Aggressionspolitik gegenüber Rußland“ abrieten und die Bereitschaft der Alliierten zur Verteidigung der Grenzstaaten nur für den Fall erwähnten, wenn die Rote Armee ihre „legitimen Grenzen“ (*legitimate frontiers*) überschreiten würde. Für Polen hätten die „rechtmäßigen Grenzen“ höchstwahrscheinlich die Mindestoption des 8. Dezember 1919 bedeuten können. Dies war der Sinn des Kommuniqués, das nicht von Millerand, sondern vom britischen Premierminister verfasst wurde. Die Londoner „Times“, die der Politik Lloyd Georges abgeneigt war, kommentierte seinen nächsten diplomatischen Erfolg kurz: Der Weg für Lenin sei geebnet worden – der Weg zu einem „schwachen, gedankenlosen, zögerlichen“ Europa¹⁰⁶.

Nach dem Scheitern der Patek-Mission im Januar konnte sich Piłsudski keine weiteren Illusionen leisten. Er versuchte jedoch, den Verlust dieser Illusionen, der auch in der polnischen Öffentlichkeit sichtbar wurde (selbst in dem Teil, der mit der Nationaldemokratie verbunden war, die bis dahin eine enge Koordinierung der polnischen Politik mit der allgemeinen Entente-Linie nachdrücklich befürwortet hatte), im Sinne seiner eigenen Vision der polnischen Politik zu nutzen, in der Eigenständigkeit immer das Wichtigste war. Dennoch sprach er nicht ohne Bitterkeit darüber mit dem Leiter der britischen Militärmission in Warschau, General Adrian Carton de Wiart, den er am 9. Februar im Belvedere empfing. Die Haltung Lloyd Georges, so der polnische Staatschef, mache ihm keine besonderen Sorgen. Die Polen seien es bisher gewöhnt gewesen, ihr gesamtes politisches Kalkül auf die Westmächte zu stützen. Jetzt wüssten sie, dass sie sich angesichts der Bedrohung allein durchsetzen müssten. Eine Woche später, beim Empfang des britischen Botschafters, stellte Piłsudski fest, dass die Westmächte es sich leisten könnten, in ihren Konzepten einer Politik gegenüber Rußland zu experimentieren und in aller Ruhe die Ergebnisse abzuwarten. Die Polen, die direkt an den Sowjetstaat angrenz-

106 Kommuniqué der Londoner Konferenz vom 24.2.1920: vgl. DBFP, First series, vol. VII, S. 217–218 (ebd., S. 205–206, die erste von Lloyd vorbereitete Skizze – im Prinzip ohne Änderungen); siehe Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 2, S. 29–32 (danach zitiert aus der „Times“ vom 25.2.1920); Wandycz, *France and Her Eastern Allies*, S. 141.

ten, könnten sich einen solchen Luxus nicht erlauben und müssten sich unabhängig von der Meinung der Entente schnell zwischen einem riskanten Frieden und einem riskanten Krieg. entscheiden. Piłsudski bekräftigte diesen Standpunkt öffentlich in einem Interview mit dem „Echo de Paris“, das am 12. Februar veröffentlicht wurde: „Wir sind in der Ostfrage auf uns allein gestellt, weil Europa nicht weiß, was es tun soll. Frankreich und England können abwarten, sich zusammenschließen und den Lauf der Dinge beobachten; vielleicht sehen sie darin einen Vorteil. Wir Polen hingegen sind direkte Nachbarn von Russland. Das Schicksal unserer Bemühungen hängt von unserer Entscheidung ab“¹⁰⁷.

Am 13. März übergab Minister Patek den Gesandten der vier Mächte (Großbritannien, Frankreich, USA und Italien) eine Note, in der die allgemeinen Grundsätze dargelegt wurden, auf die Polen seine Position bei den Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland zu stützen wünschte. In dieser Note wurden die vom Kabinett Skulski gestellten Vorbedingungen wiederholt – darunter vor allem die „Ent-Annexion“ in den Grenzen von 1772 (und die Ankündigung, dass über das Schicksal der Menschen in diesem Gebiet „in Übereinstimmung mit ihren Wünschen“, aber unter polnischer Kontrolle entschieden würde), die Anerkennung aller neuen Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Reiches mit eigener Regierung durch Moskau und schließlich der Verzicht auf subversive Propaganda gegen das Ausland. Man beließ auch – wahrscheinlich um die immer noch einflussreichen Befürworter der Wiederherstellung eines nicht-bolschewistischen Russlands in Paris und Washington zu beruhigen – die Bedingung, dass der Frieden von „der höchsten Vertretung, die den Willen des russischen Volkes zum Ausdruck bringt“, gebilligt würde¹⁰⁸.

Der britische Gesandte Horace Rumbold äußerte sich sofort kritisch. Wie Lord Curzon ihm in seinen Instruktionen vorab mitgeteilt hatte, erinnerte er den polnischen Minister daran, dass nach Artikel 87 des Versailler Vertrages die Mächte

107 Józef Piłsudski, *Pisma zbiorowe*, Bd. 5, hg. v. Kazimierz Świtalski, Warszawa 1937, S. 145; siehe auch die Berichte H. Rumbolds von dem Treffen A. Carton de Wiarts mit Piłsudski vom 9. Februar, aber auch von der eigenen Audienz im Belvedere-Palast (17. Februar) – in den Depeschen an Curzon vom 10. und 23.2.1920, in: DBFP, First series, vol. XI, S. 215 und 227–228.

108 Siehe die Notiz von Patek vom 13. März 1920 an H. Rumbold, in: DiM, Bd. 2, S. 677–678 (das hier angegebene Datum ist fälschlicherweise der 15. März); eine Zusammenfassung dieser Notiz ist in Rumbolds Telegramm an Curzon vom folgenden Tag enthalten – DBFP, First series, vol. XI, Nr. 220. Gleichzeitig wurde der Inhalt der Note des polnischen Ministers für die Gesandten der Großmächte auch den diplomatischen Vertretern der „kresy“-Staaten, d. h. der an Russland angrenzenden Staaten in Osteuropa, übermittelt. Patek präsentierte ihn auch am 13. März, unter anderem bei einem Treffen mit rumänischen Diplomaten, um den Frieden mit den Bolševiki zu besprechen. Siehe den Bericht über dieses Treffen, IJP Archiwum Ogólne, Papiery gen. Tadeusza Rozwadowskiego, Bd. 2, Nr. 5, Bl. 1–2.

sich das Recht vorbehielten, auch den Verlauf der polnischen Ostgrenze endgültig zu bestimmen. Er behauptete auch, dass Polen, wenn es einen so großen Teil des „russischen Territoriums“ für sich beanspruchte, nicht mit einem dauerhaften Frieden mit den östlichen Nachbarn rechnen könne. In seinem Bericht an Curzon erkannte Rumbold an, dass die Bedingungen die von Patek vorgelegt wurden, wahrscheinlich nicht für eine Annahme durch die Bol’ševiki vorgesehen seien, und ihre Ablehnung einen Vorwand für eine polnische Militäroffensive liefern sollte. Als sich am Ende des Monats herausstellte, dass Polen Moskau tatsächlich Friedensverhandlungen vorschlug, war Rumbold der Meinung, dass, während Minister Patek in der Tat sich auf den Frieden vorbereitete, Pilsudski die Armee anweise, den Bol’ševiki einen Schlag zu versetzen¹⁰⁹.

In der Londoner Zentrale des *Political Intelligence Department* (PID), der Abteilung für Informationsbeschaffung und -analyse des Foreign Office, wurde unterdessen eine vernichtende Kritik an den polnischen Verhältnissen geübt. Der Autor dieser Kritik (Lewis Namier; ich werde ihn später in diesem Buch ausführlicher vorstellen) beschrieb die Bedingungen als Ausdruck der Bestrebungen der polnischen Großgrundbesitzer, ihre Vorherrschaft in einem Gebiet wiederherzustellen, in dem das Polentum von der lokalen Bevölkerung allgemein gehasst wurde und ihr völlig fremd war. Die Pläne zur Schaffung eigener Staaten in diesem Gebiet – unter polnischer Schirmherrschaft – wurden in der PID-Analyse als Projektionsfläche für den polnischen Imperialismus betrachtet, hinter dem sich, anders als im deutschen Imperialismus 1918, noch die Gefahr von Massenpogromen gegen die jüdische Bevölkerung verbarg. Die Analyse ergab, dass alle Gebiete zwischen der von den Mächten am 8. Dezember 1919 gezogenen Linie und der derzeitigen Ausdehnung der „polnischen Besatzung im Osten“ unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt werden sollten, bis eine politische Einigung mit der Regierung in Russland erzielt werden könne. Unter keinen Umständen sollte die britische Regierung die polnischen Friedensbedingungen unterstützen – so lautete die Schlussfolgerung des PID-Memorandums, die sich mit den Schlussfolgerungen und der Politik des Premierministers selbst deckte. Der amerikanische Historiker, der das Dokument zusammenfasst, bezeichnet es treffend als ein hervorragendes „Beispiel für die antipolnische Voreingenommenheit, die sowohl im Foreign Office als auch im Kabinett [Lloyd Georges] eindeutig vorherrschte“¹¹⁰.

109 Siehe Rumbolds Telegramm an Curzon vom 29.3.1920, in: DBFP, First series, vol. XI, Nr. 239, S. 266–267.

110 Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 35 (hier wird das PID-Memorandum von 20 III 1920 behandelt, weitergeleitet als Rundschreiben an das Kabinett von Lloyd George); vgl. auch für eine Diskussion über dieses Memorandum und Kommentare des Foreign Office dazu: *Cienciala/Komarnicki, Versailles*, S. 168–169.

Im Frühjahr 1920 kam es zu keinen polnisch-sowjetischen Friedensverhandlungen. Die sowjetische Seite bereitete sich auf einen Militärschlag durch Weißrussland in Richtung Warschau vor, die polnische Seite auf eine Offensive auf Kiew. Die von Lloyd George vorangetriebene Idee von Gesprächen mit einer „russischen Handelsdelegation“ wurde schließlich am 25. April auf der Konferenz der Entente-Führer in San Remo angenommen, an der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs (mit dem neuen, seit dem 20. Januar amtierenden Ministerpräsidenten Alexandre Millerand, der auch Außenminister war) und Italiens (mit Ministerpräsident Francesco Nitti) teilnahmen, die – zusammen mit Botschafter Keishirō Matsui als Vertreter Japans – formell den Obersten Rat der Friedenskonferenz bildeten¹¹¹.

Genau am selben Tag begann Pilsudskis Großoffensive im Kiewer Abschnitt des sowjetisch-polnischen Krieges, der seit Anfang 1919 andauerte. Man könnte sagen, dass der britische Premierminister und der polnische Staatschef am selben Tag ein großes Spiel zur Korrektur des Versailler Systems in Osteuropa begannen. Es handelt sich um zwei verschiedene, grundlegend gegensätzliche Spiele. Lloyd George erhöhte den Einsatz in seinem Spiel, während Pilsudskis Spiel zusammenbrach.

111 Siehe Meeting of the Supreme Council, San Remo, April 25, 1920, in: DBFP, First series, vol. VIII, eds. Rohan Butler, J. P. T. Bury, London 1958, S. 380–382.

2 Das Spiel um die Ukraine (Mai 1920)

Im Mittelpunkt von Piłsudskis Spiel stand die Zukunft der Ukraine. Angesichts des Scheiterns der Sondierungsgespräche von Außenminister Stanisław Patek in Paris und London im Januar 1920 sowie der Konferenz mit den baltischen Staaten und der Gespräche mit Rumänien, die von Januar bis März desselben Jahres stattfanden, lief Piłsudskis Konzept auf den Versuch hinaus, die westlichen Hauptstädte durch vollendete Tatsachen von der neuen Karte Osteuropas – einschließlich der Ukraine – zu überzeugen. Die erste war ein politisches Abkommen zwischen der polnischen und der ukrainischen (Volks-)Regierung, das in der Nacht vom 21. auf den 22. April unterzeichnet und zwei Tage später durch ein militärisches Abkommen ergänzt wurde. Die Grundzüge der Idee für das ganze Spiel gehen auf einen Briefwechsel zwischen Piłsudski und Ministerpräsident Leopold Skulski und dem Vizeminister für militärische Angelegenheiten Kazimierz Sosnkowski Ende April und in der ersten Maihälfte zurück, als der Oberbefehlshaber die vorrückenden ukrainischen Truppen begleitete. Am 6. Mai sandte Piłsudski ein ausführliches Schreiben an den Ministerpräsidenten. Darin drückte er mit großem Optimismus seine Hoffnung aus, dass bis zum 10. Mai die Verbände der Roten Armee nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Polesien (der sowjetischen Westfront) zerschlagen sein würden. Dann, so versicherte er dem Ministerpräsidenten, „wird es Zeit sein, den Bolschewiken neue Verhandlungen vorzuschlagen“. Er hoffte, dass die erwartete Einnahme von Odessa durch Petljuras Ukrainer dann zu einem Trumpf im Spiel um einen günstigen Frieden werden würde. Der Staatschef ging davon aus, dass es möglich sein würde, einen Frieden zu schließen, sobald die Rote Armee auf das linke Dnepr-Ufer (d. h. auf die Grenze von 1772) zurückgedrängt worden war. Die strategischen Aufgaben der polnischen Armee an dieser Front wären damit erfüllt. Es werde jedoch möglich und notwendig sein, dass sie eine Zeit lang in der Ukraine bleibe, organisiert von Petljura, um zur Ordnung in diesem Gebiet beizutragen und den polnischen Einfluss zu stärken. Der zeitliche Rahmen der erwarteten Stationierung der polnischen Armee in der rechtsufrigen Ukraine wurde in einem Befehl des Oberkommandos vom 8. Mai etwas präzisiert: „Die polnische Besetzung der Ukraine muss nicht in Jahren, sondern in Monaten gemessen werden. Je eher reguläre ukrainische Truppen aufgestellt werden und je eher sie an die Front gehen, um das ukrainische Land weiter vom bolschewistischen Joch zu befreien, desto besser wird es dem polnischen Staat gehen“¹¹². Piłsudski plante daher,

112 Siehe NA, CAB 23/21, Conference of Ministers, 28.5. sowie 3.6.1920; siehe auch die Dokumentation der Gespräche von Lloyd George und der Mitglieder seines Kabinetts mit der sowjetischen Handelsdelegation vom 31.5. bis 7.6.1920, in: DBFP, First series, vol. VIII, S. 280–306.

den neuen ukrainischen Staat nur bis zum Herbst zu schützen und ihn dann in die Hände der Ukrainer selbst zu legen.

In einem Schreiben, das ebenfalls am 6. Mai an seinen engsten Vertrauten – General Sosnkowski – gerichtet war, bestätigte Piłsudski seine Hoffnung, dass neben der erwarteten Einnahme von Kiew die Ukrainer selbst in den kommenden Tagen einen militärisch-politischen Erfolg hinzufügen würden, indem sie ans Schwarze Meer gelangten und Odessa befreiten. Zugleich hoffte er, dass im weißrussischen Abschnitt die polnischen Kräfte ausreichen würden, um die Hauptgruppe der sowjetischen Truppen hinter der Beresina zu zerschlagen, bevor diese, d. h. der Kern der Westfront, bereit zum Angriff nach Westen sein würde. Nachdem ein solch optimistisches Szenario eingetreten sein würde, was dank der Schwächung der Moral der Roten Armee im ukrainischen Abschnitt sehr wahrscheinlich sei, glaubte der Oberbefehlshaber, dass der Moment kommen würde, um in Verhandlungen mit Sowjetrußland einzutreten. Piłsudski wollte, dass dies vor Beginn der Entente-Konferenz in Spa, die für Anfang Juli geplant war, geschehe. Es wäre ein hervorragender diplomatischer Schachzug gewesen, um den strategischen Erfolg Polens in den Augen der westlichen Mächte zu bestätigen, und auch eine Chance, die Unabhängigkeit der Volksrepublik Ukraine in den Hauptstädten zu legitimieren, die sich bis dato entschieden zurückgehalten hatten¹¹³.

Die spezifischen Begründungen, die die Westmächte in überzeugen sollten, teilte General Sosnkowski in einem Brief Piłsudski mit. Am 12. Mai schrieb der Chef (wie Sosnkowski 1912 aufgrund seines Postens als Stabschef des Verbandes der aktiven Kämpfer genannt wurde) dem Oberbefehlshaber geradeheraus: „Der Wettlauf um das russische goldene Vlies, der vor kurzem von Europa mit England in der ersten Reihe begonnen wurde, hat sich als Wettlauf um Luftschlösser herausgestellt; das einzige echte Ziel, das übrigblieb – die Ukraine – wurde, wie erwartet, durch Ihr Schwert eröffnet. Eine realistische Position aufgrund der vorhandenen Reichtümer, der leichten Ausbeutung und der relativ großen Transportkapazität. Und bisher ist es uns nicht gelungen, den Schlüssel zu diesem Kornspeicher in die Hände zu bekommen! Vielleicht täusche ich mich – aber mir scheint, wenn es uns gelingt, in dieser Hinsicht zum Impresario der Ukraine zu werden, werden wir einen großen politischen Vorteil erlangen, wir werden eine Brücke bauen, über die sogar eine englische Ziege zu einem polnischen Karren kommen wird“¹¹⁴.

113 Dieses und alle übrigen Zitate in obigem Absatz stammen aus: Brief J. Piłsudskis an K. Sosnkowski vom 6.5.1920, in: *Listy Józefa Piłsudskiego*, S. 114–115.

114 *Listy generała dywizji Kazimierza Sosnkowskiego do marszałka Józefa Piłsudskiego w okresie wyprawy kijowskiej (kwiecień – maj 1920 r.)*, bearb. v. Włodzimierz Suleja, in: *Przegląd Wschodni* 2 (1992/93), Nr. 1(5), S. 111 (Brief Sosnkowskis an Piłsudski vom 12.5.1920).

Würde Sowjetrußland, dessen Handelsdelegation Lloyd George in Kürze empfangen würde, Nahrungsmittel für den Export haben? Diese Frage wurde nicht nur von der konservativen Presse in England und von französischen Politikern aufgeworfen. Sie wurde auch in einem äußerst wichtigen Memorandum des Privatsekretärs des britischen Premierministers, Philip Kerr, an seinen Chef gestellt. Kerr, die graue Eminenz des britischen Kabinetts, der vertrauteste Mitarbeiter des Premierministers, der Lord Curzon und andere Minister oft demütigte und Lloyd George in der Kommunikation mit ihnen vertrat, übergab seinem Auftraggeber am 3. Mai Informationen des britischen Geheimdienstes mit einem Kommentar. Die Informationen bestätigten, dass die sowjetische Seite eine Großoffensive gegen Polen im weißrussischen Abschnitt vorbereitete. Kerr konfrontierte diese Ankündigung mit Berichten über die ersten Erfolge von Pilsudskis Kiewer Offensive und stellte Lloyd George vor folgende Alternative: Sollten die Polen im Süden erfolgreich sein, dann „würde die Ukraine unabhängig werden und die Lebensmittel wären dort und nicht in den Händen der Bolschewiken“; sollten die Bol’sheviki hingegen diesen Kampf gewinnen, dann „stünde Europa vor der Aussicht auf eine rote Herrschaft von Vladivostok bis zum Rhein“¹¹⁵.

Das wichtigste praktische Argument, mit dem Lloyd George seine Entscheidung für die Aufnahme von Verhandlungen mit Sowjetrußland begründete, war – man muss es wiederholen – die Annahme, dass die bolschewistischen Gastgeber im Kreml über etwas verfügten, womit sie den Nahrungsmittelbedarf eines Großteils Europas decken konnten. Es war jedoch klar, dass die Getreideexportmöglichkeiten des ehemaligen Russischen Reiches ohne die Ukraine drastisch sinken würden. Die Ukraine galt auch in der westeuropäischen Öffentlichkeit als die Kornkammer des kaiserlichen Russlands – neben den Schwarzerdegebieten der Wolga-Region eine der beiden wichtigsten. Die erfolgreiche Abtrennung der Ukraine von Rußland hätte die Hauptstoßrichtung von Lloyd Georges politischer Hinwendung zum „roten“ Moskau im Sommer 1920 untergraben. Sie hätte auch seine Aufmerksamkeit automatisch von Moskau nach Kiew verlagert.

Eine solche Möglichkeit wurde von Leonid Mychajliv, dem diplomatischen Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) in Warschau, in einem direkten Gespräch mit dem britischen Gesandten in Polen Horace Rumbold angedeutet.

115 „The Ukraine will become independent and the food will be there and not in the hands of the Bolsheviks [...] Europe will be faced with the possibility of Red rule from Vladivostok to the Rhine“. Zitiert nach: Thomas Fiddick, *Russia's Retreat from Poland. From Permanent Revolution to Peaceful Coexistence*, London 1990, S. 38; ausführlicher zum Thema Kerr und seinen Einfluss auf Lloyd George siehe MacMillan, *Peacemakers*, S. 49–50; James R. M. Butler, *Lord Lothian (Philip Kerr), 1882–1940*, London; New York 1960, S. 63–83. Die Ansichten Kerrs und seinen Einfluss auf Lloyd George stelle ich im dritten Teil des Buches ausführlicher dar.

Während des Treffens, das am 15. Mai stattfand, sondierte Mychajliv die Möglichkeit, dass London Petljuras Herrschaft über die Ukraine – als deren *de facto*-Regierung – anerkenne. Rumbold erkundigte sich bezeichnenderweise nach den ukrainischen Getreidevorräten und Exportmöglichkeiten sowie nach dem Ausmaß der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Ukraine von Polen, die sich aus dem Wirtschaftsabkommen zwischen der Regierung Petljura und Warschau ergab. Mychajliv argumentierte, dass die Ukraine nach der Befreiung ihres gesamten Territoriums über mindestens eine Million Tonnen Getreide verfügen würde und bereit wäre, sich so weit wie möglich für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Großbritannien zu öffnen. Obwohl Rumbold sich vor jeglichen Erklärungen scheute, beendete er seinen Bericht über das Gespräch für Lord Curzon mit eindeutigen Schlussfolgerungen: „In Anbetracht der zu erwartenden weltweiten Weizenknappheit erscheint es für Großbritannien höchst wünschenswert, sich den größtmöglichen Anteil an ukrainischem Weizen zu sichern. Der hohe Zuckerpreis macht auch deutlich, dass wir uns einen möglichst großen Anteil an den [Zucker-]Beständen der Ukraine sichern müssen“¹¹⁶.

Auch im Kabinett von Lloyd George versuchte Churchill, der entschiedenste Gegner von Gesprächen mit den Bol'seviki, die ersten Berichte über den Erfolg von Pilsudskis Offensive in der Ukraine zu nutzen, um die Initiative des Premierministers abzuwürgen. In einem Memorandum vom 11. Mai, das an die anderen Mitglieder der Regierung gerichtet war, forderte Churchill: „Wäre es nicht besser abzuwarten und zu sehen, welche Art von Regierung am Ende der nächsten Ernte Russlands größte Kornkammer – die Ukraine – am wahrscheinlichsten kontrollieren wird?“¹¹⁷.

Getreide (und auch Zucker) – das war die goldene Währung, mit der sich die Ukraine im Sommer 1920 Gunst erkaufen konnte. Dafür aber waren ein entscheidender Sieg Pilsudskis über die Rote Armee, die Stabilisierung der Macht von Symon Petljura in Kiew und die Öffnung der wichtigsten potenziellen Handelsroute der Ukraine in den Westen – mit anderen Worten die Einnahme und das Halten des Hafens von Odessa durch die UNR notwendig. Churchill betonte in einem Memorandum vom 11. Mai, dass die britische Regierung mit den Ukrainern und ande-

116 „In view of the apprehended world shortage of wheat, it would seem very desirable for Great Britain to secure as large a share as possible of the wheat in the Ukraine. The high price of sugar would also appear to indicate the desirability of securing as much of the stocks now in the Ukraine as possible“. DBFP, First series, vol. 11, S. 316–317 (Bericht Rumbolds an Curzon vom 16.5.1920).

117 „Would it not be better to wait and see what Government is likely to be in control at the end of the next harvest of the principal granary of Russia – the Ukraine?“ Zitiert nach: Gilbert, *World in Torment*, S. 395.

ren antibolschewistischen Kräften (er dachte dabei an Vrangel!) – und nicht mit dem „roten“ Moskau – verhandeln sollte, wenn die Ukrainer zumindest bis September diese Strecke (sowie die Eisenbahnverbindungen mit Polen und der Tschechoslowakei) aufrechterhielten¹¹⁸.

Dasselbe galt für Pilsudskis Politik der vollendeten Tatsachen. Gab es also eine reale Chance, mit ihrer Hilfe London zu überzeugen? Es scheint, dass nicht nur das Scheitern der Operation in Richtung Odessa und des Plans zur Konsolidierung der Herrschaft Petljuras über die Ukraine ein Hindernis darstellten, obwohl dies natürlich wichtige Faktoren waren. In England erwies sich eine andere Offensive als besonders wirkungsvoll: die Offensive gegen Polen als „aggressives, böses Imperium“, die von Labour-Abgeordneten und Gewerkschaftern, aber auch von regierungskritischen Liberalen und sogar von Robert Cecil, dem überzeugten Befürworter des Völkerbundes in der Konservativen Partei, geführt wurde. Im Mai 1920 wurden die Angriffe auf Polen zu einem der „obligatorischen“ Hauptthemen mehrerer Sitzungen des Unterhauses. Die von einigen Vertretern des linken Flügels der britischen öffentlichen Meinung geäußerte Sympathie für das sowjetische „Experiment“ verband sich in diesen Angriffen mit der eigentümlichen Vision einer Ordnung, die auf dem Fortbestehen von Großmächten beruhte, von angesehenen Akteuren auf der internationalen Bühne; Russland, und nicht – das betone ich noch einmal – das wiederaufgebaute Polen, wurde als ein solcher Akteur angesehen. Die Ukraine wurde fast ausschließlich als eine Erfindung und ein „Werkzeug“ des antirussischen, polnischen Imperialismus betrachtet¹¹⁹.

Der britische Premierminister nutzte diese Situation sehr geschickt aus, um die Linie der Verständigung mit den Gesandten Lenins zu verteidigen. Als die Regierung Lloyd George am 18. Mai erneut zusammenkam, um unter anderem die Frage der bevorstehenden Gespräche mit den Vertretern Moskaus zu erörtern, verriet das Ergebnis der Beratungen die vom Premierminister bereits angedeutete Interpretation der ukrainischen Offensive von Pilsudski und Petljura. „Die Wiederaufnahme des Handels mit Russland ist wünschenswert. [...] Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass unsere Handelsbeziehungen nicht nur die hungernden nördlichen Regionen Russlands, sondern auch die reicheren, Nahrungsmittel produzierenden Gebiete wie die Ukraine einschließen sollten“¹²⁰. In diesem Rahmen

118 Ebd.

119 Siehe hierzu Nowak-Kielbikowa, *Polska*, S. 199–206; Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 55–58.

120 „It was desirable to resume trade with Russia [...] It was important to bear in mind that our trade relations should embrace not only the starving northern districts of Russia, but the richer food-producing areas, like the Ukraine“. NA, London-Kew, CAB 23/21 (8.4. – 30.6.20) – Cabinet Meeting, 28 (20), 18.5.20.

ging es nicht mehr um die Aussicht auf die Anerkennung der Ukraine als eigenständiges politisches (und wirtschaftliches) Gebilde in Osteuropa, sondern um die Bewertung der gesamten Kiewer Offensive als schädliches „Abenteuer“, das den gewählten strategischen Partner im Osten (das bolschewistische Russland) eines so wichtigen und notwendigen Elements in den Beziehungen zu Europa beraube wie die „reicheren, Nahrungsmittel produzierenden Gebiete der Ukraine“.

Zehn Tage später begrub selbst Churchill in der Regierungssitzung in Downing Street seine Hoffnungen auf eine polnische Offensive in der Ukraine. Mögliche weitere Erfolge dieser Offensive und vor allem die Festigung der antisowjetischen Haltung in der Ukraine selbst wollte er nur in Gesprächen mit der sowjetischen Delegation nutzen, um die britische Position zu stärken und die Verhandlungsposition des „roten Russlands“ zu schwächen. Die von Churchill vorgeschlagene britische Position in diesen Verhandlungen enthielt keine nennenswerte Korrektur mehr von Lloyd Georges Annahme, dass Lenin der einzige tatsächliche Herr über fast das gesamte geopolitische Erbe des ehemaligen Romanov-Reiches in Osteuropa sei¹²¹.

Die Gespräche mit der sowjetischen Delegation begannen am 31. Mai. Eine Woche später unterstrich die britische Regierung auf einer weiteren Sitzung (an der auch Curzon und Churchill teilnahmen) die nach wie vor günstige Position Polens an der ukrainischen Front sowie die Möglichkeit, Getreidelieferungen aus der Ukraine nach Mitteleuropa zu organisieren¹²². Am selben Tag, dem 7. Juni, sprach der Premierminister vor dem Unterhaus. Er erklärte, dass es notwendig sei, mit Sowjetrußland zu sprechen, da dieses über Getreide und Rohstoffe verfüge. Die Ideologie spiele dabei keine Rolle. Indem der britische Premierminister sich auf einen angeblichen „Realismus“ bei der Berechnung der Gewinne berief, die durch die Aufnahme von Gesprächen mit dem bolschewistischen Russland erzielt werden könnten, musste er sich jedoch den Vorwurf gefallen lassen, dass dieser „Realismus“ in Wirklichkeit sehr weit von den tatsächlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten Russlands entfernt war. Gab es im Juni 1920 in Russland noch Getreide für den Export? Die Antwort von Lloyd George verriet seine Haltung zur Ukraine: „Ich kann dem Hohen Haus ein Telegramm vorlegen, das mich heute Morgen aus Polen erreicht hat und in dem die Polen mitteilen, dass sie zu dem Schluss gekommen sind, dass es in der Ukraine selbst beträchtliche Mengen an Weizen gebe, die man

121 NA, CAB 23/21 – Conference of Ministers, 28.5.1920; vgl. Gilbert, *World in Torment*, S. 399. (Noch im Memorandum vom 21. Mai hatte Churchill die Möglichkeit angenommen, dass die Möglichkeit, die neue Situation in Osteuropa zu stabilisieren, wenn es Petljura gelänge, in den nächsten Monaten in Kiew auszuharren. Siehe Carroll, *Soviet Communism*, S. 84–85).

122 Siehe NA, CAB 23/21 – Conference of Ministers, 7.6.1920, Draft of Conclusions.

exportieren könne“¹²³. Das wichtigste, d. h. das wirtschaftliche, Argument für eine mögliche Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit wurde vom britischen Premierminister in seiner eigenwilligen Argumentation zu einem der Gründe für die Aufnahme von Gesprächen mit den Gesandten Lenins umgewandelt: Wenn die Polen sagen, dass es in der Ukraine genügend Getreide gibt, das Europa so dringend braucht, dann sollte so schnell wie möglich eine Einigung mit Moskau erzielt werden – denn die Ukraine ist ein Teil Russlands, dessen Unterordnung unter Moskau unbestritten ist. Kann man diese Haltung in Frage stellen? Wir wissen es nicht, die Geschichte ist keine experimentelle Wissenschaft. Was wir wissen, ist, dass sich die polnischen und ukrainischen Truppen auf den Abmarsch aus Kiew vorbereiteten, als Lloyd George diese Worte im Parlament sprach. Sie kamen nicht einmal in die Nähe von Odessa. Symon Petljura hat seine Macht in der Ukraine nicht gefestigt. Der erzwungene Rückzug der polnischen Armee und der Truppen Petljuras vom Dnepr begann. Nun war die polnische Unabhängigkeit durch die sowjetische Offensive bedroht.

123 „I could give the House a telegram which came to me this morning from Poland, in which Poles say that they have come to the conclusion that there are considerable quantities of wheat for export in Ukraine alone“. Rede von Premierminister Lloyd George im Unterhaus vom 7.6.1920. Zitiert nach der „Times“ vom 8.6.1920. Dass. in: Parliamentary Debates, 5th Series, House of Commons, vol. 130, columns 164 f.

3 In Richtung Curzon-Linie (Juni – Juli 1920)

Der britische Premierminister konnte in aller Ruhe zu den Gesprächen mit der bolschewistischen Handelsdelegation übergehen. Um die konservative Mehrheit im Unterhaus sowie die französischen Partner zu beruhigen, schloss die britische Regierung Maksim Litvinov, der als wichtigster außenpolitischer Vertreter und Propagandist der Bol'sheviki galt, von den Verhandlungen aus, da er sich in Kopenhagen aufhielt (und dort u. a. Gespräche über britische Kriegsgefangene und Internierte in Russland führte). Leonid Krasin, dessen Befugnisse sich formal ausschließlich auf die Frage der Aufnahme des Handels beschränken sollten, traf am 27. Mai in London ein. Der französische Botschafter in London, der eingeladen worden war, an den Gesprächen teilzunehmen, lehnte dies jedoch gemäß den Anweisungen seiner Regierung mit dem Hinweis ab, dass die bloße Aufnahme derartiger Kontakte mit Vertretern der Bol'sheviki unweigerlich zu deren politischer Anerkennung führen würde. Und er hatte nicht Unrecht. Auf einer Kabinettsitzung am 28. Mai machte Lloyd George keinen Hehl daraus, dass er an einer „umfassenden Vereinbarung“ (*a comprehensive arrangement*) mit Moskau interessiert war. Nach dieser Vereinbarung sollte die sowjetische Seite britische Kriegsgefangene und Internierte freilassen und damit aufhören, sich in Gebieten einzumischen, die als Zone vitaler Interessen des Britischen Empires in Asien galten (Afghanistan, Persien und Transkaukasien). In Anbetracht des französischen Interesses an dieser Angelegenheit bezog Lloyd George auch die Frage der Überreste der „weißen“ russischen Truppen auf der Krim in die Gespräche ein und schlug die Möglichkeit vor, auf dieser Halbinsel innerhalb eines Jahres eine Art Asyl für das nichtbolschewistische Russland zu schaffen. Die britische Regierung distanzierte sich vollständig vom polnisch-sowjetischen Krieg, räumte jedoch ein, dass sie Krasin zu Zugeständnissen bewegen könnte, solange sich die polnischen Truppen noch in Kiew befanden (gleichzeitig wurde bereits auf der Kabinettskonferenz von Lloyd George am 28. Mai darauf hingewiesen, dass die Polen nicht in der Lage sein könnten, die Front gegen die Bol'sheviki länger als bis Juli zu halten)¹²⁴.

Die tiefere Bedeutung der Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation erläuterte der Premierminister unmittelbar nach seinem zweiten Treffen mit Krasin (das erste fand am 31. Mai statt), am 7. Juni, in der bereits erwähnten Rede vor dem Unterhaus. „Russland ist für Europa unverzichtbar. Russland ist von grundlegender Bedeutung für die Welt. [...] Das ist eine ganz neue Doktrin für uns, für eine Regierung verantwortlich zu sein, wenn wir mit ihrer Bevölkerung Handel

124 Vgl. NA, CAB 23/21, Conference of Ministers, 28.5. sowie 3.6.1920. Siehe die Dokumentation der Gespräche zwischen Lloyd George und Mitgliedern seines Kabinetts und der sowjetischen Handelsdelegation vom 31. Mai bis 7. Juni 1920, in: DBFP, First series, vol. VIII, S. 280–306.

treiben. Waren wir verantwortlich für die zaristische Regierung, ihre Korruption, ihre Unfähigkeit, ihre Pogrome [...]? Wir waren dafür nicht verantwortlich, und dennoch haben wir unsere Beziehungen aufrechterhalten. [...] Wir müssen die Regierungen so nehmen, wie sie anderswo sind, und Gott dafür danken, dass wir das Glück haben, hier zu leben“¹²⁵. Mit diesen Worten wies Lloyd George ideologische Differenzen als wichtiges Hindernis für die Beziehungen zu Sowjetrußland zurück. Den Slogan „Frieden durch Handel“ (*peace through trade*) stützte er auf das einfache Kalkül, dass der Handel – und damit der Frieden – in erster Linie der offensichtlichen Bedeutungshierarchie zwischen den Partnern, d. h. den Großmächten, entspreche. Für Europa, für die Welt, sei Rußland genauso wichtig wie Deutschland. Die neuen Länder, die zwischen Rußland und Deutschland auftauchten, waren in dieser Perspektive nicht einmal eine Erwähnung wert. Es sei denn, sie begännen, bei der Wiederherstellung der „normalen“ Beziehungen zwischen den großen Partnern zu stören. Dann hätten sie die härteste Kritik verdient.

Genau dies war im Sommer 1920 mit Polen der Fall, was von der sowjetischen Seite bei den Verhandlungen in London sehr gut aufgegriffen und ausgenutzt wurde. Ihre Reaktion auf den Dialogvorschlag des britischen Premierministers war entscheidend für den Erfolg des gesamten Konzepts von Lloyd George. Krasin, der den anfänglichen Anweisungen Moskaus folgte, versuchte von Beginn der Verhandlungen an den Eindruck zu erwecken, dass der Handel, an dem die britische Seite so sehr interessiert war, natürlich möglich und wünschenswert sei, dass er aber, ebenso wie die Fragen der Unterbindung der bolschewistischen Propaganda und der Abgrenzung der Interessen in Afghanistan, Persien oder Transkaukasien, einer politischen Vereinbarung bedürfe. Der erste Schritt in diese Richtung sei ein Friedensschluss, wobei sich Polen als das Haupthindernis erweise. Großbritannien müsse daher zunächst beweisen, dass es nicht hinter dem „polnischen Ärger“ stecke. Polen verfüge über keine eigenen Waffenfabriken. Wer liefert ihm also die Ausrüstung, die es ihm ermöglichte, so weit in russisches Gebiet einzudringen? – fragte Krasin rhetorisch.

Anfang Juni gingen Vrangels Truppen in die Offensive und konnten bis kurz hinter die Halbinsel Krim vordringen. Zu diesem Zeitpunkt beschloss die britische Regierung, die bis dahin die Möglichkeit einer Vermittlung zwischen diesem Über-

125 „Russia is essential to Europe. Russia is essential to the world. [...] It is quite a new doctrine that you are responsible for the Government when you trade with its people. Were we responsible for the Tsarist Government in its corruption, its misgovernment, its pogroms [...]? We were not responsible for that, and yet we continued our relations. [...] We must take such government as we find elsewhere, and thank God how very happy we are here“. Rede Lloyd Georges im Unterhaus vom 7.6.1920. Zitiert nach: „Times“ vom 8.6.1920; dass, in: Parliamentary Debates, 5th Series, House of Commons, vol. 130, columns 164 f.

bleibsel des „weißen“ Russlands und den siegreichen Bolševiki in Betracht gezogen hatte, sich vollständig vom Vorgehen Vrangels zu distanzieren (Frankreich hielt ihm jedoch die Treue). Die polnische Frage rückte eindeutig in den Vordergrund der politischen Probleme, die auf dem Weg zu einem Abkommen mit Sowjetrußland überwunden werden mussten. Dies wurde durch Krasins wiederholte Anschuldigungen gegen die Westmächte als Piłsudskis „Auftraggeber“ bei den folgenden Treffen mit Lloyd George (7. und 16. Juni) unterstrichen. „Die Marionetten sitzen in Warschau, aber die Fäden werden in London und Paris gezogen“ (*The marionettes are in Warsaw, but the strings are pulled from London and Paris*) – so lautete der Slogan des Propagandakrieges, der mit Hilfe von Aktivisten der Labour Party und der Presse auf englischem Boden mit sowjetischer Inspiration noch vor Beginn der „Handels“-Gespräche in London begonnen hatte¹²⁶.

Die Anweisungen, die Krasin vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Georgij Čičerin, erhielt (die übrigens größtenteils abgefangen und von Spezialisten der Royal Navy gelesen wurden), sowie die Direktiven von Lenin selbst an Čičerin für die Londoner Gespräche betonten die Notwendigkeit, die Position des sowjetischen „Handels“-Delegierten zu stärken und alle wichtigen Zugeständnisse an die britische Seite von der Aufnahme formeller Gespräche über einen sowjetisch-britischen Frieden abhängig zu machen. In den Intentionen Moskaus sollte dies natürlich, parallel zur Taktik des Propagandakrieges gegen die „Imperialisten“ dazu führen, die Möglichkeit einer vorübergehenden *peredyška* (Atempause) in den Beziehungen zu den Westmächten auf der Grundlage einer vollständigen Anerkennung Sowjetrußlands als gleichberechtigter Partner auszuprobieren¹²⁷.

Dies war genau das, was der französische Ministerpräsident Millerand befürchtete, nämlich die Umwandlung der Handelsgespräche in Verhandlungen mit dem Ziel der politischen Anerkennung des sowjetischen Staates. Bei den Begegnungen mit dem britischen Premierminister in Hythe (Grafschaft Kent) am 20. Juni und am folgenden Tag auf der Konferenz der Alliierten in Boulogne kritisierte er Lloyd Georges Taktik und deren Folgen scharf. Zwischen Paris und London entstand eine immer schärfere Polemik über die Haltung gegenüber Sowjetrußland, die von der Presse auf beiden Seiten des Ärmelkanals an die große Glocke gehängt

126 The Storm Breaks, in: Daily Herald (dem Organ der Labour Party, das direkt aus Moskau finanziert wurde, wie sich bei dem Skandal herausstellte, der bereits im August dieses Jahres enthüllt wurde) vom 30.4.1920; siehe Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 89–132.

127 Siehe *Dokumenty vnešnej politiki SSSR*, Bd. 2, hg. v. G. K. Deev und E. M. Žukov, Moskva 1958, S. 638–661 (Referat G. Čičerins auf der Sitzung des ZIK [Zentralen Exekutivkomitees] vom 17. Juni 1920); V. I. Lenin, *Polnoe sobranie sočinenij* [im Folgenden: PSS], Bd. 51, Moskva 1965, S. 214–215 (Instruktion Lenins für Čičerin bezüglich der Gespräche in London vom 11.6.1920), 235 (Notiz bezüglich eben dieser Gespräche vom 9.7.), 236 und 438 (Notiz und Brief Lenins an L. Kamenev und Čičerin vom 10.7.).

wurde. Würde London im Gegenzug für das sowjetische Zugeständnis, die Propagandaoffensive in den für das britische Empire wichtigen Gebieten Asiens (von Transkaukasien bis Persien und Afghanistan) einzuschränken, seine Solidarität mit Frankreich aufgeben und sich auch von Polen distanzieren, das durch den Angriff der Roten Armee durch Weißrussland immer deutlicher bedroht war? Solche Fragen wurden an der Seine lautstark gestellt¹²⁸.

Als Lloyd George am 29. Juni erneut mit Krasin zusammentraf, schien es, dass die Idee, Sowjetrussland durch die Hintertür mittels Handelsabkommen in das Versailler System einzubinden, in eine Sackgasse geraten war. Denn die sowjetische Seite verlangte, durch die Vordertür in die Salons der großen europäischen Politik geholt zu werden. Sie forderte eine diplomatische Konferenz zwischen politischen Vertretern Großbritanniens und Russlands, auf der beide ihren gleichberechtigten Großmachtstatus anerkennen sollten. Am Ende einer langen Rede auf diesem Treffen erklärte Krasin, dass seine Regierung bereit sei, einen „allgemeinen Frieden“ mit allen Staaten zu schließen, die „feindliche Aktionen“ gegen Sowjetrussland unternähmen. Die sowjetische Seite machte also tatsächlich einen Vorschlag für politische bilaterale Verhandlungen, die sich möglicherweise zu einer internationalen Konferenz zur Regelung der Beziehungen zwischen Sowjetrussland mit den Ländern, die der Versailler Ordnung angehörten, hätten verwandeln können. Lloyd George war sich bewusst, dass eine solche Lösung nicht nur eine formale Anerkennung der bolschewistischen Regierung bedeuten, sondern auch die Möglichkeit einer teilweisen Revision des Versailler Vertrags zumindest im östlichen Teil seines Einflussbereichs eröffnen würde. Er machte sich also auf den Weg zu der lange angekündigten und vorbereiteten interalliierten Konferenz im belgischen Spa und wusste, dass es sehr schwierig sein würde, die Franzosen von einer solchen Lösung zu überzeugen. Da er keinen Bruch mit Paris oder eine scharfe Konfrontation mit der konservativen Mehrheit des Parlaments riskieren wollte, die sein Kabinetts unterstützte, konnte er von Krasin und dessen Moskauer Vorgesetzten nur eine schnelle (innerhalb von sieben Tagen) Antwort auf die Frage verlangen, ob sie die Formel akzeptierten: Erst der Handel, dann die Politik.

Krasin fuhr (auf einem britischen Zerstörer) nach Russland, um sich mit seinen Auftraggebern über die Antwort zu beraten. Lloyd George konnte keine russische Reaktion erhoffen, die es ihm erleichtert hätte, den französischen Widerstand zu brechen. Die Krise an der polnisch-sowjetischen Front und das Ersuchen der

128 Siehe DDF, Annexes (10 Janvier 1920–31 Décembre 1921), hg. v. Jacques Bariéty, Bruxelles 2005, S. 289–291 (Russland gewidmetes Fragment der Diskussionen zwischen Millerand und Lloyd George auf der Konferenz in Boulogne am 22. Juni); siehe DBFP, vol. VIII, S. 375–379 (dass. in englischer Version) und 323–328 (Streit Lloyd Georges mit Millerand zum selben Thema am 20. Juni bei der Begegnung in Hythe); siehe Carroll, *Soviet Communism*, S. 79–96.

polnischen Regierung um Hilfe durch die alliierten Mächte und um Vermittlung bei Friedensverhandlungen mit Moskau rückten jedoch unerwartet politische Fragen in den Vordergrund, vor denen sich die westlichen Länder in ihren Beziehungen zu Sowjetrußland nicht drücken konnten. Lloyd George nutzte die kritische Lage Polens und die Bitte von Ministerpräsident Władysław Grabski auf der Konferenz in Spa meisterhaft aus, um zu seinem Konzept zurückzukehren, die Bol'sewiki als neuen (erneuerten) östlichen Pfeiler in das europäische System einzubinden. Die Demütigung, die er den polnischen Delegierten in Spa (Grabski und Patek) zufügte¹²⁹, war Teil eben dieses politischen Manövers, das vor allem den französischen Verbündeten zeigen sollte, dass Gespräche mit und Zugeständnisse an Sowjetrußland einfach notwendig waren.

Auf der Konferenz von Spa leitete der britische Premierminister im Wesentlichen die Revision des Versailler Vertrags ein. Sein erstes Ziel und Opfer sollte Polen sein. Der Standpunkt von Lloyd George zu diesem Thema wurde kurz vor der Konferenz von seinem persönlichen Sekretär Philip Kerr präzise dargelegt. Er informierte den britischen Botschafter in Warschau in einem Brief über die Haltung des Premierministers: „Er wird Polen innerhalb seiner ethnographischen Grenzen als das einzige Polen unterstützen, das in der Zukunft überleben kann“¹³⁰. Bei den Gesprächen in Spa, bei denen es um die Einschätzung der Chancen Polens ging, die Krise im Sommer 1920 zu überstehen, war Lloyd George darauf bedacht, genau dieses Wort *possibly* („vielleicht“) zu betonen. Eine (schwache, aber vorhandene) Chance dazu bestehe nur unter der Voraussetzung, dass Warschau seinen neuen, zwischen den Supermächten auszuhandelnden Platz in Europa vollständig und bedingungslos akzeptiere¹³¹. Am 10. Juli forderte der britische Premier Grabski auf, im Namen der polnischen Regierung Folgendem zuzustimmen: 1. dem Rückzug der polnischen Truppen auf die Linie, die am 8. Dezember 1919 vom Obersten Rat der Entente als (Mindest-)Grundlage für die künftige Ostgrenze Polens festgelegt worden war; 2. die Teilnahme Polens an der Konferenz, die Lloyd George in London unter Beteiligung von Sowjetrußland, Polen, den neuen baltischen Staaten und „Vertretern Ostgaliziens“ einberufen wollte; 3. die Frage der Zukunft Wilnas, des Teschener Schlesiens und die endgültige Regelung des Status von Danzig der Entscheidung der alliierten Mächte zu überlassen. In jeder dieser Fragen war es

129 Analysiert u. a. in der Monographie von Nowak-Kiełbikowa, *Polska*, S. 210–231.

130 „He will go for an ethnographic Poland as the only kind of Poland which can possibly survive in the future“. Zitat aus einem Brief Kerrs an den britischen Botschafter in Warschau, Horace Rumbold vom 4.7.1920, nach: Martin Gilbert, *Sir Horace Rumbold. Portrait of a Diplomat 1869–1941*, London 1973, S. 201.

131 Siehe z. B. *Notes of a conversation with Marshal Foch* [angefertigt von Lloyd Georges Sekretariat], 8.7.1920, DBFP, vol. VIII, S. 490–491.

absolut klar, dass der britische Premierminister eine für Polen ungünstige Lösung bevorzugte (auch wenn dies, wie im Falle der Abtretung des Teschener Schlesiens an die Tschechen oder von Wilna an Litauen, mit dem von ihm betonten „ethnographischen“ Prinzip kollidierte). Wenn Polen dieses „Angebot“ annehme, sei ihm die Unterstützung der Westmächte in seinem Konflikt mit den Bol’ševiki sicher. Diese sollte sich jedoch auf den Versuch beschränken, bei den Kontakten mit den Bol’ševiki zu vermitteln und letztere auf der in Grabskis Interview erwähnten Londoner Konferenz zu Friedensverhandlungen zu bewegen. Für den Fall, dass die Bol’ševiki diesen Vorschlag ablehnen sollten, schlossen Lloyd George und Marschall Foch, letzterer im Namen der französischen Streitkräfte, entschieden die Möglichkeit aus, Polen mit eigenen Truppen zu unterstützen, allerdings versprach der britische Premierminister materielle und vor allem „moralische“ Unterstützung¹³².

Lloyd George stellte Polen vor die Alternative, entweder das Vermittlungsangebot der Alliierten anzunehmen, das, wenn es von den Bol’ševiki akzeptiert würde, die Hoffnung auf eine Vermeidung der Sowjetisierung am Leben erhalte, oder alles auf eine Karte zu setzen – sich von den Westmächten abzuschneiden, die ohnehin alle Nachbarn Polens in jeglichen territorialen Streitigkeiten mit Polen unterstützen würden, und sich gegen die vorrückende Rote Armee ohne jede Hilfe von ihrer Seite zu verteidigen.

Die Franzosen verhielten sich gegenüber dieser Erpressung völlig passiv. Marschall Foch überzeugte seinen Ministerpräsidenten, dass Frankreich militärisch nichts tun könne, um Polen direkt zu helfen. Millerand hingegen wollte sich noch nicht auf politische Kontakte mit den Bol’ševiki einlassen, bevor diese nicht erklärt hatten, dass sie die Verantwortung für die Schulden Russlands bei den französischen Gläubigern übernehmen würden, und überließ die Vermittlung im sowjetisch-polnischen Konflikt im Wesentlichen Lloyd George. Das vom britischen Premierminister in Spa vorgeschlagene Format der Londoner Konferenz sah keine französische Präsenz vor. Millerand weigerte sich, an diesen Verhandlungen teilzunehmen. In einem Gespräch mit Lloyd George am 10. Juli, kurz vor dem Erscheinen Grabskis, erklärte er unverblümt, dass eine unvorsichtige Aufnahme von Kontakten mit den Bol’ševiki zum Scheitern verurteilt sein könnte: „Ich kann keine Note riskieren, die uns in eine gefährliche Situation bringen würde: Ich würde Polen nicht retten und ich würde Interessen, die mir anvertraut wurden, kompromittieren“¹³³.

132 Siehe DBFP, vol. VIII, S. 524–530 (britische Notiz über das Treffen der britischen, französischen und italienischen Delegation mit Grabski in Spa am 10. Juli); siehe DDF, Annexes, 1920–1921, S. 390–394 (französische Notiz von diesem Treffen).

133 „Je ne peux pas risquer une démarche qui nous mettrait dans une situation dangereuse: je n’aurais pas sauvé la Pologne, et j’aurais compromis les intérêts, dont j’ai la charge“. Millerand an

Der französische Ministerpräsident akzeptierte jedoch, dass Lloyd George die Verhandlungen allein aufnahm. Das Argument, mit dem er Millerand am wirksamsten überzeugen konnte, bestand darin, die Vision eines Zusammenbruchs Polens mit den Folgen zu verknüpfen, die dies für die Situation in Deutschland haben könnte. Die Konferenz von Spa war in erster Linie einberufen worden, um sich mit dem deutschen Problem zu befassen, insbesondere mit der Tatsache, dass Deutschland den Versailler Vertrag in zweierlei Hinsicht nicht erfüllt hatte: Die deutsche Armee zählte noch immer zweihunderttausend statt der im Friedensvertrag angegebenen hunderttausend Soldaten, und sie hatte noch immer nicht mindestens zwei Millionen Gewehre an die Alliierten ausgehändigt. Auch kam Deutschland seiner Verpflichtung zur Lieferung von Kohle an Frankreich und Belgien nicht nach. Sollten die siegreichen Bol'sheviki an der Grenze Deutschlands auftauchen, das durch die Forderungen nach Einhaltung dieser schweren Bedingungen des Friedensvertrags verärgert wäre, könnte es in Berlin zu einer politischen Umwälzung kommen. Dies wäre nicht unbedingt ein sozialer Umbruch, sondern vielleicht einfach eine radikale Veränderung der geopolitischen Ausrichtung Deutschlands hin zu einer Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, um das gesamte Versailler System zu untergraben. Diese düstere Vision war in der Tat, wie wir heute wissen, sehr wahrscheinlich. Denn Mitte Juli 1920 war der halboffizielle Vertreter der Sowjetunion in Berlin, Viktor Kopp, dem Abschluss des gewünschten Vertrags mit der deutschen Regierung näher denn je. So schrieb er am 16. Juli an seinen Vorgesetzten in Moskau, Georgij Čičerin: „Spa hat in Deutschland einen Eindruck der Katastrophe hinterlassen. [...] Die ententophilen Kreise verlieren an Boden, und diesen gewinnen [...] die Befürworter einer östlichen Orientierung, was nicht Annäherung an die russische Reaktion, sondern Übereinstimmung mit Sowjetrußland bedeutet. [...] Wenn wir den Sieg über Polen nicht nur nutzen, um Frieden mit der Entente zu schließen, sondern [...] die Frage des freien Transits durch den westpreußischen [pommerellischen] Korridor aufwerfen, dann haben wir im bürgerlichen Deutschland eine gute Chance, für die wirtschaftliche Wiederherstellung Rußlands zu arbeiten“¹³⁴.

Mit seiner Vision einer echten, für die Versailler Ordnung tödlichen sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit schlug Lloyd George dem französischen Minis-

Lloyd George in Spa, 10.7.1920, in: DDF, Annexes, 1920–1921, S. 381. Die Ursachen für Frankreichs Passivität in Spa analysiert u. a. Wandycz, *France*, S. 153–160; siehe auch Farrar, *Principled Pragmatist*, S. 270–272.

134 Zit. nach: Vladimir A. Zubačevskij, *Politika Rossii v otnošenii vostočnoj časti central'noj Evropy (1917–1923 gg.): geopolitičeskij aspekt*, Omsk 2005, S. 112; siehe auch Richard Himmer, *Soviet Policy toward Germany during the Russo-Polish War, 1920*, in: *Slavic Review* 35 (1976), No. 4, S. 665–682.

terpräsidenten vor, mit den Bolševiki politische Vereinbarungen zu treffen, die es – zumindest vorläufig – ermöglichen würden, sie an der „ethnographischen“ polnischen Grenze aufzuhalten. Die Deutschen nicht reizen und mit Sowjetrußland reden: das war der Kern des Vorschlags des britischen Premierministers¹³⁵. Millerand reagierte darauf, indem er die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Westmächte und damit auf diese gewaltsame Weise eine Lähmung der deutschen Träume vom Zerreißen des Versailler „Halsbandes“ forderte. Gleichzeitig konnte der französische Ministerpräsident jedoch nicht leugnen, dass die Überlegungen Lloyd Georges, in dieser kritischen Situation zumindest zu versuchen, mit den Bolševiki über Polen zu verhandeln, eine gewisse Logik hatten.

Grabski beugte sich der britischen Erpressung. Millerand wusch seine Hände in Unschuld. Lloyd George triumphierte. Es galt nur noch, die sowjetische Seite von seinem Konzept zu überzeugen. Dieses Mal hatte er Grund zum Optimismus. Bereits zu Beginn der Gespräche in Spa erhielt er von Čičerin eine kurze, aber verständliche Antwort auf die Ende Juni an Krasin gerichtete Frage nach der Haltung Moskaus zu weiteren Verhandlungen. In einer Note vom 7. Juli erklärt Čičerin, dass die sowjetische Regierung bereit sei, die in London begonnenen Gespräche unverzüglich wieder aufzunehmen, deren Endziel nicht nur ein Handelsabkommen, sondern ein endgültiger Frieden sein sollte¹³⁶. Lloyd George war überglücklich über diese Nachricht: „Das bedeutet Frieden mit Rußland – ein sehr wichtiger Faktor für den Weltfrieden“ (*It means peace with Russia – a very great factor in the peace of the World*)¹³⁷. Er kümmerte sich auch um die Ausarbeitung eines neuen Vorschlags für Moskau, wobei er Lord Curzon, der als Leiter des Foreign Office nur der formale Absender des Vorschlags an den sowjetischen Außenkommissar sein sollte, völlig aus der Vorbereitung ausschloss.

Die auf den 11. Juli in Spa datierte britische Note an Čičerin war ein sehr breit angelegtes und großzügiges Angebot. Ihr Verfasser war höchstwahrscheinlich Lloyd Georges Sekretär Philip Kerr, der einzige Mensch, dem der Premierminister erlaubte, die Politik des Kabinetts gegenüber Sowjetrußland und Polen mitzugestalten (ich werde Kerr und seiner Rolle in dieser Politik im nächsten Teil dieses Buches mehr Raum widmen). Die offiziell von Curzon unterzeichnete Note forderte einen sofortigen Waffenstillstand im Krieg mit Polen und legte gleichzeitig den genauen geografischen Verlauf der Demarkationslinie fest, die die Grundlage für

135 Siehe DDF, Annexes, 1920–1921, S. 381 (Spa, 10.7.1920); DBFP, vol. VIII, S. 564–565 und 582–583 (Spa, 12. und 13.7.).

136 Note Čičerins an Curzon vom 7.7., in: Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. 3, hg. v. G. A. Belov u. a., Moskva 1959, S. 17.

137 Zitiert aus dem Tagebuch Maurice Hankeys, des Sekretärs des Premierministers, vom 8.7.1920, nach: Ullman, Anglo-Soviet Relations, vol. 3, S. 144.

den Waffenstillstand bilden sollte. Und hier kam die größte und für die Zukunft so wichtige Überraschung. Die Linie, die in dem Vermerk als „die im vergangenen Jahr von der Friedenskonferenz vorläufig festgelegte Ostgrenze, innerhalb derer Polen das Recht zur Errichtung einer polnischen Verwaltung erlangt hat“¹³⁸, vorgestellt wurde, wurde von ihrem Verfasser weit über die in der Erklärung des Obersten Rates der Friedenskonferenz vom 8. Dezember 1919 tatsächlich festgelegte Linie hinaus verlängert. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass die von mir in der Einleitung zu diesem Buch beschriebene Linie, die am 8. Dezember 1919 gezogen wurde, als minimale Ostgrenze Polens in den ehemals zum Russischen Reich gehörenden Gebieten behandelt wurde, vorbehaltlich der Möglichkeit ihrer späteren Verlagerung nach Osten. Daran versuchte der politische Direktor des französischen Außenministeriums Philippe Berthelot (der Ministerpräsident Millebrand bei den Gesprächen unterstützt hatte), in Spa zu erinnern – erfolglos, wie sich herausstellte. Bei einem Treffen mit Lloyd George und Curzon am Mittag des 10. Juli machte er deutlich, dass er den Appetit des britischen Premierministers auf eine weitere Beschneidung Polens im Osten zügeln wollte, ohne ihm etwas zu unterstellen: „Die fragliche Linie ist die Minimallinie, von der aus sich nach Osten teils polnische, teils russische Gebiete erstrecken [...] dies war für ihn [Berthelot] nicht die endgültige Linie“.¹³⁹ Erstaunlich ist, dass in einem Vermerk von derselben Sitzung und zu derselben Rede, der jedoch vom britischen Kabinettssekretär Maurice Hankey verfasst wurde (neben Kerr die andere Schlüsselfigur bei der Gestaltung der „polnischen“ Politik der Regierung Lloyd George im Sommer 1920, auf deren Vorgehen ich später noch näher eingehen werde), die Angelegenheit ganz anders dargestellt wurde, mit einer fast perversen, aber für den britischen Premierminister bequemen Interpretation. Hankey gab die Botschaft der Rede des französischen Politikers wie folgt wieder: „Berthelot wies darauf hin, dass die vom Obersten Rat 1919 festgelegte Linie eine Minimallinie sei und daher nicht als endgültige Linie betrachtet werden müsse. Wenn sie Polen auferlegt würde, sollte

138 „The line provisionally laid down last year by the Peace Conference as the eastern boundary within which Poland was entitled to establish a Polish administration“. Der Inhalt der Note Curzons an Čičerin vom 11. Juli 1920 wurde erstmals am 15. Juli in der „Times“ veröffentlicht (sie wurde auf Forderung britischer Unterhausabgeordneter auf der Sitzung am 14.7. präsentiert) – und nach dieser Quelle (Polish Armistice Proposal, Times, 15.7.1920, S. 9) zitiere ich sie. Später wurde sie auch in russischer Übersetzung veröffentlicht in: Dokumenty vnešnej politiki..., Bd. 3, S. 54–55.

139 „La ligne dont il s’agit est une ligne minimum, à l’est de laquelle il existe des territoires mi-polonais mi-russes [...] ce n’était pas pour lui une ligne définitive“. DDF, Annexes, 1920–1921, S. 382.

klargestellt werden, dass es sich um die endgültige Linie handelt¹⁴⁰. So schlug der britische Kabinettssekretär im eindeutigen Widerspruch zur verbindlichen Erklärung des Obersten Rates der Friedenskonferenz vom 8. Dezember 1919 und entgegen der Erinnerung an ihre Bestimmungen durch den Direktor der politischen Abteilung des französischen Außenministeriums anlässlich des Treffens in Spa mit Lloyd George und Curzon am 10. Juli vor, dass erst jetzt, eben von Spa aus, eine solche endgültige Ostgrenze für Polen diktiert werden könne: gewiss nicht eine bessere für Polen (wie in der Erklärung vom 8. Dezember angenommen), sondern eine engere, für Polen restriktivere.

Dieses letzte Element der „kreativen“ Interpretation des Rechts der britischen Regierung, die polnische Grenze festzulegen, zeigte sich in der ohne jegliche Konsultation mit den Franzosen (von den beiden anderen konstituierenden Kräften des Obersten Rates – Italien und Japan – ganz zu schweigen) vorgenommenen Verschiebung der Grenzlinie aus der Erklärung vom 8. Dezember nach Süden und damit der Teilung Galiziens, die vom offiziellen Verfasser der Curzon-Note vorgenommen wurde. Ich erinnere daran, dass die Linie aus dieser Erklärung im Süden bei Kryłów endete, an der Grenze zu Galizien, das zuvor nicht zum Russischen Reich gehört hatte. Auch Ostgalizien war Polen bereits zuvor auf Beschluss der Siegermächte zugesprochen worden: im November 1919 als Mandatsgebiet unter Völkerbundkontrolle für fünfundzwanzig Jahre und einen Monat später (22. Dezember 1919) bereits auf unbestimmte Zeit¹⁴¹. Indessen wurde in der Note aus Spa die vom britischen Außenminister vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Sowjetrussland und Polen weiter nach Süden verschoben: „weiter westlich von Rawa Ruska, östlich von Przemyśl in Richtung der Karpaten“ (*thence west of Rawa Ruska, east of Przemyśl to the Carpathians*)¹⁴². Auf diese Weise bot Großbritannien Sowjetrussland, ohne die Zustimmung der Polen zu einem solchen Zugeständnis einzuholen, ganz Ostgalizien einschließlich Lembergs an. Ministerpräsident Grabski verließ Spa und wusste offiziell nichts von den Absichten der Briten. Auf diese Weise ermutigte zum ersten Mal eine westliche Macht die Sowjetmacht, ein Gebiet zu erobern, das noch nie zum Russischen Reich gehört hatte. Dies war die wesentliche Botschaft dieses Dokuments, an das man sich erst dreiundzwanzig Jahre später dank Josef Stalins und der so genannten Curzon-Linie erinnerte und das dann noch mehr Bekanntheit erlangte.

140 „He [Berthelot] pointed out that the line fixed by the Supreme Council in 1919 was a minimum line, hence it should not be treated as though it were a final line. If it were imposed upon Poland it should be made clear that it was a definitive line“. DBFP, vol. VIII, S. 516.

141 Siehe *Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu*, Bd. 2, S. 344, 376.

142 Polish Armistice Proposal, in: „Times“ vom 15.7.1920, S. 9; die russische Übersetzung der Curzon-Note vom 11. Juli 1920, in: *Dokumenty vnešnej politiki*, Bd. 3, S. 54–55.

Die Zugeständnisse auf Kosten Polens waren damit aber noch nicht beendet. Es ist erwähnenswert, dass zu diesem Zeitpunkt die Rote Armee noch in keinem Frontabschnitt die in der Note vom 11. Juli vorgeschlagene Grenze erreicht hatte. Die polnische Armee sollte sich dorthin zurückziehen, oft einhundertfünfzig oder zweihundert Kilometer westlich von der Stelle, an der sie an diesem Tag stand. Die Curzon-Note bedeutete also für Polen eine drastische Verschlechterung seiner Lage an der Front, indem es der auf Warschau und Lemberg vorrückenden Roten Armee ein großes Gebiet überließ. Lloyd George ermutigte Moskau, die Einladung zur Teilnahme an der Friedenskonferenz anzunehmen, indem er ihm günstige Bedingungen für eine Grenzziehung anbot, die unweigerlich (im Falle ihrer Annahme) die Grundlage für die Festlegung einer neuen Grenze zwischen dem Sowjetstaat und Polen bilden musste. Laut Vermerk vom 11. Juli sollte die Konferenz so bald wie möglich in London stattfinden – unter Beteiligung von Sowjetrussland, Polen, Litauen, Lettland (wobei hinzuzufügen ist, dass Großbritannien weder Litauen noch Lettland damals schon formell anerkannt hatte), Finnland und, separat erwähnt, Vertretern Ostgaliziens. Sollte Moskau diesen Vorschlag ablehnen und die in der Note gezogene Linie überschreiten und die Feindseligkeiten in das als „polnisches Territorium“ definierte Gebiet verlagern, dann „würden sich die britische Regierung und ihre Verbündeten verpflichtet fühlen, dem polnischen Volk bei der Verteidigung seiner Existenz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen“¹⁴³.

143 „The British Government and its Allies would feel bound to assist the Polish nation to defend its existence with all the means at their disposal“. Zitiert nach: Polish Armistice Proposal, in: „Times“ vom 15.7.1920, S. 9. Über die Umstände der Entstehung der Note vom 11. Juli schreibt ausführlich: Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, Bd. 3, S. 153–157, siehe auch Davies, *White Eagle, Red Star*, S. 168–170. Ich werde versuchen, auf diese Umstände noch einmal im nächsten Teil des Buches zu blicken.

4 Antwort aus dem Politbüro (Juli 1920)

Die gesamte Last der Entscheidung fiel nun auf Moskau. Es war möglich, dieses Angebot anzunehmen, das – mit dem Segen Londons – Polen vor Sowjetrußland in die Knie zwang, der Roten Armee die Einnahme des strategisch wichtigen Ostgaliziens ermöglichte und den Weg nach Süden, in die Tschechoslowakei, nach Rumänien und Ungarn öffnete¹⁴⁴, und das auch den Auftakt zur politischen Anerkennung der Sowjetmacht als legitime Regierung einer England oder Frankreich ebenbürtigen Macht bildete. Es war jedoch auch möglich, dieses Angebot abzulehnen und unter Ausnutzung des Erfolgs der Offensive der Roten Armee zu versuchen, weiter nach Westen vorzudringen, die in der Note angegebene Linie zu überschreiten, Polen zu sowjetisieren, die Grenze zu Deutschland zu erreichen und ... dann erneut zu überlegen, ob man nicht auch diese nächste, strategisch noch wichtigere Grenze durchbrechen und die gesamte „kapitalistische Einkreisung“ herausfordern sollte. Aus Moskaus Sicht lief das Angebot Londons darauf hinaus, dass Sowjetrußland seine strategische Position in Europa stärken und (wieder) die Rolle einer dominierenden Macht im Osten des Kontinents erlangen könnte.

Die Verantwortlichen der sowjetischen Politik waren sich der Bedeutung dieses Vorschlags und der zu treffenden Entscheidung durchaus bewusst. Die Alternative, vor der das „rote“ Moskau stand, wurde vielleicht am besten von Maksim Litvinov ausgedrückt, der in Kopenhagen noch immer die Rolle des außenpolitischen Repräsentanten und Verhandlungsführers Sowjetrußlands in Westeuropa spielte. Auf die Frage von Čičerin nach seiner Meinung zu der Note vom 11. Juli erwiderte Litvinov, dass Rußland jetzt ein großes Vabanque-Spiel mit der Entente betreibe: Die Überschreitung der Curzon-Linie und die Besetzung Polens könnten Europa revolutionieren, aber sie könne auch zu einer Remilitarisierung der Entente führen, zu einer Wiederaufnahme des Krieges gegen Sowjetrußland in großem Stil¹⁴⁵. Die Sowjets glaubten nicht an die Aufrichtigkeit der britischen Absichten. Besonders misstrauisch stimmte sie der Hinweis in der Note, in der Sowjetrußland zu einem Waffenstillstand mit General Vrangel', der mit seinen Truppen auf der Krim eingeschlossen war, aufgefordert wurde, und der Vorschlag, dass

144 Dieser Aspekt beunruhigte den italienischen Vertreter in Spa, den neuen Außenminister der im Juni gebildeten Regierung von Giovanni Giolitti, Graf Carlo Sforza. Sforza zeigte sich besorgt über die Aussicht auf eine Revolution in Ungarn, war jedoch der Ansicht, dass die von Lloyd George gewählte Strategie der „Anbiederung“ an die Bol'seviki der beste Schutz vor der Realisierung dieser Gefahr sei. Siehe DDF, Annexes, 1920–1921, S. 381 (Notes du secrétariat français prises au cours d'une conversation interalliée..., Spa, 10.7.1920).

145 Siehe Litvinovs Telegramm an Čičerin vom 14.7.1920, in: Irina V. Michutina, *Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1920 gg.*, Moskva 1994, Anhang Nr. 13.

Vrangel's Vertreter an der Londoner Konferenz teilnehmen könnten, allerdings nicht als vollwertige Teilnehmer, sondern nur als „Beobachter“. Die sowjetische Führung reagierte äußerst empfindlich auf das, was sie als „Einmischung“ der Kapitalisten in die inneren Angelegenheiten Russlands bezeichnete. Andererseits waren sie erstaunt über das Ausmaß der Zugeständnisse, die Curzon in seiner Note machte. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die polnischen Politiker und die öffentliche Meinung nicht weniger überrascht waren, da sie den Inhalt der Note drei Tage nach den sowjetischen Führern erfuhren, und zwar erst, nachdem er in einer Sitzung des Unterhauses am 14. Juli bekannt gegeben worden war. Die Sowjets wiederum waren verblüfft über den britischen Vorschlag, dass die Rote Armee Ostgalizien besetzen könnte. Noch am 19. Juni zog Georgij Čičerin in Erwartung der Möglichkeit, einen Waffenstillstand mit Polen auszuhandeln, Varianten der sowjetischen Bedingungen in solchen Gesprächen in Betracht und betrachtete die Annahme der Linie vom 8. Dezember 1919 als die härteste Version für Polen: „Dies würde bedeuten, dass die Polen in den Grenzen des Königreichs Polen [von 1815] und den westlichen Erwerbungen Polens gefangen gehalten werden, bei vollständigem Verzicht der Polen auf die Ansprüche im Osten“. Drei Tage später erklärte Čičerin in einem Sondervermerk an das Politbüro über Ostgalizien, dass dieses Gebiet, das damals als zweites europäisches Ölförderzentrum nach Baku von grundlegender strategischer Bedeutung war, im Mittelpunkt des Interesses Londons stand. Deshalb riet er davon ab, Forderungen nach der Eingliederung Ostgaliziens in den Sowjetstaat zu stellen – er befürchtete, dass in einem solchen Fall „England wütend wäre, Krasin rauswerfen würde und so weiter“¹⁴⁶. In der Note boten die Briten Moskau nicht nur eine „harte“ Grenzlinie für Polen an, sondern fügten Ostgalizien tatsächlich als Geschenk hinzu!

Bevor ich die sowjetische Antwort auf diesen Vorschlag vorstelle, möchte ich zunächst erklären, wer sie gegeben hat. Wer entschied im Sommer 1920 über die Außenpolitik des Sowjetstaates? Nun, es waren die Mitglieder des Politbüros der Russischen Kommunistischen Partei (Bol'sheviki): Lenin, Lev Kamenev, Lev Trockij, Nikolaj Krestinskij und Stalin. Abgesehen von Krestinskij, der im Politbüro nur die Funktion des technischen Organisators des Sekretariats innehatte, waren die „großen Vier“ der sowjetischen Politik im Sommer 1920 eben Lenin, Trockij, Kamenev und Stalin. Ergänzt wurde diese Gruppe, aber nur als Berater, von den stellvertretenden Mitgliedern des Politbüros: Grigorij Zinov'ev, Nikolaj Bucharin und Michail Kalinin. Eine wichtige beratende Stimme hatte auch der Volkskommissar für aus-

¹⁴⁶ Zapiska G. V. Čičerina V. I. Leninu otnositel'no vozmožnyh predložnij Pol'she o mire, 19.6.1920, sowie Zapiska NKID ob otnošenii RSFSR k Vostočnoj Galicii, 22.6.1920, in: Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1920 (Ranee ne opublikovannye dokumenty i materialy) [im Folgenden: PSW], hg. v. Ivan I. Kostjuško, Teil 1, Moskva 1994, S. 121–122 und 126–127.

wärtige Angelegenheiten Georgij Čičerin, der ständig konsultiert wurde. Formal hatte in Angelegenheiten von höchster staatlicher Bedeutung, zum Beispiel in der Frage der Verhandlungen mit Deutschland in Brest-Litovsk Anfang 1918, die höchste Autorität in der Partei eine Stimme: das einige hundert Personen umfassende Zentralkomitee. Diese Personen und dieses formell höchste Gremium äußerten sich als Antwort auf die britische Note vom 11. Juli.

Noch bevor die Note in Moskau eintraf, beriet die sowjetische Führung über die Zusammensetzung und die politischen Anweisungen für die neue Delegation, die nach London reisen sollte. Die neue Delegation sollte sich nach London begeben, nachdem Čičerin am 7. Juli seine Zustimmung zu weiteren Verhandlungen mit den Briten gegeben hatte. Mit dem Ziel, das Profil dieser Delegation zu schärfen, begann man sofort mit der Prüfung der Kandidatur von Lev Kamenev (Rosenfeld), des wichtigsten, neben Trockij, Mitstreiters von Lenin. In einer Notiz an seine Kollegen im Politbüro, datiert auf den 9. Juli, legte Kamenev seinen Vorschlag für eine „Plattform“ für die Gespräche in London vor. Im Wesentlichen sollte die sowjetische Delegation Trockij's Manöver aus den Brester Verhandlungen wiederholen: die diplomatischen Verhandlungen als Propagandatribüne nutzen, ohne die Gespräche selbst abzubereiten. Čičerin unterstützte diese Position. Ursprünglich hatte Lenin beschlossen, dass man sich in London ausschließlich auf Handelsverhandlungen konzentrieren und auf große Propaganda verzichten müsse (diese sollte, wie er anmerkte, von der Komintern übernommen werden), und dass Krasin für solche Verhandlungen immer noch der beste Kandidat sei. Bereits am 11. Juli stimmte er jedoch der Kandidatur von Kamenev zu¹⁴⁷.

Nach dem Erhalt von Curzons Note vom 11. Juli änderte sich die Lage deutlich. Es konnte nicht mehr in Rede stehen, weitere Gespräche in London auf Handelsfragen zu beschränken. Nun mussten neue Möglichkeiten sorgfältig geprüft werden. Zwischen dem 13. und 15. Juli entwickelte sich in dieser Frage ein fieberhafter Briefwechsel zwischen den Mitgliedern des Politbüros und Čičerin, der diese Diskussion durch Telegramme vom 13. Juli an Lenin, Krestinskij, Kamenev und Trockij einleitete. Er stellte erstens fest, dass Curzons Notiz in einigen Abschnitten dreihundert Werst „kostenlos“ zur Verfügung stelle, um die die Rote Armee nach Westen vorrücken könne. Dies sollte natürlich ausgenutzt werden, und dann könnte man Polen, das bereits auf der Curzon-Linie stände, seine Bedingungen diktieren und eine bilaterale Friedenskonferenz in Warschau einleiten. Die Grundvoraussetzung wäre die Entwaffnung der polnischen Armee, was die Hoffnung

147 Siehe Lenins Anmerkung zur Notiz von L. Kamenev an das Politbüro vom 9. 7. sowie Lenins Briefe an das Politbüro vom 9. 7. an L. Kamenev und Čičerin vom 10. 7. und den Vermerk zu Krestinskij's Schreiben vom 11. Juli; alle Dokumente in: PSS (Polnoe sobranie sočinienij), Moskva 1965, Bd. 51, S. 438 sowie 235 und 236.

auf einen effektiven prosowjetischen Umsturz wecken würde (Čičerin sprach sich gegen eine übereilte „Sowjetisierung mit Moskowitern“ aus). Sollte Polen diese Bedingungen ablehnen, könnte die Offensive der Roten Armee wieder aufgenommen werden. Ähnlich biete Curzons „kostenlose“ Note die Einschließung von Vrangels Truppen auf der Halbinsel Krim an und davon sollte man Gebrauch machen und dabei die britische Vermittlung in der Krim-Frage ablehnen. Čičerin war jedoch nicht dafür, auf die Teilnahme an der von den Briten geplanten Londoner Konferenz zu verzichten. Er schlug vor, ihr zuzustimmen und gleichzeitig bilaterale Friedensgespräche mit Polen sowie mit Finnland und Lettland zu führen (mit Estland hatte Sowjetrussland bereits im Februar 1920 und mit Litauen am 12. Juli, einen Tag nach Curzons Note, formell Frieden geschlossen). Čičerin mahnte zur Vorsicht bei der Antwort an die Briten, um nicht die Mobilisierung neuer militärischer Kräfte gegen Sowjetrussland zu provozieren, nämlich Rumäniens, Finnlands und „reaktionärer“ deutscher Truppen. Er warnte die Genossen des Politbüros vor der Einberufung eines Plenums des Zentralkomitees, auf dem, wie Anfang 1918 bei den Verhandlungen mit Deutschland in Brest, „Abenteurer“ vom Typ Bucharin das Sagen haben könnten¹⁴⁸.

In einem Telegramm vom 13. Juli an Čičerin, Lenin, Krestinskij, Stalin und Kalinin verlangte Trockij zunächst zu erfahren, wie die Note Curzons in England selbst, in der britischen Presse, interpretiert wurde. Wahrscheinlich meinte er damit, ob die Note ernst genommen werde oder nur Propaganda sei, ob sie in der britischen Politik auf großen Widerstand stoße oder ob sie von ihr akzeptiert werden könne. Er schlug vor, in seiner Antwort zu betonen, dass Polen von Sowjetrussland als unabhängiges Land angesehen werde (was direkte Gespräche mit Warschau nahelegte), aber die britische Vermittlung nicht abzulehnen. Nachdrücklich forderte er hingegen die Ablehnung einer solchen Vermittlung in den Beziehungen zu Vrangels. Einer Konferenz in London, so weiter, könne man zustimmen, unter der Bedingung, dass die sowjetischen Delegierten als vollwertige diplomatische Vertreter einer souveränen Macht behandelt würden¹⁴⁹.

Lev Kamenev vertrat in einem Schreiben an Lenin, Krestinskij, Trockij und Čičerin vom selben Tag eine schärfere Haltung als die beiden Letztgenannten. Er erklärte, dass die Annahme des englischen Vorschlags das Risiko eines neuen Krieges mit Polen im Frühjahr 1921 bedeutete, und dass die einzige Sicherheit, dass eine solche Gefahr nicht einträte, die Sowjetisierung Polens sei. Gegenwärtig könnte man sich jedoch mit der „Zerschlagung“ und „Überwältigung“ (*obessilenie*) Polens mit Hilfe von Sondergarantien Englands zufriedengeben. Bevor diese mit Lon-

¹⁴⁸ Vermerk Čičerins vom 13.7.1920, in: PSW, Teil 1, S. 130–132.

¹⁴⁹ Telefonogramm Trockijs, 13.7.1920, in: The Trotsky Papers 1917–1922, hg. v. J. Meijer, Bd. 2 (1920–1922), 1971, The Hague, S. 228–229.

don verhandelt würden, sollte die Rote Armee energisch nach Westen, in Richtung des Zentrums Polens, vorrücken. Die Drohungen, bei Überschreiten der Curzon-Linie einzugreifen, waren nach Ansicht von Kamenev ein ungedeckter Scheck – England würde ohnehin keine Truppen schicken. „Was angesichts der unerwarteten Erwähnung Ostgaliziens mit Lemberg durch Curzon besonders wichtig ist – unsere Truppen sollten zwingend in Galizien einmarschieren und Lemberg einnehmen. [...] Der Besetzung Galiziens, das Curzon als russisches Territorium propagiert hatte, muss besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden: von hier aus kann die Bauernbewegung schneller nach Polen vordringen als in einer geraden Linie von Minsk nach Warschau, und – zweitens – ist es das Tor zu Ungarn; gerade jetzt ist es besonders wichtig, dass wir es in unseren Händen behalten“¹⁵⁰.

Stalin war in seiner Eigenschaft als politischer Kommissar der Südwestfront, die gegen Vrangell' und gegen den südlichen Flügel der polnischen Armee operierte, zwar etwas abseits der Diskussion, die in Moskau stattfand, aber dennoch durch seine Korrespondenz aktiver Teilnehmer an dieser wichtigen Debatte. Er war mit seinem Stab in Charkov stationiert und wurde durch Lenins Telegramm vom 12./13. Juli über Curzons Note informiert. Es sei hinzugefügt, dass Lenin nicht nur den Inhalt der Note mitteilte, sondern auch eine praktische Schlussfolgerung aus der „Kapitulation“ Galiziens zog und Stalin sofort aufforderte, „die Offensive massiv zu verstärken“, in Richtung Lemberg¹⁵¹. In seiner Antwort vom 13. Juli bezog sich Stalin auf die Bemerkung Lenins, dass die Engländer versuchten, der Roten Armee den Sieg zu entreißen, und betonte, dass sich die polnischen Truppen an der Front in einem Zustand des Zerfalls befänden. Er schlug vor, die Gespräche mit den Engländern als taktisches Manöver zu betrachten, um Polen letztendlich zu besiegen. Er regte an, in der Antwort an Curzon die offensichtlich friedlichen Absichten Sowjetrusslands darzulegen, worauf die beste Antwort nur ein direktes Friedensgesuch aus Warschau sein könne. Dadurch könnte Zeit gewonnen werden, die die Rote Armee für ihre weitere Offensive nutzen könnte. Wie die übrigen Genossen des Politbüros lehnte auch Stalin die britische Vermittlung in der Vrangell'-Frage ab. Die Schlussfolgerung des Telegramms aus Charkov war eindeutig: „Ich denke, dass der Imperialismus noch nie so schwach war wie jetzt, im Moment der Niederlage Polens, und wir waren noch nie so stark wie jetzt, deshalb wird es für Russland und für die internationale Revolution umso besser sein, je entschlos-

150 Vermerk Kamenevs vom 13.7.1920, in: PSW, Teil 1, S. 134–136.

151 Telegramm Lenins an Stalin vom 12. oder 13.7.1920, in: V. I. Lenin, PSS, Bd. 51, S. 237–238.

sener wir handeln“¹⁵². Am nächsten Tag ergänzte Stalin seine Stellungnahme mit der Bemerkung, dass, „wenn wir jemals Gespräche mit Polen führen“, sie dann in Russland stattfinden sollten, nicht in London. Er erkannte richtig, dass die verschlüsselten Anweisungen aus Moskau an die Londoner Delegation von den Briten entschlüsselt werden würden („denn es gibt keinen Code, der sich nicht knacken lässt“)¹⁵³.

Vor dem Plenum des Zentralkomitees, das eigens für den 16. Juli einberufen wurde, um über die Antwort auf die britische Note zu beraten, übergab Čičerin am 14. Juli direkt an Lenin eine ausführliche Note, in der er alle Argumente des bisherigen Meinungsaustauschs noch einmal aufgriff und seine Anmerkungen hinzufügte. Er versuchte eindeutig, den seiner Meinung nach riskanten Enthusiasmus abzukühlen, der von Stalins und Kamenevs Ansichten ausgegangen war und auch bei Lenin selbst zu spüren war. Er warnte vor einer voreiligen völligen Ablehnung des Angebots zu politischen Gesprächen mit England. Er erklärte, dass die Entente zwar keine Divisionen zur Unterstützung Polens entsenden würde, aber dennoch ihre Flugzeuge dorthin lenken und auch Rumänien und Finnland zum Kriegseintritt „zwingen“ könnte. Selbst der bloße Aufschub der Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegen Sowjetrussland wäre von Nachteil. Čičerin warnte auch davor, die Möglichkeit zu überschätzen, die Gewerkschaftsbewegung in England zu nutzen, um eine mögliche Aktion gegen Sowjetrussland zu torpedieren, falls die Curzon-Note abgelehnt würde. Die Informationen über die „Reife“ der britischen Arbeiterklasse für organisierten Protest, die seit Mai 1920 von Mitgliedern der sowjetischen Delegation in London kamen, hielt er für übertrieben – ebenso wie die Hoffnungen über die Wirksamkeit der „bürgerlichen“ Opposition im britischen Parlament, die seit April vehement gegen jegliche Hilfe für Polen protestierte. „Die bürgerliche Opposition ist zahnlos“, bemerkte Čičerin, der England gut kannte (er hatte erst Ende 1917 ein britisches Gefängnis verlassen). Er schlug vor, in dieser Situation den Engländern eigene Gegenvorschläge zu unterbreiten und einen Abbruch der Verhandlungen entschieden zu vermeiden. Unter diesen Gegenvorschlägen führte er an erster Stelle die frühestmögliche Aufnahme von Friedensgesprächen mit Polen an – ohne Vorgespräche über einen Waffenstillstand. Die Vermittlung Englands sollte nicht völlig abgelehnt werden, aber der Ort der sowjetisch-polnischen Verhandlungen sollte – wegen der Agitationsmöglichkei-

152 Telegramm Stalins an Lenin vom 13.7.1920, in: Bol'shevistskoe rukovodstvo. Peregiska. 1912–1927, hg. v. Aleksandr V. Kvašonkin, Aleksandr J. Livšin, Oleg V. Chlevnjuk u. a., Moskva 1996, S. 142–143.

153 Zit. ebd., S. 143.

ten – Warschau sein, oder aber, was aus technischen Gründen günstiger wäre (d. h. wegen der Möglichkeit, die polnische Delegation zu isolieren und den Zugang der internationalen Medien zu beschränken), eine der russischen Provinzstädte. Offenbar immer noch Verhandlungen mit der „bürgerlichen“ (nicht einer sowjetischen) polnischen Regierung annehmend, schätzte Čičerin den in der Curzon-Note „festgelegten“, für die russische Seite so günstigen Grenzverlauf sehr, hielt es aber für notwendig, in den Bedingungen für Warschau weitere territoriale Zugeständnisse zu fordern. Er präzierte nicht, um welche es sich dabei handelte. Als weitere Bedingungen nannte er die Verkleinerung der polnischen Armee und die Übergabe ihrer Ausrüstung. Die Idee einer Konferenz in London unter Beteiligung aller Nachbarn, die in den letzten Jahren in Konflikte mit Sowjetrußland verwickelt gewesen waren, hielt er für ausgesprochen ungünstig. Schließlich könnte unter der stillen Schirmherrschaft Englands eine gemeinsame Front der kleinen Gegner Russlands gebildet werden. Er schlug daher vor, die Idee „bedingungslos abzulehnen“ und nur die Handelsgespräche in dem bis Ende Juni vereinbarten Rahmen fortzusetzen. Wenn die Engländer selbst dazu noch neue politische Fragen globaler Natur aufwürfen, sei dies bereits ein großer sowjetischer Erfolg. Wenn die Briten die Verhandlungen ernsthaft fortsetzen wollten, wäre es notwendig, neben Krasin auch Kamenev oder Trockij, und sei es nur für kurze Zeit, nach London zu schicken. Der eigentliche Sinn des Vorschlags Čičerins bestand darin, die Curzon-Note auszunutzen und Polen die schwerstmöglichen Bedingungen zu diktieren und gleichzeitig die Handelsgespräche in London zum Abschluss zu bringen. Allerdings warnte er noch einmal deutlich vor allzu ehrgeizigen Ideen, dem gesamten Versailler System plötzlich den Fehdehandschuh hinzuwerfen. „Insgesamt muss man sagen, dass wir es mit dem Ziel eines sofortigen, totalen Sieges auch übertreiben können. Es ist ein Vabanque-Spiel. Bislang haben wir nicht versucht, die Geschichte voranzutreiben, sondern eine Position nach der anderen zurückzugewinnen. Wenn wir zu weit gehen, riskieren wir zu schwerwiegende Folgen, sowohl im Hinblick auf die Verknappung unserer militärischen Ressourcen als auch auf die Verschlimmerung des allgemeinen Niedergangs“¹⁵⁴.

154 Vermerk Čičerins für Lenin vom 14.7.1920, in: PSW, Teil 1, S. 136–140.



Abb. 6: Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Georgij Čičerin während eines Warschaubesuchs im Jahre 1925; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

Lenin, Stalin, Kamenev, Zinov'ev und Bucharin, die gerade den zweiten Kongress der Dritten Kommunistischen Internationale (Komintern) vorbereiteten, ließen sich jedoch von der Welle der „revolutionären Begeisterung“ anstecken. Lenin wollte die Chance auf weitere Gespräche mit den Briten nicht verspielen, gleichzeitig aber den Moment des Aufschwungs der Roten Armee nutzen, um in Polen einen noch größeren Erfolg zu erzielen, als ihn die Curzon-Note garantierte. Er erwog die Möglichkeit einer Sowjetisierung Polens in der Weise, die Lloyd George nicht zum Abbruch der Gespräche und zur Verhängung von Sanktionen veranlassen würde, die in der Note vom 11. Juli für den Fall, dass die Rote Armee die Curzon-Linie überschreiten sollte, vage angedeutet worden waren. In einem Telegramm an Josif Unšlicht, den politischen Kommissar der auf Warschau vorrückenden Westfront, legte er seine Idee dar. Lenin befragte ihn als Experten für polnische Angelegenheiten und bat ihn und „andere polnische Genossen“, den folgenden Plan zu bewerten: „1. erklären wir feierlich, dass wir den polnischen Arbeitern und Bauern eine Grenze garantieren, die weiter östlich verläuft als die von Curzon und der Entente vorgegebene. 2) Wir setzen unsere ganze Kraft ein, um Piłsudski zu erledigen. 3) Wir kommen nur für die kürzestmögliche Zeit nach Polen, um die polnischen Arbeiter zu bewaffnen, und ziehen uns sofort wieder zurück. 4) Halten Sie einen sowjetischen Staatsstreich in Polen für wahrscheinlich, und wie schnell“¹⁵⁵.

¹⁵⁵ Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv (Moskva) [im Folgenden: RGVA], Fonds 104 (Upravlenie armijami Zapadnogo Fronta), op. 1 (Sekretariat Revoljucionno-Voenного Soveta), delo 8 s. (Briefe Lenins u. a. an den RVS der Westfront vom 13.7. – 30.9.1920), Bl. 3 – Kopie eines Telegramms Lenins an Unšlicht vom 13.–15.7.1920.

Unšlicht verstand die Intention dieser Fragen klar und antwortete, dass Lenins Plan in zwei Varianten realisiert werden könne. Im ersten Fall wäre es möglich, mit der Entente ein Abkommen über die Curzon-Linie zu schließen („zu Bedingungen, die uns einen längeren Aufschub garantieren“), hinter der dann in dieser Zeit ein „Aufstand der Werktätigen Polens“ stattfinden könne. (*vosstanie trudjaščichsja mass Pol'si*). Das sei natürlich die ideale Lösung – man könne die Curzon-Linie beibehalten, weiter mit den Briten reden und gleichzeitig Sowjetpolen haben. Wenn aber die Revolution in Polen nicht von selbst ausbreche, sollte die Offensive der Roten Armee fortgesetzt, die polnischen Arbeiter und Landarbeiter bewaffnet, ein provisorisches militärisch-revolutionäres Komitee für Polen geschaffen und seine Sowjetisierung feierlich proklamiert werden. „Wir machen unseren weiteren Aufenthalt in Polen vom Willen der polnischen Arbeiter und Bauern abhängig“. Was die Aussichten auf einen sowjetischen Umsturz in Polen betrifft, so erklärte Unšlicht, dass sie mit dem Herannahen der Roten Armee immer realer würden, dass man aber in Großpolen auf größeren Widerstand (*soprotivlenie*) stoßen wird – „der nur durch einen [kommunistischen] Umsturz in Deutschland gebrochen werden kann“. Diese letzte Notiz von Unšlicht zeigt deutlich, dass die zweite Variante der Situation in Polen, wie sie von ihm dargestellt wurde, eher nicht von der Möglichkeit ausging, sich mit der Entente zu arrangieren – da der Sowjetisierung Polens die Aussicht auf die Sowjetisierung Deutschlands folgen sollte...¹⁵⁶.

Das Plenum des Zentralkomitees, das am folgenden Tag, dem 16. Juli, beriet, konnte sich mit den von Lenin selbst vorbereiteten Thesen vertraut machen. Die ersten beiden Punkte und der handschriftliche Kommentar Lenins, der ihnen hinzugefügt wurde, ließen keine Zweifel daran, welche der von Unšlicht skizzierten Varianten als die beste Wahl empfohlen wurde. Der erste Punkt forderte die Unterstützung des „Proletariats und der arbeitenden Massen“ Polens und Litauens bei der Befreiung von der „Bourgeoisie und den *pomeščiki* (dem Adel)“, während der zweite Punkt aufzeigte, wie man dieses Ziel anstrebte: alle Kräfte für die Intensivierung und Beschleunigung der Offensive der Roten Armee gegen Polen aufzubieten. In einer handschriftlichen Anmerkung setzte Lenin das Pünktchen auf das i: „*CeKa rekomenduet pomoč' sozdaniju sovetskich vlastej v Pol'se i pomoč' im*“ [Das Zentralkomitee empfiehlt, bei der Einrichtung von Machtorganen nach sowjetischem Muster in Polen zu helfen und sie zu unterstützen]. In Punkt vier wiederholte er die bereits gegenüber Unšlicht geäußerte Idee einer „feierlichen und offiziellen Zusicherung“ an das polnische Volk, dass Sowjetrussland ihm eine günstigere Grenze als die von England angebotene garantieren würde. Im sechsten

156 RGVA, Fonds 104, op. 1, d. 8 s., Bl. 5 – Antwort Unšlichts vom 15.7.1920 auf Lenins Telegramm.

Punkt lehnte er die Vermittlung Englands bei möglichen Friedensverhandlungen mit Polen und den anderen Nachbarn Russlands vollständig ab, während er im siebten Punkt eine „feierliche Erklärung“ erwähnte, dass Sowjetrussland solche Gespräche aufnehmen würde, wenn Polen um Friedensgespräche bäte. Nur dieser letzte Punkt könnte als (minimale) Abweichung von den Vorschlägen in der britischen Note interpretiert werden. Alle übrigen Leitlinien für das Plenum liefen auf eine scharfe, fast offensichtliche Ablehnung der Note von Curzon vom 11. Juli hinaus¹⁵⁷. Das Plenum des Zentralkomitees vom 16. Juli nahm wörtlich alle Hauptpunkte von Lenins oben zitierten Thesen an, einschließlich der ersten Punkte und der Bemerkung über die Empfehlung des Zentralkomitees zur Schaffung von Organen nach sowjetischem Muster in Polen. Die von Trockij und Čičerin geäußerten Zweifel wurden beiseitegeschoben. Sowjetrussland beschloss, die Entente herauszufordern. Es bestand jedoch die Hoffnung, dass die andere Seite, d. h. vor allem England, die Herausforderung nicht annehmen würde, sondern sich sowohl mit der Ablehnung des Projekts der Londoner Konferenz als auch mit der realen Preisgabe der Unabhängigkeit des „bürgerlichen“ Polens abfinden und dennoch die im Mai begonnenen Gespräche fortsetzen würde. Das Plenum beauftragte Čičerin, eine Antwort auf Curzons Note zu verfassen, während Trockij eine Proklamation an „die Arbeiter, Bauern und alle ehrlichen Bürger der SFSR und der Sowjetukraine“ über die Ablehnung der englischen Vermittlung vorbereiten sollte¹⁵⁸.

Das Schreiben, das Čičerin am 17. Juli im Namen der Regierung der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik (RSFSR) an die britische Regierung schickte, war voller Ironie und Häme gegenüber den Empfängern. Čičerin beklagte, dass London erst jetzt den Frieden in Osteuropa wolle, und stellte in Frage, ob die britische Regierung, die sich bis vor kurzem selbst als aktiver Gegner Sowjetrusslands bezeichnet hatte, als unparteiischer Vermittler zwischen Moskau und Warschau auftreten könne. Nur ein direktes polnisches Ersuchen um Waffenstillstand und Frieden, das an Moskau gerichtet wäre, könne einen Durchbruch herbeiführen. Die sowjetische Note versicherte erneut die friedlichen Absichten gegenüber den Polen und kündigte – unter direkter Bezugnahme auf die Curzon-Linie – an, dass Moskau Polen günstigere Grenzen anbieten könne. Etwas unheilvoll wurde diese Zusiche-

157 Proekt tezisov k Plenumu CK RKP(b), 16.7.1920, in: V. I. Lenin. Neizvestnye dokumenty 1891–1922, hg. v. J. N. Amiantov u. a., Moskva 1999, S. 354–356.

158 RGVA, Fonds 104, op. 1, d. 8 s., Bl. 17–20 – Postanovlenija Plenuma CK po povodu noty Kerzona ot 16 Ijulja 20 g. (Auszug aus dem Protokoll für den Politikommissar der Westfront Ivars Smilga); Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Socjal'no-Političeskoj Istorii [im Folgenden: RGASPI], Moskva, Fonds 17, op. 2 (Sitzungsprotokolle des Plenums des ZK RKP(b), d. 31 (Protokoll der Sitzung vom 16.7.1920), Bl. 1–2 (Postanovlenie Plenuma ot 16 Ijulja 20 g.). Protokoll des Plenums vom 16.7. (ohne Thesen und Übersicht über die Beschlüsse) vom 16.7., veröffentlicht in: Izvestija CK KPSS (1991), Nr. 1, S. 121–122.

rung jedoch von den Worten begleitet, dass „Sowjetrußland im Allgemeinen bereit ist, den Interessen und Wünschen des polnischen Volkes in Bezug auf die Friedensbedingungen in dem Maße entgegenzukommen, wie das polnische Volk einen Weg einschlägt, der eine solide Grundlage für praktische brüderliche Beziehungen zwischen den arbeitenden Massen Polens, Russlands, der Ukraine, Weißrusslands und Litauens schafft und eine Garantie dafür bietet, dass Polen aufhört, ein Instrument der Aggression und Intrige gegen die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands und anderer Nationen zu sein“¹⁵⁹. Wenn man diese Passage liest, muss man zugeben, dass Čičerin in seiner Notiz seine Absicht, Polen zu sowjetisieren, nicht besonders tief verbirgt. Sie konnte nur von jemandem übersehen werden, der sie nicht lesen wollte. Die Sowjets lehnten die Idee einer Konferenz in London, an der die an Russland angrenzenden Länder teilnehmen sollten, eindeutig ab und stellten ironisch fest, dass die britische Regierung offenbar nicht gut informiert sei, da Moskau bereits ohne Vermittlung Frieden mit seinen Nachbarn geschlossen habe: mit Estland, Georgien und Litauen, und die Friedensgespräche mit Lettland und Finnland im Gange seien. Sie boten General Wrangel' und seinen Truppen „persönliche Sicherheit“ an, verlangten ihre sofortige Kapitulation und wiesen alle möglichen Versuche Londons zurück, in der Krim-Frage weiter zu intervenieren. Während die Sowjets die Idee einer Londoner Konferenz mit den „kleinen Staaten“ sowie den Gedanken an eine britische (geschweige denn eine internationale, unter der Schirmherrschaft des Völkerbundes stehende) Vermittlung im sowjetisch-polnischen Konflikt ablehnten, schlugen sie in der Note Čičerins gleichzeitig eine Rückkehr zu den Ende Mai begonnenen bilateralen Gesprächen mit England vor.

159 Note Čičerins an Curzon vom 17.7.1920, in: Dokumenty vnešnej politiki..., Bd. 3, S. 51 (die ganze Note: S. 47–53).

5 Frieden um jeden (polnischen) Preis

Die sowjetische Note war zweifellos ein Schlag ins Gesicht für die diplomatische Initiative von Lloyd George. Der britische Premierminister war jedoch bereit, auch die andere Wange hinzuhalten, um das Konzept eines Abkommens mit Sowjetrussland zu retten. Wie Lord Riddell, der ihn am 18. Juli auf das Landgut Cobham begleitete, in seinem Tagebuch vermerkte, sah der Premierminister in Erwartung einer Antwort aus Moskau aus „wie ein Liebhaber, der auf ein Telegramm wartet“ (*as a lover awaiting a telegram*). Noch am selben Tag, um halb elf Uhr abends, erfuhr der Premierminister telefonisch den Inhalt der Čičerin-Note. Er beschloss, diesen als „nicht unangemessen“ (*not unreasonable*) zu betrachten und weiter zu verhandeln¹⁶⁰. Am folgenden Tag wies er Horace Rumbold, den britischen Gesandten in Warschau, an, den polnischen Ministerpräsidenten über die sowjetische Note zu informieren. Rumbold sollte der polnischen Regierung sofort mitteilen, dass sie unverzüglich ein förmliches Ersuchen an Moskau und die Führung der Roten Armee um Frieden und einen sofortigen Waffenstillstand richten sollte¹⁶¹.

Obwohl ihm die Sowjets in der Note Čičerins vom 17. Juli das Recht auf diese Rolle praktisch abgesprochen hatten, beschloss Lloyd George, weiterhin als Vermittler im sowjetisch-polnischen Konflikt aufzutreten. Er konnte jedoch nicht mehr als ein Exponent der sowjetischen Forderungen an Polen sein. Auf einer Sitzung seines Kabinetts am 20. Juli überzeugte er seine Kollegen davon, dass die Alternative zur Fortsetzung der Gespräche mit Moskau die Eingliederung Polens in Sowjetrussland sei – „dies könnte ein Vorspiel für die Vereinigung des letzteren mit den bolschewistischen Elementen in Deutschland und den Aufschub eines europäischen Friedens sein“.¹⁶² Zwei Elemente sind in dieser Formel erwähnenswert. Erstens, als eine Bedrohung, der entgegengetreten werden sollte, verwies der britische Premierminister ausschließlich auf die „Absorption“ Polens – er sprach von einer Situation, „wenn es verschwinden und von Sowjetrussland absorbiert werden würde“¹⁶³. Dies deutete darauf hin, dass selbst eine rein formale Trennung Polens von seinem großen östlichen Nachbarn für die britische Regierung bereits ausreichen könnte, um die neue Lage im Osten zu akzeptieren. Zweitens: Selbst wenn Polen gänzlich „verschwinden“ sollte, würde dies für Lloyd George nur eine

160 Lord Riddell's *Intimate Diary of The Peace Conference and After 1918–1923*, London 1933, S. 220–221 (Eintrag vom 18.7.1920).

161 Depesche Curzons an Rumbold vom 19.7.1920, in: DBFP, First series, vol. XI, S. 388.

162 „This might be a prelude to the union of the latter [the Soviet Russia] with the Bolshevik elements in Germany and the postponement of European peace“. NA, CAB 23/22 (7.7. – 28.10.20) – Conclusion of a Meeting of the Cabinet, 20.7.1920.

163 „[...] if she disappeared and were absorbed in Soviet Russia“. Ebd.

vorübergehende Verschiebung (*postponement*) des allgemeinen Friedens bedeuten. Ein solcher allgemeiner Frieden, auf dessen Stabilisierung es dem britischen Premierministers ankam, wäre nur durch den Zusammenschluss von Sowjetrussland mit dem kommunistischen Deutschland ausgeschlossen. Polen könnte somit verschwinden, und London hätte es geschluckt, solange Sowjetrussland seinen Appetit auf eine geopolitische Revision in Europa auf das Land an der Weichsel beschränkte.

Lloyd George und seine Kollegen wollten durch eine Sondermission, deren Entsendung nach Warschau vom Kabinett in seiner Sitzung vom 20. Juli gebilligt worden war, in Erfahrung bringen, ob Polen dem Untergang geweiht war oder ob es noch möglich war, seine Unabhängigkeit in Osteuropa zu wahren. Nach den bereits von Lloyd George und Millerand in Spa getroffenen Vorabgesprächen sollte die gemeinsame französisch-britische Mission die Möglichkeiten für eine Hilfeleistung an Polen prüfen. Während für die französische Seite die wichtigste Person dieser Mission General Maxime Weygand war, der tatsächlich dazu beitragen sollte, die Arbeit des polnischen Generalstabs zu verbessern, war die Schlüsselfigur für Lloyd George nicht der formelle Mitleiter der Mission, Lord Edgar d'Abernon, sondern der vertraute Sekretär des britischen Kabinetts, Sir Maurice Hankey, der Polen äußerst feindlich gesinnt war und der Argumente für die politische Linie seines Vorgesetzten mitbringen sollte¹⁶⁴.

Auf seiner Sitzung am 20. Juli billigte das Kabinett auch eine Antwort auf die Čičerin-Note. Wie vom Premierminister vorgeschlagen, sollten kontroverse Themen vermieden werden. Die britische Regierung erklärte, dass die gerade von Čičerin abgelehnte Idee einer Konferenz in London unter Beteiligung Sowjetrusslands und der Grenzstaaten von geringer Bedeutung sei. Der Kern des britischen Vorschlags war, wie das Foreign Office nun erklärte, „dass [die Londoner Konferenz] Sowjetrussland in offizielle Beziehungen mit der Friedenskonferenz einbinden und so den Weg für ein besseres Verständnis zwischen Russland und der Außenwelt ebnen würde“¹⁶⁵. Die Briten drückten ihre Genugtuung darüber aus, dass Sowjetrussland bereit war, direkt mit Polen zu verhandeln, und betonten, dass die polnische Regierung „soeben von den alliierten Mächten gedrängt wurde, sofort

164 Zur antipolnischen Einstellung Hankeys im Juli 1920 siehe u. a. Debo, *Survival*, S. 225–226; vgl. auch: Norman Davies, *Sir Maurice Hankey and the Inter-Allied Mission to Poland, July – August 1920*, in: *The Historical Journal* 15 (1972), No. 3, S. 553–561; siehe die komplett andere Auffassung von der Mission bei: F. Russell Bryant, *Lord D'Abernon, the Anglo-French Mission, and the Battle of Warsaw, 1920*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 38 (1990), H. 4, S. 526–547.

165 „That it [the conference in London] would bring Russia into relations with the Peace Conference and so pave the way to a better understanding between Russia and the outer world“. Zit. nach: DBFP, vol. VIII, S. 649–650 (Telegramm Curzons an Čičerin, 20.7.1920).

Gespräche über einen Waffenstillstand und Frieden [mit Moskau] aufzunehmen¹⁶⁶. Darüber hinaus bekräftigten sie in ihrer Note lediglich, dass die Rote Armee ihre Offensive an der ethnographischen Grenze Polens einstellen solle und dass erst dann, wenn die britische Regierung davon überzeugt sei, dass Sowjetrussland nicht in Polen einmarschiere, die Handelsverhandlungen wieder aufgenommen werden könnten – mit Kamenev und Krasin als ihren Vertretern.

Nur fünf Tage später werden, wenn die neue Note von Čičerin (vom 23. Juli) in London eintrifft, diese Zweifel ausgeräumt sein. Schließlich hatte Lloyd George beschlossen, die Gespräche mit Sowjetrussland fortzusetzen – als ob es keinen Einmarsch in Polen gegeben hätte. Russland hingegen nahm das Spiel auf, als habe es nicht die Absicht, Polen zu sowjetisieren. In einer weiteren Note übermittelte Čičerin die Zustimmung Moskaus, dass seine Vertreter an der Londoner Konferenz teilnehmen würden. Es sollte eine Konferenz nur der Großmächte sein, ohne Beteiligung der „kleinen Staaten“. Auf dieser Konferenz sollte schließlich die Frage eines endgültigen Friedens erörtert werden. Ein britischer Zerstörer fuhr nach Reval, um Kamenev und Krasin zu holen. Die Gespräche konnten formal wiederaufgenommen werden¹⁶⁷.

Der dieser politischen Linie kritisch gegenüberstehende Winston Churchill kommentierte ihre Annahme und Durchsetzung durch den britischen Premierminister und seinen Sekretär mit Worten, die wert sind, dass man sich an sie erinnert (insbesondere in den Ohren des späteren Teilnehmers der Konferenzen von Teheran, Moskau, Jalta und Potsdam): „Sie [Lloyd George und Kerr] formulieren Pläne, die das Leben von Millionen von Menschen beeinflussen und das Schicksal der Welt, und all das geschieht hinter den Kulissen“¹⁶⁸.

Sowjetrussland hatte jedoch einen – nicht moralischen, sondern realen – Vorteil gegenüber der Politik von Lloyd George. Denn es war darauf vorbereitet, dass das Leben von Millionen seiner eigenen Bürger aufs Spiel zu setzen, und nicht nur in einem ausgeklügelten Kabinettsenspiel Millionen von Bewohnern anderer ferner Länder zu opfern, um die eigenen zu retten. Die Entscheidung war bereits am 16. Juli auf einer Sitzung des Zentralkomitees getroffen worden, die von vorherigen Konsultationen der Mitglieder der Parteiführung vorbereitet worden war. Ja, be-

166 „[The Polish Government] have been urged by the Allies immediately to initiate negotiations for armistice and for peace“. Zit. nach: DBFP, vol. VIII, S. 649–650 (Telegramm Curzons an Čičerin, 20.7.1920).

167 Siehe Čičerins Note an Curzon vom 23.7.1920, in: Dokumenty vnešnej..., Bd. 3, S. 61–62; die britische Antwort vom 26.7.1920, in: DBFP, vol. VIII, S. 662.

168 „They [Lloyd George and Kerr] are formulating schemes which affect the lives of millions and the decisions of the world, and all this is done behind the scenes“. Zit. nach: Lord Riddell's Intimate Diary, S. 223 (Aufzeichnung vom 22.7.1920).

vor die Entscheidung getroffen wurde, kam es zu Differenzen, insbesondere zwischen Trockij, der gegen die Ablehnung der Curzon-Note war, und Bucharin und Zinov'ev, die am meisten von der neuen Offensive begeistert waren¹⁶⁹. Aber nach dem 16. Juli waren alle an diese eine Entscheidung gebunden: Die Rote Armee sollte die Curzon-Linie überschreiten, Polen sollte sowjetisiert werden.

Trockij teilte dies den politischen Kommissaren der beiden auf Polen vorrückenden Fronten (der südwestlichen – Stalin – und der westlichen – Ivars Smilga) in einer Depesche vom 17. Juli unmissverständlich mit: „Curzons Vermittlungsversuch, die Tatsache zu verschleiern, dass die Entente neue Anstrengungen gegen uns unternimmt, wurde zurückgewiesen. [...] Aus der allgemeinen Situation sowie aus den getroffenen Entscheidungen ergeben sich für uns folgende Aufgaben: 1. den Truppen der Westfront und der Südwestfront die Bedeutung des politischen Manövers und den kritischen Charakter des gegenwärtigen Augenblicks zu erklären. Daher ist es notwendig, den Druck nicht zu vermindern, sondern zu verstärken, um das Polen der Weißgardisten so schnell wie möglich zu zerschlagen und den polnischen Arbeitern und Bauern bei der Schaffung eines Sowjetpolens zu helfen“. Verbrüderung mit polnischen Arbeitern und Bauern sowie Intensivierung der Agitation in polnischer Sprache, einschließlich der „Popularisierung der Namen und Biographien der bekanntesten polnischen Kommunisten (Genossen Feliks Dzierżyński, Julian Marchlewski, Karol Radek, Józef Unszlicht und andere)“. – Dies sind einige der politischen Maßnahmen, die der Vorsitzende des Militärisch-Revolutionären Rates der Sowjetrepublik gemäß den Direktiven des Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (RKP(b)) beschloss, das am 17. Juli über die Möglichkeiten der Umsetzung des Grundsatzbeschlusses vom Vortag debattiert hatte¹⁷⁰.

Die militärischen Direktiven, die sich aus der Ablehnung von Curzons Note ergaben, wurden vom Oberbefehlshaber der Roten Armee Sergej Kamenev in seinen Befehlen vom 20. und 23. Juli an die Befehlshaber der Westfront und der Südwestfront präzisiert. In dem ersten befahl Kamenev, „die energische Entwicklung der Operationen [...] fortzusetzen, ohne sie durch die in der Note von Lord Curzon an-

169 Auf seiner Sitzung vom 31. Juli 1920 ermahnte das Politbüro Čičerin wegen seiner Offenlegung der Differenzen innerhalb der Parteiführung im Schriftverkehr mit anderen Mitgliedern des Kollegiums des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten – siehe RGASPI, Fonds 17, op. 3 (Protokolle der Sitzungen des Politbüros), d. 99 (Protokolle der Sitzung vom 31.7.1920), Bl. 2.

170 RGVA, Fonds 104, op. 1, d. 8 s., Bl. 19 (Telegramm Trockij's an Stalin und Smilga vom 17.7.1920); zur Entscheidung des Plenums der ZK der RKP(b) vom 17.7.1920 u. a. hinsichtlich der Veröffentlichung von Porträts der „polnischen Genossen“ siehe M. I. Truš, *Meždunarodnaja dejatel'nost' V. I. Lenina. Zaščita zavoevanij socialističeskoj revoljucii 1919–1920*, Moskva 1988, S. 272; siehe V. I. Lenin, PSS, Bd. 51, S. 242.

gegebene Grenze zu begrenzen“; in dem zweiten ordnete er die Einnahme von Warschau „spätestens am 12. August“ an¹⁷¹.

Lenin hatte gerade (am 23. Juli) eine Sitzung des Zweiten Kongresses der Dritten Internationale in Moskau eröffnet (der Kongress hatte – ebenfalls unter Beteiligung Lenins – am 19. Juli in Petrograd begonnen). Die Dritte Internationale war nicht länger eine fiktive Organisation wie noch sechzehn Monate zuvor auf ihrem ersten Kongress. An dem Treffen nahmen 217 Delegierte von 67 kommunistischen Organisationen aus 41 Ländern teil. Im Sitzungssaal des Großen Kremlpalastes herrschte Begeisterung. Auf einer großen Karte, die die Frontlinie im polnisch-sowjetischen Krieg zeigte, wurden rote Fähnchen befestigt, die die Fortschritte der Offensive der Roten Armee ins Zentrum Europas vermerkten.

Am selben Tag billigte Lenin auf einer Sitzung des Politbüros die Antwort Čičerins auf Curzons Vorschlag, Waffenstillstandsgespräche mit den Polen aufzunehmen, und schlug gleichzeitig die Teilnahme der Sowjets an der Konferenz der Mächte in London vor. Die Stimmung des Augenblicks und die wesentliche Richtung der russischen Politik zu dieser Zeit spiegelt jedoch viel besser ein Telegramm wider, das Lenin (ebenfalls am 23. Juli) an Stalin schickte, der beim Stab der Südwestfront in Charkov stationiert war. Lenin schrieb: „Die Lage in der Komintern ist ausgezeichnet. Zinov’ev, Bucharin und ich selbst sind der Meinung, dass es notwendig wäre, die Revolution in Italien so schnell wie möglich in Gang zu bringen. Meiner Meinung nach ist es zu diesem Zweck notwendig, Ungarn und vielleicht auch die Tschechoslowakei und Rumänien zu sowjetisieren“. Am nächsten Tag meldete Stalin, dass er den Befehl gegeben habe, Lemberg bis zum 13. August zu besetzen. Lenins Fragen zu den Aussichten der Revolution beantwortete er mit nicht weniger Begeisterung: „Jetzt, wo wir die Komintern, ein besiegtes Polen und eine etwas leistungsfähigere Rote Armee haben, wo – auf der anderen Seite – die Entente eine Atempause für Polen sucht [...] – in einem solchen Moment und mit solchen Aussichten wäre es eine Sünde, die Revolution in Italien nicht zu stimulieren. [...] Es ist notwendig, die Frage der Organisierung eines Aufstandes in Italien und in den noch nicht erschütterten Staaten wie Ungarn und Tschechoslowakei zu stellen (Rumänien wird zerschlagen werden müssen). [...] Kurz gesagt: Man muss den Anker zu lichten und aufbrechen, solange der Imperialismus noch keine Zeit hatte, seinen bröckelnden Karren zu reparieren“¹⁷².

171 RGVA, Fonds 104, op. 15 (Upravlenie armijami Zapadnogo Fronta), d. 15 s. (23.6. – 23.7.1920), Bl. 165 (S. Kamenev an die Kommandeure der West- und der Südwestfront sowie den Kommandanten der 7. Armee (20.7.1920) und Bl. 168 (S. Kamenev an den Kommandeur der Westfront vom 23.7.1920).

172 Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty, Moskva 1998, S. 186 (Telegramm Lenins an Stalin, 23.7.1920); Bol’shevistskoe rukovodstvo..., S. 145 (Telegramm Stalins an Lenin, 24.7.1920);

Obwohl die Londoner Gespräche vorsichtshalber fortgesetzt werden sollten, ging Sowjetrussland zweifellos das Risiko ein, das Versailler System zu sprengen. Das britische Projekt, dieses System durch die Hinzufügung des neuen Russlands zu korrigieren, wurde abgelehnt. Lloyd George gab jedoch die Hoffnung nicht auf, dass es nicht nur gerettet werden könnte, sondern auch, dass es auf dem besten Weg zur baldigen Verwirklichung war.

Bei einem Treffen mit seinen Ministern am 26. Juli kündigte er an, dass er am nächsten Tag nach Boulogne fahren würde, um die französischen Verbündeten von der Idee von Friedensgesprächen mit der bolschewistischen Delegation zu überzeugen. Am selben Tag warnte die „Times“ vor den Folgen dieser Politik – katastrophalen für Polen, aber auch riskanten für den Rest Europas. Die Bol'seviki wollen Polen sowjetisieren – so viel ist klar, sagte der Kommentator der „Times“ und untermauerte seine These mit dem Inhalt von Trockijs jüngster Rede vor Moskauer Eisenbahnern, in der sich der Chef der Roten Armee rühmte, dass „Polen bald aufhören wird, ein Puffer (zwischen Deutschland und Russland) zu sein, und eine rote Brücke für die soziale Revolution in ganz Westeuropa werden wird“¹⁷³. Zwei Tage später brachte Winston Churchill (in den „Evening News“) seine einsame, ohnmächtige Ablehnung der Politik des Premierministers zum Ausdruck, ebenfalls in einem Presseartikel. In einem Text mit dem Titel „The Poison Peril from the East“ (Die Giftgefahr aus dem Osten) bezeichnete der Kriegsminister Polen als den Dreh- und Angelpunkt (*lynch-pin*) des Versailler Systems. Wenn Polen von den Bol'seviki geschluckt würde, würde das ganze System zusammenbrechen. Churchill glaubte jedoch nicht an die Möglichkeit, Polen mit den Kräften der ehemaligen Entente zu retten – er war sich der Unpopularität der Vorstellung von jeglicher, insbesondere bewaffneter, Unterstützung in einer von der Labour-Propaganda manipulierten britischen Gesellschaft bewusst. Er schlug vor, dass Polen vor dem bolschewistischen Russland durch ... Deutschland gerettet werden sollte¹⁷⁴.

Das war es, was Frankreich am meisten fürchtete – und diese Angst lähmte die Möglichkeit, dass Paris eine mutigere Politik gegenüber dem bedrohten Polen verfolgte. Dies bedeutete jedoch nicht, dass Ministerpräsident Millerand bereit war, die von Lloyd George vorgegebene politische Linie zu akzeptieren. Bei einem Treffen in Boulogne am 27. und 28. Juli widerstand Millerand dem Druck, den der

RGASPI, Fonds 17, op. 3 (Sitzungsprotokolle des Politbüros), d. 96 (Protokoll der Sitzung vom 23.7.1920), Bl. 2 (Anweisung für Čičerin bezüglich der Verhandlungen mit Polen und England).

173 „Poland would soon cease to be a buffer [between Germany and Russia] and would become a Red bridge of Social Revolution for the whole of Western Europe“. The Polish Crisis, in: „Times“ vom 26.7.1920; siehe auch NA, CAB 23/22 (7.7. – 28.10.20) – Conference of Ministers, 26.7.1920.

174 W. Churchill, The Poison Peril from the East, in: „Evening News“ vom 28.7.1920.

britische Premierminister und der italienische Außenminister Graf Carlo Sforza, den jener für seine Ideen gewonnen hatte, auf ihn ausübten. Er argumentierte, dass die Notizen Čičerins eindeutig auf die Absicht Moskaus hinwiesen, Polen zu sowjetisieren. Lloyd George bestand jedoch darauf, „den Bolschewiken eine Chance zu geben“ – eine Chance, die Entente von ihren „guten Absichten“ gegenüber Polen zu überzeugen. Er appellierte an den französischen Ministerpräsidenten, die Möglichkeit seiner Teilnahme an der in London geplanten großen „Friedens“-Konferenz nicht abzulehnen: denn wer würde die polnischen Interessen verteidigen, wenn Frankreich nicht mit Kamenev an einem Tisch sitzt? – fragte er in seiner charakteristischen rhetorischen Formulierung. Millerand hatte jedoch keine Zweifel: die Londoner Konferenz, würde, wenn es denn so wäre, letztlich dazu dienen, die Aufgabe Polens durch seine westlichen Verbündeten zu rechtfertigen. Deshalb nahm er seinem britischen Kollegen die Verpflichtung ab, dass, wenn es überhaupt eine Konferenz in London geben sollte, dann nur mit polnischen Teilnehmern. Die Kluft zwischen London und Paris in der Frage der Krise der polnischen Souveränität weitete sich sehr schnell aus¹⁷⁵.

Frankreich hatte Polen nicht viel zu bieten. Der Unterschied in der Haltung gegenüber der polnischen Krise zwischen London und Paris war ja an der Weichsel deutlich spürbar. Dies zeigte sich beispielsweise an der Tätigkeit der britischen und französischen Mitglieder des Interalliierten Ausschusses, die aufgrund des Beschlusses vom 21. Juli nach Warschau entsandt worden waren. General Maxime Weygand, gefolgt von Hunderten französischer Offiziere, unterstützte die Mobilisierung der polnischen Truppen für einen wirksamen Widerstand gegen die Offensive der Roten Armee. Unabhängig von den sinnlosen Streitigkeiten – die eher von Piłsudskis polnischen Gegnern als von Weygand selbst angefacht wurden – über die Urheberschaft des Sieges in der Schlacht von Warschau, bestand kein Zweifel daran, dass die bloße Anwesenheit einer großen Gruppe französischer Offiziere für die polnischen Reihen zumindest beruhigend war; man konnte zumindest den Eindruck gewinnen, dass Polen nicht völlig aufgegeben worden war. Der britische Teil der Mission spielte eine ganz andere Rolle, worüber ich im nächsten Teil dieses Buches mehr schreiben werde. Millerand kritisierte die Weigerung, eine angemessene Gruppe von zwei- bis dreitausend britischen Offizieren nach Polen zu entsenden, und stellte am 1. August fest, dass der britische Teil der Mission durch diese Entscheidung praktisch keine Stimme mehr in Warschau hatte¹⁷⁶.

¹⁷⁵ Vgl. DDF, Annexes, 1920–1921, S. 423–433 (Boulogne, 27.–28.7.1920); DBFP, vol. VIII, S. 649–668 (Boulogne, 27.–28.7.1920).

¹⁷⁶ DDF, 1920, Bd. 2 (19 mai – 23 septembre), hg. v. J. Bariéty et al., Paris 1999, S. 353.

Die Stimme des britischen Teils der Mission wurde jedoch in London gut gehört. Sir Maurice Hankey, der britische Kabinettssekretär, kehrte bereits in den ersten Augusttagen aus Warschau zurück und legte dem Premierminister einen ausführlichen Bericht vor. Der erste Teil dieses Berichts, schockierend in seiner Ignoranz und sehr feindselig gegenüber Polen, wurde in einem Band mit britischen außenpolitischen Dokumenten veröffentlicht. Die anderen Teile (vom zweiten bis zum fünften) blieben unveröffentlicht. Aber sie hätten es werden sollen, da sie die Tendenzen der britischen Politik gegenüber der bedrohten Unabhängigkeit Polens in einem klaren, ja grellen Licht zeigen. Im zweiten Teil des Berichts bezog sich Hankey auf ein Gespräch, das er mit Präsident Tomáš Masaryk in Prag auf dem Weg nach Warschau geführt hatte und in dem dieser seine tiefe Überzeugung von der Unvermeidlichkeit des militärischen Zusammenbruchs Polens zum Ausdruck gebracht haben soll. Im dritten Teil wird die Aufmerksamkeit auf ein kuriozes Porträt von Piłsudski gelenkt, das von seinem britischen Besucher gezeichnet wurde: „Er ist groß, um die Schultern herum aber so stark gebeugt, dass er fast den Eindruck eines Buckeligen macht. [...] Sein Gesichtsausdruck ist der einer Leiche, mit tiefliegenden Augen. [Er ist ein gebürtiger österreichischer Pole [aus dem österreichischen Teilungsgebiet]. [...] Ich glaube, er war im Gefängnis in Österreich, als der Krieg [der Erste Weltkrieg] ausbrach. Politisch ist er ein Sozialist. Ein stellvertretender Minister sagte mir, dass P.[i]łsudski ein Freund von Lenin war [...]“¹⁷⁷ – und so weiter und so fort. Der vierte Teil enthält extrem pessimistische Kommentare zur Situation an der Front. Die wichtigsten sind jedoch die auf den 3. August datierten und auf dem Rückweg durch Deutschland durchgestrichenen abschließenden Bemerkungen in Teil fünf des Berichts, die Hankey unmittelbar nach seiner Ankunft in London seinem Chef präsentierte. „Das Fortbestehen Polens zwischen Deutschland auf der einen und Russland auf der anderen Seite ist höchst problematisch, selbst wenn es die derzeitige Krise übersteht“, so der britische Kabinettsminister abschließend. Und er formulierte eine endgültige Schlussfolgerung: „Wir sollten uns von allen militärischen Aufgaben in Polen zurückziehen und es Mittel- und Osteuropa überlassen, sein Schicksal ohne unsere Einmischung selbst in die Hand zu nehmen [...]. Es ist wahrscheinlich zu spät, Deutschland als militärisches Bollwerk gegen Russland einzusetzen. Eine weitsichtigere Politik wäre es vielmehr, Deutschland als Brücke zu benutzen, über die im

177 „He is tall, but stoops so much about the shoulders as almost to have the appearance of a hunchback. [...] His face is cadaverous with deepset eyes [...] He is by origin an Austrian Pole [...] I believe he was in prison in Austria when the war broke out. Politically he is a Socialist. One of the junior ministers told me that P. had been a friend of Lenin“. NA, CAB 21/180, Mission to Poland – Personal Report by Sir M. Hankey on His Visit to Warsaw [July – August 1920].

Laufe der Jahre britisches Kapital nach Russland eingeführt und normale Beziehungen wiederhergestellt werden könnten¹⁷⁸.

Der offizielle Leiter des britischen Teils der alliierten Mission in Warschau, Lord d'Abernon, beharrte zwar darauf, dass seine Haltung gegenüber Polen „freundlicher“ sei (*more friendly*), erklärte aber in einem Schreiben an Hankey, in dem er seinen Bericht kommentierte, dass: „Wenn eine günstige Vereinbarung mit Deutschland getroffen werden kann, würde ich das auf jeden Fall befürworten. Was in der ganzen Situation Mitteleuropas wirklich wichtig ist, ist ein starkes Deutschland, das sich gegen die Bolschewiken stellt und uns nicht feindlich gegenübersteht“¹⁷⁹. Berühmt für seinen Bericht über die „18. Entscheidungsschlacht der Weltgeschichte“ (wie er die Schlacht von Warschau im August 1920 nannte), der Jahre später veröffentlicht wurde, hat Lord d'Abernon ihn von den kritischsten Äußerungen gegen die Polen „gesäubert“, die sein im Juli/August 1920 verfasster Bericht an London und die dazugehörige Korrespondenz noch enthielten. Als Beispiel möchte ich den Brief von d'Abernon an Hankey vom 9. August 1920 anführen, in dem der Absender erklärt, dass, wenn die Polen nicht wie ägyptische Fellachen behandelt würden und man keine „europäischen“ Aufseher über sie in jeder Abteilung der Verwaltung einsetze, sie niemals dazu in der Lage sein würden, ein funktionierendes Land aufzubauen: „Sie müssen Vernunft und Stetigkeit annehmen“ (*They must borrow brains and stability*)¹⁸⁰. Die Haltung des britischen Leiters der alliierten Mission zu Polen als eine Art Leerstelle, die von den europäischen Herren der „Zivilisation“ frei gestaltet oder genutzt werden konnte, kommt in der Zusammenfassung seines Berichts an Lord Curzon noch deutlicher zum Ausdruck. Es lohnt sich, diese Schlussfolgerung zu zitieren, die in ihrer Kühnheit phänomenal ist: „Polen ist natürlich das ideale Land, um Kriege zu führen. Ich kenne keinen europäischen General, insbesondere keinen Kavalleriegeneral, dem nicht beim Gedanken es [als Kriegsschauplatz] in Betracht zu ziehen, das Wasser im Munde zusammengelaufen wäre. [...] Es scheint mir in der Tat, dass der Völkerbund in sei-

178 „The continued existence of Poland between Germany on the one hand and Russia on the other is very problematical, even if she survives the present crisis [...]. We should pull out of all military responsibilities in Poland and leave Central and eastern Europe to work out its own fate without our intervention [...]. It is probably too late to use Germany as a military barrier against Russia. A more far-sighted policy would be to [...] use Germany as the bridge by which in the course of years British capital may be introduced to Russia and normal relations be restored.“
Ebd.

179 „If a good bargain could be made with the Germans I should certainly be inclined to make it. The really important point in the whole Central Europe situation is to have German force enrolled against Bolshevism, and not unfriendly relations with it“. NA, CAB 21/180, Mission to Poland – D'Abernon to Hankey, 12.8.1920.

180 NA, CAB 21/180, Mission to Poland – d'Abernon to Hankey, 9.8.1920.

ner jetzigen Form zwar nicht ganz reüssieren wird, dass es aber möglich sein könnte, durch eine geringfügige Änderung seines gegenwärtigen Statuts Polen als Schauplatz für die Beilegung von Konflikten zu etablieren, indem [auf seinem Territorium] Stellvertreterkämpfe von ausgewählten Truppen der Konfliktländer ausgetragen werden“¹⁸¹. Polen ist, wie das Land von König Ubu, gut für die Durchführung von europäischen Kriegsturnieren auf seinem Territorium... Das war die Ansicht eines britischen Gentleman, ehemals Aufseher über die ägyptischen Finanzen, der im Sommer 1920 von seinem Premierminister abkommandiert wurde, um andere, diesmal osteuropäische, Barbaren zu beaufsichtigen. Allerdings war d’Abernon zu diesem Zeitpunkt auch Diplomat, und so präsentierte er in Briefen und Berichten nach London nicht nur seine phantasievollen Vorstellungen von Kavallerieturnieren an der Weichsel, sondern auch konkrete politische Schlussfolgerungen. Er unterschied sich von Lloyd George und Hankey und stand Churchill in seiner Überzeugung näher, dass Deutschland – nach dem Fall Polens – als Barriere Europas gegen das bolschewistische Russland genutzt werden sollte. D’Abernon wollte den Bolschewismus bekämpfen, ihn militärisch stoppen. Der britische Premierminister und sein Kabinettssekretär gingen hingegen davon aus, dass nach dem unvermeidlichen Fall Polens Deutschland nicht nur ein Bollwerk, sondern auch eine Brücke werden sollte, die Westeuropa (insbesondere Großbritannien) mit Sowjetrußland im Rahmen einer erneuerten Mission für Stabilität und Handel verbände.

Das polnische Problem stand dieser Wiederherstellung der „europäischen Ordnung“ jedoch noch im Wege. Um das Problem zu lösen, versuchte Lloyd George, die Polen zu zwingen, so schnell wie möglich bilaterale Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland aufzunehmen oder zumindest zu beweisen, dass die sowjetische Seite nicht für die Verzögerung verantwortlich war – und somit auch nicht die Schuld an der Verlängerung des Krieges trug. In einem solchen Arrangement hätte der britische Premierminister weiterhin auf die begehrte Londoner Konferenz drängen können, ohne einen völligen Bruch mit Frankreich zu riskieren. Die Geschichte des britischen Drucks auf Warschau bezüglich der Verhandlungen mit Sowjetrußland Ende Juli und in der ersten Augustdekade sowie der sowjetischen Ausflüchte vor den eigentlichen Verhandlungen mit den Polen – vor

181 „Poland, of course, is an ideal country to fight in. I have not seen any European general, particularly any general of cavalry, whose mouth has not watered on surveying it. [...] It occurs to me, indeed, that if the League of Nations is not altogether successful on the original lines, it might, by a slight alteration of its present constitution, select Poland as an arena for a trial by arms between selected teams of potential litigants“. Bericht d’Abernons für Lord Curzon von seiner Mission in Polen: War as It Is Waged in Poland and Notes on the Battle of Warsaw (NA, CAB 21/180, 28.8.1920).

der für Mitte August geplanten Einnahme der polnischen Hauptstadt – hat ihre eigene Literatur¹⁸². Ich werde zu dieser Geschichte im nächsten Teil des Buches zurückkehren.

An dieser Stelle möchte ich nur anmerken, dass das Ende von Lloyd Georges Spiel mit der möglichen Einnahme Warschaus durch die Rote Armee gekommen zu sein schien – in einer solchen Situation wäre es schwierig gewesen, Frankreich oder auch nur einem ernsthaften Teil der eigenen, britischen Öffentlichkeit zu beweisen, dass die auf Kosten Polens betriebene Beschwichtigungspolitik gegenüber Sowjetrußland richtig war. Der britische Premierminister bereitete sich jedoch darauf vor, auch diese Grenze zu überschreiten, da er der Meinung war, dass die Besetzung Warschaus (und ganz Polens, selbst des „ethnographischen“) grundsätzlich unvermeidlich sei und dass man sich eher darauf konzentrieren sollte, die möglichen negativen Folgen für die „europäische Ordnung“, die sich aus einer solchen Entwicklung ergeben, zu minimieren. Die sowjetische Seite war bereit, sich an diesem Spiel zu beteiligen, jedenfalls war dies die Aufgabe der nach London entsandten Delegation unter Leitung von Lev Kamenev und Leonid Krasin. Am 4. August, fast unmittelbar nachdem die sowjetische Delegation mit einem britischen Zerstörer von Reval nach London gebracht worden war, lud Lloyd George Kamenev und Krasin in die Downing Street ein. Unterstützt wurde der Premierminister bei dem Gespräch von Hankey, der gerade von seiner Mission in Warschau zurückgekehrt war, dem eigentlichen Verfasser der Curzon-Notiz vom 11. Juli, Philip Kerr, sowie dem Wirtschaftsberater des Premierministers, E. F. Wise (zur Erinnerung: der Verfasser eines Berichts von Anfang 1920, der die Notwendigkeit der Aufnahme von Beziehungen zu Sowjetrußland mit wirtschaftlichen Motiven begründete und dabei das hungernde Europa erwähnte). Sie wurden von Amts wegen vom konservativen Mehrheitsführer der parlamentarischen Basis der Regierung, Bonar Law, begleitet. Kriegsminister Churchill blieb außen vor, ebenso der formelle Leiter des Foreign Office, Lord Curzon, – und diese Situation, genauer: die gezielte Auswahl der Teilnehmer (neben Bonar Law) an den Gesprächen mit der sowjetischen Delegation durch den Premierminister, zeigt deutlich, welche Haltung die britische Politik gegenüber der polnischen Unabhängigkeitskrise einnahm und wer diese Politik tatsächlich betrieb. Lloyd George appellierte auf dieser Klausurtagung an Kamenev, in der Polenfrage einen Beweis für den guten Willen der sowjetischen Seite zu erbringen, andernfalls müsse Großbritannien die in den Gesprächen mit Frankreich eingegangenen Verpflichtungen erfüllen und eine Seeblockade gegen Rußland ankündigen. Er versprach jedoch, diese Drohung nicht

182 Siehe insbes. Jerzy Borzęcki, *The Soviet-Polish Peace of 1921 and the Creation of Interwar Europe*, New Haven; London 2008, S. 88–103; Wojciech Materski, *Na widecie. II Rzeczpospolita wobec Sowietów 1918–1943*, Warszawa 2005, S. 87–90; Nowak-Kielbikowa, *Polska*, S. 240–244.

zu veröffentlichen, um der sowjetischen Seite eine positive Reaktion auf sein Ersuchen zu erleichtern¹⁸³.

Dies geschah am 4. August, genau am sechsten Jahrestag des Eintritts Großbritanniens in den Großen Krieg auf dem Kontinent. Der Premierminister war entschlossen, die Verwicklung seines Landes in einen neuen Krieg zu verhindern: den Krieg um Polen. Am selben Tag veröffentlichte die „Times“ die Nachricht von der Gründung des Provisorischen Revolutionären Komitees Polens in Białystok unter der Leitung von Julian Marchlewski und Feliks Dzierżyński. Es wurde immer schwieriger, so zu tun, als sei Moskau nicht an der Sowjetisierung Polens interessiert. Der französische Ministerpräsident hatte keinen Zweifel daran, dass dies das Ziel Lenins war – und dass es die Pflicht der Alliierten wäre, dem entgegenzuwirken. In einem Schreiben vom 4. August an seinen Gesandten in London, Paul Cambon, kündigte er an, dass er nachdrücklich fordern werde, Polen in dieser Situation zu helfen – unter anderem, indem er Druck auf die Tschechoslowakei und Rumänien ausübte, ihren Nachbarn militärisch zu unterstützen¹⁸⁴.

Am darauffolgenden Tag erhielt Lloyd George ein beruhigendes Schreiben von Kamenev, in dem die gesamte Verantwortung für die Verzögerung der sowjetisch-polnischen Friedensverhandlungen auf Warschau geschoben wurde¹⁸⁵. Gleichzeitig argumentierte Hankey in seinem Bericht, dass Polen keine Überlebenschance habe und nicht zu retten sei. Der britische Premierminister enthüllte seine weitreichenden Absichten in einem Schreiben vom 5. August an US-Präsident Wilson. Er bezog den oben zitierten Hankey-Bericht und dessen Schlussfolgerungen über den unvermeidlichen Zusammenbruch Polens als Rechtfertigung für die Hauptthese des Schreibens ein, dessen Inhalt ich bereits im Kapitel über die amerikanische Politik erörtert habe. Ich wiederhole nur noch einmal, dass Lloyd George den Adressaten seines Briefes davon überzeugen wollte, dass die Vereinigten Staaten dem hoffnungslosen Fall Polen den Rücken kehren und ihren Hohen Vertreter zu einer Konferenz nach London schicken sollten, auf der Großbritannien Sowjetrußland in die Reihen der Supermächte aufnehmen würde – und zwar bereits auf dem „Leichnam des weißen Polens“¹⁸⁶. Washington hingegen setz-

183 Die Stenogramme der britisch-sowjetischen Gespräche vom 4. August 1920 in London wurden veröffentlicht in: DBFP, vol. VIII, S. 669–680; siehe auch die Analyse dieser Gespräche bei: Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 185–210.

184 Informationen über das PRKP – Poland in Deadly Peril (from our Correspondent in Warsaw), in: „Times“ v. 4.8.1920, S. 10; Depesche Millerands an Cambon vom 4.8.1920, in: DDF, 1920, Bd. 2, S. 376–377.

185 Nota Predsedatelja Delegacii Sovetskogo Pravitel'stva v Londone Premier-Ministru Velikobritanii Lloid-Džordžu – vom 5.8.1920, in: *Dokumenty vnešnej politiki...*, Bd. 3, S. 83–86.

186 Text des Briefes Lloyd Georges vom 5.8. an Präsident Wilson: *The Papers of Woodrow Wilson*, vol. 66, August 2 – December 23, 1920, hg. v. Arthur S. Link, Princeton 1992, S. 46–47.

te – eher passiv, wie wir aus einer früheren Analyse der Note von Außenminister Colby vom 10. August wissen – auf die Wiedergeburt eines großen, nicht-bolschewistischen, republikanischen Russlands. Im Sommer 1920 war Präsident Wilson sicherlich nicht an der vom britischen Premierminister vorgeschlagenen Partnerschaft mit den Bol'sheviki interessiert¹⁸⁷.

Lloyd George setzte sein Spiel fort, ohne auf eine Antwort aus Washington zu warten. Am Freitag, dem 6. August, traf er erneut mit Kamenev zusammen. In einem langen, fünfstündigen Gespräch überredete er den Vertreter des Politbüros, ihm spätestens am Sonntag (wenn der britische Premierminister mit Millerand zusammentreffen sollte, um die Vorgehensweise in der polnischen Krise festzulegen) eine verbindliche Erklärung der sowjetischen Regierung über die Bedingungen des Friedens mit Polen zu übermitteln. Lloyd George räumte ein, dass er sehr wohl verstehe, dass die sowjetische Seite legitime Gründe habe, den „polnischen Angriff“ zu rächen, dass aber Moskau, wenn es Frieden mit dem Westen wolle, Bedingungen vorschlagen solle, die einer solchen friedlichen Absicht entsprächen. Er rief ebenfalls dazu auf, die weitere Offensive der Roten Armee zu stoppen, unter Hinweis darauf, dass ihre Fortsetzung (d. h. die Einnahme von Warschau) die öffentliche Meinung in Frankreich und sogar in Großbritannien selbst in einem Ausmaß aufrütteln könne, das weitere Verhandlungen unmöglich machen würde¹⁸⁸. Die sowjetische Diplomatie zögerte die Beantwortung dieser Anfrage eiskalt hinaus. Nicht nur, weil die Rote Armee schließlich Warschau besetzen würde, sondern auch, weil Kamenev, Lenin und Čičerin eine ausgezeichnete Gelegenheit sahen, die Einheit im Zentrum des „imperialistischen Lagers“ zu erschüttern, indem sie die Politik Londons, das Moskau gegenüber versöhnlich eingestellt war, und die Politik von Paris, die auf die Unterstützung Polens ausgerichtet war, gegeneinander ausspielten.

Lloyd George musste zu einem Treffen mit Millerand in der Küstenstadt Hythe (auf Lympne Castle) aufbrechen, ohne eine Antwort aus Moskau erhalten zu haben. Die Strategie, um die Franzosen zu überzeugen, die Gespräche mit der sowjetischen Delegation fortzusetzen, konnte sich in dieser Situation nur darauf beschränken, zu erklären, dass Polen ohnehin schon verloren war – durch eigenes Verschulden, und dass es nichts gab, was die Alliierten tatsächlich tun konnten, um das zu ändern. Einige Aussagen von Lloyd Georges Rede auf dem ersten Treffen in Lympne am 8. August veranschaulichen diese Strategie gut. Unter anderem

187 Note Colbys vom 10.8.1920 – Secretary of State to the Italian Ambassador (Graf Avezzano), in: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1920, vol. 3, Washington, D. C. 1936, S. 463–468; vgl. Winid, *W cieniu*, S. 64–72.

188 Stenogramm der britisch-sowjetischen Gespräche in London vom 6. August 1920, veröffentlicht in: DBFP, vol. VIII, S. 681–707.

sagte der Premierminister, dass die westlichen Alliierten „der Tatsache des endgültigen Untergangs Polens ins Auge sehen müssen, dass weder Frankreich, wie er [d. h. Lloyd George] es versteht, noch Großbritannien Truppen [zur Hilfe für Polen] schicken können. [...] In gewissem Sinne sind die Polen die gefährlichsten Feinde der Alliierten. Wer hat zum Beispiel noch Vertrauen in Piłsudski? [...] Das Problem ist, dass man den Polen nicht trauen kann, und Piłsudski ist so mächtig, dass er nicht abgesetzt werden kann. [...] Außerdem leisten die Polen keinen Widerstand [gegen die bolschewistische Invasion], sie versuchen nicht einmal, sich zu wehren“¹⁸⁹. Millerand sprach sich dagegen aus, Polen als Verlust abzuschreiben, entlarvte präzise das gesamte sowjetische diplomatische und propagandistische Spiel, das seit Mitte Juli betrieben wurde, und forderte die Ausweisung von Kamenev und Krasin aus London als ersten entscheidenden Schritt, der die Entschlossenheit der Alliierten gegen die sowjetische Aggression gegenüber Polen demonstrieren sollte. Er brachte die Sache auf den Punkt: Man müsse sich zwischen Piłsudski und Kamenev entscheiden – und ließ keinen Zweifel daran, dass Piłsudski trotz allem seine Wahl war. Lloyd George entgegnete, er sei mit diesem Argument nicht einverstanden, werde es aber mit Italien, Belgien und Japan und vor allem mit dem britischen Unterhaus beraten. Er wusste sehr wohl, dass die italienische und die belgische Regierung seine politische Linie des Einvernehmens mit Moskau bereits vollständig akzeptiert hatten – selbst um den Preis der Aufgabe der Unabhängigkeit Polens. Japan war indes an der ganzen Angelegenheit überhaupt nicht interessiert. Formal wurde in Lympe nur vereinbart, dass, falls Sowjetrußland mit Polen bis Sonntag, den 15. August, kein Waffenstillstands- oder Friedensabkommen abschließen würde, dann würden Kamenev und Krasin London verlassen müssen¹⁹⁰.

Der britische Premierminister gewann eine weitere Woche für sein Spiel, und die Rote Armee eine weitere Woche, um Warschau einzunehmen – ohne dass sich die Westmächte auf eine gemeinsame Aktion zur Unterstützung Polens geeinigt

189 „They were confronted with the definite fact that Poland had collapsed; that neither France, as he [Lloyd George] understood, nor Britain could send troops. [...] In a way, the most dangerous enemy of the Allies was the Poles. For instance, who really had any confidence in General Piłsudski. [...] The trouble was that the Poles could not be trusted, and that Piłsudski was so powerful that he could not be removed. [...] Moreover, the Poles were putting up no resistance at all; they were not attempting to fight“. Zit. nach der Rede Lloyd Georges auf der Konferenz mit Ministerpräsident Millerand am 8. August 1920 in Lympe: British Secretary's [d. h. M. Hankeys] Notes of an Anglo-French Conference, held on Lympe on Sunday, August 8, 1920, in: DBFP, vol. VIII, S. 713; das analoge Fragment im französischen Stenogramm: DDF, Annexes, 1920–1921, S. 434–438; siehe NA, CAB 23/22 (7.12. – 28.10.1920) – Summary of statement made by Lloyd George at Lympe.

190 Siehe DBFP, vol. VIII, S. 737 (Stenogramm aus Lympe vom 9.8.1920), S. 737–738; vgl. DDF, Annexes, 1920–1921, S. 438–440.

hätten. War es endlich möglich, diese beiden Spiele zu synchronisieren? Es ist unmöglich, dies eindeutig zu sagen, aber es scheint, dass vom Standpunkt der bolschewistischen Strategie die optimale Lösung eine Situation gewesen wäre, in der eine „Arbeiterrevolution“ oder zumindest ein Ersatz dafür im von der Roten Armee umzingelten Warschau ausgebrochen wäre. Damit wäre es möglich gewesen, zumindest einen Teil der westlichen Öffentlichkeit weiterhin davon zu überzeugen, dass Sowjetrußland keinen Angriff auf die polnische Unabhängigkeit unternahm, sondern lediglich die „authentische Entscheidung“ der polnischen Gesellschaft selbst unterstützte: die Entscheidung für das sowjetische System. Eine solche Situation hätte es auch ermöglicht, das diplomatische Spiel mit London fortzusetzen – und es besteht kein Zweifel, dass Lloyd George bereit war, es zu solchen Bedingungen zu spielen.

Dies zeigte sich am deutlichsten in seinen wichtigsten politischen Reden unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Lympne. Bereits am 9. August erhielt die Regierung während einer Kabinettsitzung, in der der Premierminister über die Ergebnisse seiner Konferenz mit Millerand berichtete, Informationen über ein Telegramm aus Moskau an Kamenev, das vom Chiffrierdienst der Königlichen Marine abgefangen worden war. Der Inhalt des Telegramms bewies eindeutig, dass die sowjetische Seite keinen Waffenstillstand mit Polen anstrebte, sondern dessen Eroberung. Zu diesem Zeitpunkt verfügte das Foreign Office unter anderem auch über eine englische Übersetzung des berühmten Befehls des Befehlshabers der auf Warschau vorrückenden Westfront der Roten Armee, Michail Tuchačevskij. Dieser Befehl, zu Beginn der gesamten Offensive bereits am 2. Juli erlassen, ließ keinen Zweifel, dass das Ziel des Angriffs darin bestand, über den „Leichnam des weißen Polens“ auf eine Weltrevolution zuzusteuern. Im Englischen klang er nicht weniger nachdrücklich als im russischen Original: *To the West! [...] Over the dead body of White Poland shines the road to world-wide conflagration. On our bayonets we shall bring happiness and peace to toiling humanity. [...] On to Vilna, Minsk, and Warsaw! March!* (Nach Westen! [...] Über der Leiche des Weißen Polens leuchtet der Weg zur weltweiten Feuersbrunst. Auf unseren Bajonetten werden wir der leidenden Menschheit Glück und Frieden bringen [...] Auf nach Wilna, Minsk und Warschau! Vorwärts Marsch!)¹⁹¹. Den Glauben an den Erfolg von Lloyd Georges Politik der Verständigung mit Moskau zu bewahren, gestaltete sich zunehmend schwierig. Es war noch schwieriger, guten Willen gegenüber Polen vorzutäuschen...

Auf der anderen Seite gewann die von einem Teil der Labour Party und den Gewerkschaften organisierte groß angelegte Protestkampagne gegen jegliche briti-

¹⁹¹ Vgl. NA, CAB 23/22 (7.12. – 28.10.1920) – Cabinet Meeting, 46 (20), 9.8.1920; NA, Foreign Office, 371/3919 – Tukhachevsky order from 2 July.

sche Hilfe für Polen immer mehr an Stärke. Seit dem Treffen mit dem Labour Council of Action, der diese Proteste anführte, begann der Premierminister am 10. August mit einer Reihe seiner wichtigsten Reden. Ernest Bevin machte als Sprecher der Delegation des Council of Action deutlich: Wir sprechen uns nicht nur gegen die britische Beteiligung an einem neuen Krieg aus, sondern auch gegen jegliche Hilfe für Länder, die gegen Sowjetrußland kämpfen. Er begründete diese Haltung nicht mit einer ideologischen Sympathie für den Bolschewismus, sondern – wie er es ausdrückte – mit einem typisch englischen Sinn für Fairness: Es sei Polen gewesen, das Rußland angegriffen habe, und dies sei das Ergebnis einer „Verschwörung dunkler Mächte“ gewesen. Lloyd George fragte jedoch, ob die britische Regierung den für die Unabhängigkeit kämpfenden Polen auch nur ein Paar Schuhe schicken dürfe, wenn Sowjetrußland Polen das gleiche antue wie das zaristische Rußland, d. h. es der Unabhängigkeit beraube, oder ob die Anhänger der Labour Party auch in einer solchen Situation streiken würden. Bevin antwortete, dass eine solche Situation nicht eingetreten sei. Selbst stellte er dem Premierminister eine charakteristische Frage: Was würde er tun, „wenn das polnische Volk einem System zustimmen würde, das den Alliierten nicht passt?“ Die Antwort des Premierministers war ebenso charakteristisch: „Es ist mir egal, was für ein Regime es ist. Wenn sie bei sich einen Mikado [japanischer Kaiser; A. N.] haben wollen, ist das ihre Angelegenheit“¹⁹². Die Frage des Sprechers des Aktionsrates lief darauf hinaus, ob die britische Regierung etwas dagegen hätte, wenn über Warschau eine rote Fahne wehen würde – falls alles darauf hindeutete, dass sie von polnischer Hand gehisst wurde. Lloyd Georges Antwort war gleichbedeutend mit der Aussage, dass London in diesem Fall erleichtert von jeglicher Intervention absehen würde.

Als Lloyd George wenig später am selben Tag vor dem Unterhaus die Politik der Regierung in der polnischen Krise erläuterte, sah er sich mit einem Publikum konfrontiert, das eine größere Meinungsvielfalt an den Tag legte. Es gelang ihm jedoch meisterhaft, die meisten der Anwesenden zu überzeugen. Seine Rede hatte ein hochdramatisches Drehbuch. Er begann mit seiner Interpretation des sowjetisch-polnischen Krieges, wonach es Polen war, das in das unschuldige Sowjetrußland eingedrungen war. Damit sollten die linken Kritiker jeglicher Hilfe für Polen (sowohl von der Labour Party als auch von der Unabhängigen Liberalen Partei) beruhigt werden. Er fügte jedoch sofort hinzu, dass Polen für seinen fatalen Fehler nicht mit der totalen Vernichtung bestraft werden dürfe. Diese Position sollte wiederum die konservative Mehrheit der politischen Basis des Kabinetts beruhigen.

192 Bevin: „Supposing the Polish people themselves agreed upon a Constitution which did not suit the Allied Powers?“. Lloyd George: „I do not care what the Constitution is. If they like to have a Mikado there, that is their business“. Beide Zitate nach: Council of Action at Downing Street, in: „Times“ vom 11.8.1920, S. 12.

Der Ministerpräsident versuchte den Eindruck zu erwecken, dass die Polen sich noch verteidigen könnten – wenn sie nur die Ratschläge der alliierten Berater (d’Abernon- und Weygand-Mission) diskussionslos akzeptieren würden. Vor allem aber könnten die Sowjets echte Waffenstillstandsgespräche mit den Polen aufnehmen – und das wäre die beste Lösung. Der Premierminister erläuterte auch die Rolle der Westmächte in einer solchen Situation: „Die Alliierten sollten Polen raten, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten und Frieden [mit Sowjetrußland] zu schließen, wenn nur die Unabhängigkeit des ethnographischen Polens anerkannt wird“¹⁹³. Wenn die Polen solche Bedingungen ablehnten, so warnte Lloyd George, „werden die Alliierten Polen nicht unterstützen können“ (*The Allies could not support Poland*).

In diesem dramatischen Moment gab Lenins engster Mitarbeiter im bolschewistischen Politbüro, Lev Kamenev, der die gesamte Debatte von seinem Platz auf der Besuchergalerie (*Distinguished Strangers Gallery*) aus verfolgte, einem seiner Kollegen aus der Labour-Partei das Signal, dem britischen Premierminister ein versiegeltes Paket mit seinem Brief zu überbringen. Das Schreiben enthielt eine Antwort auf die grundlegende Frage, welches die sowjetischen Bedingungen für die zu Gesprächen nach Minsk entsandte polnische Friedensdelegation waren. Lloyd George berief sofort eine Sitzung seines verkleinerten Kabinetts im Parlamentsgebäude ein, um diese Bedingungen zu erörtern. Kamenev erwähnte in seinem Brief unter anderem die Notwendigkeit, die polnische Armee bis auf einen Kader von zehntausend Mann zu demobilisieren, der durch fünfzigtausend Wehrpflichtige verstärkt werden sollte; die polnische Armee sollte sich sofort fünfzig Werst (d. h. etwa fünfzig Kilometer) westlich der derzeitigen Frontlinie zurückziehen (Warschau würde damit an der Grenze der sowjetischen Militärbesetzung liegen); alle polnischen Waffen sollten der sowjetischen Seite und – was in Kamenevs Notiz nirgends sonst erwähnt wird – der „Bürgermiliz“ übergeben werden – oder, *de facto*, der polnischen Roten Armee. Die künftige polnisch-sowjetische Grenze sollte mehr oder weniger entlang der Curzon-Linie verlaufen. Diese wichtigsten Bedingungen könnten, fügte Kamenev hinzu, durch „sekundäre Kleinigkeiten“ ergänzt werden. Trotz der Einwände einiger seiner Kabinettskollegen, die auf beunruhigende Details hinwiesen, insbesondere auf die Ankündigung der faktischen Liquidierung der polnischen Armee bei gleichzeitiger Aufstellung einer nicht näher bezeichneten „Bürgermiliz“, erklärte Lloyd George, dass „die [in Kamenevs Brief angekündigten] Bedingungen nicht einmal annähernd so streng sind wie die, die

193 „The Allies should advise Poland to endeavour to negotiate an armistice and to make peace as long as the independence of ethnographic Poland is recognized“. Rede Lloyd Georges im Unterhaus vom 10. August 1920, zit. nach: Parliamentary Debates, 5th Series, House of Commons, vol. 133, columns 254–272; vgl. House of Commons, in: „Times“ v. 11.8.1920, S. 12.

[von den Alliierten] Deutschland und Österreich auferlegt wurden, und dass er nicht glaube, dass Großbritannien in den Krieg hätte eintreten können, um bessere Bedingungen [für Polen] zu erreichen“¹⁹⁴. Er beschloss außerdem, die polnische Regierung über den britischen Gesandten in Warschau darüber zu informieren, dass die Regierung Seiner Majestät die Annahme der sowjetischen Bedingungen empfehle und ihre Ablehnung durch Warschau als Grund für die Befreiung Großbritanniens von jeglicher Verpflichtung zu helfen, ansehen würde. In dem Bewusstsein, dass Paris einer solchen Auslegung der sowjetischen Bedingungen sicher nicht zugeneigt sein würde, entschloss sich Lloyd George zu einem erstaunlichen Schritt: er schlug vor, Frankreich nicht über den Standpunkt Großbritanniens in dieser Angelegenheit zu informieren. Die Rechtfertigung, die der britische Premierminister seinen Kabinettskollegen gab, ist es wert, zitiert zu werden: „Wenn die [sowjetischen Bedingungen für Polen] nach Paris übermittelt würden, bestünde die Gefahr, dass die französische Regierung sie ablehnt. [...] Frankreich ist fanatisch antibolschewistisch, und die Franzosen haben einst Erfahrungen mit dem Kommunismus gemacht. Der vorliegende Fall [d. h. der sowjetische Einmarsch in Polen] hat jedoch nichts mit dem Kommunismus zu tun“¹⁹⁵.

Es blieb die Aufgabe, die besorgt wartenden Mitglieder des britischen Parlaments über den Standpunkt der Regierung zu informieren. Lloyd George kehrte um zehn Uhr abends in den Plenarsaal zurück. Er teilte der Versammlung mit, dass in Kamenevs Brief zwar „einige Dinge stehen, deren Bedeutung er nicht ganz verstehe“ (*there are certain things which I do not quite know the meaning of*), die britische Regierung aber beschlossen habe, ihre „vorläufigen Eindrücke“ (*preliminary impressions*) über die sowjetischen Bedingungen an die polnische Regierung zu übergeben. Die Schlussfolgerung aus diesen Informationen verdient noch mehr Bewunderung (wegen des Geschicks des britischen Premierministers bei der Manipulation von Fakten): „Ich glaube nicht, dass es von unserer Seite aus fair wäre, darüber hinaus zu gehen [über die Übermittlung der besagten „Eindrücke“ an die polnische Regierung], denn das würde bedeuten, der polnischen Regierung die Verhandlungen [mit den Bol’sheviki] aus den Händen zu nehmen“¹⁹⁶. Sich in diesem

194 „The terms were not nearly so severe as had been imposed by the Allies upon Germany and Austria, and he did not think that Britain could make war in order to secure better conditions than these“. NA, CAB 23/22 (7.7.–28.10.1920) – Minutes of a Conference of Ministers held at the House of Commons, 10 August, 1920.

195 „If the terms were communicated to Paris there was the danger that they would be negatived by the French Government. [...] France was passionately anti-bolshevist, and the French had had experience of communism. The present case had, however, nothing to do with communism“. Ebd.

196 „Beyond that I do not think it would be fair for us to go, because it would be taking the negotiations out of the hands of the Polish Government“. Rede Lloyd Georges im Unterhaus vom

Satz auf den Begriff des Fair Play zu berufen, war der Gipfel des Zynismus. Der Premierminister ermutigte das Parlament, die Diskussion über das polnische Problem nicht fortzusetzen, da es seine – wahrscheinlich gute – Lösung bereits in der direkten sowjetisch-polnischen Zusammenarbeit gefunden habe, die sich auf die Bedingungen stützte, die Kamenev vorgestellt habe.

Am 10. August, d. h. am selben Tag, an dem der US-Außenminister seine Note bekannt gab, in der er die Position Washingtons zu Sowjetrußland (völlig negativ, aber passiv) und – indirekt – zur Gestalt Polens darlegte (es sollte im Osten mit der Grenze des ehemaligen Kongresspolens abschließen), definierte Lloyd George die offizielle Position der britischen Regierung gegenüber der polnischen Krise pragmatisch: Es lief darauf hinaus, die sowjetischen Bedingungen für Warschau zu akzeptieren. Der Premierminister vermied damit eine schwierige innenpolitische Konfrontation in Großbritannien. Gleichzeitig beschloss er jedoch, im Namen des Erfolgs seiner Verständigungslinie mit Moskau nicht nur die Augen vor der Sowjetisierung Polens zu verschließen, über die unter den von Kamenev vorgelegten Bedingungen tatsächlich entschieden war, sondern sogar die guten Beziehungen mit Frankreich zu gefährden.

In Polen löste die Nachricht über die Haltung der britischen Regierung, die am 11. August dort eintraf, außerordentliche Niedergeschlagenheit aus. Sogar Lord d'Abernon, der gerade von Warschau nach Posen evakuiert worden war, meldete dies nach London: Der offizielle „Rat“ der Regierung Lloyd George an die polnische Regierung wurde als totaler Verrat angesichts der sowjetischen Aggression gewertet¹⁹⁷. Auch der Schock in Paris war groß. Millerand sandte eine unmissverständliche Anweisung an den Botschafter in Warschau: Die britische Regierung empfehle Polen, die sowjetischen Bedingungen zu akzeptieren, wir nicht, da diese Bedingungen *de facto* eine Auslieferung Polens an die Bol'sheviki bedeuten. Um die Brücken für mögliche neue Verhandlungsvorschläge mit Moskau abubrechen, beschloss Millerand – gleichsam als Vergeltung für die mit ihm nicht abgestimmte Haltung Londons – die *de facto* Anerkennung der Regierung von General Vrangel' auf der Krim¹⁹⁸. Nie war der Bruch der Beziehungen zwischen Paris und London so nah wie am 11. August 1920. Obwohl die Diplomatie der beiden Mächte in den folgenden Tagen viel zur Entschärfung des Konflikts beitrug, trug erst die tatsächliche Beilegung der ersten polnischen Unabhängigkeitskrise – nicht in den diplomatischen Kabinetten, sondern auf dem Schlachtfeld von Warschau – dazu bei, den

10. August, zit. nach: Parliamentary Debates, 5th Series, House of Commons, vol. 133, columns 271–272; vgl. House of Commons, in: „Times“ v. 11.8.1920, S. 12.

197 Siehe NA, CAB 21/180 – Mission to Poland – Brief d'Abernons an Hankey vom 12.8.1920.

198 DDF, 1920, Bd. 2, S. 423–424 (Millerand an H. de Panafieu in Warschau, 11.8.1920, sowie an die Botschafter in London, Berlin, Rom, Washington, Brüssel und Tokio – ebenfalls vom 11.8.1920.)

fatalen Eindruck, den diese Spaltung hinterlassen hatte, zu mildern. Das Versailler System wurde gerettet – entgegen dem Vorschlag des britischen Premierministers, der eine deutliche Korrektur wünschte. Die Korrektur – wir wiederholen und fassen zusammen – bestand darin, Russland, diesmal das sowjetische, in den erneuerten Klub der Großmächte zu bringen und die Position Deutschlands zu verbessern. Polen sollte das Hauptopfer der geplanten Korrektur sein. Der Nutznießer hingegen sollte die „europäische Ordnung“ und der wirtschaftliche Wiederaufbau des Kontinents sein, die beide besser durch die Zusammenarbeit der Westmächte mit denen im östlichen Teil Europas gewährleistet würden als durch das antagonistische System zwischen Russland und Deutschland, in dem das „zu große“ Polen entstanden war.

Die Auswirkung der Veröffentlichung des ersten Entwurfs dieser Korrektur in Form des britischen „Ratschlags“ an die polnische Regierung vom 10. August 1920 wurde vom französischen Hochkommissar in Polen, Jean Jusserand, sehr treffend zusammengefasst: „Polen wird sich noch lange daran erinnern, und andere Nationen auch“¹⁹⁹. Polen hat sich jedoch nicht an diese Lektion erinnert, mitgerissen vom Enthusiasmus seines großen Sieges über die Bol’sheviki, der einige Tage später – entgegen Lloyd Georges „Ratschlägen“ – errungen wurde. In den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas war die Erinnerung daran noch geringer. Und das ist bedauerlich. Jahre später – 1938 in München, dann 1943 in Teheran und 1945 in Jalta – würden weitere „Anpassungen“ folgen, deren Preis wieder von den Ländern der Region gezahlt werden musste.

Hätte es auch anders kommen können?

Stellen wir uns für einen Moment vor, dass die Argumente, die auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bol’sheviki) am 16. Juli 1920 von Čičerin und Trockij für die Annahme des britischen Angebots vorgebracht wurden, die Argumente für die Ablehnung der Curzon-Note, die von Lenin, Stalin und Kamenev mit Unterstützung von Zinov’ev und Bucharin vorgebracht wurden, überwogen hätten. Versuchen wir, uns ein „alternatives“ Szenario vorzustellen, ähnlich dem, für das sich die sowjetische Führung im März 1918 entschied, als sie in den Verhandlungen von Brest den unvergleichlich schlechteren Bedingungen des Deutschen Reiches zustimmte, nur um eine unbezahlbare „perediška“ zu erhalten, die es ermöglichte, das kommunistische System in Russland selbst zu konsolidieren. Im Sommer 1920 mag die Lage in Sowjetrußland, wie aus dem oben zitierten Telegrammwechsel zwischen Lenin und Stalin hervorgeht, natürlich unvergleichlich besser gewesen sein als zweieinhalb Jahre zuvor. Russland brauchte jedoch noch dringend das, was Unßlicht in seiner Antwort an Lenin

199 „La Pologne s’en souviendra longtemps; d’autres peuples aussi“. DDF, 1920, Bd. 2, S. 427 (Jusserand an Millerand, 11.8.1920).

am 15. Juli als „lange Atempause“ bezeichnete (*dlitel'nuju peredyšku*). Man brauchte nur die Paläste zu verlassen, in denen der Kongress der Dritten Internationale stattfand – das Taurische Palais in Petrograd oder den Großen Kremlpalast in Moskau –, um sich von der dramatischen Versorgungs-, Transport- und Wohnungssituation in beiden Hauptstädten sowie von der tragischen Lage der russischen Wirtschaft zu überzeugen²⁰⁰. Im Mai und vielleicht sogar noch im Juni oder Anfang Juli schienen Lenin und die meisten seiner Genossen in der bolschewistischen Parteiführung diese Situation und die sich daraus ergebenden Einschränkungen gut zu verstehen. Deshalb beschlossen sie auch, das Angebot zu Handelsgesprächen in London anzunehmen. Die Aussicht, dass diese Gespräche in ein politisches Abkommen münden würden, das Moskau die Wiedererlangung der territorialen Souveränität über fast das gesamte Gebiet des ehemaligen Romanov-Reiches – nur ohne das „ethnografische“ Polen und Finnland – und die Möglichkeit der Anerkennung der Macht der Bol'seviki über diesen großen Staat durch die Siegermächte des Ersten Krieges bot, konnte für die Gastgeber im Kreml im Juli 1920 nur verlockend sein. Daher kann man sich wohl die hypothetischen Folgen einer Annahme des Angebots von Lloyd George vom 11. Juli vorstellen. Versuchen wir es.

Čičerin schickt eine Note, in der er mitteilt, dass die Regierung der RSFSR den Vorschlag eines Waffenstillstands mit Polen an der Curzon-Linie akzeptiert hat und fordert, dass London Warschau zwingt, sich dieser Entscheidung zu unterwerfen. Die Rote Armee, die möglicherweise noch gegen die polnische Armee kämpft, erreicht die Curzon-Linie und bleibt dort stehen. Auf diese Weise vermeidet sie die fatale Ausdehnung ihrer Kommunikationslinien und den fatalen polnischen Gegenangriff, der sie erst jenseits von Wieprz und Weichsel erwartet. Polen wird als ein Land behandelt, das eine gerechte Strafe für sein imperialistisches „Abenteurertum“ verdient hat. Es kann auf keine Hilfe zählen – nicht nur nicht in materieller Hinsicht, die durch die Entscheidungen der Großmächte blockiert ist, sondern auch nicht in moralischer Hinsicht, wie sie – in einem „realen Szenario“ – von Frankreich und seiner Militärmission an der Wende vom Juli zum August angeboten wurde. Jeder Versuch der polnischen Armee, über die Curzon-Linie hinauszugehen, würde als neue, außergewöhnlich kühne Aggression betrachtet. Moskau erscheint nun im Glanze einer friedlichen Macht, die die Aggressoren von seinem

200 Siehe z. B. Valentina S. Parsadanova, *Moskva v 1920 godu*, in: *Stolica i provincija v istorii Rossii i Pol'si*, hg. v. Boris V. Nosov, Moskva 2008, S. 251–272; G. A. Knjazev, *Iz zapisnych knižek russkogo intelligenta (1919–1922)*, in: *Russkoe prošloe*, Bd. 5 (St. Petersburg 1994), S. 148–242. Literarische, plastische Visionen des Lebens in russischen Städten im Jahre 1920 liefern u. a. solche Meisterwerke wie Aleksandr Grins „Rattenfänger“ oder die Erzählungen Evgenij Samjatins aus dieser Zeit. Die Lage auf dem Land war in vielen Regionen noch schlechter.

eigenen Territorium vertrieben hat – und wenn es bis Mitte Juli von dem lauterer Teil der britischen Öffentlichkeit so behandelt wurde, so wird dies nach seiner klaren Annahme der Curzon-Note und dem Aufhalten seiner Truppen an der von London festgelegten Linie erst recht so sein. Italien schließt sich der Politik Lloyd Georges an (übrigens in einem „realen Szenario“, das in den folgenden Wochen im Juli und August Wirklichkeit wird, als Ministerpräsident Giolitti den offiziellen Empfang des sowjetischen Delegierten Vaclav Vorovskij in Rom ankündigt), und die Diplomatie Čičerins lockt die Franzosen mit dem vagen Versprechen, die Ansprüche der französischen Gläubiger auf die aus dem Russischen Reich verbliebenen Verbindlichkeiten zu prüfen. Millerand, der als Alternative zur Zustimmung zu Lloyd Georges Politik und zu einem solchen „friedlichen“ Russland die Aussicht auf einen Bruch mit London und die Möglichkeit eines verbitterten Moskauer, das sich mit Berlin einigt, sieht, erklärt sich bereit, mit einem siegreichen Sowjetrußland zu verhandeln. Auch, um die Aufrechterhaltung zumindest der inneren Unabhängigkeit des territorial beschnittenen Polens von der Sowjetmacht zu verhandeln – genau wie es Winston Churchill vierundzwanzig Jahre später versuchen sollte. Die Vereinigten Staaten bleiben noch für einige Zeit in ihrer Splendid Isolation, aber das ist für ein versöhntes Europa nicht mehr so wichtig. Polen, das als Aggressor stigmatisiert wird, muss unter dem Druck der Großmächte Bedingungen akzeptieren, die die Erhaltung einer eigenen Staatlichkeit bedeuten – das sind also Bedingungen, die für den vom verlorenen Krieg müden Teil der öffentlichen Meinung (nicht nur der kommunistischen) akzeptabel sind. Den Traum von der Rückkehr in die Rolle nicht eines kleinen, sondern vielleicht eines mittelgroßen Staates in Ostmitteleuropa sowie jede souveräne Tätigkeit in den ehemaligen litauisch-ruthenischen Gebieten des polnisch-litauischen Commonwealth muss es jedoch aufgeben. Es wird zu einem kleinen Staat, dem die Sieger den Frieden und dramatisch schmale (im Vergleich zur Erinnerung an seine historische Größe) Grenzen diktieren – so wie sie Ungarn in Trianon diktiert wurden. Gleichzeitig nutzt Premierminister Lloyd George die Gelegenheit, die sich durch das Diktat eines neuen Friedens in Osteuropa bot, um das Versailler System in Bezug auf Deutschland geringfügig anzupassen – Anpassungen, die Frankreich letztlich nicht verärgern, aber einen Teil der deutschen Meinung gewinnen würden. Dazu gehören beispielsweise der Verzicht auf eine Volksabstimmung in Oberschlesien und dessen endgültige Übergabe an Deutschland, wie dies in Spa mit dem Teschener Schlesien an die Tschechoslowakei geschah, aber auch die Anerkennung der deutschen Souveränität in Danzig und möglicherweise die Herstellung exterritorialer Verbindungen durch einen „polnischen Korridor“ nach Ostpreußen. Polen würde somit auf der europäischen Landkarte verbleiben, allerdings als kleines Land, das flächenmäßig etwas größer ist als das auf dem Wiener Kongress isolierte Königreich Polen mit einer Fläche von höchstens einhundertfünfzig- bis einhundertacht-

zigtausend Quadratkilometern und einer Bevölkerung von sechzehn bis achtzehn Millionen. Vielleicht würde sogar – ein solches Szenario wurde Ende Juli von der Londoner „Times“ als eine mögliche sowjetische Forderung skizziert – ein Schauprozess gegen „polnische Kriegsverbrecher“ in Kiew abgehalten, um andere von Versuchen des Friedensbruchs abzuschrecken. Sie würden die „deutschen Verbrecher“ ersetzen (mit Kaiser Wilhelm an der Spitze), die nach Versailles irgendetwas niemand mehr belangen wollte²⁰¹.

Lloyd George könnte triumphieren: Sowjetrußland und im Übrigen auch Deutschland (dessen Interessen er und die Vertreter Moskaus wohl geltend gemacht hatten) wären in das Friedenssystem einbezogen worden. Polen würde vielleicht formal unabhängig bleiben, aber es könnte die neue Ordnung nicht mehr mit seinen Ambitionen, eine unabhängige Rolle zwischen Rußland und Deutschland zu spielen, „stören“. Die „Kriegstreiber“ wären vor der gesamten europäischen Öffentlichkeit stigmatisiert worden – und zwar in einer Form, die für die großen und mächtigen Schöpfer dieser neuen Ordnung bequem wäre. Der Mechanismus des „Friedens durch Handel“ wäre in Gang gesetzt worden. Das 20. Jahrhundert könnte so schön sein? Wie das 19. Jahrhundert? Erneut dank der Zusammenarbeit („des Konzerts“) der europäischen Mächte? Dank der kulturverändernden Kraft des modernen wirtschaftlichen Austauschs und der allgemeinen Wiederherstellung des Wohlstands?

Hier muss man seine Phantasie zügeln. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dies hätte geschehen können – es war aber nicht der Fall. Die größte Schwäche des oben skizzierten alternativen Szenarios, das Lloyd Georges Konzept im Sommer 1920 begleitete, bestand darin, dass es den Faktor der Ideologie außer Acht ließ. „Diese Angelegenheit“ – erinnern wir uns daran, was Lloyd George seinen Kabinettskollegen über den sowjetischen Einmarsch in Polen am 10. August sagte, als die Rote Armee Warschau einkreiste – „hat nichts mit dem Kommunismus zu tun“²⁰². Die Entscheidung, die Lenin und die Genossen am 16. Juli trafen, bewies, dass der britische Premierminister im Unrecht war. Polen erhielt durch diese Entscheidung gewissermaßen die Möglichkeit, seine Souveränität viel wirksamer zu verteidigen als es die Curzon-Note bot. In seiner territorialen Form, die im August und September 1920 gewonnen wurde, blieb es – das ist wahr – ein Brennpunkt zwischen Rußland und Deutschland. Stalin – auch das ist wahr – vollendete sein unvollendetes Werk vom Juli 1920 neunzehn bis fünfundzwanzig Jahre später. Als Gegenleistung für die 1920 gewonnenen Gebiete bot er Polen eine Entschädigung in Form der von Deutschland übernommenen Territorien an. Polen hat das Schick-

²⁰¹ Siehe: An Anxious Situation, in: „Times“ vom 29.7.1920, S. 13.

²⁰² NA, CAB 23/22, Minutes of a Conference of Ministers held at the House of Commons, 10 August, 1920.

sal Ungarns vermieden. Ist das ein Trost angesichts des Schicksals derer, die 1920 und dann zwischen September 1939 und Mai 1945 starben? Wir wissen es nicht und werden es nicht herausfinden. Können wir zu dieser Bilanz der Opfer des „polnischen Krieges“ von 1920 auch alle, nicht nur die polnischen, Opfer des nächsten großen Krieges hinzufügen? Eine schreckliche Frage, auf die es eine einfache Antwort nur für diejenigen gibt, die – wie Lloyd George und nach ihm „Realisten“ wie George Kennan oder Henry Kissinger – andere Faktoren als „die Ambitionen der kleinen Nationen“ – die zum globalen Chaos im 20. Jahrhundert führten, ausschließen.

Wir werden nie erfahren, ob Lloyd George unter dem Gesichtspunkt des europäischen und des Weltfriedens recht hatte, als er eine Korrektur des Versailler Systems auf Kosten Polens vorschlug; eine Korrektur, bei der Sowjetrußland der Hauptpartner sein sollte. Hätte selbst eine längere Periode dieser „*peredyška*“, die der Sowjetstaat nicht nur dank des Friedens, sondern auch dank der umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern bereits seit 1920 hätte erlangen können, den Charakter dieses Staates wirklich so verändert, dass er auf Kosten der verschiedenen (nicht nur polnischen) Nachbarn auf eine ideologische Expansion verzichtet hätte? Was wir wissen, ist, dass infolge der Ablehnung der Curzon-Note und des anschließenden Scheiterns der Offensive der Roten Armee gegen Polen auch die Unabhängigkeit der baltischen Länder, Ungarns, der Tschechoslowakei und vielleicht auch Rumäniens zumindest für die nächsten zwanzig Jahre gesichert wurde – all jener Länder, deren Sowjetisierung 1920 von den Führern der bolschewistischen Partei offen diskutiert wurde.

Teil III: **Wie arbeitet das Hirn des Imperiums?**

Wie kam die politische, liberal-konservative Elite der westlichen Supermacht auf die Idee, den Appetit des sowjetischen, kommunistischen Imperiums auf Kosten Polens und anderer „kleiner Länder“ Ost- oder Ostmitteleuropas zu „befriedigen“? Wie kam es zu den detaillierten Ideen des Appeasements? Um eine Antwort auf die bereits in der Einleitung dieses Buches gestellten Fragen zu erhalten, werde ich nicht nur die in den beiden vorangegangenen Teilen dargestellten Ereignisse, sondern auch das historische Gedächtnis und die politische Vorstellungskraft der Personen, die diese Ereignisse mitgestaltet haben, noch einmal genauer unter die Lupe nehmen. Die kulturellen und emotionalen Zusammenhänge – ebenso wie die sozialen und politischen –, die ihre Entscheidungen begleiteten, müssen eingehender analysiert werden. Vielleicht bietet dies auch Stoff zum Nachdenken über allgemeinere Themen: das Wesen der Politik (nicht nur des Appeasements) und die Beziehungen zwischen Macht und Prinzipien sowie die menschliche Natur?

Ich werde es versuchen. Dieser Versuch kann mit dem Versuch verglichen werden, das Drama, dessen historisches Szenario ich bereits früher vorgestellt habe, erneut aufzuführen. Ich werde mich jetzt nur auf ausgewählte Personen dieses Dramas konzentrieren, um die Quellen ihres Wissens besser kennen zu lernen, ihre Vorurteile, ihre Beweggründe, aber auch um mehr zu erfahren über die Streitigkeiten zwischen ihnen. Hier also die *dramatis personae* und die Rollen, die sie während der Handlung eingenommen haben, dargestellt in der Reihenfolge, in der sie die Bühne betreten, die ich aufgebaut habe:

LORD ARTHUR JAMES BALFOUR, Erster Lord der Admiralität, Außenminister, Lord President of the Council

LEWIS NAMIER (Ludwik Bernstein-Niemirowski), Beamter des Foreign Office

PHILIP KERR, Privatsekretär von David Lloyd George

MAURICE PASCAL ALERS HANKEY, erster Kabinettssekretär des Premierministers

SIR HORACE GEORGE MONTAGU RUMBOLD, außerordentlicher britischer Gesandter in Warschau

DAVID LLOYD GEORGE, Premierminister der Regierung Großbritanniens

GEORGE NATHANIEL CURZON, Außenminister

WINSTON LEONARD SPENCER CHURCHILL, Kriegsminister

Schließlich der Chor der Mitglieder des britischen Parlaments, die sich insbesondere 1920 häufig und lautstark zur Frage des Appeasements mit Sowjetrußland und der Moral in der internationalen Politik zu Wort gemeldet haben.

1 Balfour oder Das Zurückdrängen des Chaos

Obwohl die Handlung hauptsächlich im Jahr 1920 und insbesondere in den Frühlings- und Sommermonaten spielt, muss ihr ein Prolog vorausgehen. An dieser Stelle muss Arthur Balfour als Verfasser eines Memorandums vom Oktober 1916 ins Spiel gebracht werden, in dem das Problem der Unabhängigkeit Polens zum ersten Mal in der Perspektive der politischen Ziele des britischen Empire erscheint. Eigentlich zum ersten Mal seit 101 Jahren, d. h. seit dem Wiener Kongress, der 1815 die Grenzen und die zwischenimperiale Ordnung in Ost- und Mitteleuropa für fast ein Jahrhundert bis zum Ausbruch des Weltkriegs festlegte. Ich beginne mit Lord Balfour auch deshalb, weil er die Kontinuität der britischen Politik und ihrer historischen Elite vielleicht am besten verkörpert. Es lohnt sich, aus seiner Perspektive einen Blick in die Vorstellungswelt zu werfen, in der die Überzeugung vom Recht, die Welt zu regieren, von der schweren Bürde (*white man's burden*) der Verantwortung für die Zivilisation heranreift.

Arthur Balfour wurde am 25. Juli 1848 geboren²⁰³. Damals erlebte der europäische Kontinent den „Völkerfrühling“. Der polnische Nationaldichter Adam Mickiewicz und Fryderyk Chopin waren noch am Leben – letzterer hatte gerade Konzerte in London und Edinburgh gegeben – und in Russland regierte Zar Nikolaus I. Am selben Tag, an dem der kleine Arthur in einem schottischen Schloss geboren wurde, zerschmetterte in der großen Schlacht von Custoza der österreichische Feldmarschall Joseph Radetzky die Träume der Anhänger der italienischen nationalen Einigungsbewegung.

Können Nationen (nationale Bewegungen) alte Imperien zerschlagen? Diese Frage war dem künftigen Premierminister bereits in die Wiege gelegt worden, obwohl sie Großbritannien und sein Empire nicht zu betreffen schien. Die Inseln wurden von Königin Victoria und dem Frieden regiert. Arthur Balfour betrachtete diese Welt vom Zentrum aus. Sein Vater und der Vater seines Vaters saßen im Parlament in London. Seine Mutter, Lady Blanche Cecil, stammte aus einer der ältesten und angesehensten Familien im Dienste des Königreichs und des Empires. Ihr Vorfahre in direkter Linie war Robert Cecil, der erste Minister von Elisabeth I. im späten 16. Jahrhundert (und auch ein Cousin von Francis Bacon). Ihr Bruder, und damit der Onkel des kleinen Arthur, war Robert Gascoyne-Cecil, Lord of Salisbury, dreimaliger konservativer Premierminister der britischen Regierung in den Jahren 1885–1902. Was für uns hier besonders spannend ist – Arthurs Patenonkel, nach dem er benannt wurde, war Arthur Wellesley selbst, der Herzog von Welling-

203 Die wichtigsten Biografien zu ihm: Kenneth Young, Arthur James Balfour. *The Happy Life of the Politician, Prime Minister, Statesman, and Philosopher, 1848–1930*, London 1963; Max Egremont, *A Life of Arthur Balfour*, London 1980.

ton – Ebenbürtiger und Bezwiner Napoleons bei Waterloo, wahrscheinlich der einzige Führer, der auf den französischen „Kriegsgott“ herabsehen konnte.

Die Erinnerung an den alten Duke of Wellington (in seiner Karriere übrigens auch Premierminister und Leiter des Foreign Office) als Kindheitsfigur des späteren Lord Balfour ist hier gerade deshalb hilfreich, weil sie uns erlaubt, den Blickwinkel der britischen Politik auf Russland und die polnische Frage zur Zeit des Wiener Kongresses zu rekonstruieren. Schließlich war Wellington – dank Waterloo – der größte militärische Held dieses Kongresses. Ohne ihn wären die diplomatischen Gespräche in Wien nicht erfolgreich gewesen. Der einzige Konkurrent des englischen Führers in seiner Rolle als „Retter“ auf dem Kongress war Zar Alexander I., das nominelle Oberhaupt der russischen Armee, der als Napoleons Bezwiner von 1812 bekannt war. Dies war eine Zeit, in der Russland und England den europäischen Kontinent beherrschten. Wellington hatte keinen Zweifel daran, wer mehr wert war. Nach zahlreichen Gesprächen mit Zar Alexander schrieb er im März 1815 aus Wien (noch vor Waterloo) an seinen Bruder: „Was die Russen überall suchen, ist allgemeine Macht und Einfluss, aber da sie weder Reichtum noch Gewerbe noch irgendetwas haben, was für irgendjemanden begehrenswert wäre, außer 400.000 Mann [Soldaten], von denen sie mehr Aufhebens machen, als diese verdienen, können sie diese Dinge [allgemeine Macht und Einfluss] an einem fernen Hof [...] nur durch Geschäftigkeit und Intrigen erlangen“²⁰⁴.

Polen war jedoch kein entfernter Hof Russlands, sondern befand sich in unmittelbarer Reichweite jener 400.000 Soldaten, mit denen der Zar die Welt beeindrucken konnte – das war das Wesentliche seiner Lage, nicht zuletzt aus der Sicht Londons im Jahr 1815. Das Polnisch-Litauische Reich war 1795 von der Landkarte verschwunden. Der Versuch einer Verfassungsreform im Mai 1791 hatte das Interesse der englischen politischen Elite an Polen wieder geweckt. Die endgültige Teilung wurde jedoch als Tatsache akzeptiert, gegen die Großbritannien weder die Möglichkeit noch das Interesse hatte, ausdrücklich zu protestieren. Londons Hauptfeind, Napoleon, errichtete aus den von Preußen und Österreich annektierten Gebieten einen Rumpfstaat, das Herzogtum Warschau. Nach Kriegen, die ganz Europa erschütterten, verlor er jedoch am Ende, und auf dem Wiener Kongress musste entschieden werden, wie es mit Polen weitergehen sollte. Der Zar wollte das gesamte Gebiet des Herzogtums Warschau unter seine Herrschaft bringen und

204 „What the Russians are looking for everywhere is general power and influence, but as they have neither wealth nor commerce, nor anything that is desirable to anybody excepting 400,000 men, about whom they make more noise than they deserve, they can acquire these objects in a distant Court [...] only by bustle and intrigue“. Brief an Henry Wellesley vom 24.3.1815 – Arthur Duke of Wellington, Supplementary Despatches, Correspondence, and Memoranda, vol. IX, London 1862, S. 606.

es unter dem wiederhergestellten Namen Königreich Polen abtrennen mit dem Verlauf des Flusses Bug als Ostgrenze. Der wichtigste Vertreter Großbritanniens auf dem Kongress – neben Wellington –, der Staatssekretär des Foreign Office Lord Robert Stewart Castlereagh, war jedoch strikt gegen eine solche Lösung. Das Vereinigte Königreich wollte nicht, dass Russland in der Mitte Europas zu stark wäre. Es wollte an dieser Schnittstelle der drei Mächte – Russland, Österreich und Preußen – ein relatives Gleichgewicht herstellen. Wenn der Zar so gut zu Polen sein wolle, schlug Castlereagh mit einem ironischen Lächeln vor, dann solle er doch das gesamte Königreich Polen (nicht nur bis zum Bug) von Russland aus wieder aufbauen und ihm volle Unabhängigkeit, eine Verfassung und eine eigene Dynastie geben... Dieser diplomatische Schachzug Londons wird gewöhnlich als rein taktisches, propagandistisches Manöver betrachtet, mit dem der Zar gezwungen werden sollte, das Gleichgewicht zwischen den Teilungsmächten zu akzeptieren, und nicht als echte Wiederherstellung der gesamten und unabhängigen Adelsrepublik. Und wahrscheinlich war dies tatsächlich der Fall. Der Historiker der europäischen Diplomatie jener Zeit, Paul Schroeder, weist jedoch darauf hin, dass das grundlegende Ziel der britischen Politik in dieser Angelegenheit darin bestand, die Existenz eines stabilen und relativ starken Zentrums in Europa zu gewährleisten – damit weder ein neuer französischer Napoleon noch ein russischer Zar den Kontinent beherrschen würde. Ein starkes Österreich und ein von Russland unabhängiges Preußen sollten ein solches stabilisierendes Zentrum in Europa bilden²⁰⁵.

Aber vielleicht hätte Polen-Litauen – wenn es tatsächlich vollständig wieder aufgebaut worden wäre – auch eine solche Rolle spielen können? Diese – wenn auch eher theoretische – Frage beschäftigte die führenden britischen Außenpolitiker noch im Jahr 1815, und Józef Piłsudski träumte 105 Jahre später davon, seinem Land eine solche Rolle und Perspektive zurückzugeben. Leider dauerte der Kompromiss zwischen den Positionen Londons und St. Petersburgs, auf den man sich schließlich in Wien einigte, die ganze Zeit über an. Der Zar erhielt den größten Teil des Herzogtums Warschau, aber nicht alles, da Posen wieder unter preußische Herrschaft kam, während der größte Teil Westgaliziens an Österreich fiel. Es entstand ein winziges Königreich Polen, das im Osten durch den Bug begrenzt war und kein einziges Stück Land von den drei im 18. Jahrhundert an Russland gefallenen Teilungsgebieten umfasste. Gegen eine solche unbefriedigende Lösung rebellierten die Polen dann in den Aufständen von 1830–1831 und 1863–1864. London

205 Vgl. Paul Schroeder, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford 1994, S. 523–538; detaillierter zu diesem Thema: Adam Zamoyski, *Rites of Peace. The Fall of Napoleon & the Congress of Vienna*, London; New York 2007, S. 329–344, 415–417; siehe auch die interessante Polemik mit der Analyse Schroeders bei Piotr Wandycz, *Pax Europaea. Dzieje systemów międzynarodowych w Europie 1815–1914*, Kraków 2003, S. 64–66.

würde im Wesentlichen an dem in Wien mit dem Zaren erzielten Kompromiss festhalten. Hundert Jahre lang nach dem Wiener Kongress gewöhnte man sich an den Gedanken, ich wiederhole das, dass Polen verschwunden war, dass sein Wiederauftauchen auf der politischen Landkarte eher eine Quelle unnötiger Spannungen im „großen Spiel“ Europas sein würde. Tatsächlich entwickelte ein Teil der liberalen, romantisch gesinnten britischen Öffentlichkeit – mehr oder weniger bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts – eine Vision, deren kanonisches Modell in George Byrons wunderbarem Gedicht *The Age of Bronze* zu finden ist: das despotische, wilde Russland der Zaren versklavt eine tapfere Nation, Polen kämpft für die Freiheit, mit Kościuszko als Hauptsymbol, das sich den Zaren entgegenstellt²⁰⁶. Die konservative Meinung setzte sich jedoch hinsichtlich der Notwendigkeit einer Bewahrung der Ordnung durch – und Russland, selbst das zaristische, „barbarische“ Russland, war ein fester Bestandteil dieser Ordnung in Osteuropa. Dies war genau die Position von Wellington selbst, der den jungen Prinzen Nikolaj Pavlovič, den späteren Zaren Nikolaus I., 1816–1817 gerne aufnahm, dann als Vertreter Großbritanniens im März 1826 dem neuen Zaren in St. Petersburg persönlich zu seiner Thronbesteigung gratulierte und schließlich – bereits in seiner Rolle als Außenminister und Premierminister – die Spannungen in den britisch-russischen Beziehungen konsequent abbaute²⁰⁷.

Diese Vision, in der Russland vom britischen politischen Establishment als absolut notwendiger Partner für die Aufrechterhaltung der europäischen Ordnung akzeptiert wurde, wurde durch die Interessen beider Reiche gestört, die nicht an der Weichsel, sondern am Bosphorus aufeinandertrafen – im Osmanischen Reich und weiter entfernt in Asien, im Vorfeld – oder vielmehr den Vorgebirgen – Indiens, des größten Juwels in der Krone des britischen Empire. Die Konsequenz daraus war der Krimkrieg zwischen 1853 und 1855, in dem Russland und Großbritannien aufeinandertrafen. Arthur Balfour war zu dieser Zeit zwischen fünf und sieben Jahre alt. Wahrscheinlich konnte er sich persönlich nicht mehr an viel von dem Konflikt erinnern. Der internationale – oder besser gesagt interimperiale – Friedenskongress in Paris 1856, der den Krimkrieg beendete, schränkte, wie von London gewünscht, Russlands Ambitionen im Schwarzmeerraum entschieden ein und drängte St. Petersburg von Konstantinopel weg. Was die russische Herrschaft in Osteuropa, in den Gebieten des ehemaligen polnisch-litauischen Reichs, anbe-

206 Ausführlicher zu diesem Phänomen: John Howes Gleason, *The Genesis of Russophobia in Great Britain. A Study of the Interaction of Policy and Opinion*, Cambridge, Mass. 1950; über die letzten Symptome dieses Phänomens: Iwona Sakowicz-Tebinka, *Imperium barbarzyńców. Rosja Aleksandra II w brytyjskich opiniach prasowych*, Gdańsk 2011.

207 Siehe u. a. Schroeder, *Transformation*, S. 553–563, 639–662; W. Bruce Lincoln, *Mikołaj I*, Warszawa 1988, S. 63–64, 121–122.

langt, so hatte Großbritannien als Sieger des Krieges jedoch nicht die Absicht, etwas zu ändern. Für das Recht Polens auf Unabhängigkeit zu kämpfen, hätte natürlich einen viel längeren, kostspieligeren und blutigeren Krieg mit Russland erfordert, und der Sinn eines solchen Krieges wäre von der britischen Öffentlichkeit sicherlich nicht verstanden worden²⁰⁸.

Am nächsten großen internationalen Kongress nahm Arthur Balfour persönlich teil. Als Privatsekretär des neuen Leiters des Foreign Office, seines Onkels Lord Salisbury, war er auf dem Berliner Kongress von 1878 anwesend, der nach dem siegreichen Krieg Russlands gegen das Osmanische Reich einberufen wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein neuer Aspekt der britischen Sicht auf die mittel- und osteuropäischen Angelegenheiten deutlich, der mit der veränderten geopolitischen Lage zusammenhing. Es ging nicht mehr nur um Russland und die östliche (osmanische) Frage, sondern auch um die wachsende Stellung des Gastgebers des Kongresses (des seit sieben Jahren vereinigten Deutschlands) und um die Frage der deutsch-russischen Beziehungen. Der auf dem Kongress anwesende konservative Premierminister, Benjamin Disraeli, der oberste Wortführer des englischen Imperialismus, brachte Russland nicht nur um die Früchte seines Sieges über das Osmanische Reich, sondern schmälerte auch radikal das Projekt Großbulgariens, das eine Bastion des Einflusses St. Petersburgs Einfluss auf dem Balkan sein sollte – aber er trieb Russland auch in einen Konflikt mit Deutschland. Der „alte Jude“, wie Disraeli vom Gastgeber des Kongresses und deutschen Einiger, Reichskanzler Otto von Bismarck, liebevoll-feindselig genannt wurde, säte zum ersten Mal Misstrauen zwischen der russischen Diplomatie, der öffentlichen Meinung und Berlin. Denn unter Bismarcks offizieller Schirmherrschaft fand der Kongress statt, bei dem Russland eine demütigende Niederlage erlitt. Bismarck, dem es vor allem dank des Bündnisses mit St. Petersburg gelungen war, das Reich zu einigen, erwies sich als „undankbar“.

Warum strebten britische Politiker eine solche, gelinde gesagt, Lockerung der Beziehungen zwischen Russland und Deutschland an? Weil ein geeintes Deutschland nach der Demütigung Frankreichs 1871 auf dem Kontinent zu mächtig wurde und im Bündnis mit Russland den britischen Einfluss allmählich aus Europa verdrängen konnte, während Russland – mit der Unterstützung Berlins in der Mitte Europas – sich ungehindert den imperialen Eroberungen in Asien widmen konnte, d. h. dort, wo die Interessen Englands am meisten gestört waren: in Transkaukasien, Zentralasien, Afghanistan, Tibet. Indem er alle Balkanstaaten wie Schachfiguren im Spiel der Großmächte behandelte, indem er Bulgarien zerstückelte, indem

208 Siehe die Zusammenfassung des aktuellen Forschungsstands zu dieser Frage bei: The Crimean War 1853–1856. Colonial Skirmish or Rehearsal for World War, hg. v. Jerzy Borejsza, Warszawa 2011.

er Zypern für Großbritannien aus dem Osmanischen Reich herauslöste und vor allem indem er einen Keil zwischen Deutschland und Russland trieb, erreichte Disraeli das, was er bei seiner triumphalen Rückkehr nach London einen Frieden mit Ehre nannte. Genau dieselbe Formel sollte sechzig Jahre später von Neville Chamberlain bei seiner Rückkehr von der Münchner Konferenz verwendet werden, auf der er und Kanzler Hitler die Tschechoslowakei ehrenvoll gevierteilt hatten. Einige Beobachter des Berliner Friedens von 1878, die einen tieferen Einblick in die Situation der sich in diesem Spiel auf dem Brett bewegenden Bauern-Nationen hatten, scherzten bereits über das Sprichwort von der Ehre und erklärten, dass es sich wahrscheinlich um die Ehre unter Dieben handle...²⁰⁹.

Das war eine Lektion über die britischen imperialen Interessen und wie man sie ausspielt, die der junge Arthur Balfour auf dem Berliner Kongress erhielt. Jahre später, als Premierminister – ein Amt, das er als Nachfolger seines Onkels von Juli 1902 bis Dezember 1905 innehatte – setzte er das große geostrategische Konzept der Verhinderung der drohenden deutschen Vorherrschaft auf dem Kontinent um: Er unterstützte die Gründung der englisch-französischen Entente Cordiale vom 8. April 1904²¹⁰.

Arthur Balfour war seit 1815 bei den großen Ereignissen der europäischen Geschichte dabei – zumindest durch die familiäre Erinnerung – und wirkte seit 1878 selbst an ihnen mit. Zur Zeit des Ersten Weltkriegs war er bereits ein sehr erfahrener Politiker. Ab 1886 gehörte er verschiedenen Regierungen an (er sollte bis 1929 verschiedene Ministerposten bekleiden) und war von 1902 bis 1911 Vorsitzender der Konservativen Partei. Er vertrat Großbritannien als Außenminister auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und leitete 1922 die britische Delegation auf einer weiteren Konferenz der Großmächte in Washington. In die Geschichte der Weltpolitik ist er nicht nur als Mitbegründer der britisch-französischen Entente Cordiale eingegangen, sondern vor allem als Absender eines offiziellen Schreibens an Lord Walter Rothschild vom 2. November 1917, in dem er als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Namen der britischen Regierung die Schaffung einer „nationalen Heimstätte“ für die Juden im Gebiet Palästinas nach dessen Befreiung von der osmanischen Herrschaft ankündigte. Er sollte nicht nur die Geschichte Israels im 20. Jahrhundert einleiten, sondern später auch die des britischen *Commonwealth of Nations*, dessen Gründung er am 15. November 1926 als Vorsitzender einer Konferenz zu diesem Thema ankündigte und der die Autonomie der britischen Dominions bedeuten sollte. Die bloße Erwähnung der wichtigsten Ereignisse im Zusammenhang mit Balfours staatsmännischen Leistungen ist der beste Beweis dafür,

209 Siehe Wandycz, *Pax Europaea*, S. 160–177.

210 Siehe außer den erwähnten Biografien Balfours auch die Arbeiten zur Diplomatiegeschichte, etwa: A. J. P. Taylor, *The Struggle for Mastery in Europe 1848–1918*, Oxford 1971, S. 413–416.

dass er an der Spitze der britischen imperialen Elite stand. Der Patensohn des Bezwingers von Napoleon konnte sich als natürlicher Herrscher oder zumindest als Mit-Herrscher der Welt oder zumindest eines großen Teils von ihr fühlen.

Er war auch ein sehr reicher Mann. Im Jahr 1869 übernahm er das Familienerbe, das nach heutigen Preisen mehr als eine Viertelmilliarde Pfund wert war. Außerhalb der Politik begeisterte er sich für Tennis – er war der erste Präsident des International Ground Tennis Club of Great Britain. Er verstand sich auch als Philosoph: Als Absolvent des Trinity College in Cambridge präsentierte er seine Philosophie des kognitiven Pessimismus von seiner Dissertation zur Verteidigung des philosophischen Skeptizismus (1879) über eine Abhandlung über die Grundlagen des Glaubens (*The Foundations of Belief*, 1895) bis hin zu gelegentlichen Vorträgen fast bis an sein Lebensende, zeitweise fungierte er auch als Präsident der British Academy (1921–1928). Seine Distanz zu den Dingen dieser Welt, in die er doch so sehr verwickelt war, drückte sich auch in seiner Haltung zu anderen Menschen aus (er hat nie geheiratet, treu – wahrscheinlich – seiner 1875 an Typhus verstorbenen Verlobten, mit deren Geist er ab 1916 am Schwebetisch Kontakt aufzunehmen versuchte). Diese spezifische Distanz kam am besten in einem berühmten Ausspruch zum Ausdruck, der Balfour zugeschrieben wird: *Nothing matters very much, most of things at all*²¹¹.

Eine perfektere Verkörperung der *Splendid Isolation* kann es kaum geben. Auch andere Mitglieder der britischen Elite waren beeindruckt. Ein Journalist dieser Zeit formulierte es so: „Balfours spezifischer Stil wurzelte in einer geistigen Haltung – einer Überzeugung von der eigenen Überlegenheit, die erstens eine völlige Distanz zu den Gefühlen der menschlichen Rasse erforderte und zweitens die gewöhnliche Welt auf Abstand hielt“²¹². Das ist die Perspektive eines Halbgottes oder zumindest eines Übermenschen.

Wie konnten die „kleinen Angelegenheiten“ Osteuropas aus einer solchen Perspektive aussehen? Nicht sehr aufregend, natürlich. Sie mussten von oben, von einem sehr hohen Berg aus, betrachtet werden. Wenn Balfour um etwas besorgt war, dann um die Zukunft der Zivilisation als Ganzes. Ihr Fundament konnte natürlich nur England sein. Schon vor dem Weltkrieg hatte Balfour seine Besorgnis über das Schicksal der westlichen Zivilisation zum Ausdruck gebracht, die von innerer Dekadenz und gleichzeitig von der Invasion fremder Kulturen bedroht sei. In einem 1909 verfassten Memorandum als Antwort auf einen Brief von US-Präsident Theodore Roosevelt, der Balfours Bedenken teilte, schlug der Führer der britischen Konservativen einen praktischen Rettungsversuch vor: eine angloamerika-

²¹¹ Ausführlicher zu diesem Thema: John Gray, *The Immortalization Commission. Science and the Strange Quest to Cheat Death*, New York 2011, S. 63–79.

²¹² Harold Begbie, *Mirrors of Downing Street: Some Political Reflections*, London 1920, S. 76–77.

nische Konföderation der Vereinigten Staaten und Großbritanniens (mit ihrem imperialen Hinterland), bewacht von der Macht der britischen Marine. Eine solche vereinte Kraft würde die Zivilisation schützen. Balfour träumte keineswegs davon, die Herrschaft einer solchen Föderation auf die ganze Welt auszudehnen. Der Rest der Welt sollte ebenfalls in Föderationen aufgeteilt werden, um das Chaos zu minimieren. Natürlich schwächer als die anglo-amerikanische, aber mitverantwortlich für die globale Ordnung. Balfour hat sie aufgezählt. Er begann mit der russischen (die wahrscheinlich das gesamte Russische Reich bis zu den Grenzen des Deutschen Reiches umfasste), um dann die deutsche als zweite aufzuführen, die auch das österreichisch-ungarische Mitteleuropa umfasste, und dann die „lateinische“ (mit Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Belgien, dem französischsprachigen Teil der Schweiz und – warum auch immer – Griechenland). Eine eigene Föderation, japanisch oder chinesisch, ganz gleich welcher Art, sollte Asien kontrollieren – natürlich nur den Teil, der nicht bereits dem britischen Empire oder Russland zur Verfügung stand...²¹³. Die Ordnung aufrechterhalten angesichts des drohenden Chaos. Für diese Aufgabe die bestehenden Reiche nutzen, um mit ihnen die Last der Pflicht zu teilen, die elementare Ordnung zu verteidigen. Dies ist die Vision eines Staatsmannes, dessen Verantwortungsbewusstsein die ganze Welt umfasst. Aber dieser Mann weiß, dass er die Welt nicht retten, sondern nur versuchen wird, das Chaos so lange wie möglich zu kontrollieren.

Jetzt können wir diesen Standpunkt vielleicht etwas besser verstehen, den wir in der Denkschrift von Balfour finden, die in der britischen Regierung eine ernsthafte Debatte darüber eröffnete, ob und welchen Platz Polen zwischen dem Russischen und dem Deutschen Reich einnehmen sollte. Diese Denkschrift, auf die ich bereits im vorangegangenen Kapitel kurz eingegangen bin, ist es wert, genauer analysiert zu werden. Es sei daran erinnert, dass Balfour sie schrieb, als er noch Erster Lord der Admiralität und damit formell Minister in der Regierung von Herbert Asquith war, der er im Mai 1915 nach dem Rücktritt von Winston Churchill beitrug, der für das Scheitern der Landungsoperation in den türkischen Dardanellen verantwortlich gemacht wurde. Als ehemaliger Premierminister und Leiter der britischen Außenpolitik gab Balfour in der Denkschrift an seine Kabinettskollegen einen Überblick über die internationale Lage und die sich abzeichnenden strategischen Ziele Londons nach zwei Jahren des Großen Krieges. Hauptziel sei es, einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Und das ist es, was man sich zu Beginn dieser Analyse vor Augen halten muss – ein stabiler Frieden ist das Endziel. Dies ist der Standpunkt der gesamten Elite, die die Londoner Politik bestimmt. Es sei gleich hinzugefügt, dass dies sicherlich auch für die politischen Eliten in Paris,

213 Siehe die Besprechung dieses Dokuments bei Egremont, *Life*, S. 250–251.

aber auch in Berlin, Wien oder Petrograd und schließlich sogar für Lenin galt, der gerade davon träumte, die Revolution in eben dieses Petrograd zu bringen. Das Ziel war also der Frieden, aber die Wege dorthin stellte man sich anders vor, zum Beispiel durch eine Weltrevolution und die Abschaffung aller alten Staaten oder die Konsolidierung der deutschen Ordnung in der Mitte und im Osten Europas... Mein Interesse gilt hier, wie sich die Mitglieder der Regierung von Großbritannien einen stabilen Frieden vorgestellt haben (und erst dann werde ich noch einmal auf die Frage zurückkommen, ob ihre Ideen mit der Vision von Lenin übereingestimmt haben könnten...).

Im Herbst 1916 waren die Mittelmächte und ihre militärische Stärke das größte Hindernis für einen guten Frieden – einen guten Frieden aus der Sicht Londons. Balfour weist auf die Möglichkeit hin, dieses Hindernis zu beseitigen: das Gebiet, aus dem die Mittelmächte, also Deutschland und Österreich-Ungarn, ihre menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen beziehen, muss verkleinert werden, und gleichzeitig muss die Versuchung möglicher weiterer Aggressionen begrenzt werden, indem die neue Karte Europas „an das angepasst wird, was wir etwas vage das Prinzip der Nationalität nennen“ (*with what we rather vaguely call, the principle of nationality*)²¹⁴. Diese Formulierung zeigt erneut die Distanz des britischen Staatsmannes zu den kontinentalen Emotionen, die zu diesem Zeitpunkt die Form des „Nationalitätenprinzips“ annahmen. Balfour verurteilt dies nicht, sondern ist im Gegenteil bereit, dieses kontinentale Nationalitätenfieber auszunutzen, um ein kluges Ziel zu erreichen, nämlich einen dauerhaften Frieden. Das Problem des Wiederaufbaus Polens wird im weiteren Verlauf des Memorandums als besonders relevant in diesem Zusammenhang herausgestellt. Balfour stellt fest, dass sowohl Russland als auch Deutschland bereits die Notwendigkeit anerkennen und erklären, den Status Polens nach dem Krieg zu ändern. Obwohl eine eindeutige Erklärung der Mittelmächte zu dieser Frage – die Akte vom 5. November – erst fast einen Monat nach Balfours Denkschrift veröffentlicht werden sollte, hatten sich die ernsthaften politischen Diskussionen über die polnische Frage in Wien, Petrograd und Berlin bereits seit mehreren Wochen intensiviert. Da in Bezug auf Polen etwas getan werden müsse, da die Grenzen in Osteuropa, in einer geopolitisch so sensiblen Zone zwischen Deutschland und Russland, geändert werden müssten, hält es der britische Politiker für notwendig, über die Gründe und den Umfang einer solchen Änderung nachzudenken. Charakteristisch scheint die Verwendung von Argumenten in der Balfour-Denkschrift zu sein, die er nacheinander mit einer „rein britischen Sichtweise“ (*a purely British point of view*), „der Frage des europäischen Friedens“ (*the cause of European peace*) und „einem Vorteil für Westeuropa“ (*ad-*

214 Zitiert nach dem Balfour-Memorandum *The Peace Settlement in Europe* vom 4.10.1916 in: David Lloyd George, *War Memories*, Bd. 1, London [1935], S. 524.

vantage to Western Europe) rechtfertigt. Osteuropäische Angelegenheiten werden von London unter diesem Blickwinkel beurteilt: britische Interessen im Mittelpunkt, der Nutzen für Westeuropa wird am besten von diesem Zentrum aus gesehen, und letztlich kann man diese beiden Gesichtspunkte mit der Sache ganz Europas und des Friedens gleichsetzen. Mit der Sache der Rettung der Zivilisation... Von diesem Wachturm aus, der sich über London erhebt, kann man sehen, was mit Osteuropa zu tun ist.

Was ist also aus „britischer Sicht“ zu sehen? Zu den Ländern des russischen Teilungsgebiets (im Grunde nur das Rumpfkönigreich Polen von 1815) sollte „so viel wie möglich“ aus den Ländern des österreichischen und preußischen Teilungsgebiets hinzugefügt werden. Selbstverständlich in Übereinstimmung mit dem „Nationalitätenprinzip“, d. h. es sollte nicht zu weit nach Westen in die deutschen Gebiete geschoben werden. Balfour stellt jedoch fest, dass ein solches vergrößertes und abgetrenntes Polen nicht die volle Unabhängigkeit erhalten sollte, die die große Adelsrepublik einst genossen hatte. Als Vorwand für einen solchen Einwand wird die „alte Krankheit“ des einstigen Polens, nämlich die Anarchie, angeführt. Der eigentliche Grund ist jedoch, dass ein wiederaufgebautes, unabhängiges Polen „ein Gebiet ständiger Kämpfe zwischen Deutschland und Russland sein würde, und dass seine Existenz, die so weit davon entfernt ist, die Sache des europäischen Friedens zu unterstützen, eine ständige Gelegenheit für einen europäischen Konflikt schaffen würde“²¹⁵. So sollte das um einen Teil der österreichischen und preußischen Teilungsgebiete vergrößerte Polen, d. h. das Königreich Polen, unter russischer Herrschaft bleiben. Warum akzeptiert Balfour nun für Polen die Lösung, gegen die sein Patenonkel und Lord Castlereagh einhundert Jahre zuvor in Wien gekämpft hatten? Die Antwort ist einfach: im Namen des uralten Grundsatzes des Gleichgewichts der Kräfte. Im Jahr 1815 war das im Krieg gegen Napoleon siegreiche Russland auf dem Kontinent zu mächtig, und 1916 war das Deutsche Reich gefährlich mächtig. Es ist also besser, wenn Russland seine polnischen Besitztümer auf Kosten Deutschlands und seines österreichisch-ungarischen Verbündeten „abrunden“ lässt. Und warum sollte Polen nicht in die Unabhängigkeit entlassen werden? Balfour antwortet: „Selbst wenn ein solches Polen in der Lage wäre, die Rolle eines wirksamen Pufferstaates zu spielen (was ich bezweifle), bin

215 „It would be a theatre of perpetual intrigues between Germany and Russia, and that its existence, so far from promoting the cause of European peace, would be a perpetual occasion of European strife“. Ebd., Bd. 1, S. 525.

ich mir nicht sicher, ob ein solcher Staat zwischen Deutschland und Russland für Westeuropa von Nutzen wäre“²¹⁶.

Auf den Punkt gebracht, lässt sich diese Argumentation wie folgt zusammenfassen: Das Existenzrecht eines Landes, einer politischen Gemeinschaft in Osteuropa sowie seine Grenzen werden in erster Linie durch den Nutzen für Westeuropa bestimmt, der durch das Prisma des britischen Interesses betrachtet wird. Man kann sich also an das alte Klischee erinnern, wonach Polen und erst recht andere „kleine Länder“ der Region, die keine lange Staatstradition haben, nicht in der Lage sind, sich selbst zu regieren. Es ist besser, Polen von anderen regieren zu lassen. Es ist wichtig, wer dies tut und in welchem System. Da derzeit ein Krieg gegen Deutschland geführt wird, sollte dieses „Grenzland“, dieses „zwischenimperiale“ Gebiet lieber vollständig unter russische Kontrolle gestellt werden. Dies bedeutet, dass das „Nationalitätenprinzip“ mit dem strategischen Nutzen und der Ordnung in Einklang gebracht werden muss, die nur Imperien (die natürlichen Zentren der großen „Föderationen“, die kurz zuvor von Lord Balfour ins Auge gefasst worden waren) garantieren können. Alle Polen würden, mit einer gewissen Autonomie, unter russischer Herrschaft ihre „nationale Heimat“ finden. Es sei auch daran erinnert, dass 1815, als Wellington und Lord Castlereagh es vorzogen, das polnisch-litauische Reich so gleichmäßig wie möglich unter den drei Teilungsstaaten aufzuteilen, das „Nationalitätsprinzip“ von den Siegermächten noch nicht als akzeptabel angesehen wurde... 1916 war es schwierig, es ganz zu ignorieren – daher der „Kompromissvorschlag“, die Polen in einer „nationalen Heimat“ unter einem Zepher zu vereinen, immer noch einem russischen, damit es keine Unklarheiten gibt.

In Wirklichkeit geht es jedoch um etwas anderes, was Balfour nicht verschweigt: die Rechtfertigung von „Vorteilen“ für den Westen und insbesondere für London. Wenn Polen sich als unabhängiger Staat behaupten und Russland von Deutschland trennen würde, dann könnte Deutschland, gesichert durch einen solchen Puffer im Osten, seine Expansion in Westeuropa vorantreiben: „Frankreich und Großbritannien könnten darunter leiden“ (*France and Britain might be sufferers*). Russland hingegen könnte, wie bereits erwähnt, den polnischen Puffer nutzen, um ungehindert nach Osten zu ziehen und sich in Asien zu etablieren, wo seine Expansion die englischen Kolonien (Indien) und Einflussphären (Persien, Transkaukasien, Türkei, Tibet, China) am meisten bedrohen würde. Balfour schließt seine Argumentation mit einem Satz ab, in dem alle drei Perspektiven seines Memorandums zu einer vollkommenen Einheit verschmelzen: „Je mehr Russ-

216 „Even if such Poland were capable of playing the part of an efficient buffer State (which I doubt), I am not sure that a buffer State between Germany and Russia would be any advantage to Western Europe“. Ebd.

land eine europäische statt einer asiatischen Macht wird, desto besser für alle²¹⁷. Sollte diese Bemerkung nicht auch unter einem universellen, zivilisatorischen – also europäischen – Gesichtspunkt für richtig gehalten werden?

Die Abtretung des gesamten ethnischen Polens an Russland und die damit verbundene Westverschiebung der Grenzen des Zarenreichs bei gleichzeitiger Beibehaltung einer gemeinsamen Grenze zwischen Russland und Deutschland ist ein relativ einfaches Rezept für politischen und zivilisatorischen Erfolg. Würden wirklich alle zufrieden sein? Die Polen mögen von der Unabhängigkeit träumen, aber es wäre besser für sie (und auch für andere Nationen, die in dieser Region nach Unabhängigkeit streben und dadurch Russland von Europa, d. h. von Deutschland, wegbewegen könnten), wenn sie sie aufgeben würden. Sie können vielleicht nicht selbst erkennen, dass es ihnen ohne Unabhängigkeit besser gehen wird, aber das ist etwas, das man nur aus einer längeren Perspektive, aus größerer Entfernung sehen kann. Und wer hat eine längere Perspektive, wer hat mehr Abstand zu den Kleinigkeiten, die das Gesamtbild trüben, als diejenigen, die Erfahrung in der Leitung der globalen Politik eines Imperiums haben?

Die Haltung, die ich hier wiedergebe, ist zweifellos eines der tiefsten Fundamente der Appeasement-„Philosophie“: Vom Westen aus kann man besser sehen, wie man den Osten ordnen kann, denn der Westen ist die Zivilisation und gleichzeitig die Fähigkeit, andere zu zivilisieren oder zumindest die Tendenz der übrigen (wilden) Welt zu hemmen, in einen Zustand des Chaos zu fallen. Was Balfours Haltung von derjenigen anderer britischer Politiker, insbesondere optimistischer Liberaler, unterschied, war seine Distanz zu seinen eigenen Rezepten für die Rettung der Menschheit: denn die Menschheit kann nicht gerettet werden. Das Chaos lässt sich nicht aufhalten, man kann seinen endgültigen Triumph über die Zivilisation nur hinauszögern. *Life is delay* – Leben ist Aufschub – diese Lord Salisbury zugeschriebene Maxime reflektiert die besondere Weisheit jener Strömung des Konservatismus, die in immer ungünstigeren Zeiten sein Neffe Arthur Balfour vertrat.

Natürlich geht mit dieser Haltung eine grundsätzliche Abneigung gegen die Idee der sozialen Revolution einher, insbesondere in ihrer radikalen, bolschewistischen Version. Aber auch die neue Revolution, die bald – 1917 – ausbrechen würde, musste nur noch berücksichtigt werden als eine weitere Manifestation der ewigen Wildheit der unzivilisierten Welt, eine im menschlichen Wesen verwurzelte Wildheit. Man muss sich vor ihr schützen, aber gleichzeitig muss man sich auch mit der Tatsache abzufinden, dass anderswo, außerhalb des Empires, diese Wildheit und das Chaos triumphieren. Dieser feindselige Triumph muss zeitlich ver-

217 „The more Russia is made a European rather than an Asiatic Power, the better for everybody“. Ebd., S. 526.

schohen werden oder zumindest muss man seinen Fortschritt in Richtung des Herzens der Zivilisation, Westeuropas, Londons verlangsamen.

Der Große Krieg riss gerade in dem Augenblick einen Abgrund des Chaos auf, als Balfour die Würde des Ersten Lords der Admiralität mit dem Amt des Sekretärs des Foreign Office vertauschte. Die Position des Leiters der Außenpolitik übernahm er im neuen Koalitionskabinett, in dem der Liberale David Lloyd George im Dezember 1916 Premierminister wurde. Drei Monate später brach in Russland eine Revolution aus, aus der nach weiteren acht Monaten die bolschewistische Herrschaft zunächst in Petrograd und dann in ganz Zentralrussland hervorging. Großbritannien und Frankreich, die ab April 1917 von den Vereinigten Staaten unterstützt wurden, führten zu dieser Zeit weiterhin einen Krieg auf Leben und Tod gegen Deutschland und seine rasch schwächer werdenden Verbündeten. Das Kabinett von Lloyd George sprach in diesem Fall mit einer Stimme: Es wäre wunderbar, Russland – gerade in dieser Situation – wieder an Europa anzuschließen, d. h. das Bündnis Russlands mit den Westmächten zu erneuern. Dies war während des Krieges nicht gelungen, aber schon in den letzten Wochen, als die Niederlage Deutschlands unvermeidlich wurde, war es natürlich, auf den Gedanken zurückzukommen, was mit dem Osten Europas geschehen würde, wenn das Deutsche Reich die Kontrolle über diesen verlieren würde, die es nach dem Frieden von Brest-Litovsk mit den Bolševiki im März 1918 erlangt hatte. Wie würde sich das Recht Polens auf Unabhängigkeit, das bereits in der Erklärung von Präsident Wilson und Premierminister Lloyd George selbst anerkannt worden war, mit der Hoffnung auf eine Wiedereingliederung Russlands in die europäische Ordnung vereinbaren lassen? Wie würde das Chaos gestoppt werden können?

Seine Begrenzung war in erster Linie mit der Festlegung von Grenzen verbunden, die ihre Bedeutung verloren hatten. Dies sollte die Hauptaufgabe des Foreign Office sein, das die britischen politischen Positionen für die bevorstehende Friedenskonferenz vorbereiten sollte. Was Polen und seine Grenze zu Russland betrifft, so hatte Lord Balfour bereits im Oktober 1918 einen Vorschlag unterbreitet. Sein Memorandum zeugt von der Abwesenheit jeglicher Voreingenommenheit gegenüber Polen und von der gleichen distanzierten Haltung, deren Bedingungen wir bereits kennengelernt haben. Da die alliierten Mächte bereits die Verpflichtung übernommen hatten, ein unabhängiges Polen mit Zugang zum Meer wieder aufzubauen, kam Balfour zu dem Schluss, dass es theoretisch am einfachsten wäre, einen solchen Staat in einem Gebiet zu schaffen, in dem die Polen eine ethnische Mehrheit bildeten. Er stellte jedoch auch fest, dass „dieser Plan bestimmte Gebiete ausschließt, die ein erheblicher Teil der Polen aus historischen und sozia-

len Gründen gerne [an Polen] anschließen würde²¹⁸. Balfour erklärte in seinem Memorandum an den Premierminister weiter, dass die Polen „in den letzten 600 Jahren ihrer Geschichte“ (also auch im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Nichtexistenz des polnischen Staates?) große Gebiete im Osten erobert hätten, wo sie eine ethnisch kleine Minderheit bildeten. Er fügte aber auch hinzu, dass es nicht nur um historische Gründe gehe, die außer Acht gelassen werden könnten: „In Ostgalizien zum Beispiel, wie auch in Teilen Litauens, sind die reichsten und gebildetsten Schichten polnischer Herkunft, und obwohl diese Tatsache, soweit ich es beurteilen kann, unsere Position auf der Friedenskonferenz nicht beeinträchtigen sollte, können wir uns nicht vormachen, dass Galizien zu teilen und den Ruthenen, die in seiner östlichen Hälfte die Mehrheit bilden, die Erlaubnis zu erteilen, sich an ihre kleinrussischen Brüder [in Russland] anzuschließen, vielen polnischen Patrioten keinen Schmerz bereiten würde“²¹⁹.

Der konservative Außenamtschef forderte daher seinen liberalen Premierminister auf, nicht blind auf einfache ethnische Kriterien zu vertrauen. Balfour wusste, dass nichts auf dieser Welt einfach ist. Die Annahme eines rein ethnographischen Prinzips der Grenzziehung im Osten wäre für die Polen inakzeptabel – und das sollte nicht völlig außer Acht gelassen werden. Mehr noch, es sollte nicht unterschätzt werden, dass die Anwendung dieses Prinzips im Westen – d. h. bei der Grenzziehung zu Deutschland – wiederum für die Deutschen unannehmbar wäre, die fast ganz Oberschlesien mit seinen wertvollen Bergwerken und Stahlwerken sowie den größten Teil Großpolens abtreten müssten, wodurch sich die Entfernung zwischen Berlin und der Ostgrenze des Landes auf etwas mehr als hundert Kilometer verringern würde. Um die Deutschen nicht zu sehr zu verärgern, schlug Balfour vor, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, Danzig in eine freie Stadt umzuwandeln, anstatt es den Polen zu überlassen, und anstelle eines vollständigen Seezugangs für Polen den Transit über die Weichsel zum Freihafen von Danzig²²⁰.

Er präsentierte keine Lösung für die Frage der Ostgrenze des neuen Polens, obwohl er deutlich machte, dass ein Versuch, Galizien zu teilen, von den Polen als große Ungerechtigkeit angesehen werden würde. Die bloße Angliederung Galiziens an Polen dürfte keine Schwierigkeiten bereiten, da Galizien zu Österreich ge-

218 „This plan excludes certain territories which the large number of Poles for historic and social reasons would desire to include“. Arthur J. Balfour, Poland, October 1918 (Confidential), Parliamentary Archives (London), Lloyd George Papers [Im Folgenden: PA-LG], F/201/1.

219 „In Eastern Galicia, for example, and in parts of Lithuania, the wealthiest and most cultivated classes are of Polish origin, and though, so far as I can judge, this fact ought not to modify our policy at the peace Conference, we must not conceal from ourselves that, to divide Galicia and leave the Ruthenians who are in the majority in the Eastern half, to be joined to their Little Russian kinsmen, would create a very painful feeling among many Polish patriots“. Ebd.

220 Ebd.

hören, das ohnehin im Zerfall begriffen sei. In der Denkschrift akzeptierte er jedoch im Voraus die stillschweigende These, dass das neue Polen in dem Gebiet, das vor dem Ersten Weltkrieg zum Russischen Reich gehörte, nicht über das Gebiet des Königreichs Polen (bis zum Bug und im Norden bis Suwałki) hinausgehen würde – weil dies etwas war, das ein nach Europa zurückkehrendes Russland akzeptieren konnte. Und sonst nichts. Dies sei eine Grenze, bei deren Überschreiten das Chaos drohe.

2 Lewis Namier – oder die Rache auf der (polnischen) Landkarte

Noch aussagekräftiger als das Memorandum war die beigelegte farbige Karte, auf der die ethnografischen Verhältnisse (*racial distribution*) auf polnischem Gebiet dargestellt waren. Die farbenfrohen, leuchtenden Flecken konnten die Vorstellungskraft der elitären Empfänger dieses Dokumentenpakets, d. h. den Premierminister oder möglicherweise seine vertrauten Mitarbeiter, wahrscheinlich besser erreichen als die trockenen Argumente des Außenministers. Beginnen wir mit dem Ausschnitt, den diese Karte darstellt. Nun, sie endet im Osten kurz hinter der Bug-Linie. Die östlichsten auf der Karte markierten Städte sind Suwałki und Grodno im Norden, Brest in der Mitte und Przemysł und Lemberg (buchstäblich am äußersten Rand) im Süden. Wilna wird überhaupt nicht berücksichtigt, obwohl, wie wir wissen, sowohl in der Stadt selbst als auch in ihrer Umgebung das Kriterium der *racial distribution* einen prozentual überwiegend polnischen Bevölkerungsanteil anzeigen würde. Auch der größte Teil Ostgaliziens fehlt. Sie werden daher bei der Betrachtung der territorialen Reichweite der Gebiete, die das neue Polen vom Foreign Office „geschenkt“ bekommen könnte, gar nicht erst in Betracht gezogen. Das gesamte Gebiet der polnisch-litauischen Rzeczpospolita vor den Teilungen, insbesondere die Gebiete, die während der drei Teilungen (1772, 1793 und 1795) von Russland besetzt wurden, fehlt, und sei es auch nur, um an die Gebiete zu erinnern, auf die sich Balfour in seinem Memorandum bezieht, wenn er von der weitreichenden historischen Dominanz des polnischen kulturellen und politischen Elements schreibt. Das spielt überhaupt keine Rolle bei den Vorstellungen, der Diplomatie, den Entscheidungen, die durch die dem Memorandum des Leiters des Auswärtigen Amtes beigelegte Karte mitgestaltet oder jedenfalls inspiriert werden sollen.

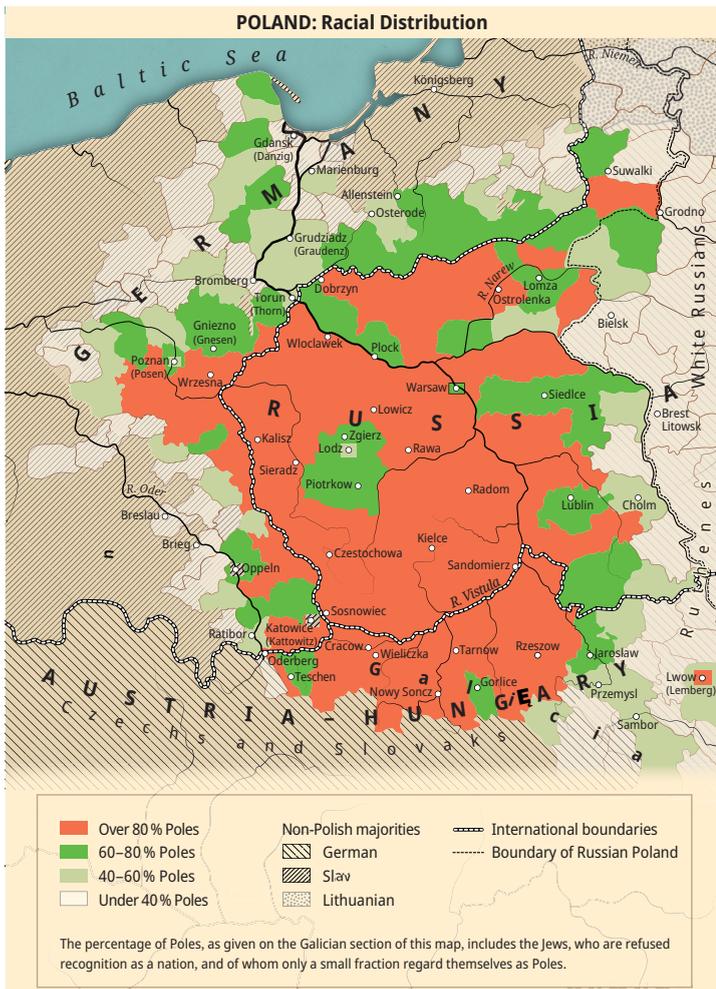
Nicht weniger eindrucksvoll ist die Darstellung der ethnischen Verhältnisse in dem Gebiet, das die Karte abdeckt. Die intensiv rote Farbe, die am auffälligsten ist, markiert die Gebiete, in denen, wie die Kartenlegende informiert, über 80 Prozent der Bevölkerung Polen sind. Dieses Gebiet umfasst den größten Teil des Königreichs Polen in seinen Grenzen von 1815 (auf der Karte werden die politischen Grenzen dieses auf dem Wiener Kongress beschlossenen Gebiets einfach als Russisch-Polen bezeichnet) sowie Westgalizien, etwa bis Rzeszów. Die rote („polnische“) Farbe dringt in das preußische Teilungsgebiet ein: im Süden Oberschlesiens und nördlich von Kattowitz, aber auch in mehr als der Hälfte Großpolens – südlich von Posen. Nach dem Kriterium der *racial distribution* sollte überall dort, wo es rote Farbe gibt, Polen sein. Dieses Gebiet endet jedoch im Osten etwa 20 Kilometer hinter Warschau, wohin ein grün markierter Landstreifen von Siedlce her verläuft. Diese Farbe steht für Gebiete, in denen 60–80 % der Bevölkerung Polen sind:

Gebiete, die eher – wenn auch nicht mehr unbestreitbar – polnisch sind. Die Farbe Grün umfasst Teile der Länder des Königreichs Polen, darunter die Stadt Warschau selbst, die Industrieregion Łódź mit Zgierz und Piotrków, Teile der Regionen Lublin, Siedlce, Płock und Łomża. In Galizien ist es ein Landstreifen von den Karpaten bis Gorlice und auch um Jarosław. In Oberschlesien ist es das Zentrum des Bezirks um Kattowitz, und auch der östliche Teil der Region Oppeln. Ebenfalls grün sind die Region Teschen, das nördliche Großpolen mit Gnesen und die unmittelbare Umgebung von Posen. Es gibt auch grüne „Inseln“ nördlich von Graudenz und in Pommerellen – in der Kaschubei, bis zur Küste, wo Putzig (Puck) und Großendorf (Władysławowo) liegen. Das Rot und das intensive Grün, zwei auffällige Farben, stehen in starkem Kontrast zu ihrer Umgebung: blasses Silber und blasses Creme. Ersteres kennzeichnet der Legende zufolge Gebiete, in denen Polen 40–60 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, während letzteres Gebiete bezeichnet, in denen Polen weniger als 40 Prozent stellen. Schon der Kontrast der Farben auf der Karte lässt vermuten, dass die mit blassen, hellen Farben markierten Gebiete nicht zu Polen gehören sollten. Natürlich mit einigen Ausnahmen, wie der Stadt Łódź, die selektiv rot markiert ist und von allen Seiten von „polnischen“ Farben umgeben ist, sowie dem südlichen Podlachien, das im Süden und Nordosten an rot markierte Gebiete angrenzt, und möglicherweise auch der Stadt Posen (ebenfalls „seladonfarben“). Sollte jedoch das Gebiet von Przemyśl oder Chełm, das 1912 von der zaristischen Verwaltung im Rahmen der Russifizierungskampagne vom Königreich Polen abgetrennt wurde, zu Polen gehören? Die in Seladon gezeichneten Gebiete sind im Osten benachbart mit Bereichen, die nur in Creme gefärbt sind – eine eindeutig „nicht-polnische“ Farbe. Ganz am südöstlichen Rand der Karte befindet sich auch das rot markierte (d. h. „polnische“) Lemberg, das von der seladonfarbenen Unterprovinz Lemberg umgeben ist. Von Westgalizien ist es jedoch durch einen deutlich cremefarbenen Streifen ethnisch nicht polnischer Gebiete getrennt. Bezeichnend ist auch, dass der Autor der Karte – ich werde gleich seine Personalien nennen – zu seiner Legende eine wichtige Erklärung hinzugefügt hat: „Der Anteil der Polen, die im galizischen Teil dieser Karte dargestellt sind, enthält Juden, denen das Recht verweigert wird, sich als Nation zu bezeichnen und von denen sich nur ein kleiner Teil als Polen betrachtet“²²¹.

Die Karte zeigt auch Gebiete, die von nicht-polnischen Mehrheiten bewohnt werden – „Litauer“ im Nordosten, „Deutsche“ im Westen und Norden und „Slaven“ im Osten. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Verfasser der Karte

221 „The percentage of Poles, as given on the Galician section of this map, includes the Jews, who are refused recognition as a nation, and of whom only a small fraction regard themselves as Poles“. Poland. Racial Distribution [Zu Balfours Memorandum „Poland“ vom Oktober 1918 beigefügte Karte], ebd.

nicht sagt, ob es sich bei dieser vom südlichen Teil von Przemyśl bis Grodno eingezeichneten Mehrheit um Russen, Weißrussen oder Ukrainer handeln soll. Diese sind im Allgemeinen (wie es in der Legende der Karte heißt) „Slaven“, die sich deutlich von den Polen unterscheiden und sich sogar gegen sie stellen – als ob die Polen nicht auch Slaven wären... Der Vorschlag des Verfassers der Karte ist klar: Polen, wie es nach dem Krieg anerkannt werden sollte, sollte an den zum Russischen Reich gehörenden Gebieten enden, und zwar spätestens an der Buglinie.



Karte 1: Karte zur Balfour-Deklaration, Oktober 1918. Rekonstruktion der Karte Namiers mit den Namen der Völker, Orte und Flüsse in Namiers originaler Schreibweise und mit Namiers Legende (außer seinen Zahlen für 'Prozentsätze unter 40', die wir aus Gründen der Übersichtlichkeit weggelassen haben)

Von den Ländern des preußischen Teilungsgebiets hätte es Anspruch auf einen Teil von Großpolen und Oberschlesien, aber nicht auf Pommerellen und schon gar nicht auf Danzig. In diesem Teil stimmt die Karte mehr oder weniger mit der Argumentation von Balfour überein. In Bezug auf Galizien, also das österreichische Teilungsgebiet, gibt es jedoch einen wichtigen Unterschied: Der Außenminister wies auf das Problem hin, das die Polen haben würden, wenn Galizien geteilt und seine östliche Hälfte an die (russische) Ukraine, das so genannte Kleinrussland, angeschlossen würde. Der Kartenersteller hat versucht, dieses Problem aus dem Weg zu räumen: Der größte Teil Ostgaliziens ist einfach nicht mehr auf der Karte zu sehen. Das betrifft Polen nicht, meint der Autor dieser kartografischen Arbeit, und gleichzeitig begründet er ausführlich mit Hilfe von Farben und statistischen Daten, dass die legitimen polnischen Ansprüche im Gebiet zwischen Rzeszów und Przemyśl enden. Für ihn ist die Teilung Galiziens offensichtlich. Es wird nicht klar, wem die östliche Hälfte dieses Landes des habsburgischen Reiches gehören sollte. Jedenfalls nicht Polen.

Nicht umsonst habe ich bei den Details der Karte, die das Foreign Office als Ergänzung zum Balfour-Memorandum vom Oktober 1918 gedruckt hat, so lange innegehalten. Denn von hier aus, so erlaube ich mir zu sagen, führt der direkte Weg zur Curzon-Linie. Über die große Bedeutung der Kartographie in den Auseinandersetzungen um die Neuaufteilung der Länder Osteuropas in der Endphase des Ersten Weltkriegs und bereits während der Pariser Friedenskonferenz wurde schon mehrfach geschrieben. Es wurde sowohl auf die große Wirkung der präzisen Karten hingewiesen, die Eugeniusz Romer für die „polnische Frage“ von 1916 bis 1919 (für die Pariser Konferenz) unter Berücksichtigung der historischen Umrisse der Rzeczpospolita vor den Teilungen erstellte, als auch auf die Karte von Włodzimierz Dworzaczek aus dem Jahr 1917, die Berechnungen der ethnischen Proportionen mit den Grenzen vor der Teilung kombinierte, sowie auf die „konkurrierenden“ Karten russischer und ukrainischer Autoren aus demselben Zeitraum²²².

Es waren jedoch nicht diese Karten, sondern die oben beschriebene Karte, die auf dem Konferenztisch landete oder zumindest in der politischen Vorstellungswelt des britischen Premierministers. Heute wissen wir, dass es sich um ein offizielles Dokument des Foreign Office handelte, auch wenn es nicht ganz die Meinung des Leiters des Foreign Office selbst wiedergab. Sie kam dorthin, weil sie auf eine Forderung des Premierministers selbst reagierte. Sie lieferte stichhaltige Argu-

²²² In breitem vergleichendem Kontext stellt diese Frage dar: Steven Seegel, *Mapping Europe's Borderlands. Russian Cartography in the Age of Empire*, Chicago; London 2012, S. 180–280; siehe auch Eugeniusz Romer, *Pamiętnik paryski, 1918–1919*, Wrocław 1989; Piotr Eberhardt, *Twórcy geopolityki polskiej*, Kraków 2006, S. 61–80.

mente zur Unterstützung der Ideen von Lloyd George. Dies ist der Grund für den außerordentlichen Erfolg des Verfassers dieser Karte bei der Gestaltung der britischen Politik für den polnischen und im weiteren Sinne den osteuropäischen Teil. Es ist an der Zeit, diesen Autor als zweiten aus dem *dramatis personae* vorzustellen, in einem gewissen praktischen Sinne vielleicht sogar wichtiger als Lord Balfour in der (Vor-)Geschichte der westlichen pro-sowjetischen Appeasement-Politik.

Es handelt sich um Lewis Namier. Er wurde 1888 als Ludwik Bernstein geboren, vierzig Jahre später als Lord Balfour. Er repräsentierte nicht nur eine völlig andere Generation, sondern auch ein völlig anderes Umfeld. Er wurde in „Russisch-Polen“ geboren, in einem Herrenhaus in der Region Lublin – in Wola Okrzejska (demselben Ort, an dem 1846 Henryk Sienkiewicz geboren wurde), in einer Familie reicher jüdischer Kaufleute, die das Anwesen bereits seit zwei Generationen besaß. Also ein polnischer Jude. Und aus einer Familie, die polonisiert und stark in den Kampf um die Unabhängigkeit Polens involviert war. Beide Großväter von Ludwik – Jakob Chaim Bernstein und Mojżesz (Maurycy) Sommerstein – nahmen am Januaraufstand teil; zahlreiche weitere Familienmitglieder zeichneten sich ebenfalls durch patriotische Aktivitäten an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert aus. Durch seinen Vater Józef, der mit seiner Familie in das österreichische Teilungsgebiet zog, wo er ein großes Landgut erwarb (fast tausend Hektar, mit dem Hauptsitz in Kobyłowlaki im Kreis Zaleszczyki in Podolien), wurde der junge Ludwik als Pole erzogen. Seine Eltern änderten ihren Nachnamen in Niemirowski und ließen sich in der römisch-katholischen Kirche taufen. Sie verschafften ihrem Sohn hervorragende Privatlehrer, darunter Edmund Wieliński (der spätere stellvertretende Bürgermeister von Lodz, der 1940 von den Sowjets in Starobelsk ermordet wurde) und Stanisław Kot (später ein bedeutender Historiker der polnischen Kultur und ein weniger glücklicher Politiker aus dem Umfeld von General Władysław Sikorski, ebenfalls Minister in der polnischen Exilregierung). Durch sie lernte Ludwik auch Marian Kukiel kennen (späterer General, ebenfalls ein großer Historiker, aber des Militärs und – wie Kot – Minister in der Regierung Sikorski), einen Teilnehmer an der polnischen Militärverschwörung und Mitarbeiter von Piłsudski. Nachdem er sein Abitur in Tarnopol abgelegt hatte, ging der junge Niemirowski 1906 zum Studium an die Universität Lemberg. Hier sollte er dem Polentum entfremdet werden. War es ein Konflikt mit den Studenten der polnischen Universität, unter denen es eine starke national-demokratische Orientierung und eine damit verbundene antisemitische Haltung gab? Wir wissen es nicht mit Sicherheit. Sein Freund aus späteren Jahren, Arnold Toynbee, Autor des monumentalen Werks „A Study of History“, berichtet in seinen Memoiren, dass der junge Ludwik im Zug zufällig den verächtlichen Beinamen gehört haben soll, mit dem seine Mit-

reisenden – polnische Großgrundbesitzer – seinen Vater bedachten: „Graf von Jerusalem“²²³.

Ludwik Niemirowski wollte kein Pole mehr sein – unabhängig davon, ob dieser Vorfall oder andere Erfahrungen diese Entscheidung beeinflusst haben. Er verließ Lemberg, um in Lausanne (wo Vilfredo Pareto einer seiner Professoren war) und dann an der London School of Economics zu studieren, wo er die Vorlesungen des Begründers der angelsächsischen Geopolitik, Halford Mackinder, hörte, der in diesem Buch bereits erwähnt wurde. Schließlich landete er in Oxford, wo er von 1908 bis 1911 am Balliol College Geschichte studierte. Dies verschaffte ihm Zugang zur Elite des britischen Empires. In der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden am Balliol College unter anderem Lloyd Georges Vorgänger als Premierminister, der Führer der Liberalen Herbert Asquith, sein Außenminister Edward Grey und der frühere Inhaber dieses Amtes – in der konservativen Balfour-Regierung – Lord Henry Lansdowne, sowie der nächste Leiter des Foreign Office Lord Curzon ausgebildet. Zusammen mit dem Neuankömmling aus Podolien studierte Arnold Toynbee. Einige Jahrgänge unter ihnen studierten in Balliol unter anderem der spätere große Demaskierer totalitärer Utopien Aldous Huxley und der zukünftige konservative Premierminister Harold MacMillan. Es wimmelte nur so von Kindern von Mitgliedern des Unterhauses, des Oberhauses, von Generälen und Prokonsuln der britischen imperialen Politik. Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs gab es wahrscheinlich keine exklusivere Kadenschmiede als Balliol. Ludwik Bernstein ergriff die Chance, die sich ihm durch das Studium an einem solchen Ort bot. Er änderte seinen Namen in Lewis Namier und erlangte dank seiner phänomenalen sprachlichen Fähigkeiten und seiner außerordentlichen historischen Gelehrsamkeit Anerkennung unter seinen Kollegen aus der „Gesellschaft“ und unschätzbare Kontakte. Diese Welt hat ihn zweifelsohne beeindruckt. Und er stieg so schnell und so tief wie möglich in sie ein. Im Jahr 1913 erhielt er die britische Staatsbürgerschaft. Als der Krieg ausbrach, meldete er sich freiwillig zum Militärdienst an der Front. Dort fand er durch seine Balliol-Kollegen schnell die Unterstützung von Vertretern aus den höchsten Ebenen des britischen Establishments. Zunächst war es die Intervention des Vaters eines seiner Kollegen, des Gouver-

223 Siehe Arnold J. Toynbee, *Acquaintances*, London 1967, S. 62–65. Die beste polnische Einführung in die Biographie Namiers ist die Studie Andrzej A. Ziębas, *Historyk jako produkt historii, czyli o tym, jak Ludwik Bernstein przekształcał się w Lewisa Namiera*, in: *Historyk i historia. Studia dedykowane pamięci Prof. Mirosława Franćicia*, hg. v. Adam Walaszek, Krzysztof Zamorski, Kraków 2005, S. 149–174; von den englischen Arbeiten muss man an erster Stelle die Monographie von Julia Namier erwähnen: *Lewis Namier. A Biography*, London 1971; zu Namiers Wahl einer neuen Identität siehe insbesondere: Amy Ng, *Nationalism and Political Liberty. Redlich, Namier, and the Crisis of Empire*, Oxford 2004; Norman Rose, *Lewis Namier and Zionism*, Oxford 1980.

neurs von Sudan Reginald Wingate, der bereits im September 1914 an das Kriegsministerium schrieb, um sich für den „außergewöhnlich klugen Juden“ (*exceptionally clever Jew*) einzusetzen. Ein anderer Kollege aus Balliol, Lord Eustace Percy, später Minister in der konservativen Regierung der 1930er Jahre, veranlasste schließlich im März 1915 Namiers Versetzung aus dem Militärdienst in das Foreign Office, wo die sprachlichen Talente und außergewöhnlichen Kenntnisse des galizischen Neuankömmlings nützlicher sein konnten als in den Schützengräben²²⁴.

Zunächst arbeitete er im Wellington House, einem separaten Zentrum für britische Propaganda, wo er für die Durchsicht der polnischen Presse und der Presse anderer Nationen des Habsburger Reiches zuständig war und unter anderem Materialien über die Propaganda unter den Polen in Amerika erstellte. 1917 wurde er in das Intelligence Bureau in der Informationsabteilung des Foreign Office versetzt, wo er zu den in diesem auftauchenden Vorschlägen und Konzepten bezüglich Osteuropas mutiger Stellung nehmen konnte. Im März 1918 wurde das Bureau in das Political Intelligence Department (PID) umgewandelt, das die Position Londons für die bevorstehende Friedenskonferenz vorbereiten sollte. Dies gab dem talentierten Balliol-Absolventen noch mehr Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen. Bereits in der ersten Phase seiner Karriere im Auswärtigen Amt lieferte sich Namier trotz seines sehr niedrigen Postens eine Art Duell mit Roman Dmowski, als dieser im Herbst 1915 nach London kam, um die Unterstützung britischer politischer Kreise für sein Projekt der Wiederherstellung Polens (damals noch unter russischer Schirmherrschaft) zu suchen. Namiers privater Rachefeldzug gegen den Führer der Nationaldemokratie gewann ab März 1917 an politischer Bedeutung, als nach dem Sturz des Zaren die polnische Sache, die Dmowski gegenüber den westlichen Alliierten vertrat, in Form eines Plans zur Wiedererrichtung eines unabhängigen Staates realistisch dargestellt werden konnte. Jedes Memorandum, das Dmowski dem Foreign Office in dieser Angelegenheit vorlegte, wurde von Namier mit einem bissigen Kommentar beantwortet. Dieses ebenso merkwürdige wie ungleiche – so scheint es – Duell zwischen dem Hauptbefürworter der polnischen Sache gegenüber den westlichen Alliierten, einem bereits über 50 Jahre alten Politiker und einem halb so alten Emigranten aus Podolien, einem „kleinen“ Beamten des Foreign Office, hat bereits eine eigene, umfassende Literatur²²⁵.

224 Die Umstände der Versetzung von Namier ins Foreign Office werden von Rose, Namier, S. 11–13, dargestellt, über sein Studium in Balliol und dessen Bedeutung für Namier schreibt Ng, Nationalism, S. 67–70; siehe auch Namier, Lewis Namier, S. XX.

225 Siehe u. a. Paul Latawski, The Dmowski – Namier Feud, 1915–1918, in: Polin 2 (1987), S. 37–49; siehe auch die Polemik zwischen diesem Autor und Jędrzej Giertych in Bezug auf Namier, ebd. 5 (1990), S. 303–326; Mark Baker, Lewis Namier and the Problem of Eastern Galicia, in: Journal of Ukrainian Studies 23 (1998), Nr. 2, S. 59–104; Tadeusz Piszczkowski, Anglia a Polska 1914–1939 w

Ich möchte dieses Duell hier nur deshalb erwähnen, weil es sich auf den künftigen Erfolg der Idee auswirkt, das bolschewistische Russland mit territorialen Zugeständnissen „zufriedenzustellen“. Namiers Stärke in diesem Duell war zunächst einmal nur seine tatsächliche Kompetenz in Bezug auf die ethnischen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen in Osteuropa, insbesondere auf dem Gebiet Galiziens und des Königreichs Polen sowie dessen Grenzgebiet zum Rest des russischen Reiches. Einen besseren Kenner Ostgaliziens als den an der London School of Economics und in Oxford ausgebildeten Sohn eines Gutsherrn aus Kobylówłoki in Podolien gab es im gesamten Foreign Office, vielleicht sogar in ganz Westeuropa, nicht. Als Dmowski 1917 sein grundlegendes Memorandum über die gewünschte territoriale Form des wiederaufgebauten Polens – „Problems of Central Europe“ – verfasste und an einflussreiche Politiker der Entente schickte, nutzte Namier seine Kompetenzen, um jedes Argument des Führers der Nationaldemokratie für die Eingliederung der Gouvernements Kowno, Wilna, Grodno, eines Teils von Minsk, Wolhynien und ganz Ostgaliziens sowie ganz Oberschlesiens, Posens und Westpreußens (Pommerellens) in Polen zu widerlegen. Namier lehnte nicht nur die aufeinanderfolgenden Punkte dieses Projekts ab, sondern verhöhnte es und seinen Verfasser sogar. Gleichzeitig war die Kenntnis der Tatsachen kein ausreichendes Motiv für dieses Verhalten, sondern ging mit einer eigentümlichen, für Polen stets äußerst ungünstigen Interpretation der Tatsachen einher. Andere Mitarbeiter des Foreign Office, Namiers Vorgesetzte, haben dies gespürt. Als im September 1917 ein Gegenargument gegen Dmowskis Territorialprogramm auf dem Schreibtisch von Lord Balfour landete, wurde es von Namiers Vorgesetzten für den Außenminister mit folgendem Kommentar versehen: „Ich glaube seiner Meinung nicht. [Namier] ist ein vehementer Gegner von Dmowski, und vieles von dem, was er sagt und schreibt, ist durch diese Abneigung motiviert“²²⁶. Balfour las jedoch den Text von Namier und fasste die Lektüre in seiner üblichen distanzier-ten Art zusammen, indem er erklärte, dass er den Eindruck habe, dass die Polen mehr Rechte auf Posen hätten als auf die Gebiete östlich des Bug – *but I am no expert*. In dieser Situation holte Balfour die Meinung eines weiteren Experten ein, Professor Charles Oman, Präsident der Royal Historical Society und Vertreter der Universität Oxford im britischen Parlament. Dieser erinnerte sich daran, dass er

światle dokumentów brytyjskich, Londyn 1975, S. 49–62; Janusz Pajewski, Dwie zachodnie opinie wobec koncepcji granic państwa polskiego (1917, 1919), in: Studia Historica Slavo-Germanica, Poznań 1977, Bd. 6, S. 139–155; Bartłomiej Rusin, Lewis Namier a kwestia „Linii Curzona“ i kształtowanie się polskiej granicy wschodniej po I wojnie światowej, in: Studia z Dziejów Rosji i Europy Środkowo-Wschodniej 48 (2013), S. 95–116.

226 „I do not believe in his judgment. He is a violent opponent of Dmowski & much of what he writes & says is colored by this dislike“. Zit. nach: Baker, Lewis Namier, S. 68.

Namier kürzlich an der Universität geprüft hatte, und bezeichnete ihn als sehr egozentrisch und streitsüchtig. Er bewertete seinen Kommentar zu Dmowskis Frage nach den Grenzen Polens als „in einem Geist übertriebener Feindseligkeit geschrieben und die polnische Frage von der schlechtesten Seite her dargestellt“²²⁷.

Die Objektivität Namiers als führender Experte für polnische Angelegenheiten wurde nicht nur von Professor Oman in Frage gestellt. Auch der persönliche Sekretär von Lord Balfour, Sir Eric Drummond (ab 1919 Generalsekretär des Völkerbundes), hatte keinen Zweifel daran, dass Namier extrem voreingenommen war. Bereits am 6. April 1917 hatte er auf diese Weise auf den Versuch Namiers reagiert, seine Vorgesetzten im Foreign Office im Zusammenhang mit der wenige Tage zuvor erlassenen und für die polnische Sache entscheidenden Proklamation der Russischen Provisorischen Regierung zu beeinflussen, die das Recht Polens auf Unabhängigkeit (wenn auch in noch unbestimmten Grenzen) nach dem Sturz des Zaren anerkannte. Namier nutzte seinen Kommentar wie üblich, um Dmowski anzugreifen und bezeichnete ihn und seine Anhänger als „Black Hundred Crew“. Man dürfe Dmowski und seinen „Reaktionären“ nicht die geringste Beachtung schenken, mahnte Namier. Nach der Lektüre dieses Kommentars stellte Drummond fest, dass natürlich alles, was zur Internationalisierung der polnischen Sache und ihrer Anerkennung durch die Westmächte führen würde, von der Mehrheit der Polen mit Begeisterung begrüßt würde und keineswegs nur ein „Dmowski-Komplott“ sei. Der Sekretär von Balfour zog ein klares Fazit: „Sein [Namiers] Angriff auf Dmowski und andere Polen ist, im Gegensatz zu dem, was er sagt, rein persönlich und völlig ungerecht. [...] Ich misstraue den Schlussfolgerungen und Aussagen von Namier zutiefst und hielte es für bedauerlich, wenn Sie sich davon beeinflussen ließen“²²⁸.

Der persönliche Sekretär des Leiters des Foreign Office richtete diese Worte an Philip Kerr, den persönlichen Sekretär des Premierministers. Es handelt sich also um einen Meinungs austausch zwischen den engsten Mitarbeitern und Vertrauten der beiden wichtigsten Konstrukteure der britischen Außenpolitik. Was könnte im Hinterzimmer-System der großen Politik wichtiger sein als die Korrespondenz zwischen den „persönlichen Sekretären“ des Außenministers und des

227 „Written in a spirit of exaggerated hostility, making the worst of the Polish case wherever it is possible to do“. Zit. nach: ebd., S. 68–69, siehe auch Pajewski, *Dwie zachodnie opinie*, S. 146; Latawski, *Dmowski-Namier Feud*, S. 43–46.

228 „His attack on Dmowski and other Poles is, in spite of what he says, purely personal and quite unjust. [...] I profoundly distrust Namier's conclusions and statements and I think it would be very regrettable if you allowed yourself to be influenced by their plausibility“. Eric Drummond an Philip Kerr, 6.4.1917, National Archives of Scotland, Edinburgh, Philip Kerr Papers [im Folgenden: NAS-PK], GD/40/17/872/2. Siehe Namiers Memorandum an Kerr vom 2.4.1917 bezüglich der Provisorischen Regierung Russlands über die Unabhängigkeit Polens, NAS-PK, GD/40/17/872/3.

Premierministers der britischen Regierung? Dennoch hat Namier seine Stellung nicht verloren. Im Gegenteil, er hat sie so gestärkt, dass er nicht nur unangefochten der einflussreichste Experte des Foreign Office zu territorialen und politischen Fragen Osteuropas blieb, sondern auch trotz wiederholter Kritik anderer Experten an seiner fragwürdigen Unparteilichkeit, waren es Namiers Karten und Kommentare, und nicht die Bemerkungen von Lord Balfour, und später dessen Nachfolgers Curzon, die die konkreten Entscheidungen von Premierminister Lloyd George zu Polen, insbesondere zu dessen Grenzen, entscheidend beeinflussten. Was war der Grund für die angesichts seines Ranges in der Ämterhierarchie so unverhältnismäßig hohe Bedeutung von Namier als Berater? Die Antwort ist einfach. Namier fand, wie ich bereits erwähnt habe, den kürzesten Weg zum Premierminister. Dieser Weg führte über Philip Kerr, den Mann, der von Ende 1916 bis Herbst 1920 Lloyd George am nächsten stand und den Fluss der Informationen steuerte, die auf dessen Schreibtisch gelangten. Im April 1917 war es Kerr, der Drummond und dessen Chef Balfour die Gedanken Namiers zur polnischen Frage empfahl. In einem Schreiben vom 5. April schrieb er, dass er Namier als einen in Balliol ausgebildeten jungen Juden aus Polen empfehle, den er seit mehreren Jahren kenne und wegen seiner herausragenden Intelligenz schätze²²⁹. Ich werde Kerr in Kürze ausführlicher vorstellen, ebenso wie die Gründe, warum ihm die Meinungen des jungen Balliol-Absolventen so gefielen. Hier sollte ich noch mehr darüber sagen, was Namier seinen Vorgesetzten in den folgenden Monaten seiner Arbeit im Political Intelligence Department vorlegte und wie er das tat.

Eine der wirkungsvollsten Manipulationen mit Daten über Polen, die er vornahm, um seine Position zu verteidigen und Dmowski einen Schlag zu versetzen und teilweise dessen Ruf in den Augen des Premierministers oder zumindest seines persönlichen Sekretärs zu schädigen, war die Berichterstattung von Namier über Artikel in der polnischen Presse über das ungeordnete Privatleben von Lloyd George. Es stimmt, dass der Premierminister eine Geliebte hatte, und man könnte sogar sagen, dass er jahrelang wie ein Bigamist lebte, mit zwei Frauen: seiner rechtmäßigen Ehefrau und seiner Sekretärin (früher die Gouvernante seiner Tochter), Frances Stevenson. Unter den Mitgliedern der politischen Elite Großbritanniens, insbesondere den Ministerkollegen, war es ein Tabuthema. Auch die britische Presse hat im Allgemeinen diskret darüber geschwiegen. Wie Namier Kerr im November 1917 berichtete, vermutete die polnische Zeitschrift „Przegląd Polityczny“ in ihrer Ausgabe vom September 1917 ganz offen, dass der britische Premierminister „unter dem Einfluss einer Frau zweifelhafter Herkunft (nicht italienisch, nicht österreichisch, wahrscheinlich jüdisch) stand, die hochintelligent war und

229 Brief P. Kerrs an E. Drummond vom 5.4.1917, NAS-PK, GD/40/17/872/1.

mit der er eine schwer zu definierende Beziehung hatte“. und außerdem, dass der Premierminister gerade wegen dieses Einflusses euphemistisch ausgedrückt nicht sehr wohlwollend war, was die polnische Frage anbelangte. Namier hatte nicht den geringsten Zweifel daran, dass dies Dmowskis Werk war und ein Ausdruck des typisch polnischen Antisemitismus²³⁰. Ob Dmowski vom Antisemitismus so verblendet war, dass er einen so großen politischen Fehler beging, wie es das Schreiben dieses Artikels gewesen wäre, wissen wir nicht. Wir wissen jedoch, dass ein solcher Text geschrieben wurde, er in der Übersetzung von Namier noch an Schärfe gewann und in dieser Fassung und mit dem oben genannten Kommentar den Sekretär des britischen Premierministers erreichte. Hat Kerr diese unangenehme Information an seinen Chef weitergegeben? Das wissen wir nicht.

Was wir wissen, ist, dass sich anderthalb Jahre später, in der turbulenten Zeit der Pariser Friedenskonferenz, als über das Schicksal der polnischen Grenzen entschieden wurde, die Geschichte wiederholte. Namier übermittelte dem Sekretär des Premierministers erneut Zeitungsausschnitte aus der polnischen Presse sowie seine Übersetzungen und Kommentare. Diesmal ging es um Artikel von Henryk Korab Kucharski, einem Spezialisten für Sensationsklatsch, die im „Kurier Warszawski“ veröffentlicht worden waren. Die populäre Zeitung war mit der Partei der Nationaldemokratie verbunden. In einem Artikel (vom 1. April) wurde angedeutet, dass Lloyd George Danzig nicht an Polen zurückgeben wolle, „wahrscheinlich, um jemandem, der ihm nahesteht (???) , zu gefallen“. Namier gab noch seinen Senf dazu und schrieb, was nicht im polnischen Original stand, dass sich der Hinweis auf die angebliche jüdische Geliebte des Premierministers bezog, was Kerr und Lloyd George vielleicht an den oben zitierten Artikel von 1917 erinnerte. Weiter berichtete er über eine Polemik, die zwischen dem „Kurier Warszawski“ und der Piłsudski-Presse, d. h. der „Gazeta Polska“, entbrannt war, in der zusätzlich suggeriert wurde, dass der „Kurier“ (lies: Dmowski) nicht nur Lloyd George, sondern auch dessen persönlichen Sekretär angreife – wie die „Gazeta Polska“ schrieb – „Herrn Philip Kerr, einen der führenden englischen Politiker [...], der Polen sehr freundlich gesinnt ist“. Die so von Namier zusammengestellte Presseauswertung wurde mit einer spezifischen Zusammenfassung versehen, die an den von den „undankbaren Polen“ übers Ohr gehauenen Kerr gerichtet war: „auf der Pariser Friedenskonferenz sind wir zu nachgiebig gegenüber den unverschämten Forderungen Polens (seines Vertreters auf der Konferenz – Dmowski) in der Frage der Ostgrenze, und währenddessen macht sich Dmowski einen Spaß daraus, Zeitungs-

230 Siehe Namiers Brief an Kerr vom 22.11.1917 mit der diesem beigefügten Übersetzung des Artikels aus dem „Przegląd Polityczny“ (The Polish Question In International Politics), NAS-PK, GD 40/17/875. Zum Privatleben Lloyd Georges siehe die neueste Monographie von Ffion Hague, *The Pain and the Privilege. The Women in Lloyd George's Life*, London 2008.

artikel zu inspirieren“. „Es ist notwendig, Konsequenzen zu ziehen!“, mahnte Namier am Ende seines Briefes²³¹.

Aber war der Erfolg von Namiers Standpunkt unter den britischen außenpolitischen Entscheidungsträgern nur mit solchen Argumenten verbunden, die sich auf das Privatleben bezogen, um Lloyd George und seinen persönlichen Sekretär so viel wie möglich zu irritieren? Nein. Sicherlich waren solche „Tricks“ hilfreich bei der Gestaltung von Vorurteilen gegen Polen und insbesondere gegen Dmowski, aber sie allein wären nicht ausreichend gewesen. Ich muss andere, eher politische Argumente anführen, die Namier verwendete. Auch deshalb, weil Lloyd George selbst sich nur auf politische Argumente und nicht auf persönliche Ressentiments berufen konnte, um sein Vorgehen gegenüber Polen zu rechtfertigen, und auch bezüglich dessen Ostgrenzen und Haltung gegenüber Russland.

Ich werde hier nicht auf die zahlreichen Memoranden, Kommentare und Notizen eingehen, die Namier zwischen April 1917 und April 1920 zu polnischen Themen verfasst hat – auch weil sie zum großen Teil bereits von anderen Forschern ausgewertet worden sind²³². Ich werde mich nur auf einige charakteristische Beispiele konzentrieren, die wichtig sind und sich in der Politik Lloyd Georges gegenüber Polen und Osteuropa in der für uns interessantesten Zeit, nämlich nach dem April 1920, auf unterschiedliche Weise wiederholen. Halten wir also zunächst fest, dass die Karte der ethnischen Verhältnisse, die wir zuvor so ausführlich erörtert haben und die dem Balfour-Memorandum vom Oktober 1918 beigelegt war, zwar keine Unterschrift trägt, es aber keinen Zweifel daran gibt, dass niemand anderes als Namier ihr Urheber gewesen sein kann. Das liegt nicht nur an ihrer Genauigkeit, sondern vor allem an den Annahmen, die sie enthält. Die wichtigste, die alle früheren und späteren Memoranden Namiers im Auswärtigen Amt getreu begleitete, lief auf folgende These hinaus: Die größte Gefahr für Osteuropa ist der polnische Imperialismus, d. h. jegliche polnischen Ansprüche auf Gebiete östlich des Bug und weiter als Rzeszów (maximal: Przemyśl) im Gebiet von Galizien. Im Mai 1917 erklärte der ehemalige Ludwik Niemirowski, dass östlich dieser Linie „Klein-

231 Brief Namiers an Kerr vom 18.5.1919, mit der beigelegten Übersetzung eines Artikels H. Korab Kucharskis (What About the Eastern Frontiers?) aus dem „Kurier Warszawski“ vom 8.5.1919; siehe auch Namiers Brief an Kerr vom 24.4.1919 mit dem von ihm beigelegten „Dmowski contra Lloyd George“ aus der Pilsudski-nahen „Gazeta Polska“ 1919, Nr. 156, sowie Korab Kucharskis Bericht „Z kongresu z „Kuriera Warszawskiego“ vom 1.4.1919. Beide Materialien in NAS-PK, GD 40/17/895 und 897.

232 Siehe insbesondere die weiter oben zitierten Studien von Piszczkowski, Baker, Rusin und Nowak-Kielbikowa (Polska – Wielka Brytania, S. 60–62) sowie Anna Cieniał, Polityka brytyjska wobec odrodzenia Polski, in: Zeszyty Historyczne (Paris), 1969, Nr. 16, S. 76–79; und schließlich die leicht tendenziöse Darstellung von Taras Hunczak, Sir Lewis Namier and the Struggle for Eastern Galicia, 1918–1920, in: Harvard Ukrainian Studies 1 (1977), Nr. 2, S. 198–210.

russen“ und „Weißrussen“ lebten – zwei Zweige eines einzigen russischen nationalen „Baumes“, den man nicht zerteilen dürfe. Seit November 1918, als der ukrainisch-polnische Krieg um Lemberg und Ostgalizien ausbrach, waren es die Rechte der Ukrainer, die sich als Vorwand erwiesen, Anschuldigungen gegen jenen polnischen Imperialismus zu formulieren. Ziemlich bald begannen sie nicht nur den reaktionären „Schwarzhundertschaftler“ Dmowski zu betreffen, sondern auch Józef Piłsudski. Julia Namier erinnerte sich daran, dass Piłsudski für den jungen Ludwik Bernstein ein „Idol“ gewesen war. Seit Ende 1918 war dieses „Idol“ jedoch bereits Opfer von Namiers ständigen Angriffen als der polnische Staatschef, der genau dieses verhängnisvolle Programm des polnischen Imperialismus umsetzte. In den Augen von Namier und den offiziellen Texten wurde er zu einem „politischen Wrack“. Ähnlich verhält es sich mit dem neuen Ministerpräsidenten der polnischen Regierung, dem im Westen nicht nur als Pianist bewunderten Ignacy Paderewski, den der junge Analytiker des Foreign Office mit einem starken Beiwort beschrieb: *fantastic liar, if anything worse than Dmowski*. Namier beschrieb auch die neuen bäuerlichen Politiker mit Verachtung, die nach den ersten demokratischen Wahlen zu Beginn des Jahres 1919 den polnischen Sejm füllten, wo „die Atmosphäre nun wie die in einem Waggon dritter Klasse eines osteuropäischen Zugs sein wird“²³³.

Ich führe diese Stellungnahmen kurz an, um zu betonen, dass Versuche, Namiers Haltung zu Polen und der Frage seiner Ostgrenze allein als Ergebnis seiner Feindschaft zu Dmowski und der Nationaldemokratie oder als Folge seiner Bauernmanie darzustellen, die ihrerseits angeblich seine Sympathien auf die Ukrainer lenkte, eher fehl am Platz sind. Der energische Experte des Foreign Office nutzte jedes Argument, das er finden konnte, um zu beweisen, dass Polen im Unrecht war. Einmal war er dafür, alles östlich des Bugs und von Przemyśl an Großrussland zu übergeben, dann wieder unterstützte er die Forderungen der Westukrainischen Volksrepublik. Wenn nicht die Ukrainer, dann solle die Tschechoslowakei Ostgalizien in ihre Föderation aufnehmen, und wenn nicht Prag, dann solle der Hohe Kommissar des Völkerbundes dieses Gebiet übernehmen. Alle außer Polen²³⁴. Namier war sogar bereit zu akzeptieren, dass die Herrschaft des bolschewis-

233 „The atmosphere of the Polish Parliament will be that of an East-European third-class railway-carriage“. L. Namier, *The Polish Elections*, NA, Foreign Office [Im Folgenden: FO] 371/3897/30573, 27.2.1919; siehe auch James Headlam-Morley, *A Memoir of the Paris Peace Conference 1919*, eds. Agnes Headlam-Morley, Russell Bryant, Anna Cienciała, New York 1972, S. 70 (hier Namiers Ansicht über Paderewski aus dem Frühjahr 1919); vgl. Namier, *Lewis Namier*, S. 137–139 (hier die Bemerkungen über Namiers Verhältnis zu Piłsudski), aber auch Ng, *Nationalism*, S. 123–124.

234 Siehe die Übersicht über diese Ideen bei Cienciała, *Polityka brytyjska.*, S. 84–86 sowie Hunczak, *Sir Lewis Namier*, S. 204–205.

tischen Russlands bis zum Bug besser wäre, als wenn die Polen diesen Fluss überqueren würden. Er stritt sich in diesem Punkt mit seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem stellvertretenden Leiter des Political Information Department, James Headlam-Morley. Letzterer warf Namier vor, den totalen Zusammenbruch Polens der Entwicklung seines verhängnisvollen „Imperialismus“ im Osten vorzuziehen. „Ich glaube, ich unterscheide mich von Ihnen gerade darin, dass Sie den Bolschewismus im Großen und Ganzen für ein geringeres Übel als den polnischen Imperialismus zu halten scheinen“, schrieb er an Namier in einem Brief vom 27. Februar 1919 (ich möchte daran erinnern, dass dieser „polnische Imperialismus“ zu diesem Zeitpunkt in den Kämpfen mit den Ukrainern um Lemberg und Przemyśl zum Ausdruck kam, während die polnische Armee gerade erst begonnen hatte, den ersten Angriff der Roten Armee im Westen Weißrusslands, der sich dem Bug näherte, zurückzuschlagen)²³⁵.

Die erste polnische Offensivaktion im Osten, Piłsudskis Wilna-Operation in der zweiten Aprilhälfte 1919, wurde von Namier nicht nur mit kritischen Anmerkungen gewürdigt, die im Foreign Office zirkulierten und an den Premierminister geschickt wurden, sondern auch in einem Artikel im „Manchester Guardian“, einer äußerst meinungsbildenden liberalen englischen Zeitung. Darin sagte er – nicht ohne Grund, wie wir wissen – voraus, dass die Überschreitung der Buglinie durch die Polen die Bol’ševiki (das „weiße“ Russland war zu diesem Zeitpunkt noch sehr schwach) zu Verteidigern der großrussischen Idee machen, ihre Popularität in Russland stärken und zu einer Gegenoffensive der Roten Armee gegen Polen, einer Annäherung Sowjetrusslands an Deutschland und dem Entstehen einer neuen Welle der Anarchie in Osteuropa führen würde. Piłsudskis Föderationsprogramm, das während der Wilna-Operation verkündet wurde, betrachtete er als einen schlechten Deckmantel für den gleichen, nur noch perfideren Imperialismus als den bei Dmowski. Jener Imperialismus treibe nämlich die „bäuerlichen“ Völker der Region, d. h. die Ukrainer („Kleinruthenen“), „Weißruthenen“ oder Litauer in die Arme der Bol’ševiki, die von ihnen als das kleinere Übel gegenüber der Herrschaft der „polnischen Herren“ betrachtet würden²³⁶.

235 „Where I think we differ is that you on the whole are inclined to regard Bolshevism as a lesser evil than Polish Imperialism“. Headlam-Morley, Memoir, S. 36; vgl. Baker, Lewis Namier, S. 79–81.

236 Namiers Artikel [als „A Correspondent“], Polish Ambitions, in: Manchester Guardian vom 21.4.1919, S. 6; vgl. Rose, Lewis Namier, S. 15; siehe auch Namier, Lewis Namier, S. 139–141.

Namier wies auch auf die Judenfrage hin. Auf Initiative von Paderewski, den er so sehr kritisierte, wurde er nach Paris eingeladen, um dem polnischen Ministerpräsidenten als einflussreicher Experte im Foreign Office seinen Standpunkt zur Zukunft der Juden in Polen darzulegen. Namier sprach sich nachdrücklich gegen Versuche der Assimilierung der Juden aus und forderte, ihnen das Recht auf nationale Selbstbestimmung in Polen zu gewähren. Als Paderewski darauf hinwies, dass die Juden in Frankreich oder Deutschland ja auch die Sprache und Kultur dieser Länder übernommen hätten, antwortete Namier, die Polen sollten sich fragen, ob sie wirklich eine zehnpromzentige jüdische Minderheit wollten, die die polnische Sprache angenommen und sich assimiliert und einen ihrer Größe entsprechenden Einfluss auf die polnische Kultur, Wissenschaft und den Journalismus erlangt hätte, wie das die zehnmal kleinere assimilierte jüdische Gemeinschaft in Deutschland oder in Frankreich erreicht habe. „Dann müsst ihr [Polen] eine andere Sprache annehmen, wenn ihr auf eure Weise denken wollt [und nicht jüdisch]“, bemerkte Namier mit seiner üblichen Ironie²³⁷. Das zionistische Programm, das er am meisten befürwortete, ist für uns hier weniger von Interesse. Wichtig ist, dass Namiers Position eine Konsequenz für die Frage nach der Zukunft des polnischen Staates und seiner Ostgrenzen hatte: Juden durften nicht zu der sich mit Polen identifizierenden Bevölkerung gezählt werden, auch wenn es – wie vor allem in den größeren Städten – stark assimilierte Gruppen unter ihnen gab. Für die Zwecke seiner Berechnungen darüber, was Polen territorial zusteht, oder besser gesagt nicht zusteht, ging Namier davon aus, dass jeder Jude, ebenso wie jeder Vertreter einer ostslawischen Minderheit (Ukrainer oder Weißrussen), als Opfer Polens behandelt werden sollte, oder zumindest als dessen natürlicher Feind. Dies stand im Widerspruch zu seinen familiären Erfahrungen und führte schließlich zum völligen Bruch mit seinem Vater, der dem Programm der Assimilation und dem polnischen Patriotismus treu blieb. Als im Juni 1919 Soldaten der westukrainischen Armee Józef Bernstein-Niemirowski heftig verprügelten und sein Gut plünderten, die Ukrainer Namiers Mutter und seine Schwester in einem Lager internierten, hat er seine antipolnische Haltung trotzdem nicht geändert. Er wies darauf hin, dass die Schuld an dieser Situation wie üblich beim „polnischen Imperialismus“ liege (obwohl er gleichzeitig Piłsudski um Hilfe bei der Befreiung

237 „Then you will have to adopt a different language if you want to think your own thoughts“. Lewis Namier, *Conflicts. Studies in Contemporary History*, London 1942, S. 167 (Erinnerung an die Gespräche mit Paderewski im Mai 1919 in Paris); siehe auch zu diesem Thema Rose, Lewis Namier, S. 19–21.

seiner Mutter und Schwester aus ukrainischer Gefangenschaft bat). Später erläuterte er seine unnachgiebige Haltung in einem langen Brief an seinen Vater, aber schließlich wurde er von diesem testamentarisch vollständig enterbt, weil er gegen das Polentum kämpfte. Namier hatte sicherlich Recht, als er verschiedene Aspekte des polnisch-jüdischen Konflikts, den realen Antisemitismus unter den Polen und gleichzeitig den Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Juden gegen die Assimilierung feststellte, aber er lag gewiss falsch, als er zu dem Schluss kam, dass alle Juden in Polen seine Abneigung gegen das Polentum und den polnischen Staat teilten²³⁸.

Die Annahme einer solchen Perspektive, wonach alle ethnischen Minderheiten im Bereich der polnischen Staatsbestrebungen in ihrer *Gesamtheit* Polen feindlich gesinnt seien, führte unweigerlich zum Konzept des kleinstmöglichen Polens, das auf seinem Territorium so wenige Minderheiten wie möglich beherbergt. Nur ein solches Polen könne überleben, dank der gnädigen Unterstützung durch die westlichen Siegermächte. Jede andere Art von Polen – ob in Dmowskis nationalistischer oder Piłsudskis föderalistischer Version – würde eine Destabilisierung der Region, ein für ganz Mittel- und Osteuropa gefährliches Chaos und letztlich die Selbstzerstörung des polnischen Staates selbst bedeuten. Dies war die grundlegende Prämisse aller von Namier erstellten Gutachten zur Frage der Grenzziehungen in Osteuropa. Dies war der Ursprung seiner hartnäckig aufrechterhaltenen Vorstellung von der polnischen Grenze von Suwałki bis zum Bug, entlang dieses Flusses, und dann – bereits in Galizien – entlang des San. Entsprechend der zuvor erörterten Karte im Anhang zum Balfour-Memorandum vom Oktober 1918 wurde die Karte in die Memoranden von Namier vom 9. Dezember 1918 und dann am 7. Januar 1919 übernommen. Namier kämpfte weiterhin mit seinen Texten, Stellungnahmen und Datensammlungen (immer so ungünstig wie möglich für Polen), um die Übergabe Ostgaliziens an Warschau zu verhindern. Er bedauerte, dass der Einfluss von Politikern und Experten aus den Vereinigten Staaten und Frankreich seine Argumente blockierte²³⁹. Für die britische Regierung und insbesondere für Premierminister Lloyd George selbst waren jedoch, wie wir noch sehen werden, die von Namier vorgelegten Daten und ihre Interpretationen die wichtigste Expertenquelle für die gewünschte (minimale) Form Polens.

238 Siehe Jan Pisuliński, *Nieznany list brytyjskiego historyka*, in: *Zeszyty Historyczne* (Paris), 2002, Nr. 141, S. 225–232 (hier Namiers Brief an seinen Vater vom 31.10.1919); vgl. Baker, Lewis Namier, S. 95–96; A. Zięba, op. cit., S. 169–172.

239 Siehe Piszczkowski, *Anglia*, S. 73–78; Rusin, Lewis Namier, S. 101–105; Baker, Lewis Namier, S. 92–93; Namier, Lewis Namier, S. 146–147.



Abb. 7: Polnische Soldaten bei der Verteidigung Lembergs im Jahre 1919; Sammlungen des Zentrums „Karta“.

Ich möchte daher drei konkrete Beispiele für dieses Expertenwissen näher beleuchten. Das erste ist ein umfangreiches Memorandum, das Namier Ende 1919 verfasste und das sich mit Ostgalizien befasst²⁴⁰. Darin sammelte der Autor noch einmal alle Gründe, die die bereits getroffene Entscheidung der Großmächte, dieses Gebiet an Polen abzutreten, untergraben sollten. Es ist wahrscheinlich, dass dieses Memorandum mit den handschriftlichen Anmerkungen Namiers zwischen dem 21. November, als der Oberste Rat der Pariser Friedenskonferenz Polen das Mandat erteilte, Ostgalizien für einen Zeitraum von 25 Jahren unter der Kontrolle des Völkerbundes zu verwalten, und dem 22. Dezember, als es Polen gelang, eine Aussetzung des Beschlusses über die Befristung des Mandats in Ostgalizien zu erwirken, geschrieben wurde²⁴¹. Namier beginnt mit der Religionsstatistik: In Ostgalizien gebe es nach seinen Angaben 3,2 Millionen griechische Katholiken, 1,15 Millionen römische Katholiken und 625.000 Juden. Er betont jedoch sofort, dass nicht nur die Juden nicht zu den Menschen gezählt werden dürften, die mit der polnischen Herrschaft in Galizien einverstanden seien, sondern auch, dass Versuche, einige griechische Katholiken als propolnisch zu betrachten, fehlgingen, und dass nicht jeder römische Katholik als Pole betrachtet werden könne. Durch diese Interpretation der Statistiken kann er zu dem Schluss kommen, dass es in keiner Gegend Ostgaliziens eine polnische Mehrheit gebe. Eine Ausnahme könnte Lemberg

²⁴⁰ [L. Namier], East Galicia, PA-LG, F/202/1-16.

²⁴¹ Siehe *Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu...*, Bd. 2, S. 344 und 376.

sein (das von Namier durchweg mit seinem deutschen Namen bezeichnet wird), aber selbst in diesem Fall weist der Verfasser der Denkschrift den Gedanken an die Zugehörigkeit der Stadt zum Polentum zurück. Er weist darauf hin, dass, obwohl die Polen 55 Prozent der Einwohner der Hauptstadt Galiziens stellten, doch „sehr viele von ihnen importierte polnische Beamte sind, genau wie die deutschen Beamten, um deren Nichtberücksichtigung [in den Statistiken] im Falle der polnischen Provinzen unter der einstigen deutschen Herrschaft wir ständig gebeten wurden“. Also: Auch eine polnische Mehrheit in der Hauptstadt Ostgaliziens ist ein künstliches Gebilde, das westliche Staatsmänner als Argument für die Zuweisung dieses Gebiets an Polen nicht gelten lassen sollten. Im Übrigen, so Namiers weiteres Gegenargument, könne der polnische Charakter einer Großstadt nicht als Grundlage für die Abtretung Galiziens an Polen herangezogen werden, denn umgekehrt wäre eine deutsche Mehrheit in Riga sonst eine Prämisse für die Abtretung ganz Lettlands an Deutschland, ebenso wie ein überwiegend deutsches Kattowitz oder Beuthen eine Prämisse für die Abtretung ganz Oberschlesiens an Deutschland, und nicht an Polen wäre.

Namier weist das historische Argument der polnischen Seite zurück, wonach das Gebiet Ostgaliziens von 1340 bis 1772 zum polnischen Staat gehörte. Stattdessen führt er ein originelles geografisches Argument gegen die Zugehörigkeit des Gebiets zu Polen an. Er stellt fest, dass „Polen im Wesentlichen ein Land des Weichselbeckens ist (*Poland is essentially the country of the Vistula basin*), Ostgalizien liegt im oberen Teil des Dnestrbeckens“, und dass die Grenze zwischen den Einzugsgebieten der beiden Flüsse – von denen der erste in die Ostsee und der zweite in das Schwarze Meer mündet – die grundlegende Trennlinie Osteuropas sein solle. Er ging in seinem geografischen Determinismus so weit, dass er im Grunde behauptete, Polen könne nur ein *privislinskij kraj* sein. Er untermauerte dies mit einem strategischen Argument: Eine polnische Grenze von Suwałki über Białystok, Brest und weiter in Galizien über Przemyśl und Sanok bis zu den Karpaten würde eine ideale Verteidigungslinie bilden. Andererseits müsste Polen, wenn es Ostgalizien gewinnen sollte, um es von Norden her zu sichern, auch Wolhynien erreichen, das zu Russland gehöre (im Dreieck Równo-Dubno-Łuck, wo es, wie Namier behauptete, nur 8 Prozent Polen gebe), und noch weiter – Wilna. Namier protestierte vehement gegen ein „weiteres heiliges Relikt“ (*another sacred relic*) neben Lemberg, wie er es spöttisch nennt, nämlich die Anerkennung von Wilna als polnische Stadt. Er verkündete, indem er die Statistiken zum Nachteil der Polen verzerrt, dass der Anteil der polnischen Bevölkerung in der Region Wilna nicht mehr als 20 % betrage. Die Polen, so schlussfolgerte er, wiederum unter drastischer Manipulation von Statistiken, müssten in Gebiete vordringen, die von 20 Millionen (sic!) Nicht-Polen bewohnt werden, um Ostgalizien von Norden her strategisch zu sichern. Er fasst diesen Teil seiner Argumentation mit einer eindeutigen Schluss-

folgerung zusammen: Wenn Ostgalizien Polen nur vorübergehend (unter der Kontrolle des Völkerbundes) zugesprochen wird, dann „wird dem polnischen Imperialismus im Osten der Boden entzogen werden“ (*the bottom is knocked out from under Polish imperialism in the East*).

Schließlich hat Namier eine klare geostrategische Rechtfertigung dafür, das umstrittene Gebiet nicht an Polen abzutreten. Wir sollten beachten, dass er sich nicht mehr auf die nationalen Rechte der Ukrainer bezieht, sondern auf die unvermeidlichen Forderungen und „Bedürfnisse“ des großen Russlands, das früher oder später wiedergeboren werde. Mit dem Besitz Ostgaliziens und dem damit verbundenen „Imperialismus“ setze sich Polen einem aussichtslosen Kampf mit Russland aus – es kam Namier nicht einmal in den Sinn, die Ansprüche Russlands auf Ostgalizien als imperialistisch zu bezeichnen. Die Polen plädierten dafür, dass sie eine gemeinsame Grenze mit Rumänien durch Ostgalizien wollen. Namier lehnt dieses Argument als unmoralisch ab, denn man könne nicht einfach ein fremdes Territorium besetzen, nur um eine Grenze zu einem anderen, potenziell verbündeten Land zu erhalten. Im nächsten Satz des Memorandums entwickelt er selbst jedoch genau die gleiche Argumentationsweise, nur eben gegen Polen. Er stellt fest, dass eine gemeinsame polnisch-rumänische Grenze die Tschechoslowakei von Russland abschneiden würde (in der Tat: von Russland; in Namiers Memoiren findet sich kein Wort über die Ukraine, über deren nationale Rechte er zuvor so eifrig und überzeugend geschrieben hatte), und das hätte fatale Folgen. Abgeschnitten von Russland werde die Tschechoslowakei von ihrem westlichen Nachbarn, Deutschland, beherrscht. Hätte die Tschechoslowakei eine gemeinsame Grenze mit Russland, läge sie in der Interessenzzone Russlands und wäre somit weniger der Versuchung eines Bündnisses mit Deutschland ausgesetzt, der schlimmsten geopolitischen Kombination für die Westmächte. Kurzum: Es wäre besser für Russland (oder die Tschechoslowakei), Ostgalizien unter seine (ihre) Kontrolle zu bringen – im Namen einer gemeinsamen russisch-tschechoslowakischen Grenze, die für die europäische Ordnung wichtig ist... Ein fatales russisch-deutsches Bündnis könne entstehen durch „ihren [d. h. der Polen] kranken Imperialismus“. Außerdem, so sagte Namier voraus, würden die Polen über Ostgalizien ein Bündnis nicht nur mit Rumänien, sondern auch mit Ungarn suchen, dem sie helfen würden, die Slowakei von den Tschechen zu lösen. Ein solcher polnisch-rumänisch-ungarischer Block (Namier hat hier, wohlgemerkt, das Grundproblem, nämlich wie man Ungarn mit Rumänien, die sich bis aufs Blut um Siebenbürgen streiten, versöhnen könne, bemerkenswert glatt übergangen) werde die Tschechoslowakei und Jugoslawien, die vom polnischen und ungarischen „Imperialismus“ bedroht seien, in die Arme Deutschlands treiben. Dies widerspreche natürlich, so Namier, unseren, d. h. den britischen Interessen.

Die Interessen, im wahrsten Sinne des Wortes, werden von Namier auch im letzten, handschriftlich verfassten Teil des Vermerks angesprochen. Er bemerkt, dass die Polen durch die Anwendung ethnischer Kriterien bereits Kohleminen in Oberschlesien erhalten hätten und nun Ölfelder in Ostgalizien erhielten – „weil sie es wollen“. All dies werde von den Franzosen wirtschaftlich genutzt werden, die die Ölkonzessionen in dem Gebiet erwerben würden. Dies sei ein weiterer Grund für Großbritannien, gegen die Anerkennung Ostgaliziens als Teil Polens zu sein²⁴².

Über die weitere Zukunft schrieb er im Dezember 1919 in einem weiteren Memorandum, in dem er verzweifelt versuchte, gegen die damalige Entscheidung zu protestieren, Ostgalizien bereits unbefristet an die Polen abzutreten. In diesem Zusammenhang ergänzte er die zuvor genannten Zahlen, indem er erklärte, dass, wenn Ostgalizien, „ein Land mit fünf Millionen Einwohnern, von denen vier Millionen die Polen tödlich hassen, formell an Warschau übergeben wird, wir uns für immer verpflichten, die polnischen imperialistischen Ansprüche auf russisches Gebiet zu unterstützen“. Man beachte, dass Galizien in Namiers Fall nun wieder als „russisches“ Gebiet galt. Als Geschichtsabsolvent erinnerte er an die Verpflichtung, die Großbritannien im Vertrag von 1839 eingegangen war, der die belgische Unabhängigkeit garantierte, und an die Folgen, die sich daraus ergaben: die Beteiligung Großbritanniens an einem Krieg um die Unabhängigkeit Belgiens 75 Jahre später, das vom Deutschen Reich angegriffen wurde. Er fragte also rhetorisch und prophetisch: „Sollen wir uns verpflichten, Polen beizustehen, wenn 1999 ein Konflikt um Ostgalizien ausbricht?“²⁴³. In einer separaten Denkschrift vom Dezember 1919, die dieser diplomatischen und geopolitischen Abhandlung beigelegt war, schlug Namier dem Sekretär des Premierministers vor, die Vorschläge des neuen britischen Gesandten in Warschau, Sir Horace Rumbold (auf ihn werde ich später näher eingehen), zurückzuweisen, der behauptete, dass eine Untergrabung der Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen zu einer sehr ernsten politischen Krise in Warschau und einer Meuterei in den Reihen der polnischen Armee führen könnte, was wiederum die Stabilität der antibolschewistischen Front gefährden würde. Namier überzeugte Kerr, dass es sich hierbei um eine weitere Erpressung und plumpe Lüge seitens der Polen handelte, die bereits die Entscheidung, ihr Mandat in Ostgalizien auf 25 Jahre zu begrenzen, „geschluckt“ hatten. „Aber“, so schloss er

242 Alle Zitate im vorigen Absatz stammen aus: [L. Namier], East Galicia, PA-LG, F/202/1-16.

243 „By signing the Treaty handing over to Poland East Galicia, a country of five million inhabitants of which four million are bitterly hostile to the Poles, we should be binding ourselves for ever to support Poland's imperial claim to Russian territory. [...] Shall we bind ourselves to stand by Poland if a conflict breaks out over East-Galicia in 1999?“ [L. Namier], The Poles demand [...], NAS-PK, GD 40/17/910/1. Das Memorandum mit handschriftlichen Korrekturen Namiers ist undatiert, wurde aber sicherlich Ende November oder Anfang Dezember 1919 verfasst.

ironisch in seiner Argumentation und seinem Memorandum, „sind wir nicht schließlich an die polnischen Lügen über Ostgalizien gewöhnt?“²⁴⁴.

Diese rhetorische Frage und die reale Wut, mit der Namiers spätere Texte verfasst wurden, die vor dem „polnischen Imperialismus“ im Osten warnten, waren Ausdruck des wachsenden Gefühls der Hilflosigkeit, das ihren Autor ergriff. Angesichts des Scheiterns der Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des „weißen“ Russlands, des vorherigen Zusammenbruchs der Westukrainischen Volksrepublik und der Stabilisierung der Front zwischen der Roten Armee und der polnischen Armee einige Dutzend bis einige hundert Kilometer *östlich* der von Namier postulierten Linie, die zur Grenze Polens und zum Damm für seinen „Imperialismus“ werden sollte, waren Frankreich und die Vereinigten Staaten bereit, bezüglich Ostgaliziens zur Tagesordnung überzugehen und gleichzeitig die Frage der Grenzziehung zwischen Polen und Russland in den Gebieten des ehemaligen zarischen Teilungsgebiets offen zu lassen. Dies geht aus den beiden Beschlüssen des Obersten Rates der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 8. und 22. Dezember hervor, die am Anfang dieses Buches erwähnt wurden. Ostgalizien wurde an Polen abgetreten, weil die damals denkbare Alternative darin bestand, dieses Gebiet für die einzige militärische Kraft neben Polen zu reservieren, die diesen Weg gehen konnte, nämlich die Rote Armee und Sowjetrußland. Im Dezember 1919 kam dies keinem der ernsthaften Politiker in Paris, Washington und sogar – noch – in London in den Sinn. Wohl nur Namier konnte verzweifelt daran denken, als eine letzte Chance, seine Argumente aufrechtzuerhalten.

Von dieser Verzweigung zeugen die Argumente, die Lewis Namier in seiner letzten umfassenden Denkschrift an das Foreign Office, die er Ende März 1920 verfasste, gegen den „polnischen Imperialismus“ sammelte. Der Grund dafür waren die Vorschläge, die die polnische Regierung damals offiziell für Friedensgespräche mit Sowjetrußland vorlegte²⁴⁵. Sie sollten die Gebiete nördlich von Ostgalizien betreffen, die vor 1917 zum Russischen Reich gehört hatten und bis zu den Teilungen Teil der Polnischen Adelsrepublik gewesen waren. Polen verlangte ihre „Herauslösung“ und die Anerkennung als Gebiet für ein Plebiszit, in dem die lokale Bevölkerung eine neue Staatlichkeit wählen sollte. Zu diesem Zeitpunkt stand die polnische Armee bereits nicht mehr weit von der historischen Ostgrenze der Republik von 1772 entfernt, so dass sie Einfluss auf die Art und Weise hätte nehmen können, in der die Volksabstimmung über die weißrussischen und litauischen Gebiete

244 [L. Namier], On December 4th [...], NAS-PK, GD 40/17/910/2. Das Memorandum wurde zwischen dem 5. und dem 8. Dezember 1919 geschrieben.

245 [L. Namier], Polish Peace Terms, NAS-PK, GD 40/17/914. Von diesem Memorandum, das hier auf der Basis des Exemplars besprochen wird, welches zu Philip Kerr gelangte, gibt es wie von den meisten Memoranden Namiers viele andere Abschriften: im Foreign oder im War Office.

durchgeführt werden würde. Namier lehnte die Idee eines Plebiszits in diesem Gebiet mit der Begründung ab, dass die großen Bevölkerungsbewegungen – die 1915 von Russland durchgeführten Evakuierungen aus den westlichen Gouvernements (auch hier übertreibt der Verfasser des Memorandums mit den von ihm genannten Zahlen gewaltig, indem er angibt, dass 25–80 % der Einwohner dieser Gebiete auf Befehl der zaristischen Behörden in den Osten abgewandert seien) – sowie die polnische Besatzung selbst die Möglichkeit eines fairen Referendums ausschlossen.

In seiner elfseitigen Denkschrift zeigte Namier noch einmal alle Schattenseiten der polnischen sozioökonomischen Herrschaft in den östlichen Gebieten des ehemaligen polnisch-litauischen Reichs auf und verwies auf die Unbeliebtheit der „Herrschaft der polnischen Herren“ bei der örtlichen Bauernschaft. Allerdings übersah er auch das unterdrückerische Vorgehen der russischen Beamten, die russische politische Herrschaft – sowohl über die Bauernschaft als auch über die „polnischen Herren“ –, die seit dem 18. Jahrhundert ununterbrochen in den weiten Gebieten des heutigen Belarus und der Ukraine bestanden hatte. Er sah den russischen Kolonialismus in diesem Gebiet nicht im Geringsten. Im Gegenteil. Jetzt stellte er unverblümt fest: „In der Tat sind die Weißrussen und Kleinrussen Ableger des russischen Volkes, und die überwältigende Mehrheit von ihnen hat sich nie als etwas anderes betrachtet. Sie sind mit Russland nicht nur durch das soziale Interesse der Bauernschaft verbunden [Namier versäumte, sich die einfachste Frage zu stellen: Warum ist die bolschewistische Revolution schließlich in Russland selbst ausgebrochen und hat sich dort durchgesetzt, wenn es dort keinen sozialen Antagonismus zwischen dem russischen *pomeščik*, dem Großgrundbesitzer, und dem russischen Bauern gegeben haben sollte?], sondern auch durch Tradition, Sprache, Kultur und Religion“²⁴⁶. Namier wollte damit die Grundthese der polnischen Ostpolitik unter der Ägide Piłsudskis zurückweisen, nämlich dass ihr Ziel nicht die Annexion oder die Eingliederung aller Gebiete der ehemaligen Adelsrepublik in Polen war, sondern die Schaffung einer Möglichkeit, die Unabhängigkeit neuer Nationalstaaten östlich von Polen aufzubauen: Litauens (möglicherweise Litauen mit Weißrussland) und der Ukraine. Es gibt kein Weißrussland, keine Weißrussen, keine Ukrainer – das sind nur Erfindungen der polnischen Propaganda aus vier Jahrhunderten, die, was die „Kleinrussen“ in Galizien betrifft, seit Mitte des 19. Jahrhunderts auch von österreichischen Beamten unterstützt wurde. Das behauptet Namier kategorisch. Und er fügt hinzu, dass die Separatistenbewegung

246 „As a matter of fact, the White Russians and Little Russians are branches of the Russian nation and the overwhelming mass among them never considered themselves anything else. They are bound up with Russia not merely by the social interest of the peasantry, but by tradition, language, culture and religion“. Ebd., S. 4.

(im Sinne einer Abspaltung von Russland) unter den galizischen Ukrainern während des Ersten Weltkriegs zwar an Stärke gewonnen habe, sie aber „jetzt erkennen, dass niemand außer Russland sie vor den Polen retten kann und dass das Problem Ostgalizien, das bisher ihre so kurzsichtige Sicht verdeckt hat, nur ein Teil des ewigen Kampfes zwischen Russland und Polen ist“²⁴⁷. Was Belarus betrifft, so hat Namier nicht den geringsten Zweifel: Die einheimische Intelligenz, die dieses Gebiet gerne von Russland abtrennen würde, würde auf eine Couch passen. Namier findet die Aussage, dass in „Weißrussland“ und „Kleinrussland“, also in Belarus und der Ukraine, die Russen nur eine kleine Minderheit unter den Einheimischen seien, äußerst unverschämt. Um ihre vermeintliche Absurdität aufzuzeigen, vergleicht er diese These mit der Aussage, dass die Deutschen in Bayern eine kleine Minderheit bilden. Niemand würde eine solche Absurdität akzeptieren! Können wir denn glauben, dass es überhaupt Weißrussen oder Ukrainer gibt, die in einem Referendum für ihre Unabhängigkeit von Russland stimmen würden?²⁴⁸

Es gibt also keine Nationen im slavischen Osteuropa außer den imperialistischen Polen und Russen. Russland verteidigt jedoch nicht nur sich selbst und seine von den „polnischen Herren“ unterdrückten Bauern, d. h. „Kleinrussen“ und „Weißrussen“, sondern auch andere von den Polen unterdrückte nicht-slavische Nationalitäten: Juden und Litauer. Das reaktionäre Polen, das im Interesse des feudalen Landadels kämpft, steht Russland gegenüber, das unabhängig von der Ideologie eine gerechte Sache und sogar einen Fortschritt in diesem Bereich darstellt. Namier kommt zu dem Schluss, dass es besser sei, Osteuropa dem sowjetischen, bolschewistischen Russland zu überlassen, als es den polnischen Intrigen, dem polnischen „Diktat“ zu überlassen. Er verlangt, dass alle Gebiete östlich des Bugs von der „polnischen Besatzung“ befreit und unter die Kontrolle eines Völkerbundkommissars gestellt werden. Die Polen dürften weder Ostgalizien noch Wilna bekommen, ruft Namier voller Leidenschaft. Wenn wir es schon nicht mehr verhindern können, dann soll Russland frei um diese Gebiete kämpfen. Das Memorandum setzt das i-Tüpfelchen: ein bolschewistisches Russland wird besser sein. Unter Berufung auf äußerst tendenziöse Berichte über die polnische Herrschaft in den Ostgebieten und ohne jegliche Informationen über die sowjetische Herrschaft zieht Namier die folgende Schlussfolgerung: „Die bolschewistische Herrschaft in Weißrussland, so grotesk sie auch sein mag, war sanfter und weniger grausam als die polnische Herrschaft. [...] Sie [die Polen] sind die meistgehassten Feinde in die-

247 „They [East-Galician Ukrainians] now recognise that no one but Russia can save them from the Poles, and that the problem of East-Galicia which hitherto loomed so enormously large before their short-sighted eyes is only part of the old struggle between Russia and Poland“. Ebd., S. 5.

248 Ebd., S. 6–7.

sem Land, gehasst nicht nur von ihren auserwählten Opfern, den Juden, sondern auch von den Weißrussen, Kleinrussen und Litauern²⁴⁹.

Im März 1920 war es nicht möglich, dass Großbritannien das riesige Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, zu dem das heutige Litauen, Belarus und der größte Teil der Ukraine gehören, unter die Verwaltung eines Völkerbundkommissars stellte. Nur eine „Rettung“ vor dem polnischen Imperialismus schien möglich: der Sieg der Roten Armee über die Polen. Lewis Namier, der den verschlungenen Strom seiner Argumente zu genau dieser Schlussfolgerung führte, war in der Tat verbittert, als er sie an der Schwelle zum Frühjahr 1920 vorlegte. Gegen alle seine Bemühungen wurde Polen Ende Dezember 1919 die unbefristete Souveränität über Ostgalizien zugesprochen, obwohl der Oberste Rat der Mächte die Hoffnung auf eine Revision dieser Entscheidung nicht aufgab und sich das „Recht vorbehält, die Angelegenheit zu überdenken“²⁵⁰. Es schien, als könnte Polen nun mit den Bol'seviki Frieden schließen, und zwar zu Bedingungen, die Namier zu echter Verzweiflung trieben. Auf jeden Fall konnte Großbritannien dies nicht verhindern. Könnte es sein, dass Namiers vier Jahre unermüdliche Arbeit, Hunderte seiner Notizen – Kommentare und Memoranden, die er an die höchsten Beamten des Foreign Office und den Premierminister selbst schickte, um die britische Politik zu mobilisieren, den „polnischen Imperialismus“ zu stoppen – völlig umsonst waren? Es ist möglich, dass der Betroffene selbst dies so wahrgenommen hat. Am 31. März 1920 erlitt er eine zusätzliche Blamage: Als die Londoner „Times“ eine lange Liste der bedeutendsten britischen Beamten im Dienste des Friedens veröffentlichte, fehlte Namiers Name darin – und das trotz der Fürsprache seiner unmittelbaren Vorgesetzten im Political Information Department. Der Stolz des ehrgeizigen jungen Mannes war beleidigt. Ende April 1920 schied Lewis Namier aus dem Foreign Office aus²⁵¹.

Am 1. Mai kehrte er ans Balliol College zurück. Dort begann er den neuen und längsten Abschnitt seines Lebenswegs: Er wurde akademischer Historiker. Die von ihm angestrebte Professur in Oxford konnte er nicht erreichen. Allerdings erwarb er sie an der weniger angesehenen Universität Manchester. Als Spezialist für englische Politik- und Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts erlangte er in den folgen-

249 „The Bolshevik government in White Russia, however ludicrous, was milder and less cruel than the Polish. [...] They [the Poles] are the best hated men in the country and hated not merely by their specially chosen victims, the Jews, but the White Russians, Little Russians and Lithuanians alike“. Ebd., S. 10–11.

250 Brief des Vorsitzenden der Friedenskonferenz, G. Clemenceau, an den Vorsitzenden der Polnischen Delegation bezüglich der Aufhebung der Entscheidung, Polen ein [25-jähriges] Mandat zu erteilen, 22.12.1919, in: *Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu...*, Bd. 2, S. 376.

251 Siehe Namier, Lewis Namier, S. 147–148.

den Jahrzehnten Anerkennung, einen Adelstitel und den Ruhm eines der bedeutendsten britischen Historiker des zwanzigsten Jahrhunderts. Er starb im Jahr 1960. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Foreign Office schrieb er häufig über Polen, Russland und Osteuropa – als Essayist und Kolumnist im „Guardian“, in der „Times“ und in der einflussreichen Wochenzeitung „New Statesman“. Seine harte Abneigung gegen Polen schwand allmählich und wich sogar während des Zweiten Weltkriegs einer gewissen Sympathie und einer Erneuerung alter Bekanntschaften mit Marian Kukiel oder Stanisław Kot. Ende April 1920, als die polnische Offensive gegen Kiew begann, hörte er offiziell auf, in der Politik eine Rolle zu spielen. Aber hat er wirklich schon damals seinen Einfluss auf die Politik verloren, nachdem er sich in die abgeschiedenen Mauern der Universität zurückgezogen hatte? Zwischen dem 25. April und Mitte Oktober 1920 in der entscheidenden Phase des polnisch-sowjetischen Krieges war Namier nicht mehr im Foreign Office; er war nicht an der Seite von Lloyd George bei den Verhandlungen über das Schicksal Polens, die in den ersten Augusttagen in London mit den Gesandten Lenins geführt wurden, und auch nicht bei der Konferenz in Spa im Juli 1920, als die sogenannte Curzon-Linie festgelegt wurde. Und doch – es war seine Linie! Er war es, der sie mit seinen Argumenten, Karten, Analysen und Memoranden umrissen hatte, die Hunderte Male wiederholt wurden und in den vergangenen Jahren die wichtigsten Schreibtische der britischen Politik erreicht hatten. Er hat nicht verloren! Im Gegenteil, er gewann entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Grenzen in Osteuropa, auch wenn er mit der Verwirklichung seiner Vorschläge bis zum Zweiten Weltkrieg und den militärischen Aktionen Stalins warten musste (im September 1939 in Partnerschaft mit Hitler und später 1943–1945 mit Zustimmung Londons und Washingtons)²⁵².

Er hätte diesen Einfluss nicht aufrechterhalten, und seine Argumente hätten an Wirkung verloren, wenn es nach seinem Ausscheiden aus dem Foreign Office niemanden gegeben hätte, der fast so unermüdlich wie Namier selbst die Äußerungen über die Notwendigkeit, Osteuropa durch die Bekämpfung des „polnischen Imperialismus“ zu ordnen, wiederholt hätte. Auch nach April 1920 wiederholte sie gegenüber dem Premierminister selbst und anderen Kabinettsmitgliedern Philip

252 Namier kehrte nach dem Zweiten Weltkrieg zur Frage der Curzon-Linie zurück und rechtfertigte ihren Verlauf wiederum mit seinen manipulierten Statistiken, wonach es in der Zweiten Republik höchstens 2,25–2,5 Millionen Polen östlich dieser Linie gegeben haben soll; in Wirklichkeit waren es mindestens eine Million mehr, nach polnischen Statistiken sogar 5,3 Millionen. Siehe Namier, Curzon Line, in: Ders., Facing East, London 1947, S. 109–113; vgl. Mały Rocznik Statystyczny Polski, Ministerstwo Informacji, Londyn 1941, S. 9–10; Rafał Wnuk, Za pierwszego Sołtana. Polska konspiracja na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej (wrzesień 1939 – czerwiec 1941), Warszawa 2007, S. 13.

Kerr. Er würde es sein, der auf der Konferenz von Spa am 10. oder 11. Juli diese Linie ziehen oder auch nur in Erinnerung rufen würde, deren Verlauf Namier zuvor so oft im Detail begründet hatte und die von diesem Tag an als Curzon-Linie in die Geschichte eingehen sollte. Kerr wiederum hätte keine so wichtige Rolle spielen können, wenn er nicht von einem anderen einflussreichen Mann – Maurice Hankey, Lloyd Georges offiziellem Ersten Kabinettssekretär – voll unterstützt worden wäre. Ich werde sie beide vorstellen.

Zuvor möchte ich jedoch kurz die Expertise von Ludwik/Lewis Bernstein-Niemirowski-Namier zusammenfassen, der die Szene hier verlässt. Namier, der die Erscheinungsformen des polnischen Antisemitismus in Ostgalizien am eigenen Leibe gespürt hatte und die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in diesem Gebiet gut kannte, hatte zu großen Teilen Recht, wenn er die klassen- und nationenbezogenen Aspekte der polnischen Ostpolitik, sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart – in der wiedererstehenden Zweiten Republik – kritisierte. Aber er suchte sicherlich immer bewusst nur das Schlimmste darin. Andere Elemente, die die politische und soziale Realität in ganz Osteuropa mitgestalteten, nahm er nicht wahr. Über Russland selbst wusste er überhaupt nichts. Er befasste sich weder beruflich damit, noch war er besonders daran interessiert. Er sah den „polnischen Imperialismus“ als *einzig* und *ausschließliche* Quelle der Probleme in Osteuropa, die einzige, der Großbritannien seine Aufmerksamkeit schenken konnte und sollte. Weder der russische Imperialismus noch der Bolschewismus als neue Ideologie, die sich auf eine wachsende Rote Armee und eine attraktive Propaganda in vielen Ländern stützte, wurden als ernst zu nehmend angesehen. Dies war Namiers grundlegender Fehler, aber auch die Grundlage für die Wirksamkeit seiner Expertise. Der gleiche Standpunkt wurde von Premierminister David Lloyd George vertreten. Deshalb nutzte dieser die Ratschläge und Argumente, die ihm der junge Beamte des Foreign Office lieferte, so effektiv. Namier wiederum machte sich als glühender Neubürger des britischen Empires die Annahme zu eigen, die die politische Vorstellungskraft sowohl des konservativen Balfour als auch des liberalen Lloyd George prägte: Große Imperien müssen die Verantwortung für die Welt, für die Aufrechterhaltung der zivilisatorischen Ordnung in ihr, untereinander aufteilen. In Osteuropa müsse London diese Verantwortung mit Moskau teilen (wie früher mit St. Petersburg). Die Ambitionen „kleiner Nationen“ wie Polen, ihre Unabhängigkeit von benachbarten Imperien zu bewahren, können nur hinderlich sein. Namier lieferte wie kein anderer konkrete Argumente für diese politischen Vorstellungen bzw. für die sich daraus ergebenden Beschränkungen einer „Lösung“ des Osteuropaproblems, die Premierminister Lloyd George schließlich annehmen würde. Namier war sich vielleicht bewusst, wie voreingenommen er bei der Auswahl dieser Argumente war. Die wenigen anderen Fachleute, die seine Memoranden gelesen haben, wussten dies sicherlich. Die Entschei-

dungsträger, an die sie gerichtet waren – der Premierminister und früher sein persönlicher Sekretär –, brauchten dies nicht zu wissen. Sie benutzten sie mit einem Gefühl der eigenen Unparteilichkeit und Überlegenheit. Das ist es ja, was die großen Politiker mit den Experten machen. Namier erwies sich als genau der Experte für osteuropäische Angelegenheiten, den sie am meisten brauchten.

3 Zwei Sekretäre: Kerr und Hankey

Philip Kerr (1882–1940) stammte wie Balfour aus den höchsten aristokratischen Kreisen. Seine Familie der Marquesses of Lothian (Kerr erbte 1930 den Titel, einen Sitz im Oberhaus und ein riesiges Anwesen) hatte schottische Wurzeln, und seine unmittelbare Familie war den katholischen Riten und Traditionen verpflichtet. Er wurde als Enkel des siebten Marquis von Lothian und als Sohn von General Ralph Kerr und Lady Anne Fitzalan-Howard, der Tochter des vierzehnten Herzogs von Norfolk, geboren. Er besuchte eine katholische Schule und geriet während seines Studiums am New College in Oxford, wo er sich mit Latein, Griechisch und Geschichte beschäftigte, in eine Krise seines Glaubens. Da er spirituelle Angelegenheiten ernst nahm, zögerte er lange, schloss sich aber schließlich – zur Verzweiflung seiner Mutter – der Lehre der Christian Science an, einer neuen Strömung des Protestantismus, die 1879 in den Vereinigten Staaten von Mary Baker Eddy gegründet worden war. Diese Bekehrung, die kurz nach seiner Blinddarmoperation im Frühjahr 1914 stattfand, führte ihn zu der Überzeugung, dass alle Krankheiten rein spiritueller Natur seien und durch Gebet geheilt werden könnten – ein Ansatz, der zu seinem frühen Tod im Jahr 1940 während seiner Tätigkeit als britischer Botschafter in Washington beitragen sollte. Wichtiger für uns ist jedoch, dass Kerr seine radikale Feindseligkeit gegenüber dem Katholizismus als einer „reaktionären“ Religion, die, wie er es bereits in den 1920er Jahren ausdrückte, direkt zum Faschismus führe, verfestigte. Ob dies einen direkten Einfluss auf seine Haltung gegenüber Polen hatte, wissen wir nicht. Aber es hat diese Einstellung vermutlich nicht verbessert²⁵³.

Kerr gelangte auf einem ungewöhnlichen Weg zu Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung im Zentrum der Macht über das britische Empire. Nicht als aktiver Politiker, als Abgeordneter, sondern zunächst als Angestellter im so genannten Milner’schen Kindergarten (1905–1910) und dann als Journalist, und zwar als Herausgeber einer einflussreichen Zeitschrift (1910–1916). „Milner’s Kindergarten“ war eine Art Schule der imperialen Verwaltung für eine Gruppe fähiger junger britischer Männer, die nach den Burenkriegen die Südafrikanische Union verwalten und reformieren sollten, was unter der Leitung von Lord Alfred Milner, dem Gouverneur des Gebiets, begann. Dort begründete Kerr seinen Glauben an die Überlegenheit der britischen Rasse, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, die angelsächsischen Eliten der Kolonien – der Südafrikanischen Union, Kanadas,

253 Die Informationen zu Kerrs Biografie entnehme ich zwei grundlegenden Studien: James Ramsay M. Butler, *Lord Lothian (Philip Kerr) 1882–1940*, London 1960, und deutlich gründlicher: David P. Billington, Jr., *Lothian. Philip Kerr and the Quest for World Order*, Westport, London 2006.

Australiens – in die Mitverantwortung für das Empire und dann (mit den Vereinigten Staaten) für die ganze Welt zu ziehen. Die Idee einer Föderation, die sich zunächst innerhalb des Empires entwickelt und dann von dieser angelsächsischen „zivilisierenden Kraft“ dem Rest des Globus aufgezwungen wird, wurde zu Kerrs Programm. Er widmete ihr die von Milner gegründete und von Anfang an, d. h. seit 1910, von ihm redigierte Zeitschrift „The Round Table“, eine Vierteljahrschrift zur Analyse der imperialen Politik. Als Herausgeber der Elitezeitschrift baute Kerr seine Kontakte zu den einflussreichsten Politikern aus, von Balfour über Lord Edward Grey bis zu Austen Chamberlain. Bereits 1915, nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, wies er auf egoistische Nationalismen als dessen tiefste Ursachen hin, denen das Projekt eines Weltstaates, der um die britische Völkergemeinschaft herum und nach deren Vorbild organisiert wäre und in den sich das Empire bald verwandeln sollte, entgegengesetzt werden müsse²⁵⁴.

Lord Milner, eines von fünf Mitgliedern des kleinen Kriegskabinetts von Lloyd George, empfahl dem neuen Premierminister seinen Schützling aus der Südafrikanischen Union. Kerr legte sein Amt als Herausgeber von „The Round Table“ nieder (obwohl er bis 1939 weiterhin regelmäßig Artikel für die Zeitung schrieb) und wurde Ende 1916 Privatsekretär von Lloyd George. Um die riesige Maschinerie der Kriegsanstrengungen im gesamten Empire besser leiten zu können, beschloss der Premierminister, neben dem bereits bestehenden und ausgezeichnet arbeitenden Sekretariat des Kriegskabinetts (War Cabinet Secretariat, geleitet von Maurice Hankey) ein zweites, persönliches Sekretariat einzurichten. Kerr hatte den Vorteil, direkt neben dem Premierminister im Garten der Downing Street 10 zu arbeiten, während sich das Kabinettssekretariat etwas weiter entfernt in den Whitehall Gardens 2 befand. Kerr hatte keine administrativen Aufgaben oder Zuständigkeiten, aber er gewann schnell die Anerkennung und dann das Vertrauen seines neuen Chefs und großen realen Einfluss auf dessen Entscheidungen. Er wurde zum wichtigsten, weil engsten Experten des Premierministers für Außenpolitik und Fragen des Empires. Wie Kerrs Biograph schreibt, war Lloyd George für seine Allergie gegen das Lesen von Dokumenten bekannt. Er war daher froh, dass ihm diese Aufgabe von jemandem abgenommen wurde, dem er vertraute. Die formell für außenpolitische Angelegenheiten zuständigen Kabinettsmitglieder von Lloyd George, zunächst Balfour und dann Lord Curzon, beklagten sich darüber, dass ihre an den Premierminister gerichteten Briefe häufig nur vom Privatsekretär beantwortet wurden. „Dass Du es gelesen hast, ist aber nicht ganz dasselbe“ (wie die Lektüre seitens des Premierministers) – wies Balfour Kerr gutmütig auf die Unangemessenheit dieser ständig wiederkehrenden Situation hin. Curzon reagierte wütender,

254 Ausführlicher zu diesem Thema Butler, Lord Lothian, S. 11–60.

war aber ebenso ohnmächtig. Als Kerr 1919 seine Mission beim Premierminister als dessen Sekretär in der neuen Regierung fortsetzte, war seine Position stark genug, um ihm zu erlauben, das Handeln des Foreign Office, die gesamte traditionelle Diplomatie, als anachronistisch und ungeeignet für die Bedürfnisse eines Landes zu kritisieren, das die Weltordnung neu organisiert. Churchill, Kriegsminister im Kabinett von Lloyd George, beschwerte sich im Juli 1920, dass Kerr die Weltpolitik mitbestimme, ohne dafür Verantwortung zu übernehmen. Er sagte ihm unverblümt: „Wenn etwas schief geht, müssen andere die Konsequenzen tragen. Alles, was Sie in einer solchen Situation tun müssten, wäre, einfach aus der Downing Street [dem Sitz des Premierministers] herauszuspatzieren“²⁵⁵.

Maurice Hankey (1877–1963), Kerrs formaler Konkurrent um das Gehör und zu den Vorstellungen des Premierministers, gelangte nicht aufgrund seiner aristokratischen Herkunft oder großer politischer Verbindungen auf den Posten des Ersten Kabinettssekretärs. Der 1877 geborene Sohn von Robert Hankey, einem in Cambridge ausgebildeten Schafzüchter aus Australien (seine Mutter stammte aus einer Anwaltsfamilie in Adelaide), meldete sich bei der Marine, legte sein Examen am Royal Naval College ab und diente ab 1902 im Marine-Nachrichtendienst – bereits im Londoner Hauptquartier in Whitehall. Er sollte dort fast vierzig Jahre lang arbeiten. Zunächst im Committee of Imperial Defence, wo er 1912 ein modernes Sekretariat einrichtete, das die Arbeit des Amtes sorgfältig dokumentierte und dessen Beratungen vorbereitete. Ab November 1914 diente dieses Sekretariat dem Kriegskabinett von Herbert Asquith. Als Ende 1916 Lloyd George eine neue Koalitionsregierung bildete, beschloss er ein Kabinett aus fünf seiner vertrautesten Minister zu ernennen. Dessen Arbeit sollte von einem Sekretariat unterstützt werden, das eben von Hankey geleitet wurde und das für den Durchfluss aller Dokumente verantwortlich war. Hervorragendes Gedächtnis, Fleiß, absolute Diskretion, Organisationstalent – die Kombination dieser Eigenschaften machte Hankey sowohl zu einem vorbildlichen Beamten als auch generell zu einem Mitarbeiter, auf den der Premierminister nicht verzichten konnte. Nicht nur jeglicher Art Kabinetts- und Regierungssitzungen, sondern auch Lloyd Georges Auslandsreisen und seine Konferenzen mit den Führern anderer Mächte fanden fast immer im Beisein von Hankey statt. Er und Kerr wurden die beiden „Schutzengel“ des Premierminis-

255 „At present the P. M. is conducting the business of the Foreign Office with Kerr’s assistance. [...] I said to him [Kerr]: ‚You have no real responsibility. If things go wrong, others have to take the consequences. All you have to do is walk out of Downing Street‘“. Churchills Äußerung nach: Lord Riddell’s Intimate Diary of The Peace Conference and After 1918–1923, London 1933, S. 223 [Aufzeichnung vom 22.7.1920]; vgl. Butler, Lord Lothian, S. 61–64, 80 (hier die Bemerkung zu Lloyd Georges „Dokumentenallergie“); Billington, Lothian, S. 54–55, 70–72.

ters, auch nach dem Übergang vom Kriegskabinett zur neuen Koalitionsregierung nach dem Krieg²⁵⁶.

Kerr war ein Gentleman, ein freier – man könnte sagen – Berater, Hankey ein unentbehrlicher Angestellter. Geadelt wurde er erst 1939, nach fast vierzig Dienstjahren, als er auch zum Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung von Neville Chamberlain ernannt wurde. Letztendlich wurde Hankey erst 1941 von Churchill entlassen. Vielleicht erinnerte dieser sich daran, wie er mehr als zwanzig Jahre zuvor, als er noch Kriegsminister in der Regierung von Lloyd George war, um genaue Informationen über den Verlauf der wichtigsten Verhandlungen gebeten hatte, die der Premierminister – natürlich unter Beteiligung des Kabinettssekretärs – auf der interalliierten Konferenz in San Remo geführt hatte, auf der sich ja unter anderem auch die Frage nach dem Einsatz britischer Soldaten im Kaukasus oder in der türkischen Frage stellte. Er bat darum – und wurde vom Sekretär entschieden abgewiesen! Hankey hütete seine eigenen Vorrechte und die des Premierministers. Hankeys energische Antwort an den Kriegsminister lautete, dass solche Berichte – Stenogramme – nur dem König, dem Premierminister selbst und dem Führer der konservativen Mehrheit im Parlament und davor – aber nicht mehr im April 1920 – dem Chef des Foreign Office vorgelegt würden. Churchill brachte daraufhin in einem Brief an Hankey sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass er als Kriegsminister, der in einigen wichtigen Fragen wie der Haltung gegenüber Sowjetrußland, Polen oder der Türkei stark von der Meinung des Premierministers abwich, keinen Zugang zu den Quellen für die in diesen Fragen getroffenen Entscheidungen hatte²⁵⁷. Ich führe diesen Austausch als Beispiel dafür an, wie die britische Außenpolitik im Kabinett Lloyd George zwischen 1919 und 1920 tatsächlich gestaltet wurde, jedenfalls wenn es um den für uns interessanten Bereich Osteuropa ging. Als Balfour im Oktober 1919 von Lord Curzon als Staatssekretär im Foreign Office abgelöst wurde, der sich „grundsätzlich uninteressiert und unwissend in Bezug auf die aktuellen europäischen Probleme [*fundamentally uninterested in, and ignorant of current European problems*] zeigte wie die Festle-

256 Siehe die beiden grundlegenden Monographien: Stephen Roskill, Hankey. Man of Secrets, Vol. I (1877–1918), London 1970; vol. II (1919–1931), London 1972; John F. Naylor, A Man and an Institution: Sir Maurice Hankey, the Cabinet Secretariat and the Custody of Cabinet Secrecy, Cambridge 2009, S. 8–94. Im Zusammenhang mit der interalliierten Mission in Polen im Juli 1920 wurde Hankeys Profil – ohne Verwendung von Hankeys eigenem Archiv – auch in einem kurzen Artikel von Davies skizziert: Sir Maurice Hankey and the Inter-Allied Mission to Poland, S. 553–561.

257 Churchill College, Cambridge [im Folgenden: CCC], Churchill Papers [Im Folgenden: CHAR], Cabinet papers and correspondence, 28.1.1920–24.5.1920, 22/2/70 (Churchill an Hankey – Brief vom 13.5.1920), 22/2/71–72 (Antwort Hankeys vom 13.5.1920), 22/2/73 (Brief Churchills an Hankey vom 15.5.1920).

gung der Grenzen Polens, ging die Verhandlung europäischer Fragen weitgehend in die Hände von Lloyd George selbst über, der oft als sein eigener Leiter des Foreign Office agierte und sich gleichzeitig stark auf den Rat seiner engsten Mitarbeiter wie Hankey und Philip Kerr stützte²⁵⁸.

Was für Ratschläge könnten das gewesen sein? Ich habe bereits den möglichen Einfluss von Namiers Stellungnahme auf Kerrs Ansichten zu Polen und den Grenzen in Osteuropa erwähnt. Kerr muss sich gleich zu Beginn des Jahres 1918 mit dem polnischen Problem befasst haben, als er einen Entwurf für die Erklärung des Premierministers über die britischen Kriegsziele verfasste. Das am 5. Januar angekündigte und vom Unterstaatssekretär im Foreign Office, Robert Cecil, und Jan Smuts, einem südafrikanischen Mitglied des Imperialen Kriegskabinetts, vorbereitete Dokument erklärte zum ersten Mal die Absicht, „ein unabhängiges Polen zu schaffen, das alle wirklich polnischen Elemente umfasst, die Teil dessen sein wollen“ (*an independent Poland comprising all those genuinely Polish elements who desire to form part of it*). Angesichts der Machtübernahme durch die Bol'seviki in Petrograd erklärte er außerdem, dass „Russland nur durch sein eigenes Volk gerettet werden kann“ (*Russia can be saved by her own people*)²⁵⁹. Diese beiden Formeln werden die Politik Lloyd Georges sowohl gegenüber Polen als auch gegenüber Sowjetrussland während des gesamten Zeitraums, der uns interessiert, begleiten. Polen – ja, es kann entstehen, aber nur dort, wo es eine überwältigende Mehrheit von Polen gibt (Namier wird auf diese Gebiete hinweisen), damit es seine großen Nachbarn nicht stört. Was Russland betrifft – keine Intervention. In der Frage des künftigen Polens traf Kerr unter anderem mit Graf Aleksander Skrzyński zusammen, der damals die Wiener Diplomatie vertrat und sich in geheimer Mission vom 9. bis 19. März 1918 in Bern aufhielt. Kerr sondierte im Auftrag des Premierministers die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Österreich-Ungarn. Dieser Kontakt mit dem polnischen Grafen dürfte den Privatsekretär von Lloyd George jedoch nicht sonderlich beeindruckt haben, zumal sich Österreich daraufhin von weiteren Geheimgesprächen zurückzog²⁶⁰.

258 Roskill, Hankey, vol. II, S. 142.

259 David R. Woodward, *The Origins and Intent of David Lloyd George's January 5 War Aims Speech*, in: *Historian* 34 (1971), Nr. 1, S. 22–59; vgl. Billington, Lothian, S. 52.

260 Vgl. Butler, Lord Lothian, S. 66–67; Billington, Lothian, S. 53. – Die Mission Kerrs in Bern war übrigens eine Fortsetzung der früheren geheimen Sondierungsgespräche über einen möglichen Frieden, die John Smuts am 18. und 19. Dezember 1917 in Genf geführt hatte. Damals wurde eine austropolnische Lösung vereinbart, d. h. der Zusammenschluss des Territoriums des Königreichs Polen mit Galizien – das Problem seiner möglichen Teilung war noch nicht erkannt worden – als eigenständiges Land unter der Herrschaft eines der habsburgischen Erzherzöge. Siehe zu diesen Verhandlungen: Lloyd George, *War Memoirs*, vol. II, S. 1478–1549.

Die osteuropäischen Angelegenheiten interessierten Kerr nicht sonderlich; die von Namier gelieferten Informationen reichten ihm aus. Er betrachtete sie von einem Standpunkt aus, der wie der von Balfour von einem Gefühl immenser Überlegenheit bestimmt war – das eines Vertreters des angelsächsischen Empires. In einem Brief vom Oktober 1918, kurz vor seiner Abreise mit dem Premierminister zu den Waffenstillstandsverhandlungen und anschließend zur Pariser Friedenskonferenz, äußerte er dies nachdrücklich. Darin brachte er seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass nur Großbritannien und die Südafrikanische Union (General Smuts) die Pflicht der angelsächsischen Staatengemeinschaft zur Führung der Welt richtig verstanden hätten. Kanada und Australien, vor allem aber die Vereinigten Staaten unter Präsident Wilson, beugten sich den modischen Doktrinen des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Stattdessen sollten sie die Wahrheit akzeptieren, dass „politisch rückständige Völker“ (*politically backward peoples*) eine Art „zivilisierte Kontrolle“ (*some civilised control*) benötigten. Kerr beklagte, dass die Amerikaner Angst hätten, des Imperialismus bezichtigt zu werden. Selbst hielt er es für die Pflicht der Imperien, das zu schultern, was er in Kiplings Worten als die Last des weißen Mannes bezeichnete (*white man's burden*). Er meinte nicht nur die Völker Asiens und Afrika, sondern auch die ihm wenig bekannten Gebiete, die sich im Osten von Deutschland erstreckten, wo die neue Bedrohung der Bolschewismus sei: „eine aktive, aggressive Religion der sozialen Zerstörung“ (*an active, aggressive religion of social destruction*)²⁶¹.

Wie fast jeder Denker, der die Welt unter imperialen Gesichtspunkten betrachtete, fürchtete Kerr am meisten das Chaos. Entweder würde die „aufgeklärte“ Herrschaft von den aufgeklärten und gleichzeitig mächtigen Mächten durchgesetzt – d. h. von den angelsächsischen Mächten unter Mitwirkung anderer notwendiger Helfer wie Frankreich und dem besiegten Deutschland – oder es würde Chaos herrschen. Chaos oder imperiale Kontrolle. Die kleinen „neuen“ Nationen – das bedeutet, dass Chaos droht, wenn sie sich dieser wohlwollenden Vormundschaft entziehen. Zunächst teilte Kerr daher Lloyd Georges Ansicht, dass es unbedingt notwendig sei, das mächtige Deutschland so schnell wie möglich in diese gemeinsame Arbeit einzubinden. Gemeinsam mit Hankey, dem Premierminister und dem Chef des Imperial Staff, General Henry Wilson, verfasste er daher am 22. und 23. März 1919 in Fontainebleau einen Appell an die anderen Alliierten, die Friedensbedingungen gegenüber Deutschland zu lockern. In seinem Entwurf eines Memorandums, der vom Premierminister akzeptiert wurde, warnte er, dass es keinen größeren Grund für einen weiteren Krieg gäbe, als Deutschland mit kleinen Staaten

261 Diskussion und Zitate aus Kerrs Brief an seinen Freund aus „Milners Kindergarten“ und der Vierteljahrsschrift „The Round Table“, Lionel Curtis (dem Begründer des Royal Institute of International Affairs) vom Oktober 1919 nach: Butler, Lord Lothian, S. 68–70.

mit einer starken deutschen nationalen Minderheit zu umgeben. Die Deutschen würden sich damit nicht abfinden²⁶². Daraus ergab sich natürlich eine Begründung für die Bestimmung des Platzes Polens auf Kerrs „mentaler Landkarte“. Dies hieß selbstverständlich, und ich sage es noch einmal, ein möglichst kleines Polen, um die großen Nachbarn nicht zu irritieren.

Der Bolschewismus als neues Phänomen in diesem Teil Europas, der vom Privatsekretär des Premierministers unmissverständlich als Gefahr eingeschätzt wurde, wurde von Kerr nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch betrachtet. Er ist natürlich nicht gut, aber solange er auf den osteuropäischen Raum beschränkt bleibt, stellt er keine direkte Bedrohung für die westliche Ordnung dar, und insbesondere nicht für die Ordnung in Großbritannien selbst. Im Gegensatz dazu könnten Versuche des Westens, militärisch zu intervenieren und sich in dieses innere russische Chaos einzumischen, fatal enden. Die britische Öffentlichkeit wolle nach dem großen Gemetzel des Ersten Weltkriegs keine neuen Opfer mehr, und außerdem sähen die linken Kräfte in England – die nach den Parlamentswahlen vom Dezember 1918 gestärkte Labour Party – im Bolschewismus einen Ausdruck echten sozialen Protests und den Versuch eines edlen Experiments, dem man eine „faire Chance“ geben und es nicht mit Gewalt bekämpfen sollte. Der Versuch, die Revolution in Russland durch eine anglo-französische oder ganz allgemein durch eine westliche Intervention zu unterdrücken, könnte also in einer Revolution im Westen selbst enden. Gegen die von Kriegsminister Churchill energisch betriebene Interventionspolitik wandte sich Kerr bereits im Februar 1919 in einem Schreiben an den Premierminister: „Ich denke, es wäre ein grundlegender und kolossaler Fehler, uns in einen Krieg mit Sowjetrußland hineinziehen zu las-

262 Siehe Billington, Lothian, S. 61–62. Vgl. Lentin, Lloyd George, S. 67–88. Es ist bemerkenswert, dass Kerr einen Vorschlag seines ehemaligen Mentors Lord Milner im April 1919 nicht beachtete. Milner hatte darauf gedrängt, anstatt vor den Chaosmächten zu warnen, denen sich ein unveröhntes Deutschland anschließen könnte, und ihnen gegenüber sofort eine Beschwichtigungspolitik vorzuschlagen, eine andere Strategie zu wählen. Man könnte nämlich Westdeutschland abtrennen (wie Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, schon damals vorgeschlagen hatte) und sozusagen unter dem Schutz der Siegermächte neu erziehen. Westdeutschland – demokratisch und reich – könnte allmählich zu einem Magneten für die östliche Hälfte werden, die noch unter dem Einfluss des preußischen Militarismus von 1919 stand. Dieses Szenario, das erst nach 1949 Wirklichkeit wurde, kam für Kerr nicht in Frage. Kerrs Meinung, weil er (wie sein Premierminister) der Meinung war, dass es offensichtlich oder zumindest einfacher war, sich mit Deutschland als Partner bei der Aufgabe, Europa und die Welt aus dem Chaos zu führen, zu verständigen, als es vorübergehend durch eine Teilung zu schwächen. Siehe zu diesem Thema: Billington, Lothian, S. 63.

sen. Das ist nicht unsere Sache, wie sich das russische Volk zu Hause selbst regiert, sofern es seine Nachbarn in Ruhe lässt“²⁶³.

Das waren zwei kurze Punkte aus der Erklärung über die Kriegsziele, die Kerr vorbereitet hatte und die von Lloyd George am 5. Januar 1918 vorgetragen wurden. Weiterhin ungelöst blieb jedoch eine für die Menschen in Osteuropa wichtige Frage: Wo verläuft diese Grenze zwischen Russland (jetzt sowjetisch) und seinen Nachbarn? Eine Grenze, deren Überschreitung aus Kerrs Sicht die Angelegenheit, das „russische Experiment“, die Expansion von Seiten des Kremls, zu stoppen, zu „unserer Angelegenheit“ machen würde, d. h. zu einer Angelegenheit der britischen Politik, die eine Antwort, d. h. Hilfe für die Überfallenen, erfordert. Und davor: sie als überfallen, und nicht als „befreit“ anzuerkennen... Genau diese Angelegenheit wird durch die Ereignisse von 1920 und noch einige Male danach auf die Probe gestellt werden.

Maurice Hankey hatte vor diesem Jahr keine Gelegenheit, sich zu osteuropäischen Themen zu äußern. Er interessierte sich mehr für Deutschland – wie auch Balfour, Kerr und die Mehrheit der britischen Eliten. Aus dieser Perspektive sah er Polen als ein Land, dessen Auftauchen zur Entfremdung Nachkriegsdeutschlands von der europäischen Ordnung führen könnte. In einem gewissenhaft geführten Tagebuch notierte er Ende 1919 seine eigene kritische Meinung über die französische Politik, die ein starkes Polen als Bollwerk gegen den deutschen Revisionismus vorsah: „Ich persönlich bezweifle, dass Polen irgendetwas wert ist, da seine Bevölkerung instabil ist“²⁶⁴. Und das war’s. Ein simples Stereotyp genügt dem Kabinettssekretär einer Großmacht, um nicht nur Polen, sondern – wie aus der Fortsetzung der gleichen Note hervorgeht – auch die anderen „kleinen Nationen“ des gesamten Raumes zwischen Deutschland und Russland zu disqualifizieren. Frankreich will sie nutzen, um einen Block zu bilden, der Deutschland in Osteuropa eindämmt.

Der scharfsinnige Sekretär, der diesen Trend bemerkt hatte, zweifelte nicht: Das wird nicht funktionieren. Er sagte dies nicht, weil er besonders viel über diese Länder, das gesamte Gebiet östlich von Deutschland, wusste, sondern weil er es nicht für wissenswert hielt. Durch familiäre Wurzeln mit Australien verbunden, seit 1903 auch liebevoller Ehemann und – zum Glück für die Historiker – äußerst fleißiger Briefpartner von Adeline Hermine Gertrude Ernestine de Smidt, der

263 „I think it would be a fundamental and colossal mistake to be drawn into a war with Soviet Russia. I don't see that it is any business of ours how the Russian people govern themselves provided they leave their neighbours alone“. Brief Kerrs an Lloyd George, undatiert, aber dem 16.2.1919 zugeschrieben, Parliamentary Archives – London [im Folgenden: PA], Lloyd George Papers [Im Folgenden: LG], F/89/2/17.

264 „Personally I doubt if Poland is of much value, as her people is unstable“. CCC, Maurice Hankey Papers [Im Folgenden: HNKY], Diary, 20.7.1918–3.12.1922, 1/5/101 (Eintrag vom 29.12.1919).

Tochter des Chefvermessers der Kapprovinz in Südafrika, betrachtete Hankey, wie Kerr, die Welt aus einer „gesamtimperialen“ Perspektive. Im Mittelpunkt stand London, genauer gesagt das Regierungsviertel Whitehall. Und rundherum all die anderen, die gleiche höhere Zivilisation bildenden Dominions: von Neuseeland und Australien bis Südafrika, Kanada (und die im 18. Jahrhundert rebellierenden Vereinigten Staaten). Es ist eine Zivilisation, in der Englisch gesprochen wird. Es gab noch andere Imperien, mit denen der britische Löwe manchmal blutig zusammenstieß, wie etwa mit Deutschland im letzten Krieg in Europa (Hankey verlor einen Bruder in der Schlacht an der Somme) oder mit Russland in Asien im 19. Jahrhundert. Aber kann es neben diesen Dingen noch etwas anderes in der Welt geben, etwas anderes, das von Interesse ist, etwas, das man wissen muss, um die Welt zu beherrschen? Muss der Sekretär der Regierung eines Imperiums etwas über Länder wissen, die irgendwo an der „instabilen“ Peripherie Europas liegen? Dies wird, wie wir sehen werden, Hankey am meisten irritieren: dass die Umstände und die Entscheidung des Premierministers ihn im Sommer 1920 zwingen würden, sich in diese unglücklichen Randgebiete zu begeben, um sie direkt zu betrachten. Er wollte jedoch nur das sehen, was er bereits wusste: dass es „da draußen“ nichts Interessantes gab.

Weder Kerr noch Hankey zeigen besondere Vorurteile gegen Polen. Es ist einfach so, dass das gesamte Europa östlich von Deutschland, das weder weiterhin Mitteleuropa sein möchte noch Russlands Westgebiete, eine Art blinder Fleck im Blickfeld der beiden hochrangigen Sekretäre ist. Sie müssen doch so viel sehen, sie müssen beobachten, was von Kanton, dem Punjab und Bagdad, Kapstadt und Ottawa bis hin nach Dublin passiert, um die Angelegenheiten eines Imperiums, ihres Empires, zu verwalten. Diese kleine Stück Welt, in dem sich so ein Warschau, Krakau oder Lemberg, Wilna, Kiew oder Minsk befinden, ist für sie einfach nicht wichtig. Wenn es überhaupt in ihrem Blickfeld auftaucht, dann nur als eine Quelle von Problemen, die eher jemand anderes lösen könnte.

Das ist kaum überraschend. Das Paradoxe lag darin, dass das Empire, nachdem es den Weltkrieg gewonnen hatte, gleichzeitig Entscheidungen traf, die auch für diese weitaus weniger attraktive Region Folgen zeitigten, die noch vor nicht allzu langer Zeit von den Deutschen und den Russen effektiv beherrscht worden war. Das Aufeinanderprallen von stolzer Unwissenheit und neuer Verantwortung – das ist die Essenz dieses Paradoxons. Sollte man die Haltung stolzer Ignoranz aufgeben und sich ernsthaft für dieses unbekanntes Gebiet von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer interessieren, oder besser gesagt, sollte man eine unerwartete und ungewollte Verantwortung für Osteuropa aufgeben – und sie an ein wiedererstarktes Deutschland oder/und Russland zurückgeben? Dies ist die Frage, die Hamlet dem britischen Hof oder vielmehr der Regierung von Lloyd George an der Schwelle zum Jahr 1920, dem Jahr der entscheidenden Ereignisse, gestellt haben

könnte. Die Aussagen und Überlegungen der beiden Sekretäre, die im Folgenden analysiert werden, bieten reichlich Material für die Beantwortung dieser Frage. Eine praktische Antwort, denn das ist es, was die Politik einer imperialen Regierung erfordert – und nicht das Hamletisieren.

4 Der richtige Mann am falschen Ort: Horace Rumbold in Warschau

Die Außenpolitik eines Imperiums, selbst eines insularen, erfordert den Zufluss von Informationen aus allen Regionen der Welt und die gleichzeitige Übermittlung von Botschaften, die die Politik der Metropole und ihre Interessen definieren, an alle Regionen. Das ist die Aufgabe der regulären Diplomatie. Obwohl ich bereits über die tatsächliche Ohnmacht ihrer formellen Verwalter in der Regierung Lloyd George – zunächst Balfour, dann Curzon – gesprochen habe, darf auch dieses Instrument der britischen Osteuropapolitik nicht völlig übersehen werden. Dies umso mehr, als man untersuchen kann, wie die Möglichkeit, das Gebiet aus der Nähe kennen zu lernen, die Sichtweise der Politiker verändert haben könnte, denn – umgangssprachlich ausgedrückt – die Sichtweise hängt vom Standort ab.

Es gab keinen britischen Botschafter mehr im bolschewistischen Russland; die Verhandlungen mit den sowjetischen Delegationen fanden in London statt, also unter den Augen des Premierministers und seiner Sekretäre. Es gab niemanden und keine Möglichkeit, die Rolle des ständigen britischen Beobachters der Situation in Russland unter der Herrschaft Lenins zu übernehmen. Es sind lediglich inoffizielle und, man könnte sagen, zufällige Beobachter, die im Allgemeinen als Pilger in das neue nördliche Mekka des Fortschritts und der sozialen Experimente gehen. Ich werde sie später erwähnen. An dieser Stelle muss nur festgestellt werden, dass die Ignoranz des zentralen Machtzentrums des britischen Empire in russischen (sowjetischen) Angelegenheiten in dieser Situation überhaupt schwer zu durchbrechen war, zumindest in den für uns interessanten Jahren 1919–1920.

In Polen hingegen gab es einen „außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister“ – eine Stufe unter der ranghöchsten, der des Botschafters –, Seiner Majestät George V., und faktisch dem Leiter des Foreign Office unterstellt. Horace Rumbold wurde am 15. September 1919 für dieses Amt nominiert. Er trat es am 2. Oktober an – nur drei Wochen später übernahm Lord Curzon offiziell das Amt des Außenministers von Balfour. Mit seiner Ernennung wurde Rumbold ein Gehalt von 2.000 Pfund pro Jahr zuzüglich tausend Pfund für Repräsentationskosten bewilligt. Bei dieser Gelegenheit sei darauf verwiesen, dass im Jahr 2013 laut einer Internetseite, die die historische Kaufkraft des Pfunds berechnet, diese 2.000 Pfund heute zwischen 70.000 und sogar über einer halben Million bedeuten würden, je nachdem, welche Waren oder Dienstleistungen wir berücksichtigen²⁶⁵.

265 Siehe Oxford University, Bodleian Library [Im Folgenden: OU-BL], Horace Rumbold, Papers [Im Folgenden: RP], dep. 26: Correspondence, May 1919 – May 1920, Bl. 33 (die Nominierung von Horace Rumbold zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Warschau

Das Pfund war stark, und die Position des ersten Londoner außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers in Warschau schien auch stark. Rumbold trat die Nachfolge von Percy Wyndham an, der in der polnischen Hauptstadt bisher nur als Geschäftsträger (und ab Juli 1919 als bevollmächtigter Minister, aber immer noch nicht als Gesandter) tätig gewesen war. Er sollte genau ein Jahr, einen Monat und eine Woche auf dem schwierigen Posten in Warschau bleiben. Er verließ ihn am 8. November 1920. So erlebte Sir Horace Rumbold im Zentrum des Geschehens die heißesten Monate des Zeitraums, der uns hier interessiert. Warschau war zu diesem Zeitpunkt sein „Standort“, nicht London. Änderte dies tatsächlich seine Sichtweise, die ja bereits durch seine bisherige britische Ausbildung und diplomatische Erfahrung geprägt war? Und würde diese Sichtweise die Beurteilung der Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland durch die Verantwortlichen der britischen Politik beeinflussen?

Ich möchte den neuen Gesandten zunächst vorstellen. Horace Rumbold war ein Berufsdiplomat, Sohn eines Berufsdiplomaten, Schwiegersohn eines Berufsdiplomaten und Vater eines Berufsdiplomaten. Er wurde 1869 in St. Petersburg geboren und schon früh von seinem Vater (ebenfalls Horace) auf die Rolle des Botschafters Seiner Majestät vorbereitet. Dieser hatte seine diplomatische Laufbahn 1849 begonnen, die ihn unter anderem über Horace Juniors Geburtsort führte und mit dem prestigeträchtigen Posten des Botschafters im kaiserlichen Wien zu Beginn des 20. Jahrhunderts endete. Horace Juniors beruflicher Werdegang führte ihn nach Den Haag, Kairo, Teheran, Wien, Madrid, Tokio und Berlin, wobei er neben dem obligatorischen Französisch auch Arabisch, Japanisch und Deutsch lernte. Im Jahr 1916 wurde er im schweizerischen Bern zum ersten Mal in den Rang eines Botschafters erhoben. Dies waren ein wichtiger Zeitpunkt und Ort – in der neutralen Schweiz standen die Vertreter der kriegführenden Mächte in Kontakt. Die Mission Kerrs – Gespräche mit dem Wiener Gesandten über einen möglichen Frieden, die im März 1918 in Bern stattfanden – habe ich bereits erwähnt. Rumbold, der für die „Logistik“ dieser Treffen zuständig war, lernte damals Kerr kennen. Als britischer Botschafter in der Schweiz machte er sich auch mit den polnischen Kreisen

vom 15.9.1919); vgl. die Umrechnung des Wertes des Pfunds bei: Five Ways to Compute the Relative Value of a UK Pound Amount, 1270 to Present, MeasuringWorth, 2014: <http://www.measuringworth.com/ppoweruk>, Zugriff: 23.5.2022; siehe auch Monika Łukasik-Duszyńska, *Brytyjskie poselstwo donosi. Posłowie brytyjscy wobec stosunków Polski z państwami bałtyckimi 1920–1926*, Warszawa 2008, S. 25–44 (sehr nützliche Analyse des britischen diplomatischen Dienstes, seiner Struktur und des Informationsflusses in den Jahren 1920–1926).

bekannt, die dort aktiv waren. Er erkannte, so könnte man aufgrund seiner Berichte sagen, den Grad der internen Uneinigkeit in diesem Milieu²⁶⁶.



Abb. 8: Horace Rumbold und Charlie Chaplin während einer Vorführung des Films „Lichter der Großstadt“ in Berlin 1931. Rumbold war damals Botschafter Großbritanniens in Deutschland; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

Horace Rumbold fand auch in der Schweiz seinen Weg in die Weltliteratur, wenn auch wahrscheinlich nicht so, wie er es sich gewünscht hätte. James Joyce, ein Ire, der während des Krieges auf neutralem Schweizer Boden lebte, geriet Ende 1918 in scharfen Konflikt mit dem britischen Konsulat. Es ging um eine Laienschauspielertruppe, *The English Players*, deren Aufführungen Joyce als Impresario betreute. Das Konsulat stellte die Unterstützung dieser Aufführungen ein und drohte Joyce sogar mit der Einberufung in die britische Armee. Der aufgeregte Ire schrieb einen Protestbrief an den Botschafter selbst. Er erhielt jedoch weder eine Antwort noch eine (materielle) Entschädigung. Die Unterstützung eines anderen zukünftigen Stars der Weltliteratur half nicht, nämlich die von Ezra Pound, der ebenfalls einen

266 Siehe zu diesem Thema Gilberts Quellensammlung *Sir Horace Rumbold*, S. 142–144 (über die Begegnungen mit Polen in Bern).

Brief an Rumbold schickte (am 11. April 1919), in dem er warnte, dass dieser zur „Bekehrung zum Bolschewismus“ mehrerer prominenter Vertreter der Kultur beitragen würde, wenn er nicht auf Joyces Bitten einginge, und darüber hinaus auf den Seiten des Meisterwerks „Ulysses“ landen könnte, an dem Joyce gerade schrieb. Rumbold reagierte nicht – und fand sich in „Ulysses“ wieder; er wurde zum Prototyp einer widerlichen Figur – ein englischer Barbier, der unter Rumbolds Namen auftrat und bereit war, Iren in Dublin zu hängen. Joyce begann, seinen schweigenden Gegner insgeheim mit einem charakteristischen, sprachlich aufschlussreichen und zugleich erzvulgären Begriff zu bezeichnen – Sir Whorearse Rumhole. Er widmete ihm sogar einige bösertige kleine Gedichte. Eines davon war in einem Brief an seinen Bruder Stanislaus enthalten, ein anderes wurde anlässlich der Ernennung Rumbolds zum neuen außerordentlichen Gesandten in Warschau geschrieben. Dieses Gedicht voller bösertiger Ironie mit dem Titel „The Right Man In the Wrong Place“ endet mit Zeilen, die man ungefähr wie folgt übersetzen könnte:

„Aufgeplustert, gepudert und gelockt / Rumbold in Warschau – / Alles ist in Ordnung mit der Welt“.²⁶⁷

Rumbold trug natürlich keine „dienstliche“ Perücke, obwohl er bereits eine Glatze hatte. Sein steifes Auftreten lässt sich anhand zahlreicher Fotos von ihm oder einer Wochenschau von Pathé aus dem Jahr 1925 bestätigen. Aber passt dieses nicht so sehr physische als vielmehr psychologische Porträt eines pompösen britischen Diplomaten, eines stumpfen Prokonsuls des Empires, gezeichnet von der Hand eines irischen Rebellen, tatsächlich zu ihm? Er fühlte sich zweifellos als Mitglied eines elitären Clubs – des diplomatischen Dienstes der stärksten Großmacht, die sehr stolz auf ihre Tradition war. Er erfüllte diesen Dienst mit Hingabe und offenbar zur Zufriedenheit des Foreign Office, denn nach seiner Mission in Polen bekleidete er noch verantwortungsvolle Ämter als Hochkommissar in Konstantinopel (in dieser Funktion unterzeichnete er im Juli 1923 den Vertrag von Lausanne mit der Türkei), als Botschafter in Madrid (1924–1928) und schließlich als Botschafter in Berlin (1928–1933). In diesem letzten Amt vor seiner Pensionierung bewies er einen ausgezeichneten Sinn für das Ausmaß der Bedrohung durch die Macht der nationalsozialistischen Partei Hitlers. Anders als Kerr oder Lloyd George trat er selbst nie für ein Appeasement ein. Er hätte es vorgezogen, die Bedrohung der

267 „Puffed, powdered and curled: / Rumbold's in Warsaw – / All's right with the world“ – zitiert nach: Gilbert, Rumbold, S. 181; siehe auch Pound/Joyce: The Letters of Ezra Pound to James Joyce, with Pound's Essays and Articles about Joyce, hg. v. Forrest Read, New York 1970, S. 151–153 (hier der Brief Pounds an Rumbold vom 11.4.1919 sowie eine weitere Beschreibung des ganzen Vorfalls).

Zivilisation – und so sah er auch den Nationalsozialismus – im Keim zu ersticken, anstatt ihre Entwicklung zuzulassen. In ähnlicher Weise – und für uns noch wichtiger – hielt er es mit dem Bolschewismus, als er auf seinen neuen Posten in Warschau geschickt wurde.

1919 kam er nach Polen wie in ein exotisches Land, das es aber dennoch lohnte, erkundet zu werden. Natürlich aus dem Blickwinkel der britischen Interessen. Er fühlte sich als professioneller Diplomat zu dieser Aufgabe berufen. Seine ersten Eindrücke von Warschau weckten sein eher positives Interesse. Er beschrieb die Szene der Übergabe des Beglaubigungsschreibens an den Staatschef als eine etwas märchenhafte Reise, die von Lanzenreitern durch die Straßen der polnischen Hauptstadt zum Belvedere-Palast begleitet wurde. Nach ihren ersten Begegnungen bezeichnete er Pilsudski als „den größten Mann in diesem Teil Europas“, der es – „wenn es seine Gesundheit erlaubt – weit bringen wird“²⁶⁸. Rumbold redete viel und war bereit zuzuhören. Nach einigen Wochen in Polen fiel ihm etwas Wichtiges auf, das er seinen Vorgesetzten im Foreign Office mitteilen wollte. Polen sei kein weißes Blatt, das man mit irgendwelchen Schaubildern ausfüllen könne, die von Spezialisten für interimperiale Pläne im fernen London gezeichnet worden seien; Polen sei keine formbare Masse, aus der man irgendeine Konstruktion machen könne, die den Konstrukteuren der Weltordnung passe. Polen verstehe sich nicht als eine neue Schöpfung der Siegermächte. Es besitze eine eigene Identität, eine lange Tradition und eine eigene Einschätzung seiner Interessen. Rumbold schrieb dazu an den Sekretär von König George V.: „Im Umgang mit den Polen muss man immer daran denken, dass sie keine neue Nation sind und sich auch nicht als solche betrachten. Sie sind sich der wichtigen Rolle bewusst, die Polen in der Vergangenheit gespielt hat [...], sie sind stolz und sehr sensibel“. Gleichzeitig stellte er fest, dass die Polen nicht besonders anfällig für das bolschewistische Virus zu sein schienen; ihr ausgeprägter Patriotismus und gleichzeitig ihre bäuerliche Abneigung gegen kommunistische Doktrinen waren nach Ansicht des Sonderbeauftragten genau die wirksamen Gegenmittel gegen diese größte Bedrohung in Osteuropa²⁶⁹.

268 Das letzte Zitat stammt aus einem Brief Rumbolds an Kerr vom 29.12.1919 – NAS-PK, GD/40/17/911/3; die Beschreibung der ersten Visite beim Staatschef stammt aus einem Brief Rumbolds an Charlie [?] vom 23.10.1919, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 49. Den Aufenthalt Rumbolds in Warschau schildert, wenngleich ohne die wichtigen Dokumente aus dem Privatarchiv des Gesandten: Norman Davies, *Sir Horace Rumbold w Warszawie, 1919–1920*, in: *Dzieje Najnowsze* 3 (1971), Nr. 3, S. 40–54.

269 „In dealing with the Poles one has always to remember one thing and that is that they are not and do not consider themselves to be a new nation. They are conscious of the considerable part that Poland has played in the past [...] they are proud and sensitive“. Brief Rumbolds an Thomas Rowland (stellvertretender Privatsekretär König George V.) vom 1.2.1920, OU-BL, RP,

Die Versuche, die Londoner Zentrale von diesem Standpunkt zu überzeugen, führten bei Rumbold bald zu Frustration. Ich möchte daran erinnern, dass der Zeitpunkt seines Amtsantritts in Warschau in die Zeit des eskalierenden Streits um die Zukunft Ostgaliziens fiel, in dem London, Namier-Kerr-Lloyd George, als Hauptgegner der polnischen Bestrebungen auftrat. Die Polen erinnerten sich auch an Lloyd Georges ablehnende Haltung zu Polens Rechten auf Danzig. Rumbold wollte diesen Missstand beseitigen. Er fragte Kerr, ob der Premierminister nicht zu einer Geste gegenüber Warschau überredet werden könne. Wäre es vielleicht möglich, Polen zu einem Darlehen zu verhelfen? Den Staatssekretär im Foreign Office, Charles Hardinge, forderte er auf, den Empfang einer Delegation des polnischen Parlaments in London zu erwägen. Gleichzeitig stellte er fest, dass die Warschauer Gesellschaft ihr Missfallen über den Widerstand der britischen Regierung gegen die Anerkennung Ostgaliziens als Teil Polens zum Ausdruck gebracht hatte²⁷⁰.

Kerr beschloss daraufhin, Rumbold mit Hilfe der von Namier vorgebrachten Argumente die Beweggründe für die Politik des Premierministers in dieser Frage darzulegen. Russland werde früher oder später wieder erstarken und unweigerlich Anspruch auf die Ukraine erheben. Ostgalizien in dieser Situation Polen zu überlassen, bedeute, einen neuen Krisenherd zu schaffen, ähnlich wie in Westeuropa im Fall von Elsass-Lothringen nach der Annexion dieser Gebiete durch Bismarck auf Kosten Frankreichs im Jahr 1871. „Polen hat bisher wenig oder gar nichts getan, um seine Fähigkeit zu beweisen, einen modernen, fortschrittlichen Staat aufrechtzuerhalten, außer dass es seiner Nationalität treu geblieben ist und für diese Sache schreckliche Entbehrungen auf sich genommen hat. [...] Seine besten Freunde sind diejenigen, die sich den Träumen der [polnischen] Imperialisten widersetzen und Polen ermutigen, das Beste aus dem Gebiet zu machen, das unbestreitbar polnisch ist und das sowohl die Grundlage für Streitigkeiten mit den Nachbarn als auch die Zahl der nicht-polnischen Bürger [in diesem Land] verringern wird.“ Kerr schrieb mit einem gewissen Stolz auf seinen Vorgesetzten, oder besser gesagt auf seinen eigenen Standpunkt: „Ich glaube, die Polen verstehen

Abl. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 146 (auf den folgenden Seiten desselben Briefes – Bl. 147–148 – Bemerkungen zur Unempfänglichkeit der Polen, abgesehen von einer Gruppe extremer Sozialisten und einem Teil der jüdischen Minderheit, für kommunistische Parolen).

270 Siehe den Brief von Rumbold an Kerr vom 6. Dezember 1919 (hier der Hinweis auf die Notwendigkeit von Unterstützung für ein Darlehen an Polen), OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 79; Brief von Rumbold an Hardinge vom 16.11.1919 (in der Frage der parlamentarischen Delegation): ebd., S. 62; die Frage eines besonderen sozialen Boykotts, der im Dezember 1919 gegenüber dem britischen Gesandten (auf Initiative von Fürst Zdzisław Lubomirski) angesichts der Haltung von Lloyd George in der Galizien-Frage einmalig durchgeführt werden sollte, wird von Gilbert, Rumbold, S. 185–187, erörtert.

nicht, wie der P[remier] zu ihnen steht. Er ist nicht im Geringsten antipolnisch. Stattdessen erkennt er die große Schwierigkeit der Lage Polens in Europa und den unvermeidlichen Mangel an praktischer Erfahrung ihrer Nation in der Verwaltung der Angelegenheiten eines großen Staates. [...] Er [d. h. Lloyd George] betrachtet das polnische Problem nicht nur aus heutiger Sicht, aus den Jahren 1919–1920, sondern auch aus der Perspektive von tausend Jahren europäischer Geschichte und der unvermeidlichen Tatsache, dass Polens Nachbarn [d. h. Russland und Deutschland], die heute darniederliegen, über kurz oder lang wieder starke, vitale und patriotische Nationen sein werden²⁷¹.

In dem Jahr, das zwischen der Unabhängigkeit Polens und der Abfassung des hier zitierten Briefes durch Kerr verging, war es Polen gelungen, zehn Jahre vor dem britischen Parlament, ein vollständig demokratisches Wahlrecht einzuführen (einschließlich voller Rechte für alle Frauen) und Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung abzuhalten. Der Absender des Briefes wusste wahrscheinlich nichts von der Verabschiedung der Gesetze über die achtstündige Arbeitszeit, die obligatorische Kranken- und Mutterschaftsversicherung, die allgemeine Schulpflicht für Kinder im Alter von sieben bis vierzehn Jahren und die Bodenreform... Er wusste mit Sicherheit nichts von der effektiven Arbeit Hunderter neuer Institutionen, von der Generalstaatsanwaltschaft und der Obersten Kontrollkammer bis hin zum Polnischen Olympischen Komitee oder den beiden neuen Universitäten (der Katholischen Universität Lublin und der Universität Posen). Er wusste es nicht, aber den britischen Gesandten in Warschau, der das alles besser wissen konnte, belehrte er in einem fürsorglichen Ton, dass Polen auf dem Weg zur Modernisierung noch nichts erreicht habe. Er erinnerte diesen daran, dass er das Land, in dem er Großbritannien vertrat, wie ein Kind behandeln sollte, ein eigensinniges Kind, das seine Entstehung ausschließlich den westlichen Siegermächten verdankte. Es habe kein Recht auf ir-

271 „Poland as yet has done little or nothing to establish the fact of its ability to maintain a modern progressive state, except that it clung to its nationality and endured terrible hardships for this cause. [...] Its best friends are those who resist the dreams of the Imperialists and encourage Poland to make good within a sphere which is indisputably Polish and which reduces both its grounds of quarrel with its neighbours and the numbers of non-Polish citizens [...] I think that the Poles misunderstand the PM's [Prime Minister's] attitude towards them. He is not in the least anti-Polish. He fully recognizes, however, the great difficulty of Poland's position in Europe and its people's inevitable want of practical experience in running a great state. [...] He [Lloyd George] is looking at the Polish problem, not merely in terms of 1919–1920, but in the light of a thousand years of European history, and of the inevitable fact that Poland's neighbours, which today are prostrate, will ere long become strong, vigorous, and patriotic nations“. Brief Kerrs an Rumbold vom 15.12.1919, NAS-PK, GD 40/17/911/4, S. 1–4; dass. in: OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 97–100.

gendetwas, außer dem Recht und sogar der Pflicht, seinen Wohltätern dankbar zu sein. Kerr drückte damit genau die Position seines Premierministers, seine eigene und die von Hankey aus, als er erklärte, dass die Polen selbst nicht verstünden, was gut für sie sei. Besser als sie wüssten es diejenigen, und für sie sollten diejenigen entscheiden, die „Erfahrung in der Führung eines großen Staates haben“, d. h. der aus der Perspektive von tausend Jahren und von Europa als Ganzem blickende David Lloyd George. Hier scheinen wir eine der Grundannahmen der Appeasement-Praxis zu berühren: Die westlichen Mächte, oder genauer gesagt ihre politischen Eliten, räumen sich das Recht ein, besser zu verstehen, was für die „kleinen“ und „neuen“ Länder gut ist, deren Grenzen sie festlegen oder verschieben oder die sie in die „Obhut“ anderer Mächte übergeben wollen. „Sie können sich nicht selbst vertreten, sie müssen vertreten werden“. Dies ist die Essenz der kolonialen Optik, die Karl Marx in seinem berühmten Satz aus dem „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ festgehalten und die Edward Said analysiert hat²⁷². Wir werden noch mehr als einmal ihre Erscheinungsformen beobachten.

Die zweite Säule dieser Appeasement-Praxis, die auch in Kerrs Schreiben zum Ausdruck kommt, ist die Annahme, dass letztlich nur die Stärke zählt. Der Sekretär des Premierministers schreibt ausdrücklich, dass Polen nur innerhalb von Grenzen existieren könne, die als unbestreitbar polnisch anerkannt werden können. Das heißt, diejenigen, deren Polentum von den beiden großen Nachbarn als unbestritten anerkannt wird: von Russland und Deutschland. Er denkt nicht einmal an die Möglichkeit, diese Bedingung umzukehren – dass Russland oder Deutschland nur auf Gebiete beschränkt sein sollten, die „unbestreitbar“ als ethnisch russisch bzw. deutsch anerkannt werden können. Anerkannt von den Nachbarn, die von dieser „Diskussion“ direkt betroffen sind. Nein, für Kerr liegt es auf der Hand, dass Russland oder Deutschland eine Art „Pufferzone“ aus Gebieten zusteht, die nicht notwendigerweise nur von Russen oder Deutschen bewohnt werden, sondern in denen auch „einige andere“ (z. B. Polen, Juden, Litauer, Weißrussen oder Ukrainer) leben können, sogar in großer Zahl. Was strittig ist, was möglicherweise eine Zwischenzone zwischen ethnographisch „rein“ polnischen oder russischen oder deutschen Gebieten bildet, die in, das alles soll Russland und Deutschland zufallen. Warum? Letztlich gibt es nur einen Grund: Stärke. Russland und Deutschland werden die Kraft finden, sich an die Gebiete zu erinnern, die sie als mit einem schwächeren Polen strittig, für sich beanspruchen wollen. Die Landkarte Osteuropas muss also im Voraus so gestaltet werden, dass die Stärksten damit zufrieden sind. Andernfalls werden sie sie zerstören, die Ordnung erneut durcheinanderbringen und die politische Lage erneut destabilisieren. Formal, also im Namen der Ord-

272 Edward W. Said, *Orientalism*, London (u. a.) 1978.

nung, im Namen der Stabilität, aber tatsächlich nur wegen des Kräfteverhältnisses und nicht aus einem anderen Grund, müssen die Schwächeren dazu gebracht werden, sich zu *unterwerfen*. Problematisch könnte es werden, wenn sich (wie im September 1939) herausstellt, dass aus Sicht Moskaus und Berlins kein Platz für ein Polen ist, dass sie sich nur mit einer gemeinsamen Grenze „zufriedengeben“ würden, so wie vor dem Ersten Weltkrieg, als es zwischen Russland und Deutschland nichts gab. Die Logik der Gewalt konnte letztendlich immer zu einem solchen Ergebnis führen.

Hat Horace Rumbold diese Annahmen, diese Logik nicht geteilt? Natürlich blickte er mit der Überlegenheit eines „erblichen“ britischen Botschafters auf die verschiedenen Länder, in denen er der Krone zu dienen hatte. Allerdings unterscheidet sich seine Sichtweise von derjenigen, die Kerr oder Hankey durch ihre Lebenserfahrung gewonnen haben. Beide Sekretäre sahen die Welt durch das Prisma der Dominions der britischen Krone. Sie sahen es als ihre selbstverständliche Aufgabe an, das zu „reformieren“, was der Krone untergeordnet war, die Interessen der einzelnen Dominions zu interpretieren, ihre Identität zu beeinflussen, sie zu „verbessern“. Der Premierminister, dem sie dienten, kannte die Welt außerhalb Großbritanniens überhaupt nicht. Und er wollte sie nicht kennenlernen. Rumbold hingegen war als Diplomat in Ländern tätig, die nicht britische Dominions oder Kolonien waren. Obwohl er mit Überlegenheit, ja sogar mit Hochmut, oder mit einem Gefühl der Fremdheit auf die Verhältnisse in Teheran, Tokio und vielleicht in geringerem Maße in Madrid, Den Haag, Wien, Bern oder Berlin blicken konnte, nahm er in jedem dieser Länder ihre Besonderheiten, ihre eigene Identität wahr und erkannte sie schließlich an, und er war sich bewusst, dass die Interessen der Einheimischen mit seinen, des Diplomaten aus London, im Widerspruch stehen konnten. Er erkannte sozusagen das Recht anderer Staaten auf Andersartigkeit an; er war daran gewöhnt. Und er hielt es für klug, sich über diese Andersartigkeit zu informieren, um die Möglichkeit zu erkunden, sie für die britischen Interessen nutzbar zu machen. Dies war auch die Perspektive, aus der er Polen sah, und er versuchte seine Vorgesetzten in London davon zu überzeugen, dass das Land „sich selbst vertrat“ und dass es sich lohne, auch diesen spezifischen Gesichtspunkt bei der Berechnung der britischen Politik zu berücksichtigen.

Er antwortete daher auf Kerrs Brief und dankte ihm für seine gewichtigen Argumente zur Notwendigkeit, die Zahl der ethnischen Minderheiten innerhalb der Grenzen des neuen polnischen Staates zu begrenzen. Er wies jedoch darauf hin, dass Italien nach dem Krieg immerhin 200.000 Tiroler hinzugewonnen habe, und dazu ein Gebiet, in dem diese – und nicht die Italiener – mit Sicherheit die Oberhand hatten. Die neu entstandene Tschechoslowakei bestehe fast ausschließlich aus Minderheiten (Slowaken, Sudetendeutsche, transkarpatische Ruthenen) – und irgendwie werde dies von den Siegermächten nicht beanstandet... Rumbold bat

auch darum, das von den Polen vorgebrachte Argument zu berücksichtigen: Lemberg werde von ihnen als polnische Stadt betrachtet – und es sei nicht einfach, sein polnisches ethnisches und kulturelles Profil zu leugnen. Vielleicht lohnt es sich, auf den von Rumbold vorgeschlagenen Kompromiss zurückzukommen, den Paderewski einst vorgeschlagen hatte, nämlich die Aufteilung Ostgaliziens in der Weise, dass Lemberg und sein Umland Polen zufallen solle und der Rest nur ein vorübergehendes Mandat sei, über dessen politische Zukunft später entschieden werden könnte. Er wies auch die verächtliche Kritik an allen bisherigen Leistungen des polnischen Staates behutsam zurück. Er schrieb: „Die Polen müssen [in diesem Bereich] noch viel tun, und ich denke, dass sie das auch tun werden. Die nächsten zwölf Monate werden zeigen, wie sie ihre Angelegenheiten regeln werden“. Kurzum, er schloss die Chancen Polens, einen modernen Staat zu schaffen, nicht aus. Er drängte Kerr dazu: „Wenn Sie einmal zwei Wochen frei haben und diesen Teil Europas kennen lernen möchten, kommen Sie zu mir“²⁷³. Dieser gute Rat wurde jedoch von denjenigen, die über das Schicksal Osteuropas entscheiden sollten, nicht befolgt. Sie hatten Macht, und diese Macht lässt nicht viel Zeit zum Nachdenken, sondern erfordert dringende Entscheidungen. Auch wenn sie „Völker betreffen, über die wir nichts wissen“.

Rumbold wollte diese Entscheidungen jedoch beeinflussen. Er sah es als seine Pflicht als Berufsdiplomate an, so weit wie möglich über die Richtung der politischen Entscheidungen zu beraten, die im Londoner Hauptquartier getroffen werden sollten, und zwar in Übereinstimmung mit dem aktuellen Stand der Dinge. Ein wichtiges Motiv, das seine Meinung über Polen und dessen Rolle gegenüber Sowjetrußland beeinflusste, war die tiefe Abneigung des Gesandten gegen den Bolschewismus und seine Angst vor der Verbreitung der kommunistischen Ideologie. Polen war für ihn als praktische Barriere wichtig, die eine mögliche kommunistische Offensive nach Westen wirksam aufhalten konnte. Er wies die Argumente des Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Hardinge, zurück (die sich mit der Position von Lord Curzon selbst deckten), wonach der Bolschewismus sich nicht nach Westen entwickeln würde, sondern vielmehr eine bedeutende Bedrohung im asiatischen Vorfeld lebenswichtiger britischer Interessen darstelle: in Transkaukasien (Expansion der Roten Armee nach Aserbaidschan und Georgien) sowie in Persien. Um die Jahreswende 1919/1920 hoffte Rumbold jedenfalls, dass eine effektive Zusammenarbeit zwischen Piłsudski und den Resten des „weißen“ Rußlands unter Denikin noch zustande kommen könnte. Er unterstützte daher die Mission von

273 „The Poles have still to make good, and I like to think that they will do so. Another 12 months should show how they are going to shape. If you ever have a fortnight or so off and wish to study this part of Europe, come out and stay with me“. Brief Rumbolds an Kerr vom 29.12.1919, NAS-PK, GD/40/17/911/3; dass. in: OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 126–128.

Halford Mackinder (die ich im vorherigen Kapitel beschrieben habe), die zu einer solchen Zusammenarbeit führen sollte. Er bedauerte, dass Litauen ein „schwaches Glied“ sei, das die Bildung eines Militärbündnisses zwischen Polen und den baltischen Staaten gegen die Bol’ševiki erschwere (im Dezember 1919 besprach Rumbold dies direkt mit General Carl Gustaf Mannerheim, dem neuen Regenten von Finnland). Die neue Politik des Premierministers vom Januar 1920, sich mit der bolschewistischen Herrschaft in Russland zu arrangieren und die angrenzenden Länder zu ermutigen, ebenfalls den Frieden mit den Bol’ševiki zu suchen, entmutigte ihn. Er schrieb davon am 2. Februar 1920 an seinen Kollegen, den Hochkommissar in Wien, Francis Oswald Lindley: „Wie lange, glauben Sie, werden das übrige Europa und die Westmächte davon absehen können, [nach den an Russland angrenzenden Ländern] auch die Bol’ševiki anzuerkennen? Dieser Gedanke ist mir zuwider, denn ich lebe hier zu nah an den Bolschewiken, um nicht zu sehen, was für ein schreckliches Machtsystem sie schaffen. Wenn ich mich nicht irre, geht die Entwicklung jedoch in Richtung einer Anerkennung der Bolschewiken. Unsere lieben Freunde von der Labour Party zu Hause würden dies begrüßen, ganz zu schweigen von anderen, die nicht der Labour Party angehören. Es wird ein weiterer Fall des Triumphs des Bösen sein“²⁷⁴.

In der Zwischenzeit ergingen Anweisungen aus London an Rumbold, die ihn direkt dazu ermutigten, genau das politische Szenario zu unterstützen, das ihm am meisten Angst machte. Ein Telegramm des Foreign Office vom 27. Januar enthielt einen Bericht über ein Gespräch zwischen Premierminister Lloyd George und dem polnischen Außenminister Stanisław Patek, der ihn in einer Sondierungsmission am Vortag besucht hatte. Wie aus der Darstellung in einem früheren Kapitel bekannt ist, machte Lloyd George seine Position deutlich: Die Bol’ševiki würden ihre westlichen Nachbarn nicht angreifen, denn „es gibt nichts, was eine Armee

²⁷⁴ „How long do you think the rest of Europe and the Western Powers will be able to refrain from also recognising the Bolsheviks? The idea is repugnant to me as one living too close to the Bolsheviks here not to see what an appalling regime theirs is. But, unless I am mistaken, things are working up for the recognition of the Bolsheviks. This would be welcomed by our dear friends in the Labour Party at home, not to speak of others not belonging to the Labour Party. It will be another case of evil triumphing“. Brief Rumbolds an Francis [Lindley] vom 2.2.1920, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 156. Vgl. Rumbolds Briefe an Richard Dalberg-Acton, den Gesandten Großbritanniens in Finnland, vom 29.12.1919 (hier u. a. über die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit Piłsudskis mit Denikin für das Frühjahr des folgenden Jahres, aber auch die Information über das Gespräch mit Mannerheim), OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 119–122; über die Zusammenarbeit Rumbolds mit Mackinder schreibt Gilbert, Rumbold, S. 189–191; siehe auch den Brief Hardinges an Rumbold vom 6.1.1920, der seine (und die Curzons) Überzeugung ausdrückt, dass der Bolschewismus eher in Asien als in Europa gefährlich sei. OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 129–130.

dazu bewegen könnte, in Polen, Ungarn oder Deutschland einzumarschieren, wie Lebensmittel oder Rohstoffe“. Der Satz des Premierministers, schockierend in seiner geoökonomischen und geopolitischen Ignoranz, war nur ein Vorspiel für die wesentliche Lektion, die er Patek erteilen wollte, und das Foreign Office gab sie an Rumbold weiter. Es klang so: Da die Bol’ševiki den Frieden wollten, konnte das einzige Hindernis für seinen Abschluss nur der polnische Expansionismus im Osten sein²⁷⁵. Drei Tage später schickte Kerr einen separaten Brief an Rumbold, in dem er die offizielle Darstellung des Foreign Office „verstärkte“ und noch einmal betonte, dass nur der Premierminister ein „wahrer Freund“ Polens sei, da er das Land gegen seinen größten Feind verteidige. Dieser Feind seien die Polen selbst, oder genauer gesagt, der Geist des Imperialismus, der sie mit Deutschland und vor allem mit Russland in Konflikt bringe. Man müsse vor allem den polnischen Imperialismus bekämpfen! Kerr fügte Empfehlungen für den Gesandten in Warschau sowie Informationen über den wachsenden Einfluss der Labour Party und der linken Gewerkschaften, die in England selbst auf einen möglichst schnellen Friedensschluss mit Sowjetrußland drängten, hinzu²⁷⁶.

In einem Brief an Hardinge vom 1. Februar 1920 stellte Rumbold fest, dass Polen in dieser Situation wahrscheinlich gezwungen wäre, mit dem „roten“ Moskauer Frieden zu schließen, und dass die baltischen Staaten, Rumänien und bald ganz Europa diesem Beispiel folgen würden. Gleichzeitig erlaubte er sich, den Unterstaatssekretär im Foreign Office darauf hinzuweisen, dass die jüngsten Berichte aus London offenbar eine radikale Änderung der früheren Politik bedeuteten, die seiner Meinung nach darin bestand, Piłsudskis antisowjetische Allianz mit Denikin zu unterstützen. Ironischerweise fragte er sogar, ob Lloyd George nicht nur Zeit gefunden habe, dem polnischen Außenminister „Lektionen zu erteilen“, sondern auch Mackinder zu treffen, der gerade von seiner Mission bei Denikin in der zweiten Januarhälfte zurückgekehrt war²⁷⁷. Der Gesandte musste allerdings die vom Premierminister durchgesetzte Politik akzeptieren. Er gab jedoch nicht sein Recht auf eine andere Bewertung des polnischen „Imperialismus“ auf, als die, die aus London diktiert wurde. Er suchte immer noch nach einem möglichen Kompromiss zwischen Piłsudskis Vorstellung von der notwendigen Wahrung der polnischen Souveränität und der Aufgabe, einen für Russland akzeptablen Frieden zu för-

275 Bericht Lord Hardinges über ein Gespräch Lloyd Georges mit Patek vom 26.1.1919, übermittelt in einem Telegramm Lord Curzons an H. Rumbold vom 27.1.1920, in: DBFP, vol. III, S. 804 – eine Abschrift dieses Dokuments findet sich auch in Lloyd Georges Papieren – PA-LG, F/202/1/6.

276 Siehe Kerrs Brief an Rumbold vom 30.1.1920, NAS-PK, GD 40/17/911/4.

277 Brief Rumbolds an Hardinge vom 1.2.1920, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 142–145.

dern – eine Aufgabe, die ihm durch Anweisungen aus dem Büro des Premierministers auferlegt wurde.

In der sich im März abzeichnenden Konfrontation der diplomatischen und propagandistischen Möglichkeiten zwischen Moskau und Warschau, die mit der Diskussion über die Bedingungen des polnisch-sowjetischen Friedens zusammenhing, musste sich Rumbold mit der vernichtenden Bewertung der polnischen Politik und der Warschauer Friedensbedingungen durch das Political Information Department (d. h. Lewis Namier in seinem letzten großen Schmähschrift-Memorandum, das bereits oben besprochen wurde) auseinandersetzen. Im ersten Vermerk über die polnischen Friedensbedingungen, der am 14. März an das Foreign Office geschickt wurde, äußerte sich Rumbold zum Prinzip der Desannexion, d. h. dem Verzicht Moskaus auf seine Rechte an den Gebieten östlich der Grenze der ersten Teilung (von 1772), und zum Vorschlag, eine Volksabstimmung in dem Gebiet zwischen dieser Grenze und der Buglinie zu organisieren. Er wies darauf hin, dass die Litauer und Ukrainer, die ja von der Entscheidung betroffen wäre, zunächst konsultiert werden müssten, und dass es nicht einfach wäre, ein Referendum, das in Anwesenheit der polnischen Armee abgehalten würde, als völlig frei zu betrachten. Er wies auch darauf hin, dass es schwierig sei, anzunehmen, dass Russland nach Überwindung seiner inneren Krise eine so weitreichende Verdrängung nach Osten, also den Verzicht auf alle territorialen Gewinne seit dem 18. Jahrhundert, auf Dauer akzeptieren würde. Er übermittelte jedoch an die Zentrale des Foreign Office das Argument Pateks, dass Polen sich dessen bewusst sei, es sich aber bemühen müsse, so schnell wie möglich Klarheit in der Frage seiner Ostgrenze mit einer Regierung zu schaffen, wie sie derzeit in Russland bestehe.

Rumbold selbst schlug vor, Polen zu erlauben, die bestmöglichen Friedensbedingungen mit Sowjetrußland auszuhandeln. Der Verlauf und die Ergebnisse dieser Verhandlungen könnten den Westmächten einen Hinweis auf die derzeitige Stärke oder Schwäche der Bol'sheviki sowie auf die Bereitschaft der sowjetischen Regierung geben, die Pufferstaaten Weißrußland und Ukraine zu akzeptieren. Gleichzeitig deutete er seinen Vorgesetzten an, dass es keinen Grund gebe, auf das Recht der Westmächte zur Durchsetzung von Paragraph 87 des Versailler Vertrags zu verzichten, in dem sich Polen verpflichtet hatte, die Vereinbarungen der Großmächte über seine Ostgrenze zu akzeptieren. Im litauischen Teil sollte es unter Aufsicht der Alliierten oder des Völkerbundes eine Volksabstimmung über Wilna durchführen. Die Mächte hätten auch die Möglichkeit, sich an der Abgrenzung der von Weißrussen und Ukrainern bewohnten Gebiete westlich der Grenze der ersten Teilung von 1772 zu beteiligen. „Diese Gebiete könnten vorübergehend einer gemischten Verwaltung aus Polen und Einheimischen unterstellt werden, die unter der Aufsicht von durch den Völkerbund ernannten Beamten stehen. Diese Gebiete würden treuhänderisch für ein wiedererstandenes Russland oder, falls die

Politik der alliierten Mächte die Schaffung autonomer Staaten wie Weißrussland und die Ukraine befürwortete, treuhänderisch für diese Staaten verwaltet werden²⁷⁸.

Auf der Grundlage von Rumbolds Telegrammen und Analysen verfasste der Leiter der Nordabteilung des Foreign Office (Russland, die baltischen Staaten, Skandinavien und Polen), John Duncan Gregory, ein umfangreiches Memorandum, das er Curzon am 6. April vorlegte und in dem er seine Meinung über die Möglichkeiten zur Lösung des gordischen Knotens in Osteuropa darlegte. Es lohnt sich, dieses Dokument ausführlicher zu besprechen, da es eine Darstellung der Position enthält, die die britische Diplomatie im Frühjahr 1920 zum sowjetisch-polnischen Konflikt und zum Problem der Grenzziehung in Osteuropa hätte einnehmen können – sie hätte es tun können, tat es aber nicht. Es ist daher nur ein Beitrag zu einer alternativen Geschichte. Aber wir können die Spezifität der Entscheidungen, die in der realen Geschichte getroffen wurden, deutlich erkennen; Entscheidungen, die Lloyd George mit der Unterstützung seiner Sekretäre und Namier traf. Das Dokument, das ich im Folgenden vorstelle, zeigt gleichzeitig, wie die Politik des Foreign Office hätte aussehen können, wenn Sir Horace Rumbold es geleitet hätte, auf der Grundlage seiner bereits halbjährigen Erfahrung in Polen.

Nach dem ersten Eindruck, dass die Friedensvorschläge Warschaus ein Beispiel für einen unvernünftigen polnischen Imperialismus waren, sah sich Duncan Gregory nach dem Studium von Rumbolds Berichten mit einer praktischen Frage konfrontiert: Sollte und konnte Großbritannien in dieser Situation eingreifen, um diesen „Imperialismus“ (im Memorandum wird diese Bezeichnung der polnischen Politik in Anführungszeichen gesetzt) einzudämmen und Osteuropa das in London ausgearbeitete Grenzkonzept aufzuzwingen, oder sollte es lieber seine Hände in Unschuld waschen und Polen das bestmögliche Geschäft mit den derzeitigen Machthabern des Kremls machen lassen? Gregory stellte fest, dass die Hoffnungen, die die Westmächte bisher in Russland gesetzt hatten, dass es sich nach ihrem Bild und Vorbild verändern würde, eine nach der anderen gescheitert waren. Er ging sogar so weit zu behaupten, dass es eine unüberwindbare Grenze für die Zivilisation gibt: „Alle unsere alten Illusionen sind allmählich in Trümmer gegangen. Das zaristische, das bolschewistische und das antibolschewistische Russland ha-

278 „Territories in question could be subject to a temporary mixed administration of Poles and local inhabitants under supervision of officials appointed by League of Nations. These territories would be held in trust for a reconstituted Russia, or if policy of Allies is to favour formation of autonomous States such as White Ruthenia and Ukraine, in trust for those States“. Telegramm Rumbolds an Lord Curzon vom 26.3.1920, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 185–186; vgl. auch die früheren Telegramme Rumbolds an Curzon zum Thema der polnischen Friedensbedingungen gegenüber Russland, alle vom 14.3.1920, ebd., Bl. 181–184.

ben sich als gleichermaßen infiziert mit einer Art orientalischem, unausrottbarem Defekt erwiesen, der es [Russland] als eine uns fremde Rasse kennzeichnet – so weit entfernt von unseren zivilisatorischen Standards“. Weil er sich darüber im Klaren war, dass diese Meinung umstritten war, führte er weiter aus, dass die Rolle der besonderen Barriere für die westliche Zivilisation, die Österreich und davor Polen gespielt haben, verständlich wird, wenn man sie akzeptiert. „Die Bedingungen, die Polen Sowjetrussland gestellt hat [...], zwingen uns im Grunde dazu, uns zu entscheiden, ob wir eine Wende nach Osten oder eher nach Westen in diesem Niemandsland, das zwischen ihnen liegt, unterstützen wollen“²⁷⁹.

Es werde auch entschieden werden müssen, ob das Gebiet vom Bug bis zur Grenze der polnisch-litauischen Adelsrepublik aus dem 18. Jahrhundert im Osten tatsächlich Niemandsland sei. Zuvor sei noch die Frage zu klären, ob sich dieses Gebiet von Russland unterscheiden lasse. In Anlehnung an Rumbolds Vorschläge schrieb der Leiter der Nordabteilung des Foreign Office, dass sowohl die Geschichte als auch die Gegenwart bestätigten, dass sich dieses Gebiet seit fünf Jahrhunderten dem Westen zugewandt habe. Es bestehe kein Zweifel, dass das historische Litauen die Unabhängigkeit fordere – sowohl von Russland als auch von Polen. Die beste Lösung wäre daher, Litauen durch ein Bündnis oder eine Föderation mit Polen zu binden. „Ungeachtet der Schwierigkeiten bei der Erfüllung [dieser Aufgabe] scheint die Schaffung eines starken historischen Litauens, das in Harmonie mit Polen arbeitet, eine vernünftige Politik zu sein“, sagt Gregory. Er stellte außerdem fest, dass eine solche Aufgabe nur dann erreicht werden könnte, wenn es Polen gelänge, die bestmöglichen Beziehungen mit seinen anderen Nachbarn im Osten herzustellen, die südlich von Litauen liegen – also mit den Weißrussen und Ukrainern. Solche Beziehungen könnten nicht durch die Annexion von weißrussischen oder ukrainischen Territorien durch Polen erreicht werden. In deutlicher Polemik mit den Thesen von Namiers Memorandum wies Gregory jedoch sofort darauf hin, dass er die Alternative zur gegenwärtigen militärischen Besetzung eines Teils dieser Gebiete durch die polnische Armee – d. h. die Rückgabe an die Herrschaft Sowjetrusslands – als die größte Katastrophe für die Bewohner dieser Gebiete ansehen würde. Er selbst schlug vor, die Schaffung einer vereinigten Ukraine ernst-

279 „All our illusions have been gradually shattered. Czarists, Bolsheviks, anti-Bolsheviks alike have all proved to be infected with some ineradicable Oriental vice stamping them as a race alien to ourselves – so far behind our own standard of civilisation [...] The terms which Poland has offered to Soviet Russia [...] practically force on us a decision whether it is towards East or West that we intend to favour the orientation of the No Man's Land which lies between the two“. The Polish Terms to Soviet Russia (Memorandum Duncan Gregorys für Curzon vom 6.4.1920), OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 181. Zweifel bezüglich der Chancen einer Verwestlichung Russlands äußerte Rumbold selbst in einem Brief an Gregory vom 6.5.1920: „Your remarks about the Russians are very much to the point“, ebd, Bl. 216.

haft in Erwägung zu ziehen, auch wenn er die Frage der territorialen Ausgestaltung nicht beantwortete. Anschließend legte Duncan Gregory die in Rumbolds Depeschen vom 14. und 26. März formulierten Konzepte für eine praktische Lösung der Frage einer doppelten Grenze vor: am Dnepr (1772 – die Grenze des polnisch-litauischen Gemeinwesens aus der Zeit vor der Ersten Teilung, die im polnischen Friedensvorschlag als Grenze der gewünschten Aufteilung genannt wird) und am Bug – die von den Mächten im Dezember 1919 festgelegte ethnografische Mindestgrenze Polens) und erklärte, dass in dem Gebiet zwischen diesen beiden Grenzen eine vorübergehende Verwaltung eingeführt werden könnte, nach dem Vorbild derjenigen, die unter britischer Aufsicht beispielsweise im Sudan existierte, oder nach dem Vorbild amerikanischer „Territorien“, die noch nicht den Rang eines eigenen Staates erlangt hatten. Da Großbritannien wahrscheinlich nicht bereit wäre, neue Verpflichtungen allein zu übernehmen, wäre es vielleicht besser, eine solche vorübergehende Verwaltung unter einem gemischten britisch-französisch-polnischen Triumvirat einzuführen, mit einem Vetorecht für jedes Mitglied, das den Schutz der lokalen Bevölkerung vor einer möglichen „polnischen Tyrannei“ gewährleisten würde. In der Zwischenzeit sollte Polen die Unabhängigkeit Litauens anerkennen, während die vorübergehende Verwaltung der Gebiete zwischen Bug und Dnepr es den alliierten Mächten ermöglichen würde, die Möglichkeiten für eine optimale, dauerhafte Lösung der Situation in diesem Gebiet besser zu verstehen²⁸⁰.

Lord Curzon war an solch komplizierten Projekten nicht besonders interessiert. Premierminister Lloyd George zog es vor, unter Vermittlung von Kerr auf die Argumente des letzten Memorandums von Namier zu verweisen, in dem die absolute Verurteilung und Bekämpfung des „polnischen Imperialismus“ gefordert wurde. Als der Text dieses Memorandums Rumbold auf dem diplomatischen Postweg erreichte, war der Diplomat schockiert über das Ausmaß der antipolnischen Aggression, die er in diesem – immerhin offiziellen – Kommentar des Political Information Department zu den polnischen Friedensbedingungen sah. „Namier hat bei dieser Gelegenheit all das Gift ausgespuckt, dessen er fähig ist“, schrieb der britische Gesandte an Duncan Gregory und fragte gleichzeitig ironisch, ob das PID, das ursprünglich nur zum Sammeln von Informationen eingerichtet worden war, nun die Richtung der britischen Politik diktieren sollte. Er selbst betonte in seinem Schreiben vom 10. April die positive Rolle, die seiner Meinung nach die „tapfer kämpfende“ polnische Armee bei der Abschirmung ganz Mitteleuropas vor der Gefahr des Bolschewismus spielte. Er stellte mit Bedauern fest, dass diese Vorzüge im Westen des Kontinents nicht gesehen wurden. Die Polen litten unter der katastro-

²⁸⁰ Siehe ebd., Bl. 181–186.

phalen Meinung, die sich über sie gebildet habe – gebildet von solchen Feinden wie Namier. Aber sie verhielten sich, als würden sie selbst nicht verstehen, um ihr internationales Image zu kämpfen, und sie unterstützten es nicht einmal, wenn jemand von außen versucht, ihnen zu helfen²⁸¹. Gleichzeitig stellte Rumbold fest, dass einige Vertreter der britischen politischen Elite, die nicht Lloyd Georges konzilientem Kurs gegenüber dem „roten“ Moskau folgten, Polen ohnehin aus ihren Berechnungen über die Zukunft Osteuropas ausschlossen. Typisch ist in diesem Zusammenhang die Position des Staatssekretärs im Foreign Office, Lord Hardinge, der in einem Brief vom 9. April an den Gesandten in Warschau schrieb, dass nur Deutschland die Rolle eines Bollwerks im Kampf gegen den Bolschewismus spielen könne²⁸².

Der britische Gesandte in Warschau war sich durchaus bewusst, dass die Aussicht auf einen Frieden mit Sowjetrußland zu diesem Zeitpunkt sehr zweifelhaft war. Er ging davon aus, dass die Zukunft der gesamten osteuropäischen Großregion durch eine umfassende Wiederaufnahme der Feindseligkeiten schnell geregelt werden könnte. Er war optimistisch, dass das bolschewistische System innerhalb von ein oder zwei Monaten zusammenbrechen könnte, vorausgesetzt – wie er sarkastisch in einem Brief an einen Freund in der Schweiz schrieb –, dass die Polen in diesem Krieg nicht von „Besserwissern (*wisecres*) aus San Remo“ behindert würden²⁸³. Er bezog sich dabei auf die gerade beginnende Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Großmächte, auf der – wie er bereits wusste – Lloyd George darauf drängte, seine Position zur Aufnahme von Verhandlungen (formal nur Handelsverhandlungen) mit Sowjetrußland zu übernehmen.

Rumbold gab jedoch seinen Versuch, die Meinung dieser „Besserwisser“ zu beeinflussen, nicht auf, als Ende April/Anfang Mai der sowjetisch-polnische Krieg wieder mit großer Wucht aufflammte. Nachdem er sich mit den Berichten über die ersten Schritte der polnischen Seite bei der Kiewer Offensive vertraut gemacht hatte, verfasste er einen ausführlichen Nachtrag zu Gregorys einen Monat altem Memorandum. Darin betonte er, dass die Warschauer Friedensbedingungen vom März weder die Absicht Polens implizierten, alle Gebiete bis zur Grenze von 1772 zu annektieren, noch eine Zusammenarbeit mit den Westmächten ausschlossen.

281 „Namier on this occasion seems to have discharged all the venom of which he is capable. [...] The Poles are suffering from the well-known saying give a dog a bad name [and hang him – A. N.], etc, etc. They have got a bad name and the irritating thing to me is that they so often prevent us from helping them as we would like to do“. Brief Rumbolds an John Duncan Gregory vom 10.4.1920, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 193–194.

282 Brief von Hardinge an Rumbold vom 9.4.1920, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 188–190.

283 Brief Rumbolds an den Viscount Saint Cyres in der Schweiz vom 21.4.1920, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 214.

Schließlich hatte der polnische Staatschef bei der Einleitung des Kiew-Feldzugs die Unabhängigkeit der Ukraine verkündet und die polnisch-ukrainische Grenze eindeutig angegeben – am Fluss Zbruč (und nicht dreihundert Kilometer weiter östlich am Dnepr). Rumbold kam zu dem Schluss, dass Piłsudski möglicherweise eine Grenzlinie weiter nördlich des Zbruč durch das Gebiet von Równe in Richtung der Pinsker Sümpfe ziehen wollte (mehr oder weniger so, wie diese Grenze letztlich im Rigaer Vertrag vom März 1921 endgültig festgelegt wurde), um Polen strategische Deckung zu geben – aber er wollte auf keinen Fall die Dnepr-Linie erreichen. Der britische Gesandte schrieb: „Polen ist gegenwärtig ein ernstzunehmendes Land mit einem sehr entschlossenen Mann an der Spitze. Er weiß, was er will, und es wird nicht leicht sein, ihn [zu einer Änderung seiner Politik] zu zwingen“²⁸⁴.

Er betonte auch, dass die Verwaltung, die Polen organisiert, keineswegs so schlecht sei, wie Namier sie darstelle – und wie es Gregory teilweise übernahm. Vielmehr seien die finanziellen Probleme eklatant, die durch eine Anleihe gelöst werden könnten, die das Vereinigte Königreich der polnischen Regierung gewähren könnte. Rumbold übte leichte Kritik an der britischen Politik in Bezug auf Polen und merkte an, dass die Polen zu Recht das Gefühl haben könnten, dass die Haltung Londons ihnen gegenüber ausschließlich von der russischen Frage abhängt. Der Gesandte war überzeugt, dass die Frage des polnisch-sowjetischen Friedens nach einem – wie er annahm – polnischen Sieg und einer Stabilisierung der Front an der angenommenen Demarkationslinie, d. h. an der Grenze von 1772, wieder auftauchen würde. Er erklärte daher, dass seine Vorschläge, die er in den oben erwähnten Telegrammen vom 14. und 26. März geäußert hatte, nach wie vor gültig seien. In diesem Zusammenhang bekräftigte er auch den Vorschlag, eine Volksabstimmung über die Gebiete westlich dieser Demarkationslinie durchzuführen, und zwar sowohl in den litauischen als auch in den weißrussischen und ukrainischen Gebieten. Er stellte sich dies nicht nach dem sudanesischen Modell und auch nicht in Form eines Triumvirats wie im Gregory-Memorandum vor, sondern unter der Aufsicht eines Hochkommissars – eines Mandatsträger der alliierten Mächte (wie in der Freien Stadt Danzig) – und von Delegierten des Völkerbundes, die gemeinsam die Verwaltung in den vom Plebiszit betroffenen Gebieten organisieren sollten. Dies wäre das gerechteste System, um die staatliche Zugehörigkeit der strittigen Gebiete zu bestimmen, und das, so erklärte er, sowohl von den Verteidigern des alten Großrusslands als auch von den Vertretern aller interessierten Nationen nur schwer in Frage zu stellen sei²⁸⁵.

284 „Poland is now a considerable country with a very determined man [Piłsudski] at its head. He knows what he wants and will not easily be coerced“. Rumbold, Memorandum vom 6.5.1920, adressiert an Duncan Gregory, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 219.

285 Ebd., Bl. 220–223.

So entstand das Szenario einer Geschichte, die man heute als alternativ bezeichnen kann. Eine Geschichte, in der Pilsudskis Offensive in der Ukraine, die den geplanten Angriff der Roten Armee über Weißrussland vorwegnahm, mit einem militärischen und politischen Erfolg geendet hätte. Die polnische Armee würde an den Flüssen Dnepr und Düna angehalten. Die mit Polen verbündete Regierung von Symon Petljura würde in Kiew gestärkt. Sowjetrussland, das nicht in der Lage ist, die Kämpfe fortzusetzen, würde – vielleicht schon im Juli – Friedensverhandlungen aufnehmen. So hat es sich Pilsudski wahrscheinlich selbst vorgestellt²⁸⁶. Dies war auch der Gedankengang des britischen Gesandten in Warschau. Rumbold glaubte, dass es dann notwendig sein würde, seine Vorgesetzten davon zu überzeugen, die Ergebnisse der polnischen Militäraktion zu akzeptieren und sie politisch zu legalisieren – in Form eines Referendums, das unter der Kontrolle der Westmächte stattfinden sollte.

Der Gesandte heckte sogar einen merkwürdigen Plan aus, um die britische Öffentlichkeit auf eine solche Entwicklung vorzubereiten. Bereits im Februar schrieb er an den Staatssekretär im Foreign Office, dass es sich lohnen würde, die Folgen des Fauxpas in Warschau abzumildern, den Dank von König George V. an den polnischen Staatschef – für das Telegramm zur Ratifizierung des Versailler Vertrags – nicht direkt, wie an andere Staatschefs, sondern über das Foreign Office und die Gesandtschaft gesandt zu haben. Im April schlug er vor, den bevorstehenden Tag des polnischen Nationalfeiertags, den 3. Mai, für diesen Zweck zu nutzen. Hardinge reagierte wie gewünscht und veranlasste den König, Pilsudski am 3. Mai eine besondere Glückwunschschaft zukommen zu lassen. Das Telegramm wurde in Polen nicht nur als Zeichen der Höflichkeit anlässlich der Feierlichkeiten empfangen, sondern auch als Ausdruck der Anerkennung für den Erfolg der polnischen Offensive in der Ukraine. In ähnlicher Weise, aber natürlich kritisch, wurde es von Vertretern der Labour Party und der antipolnischen liberalen Fraktion im britischen Parlament gelesen²⁸⁷.

Rumbold wollte vor den wichtigsten Entscheidungen, die auf der seit langem geplanten interalliierten Konferenz im belgischen Spa in der ersten Julihälfte getroffen werden konnten, direkten Einfluss auf die Position der Verantwortlichen

286 Ich schreibe darüber ausführlicher in: Nowak, *Polska i trzy Rosje*, S. 592–613.

287 Siehe *The King's greetings to Poland*, in: *Times* vom 7.5.1920, S. 14; vgl. das Schreiben Rumbolds an Hardinge vom 16.2. und Hardinges Antwort vom 4.3.1920 sowie Rumbolds Bitte, die Gelegenheit des 3. Mai zu nutzen – ausgedrückt in einem Brief an Hardinge vom 17.4.1920 und der Dank vom 14.5.1920 für die Übermittlung des Telegramms und des Kommentars nach der Übermittlung der Glückwunschschaft von König George V.: „I may say that I get on very well with Pilsudski. We talk very straightful to each other“, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 162–163, 176, 209–210 sowie 226–230 (von da das Zitat).

für die britische Politik nehmen. Wie er seinem Kollegen in Wien schrieb, begebe er sich nach London, „um einige der hohen Tiere (*big-wigs*) vor ihrer Abreise zur Konferenz in Spa zu erwischen“, in der Überzeugung, dass dies der Moment sein könnte, in dem es den Anschein haben würde, dass die Polen die Situation militärisch in den Griff bekommen und die Bol’ševiki sich bereit erklären würden, Friedensverhandlungen aufzunehmen²⁸⁸. Dann, so glaubte er, würde es möglich und lohnenswert sein, die politische Elite des Empire davon zu überzeugen, auf Polen zu setzen und sich mit den durch den Sieg von Piłsudskis Projekt geschaffenen Fakten abzufinden. Zuvor, am 12. Mai, hatte er an Lord Curzon geschrieben, dass der Staatschef selbst bereit wäre, nach Spa zu reisen, um seine Vision für die Beendigung des Krieges in Osteuropa vorzustellen²⁸⁹.

Seine Argumentation mag durch den ausführlichen, 47-seitigen Jahresbericht aus Polen über dessen politische, wirtschaftliche und militärische Lage sowie die Beziehungen zu seinen Nachbarn gestärkt worden sein. Die sorgfältige und umfassende Analyse spiegelte die Warschauer Sichtweise des Gesandten wider. In dem Bericht wird die Schuld für das Scheitern eines wirksamen Abkommens zwischen Polen und dem „weißen“ Russland eher der russischen Seite zugeschoben – ihrer mangelnden Bereitschaft, Zugeständnisse zu machen, und dem ungerechtfertigten Überlegenheitsgefühl, das die politische Vertretung von Kolčak und Denikin in Paris an den Tag legte. Rumbold berichtete über den polnisch-bolschewistischen Krieg ab Anfang 1919 kurz und bündig, und er schloss mit der Feststellung, dass die Polen keine Neigung zum Bolschewismus hatten, weil sie „zu patriotisch waren, um mit diesem Regime zu sympathisieren“. Auch die Biografie Piłsudskis als „herausragende Persönlichkeit des zeitgenössischen Polens“ wurde ausführlich und allgemeinverständlich dargestellt. (Daneben gab es auch Porträts von Paderewski und dem Marschall des Verfassungsgebenden Sejm Wojciech Trąpczyński). Er schloss mit der Bemerkung, dass die eigentliche Bewährungsprobe für die staatsmännische Kompetenz des Staatschefs nach dem Ende des Krieges mit den Bol’ševiki kommen würde, wenn er den inneren – und vor allem den wirtschaftlichen – Wiederaufbau Polens zu leiten hätte. Der Bericht ging offensichtlich davon aus, dass ein solcher Zeitpunkt nicht mehr weit entfernt war – und dass Großbri-

288 „I will try to go home about the 1st July so as to catch some of the big-wigs before they go to the conference at Spa...“. Brief Rumbolds an Francis Lindley, den britischen Hochkommissar in Wien, vom 31.5.1920, OU-BL, RP, dep. 26 (Correspondence, May 1919 – May 1920), Bl. 236.

289 Telegramm Rumbolds an Curzon vom 12.5.1920, OU-BL, RP, dep. 47 (Fotokopie aus dem Foreign Office), Bl. 212–213.

tannien ihn in seiner Ostpolitik berücksichtigen sollte. Sie sollte Polen als potenziell ernsthaften und stabilen Faktor für die Zukunft einbeziehen²⁹⁰.

Rumbold datierte seinen Bericht auf den 12. Mai 1920 und schickte ihn so schnell wie möglich nach London – in der dritten Woche der polnischen Offensive in der Ukraine, acht Tage nach der Einnahme von Kiew durch die polnische Armee und die verbündeten ukrainischen Truppen von Symon Petljura. Es war zweifelsohne ein Höhepunkt des Erfolgs für Piłsudski. Dies war der Kontext sowohl für den Inhalt des Berichts sowie die am selben Tag gesendete, wie ich oben erwähnt habe, Depesche Rumbolds an Lord Curzon mit der Anregung, das Staatsoberhaupt zu der großen Konferenz in Spa einzuladen.

Der Jahresbericht, der normalerweise als die wichtigste Form der Analyse der Lage eines Landes durch den britischen diplomatischen Dienst angesehen wird, sollte in der Londoner Zentrale als Grundlage für Überlegungen über die geeignete Politik gegenüber diesem Land und dieser Region dienen. Dieser besondere Bericht wurde jedoch völlig außer Acht gelassen. Wie sehr, das beweist die Tatsache, dass ihn bisher kein Historiker im Archiv des Foreign Office oder in dem des Kabinetts von Lloyd George gefunden hat. Es wurde sogar in Frage gestellt, ob der Bericht überhaupt geschrieben worden war. Nachdem ich ihn im persönlichen Archiv Rumbolds gefunden hatte, entdeckte ich dort auch das Dankeschreiben, mit dem der Kabinettssekretär Lloyd Georges den Bericht quittierte – am 20. August. Hankey schrieb damals an Rumbold, dass er beabsichtige, dieses umfangreiche Dokument zu lesen, wenn er während des gerade beginnenden Urlaubs, den er mit dem Premierminister in der Schweiz verbringen würde, freie Zeit habe... Piłsudskis Kiewer Offensive war bereits vorbei, die Bol'seviki hatten Warschau erreicht und waren sogar schon von dort zurückgedrängt worden, und das wichtigste Informationsdokument, das die britische Diplomatie über die Fähigkeiten Polens und das Verhältnis seiner Streitkräfte zu denen Sowjetrusslands vorbereitet hatte, war in diesen dramatischen 100 Tagen von den Leuten, die über die britische Politik entschieden, nicht einmal angerührt worden. Sie wussten es besser.

Lloyd George war gerade dabei, die Handelsverhandlungen mit der sowjetischen Delegation aufzunehmen, die er Ende April auf der Konferenz von San Remo durchgesetzt hatte. Er erwartete die Ankunft ihres Leiters, des Volkskommissars für Handel (seit Juni 1920 für Außenhandel) in der Sowjetregierung, Leonid Krasin, und war bereit, die Realität diesem Lieblingsprojekt unterzuordnen. In San Remo entspannte er sich in der Gesellschaft seiner achtzehnjährigen Tochter Megan und seiner Sekretärin Frances Stevenson sowie von Kerr und Hankey. Letz-

²⁹⁰ H. Rumbold, Poland – Annual Report, 1919 (interne Druckschrift, confidential, datiert auf den 12.5.1920, umfasst 47 Seiten), OU-BL, RP, dep. 27 (Correspondence, June – October 1920), Bl. 1–24. Brief Hankeys an Rumbold, abgeschickt am 20.8.1920 aus Luzern, Bl. 123. Angeblich verloren.

terer schrieb am 1. Mai in sein Tagebuch, dass er sich an keine andere so angenehme Konferenz erinnern könne²⁹¹.

Natürlich versorgten die Sekretäre ihren Chef mit den Informationen – und Interpretationen – die er brauchte. Am 3. und 4. Mai, als die polnische Armee in Kiew einmarschierte, schlug Kerr dem Premierminister ein Treffen mit dem norwegischen Industriellen Jonas Lied vor, der sich für den Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte mit Sowjetrußland einsetzte. Lied hatte gerade die Nachricht aus Moskau überbracht, dass die Rote Armee in den nächsten Wochen nicht nur eine lange vorbereitete Offensive auf den weißrussischen Teil starten, sondern „die Polen einfach auslöschen“ würde. Die Schlussfolgerung lag auf der Hand: Den aktuellen polnischen Siegen im ukrainischen Abschnitt sollte keine Bedeutung beigemessen werden, und deshalb war die ganze Perspektive, die sich durch die Berichte des Gesandten aus Warschau eröffnete, nicht einmal mehr von Belang. In seinem Gespräch mit Lied war es nicht die bloße Möglichkeit der „Auslöschung Polens“, die Kerr beunruhigte, sondern etwas ganz anderes, auf das der Industrielle seine Aufmerksamkeit lenkte. In diesem Fall – dieses besorgniserregende Szenario übermittelte der Minister am 4. Mai 1920 sogleich an Premierminister Lloyd George – könnten die Bol’sheviki nach der Vernichtung Polens sogar den Rhein erreichen wollen, was die britisch-sowjetischen Gespräche verhängnisvoll behindern könnte. Die „Extremisten“ in Moskau könnten sich konsolidieren und zu einem Abbruch der Verhandlungen in London beitragen²⁹².

Lloyd George, der besorgt war, dass die „Extremisten“ in Moskau gestärkt werden könnten, zog aus seinen Gesprächen mit Lied natürlich die Schlussfolgerung, dass der sowjetischen Delegation in London günstige Bedingungen geboten werden müssten, damit die „Gemäßigten“, deren Sprecher Kommissar Krasin selbst sein sollte, gestärkt werden könnten. Er hatte nicht die geringste Absicht, Warschau über das sowjetische Militärszenario zur Zerschlagung Polens zu informieren. Es kam ihm nicht einmal in den Sinn²⁹³. Er wollte einfach, dass Polen seine

291 CCC, HNKY, Diary, 20.7.1918–3.12.1922, 1/5/116–122 und 123–124. (Hankey’s Notizen vom 1.5.1920 aus San Remo und vom 14.5.1920 aus dem Schloss von Lympne, in der Nähe von Hythe, das dem britischen Millionär Philip Sassoon gehörte, der mit der Rothschild-Familie in Verbindung stand und bei dem sich Lloyd George besonders gerne erholte).

292 „The Bolsheviks are pretty strong and in the course of a very few weeks they will smash the Poles by launching an offensive on the front north of the Pripet“. NAS-PK, GD/40/17/807/1, S. 1 (Notiz Kerrs für Lloyd George über ein Gespräch mit Jonas Lied vom 3.5.1920). In einer Notiz vom 4. Mai (GD/40/17/807/2) stellte Kerr fest, dass, wenn die Polen ausgelöscht würden, „Europa vor der Möglichkeit einer Herrschaft der Roten von Vladivostok bis an den Rhein stünde“.

293 Seine Furcht vor einer Stärkung der „Extremisten“ im bolschewistischen Politbüro und eine Schwächung der „Gemäßigten“ äußerte Kerr in einer Notiz für Lloyd George von der zweiten Begegnung mit Lied, schon am 10.6.1920, NAS-PK, GD/40/17/807/813.

Pläne nicht mehr durchkreuzte. Und er ging davon aus, dass dies auch nicht geschehen würde.

Der Premierminister war auf der Suche nach Informationen, die ihm gefielen. Er konnte sie in den Mai-Berichten aus Warschau nicht finden. Er fand sie stattdessen bei seinem Wirtschaftsberater Edward F. Wise, dem Verfasser eines Memorandums, das Anfang Januar 1920 das Hauptargument für die Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit Sowjetrußland lieferte (es sei daran erinnert, dass die Bol'seviki über riesige Getreidereserven verfügen, mit denen sie das halbe hungrierende Europa hätten ernähren können, so dass die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Wirtschaftsaustauschs mit ihnen so bald wie möglich aufgenommen werden sollten). Am 21. Mai 1920 übergab Wise dem Premierminister eine Note, in der er ihn davon überzeugte, dass die sowjetischen Behörden von ihrer Fähigkeit, die Polen in Kürze zu schlagen, absolut überzeugt waren²⁹⁴. Es war, ich wiederhole, immer noch ein Moment des sichtbaren sowjetischen Versagens an der Front des Krieges gegen Polen. Die Offensive der Roten Armee im ukrainischen Abschnitt, an der auch die Erste Reiterarmee von Semen Budennyj beteiligt war, sollte nur wenige Tage später beginnen. Der Durchbruch im weißrussischen Abschnitt sollte tatsächlich erst nach einigen Wochen erfolgen. Doch bereits am 21. Mai, d. h. neun Tage nach der Übermittlung des Berichts von Rumbold und seines Vorschlags, Piłsudski auf der bevorstehenden interalliierten Konferenz in Spa zu empfangen, erwartete Lloyd George offenbar sehnsüchtig die Ankunft der sowjetischen Delegation unter der Leitung von Krasin in London. Noch am selben Tag besprach er beim Mittagessen mit dem Kabinettssekretär die Situation in Polen. Dank Hankeys Tagebuch können wir erfahren, wie weit der Premierminister (und der Minister selbst) damals von Rumbolds Schlussfolgerungen und Vorschlägen entfernt waren. Lloyd George erklärte damals, dass die Polen mit ihrem Einmarsch tief nach Rußland (d. h. in die Ukraine), weit über ihre ethnografischen Grenzen hinaus, genau das getan hätten, was die britische Regierung nicht wollte. Sie hatten ihn ärgerlicher Weise behindert, aber jetzt bekamen sie von den Bol'seviki Prügel – weil sie es verdient hatten. Der Premierminister formulierte es mit böser Ironie: Die Polen „haben ein wunderbares Jahr hinter sich, in dem sie alle Fehler Deutschlands, Österreichs und des ehemaligen Königreichs Polen gemacht haben“. Dann fügte Hankey seine sarkastische Bemerkung hinzu: „Ich bemerkte, dass dies wahrscheinlich ihr letztes Jahr sein würde – obwohl es keine angenehme Aussicht ist, das bolschewistische Rußland als Nachbarn von Deutschland zu haben“²⁹⁵.

294 PA-LG, F/202/3/5 – E. F. Wise, Note on Economic Relations with Russia, 21.5.1920, S. 2.

295 „As Lloyd George put it to me at lunch on Friday: ‚They [the Poles – A. N.] have had one glorious year in which they have perpetuated all the wrongs of Germany, Austria, as well as the

Wir sitzen am Tisch von Premierminister David Lloyd George, Lichtjahre entfernt von den Ideen des britischen Gesandten in Warschau, von den militärischen Erfolgen und den Hoffnungen Pilsudskis zu jener Zeit. Wenn es sich überhaupt lohnt, etwas zu tun, dann ist es, die geopolitischen Kosten der fatalen Fehler Polens zu verringern, die schlimmer sind als das, was die Mittelmächte als Verursacher des Ersten Weltkriegs auf dem Gewissen hatten. Im Lichte dieser Worte wird deutlich, wie vergeblich die Informations- und Analysetätigkeit des offiziellen britischen Gesandten in Warschau war. Und auch, dass der gesamte Apparat des Foreign Office diesem Premierminister bei der Gestaltung seiner Politik gegenüber dem europäischen Osten kaum von Nutzen war.

Wir verabschieden uns noch nicht von Sir Horace Rumbold. Er wird auf den Seiten dieser Geschichte in seiner undankbaren Rolle eines ohnmächtigen Diplomaten auf einem (aus der Sicht seiner Vorgesetzten) aussichtslosen Außenposten zurückkehren.

Warum hoffnungslos? Wir sind immer noch auf der Suche nach einer Antwort auf diese grundsätzliche Frage – nach dem Ort der Region, die uns interessiert, auf der mentalen Landkarte der britischen Eliten zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Um dieser Antwort näher zu kommen, müssen wir uns schließlich fragen, was die Gedanken des Premierministers selbst über Osteuropa geprägt hat. Welche Gründe, Zwänge oder Vorurteile – persönlicher oder politischer Art – haben sein Denken über Russland, die Bol'sheviki, Polen und andere nach dem Großen Krieg entstandenen „kleinen Länder“ östlich von Deutschland beeinflusst?

ancient Polish kingdom'. I remarked, that it would probably be their last year – but it is not a pleasant prospect to have Germany neighbours to Bolshevist Russia". CCC, HNKY, Diary, 20.7.1918–3.12.1922, 1/5/125 (Aufzeichnung Hankeys vom 23.5.1920 mit einem Bericht vom Gespräch mit Lloyd George vom 21. Mai).

5 Lloyd George und seine machtlosen Minister (Curzon und Churchill)

David George wurde am 17. Januar 1863 geboren und starb am 26. März 1945. In dieser Zeit hat die Welt einen langen Weg zurückgelegt. Als der künftige Premierminister in diese Welt kam, begann gerade der Januaraufstand – der größte der polnischen Aufstände gegen das imperiale Russland. Zu dieser Zeit gründete Karl Marx in London die Internationale Arbeiterassoziation (die Erste Kommunistische Internationale), die ihre Aktivitäten mit der Solidarität mit dem polnischen Unabhängigkeitskampf gegen das zaristische Regime begann. Als David Lloyd George diese Welt verließ, teilten die Supermächte Europa auf der Konferenz von Jalta erneut auf und unterstellten die östliche Hälfte des Kontinents, einschließlich Polens, faktisch der Souveränität des Sowjetimperiums. Dieses Mal markierte der Staat unter dem Banner der Ideologie von Karl Marx seine Herrschaft über Polen auf außergewöhnlich brutale Weise genau einen Tag nach dem Tod von Lloyd George: Am 27. März entführte der NKVD die Führer des polnischen Untergrundstaates, um ihnen in Moskau einen Schauprozess zu machen. In der britischen Politik fallen die Lebensdaten von Lloyd George in eine Zeit vielleicht nicht ganz so drastischer, aber nicht weniger ausgeprägter Veränderungen. Im Jahr 1863 regierte ein liberales Kabinett unter der eisernen Hand von Henry Palmerston. Es war Palmerston, der einige Jahre zuvor – zum einzigen Mal im 19. Jahrhundert – Großbritannien in eine militärische Konfrontation mit Russland geführt hatte (die er übrigens siegreich beendete): den Krimkrieg. In dem Jahr, in dem unser Held starb, beendete Winston Churchills konservatives Kriegskabinett seine Mission, die Nachkriegswahlen wurden von der Labour Party deutlich gewonnen. Die Liberalen besaßen nie wieder einen Premierminister. David Lloyd George war der letzte.

Die Anfänge des letzten liberalen Premierministers waren bescheiden. Er stammte aus einer walisischen Familie – Walisisch war seine erste Sprache, was ihn bereits an den Rand der britischen Politik zu drängen schien, die – so schien es – dem englischen Zentrum vorbehalten war. Der Sohn eines einfachen Lehrers, William George, wurde nach dem Tod seines Vaters von seinem Onkel Richard Lloyd, einem walisischen Schuhmacher und Baptistenprediger, erzogen. Ihm zu Ehren fügte er seinem Familiennamen einen zweiten Nachnamen hinzu: Lloyd. Beeinflusst von seinem Onkel, nahm er auch liberale Ansichten an, nicht aber den Glauben – diesen verlor er in seiner Jugend und blieb für den Rest seines Lebens Agnostiker. Er litt nicht unter Armut, aber er betrat die britische Politik zweifellos aus einer ganz anderen Position als diejenige, die Vertreter der Aristokratie wie Balfour, Churchill, Curzon oder Kerr zu Beginn innehatten. Er hatte kein humanistisches Studium an einer der großen Universitäten hinter sich. Wenn seine aristo-

kratischen Minister und Sekretäre irgendetwas über die Geografie oder Geschichte des europäischen Kontinents wussten – er brauchte es nicht. Er kannte das Wesentliche: wie man Entscheidungen trifft, wie man sie verteidigt und wie man sie, wenn nötig, zurücknimmt. Er war ein britischer Selfmademan. Er bereitete sich auf eine Karriere als Anwalt vor, schloss sich aber 1885 der Liberalen Partei an. In ihren Strukturen und nicht in seiner Anwaltskanzlei machte er eine historische Karriere: als Abgeordneter (ab 1890 – bis zu seinem Lebensende, 55 Jahre lang), als Mitglied des Kabinetts (ab 1906), als Schatzkanzler, faktisch als zweite Person im Kabinett von Herbert Asquith (1908–1915), als Minister of Munitions, der die Lage in kritischen Momenten des Ersten Weltkrieges rettete, dann als Staatssekretär im Kriegsministerium und schließlich – nachdem er Asquith politisch in den Rücken gefallen war – als Premierminister der Koalitionsregierung ab Dezember 1916. Ein echtes Beispiel für eine Karriere, die eher amerikanisch als britisch geprägt war²⁹⁶.

Das verdankte er seinen großen, unbestrittenen Talenten – als Redner auf Versammlungen und im Parlament, als Administrator, als rücksichtsloser politischer Akteur. Für die Briten von 1920 war er auch mit bestimmten Prinzipien verbunden. Er war ein entschiedener Kritiker des Burenkrieges als teures, absurdes und ungerechtes Unternehmen. Noch berühmter wurde er, schon als Lord Chancellor of the Exchequer, als er Haushalts- und Sozialreformen einleitete, die mehr mit Sozialismus als mit Liberalismus zu tun hatten. Er führte Steuern auf Luxusgüter ein, erhöhte die Einkommenssteuer für die Reichsten und griff insbesondere Großgrundbesitzer offen an. Er sorgte für eine Einschränkung des Vetorechts des Oberhauses und führte eine obligatorische Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie einen Mindestlohn für Bergarbeiter ein. In bewusster Anlehnung an Bismarck unternahm er in dieser Hinsicht den größten Schritt zum Aufbau eines sozialstaatlichen Systems in Großbritannien. Obwohl er sich als Schatzkanzler gegen Rüstungsausgaben aussprach, insbesondere gegen die kostspieligsten, nämlich die für die Marine, erwies er sich als außerordentlich effizienter Organisator des Systems zur Versorgung der britischen Armee mit Munition, Maschinengewehren, Flugzeugen und Panzern, wann immer es nötig war – und das war es in der heiß-

296 Die grundlegenden Informationen zu den wichtigsten politischen Etappen der Karriere Lloyd Georges entnehme ich der umfassenden vierbändigen Monographie von John Grigg (die bis 1918 reicht): *The Young Lloyd George*, London 2002 (Erstausgabe: 1973); *The People's Champion, 1902–1911*, 1978; *From Peace to War, 1912–1916*, 1985; *War Leader, 1916–1918*, 2002; die detaillierteste Analyse der Politik Lloyd Georges in dem uns interessierenden Zeitraum lieferte zuletzt Michael Graham Fry in dem Buch „*And Fortune Fleed. David Lloyd George, the First Democratic Statesman, 1916–1922*“, New York 2011 (siehe insbes. S. 413–448); vgl. auch Richard Toye, *Lloyd George & Churchill. Rivals for Greatness*, London 2007.

ersten Zeit des Ersten Weltkriegs. Damals beschloss er auch einen bahnbrechenden Schritt: er setzte die Wehrpflicht durch. Er wollte den Krieg, sobald er begonnen hatte, zu einem siegreichen Ende führen. Und das hat er – als Premierminister – auch getan.

Als er von der Pariser Friedenskonferenz zurückkehrte, wurde er auf dem Bahnsteig nicht nur von einer Menge begeisterter Briten begrüßt, sondern auch vom Monarchen George V. höchstpersönlich, was eine noch nie dagewesene Anerkennung für einen Premierminister darstellte²⁹⁷.

Er befand sich auf dem Gipfel, den er vom Flachland aus, vom Haus eines Schusters, erklommen hatte. (dies ist wahrscheinlich die einzige Ähnlichkeit zwischen ihm und einem anderen berühmten Politiker der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Iosif Vissarionovič Džugašvili alias Stalin). Ihm hätte, wie wohl jedem anderen auch, in einer solchen Situation schwindlig werden können. Das schrieb im Mai 1920 mit einiger Sorge sein treuer Kabinettssekretär Hankey. Nach der Konferenz der Alliierten in San Remo, die vom Premierminister auch als Gelegenheit für gesellige Vergnügen (unter Beteiligung der unvermeidlichen Frances Stevenson) genutzt wurde, verlieh Lloyd George seiner plötzlich entdeckten Vorliebe für Luxus Ausdruck. In der ersten Maihälfte nutzte er die Gastfreundschaft von Philip Sassoon, dem amtierenden parlamentarischen Staatssekretär des Premierministers, Erbe eines Teils des Rothschild-Vermögens und Erbauer des fabelhaften Anwesens in Lympe am Ärmelkanal. Die teuersten Weine, Zigarren, ein Rolls-Royce, goldene Betten, Marmorbäder... Hankey notierte damals in seinem Tagebuch, dass er und Kerr sich Sorgen darüber zu machen begannen, ob der Premierminister zu sehr an dem Gefallen fände, was man im Englischen *high living* nennt²⁹⁸.

Es ist jedoch nicht diese Art von Schwindel, die für einen Politiker, der es bis an die Spitze geschafft hat, am gefährlichsten ist. Der heilige Thomas von Aquin hat es vor Jahrhunderten sehr treffend formuliert. In seiner Abhandlung über die Königsherrschaft vertrat er die Ansicht, dass Macht der ultimative Test für einen Menschen sei: „Wenn man an der Spitze steht, zeigt sich, was für ein Mensch man ist“. An der Spitze erlebt man eine Art Sturm der Seele, der eine Folge der Erhebung über die Gemeinschaft ist, wenn man – natürlich zu Unrecht – glauben kann, unfehlbar zu sein²⁹⁹. Nach der Pariser Friedenskonferenz, bei der sich Lloyd George als wichtigster „Zuspieler“ erwies, und noch mehr, nachdem seine wichtigsten Partner vom politischen Olymp verschwunden waren: der kränkelnde US-Präsident Wilson und der alte „Tiger“ Georges Clemenceau aufgrund seiner Nie-

²⁹⁷ Siehe Frances Stevenson, Lloyd George. A Diary, hg. v. A. J. P. Taylor, London 1971, S. 187.

²⁹⁸ Siehe CCC, HNKY, Diary, 20.7.1918–3.12.1922, 1/5/116–122 sowie 123–124 (Notizen Hankeys von der Konferenz in San Remo vom 1.5.1920 sowie vom Aufenthalt in Lympe vom 14.5.1920).

²⁹⁹ Thomas von Aquin, Über die Herrschaft der Fürsten, Stuttgart 1971, S. 54/55.

derlage bei den Wahlen in Frankreich im Frühjahr 1920, schien der britische Premierminister den gesamten Rest der Weltpolitik zu überragen. Er war sich zweifellos auch bewusst, dass er dank seiner außergewöhnlichen Fähigkeiten die wichtigsten Akteure der britischen Politik um den Finger gewickelt hatte. Und er machte keinen Hehl daraus. Er demütigte seine Minister absichtlich. Dies musste unter anderem sein Kriegsminister Winston Churchill erfahren, als er – wie bereits erwähnt – trotz allen Bittens nicht die Protokolle der Sitzungen der Konferenz von San Remo, die auch militärische Fragen betrafen, zu sehen bekam und vom Sekretär Lloyd Georges die arrogante Antwort erhielt, die Entscheidung des Premierministers laute, dass solche Informationen nur (aus Höflichkeit) an den König und (zur Information) an den Führer der konservativen Parlamentsmehrheit gegeben würden. Sie würde jedoch kein Minister erhalten, auch nicht der Außen- oder der Kriegsminister. „L. G.’s [Lloyd George’s] Dominanz im Kabinett ist total und unglaublich. Winston [Churchill], der viel redet, meist auf anregende und interessante Weise, ist der einzige Minister, der überhaupt versucht, das Schwert mit dem Premierminister zu kreuzen, aber wenn es zu einem ernsthaften Streit kommt, hat L. G. überhaupt keine Mühe, ihn darin niederzuringen“³⁰⁰.

Lloyd George erhob sich deshalb sogar ostentativ über die Mitglieder seiner Regierung. Er konnte sich jedoch nicht völlig über die Realitäten des britischen politischen Systems hinwegsetzen. Er war Premierminister einer demokratisch gewählten Regierung, die der Kontrolle des Parlaments und einer freien Presse unterlag.

Er war verantwortlich für die Lösung der Probleme Großbritanniens, die sich durch die finanziellen, wirtschaftlichen und menschlichen Anstrengungen, die vor allem im Ersten Weltkrieg unternommen wurden, vervielfacht hatten. Das hat er auch auf dem Höhepunkt seines Machtrausches nicht vergessen. Ich möchte daher an dieser Stelle an die Grundlagen des politischen Systems erinnern, in dem sein Kabinett arbeiten musste. Diese wurden durch das Ergebnis der Wahlen von Mitte Dezember 1918 bestimmt. Lloyd George, der amtierende Premierminister einer Koalitionsregierung, hatte die Mehrheit der Liberalen auf seiner Seite, während die Minderheit unter Herbert Asquith in Opposition zum „Zauberer aus Wales“ stand. Die Konservativen, angeführt von dem etwas farblosen Andrew Bonar Law, waren bereit, in einer Koalition mit den Liberalen von Lloyd George zu bleiben und die

300 „L. G.’s domination of the Cabinet is complete and wonderful. Winston, who talks a great deal, and usually in a stimulating and interesting way, is the only Minister who even tries to measure swords with him, but if it comes to a serious contest L. G. never has any difficulty downing him in argument“. Zitat der Auffassung Arthur Lees, der seit August 1919 Minister für Landwirtschaft und Fischfang war, nach: Toye, Lloyd George, S. 196; siehe auch oben die Anmerkungen 53 und 55 im dritten Unterkapitel dieses Buchteiles über Kerr und Hankey.

Führung des Premierministers anzuerkennen, der kurz nach dem siegreichen Ende des Krieges außerordentlich populär war. Die erste Wahl in Großbritannien, bei der ein Teil der Frauen zugelassen war, brachte eben jenen Konservativen einen großen Triumph. Im 707 Mitglieder starken Unterhaus errangen sie 322 Sitze. Lloyd Georges Koalition der Liberalen bekam 127 Sitze. Beide Fraktionen hatten also genügend Mitglieder, um eine gemeinsame Regierung zu bilden. Asquiths oppositionelle Liberale hatten nur noch 36 Sitze. Die Labour-Partei wurde mit 57 Sitzen zur dritten politischen Kraft (die irische Sinn Féin hatte zwar mehr Sitze errungen als sie, war aber nur an der Errichtung eines eigenen Parlaments interessiert). Lloyd George wurde erneut zum Premierminister ernannt. Sein Schicksal in diesem Amt hing jedoch von der Unterstützung der konservativen Partei von Bonar Law ab, die in der Koalition die Mehrheit hatte³⁰¹.

In der Zwischenzeit nahmen jedoch die gesellschaftlichen Einflüsse der Linken, der Labour-Partei und der Gewerkschaften, die bereits Hunderttausende von Mitgliedern hatten, rapide zu und standen in keinem Verhältnis zu ihrer Vertretung im Parlament. Der Prozess der Demobilisierung der von der Front zurückkehrenden Soldaten, das Problem, für sie einen Platz in der Gesellschaft und in der Wirtschaft zu finden, die noch schmerzlichere Frage der Versorgung von Hunderttausenden von Kriegsinvaliden und schließlich der sich dramatisch zuspitzende Kampf um die Abtrennung Irlands vom Vereinigten Königreich – all dies schuf einen Nährboden für soziale Unruhen, deren Eindämmung die oberste Pflicht der Behörden war. Die Verantwortung des britischen Empire für die Stabilisierung des Friedens in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, ausgedehnt auf den Nahen Osten (in der englischen Benennung *Middle East*), war eine in diesem Buch bereits mehrfach erwähnte außenpolitische Bürde, die auch die Regierung Lloyd George zu tragen hatte. Der richtige Kurs zwischen der konservativen Mehrheit der parlamentarischen Basis der Regierung und der wachsenden Linken, zwischen den Erfordernissen der innenpolitischen Stabilität und denen der Aufrechterhaltung des weltpolitischen Überbaus (und darin der Interessen des britischen Empire) – das war die schwierigste Frage, vor der der liberale Premierminister stand.

In diesem Zusammenhang müssen wir seine Ansichten über Russland und das Sowjetsystem, über Polen und seine Grenzen sowie über die mögliche bolschewistische Bedrohung Europas betrachten. Bevor er über das Schicksal Polens entscheiden sollte, wusste Lloyd George nicht viel über Polen – das ist wohl noch die mildeste Formulierung. Es gab wahrscheinlich nur eine Person, die er positiv damit assoziierte: den Weltstar, der Ignacy Jan Paderewski zweifelsohne war, das Idol der Konzertsäle und Salons im ganzen Westen. Frances Stevenson, die Sekre-

301 Siehe Trevor Wilson, *The Coupon and the British General Election of 1918*, in: *The Journal of Modern History* 36 (1964), No. 1 (March), S. 28–42.

tärin und Geliebte des „Bocks“ (wie Lloyd George wegen seiner Vorliebe für Liebesaffären böswillig genannt wurde), notierte in ihren Tagebüchern seine echte Faszination für Paderewski. Bei einem gemeinsamen Mittagessen mit dem großen Pianisten im März 1915 wies Lloyd George jedoch dessen hartnäckige Fragen nach der Möglichkeit einer Abtrennung Polens von Russland, dem seinerzeitigen Verbündeten Großbritanniens im Großen Krieg, zurück. Als verantwortungsbewusster britischer Politiker erklärte er daraufhin, er glaube nicht, dass Russland dem jemals zustimmen werde. Es könnte Polen allenfalls Autonomie gewähren. Auf Paderewskis rhetorische Frage, was eine formale Autonomie innerhalb des Russischen Reiches für Finnland bedeuten würde, zog es Lloyd George diplomatisch vor, nicht zu antworten. Der britische Premierminister traf Paderewski noch mehrmals während der Pariser Friedenskonferenz, als die Unabhängigkeit Polens (nach dem Zusammenbruch des Russischen Reiches) nicht mehr in Frage zu stehen schien, seine Grenzen jedoch umstritten waren. Bei einem dieser Gespräche soll Lloyd George von Paderewskis Erzählungen über Polen und – wie Miss Stevenson festhielt – „andere Balkanländer“ (sic!) begeistert gewesen sein. Da er nichts über die Geschichte dieser Region wusste, erklärte er dem polnischen Premierminister mit ernster Miene, dass sie bei diesem Gespräch „in den Fundamenten einer sehr alten Welt“ graben würden.³⁰² Die Einbeziehung Polens in den Balkan war, wie wir hinzufügen möchten, ein ziemlich typischer Ausdruck der dreisten Zurschaustellung geographischer Unkenntnis durch den Bewohner der Downing Street. Es genügt zu sagen, dass er die Slowakei auf der Karte nicht finden konnte, Ankara mit Mekka verwechselte und erfremt war zu erfahren, dass Neuseeland östlich von Australien liegt³⁰³. Lloyd George belastete sein Gedächtnis gewiss nicht mit der Geographie oder der Geschichte Osteuropas (hier reichte das Fachwissen von Lewis Namier, zu dem der unersetzliche Sekretär Kerr dem Premierminister Zugang verschaffte). Er interessierte sich nur für die Gegenwart und die Zukunft, die seine Vorstellungskraft erfassen konnte. Polen sollte seinen Platz in dieser Gegenwart und Zukunft finden: das heißt, den Platz, den der britische Premierminister ihm zuweisen würde, auf der Grundlage seiner außergewöhnlichen, stärker als bei allen anderen Politikern auf der Welt ausgeprägten Kenntnis von den Notwendigkeiten einer neuen globalen Ordnung. Es sollte eine edle Ordnung sein, die den Prinzipien der liberalen Gerechtigkeit entsprach, wie sie der walisische Libe-

302 „We are digging up the foundations of a very old world“. Zitiert aus der Notiz vom 10.4.1919: Stevenson, Lloyd George, S. 179; vgl. auch S. 38 (Aufzeichnung vom 26.3.1915 über ein Treffen Lloyd Georges mit Paderewski am selben Tag).

303 Alle diese Beispiele werden von Margaret MacMillan (einer Urenkelin von Lloyd George und bedeutender Forscherin der Weltpolitik des frühen 20. Jahrhunderts) in ihrer Monographie „Peacemakers. Six Months that Changed the World“, S. 49, genannt.

rale in Bezug auf die internationale Politik verstand. Da die polnische Unabhängigkeit möglich geworden war, war sie gerecht. Ab Ende 1917 hielt Lloyd George an dieser Überzeugung fest. Er verteidigte sie sogar gegen die Mitglieder seines Kabinetts, die aus moralischen Gründen versuchten, den Sinn der Wiedererrichtung Polens zu untergraben. Die schärfste Polemik dieser Art fand zwischen dem Premierminister und General Jan Smuts, einem südafrikanischen Mitglied des imperialen Kabinetts, statt. Smuts, der, wie wir uns erinnern, die Polen mit Kaffern, d. h. geborenen Sklaven, verglich, forderte Lloyd George im März 1919 nachdrücklich auf, keine „Sandburg“ zu errichten, zu der sich Polen mit Sicherheit entwickeln würde. Es würde die von Deutschen und Russen (sic!) bewohnten Gebiete wegnehmen, seine Entstehung wäre eine Ungerechtigkeit gegenüber diesen großen Nationen, über die sich die Deutschen bereits zu Recht beschwerten... Der Premierminister antwortete daraufhin mit einem Gefühl der moralischen Richtigkeit und seiner üblichen ruppigen Ironie: „Verstehe ich das richtig, dass Ihr Vorschlag darauf hinausläuft, das Prinzip der Nationalität aufzugeben und eine große Zahl der unterdrückten Polen unter preußischer Herrschaft zu lassen? [...] Wären Sie ebenso bereit, den deutschen Interessen in Südafrika, in welcher Angelegenheit sich die Deutschen ebenfalls beschwerten, Zugeständnisse zu machen?“³⁰⁴.

Kann man angesichts der hier aufgedeckten Kontroverse die von Norman Davies in seiner kleinen Studie von 1974 vertretene These akzeptieren, wonach Lloyd George als Waliser – als Vertreter einer kleinen, unterdrückten Nation – natürlich mit Polen sympathisierte (der Premierminister selbst stellte seine Motive in einem Brief an Paderewski so dar)³⁰⁵? Nicht ganz. Es scheint, dass Lloyd George, wie es für britische Liberale typisch ist, eine gewisse Sympathie für die „Schwachen und Unterdrückten“ empfand (vorausgesetzt, es waren nicht die britischen Liberalen selbst, die von der Unterdrückung profitierten). Aus dieser Haltung heraus entstand im 19. Jahrhundert anlässlich der aufeinander folgenden Aufstände gegen das Zarenreich ein Interesse an der polnischen Sache. Nachdem Russland jedoch

304 „Am I to understand that it is your proposal to depart from the principle of nationality and leave great numbers of downtrodden Poles under Prussian rule? [...] Are you similarly prepared to make concessions in regard to German businesses in South Africa, which the Germans also complain of?“. Zitiert aus einem Brief Lloyd Georges an Smuts vom 3.6.1919, nach: Selection from the Smuts Papers, vol. IV, Nov. 1918 – August 1919, hg. v. W. K. Hancock; Jean van der Poel, Cambridge 1966, S. 218; vgl. ebd. den Text von Smuts' Memorandum an Lloyd George über die Ostgrenze Deutschlands vom 22. Mai 1919, S. 185–186, sowie Smuts' Antwort (4. Juni 1919) auf den Brief von Lloyd George, die die radikal antipolnische Position des südafrikanischen Politikers untermauert, S. 219–220.

305 Norman Davies, Lloyd George i Polska 1919–1920, Gdańsk 2000, S. 12 (hier auch das Zitat aus Lloyd Georges Briefs an Paderewski). Die englischsprachige Originalversion dieses Aufsatzes erschien in: „Journal of Contemporary History“ 6 (1974).

zu einem wichtigen Verbündeten Großbritanniens geworden war, und vor allem, nachdem der Zar gestürzt worden war und es möglich war, geopolitische Sympathie (während des Krieges mit Deutschland) mit einem Minimum an ideologischer Abneigung zu verbinden, erschien es selbst einem walisischen Liberalen bequem und gerecht, das Schicksal Polens in die Hände des – nun guten – Russlands zu legen. Das kleine und schwache Polen, das vom „reaktionären“ Russland unterdrückt wurde, verdiente möglicherweise Sympathie. Ab 1918 war das bereits wiederentstandene Polen nur noch ein weiterer kleiner Staat, der den alliierten Siegermächten zu Dank dafür verpflichtet war, dass er sich überhaupt auf der Landkarte befand. Es verdiente keine Sympathie und keine weitere Aufmerksamkeit mehr. Es hätte den Zorn der Mächte auf sich ziehen können, wenn es sich geweigert hätte, die ihm von den Mächten zugewiesene bescheidene Rolle zu akzeptieren. Bei der Schaffung einer neuen Ordnung musste es Raum für Überlegungen zu Russland und Deutschland geben. Da beide Großmächte im Ersten Weltkrieg verloren hatten, verdienten sie nun zumindest in gewissem Maße liberale Sympathie. Sie verdienten sicherlich Interesse als dauerhafte Elemente einer imaginären europäischen Ordnung. Polen sollte sich mit der Funktion eines kleinen Puzzles begnügen, dessen Ränder von der Hand des britischen Spielers so zurechtgeschnitten werden sollten, dass sie zu den wichtigen deutschen und russischen Grenzen passen. Ein Polen, das nicht bereit war, sich mit dem Prozess dieser Grenzziehung abzufinden, löste schiere Irritation aus. Deutschland und Russland, die das Recht beanspruchten, ihre Grenzen zu verteidigen (die ja real und in der Erinnerung und in der politischen Vorstellungswelt der britischen Elite über 100 Jahre, seit 1815, verankert waren), konnten dagegen auf mehr Verständnis zählen. Dieser Mechanismus, der Erinnerung und politische Vorstellungswelt verband, funktionierte auch im Fall von David Lloyd George.

Hier traf der Liberalismus auf den – britischen – Imperialismus. Und das führte zu einer leidenschaftlichen Verurteilung des unmoralischen Imperialismus einer „kleinen Nation“³⁰⁶. „Lloyd George fand es ganz natürlich, dass er selbst über 450 Millionen nicht-englische Untertanen herrschte, ganz zu schweigen von irischen oder walisischen Dissidenten, aber er prangerte Polens Herrschaft über fünf Millionen Weißrussen und Ukrainer als ‚Imperialismus‘ und ‚Militarismus‘ an. Er übersah, dass Polen, mit 30 Millionen Einwohnern und einem größeren Territorium als Großbritannien nicht wie die anderen kleinen Nationen behandelt

306 Die Beziehung zwischen den Ideen des britischen Liberalismus und dem Imperialismus wurde von Uday Singh Mehta in seinem Buch „Liberalism and Empire. A Study in Nineteenth Century British Liberal Thought“ (Chicago 1999) am Beispiel Indiens brillant dargestellt, ist aber ebenso aufschlussreich für das Verständnis der Haltung der britischen Liberalen gegenüber den Ländern Osteuropas, deren Schicksal sie nach dem Ersten Weltkrieg mitbestimmen mussten.

werden konnte, die er kannte. Lloyd George konnte sich nicht isoliert mit den politischen Angelegenheiten befassen. Erstens musste er die widersprüchlichen Anforderungen der Politik gegenüber anderen Ländern, insbesondere Russland berücksichtigen, und zweitens die Meinungen seiner mächtigen und streitlustigen Kollegen im Ministerrat³⁰⁷.

Lediglich die letzte Bemerkung in Norman Davies' Analyse erscheint fragwürdig. Es lohnt sich jedoch, einen Moment innezuhalten. Wie ich bereits geschrieben habe, beherrschte Lloyd George sein Kabinett vollständig. Er musste allerdings mit dem Vorsitzenden der konservativen Mehrheit rechnen, die die parlamentarische Koalition unterstützte. Andrew Bonar Law hingegen störte Lloyd George aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands und seines mangelnden Interesses an der europäischen Politik in keiner Weise. In auswärtigen Angelegenheiten war natürlich die Auffassung des Außenministers zu berücksichtigen. Ab Oktober 1919 übernahm George Nathaniel Curzon das Amt von Lord Balfour. Vier Jahre älter als Lloyd George und dem engen Kreis aristokratischer Familien zugehörig, die ihre Abstammung direkt auf die normannischen Eroberer des 11. Jahrhunderts zurückführen, war Curzon ein erfahrener Politiker und, wie es scheint, gut auf die Führung der britischen Diplomatie, insbesondere gegenüber Russland, vorbereitet. Ausgebildet an den besten Eliteschulen – in Eton und dann am uns schon bekannten Balliol College in Oxford – unternahm er als junger Mann eine Reihe exotischer Reisen – durch Russland, Zentralasien und Persien (1888–1889), Siam, Indochina und Korea (1892), bis in die unzugänglichsten Gebiete Afghanistans und des Pamir (1894). Er wurde zum besten Experten für die geopolitische „Bruchlinie“ zwischen dem Britischen und dem Russischen Reich – von Persien bis zum Pamir. In seinen Büchern zu diesem Thema warnte er eindringlich vor der Bedrohung der britischen Interessen durch die Expansion Russlands in Zentral- und Ostasien. Er betonte insbesondere die Rolle des Kaspischen Beckens und Persiens als Bollwerk für Britisch-Indien³⁰⁸. Als engagierter konservativer Politiker erlangte er schnell das wichtige und ehrenvolle Amt des Vizekönigs von Indien (1899–1905); ab 1914 bekleidete er die Ehrenämter des Lordsiegelbewahrers, des Sprechers des Oberhauses und, in praktischerer Funktion, des Präsidenten des Air Boards. Während Balfour an der Pariser Friedenskonferenz teilnahm, löste Curzon ihn ab Anfang 1919 in London praktisch in der Führung der täglichen Geschäfte des Foreign

307 Davies, Lloyd George, S. 12–13.

308 Vgl. insbes. George N. Curzon, *Russia in Central Asia*, Franz Cass, London 1889; ders., *Persia and the Persian Question*, London; New York 1892.

Office ab. Er ersetzte ihn schließlich und überließ Balfour das Amt des Lord President of the Council, d. h. des formellen stellvertretenden Premierministers³⁰⁹.

Man warf ihm Eitelkeit vor, er war unbeliebt und galt allgemein als steif (er war tatsächlich steif, im wahrsten Sinne des Wortes, als Folge eines Reitunfalls in seiner Jugend). Es fiel ihm schwer, sich an Veränderungen anzupassen (er leitete eine erfolglose Liga gegen das Frauenwahlrecht) und war leicht zu kränken. Er konnte der Dominanz von Lloyd George nicht widerstehen, der diese Schwächen ausnutzte. Das verzweifeltste Beispiel für diese Hilflosigkeit dürfte der tränenreiche Brief sein, den Curzon im Juli 1920 an den Premierminister schickte, als dieser ohne jegliche Rücksprache mit dem Leiter des Foreign Office beschloss, Lord d'Abernon, den diplomatischen Vertreter des Vereinigten Königreichs in Berlin, auf eine Mission nach Warschau zu schicken³¹⁰. Curzon überließ die Kontrolle über die europäischen Angelegenheiten dem Premierminister und dessen Chefberater Kerr. Er wurde der Notar ihrer Entscheidungen. Er bemühte sich jedoch, das Feld in Sachen Asien nicht aufzugeben, vor allem nicht das Gebiet, das er am besten kannte und in dem britische und russische Interessen aufeinander trafen. In den für uns interessanten Gesprächen innerhalb der Regierung im Frühjahr und Sommer 1920 versuchte er stets, auf die Gefahr der Expansion (Sowjet-)Russlands in Richtung Transkaukasien, der südlichen persischen Küste des Kaspischen Meeres hinzuweisen. Er war bereit, die Beseitigung dieser Bedrohung für das britische Empire mit Zugeständnissen an Moskau in Osteuropa zu bezahlen, obwohl er als altmodischer Konservativer bei der Aussicht auf Verhandlungen mit den „Roten“ äußerste Abscheu empfand.

Weitaus aktiver als Curzon war Winston Churchill, Kriegsminister in Lloyd Georges neuer Regierung, sowohl in regierungsinternen Debatten als auch auf dem Gebiet des Journalismus. Er war, wie wir uns erinnern, der einzige, der bereit war, sich dem Premierminister zu widersetzen. Der berühmteste britische Politiker bedarf keiner ausführlichen Vorstellung. Ich möchte nur daran erinnern, dass

309 Grundlegende Informationen über Curzon sind in der ausgezeichneten aktuellen Monographie von David Gilmour zusammengestellt: *Curzon: Imperial Statesman*, New York 1994; siehe auch G. H. Bennett, *British Foreign Policy During the Curzon Period, 1919–1924*, New York 1995, insbesondere S. 62–69; interessant ist auch die jüngste russische Quellenmonographie: Evgenij Sergeev, *Džordž Kurzon. Poslednij rycar' Britanskoi imperii*, Moskva 2015; Der vergleichende Kontext ist zusammengefasst in Michael Hughes, *British Foreign Secretaries in an Uncertain World, 1919–1939*, New York 2006, insbesondere S. 17–32.

310 PA-LG, F/13/1 und F/13/2 – Curzons handschriftliches Schreiben an Lloyd George vom 20. Juli 1920 und das Antwortschreiben des Premierministers vom 21. Juli 1920 (es ist erwähnenswert, dass Curzon eine persönliche Abneigung gegen d'Abernon hegte, der vom Premierminister unter Umgehung des Außenministeriums zum Diplomaten gemacht worden war. Vgl. Hughes, *British Foreign Secretaries*, S. 18–19).

er in einem prächtigen Schloss in Blenheim in der Nähe von Oxford im Jahr 1874 als dritter Sohn des siebten Duke of Marlborough geboren wurde und zur obersten Schicht der britischen Aristokratie gehörte. Der Vater stieg in seiner politischen Karriere bis zum Schatzkanzler auf. Der Sohn wurde streng erzogen. Er wurde an der Königlichen Militärakademie in Sandhurst auf den Militärdienst vorbereitet und kämpfte 1897 als Husarenoffizier in Afghanistan. Im folgenden Jahr nahm er am letzten britischen Kavallerieangriff teil – bei Omdurman im Sudan. Während des Burenkrieges 1899 war er Zeitungskorrespondent und geriet in die Gefangenschaft der Buren, aus der er auf gewagte Weise entkam. Umso leichter gelang es dem Helden von damals, als Abgeordneter der Konservativen Partei im Jahr 1900 ins Unterhaus einzuziehen. Als Befürworter des freien Marktes wechselte er vier Jahre später zur Liberalen Partei, was ihn für seine Kollegen in der verratenen Partei viele Jahre lang zum schwarzen Schaf machte. In der liberalen Elite stand er Lloyd George sehr nahe, und ab 1905 errang er auch seine ersten Regierungsposten. In seiner Funktion als Erster Lord der Admiralität war er ab 1911 für die Vorbereitung Großbritanniens auf einen Seekrieg verantwortlich. In dieser Position leitete er nach Ausbruch des Ersten Krieges die große Landungsoperation gegen die Türkei ein (die Landung auf der Halbinsel Gallipoli am Eingang der Dardanellen). Das blutige Scheitern dieser Operation (April 1915 – Januar 1916) brachte Churchill viel Kritik ein. Er wurde zu einem der von der Presse am meisten angegriffenen und von einem großen Teil der öffentlichen Meinung gehassten Politiker. Er musste sein Amt aufgeben. Er entschied sich dann für den Dienst in den Schützengräben in Nordfrankreich und führte sein schottisches Schützenbataillon Dutzende Male in den Angriff. Lloyd George reichte ihm 1917 die Hand und holte ihn zurück in die Regierung, zunächst als Minister für Versorgung und ab Januar 1919 als Kriegsminister³¹¹.

Er war zweifellos der fähigste Politiker in Lloyd Georges Regierung, neben dem Premierminister selbst, und befand sich gleichzeitig in einer äußerst schwachen Position. Die konservative Mehrheit der parlamentarischen Basis der Regierung, angeführt von Bonar Law, konnte ihn nicht leiden und erinnerte sich an seinen Verrat im Jahr 1904. Die öffentliche Meinung hat ihm Gallipoli nicht vergessen. Churchills Platz in der Regierung hing im Wesentlichen vom Wohlwollen

311 Die grundlegende Studie über Churchills Leben ist nach wie vor die mehrbändige Monografie von Gilbert. Hier ist der für uns interessanteste Band IV zu empfehlen: Gilbert, *World in Torment*, und die einbändige Zusammenfassung des Ganzen: Martin Gilbert, *Churchill. A Life*, Pimlico, London 2000; vgl. auch R. Toye, *Lloyd George & Churchill...*, sowie die Monographie von Jacek Tebinka, „Wielka Brytania dotrzyma lojalnie swojego słowa“. *Winston S. Churchill a Polska*, Warszawa 2013 (der ersten Phase von Churchills Karriere – bis zum Sturz der Regierung von Lloyd George im Jahr 1922 – widmet der Autor jedoch nur elf Seiten, S. 9–19).

Lloyd Georges ab. Er wollte die Energie und die Ideen seines jüngeren Kollegen für die Mammutaufgabe nutzen, die Millionearmee nach Kriegsende zu demobilisieren und gleichzeitig die Fähigkeit zur Verteidigung der seit der Versailler Konferenz erweiterten Interessensphäre des britischen Empire zu erhalten. Churchill hatte jedoch auch seine eigene Meinung über Russland, genauer gesagt über den Kommunismus. Er betrachtete die Bol'seviki als die größte Bedrohung der Zivilisation. Er wollte sie bekämpfen, solange es, wie er hoffte, noch möglich war, den Kopf der kommunistischen Hydra abzuschlagen. In dieser Hinsicht konnte er zumindest auf die Unterstützung einiger konservativer Kreise zählen. Jedenfalls solange eine realistische Chance bestand, die Bol'seviki mit konservativen Mitteln zu stürzen, d. h. mit Mitteln, die nicht gegen die – auch geopolitischen – Gewohnheiten der britischen Öffentlichkeit verstießen. Dies war möglich, solange das Hauptinstrument des antibolschewistischen Kreuzzuges, der so weit wie möglich von Großbritannien finanziert und ausgerüstet wurde, die Russen selbst sein sollten – die „Weißen“. Als diese den Bürgerkrieg mit den „Roten“ Ende 1919 verloren, konnte man sich nur weniger konservative Szenarien für die Liquidierung der Sowjetmacht in Moskau vorstellen. Dies hätte entweder ein umfassendes militärisches Engagement Großbritanniens erfordert (was niemand in Großbritannien wollte, und die linke Opposition hätte dann direkt einen Bürgerkrieg herbeigeführt), oder es wäre notwendig gewesen, die neuen „Grenzstaaten“, d. h. in erster Linie Polen, zu unterstützen, damit sie unter ihren Fahnen eine Offensive auf Moskau führen und gleichzeitig die Überreste der „Weißen“ wiederbeleben könnten. Schließlich hätte man auf Deutschland als etablierte Militärmacht setzen können, die in diesem Fall gegen das „rote“ Russland wieder hätte zum Einsatz gebracht werden müssen³¹². Die beiden letztgenannten, widersprüchlichen Szenarien zog Churchill ernsthaft in Betracht. Beide hatte fast keine Unterstützung unter den wichtigen britischen Politikern.

Wir interessieren uns trotzdem besonders für eines davon, in dem die Bedeutung der osteuropäischen Länder, der unmittelbaren Nachbarn Russlands, endlich anerkannt wurde, d. h. nachdem die „weißen“ Russen selbst die Hoffnung auf einen Kampf verloren hatten. Polen musste in diesem Szenario auftauchen. Churchill war ihm gegenüber nicht voreingenommen. Im Gegenteil, als Hobby-Historiker war er mit dem Vermächtnis Sobieskis vertraut – eines der Meister der operativen Kriegskunst jener Zeit, als das Genie John Churchills, des ersten Herzogs von Marlborough, auf der europäischen Bühne glänzte; als Husar schätzte Winston auch die alten Traditionen der Tapferkeit der polnischen Kavallerie. Polen war für ihn keine völlige *terra incognita*. Im Jahr 1906 war er sogar persönlich an seinem

312 Siehe Winston Churchill, Russian Policy (Memorandum des War Office vom 22.9.1919), Interne Druckschrift des War Office: PA-LG/F/202/1/10; vgl. Gilbert, *World in Torment*, S. 344–345.

westlichen Rand, als er auf Einladung von Kaiser Wilhelm II. die Manöver der Armee des Deutschen Reiches in Schlesien beobachtete. Bei dieser Gelegenheit besuchte er die Schwester seines ungeliebten Stiefvaters – Lady Churchill hatte nach dem Tod ihres ersten Mannes im Jahr 1900 George Frederick Middleton Cornwallis-West geheiratet, den gleichaltrigen Sohn der berühmten Daisy Hochberg von Pless, Herrin von Pless und Fürstenstein. Schlesien gefiel ihm damals sehr gut³¹³. Das machte ihn zwar nicht zu einem Osteuropaexperten, aber er hatte sicherlich eine bessere Vorstellung davon als Lloyd George oder die Sekretäre des Premierministers. Und er war Ende 1919 bereit, auf Polen und die anderen „Grenzstaaten“ (oder auf Deutschland!) zu setzen, wenn dies dazu beitragen würde, die „bolschewistische Plage“ zu stoppen.

Für Curzon war die polnische Frage Teil eines anderen Puzzles, mit dem nicht nur die Roten selbst, sondern auch das Russische Reich als solches, genauer gesagt als Hauptrivale des britischen Empires in Zentral- und Ostasien, geschwächt werden konnte. Eine Dezentralisierung, vielleicht eine Föderalisierung oder sogar eine Beschneidung des Territoriums Russlands in den strategisch wichtigen Randgebieten (den baltischen Gouvernements oder in Transkaukasien) oder jedenfalls eine Stärkung der bestehenden Grenzstaaten (mit Polen an der Spitze) – das könnte eine gute Lösung sein. Ein solcher Vorschlag erschien in einem Memorandum, das im Foreign Office vorbereitet wurde. Curzon beschloss, es am 3. Oktober 1919 im Kabinett von Lloyd George in Umlauf zu bringen, als der Premierminister seine Ungeduld mit der bis dahin von Churchill verfolgten Politik der Unterstützung des „weißen“ Russlands zu zeigen begann³¹⁴.

Dieses Dokument ist bisher wohl von keinem Forscher der britischen Ostpolitik beachtet worden. Es ist jedoch von Interesse: als kohärenter, sich radikal von der von Lloyd George schließlich durchgesetzten Politik unterscheidender Ansatz für eine britische Politik gegenüber dem Russland-Problem, dem Bolschewismus und den „Grenzstaaten“. Dieser Vorschlag unterscheidet sich auch von Churchills Idee eines antibolschewistischen Kreuzzuges, die oft fälschlicherweise als Alternative zu den prosovjatischen Beschwichtigungsmaßnahmen des Premierministers dargestellt wird. Das Dokument ist auch das Debüt von Lord Curzon als Leiter des Foreign Office (noch nicht offiziell, aber bereits die Arbeit des Ministeriums überwachend), der sich zur Osteuropapolitik äußert. Es ist faszinierend zu sehen, inwieweit sich die in diesem Debüt enthaltenen Ideen von der stereotypen Assoziation unterscheiden, die den Namen Lord Curzon mit der Festlegung der im Juli 1920 gezogenen Linie als Ostgrenze Polens verbindet. Schauen wir uns also an,

313 Siehe Gilbert, Churchill, S. 181–182.

314 Druckschrift des Foreign Office, „Secret. Printed for the War Cabinet“, 3.10.1919, PA-LG/F/202/1/12.

was Lord Curzon wollte, was er ernsthaft für die beste Lösung der russischen und polnischen Frage zugleich im Herbst 1919 hielt.

In der nur wenige Sätze umfassenden Einleitung des geheimen neunseitigen Memorandums empfiehlt Curzon dieses als eine von „einem fähigen Mitglied des Foreign Office“ vorbereitete Antwort auf die vom Premierminister gestellte grundsätzliche Frage nach den Zielen der britischen Russlandpolitik.³¹⁵ Der Verfasser des Memorandums beginnt seine Argumentation mit der Feststellung, dass das „weiße“ Russland im Falle eines Sieges nicht die Wiederherstellung von Frieden und Ordnung bedeuten würde, sondern die Verschärfung der Konflikte mit seinen Nachbarn, mit einem wiedererstarkten Polen, mit Finnland, mit den Ländern des Transkaukasus, d. h. die Erneuerung des traditionellen russischen Imperialismus. Deutschland werde bereit sein, einem solchen Partner bei dem „Massaker an kleineren Staaten“ (*the massacre of smaller States*) zu helfen.³¹⁶ Die weniger „reaktionären“, demokratischeren Fraktionen des antibolschewistischen Russlands, wie der Kreis um Nikolaj Čajkovskij oder den ehemaligen Ministerpräsidenten Kerenskij, hätten keine wirkliche Bedeutung. Wenn das „reaktionäre“ Russland gewinne und die „eine, unteilbare“ Struktur des Reiches erneuere, werde bald eine neue Revolution folgen. Es werde weder Frieden noch Ordnung geben. Der Verfasser des Memorandums ruft dazu auf, die Bedeutung Polens, Finnlands und der baltischen Länder im Lichte dieser Prognosen zu berücksichtigen. Polen sei entscheidend. Der Text des Memorandums enthält die später in der britischen Presse wiederholte Beschreibung Polens als der „Achse“, um die sich Londons Osteuropapolitik drehen sollte (*Poland is the pivot on which our Eastern European policy ought to turn*)³¹⁷.

Das bis dahin verfolgte Konzept der Unterstützung der „Weißen“ hielt der Verfasser des Memorandums für unwirksam und schlug daher vor, eine Änderung in

315 Ebd., S. 1, die Einleitung ist mit dem Kürzel „C. of K.“, d. h. Curzon of Kedleston, gezeichnet. Der Autor des Memorandums selbst ist nicht sicher. Der wahrscheinlichste Kandidat ist John Duncan Gregory (1878–1951), ein Karrierediplomat, der zwischen 1915 und 1919 am Heiligen Stuhl tätig war, zuvor in Wien und Bukarest und dann in der Zentrale des Foreign Office als Leiter der Nordabteilung, die Osteuropa einschloss. Er gehörte zu jener Gruppe im Foreign Office, die Namiers antipolnische Vorurteile nicht teilte. Wir haben Gregorys Ansichten bereits in der – im Abschnitt über Rumbold – besprochenen Denkschrift vom 6. April 1920 über die polnischen Bedingungen für einen Frieden mit Sowjetrußland kennengelernt. Siehe auch John Duncan Gregory, *On the Edge of Diplomacy: Rambles and Reflections, 1902–1928*, London 1929.

316 Ebd., S. 1.

317 Ebd., S. 3. Eine ähnliche Formulierung erscheint bereits in einem geheimen Memorandum des Foreign Office vom 12.9.1919 PA-LG/F/202/1/9: „Poland if unhampered [...] and wholeheartedly assisted, is destined to play a role second only to Germany and France. Poland is the pivot on which our whole Eastern Policy ought to turn“.

Betracht zu ziehen. Die erste Möglichkeit wäre, die Länder Osteuropas einfach ihrem Schicksal zu überlassen. Dann würden wahrscheinlich Polen und andere Grenzländer mit den Bol'seviki Frieden schließen, und sie würden Denikin schnell beseitigen. Wenn sich England aus der aktiven Politik gegenüber der Region zurückziehe, werde der Schlüssel für die Zukunft Osteuropas unweigerlich in der Hand Deutschlands liegen, warnt der Verfasser des Memorandums. Die zweite Möglichkeit bestünde darin, dass London mit Sowjetrußland Frieden schliesse oder die Grenzländer bewusst dazu ermutigte, einen solchen Frieden zu schließen, wobei mehrere Grundsätze zu berücksichtigen seien: Anerkennung der derzeitigen Grenzen, Einstellung der bolschewistischen Propaganda, Wiederaufnahme des Handels, Amnestie für die politische Opposition in Rußland. Der Verfasser des Memorandums ging (offenbar von einem konservativen Standpunkt aus, der sicherlich Curzon selbst nahestand) davon aus, dass die Mehrheit der öffentlichen Meinung in Großbritannien eine dauerhafte Anerkennung des bolschewistischen Systems nicht akzeptieren würde, und dass es sehr zweifelhaft erschien, dass die Bol'seviki irgendwelche Friedensbedingungen einhalten würden. Die kommunistische Propaganda werde ständig in die Nachbarländer eindringen, sie intern unterminieren und Störungen des internationalen Friedens in Ost- und Mitteleuropa provozieren, was natürlich auch Deutschland, das den Versailler Vertrag revidieren wolle, ausnutzen werde. Schließlich werde der Friedensschluss mit den „Roten“ dazu führen, dass sich die Russen, die nicht für die Bol'seviki seien, gegen die Westmächte wenden und ihre letzten Hoffnungen auf Deutschland richten müssten.

Eine dritte Möglichkeit wäre der Abschluss eines Bündnisses mit Polen zu Bedingungen, die dem weiteren Kampf gegen die Bol'seviki förderlich wären. Der Autor der Studie räumt ein, dass London dann zwar die Sympathie einiger nationalistisch orientierter antibolschewistischer Russen, die er als Extremisten bezeichnet, verlieren würde, gleichzeitig stellt er aber fest, dass man entweder ganz Rußland und seine Zukunft verlieren würde – durch die Anerkennung des bolschewistischen Regimes, das es zerstörte – oder man riskieren würde, diese Zukunft von Rußlands unmittelbaren westlichen Nachbarn, insbesondere Polen und Finnland, abhängig zu machen. Dies wäre wohl das kleinere Übel. Zur Untermauerung seines Arguments fügt der Autor hinzu, dass diese Grenzländer, insbesondere Polen, westliche Traditionen, eine westliche zivilisatorische Gestalt aufwiesen, während die Russen selbst, „sowohl Bolschewiken als auch Antibolschewiken, im Alltag eher Züge eines instabilen Orientalismus zeigen“ (*the Russians, Bolsheviks and non-Bolsheviks alike, are manifesting every day more the characteristics of unstable orientalism*). Um das Problem Rußland endgültig zu lösen, schlug der Verfasser des von Curzon empfohlenen Memorandums vor, die Ausdehnung des Föderationsprinzips auf dessen riesiges Territorium zu erwägen und schrittweise die

faktische Unabhängigkeit oder zumindest ein Höchstmaß an Autonomie für Sibirien, die Ukraine und Weißrussland einzuführen – überall dort, von wo die Bol'seviki verdrängt werden könnten. Gestärkt durch die Wirtschaftshilfe der Westmächte, könnte es sich in die Vereinigten Staaten von Russland verwandeln. Der Erfolg des Projekts hänge von der Unterstützung der Westmächte ab³¹⁸!

Aber warum sollten letztere, und insbesondere das Vereinigte Königreich, in ein solches Projekt „investieren“? Der Autor nennt zwei Gründe, die auf ein offensichtliches britisches Interesse zurückzuführen seien: 1. um zu verhindern, dass Russland eine deutsche Kolonie wird, und 2. um die Ostgrenzen Europas vor Anarchie zu schützen. Deutschland wolle Polen zweifellos zerstören und sei bereit, in Russland an die gleichen „dunklen Kräfte“ zu appellieren, die ihm schon im Ersten Weltkrieg zum Sieg an der Ostfront verholfen hätten. Deutschland werde Polen schwächen, auch indem es die polnisch-jüdische Feindschaft schüre und gleichzeitig die antipolnische Agitation in Litauen unterstütze. „Für uns ergibt sich daraus die Schlussfolgerung – so der Verfasser des Memorandums –, Polen mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, im Inneren zu stärken und auch unter unserer Ägide dafür zu sorgen, dass Litauen in seinen Einflussbereich gelangt“³¹⁹. Litauen sollte daher in irgendeiner Form mit Polen verbunden werden. Die Ukraine unterscheide sich in Bezug auf Sprache und Nationalität etwas von Russland, aber nicht genug, um einen eigenständigen Staat zu bilden. Da jedoch der Versailler Vertrag die Österreicher in einem eigenen Staat vom deutschen Volk trenne, warum nicht auch die Ukraine von Russland trennen, um sie entweder in die oben erwähnte Föderation einzugliedern oder sie im Bündnis mit Polen zu halten. In ähnlicher Weise wäre es möglich, einen separaten Staat Weißrussland zu gründen, obwohl die separatistischen Tendenzen dort – im Verhältnis zu Russland – weniger ausgeprägt seien als in der Ukraine. Sibirien hingegen sei nach Ansicht des Autors aufgrund seiner geografischen Lage und seiner wirtschaftlichen und sozialen Situation ein natürlicher Kandidat für eine Abspaltung von Russland und er stellt fest, dass „die Kräfte des Fernen Ostens“ – sprich: Japan – bereits den Boden für eine solche Lösung bereiteten. In Anbetracht dieses kühnen Szenarios geht der Autor davon aus, dass Russland noch keinen stabilen Patriotismus entwickelt habe, der ähnlichen Veränderungen im Wege stehen würde. Seit der Zeit Peters des Großen sei Russland durch deutschen Einfluss und deutsche Disziplin zusammengehalten worden. Als diese Disziplin zusammengebrochen sei, sei auch Russland selbst aus-

318 „Secret. Printed for the War Cabinet“, 3.10.1919, PA-LG/F/202/1/12, S. 6.

319 Ebd., S. 7: „The moral for us is to strengthen Poland internally with all the means at our disposal, and to bring about under our sponsorship the attraction of Lithuania to her orbit“.

einandergefallen, wobei nicht einmal die Orthodoxie als ideologisches Bindemittel geholfen habe³²⁰.

All diese Anregungen und Vorschläge dienen dazu, die These zu begründen, dass es möglich und erwägenswert sei, eine neue britische Politik gegenüber Russland zu entwickeln. Ihr Prinzip wäre die Dezentralisierung des ehemaligen Romanov-Imperiums. 180 Millionen seiner Einwohner, die unter bolschewistischer Herrschaft stünden oder von einem Deutschland manipuliert würden, das sich für den verlorenen Krieg revanchieren wolle, seien eine große Gefahr für Europa. Wenn die „Weißen“ die Bol'seviki schnell besiegten (was Anfang Oktober 1919 nicht auszuschließen war), müssten die Westmächte dies natürlich akzeptieren. Wenn jedoch die Teilung Russlands entlang der Frontlinien des Bürgerkriegs anhalte, sollte genau diese Situation genutzt werden, um das Szenario der Föderalisierung oder Dezentralisierung zu verwirklichen. Zu diesem Zweck müsse Polen konsequent gestärkt werden. Es sei davon auszugehen, dass es in seiner Außenpolitik die bestmöglichen Beziehungen zum künftigen Russland entwickeln werde. Dies hänge natürlich von dem politischen Regime ab, das schließlich in Russland selbst errichtet werden würde. Der Autor gibt jedoch seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich am Ende auch in Russland und sogar in Deutschland, wenn es den Westmächten gelingt, die Lage in Osteuropa gemäß dem vorgeschlagenen Szenario zu stabilisieren, politische Kräfte durchsetzen werden, die sich mit der neuen geopolitischen Konfiguration arrangieren und auf militärische Aggressionen verzichten werden. Andernfalls werde ein Krieg unter den Parolen des Revanchismus und der Zerstörung der neuen Ordnung unvermeidlich sein. Leider, so der von Curzon empfohlene Autor, seien die russischen Kräfte, die die britische Politik seit mehr als einem halben Jahr unterstütze – Kolčak und Denikin – mit Sicherheit auf territorialen Revanchismus gegen ihre Nachbarn ausgerichtet und könnten daher kaum als Unterstützer der dringend benötigten Stabilität angesehen werden. Wenn Kolčak und Denikin in den nächsten Wochen nicht gewannen, sei es höchste Zeit, sie aufzugeben und stattdessen auf Polen und die anderen „Grenzstaaten“ zu setzen³²¹. Dies sei eine vernünftige Alternative zu der zweiten Möglichkeit, die sich dann ergäbe, nämlich dem Frieden mit den Bol'seviki. Unter der Führung Großbritanniens und in dem von ihm definierten Rahmen sollten sich Polen und die anderen „Grenzländer“ in naher Zukunft dem neuen, bereits nicht-bolschewistischen Russland annähern (*rapprochement*), das sie im Kampf gegen die derzeitigen „roten“ Herren des Kremls mitgestalten werden. Großbritannien könne eine unschätzbare Rolle als Organisator oder zumindest Befürworter einer neuen Ord-

320 Ebd., S. 7.

321 Ebd., S. 8. „It is then that the question on embarking on a real political stake in Poland and the Border States comes up for consideration“.

nung in Osteuropa spielen – eines Arrangements zwischen einem (auf föderaler Basis) wiederaufgebauten Russland und dessen westlichen und südlichen Nachbarn.

Um diesen Vorschlag abschließend zu untermauern, werden in dem Memorandum zwei weitere Argumente angeführt. Das erste, ein wirtschaftliches, bezog sich auf die enorme Verschwendung von fast 100 Millionen Pfund, die bisher für die „Weißen“ ausgegeben worden seien, ohne dass positive Effekte sichtbar geworden seien (in Preisen des frühen 21. Jahrhunderts wären das etwa 10 Milliarden Pfund). Ein paar 100.000 und eine eindeutige moralische Unterstützung hätten ausgereicht, um die neue Politik zur Stabilisierung des europäischen Ostens auf die baltischen Staaten und Polen zu stützen. Das zweite Argument war moralischer Natur. Der Autor stellte die rhetorische Frage, ob man sich auf den russischen Charakter verlassen könne. Und er meinte, dass angesichts der historischen und aktuellen Erfahrungen eine positive Antwort nur schwer zu finden sei. Auch habe Großbritannien keine Verpflichtungen gegenüber Russland – nicht London werde Russland irgendwann im Stich lassen, sondern Russland habe die Sache seines britischen Verbündeten und die Gemeinschaft mit Westeuropa schon vorher aufgegeben, indem es sich aus dem Krieg mit Deutschland zurückgezogen und das bolschewistische System gewählt habe. In dieser Situation sei Großbritannien berechtigt, seine Interessen sowohl im Osten – die Interessen des Britischen Empires in Asien – als auch in Europa – die Aufrechterhaltung der Versailler Ordnung – wahrzunehmen und zu versuchen, Russland so zu beeinflussen, dass es den britischen Bedürfnissen besser gerecht werde. Das Memorandum schloss mit dem Vorschlag, eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Westmächte einzuberufen, um sich auf die Einzelheiten einer neuen „Ostpolitik“ zu einigen³²².

Mit dem hier analysierten Dokument brachte Curzon seine weitreichendste Vision zum Ausdruck: die dauerhafte Schwächung der russischen imperialen Struktur. Um die Vormachtstellung des Britischen Empires in Asien – von den Meerengen am Schwarzen Meer über Transkaukasien, Persien und Afghanistan bis nach Indien und Tibet – nicht erneut zu gefährden, konnte die beste und dauerhafteste Lösung gerade in der Föderalisierung oder, um es noch feiner auszudrücken, in der Dezentralisierung, ja im Niederreißen des geopolitischen Gefüges Russlands bestehen. In einer solchen Perspektive erschien unerwartet Unterstützung für die Idee eines starken Polens, das für das neue geopolitische System von entscheidender Bedeutung wäre, verbunden mit Litauen, mit der Ukraine und sogar mit einem von Russland getrennten Weißrussland. Natürlich auch mit Finnland, das schließlich anerkannt wurde, mit den übrigen baltischen Staaten (Est-

³²² Ebd., S. 8/9.

land und Lettland wurden im Memorandum nicht namentlich erwähnt) sowie mit den neuen Pufferstaaten des britischen Einflusses im Transkaukasus – Aserbaidschan und Georgien.

Es war ein wie für Pilsudski geschaffenes Szenario mit der Vision einer grundlegenden Veränderung der geopolitischen Ordnung in Osteuropa, mit Polen als „Achse“: aufgrund seiner zentralen Lage und Größe sowie seiner Rolle als Exponent des zivilisatorischen Einflusses Westeuropas im Osten des Kontinents. Dieses Szenario wurde, ich wiederhole es, im Foreign Office geschrieben und von Lord Curzon selbst auf den Tisch des Premierministers gelegt. Zeitgenössische Feuilletonisten und russische Historiker, die nach finsternen Plänen für die Aufteilung Russlands durch westliche Imperialisten suchen, könnten dieses Dokument mit grimmer Genugtuung als schlagende Beweise für ihre Thesen anführen, auch wenn sie wahrscheinlich überrascht wären, dass Lord Curzon ein „großes Polen“ im Visier hatte. Nicht weniger überrascht, aber auch nicht weniger erfreut dürften die Befürworter von Pilsudskis ostpolitischen Ideen gewesen sein. Es wäre also doch möglich gewesen, britische Unterstützung zu erhalten?

Die Anhänger einer solchen Hypothese würden in einem anderen, etwas berühmteren Dokument Unterstützung dafür finden. Es handelt sich um die 1919 veröffentlichte Abhandlung „Democratic Ideals and Reality“ von Halford Mackinder, einem Geographen und konservativen Abgeordneten, der bereits in diesem Buch erwähnt wurde. Bekannt als die erste Vorlesung über angelsächsische („atlantische“) Geopolitik, in der der Begriff des „Heartland“ – des „Kernlands“ Eurasiens, von dessen Kontrolle die Herrschaft über die ganze Welt abhängt – auftaucht, präsentierte Mackinders Buch auch eine Reihe von Argumenten für eine neue britische Politik gegenüber Osteuropa. Der berühmte Geograph betonte, dass die hohen Ideale des Völkerbundes allein nicht ausreichten, um den Frieden zu sichern. Auch an der entscheidenden Stelle, an der sich die Frage der Weltherrschaft entscheide, müsse das Gleichgewicht gewahrt bleiben. Wenn den Führern der Siegermächte die Aussicht, dass Russland und Deutschland gemeinsam gegen die Versailler Ordnung vorgehen, nicht behage, dann sollten sie vielleicht darüber nachdenken, wie sie diese beiden Zentren der potenziellen Destabilisierung voneinander trennen könnten. Wie kann man sie daran hindern, das „Heartland“ gemeinsam gegen die Westmächte zu dominieren? Die Lösung bestehe nicht darin, Deutschland oder Russland zu „befrieden“, sondern darin, sie durch das zu trennen, was Mackinder die „mittlere Stufe“ (*Middle Tier*) unabhängiger Staaten nennt: Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland. Polen und die Tschechoslowakei werden von Mackinder als die wichtigsten Länder für diese „mittlere Ebene“ angesehen, die sich seiner Meinung nach auf die drei Meere stützen sollte: die Ostsee, das Schwarze Meer und die Adria. Den Völkern dieser Region Chancengleichheit zu geben, bedeute zugleich, dem gesamten Sys-

tem des europäischen Friedens nach dem Ersten Weltkrieg eine Chance zu geben, argumentierte der britische Geograph. Er glaubte auch, dass ihre Konsolidierung allmählich zu einer Entwicklung Russlands selbst führen könnte – hin zu einer inneren Teilung in eine Föderation unabhängiger Staaten. Wie ich bereits in den ersten Kapiteln dieses Buches erwähnt habe, versuchte Mackinder ebenfalls, auf eine solche Lösung hinzuarbeiten, indem er Ende 1919 und Anfang 1920 eine Vermittlungsmission zwischen Piłsudski und Denikin übernahm³²³.

Je mehr sich abzeichnete, dass das „weiße“ Russland allein das Problem der Neuordnung Osteuropas nicht lösen konnte, desto deutlicher wurde die Notwendigkeit, nach anderen Lösungen zu suchen. Infolgedessen schien im Herbst 1919 der Preis der polnischen Aktien an der Londoner Börse deutlich zu steigen. Dies stellt unter anderem Maria Nowak-Kiełbikowa fest, die darauf hinweist, dass der Oberste Rat der Alliierten Mächte im Dezember – auf Ersuchen Großbritanniens – eine Erklärung über die Bedeutung eines starken Polens in Osteuropa verabschiedet hatte³²⁴. Die Bedeutung von Polen nahmen in diesem Zusammenhang nicht nur Churchill und Curzon wahr. Ihnen folgte (eine Zeit lang) auch offiziell Lloyd George.

Ende November wiederholte er in einem Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen Delegation in Paris, dem stellvertretenden US-Außenminister Frank Polk, fast wortwörtlich die wesentlichen Thesen des oben erwähnten Memorandums. Er sprach damals von der Notwendigkeit, die Unabhängigkeit „Georgiens, Aserbaidshans, Bessarabiens, der Ukraine, der baltischen Provinzen und Finnlands und vielleicht sogar Sibiriens“ anzuerkennen, schloss aber gleichzeitig die Aufnahme von Gesprächen mit den Bol’ševiki nicht aus. Einige Tage später informierte der amerikanische Botschafter in London, John William Davis, Washington über sein Gespräch mit Lord Curzon, in dem dieser bestätigte, dass er die Möglichkeit erwäge, das gesamte Netz der neuen Staaten – von Estland bis Transkaukasien – als Teil einer antibolschewistischen Allianz anzuerkennen, eine Möglichkeit, die Boris Savinkov, der sich zu diesem Zeitpunkt in London aufhielt, akzeptierte³²⁵.

323 Halford J. Mackinder, *Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction*, London 1919, S. 205–210, 222–226. Ausführlicher zu Mackinders Konzept: Brian Blouet, *Halford Mackinder: a biography*, College Station, Texas A&M University Press 1987; Pascal Venier, *The geographical pivot of history and early twentieth century geopolitical culture*, in: *The Geographical Journal* 170 (2004), No. 4 (December), S. 330–336; Piotr Eberhard, *Koncepcja Heartlandu Halford Mackindera*, in: *Przegląd Geograficzny* 83 (2011), Nr. 2, S. 251–266. – Zu seiner Mission zu Denikin und Piłsudski siehe *Private Papers of Sir H. J. Mackinder Relating to His Mission to South Russia*, London-Kew, FO, 800/25.

324 Siehe Nowak-Kiełbikowa, *Polska*, S. 161–162; vgl. Davies, *Lloyd George*, S. 62–63.

325 FRUS, 1919, *Russia*, Washington 1937, S. 126 (Depesche F. Polks aus Paris an Außenminister R. Lansing vom 29.11.1919 (daraus das angeführte Zitat), sowie S. 128–129 (Depesche von J. W. Davis

Warum also verschwand dieses Szenario mit Polen als Zentrum eines neuen politischen Arrangements so schnell von der Londoner Tagesordnung? Und wie? Hier sollten wir einen Blick auf das eigentümliche Spiel werfen, das Premierminister Lloyd George mit echter taktischer Meisterschaft innerhalb seines eigenen Kabinetts spielte. Er griff im Wesentlichen eine der Thesen des Anfang Oktober vorgelegten Memorandums von Curzon auf: die Rechtfertigung für den Verzicht auf weitere Hilfe für Denikin, d. h. ein Schlag gegen die von Churchill so konsequent vertretene Linie. Das zu diesem Zeitpunkt vorgebrachte finanzielle Argument – „Wir haben so viel Geld des britischen Steuerzahlers investiert – und was haben wir davon?“ – war das tödlichste, da es die meisten Minister ansprach. Besonders wichtig war die Stimme des Schatzkanzlers Austen Chamberlain (wie Curzon ein Konservativer), der versuchte, den Haushalt nach den gigantischen Ausgaben des vierjährigen Großen Krieges wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mit diesem einfachen finanziellen Argument konnte Lloyd George die konservative Mehrheit seiner ministeriellen und parlamentarischen Basis, angeführt von Bonar Law, am wirksamsten gegen eine weitere Unterstützung der antibolschewistischen Maßnahmen gewinnen³²⁶.

Für Churchill war dies ein Dolchstoß in den Rücken. Lloyd George wusste diesen Stoß mit Curzons Hand zu führen. Die beiden Ministerien, die sich am meisten für die Frage Osteuropas, Russlands, des Bolschewismus und der daraus resultierenden Gefahren interessierten – das Foreign Office und das War Office – unter der Leitung des konservativen Curzon bzw. des liberalen (für die Konservativen „Verräters“) Churchill, stritten sich weiter über die richtige Politik in diesem Bereich, anstatt sich gegenseitig zu unterstützen. Churchill, der den Bolschewismus als eine grundlegende Bedrohung für Europa, für die europäische Zivilisation ansah, sah Ende 1919 und Anfang 1920 immer deutlicher die Bedeutung Polens als ein mögliches Hindernis, das sich dieser Bedrohung in den Weg stellen könnte. Nach der Kompromittierung seiner Russlandpolitik, d. h. nach dem Fall Denikins, sollte er sich jedoch als noch ohnmächtiger erweisen als im Herbst 1919. Curzon hingegen konzentrierte sich darauf, das zu verteidigen, was ihm am meisten am Herzen lag: die Verankerung der britischen imperialen Interessen in Zentralasien, in Transkaukasien. Da die Idee eines umfassenden Vorgehens gegen die Bol'sheviki gescheitert war, wollte er zumindest diesen Teil verteidigen. Churchill unterstützte ihn nicht, da die militärische Abschirmung Aserbaidschans und Persiens vor einem Angriff durch Sowjetrussland Geld und Menschenleben kosten musste. Und beides wollte er schonen, um sich vor dem Ruf eines verrückten, kostentreibenden

aus London an den Außenminister vom 3.12.1919); vgl. Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 2, S. 310–311.

326 Siehe zu diesem Thema: Fry, *Fortune*, S. 414–415; Stainer, *Lights*, S. 139–140.

„Antibolschewisten“ zu schützen. In dieser Situation konnte Lloyd George wiederum die Position Curzons leichter isolieren. Letzterer verlor unter dem ständigen Druck des Premierministers das Interesse an Polen und an seinen kühnen Plänen, die geopolitische Ordnung ganz Osteuropas zu verändern. Er würde die Ukraine, Weißrussland oder Sibirien überhaupt nicht mehr erwähnen. Dem Premierminister gelang es in bewundernswerter Weise, die politischen und persönlichen Gegensätze zwischen Curzon und Churchill auszunutzen, um den Widerstand beider Minister gegen den von ihm letztlich gewählten Weg der Anerkennung der Bol'seviki als wichtigsten Partner Großbritanniens in Osteuropa zu lähmen. Churchill bemerkte dies erst Ende Mai 1920, als die Gespräche mit der bolschewistischen Delegation in London bereits im Gange waren; sowohl er als auch Curzon hielten sie für ein Unglück. In einem bitteren Brief an Lord Curzon warf er dem damaligen Leiter des Foreign Office vor, dieser habe zugestimmt, dass der Premierminister die von Churchill geführte antibolschewistische Kampagne, die sich auf das „weiße“ Russland stützte, torpedierte: „Es ist sehr bedauerlich, dass es uns nicht gelungen ist, eine gemeinsame Politik zwischen dem W. O. [War Office] und dem F. O. [Foreign Office] zu entwickeln. [...] Es gibt keine effektive Zusammenarbeit [zwischen uns] oder gegenseitige Unterstützung“³²⁷.

Lloyd George wollte schon seit langem mit den Bol'seviki sprechen: eigentlich seit Anfang 1919, als es so aussah, als hätten sie die Lage im Zentrum Russlands bereits endgültig unter Kontrolle. Der britische Premierminister beschloss daraufhin, dass sie bereits die wahren Herren des Landes seien und dass daher eine Art *modus vivendi* mit ihnen gefunden werden müsse, um den Frieden in Osteuropa wiederherzustellen. Im Februar 1919 träumte er davon, dass er bis zum Sommer, spätestens bis zum August, eine große Konferenz in London einberufen würde, um das Werk der Versailler Konferenz zu vollenden³²⁸. Diese Träume musste er wegen des Wiederaufflammens des Bürgerkriegs in Russland und der Hoffnung auf den Erfolg der „Weißen“ (zunächst Kolčak, dann Judenič und Denikin), der sich von Februar bis Oktober 1919 abzeichnete, aufschieben. Diese Hoffnungen hatten sowohl die amerikanischen als auch die französischen Verbündeten im Obersten Rat der Mächte auf den Plan gerufen. Der britische Premierminister

327 Das Zitat aus dem Brief Churchills an Curzon vom 22.5.1920 nach: Gilbert, *World in Torment*, S. 398: „It's a g[rea]t pity that we have not been able to develop any common policy between W. O. & F. O. [...] there is no effective cooperation or mutual support“. Zu Lloyd George's Vorgehen gegen die von Churchill repräsentierte antibolschewistische Linie siehe insbes. Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 2, S. 294–304; Gilbert, *World in Torment*, S. 320–364; Fry, *Fortune*, S. 413–418; Toye, *Lloyd George*, S. 200–213.

328 Siehe den charakteristischen Hinweis darauf in *Lloyd George Family Letters 1885–1936*, hg. v. Kenneth O. Morgan, Cardiff 1973, S. 190 (Brief vom Februar 1919).

musste daraufhin Churchill erlauben, eine Politik der materiellen Unterstützung für die „Weißen“ zu verfolgen. Er begrenzte jedoch systematisch das Ausmaß dieser Maßnahmen mit dem Hinweis auf die zunehmende Unpopularität einer solchen Politik. Die lautesten Kritiker dieser Politik im Parlament und in der Presse waren die Liberalen (insbesondere aus der Oppositionsfraktion des ehemaligen Premierministers Asquith) und die Labour Party. Der Sieg der „Weißen“ wurde vor allem als Risiko der Restauration des „reaktionären“ zaristischen Regimes gesehen. Antijüdische Pogrome in dem von Denikin kontrollierten Gebiet wurden aufgedeckt, während Berichte über den „roten Terror“ als übertrieben und unzuverlässig zurückgewiesen wurden. Für diesen liberal-labouristischen Flügel der britischen Öffentlichkeit waren die Bol'seviki sicherlich das „kleinere Übel“. Colonel Josiah Wedgwood, Churchills Freund und ehemaliger Untergebener im Versorgungsministerium, der gerade von der Unabhängigen Liberalen Partei zur Labour Party gewechselt war, äußerte im Unterhaus seine Überzeugung, dass nur die Bol'seviki den „demokratischen Prozess“ in Russland wiederherstellten³²⁹. Lloyd George teilte diese weitreichende Überzeugung nicht, aber er nutzte die wachsende Opposition der Liberalen und der Labour Party gegen die „Interventionspolitik“, um den Widerstand von Churchills potenziellen konservativen Verbündeten im Kabinett zu schwächen.

Auf die Idee von Gesprächen mit den Bol'seviki kam er im November 1919 zurück, bewaffnet nicht nur mit einem finanziellen Argument gegen eine weitere Unterstützung der „Weißen“, sondern auch mit einem sehr starken und immer stärker werdenden Argument aus dem Bereich der Innenpolitik: Wenn wir innenpolitische Auseinandersetzungen im eigenen Land abmildern, soziale Spannungen in England selbst, Wales und Schottland abbauen wollen (der Konflikt in Irland war ohnehin unvermeidlich), können wir uns keine Außenpolitik leisten, die in den Augen der Mehrheit der Wähler nicht vertretbar ist. Die Menschen wollen Frieden, sie wollen, dass die noch nicht aus dem Dienst entlassenen Soldaten nach Hause kommen, sie wollen Arbeitsplätze. Lloyd George spielte in seiner bahnbrechenden Rede in der Londoner Guildhall am 8. November 1919 auf diese Punkte an. Damals distanzierte er sich öffentlich von der Politik der Unterstützung der „Weißen“ und machte Churchill sozusagen allein dafür verantwortlich: Der gute Premierminister sollte in der Person des ungeliebten Kriegsministers einen gegen seine grauer werdenden Haare günstigen schwarzen Hintergrund in Gestalt des „Welsh Wizard“ erhalten. In seiner Rede begründete Lloyd George dann die Prämissen seiner Beschwichtigungspolitik, die er 1920 gegenüber Sowjetrußland verfolgte. Die erste, die wir bereits kennen, war finanzieller Art: Die Intervention

³²⁹ Siehe Gilbert, *World in Torment*, S. 276–277, 355–356; vgl. Carroll, *Soviet Communism*, S. 21–48.

kam uns teuer zu stehen und brachte uns nichts – weder Frieden mit Russland noch Handel. Die zweite, die an die Überlegenheit des britischen Politikmodells appellierte, stützte sich auf das *fair play*: wir werden den Bolschewismus nicht militärisch besiegen, aber wir werden seine Verlockungen im eigenen Land durch soziale Gerechtigkeit des Regierungshandelns, Rechtsstaatlichkeit, Fortschritt und wachsenden Wohlstand überwinden. Es gab noch eine dritte Prämisse: Der Weg zur Stabilisierung des Wohlstands und des sozialen Friedens in Großbritannien sollte über die Öffnung des Handels mit Russland führen. Auf diese Weise sollten die Herren des heutigen Russlands „zivilisiert“ und die Bol’sheviki „reformiert“ werden³³⁰.

Zwischen dem 8. November 1919 und Mitte Januar 1920 wurden alle drei Prämissen des an den „roten“ Kreml gerichteten Appeasements gestärkt und zu einem ganz offen verkündeten Programm zementiert. Zu diesem Zeitpunkt bot sich auch die Gelegenheit, die von Curzon in seinem Memorandum von Anfang Oktober vorgebrachte Idee, Polen und eine Kette von „Grenzstaaten“ als alternativen Stützpfeiler für die britische Politik gegenüber Russland zu behandeln, aufzunehmen und wieder fallen zu lassen. War es nur, weil Lloyd George Polen nicht mochte, dass er der Überzeugungskraft von Namiers Memoranden und dessen Denunziationen der undankbaren Polen erlag, die ihn unverschämterweise an seinen skandalösen Flirt mit Frau Stevenson erinnerten? Sicherlich nicht nur deshalb. Und wahrscheinlich nicht in erster Linie aus diesem Grund. Erstens hatte sich die Lage im russischen Bürgerkrieg zwischen Oktober und Mitte Januar grundlegend geändert. Grundlage der Argumentation in Curzons Denkschrift von Anfang Oktober war die Überzeugung, dass sich der Krieg zwischen „Roten“ und „Weißen“ in die Länge zog und keine Lösung in Sicht war. In diesem Fall müsse man darüber nachdenken, eine neue Kraft – eben die „Grenzstaaten“ mit Polen an der Spitze – einzuführen, um diese aussichtslose Pattsituation zu lösen und gleichzeitig die Position des Britischen Empires zu stärken, indem man einige neue *Border States* (in Wirklichkeit Vorposten oder Vormauern, die sich nun an London oder allgemeiner an den Westen anlehnen) an der strategischen Grenze zum Russischen Reich hinzufügt. Im Januar 1920 war es bereits klar: Die Bol’sheviki hatten den Kampf um Russland gewonnen, die „Weißen“ zählten nicht mehr. Es war daher möglich, entweder diese Tatsache anzuerkennen und Gespräche mit den Bol’sheviki aufzunehmen oder weiterhin zu versuchen, den Sturz des kommunistischen Systems in Russland herbeizuführen, nun aber unter weitaus schwierigeren Bedingungen als zuvor, da es in Russland selbst keine eindeutige Unterstützung gab. Ein Angriff auf den Bolschewismus von außen, von den nicht-russischen umliegenden Gebieten aus, wür-

330 Siehe Fry, Fortune, S. 414–416.

de nun nicht nur die Überwindung der geopolitischen Grundüberzeugungen erfordern, sondern auch etwas noch Greifbareres: weitere große Ausgaben, jedenfalls nicht so wenig, wie es das Memorandum vom 3. Oktober 1919 optimistisch darstellte. Boris Savinkov, den Churchill weiterhin als letzte Chance für ein antibolschewistisches Russland unterstützte und den Curzon in seinem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Anfang Dezember noch als möglichen Unterstützer der Idee dieses Memorandums erwähnte, müsste den Kampf um Russland von Polen aus, d. h. – in der Vorstellung britischer Staatsmänner – von Null beginnen. Würde es sich lohnen, dafür extra zu bezahlen und in eine so unsichere Aktion zu investieren³³¹?

Zweitens gab es in diesen drei Monaten einen ungebrochenen Widerstand gegen alle zusätzlichen Kosten einer „exotischen“ Außenpolitik, d. h. einer Politik, die nicht mehr direkt mit den Interessen des Britischen Empires zu tun hatte (so konnte Curzon seine Positionen noch verteidigen), sondern schlicht mit den Interessen der einfachen britischen Bürger. Im Januar und in den folgenden Monaten des Jahres 1920 nahm die linksliberale Kritik an der Regierung exponentiell zu, und der Slogan von der Verantwortung für eine fehlerhafte – kostspielige, unwirksame und ungerechte – Politik gegenüber dem Russland der Bol'sheviki war ein zunehmend wirksames Mittel, mit dem die Opposition diese Regierung treffen konnte. Sie konnte sogar darauf zählen, die Koalition zu sprengen. Diese politischen Kosten veranlassten die einflussreichsten konservativen Kabinettsmitglieder, ihre ideologische Abneigung gegen die Aussicht auf Gespräche mit den Bol'sheviki zu überwinden oder sie zumindest angesichts der drohenden Koalitionskrise zu verbergen. Dies war jedenfalls die Argumentation des Führers der Konservativen, Bonar Law, und des Schatzkanzlers, Austen Chamberlain, die es dem Premierminister ermöglichte, sich einen entscheidenden Vorteil gegenüber der internen Opposition im Kabinett zu verschaffen, das in zwei gegensätzliche Stimmen gespalten war: Churchill und Curzon. Das genügte dem Premierminister, um eine neue Linie in der Politik gegenüber Sowjetrußland durchzusetzen, zumal er in dieser Angelegenheit auf die Unterstützung mehrerer anderer Minister zurückgreifen konnte, darunter die von Robert Horne (Handel), Herbert Fisher (Bildung) und Eric Geddes (Verkehr)³³².

331 Siehe FRUS, 1919, Russia, S. 129 (Depesche von J. W. Davis aus London an den Außenminister vom 3.12.1919). Über Savinkov und das Projekt seiner Zusammenarbeit mit Piłsudski sowie über seine Kontakte zu Churchill siehe A. Nowak, *Polska i trzy Rosje...*, S. 458–501; Richard B. Spence, *Boris Savinkov: Renegade on the Left*, Boulder 1991, S. 255–273.

332 Siehe Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 456–462; Fry, *Fortune*, S. 414; Bennett, *British Foreign Policy*, S. 62–64; Inbal Rose, *Conservatism and Foreign Policy during the Lloyd George Coalition 1918–1922*, London 1999, S. 259–262.

Im Dezember 1919 musste Lloyd George noch einen Versuch des französischen Verbündeten vereiteln, von außen einen Plan einzubringen, der die Aufnahme von Gesprächen mit den Bol'sheviki hätte verzögern können. Auf einem dreitägigen Treffen in London (11.–13. Dezember 1919) unterbreitete Ministerpräsident Georges Clemenceau, der wohl einzige Politiker am europäischen Firmament, der in der Lage war, ein Gegengewicht zur Autorität seines britischen Kollegen zu bilden, den Vorschlag, die gescheiterte „Intervention“ in Russland durch ein defensives Projekt zu ersetzen, bei dem das bolschewistische Russland mit einem „Cordon sanitaire“ aus Grenzstaaten umgeben werden sollte. Auch hier konnte die Rolle Polens als Schlüsselglied in dieser Kette betrachtet werden, wenngleich sie sich auf eine passive Haltung beschränkte: eine bewaffnete Bereitschaft gegen Sowjetrußland. Für Clemenceau war das Konzept eines „Cordons“ wichtig, da er befürchtete, dass die sowjetische „Pest“ Deutschland erreichen und zu einer Verbindung zwischen Moskau und Berlin führen könnte. Daher war er bestrebt, Polen als Mauer zu stärken, die diese beiden Zentren des potenziellen geopolitischen Revanchismus in Europa trennte. Weder die baltischen Staaten noch die transkaukasischen Länder, die aus der Sicht von Lord Curzon und den Interessen des britischen Empire so wichtig waren, interessierten Clemenceau. Lloyd George stimmte daraufhin einer gemeinsamen Erklärung zu, in der er die besondere Bedeutung eines starken Polens für die europäische Ordnung hervorhob. In seinen Londoner Gesprächen mit dem französischen Ministerpräsidenten am 11. Dezember machte er jedoch seine Skepsis deutlich, indem er warnend feststellte, dass „die Polen schon immer eine sehr unangenehme Nation in Europa gewesen sind“ (*Poles had always been a very troublesome people in Europe*)³³³. Es ist die Zeit der uns bereits bekannten Depeschen Kerrs an den britischen Gesandten in Warschau, in denen Lloyd Georges *porte-parole* erklärte, dass die Polen vor sich selbst gerettet werden müssten – vor ihrer gefährlichen Tendenz zum „Imperialismus“, mit der sie die mächtigen Nachbarn verärgern. Der britische Premierminister war etwas besorgt, dass Polen zu einem Stützpunkt werden könnte, zweifellos der letzte, für die Befürworter der Idee eines weiteren Kampfes gegen die Bol'sheviki, für Churchills Phantasien, für mögliche französische Befürworter der Umwandlung eines defensiven *cordon sanitaire* in ein Instrument für eine Offensive gegen Moskau. Deshalb teilte er so klar und entschieden, wie ich bereits schrieb, dem polnischen Außenminister Stanisław Patek während der Gespräche am 15. und 26. Januar 1920 mit, dass Groß-

333 Zit. nach: Debo, *Survival*, S. 194.

britannien keine Hilfe für die Offensivaktionen Warschaus leisten werde und dass Polen eigentlich keine Gründe zur Furcht vor Sowjetrußland haben müsse³³⁴.

Ab dem 17. Januar 1920 konnte sich Lloyd George an allen Fronten seines hartnäckigen Kampfes um eine Beschwichtigung der Beziehungen zu Sowjetrußland siegreich fühlen. An diesem Tag verlor Clemenceau in einer für ihn demütigenden Weise die Wahl zum Präsidenten Frankreichs. An der Spitze der europäischen Politik gab es nur noch ihn – David Lloyd George, den walisischen Schustersohn. Ohne Clemenceau war das Konzept des *cordon sanitaire* keine Gefahr mehr für die Pläne des britischen Premierministers. Der neue französische Kabinettschef Alexandre Millerand würde sich als gleichberechtigter Gesprächspartner in der europäischen Politik erst etablieren müssen. Bereits Anfang Januar gab Lloyd George seine Zustimmung zu einem Memorandum des Wirtschaftsberaters der Regierung, Edward Wise, bekannt, in dem dieser argumentierte, dass die Getreidelager unter der bolschewistischen Herrschaft aus allen Nähten platzen und dass die schnellstmögliche Wiederaufnahme des Handels mit Rußland in seiner jetzigen Form (d. h. dem „roten“) der einfachste Weg sei, um eine Hungersnot in Europa zu vermeiden und gleichzeitig die britische Wirtschaft zu beleben, neue Arbeitsplätze und schließlich innere Reformen in Rußland selbst schrittweise zu schaffen. Am 14. Januar erhielt er die Zustimmung der Ministerpräsidenten Frankreichs (noch Clemenceau) und Italiens (Francesco Nitti), dass Wise einen Vorschlag für eine weitere gemeinsame Politik der Mächte zur Aufnahme von Handelskontakten mit Moskau ausarbeitete. Auf dem zwischen dem 16. und 19. Januar in Paris einberufenen Ministertreffen (u. a. mit Bonar Law, Curzon, Churchill und dem Chef des Imperial Staff, Feldmarschall Henry Hughes Wilson) triumphierte Lloyd George. Die letzten Hoffnungen, die Churchill auf Denikin und die Mackinder-Mission gesetzt hatte, waren enttäuscht worden. Mit Hilfe von Marschall Wilson und Churchill selbst lähmte der Premierminister Curzons erklärt Absicht, Aserbaidshan und Georgien gegen die sowjetische Offensive aktiv zu verteidigen. Er selbst argumentierte, wie in Wilsons Tagebuch zu lesen ist, dass „wenn wir Lenin in Ruhe lassen, er weder Georgien, Aserbaidshan, Polen noch Rumänien angreifen wird“. (Ich möchte noch hinzufügen, dass Lenin genau siebzig Tage später beschließen würde, Aserbaidshan anzugreifen, und Ende April der größte Teil dieses Landes bereits unter der Kontrolle der Roten Armee stehen würde; der Einmarsch in Georgien würde durch den Krieg mit Polen um mehrere Monate verzögert werden). Marschall Wilson stellte bei einem Ministertreffen mit dem Premierminister am

³³⁴ Siehe Fry, *Fortune*, S. 417–418; vgl. ausführlicher: Nowak, *Polska i trzy Rosje*, S. 437–444; Małgorzata Gmurczyk-Wrońska, *Stanisław Patek w dyplomacji i polityce (1914–1939)*, Warszawa 2013, S. 92–99.

18. Januar noch etwas anderes fest: „Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, dass, wenn Lenin Polen dennoch angreift, es von uns keine Hilfe erhalten wird“³³⁵.

Bereits Ende Januar akzeptierte die britische Regierung in London die Festlegung ihres Premierministers, dass es keinen Krieg mit dem bolschewistischen Russland geben würde und kein Geld für offensive Maßnahmen anderer Länder gegen dieses Land. Die „Grenzstaaten“ müssten in eigener Verantwortung zwischen Krieg und Frieden mit dem „roten“ Moskau wählen. Am 10. Februar machte Lloyd George in einer Rede vor dem Parlament seine Position der Öffentlichkeit bekannt. Er hatte eine beruhigende Botschaft für die konservativen Abgeordneten: Obwohl der Bolschewismus nicht militärisch vernichtet werden könne, werde es viel billiger und bequemer sein, dies durch Handel zu erreichen. Er werde nicht nur das bolschewistische System in Russland von innen heraus demontieren, sondern auch die Basis des gesellschaftlichen Radikalismus in Großbritannien untergraben. Mit einer entschlossenen Geste verbannte der Premierminister den Wunschtraum einer Intervention in Russland in den Mülleimer der Geschichte, verabschiedete sich aber nicht minder deutlich von Clemenceaus noch nicht allzu lange zurückliegender Vision eines *cordon sanitaire*. Er stellte dies anschaulich dar in einer dämonisierten, offensiven Form als „vorrückender Feuerring“ (*an advancing ring of fire*) mit Polen als dem potentiell gefährlichsten Element in diesem Ring. Er wiederholte nun vor dem Unterhaus, dass es keine bolschewistische Bedrohung für Polen oder ganz Mitteleuropa oder für Transkaukasien und den Nahen Osten gebe. Der neue Slogan des Premierministers sollte die Phantasie aller Zuhörer anregen: „Anarchie mit Wohlstand bekämpfen“ (*to fight anarchy with abundance*)³³⁶.

Churchill, der das War Office leitete, erkannte bald die Folgen dieses Slogans, wie sie Marschall Wilson bereits vorausgesagt hatte. Bereits am 7. Februar hatte Kerr ihn im Auftrag des Premierministers gefragt, ob er versuche, Waffen an die Polen zu verkaufen. Lloyd Georges Sekretär betonte, dass dies im absoluten Wider-

335 Sir Henry Wilson, Diary, in: The Churchill Documents, vol. 9: Disruption and Chaos, July 1919 – March 1921, hg. v. Martin Gilbert, Hillsdale 1977, S. 1006: „There is not the least doubt that if Lenin does attack Poland she won't get any assistance from us“; dort auch ein Auszug aus Wilsons Tagebuch über Lloyd Georges Meinung über das völlige Fehlen einer Gefahr für die „Grenzländer“ durch Sowjetrussland. Wir sollten hinzufügen, dass Wilson damals Zweifel daran äußerte, warum Lenin die „Grenzstaaten“ nicht angreifen sollte, wenn er sogar das Recht hatte, sie als nur vorübergehend abgetrennte Teile Russlands zu beanspruchen. Offensichtlich erkannte der britische Generalstabschef Lenins Rolle als legitimer „Sammeler“ der Ländereien des Russischen Reiches an, erhielt aber, wie er selbst schreibt, keine Antwort von seinem Premierminister.

336 Weitere Informationen über die politische Vorbereitung der Rede vom 10. Februar und ihre Hauptthemen bei Gilbert, *World in Torment*, S. 379–381; Fry, *Fortune*, S. 418–423.

spruch zur akzeptierten Regierungspolitik stünde. Churchill konnte die politische Kurzsichtigkeit seines Premierministers in Bezug auf Sowjetrußland nicht akzeptieren, ebenso wenig wie die Ablehnung der Ratschläge von Militärexperthen, die die Notwendigkeit einer Verstärkung Polens (vorzugsweise mit Waffen aus den deutschen Arsenalen) angesichts eines erwarteten Krieges mit den Bol'sheviki betonten. Er versuchte sogar bei Curzon zu intervenieren, in der Hoffnung, dass der Chef des Foreign Office seine rhetorische Frage beantworten würde: „Warum sollten wir die Macht sein, die zwischen ihnen [den Polen] und ihren Mitteln zur Selbstverteidigung [gegen die Bol'sheviki] steht?“³³⁷. Er erreichte so viel, dass der Premierminister ihn am selben Tag, dem 9. Februar, in einer Kabinettsitzung öffentlich beschimpfte, als der Kriegsminister es wagte, die neue, seiner Meinung nach falsche Politik gegenüber Rußland zu kritisieren. Churchills Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage wurden schließlich in einem handschriftlichen Brief an Lloyd George vom 24. März 1920 dargelegt. Der Kriegsminister formulierte seine Vision der wichtigsten Ziele nach Kriegsende im Westen als „Frieden mit dem deutschen Volk, Krieg gegen die bolschewistische Tyrannei“. In der Zwischenzeit sollte der Premierminister einen Frieden mit Sowjetrußland anstreben, und zwar „zu den bestmöglichen Bedingungen, um die allgemeine Situation zu beruhigen (*appease*)“, während Churchill „nicht an eine wirkliche Harmonie zwischen dem Bolschewismus und der gegenwärtigen Zivilisation“ glaubte. Er wollte Deutschland darauf vorbereiten, das neue Bollwerk der bedrohten Zivilisation zu sein. Polen erwähnte er nicht in dieser Kalkulation³³⁸.

Man sieht, wie Lloyd George zu Beginn des Frühjahrs 1920 unangefochten den Kampf gewann, um den Weg für Handels- und später politische Verhandlungen mit Sowjetrußland zu ebneten. Warum hat sich der britische Premierminister für einen solchen Weg entschieden? Warum verfolgte er ihn so konsequent? Bei der

337 „Surely we are to refuse to allow the Poles to obtain these arms. Why should we be the one Power standing between them and their means of self-defence?“ Brief Churchills an Curzon vom 9.2.1920, in: *The Churchill Documents...*, vol. 9, S. 1035; Vgl. Kerrs Brief an Churchill vom 7.2.1920 über das Verbot des Waffenverkaufs an Polen, PA-LG/F/9/2/7, S. 265. Mehr zur Frage des Verkaufsverbots für Waffen aus dem deutschen Demobil schreibt Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 52–54.

338 „To make peace with Soviet Russia on the best terms available to appease the general situation, while safeguarding us from being poisoned by them. I do not of course believe that any real harmony is possible between Bolshevism and present civilization“. Handschriftlicher Brief Churchills an Lloyd George vom 24.3.1920, PA-LG/F/9/2/20, S. 297–299; dass. in Kopie: CCC, CHAR, Cabinet papers and correspondence, 28.1.1920–24.5.1920, 22/2/60–63; siehe auch Tom Jones (der Stellvertreter M. Hankeys in der Rolle des Kabinettssekretärs), *Diary* (Aufzeichnung vom Februar 1920), in: *The Churchill Documents...*, vol. 9, S. 1035.

Suche nach einer Antwort auf diese allgemeine Frage kann man sich in erster Linie auf zwei Prämissen von Lloyd George beziehen.

Die erste resultierte daraus, dass die Außenpolitik als Erweiterung und gleichsam als Anhang zu den viel wichtigeren Fragen der Innenpolitik behandelt wurde. Dies ist übrigens eine Voraussetzung für fast jede Politik in demokratischen Systemen, die einem Mehrparteienparlament und der öffentlichen Meinung gegenüber verantwortlich sind. Der Premierminister wollte die Koalition aufrechterhalten, die ihm das Regieren ermöglichte, und er wollte vor allem den öffentlichen Konsens, den Konsens der Mehrheit der britischen Bürger sichern. Eine Reduzierung der Kosten für die Außenpolitik an einer Front, die von der Öffentlichkeit nicht akzeptiert wird (jedenfalls nicht als wichtig genug erachtet wird, um sich ernsthaft damit zu befassen), hätte die Mehrheit der britischen Öffentlichkeit näher an eine Politik des Konsenses mit Russlands wirklichen Herrschern heranführen können: sowohl die Konservativen (jedenfalls diejenigen, die am Prinzip der *splendid isolation* festhielten) als auch die Liberalen (sollen doch andere ihre eigenen politischen Experimente machen, vor allem solche, die als „fortschrittlich“ gelten, solange sie für uns in Großbritannien nicht gefährlich sind) und die Labour-Anhänger, die mit dem Versuch sympathisierten, in Russland eine Herrschaft der Arbeiter einzuführen (ein Versuch, von dem sie wenig wussten). Sicherlich war die Streichung Russlands von der Liste der dringenden Probleme, die Großbritannien mit seinem Geld lösen musste oder sogar mit Hilfe seiner eigenen Leute, die ihr Leben riskierten, die Option, die am bequemsten erschien. Jeder Versuch, die Bol'seviki in Russland mit britischer Beteiligung zu entmachten, erschien aus dieser Perspektive weit weniger legitim. Die Grundlage der Appeasement-Haltung war also die Demokratie, die, wie bereits Tocqueville beschrieben hatte, nicht dazu geeignet ist, über die langfristigen Probleme, die sich in der Außenpolitik ergeben könnten, tiefer nachzudenken. Es ist einfacher, ein Auge zuzudrücken und eine potenzielle Bedrohung zu übersehen, die weit weg ist und uns nicht zu betreffen scheint. Ein Politiker, der eine solche Sichtweise vertritt, ist ein besserer, effektiverer – um die Unterstützung der Bürger zu gewinnen – demokratischer Politiker als einer, der versucht, weiter und mehr zu sehen als seine Wähler.

Die zweite Prämisse von Lloyd Georges Vision wurde von Richard Ullman, einem bedeutenden Erforscher der britisch-sowjetischen Beziehungen jener Zeit, hervorgehoben. Er entwickelte eine handelsbezogene Konzeption der internationalen Beziehungen. Ausgehend von den Erfahrungen eines walisischen Rechtsanwalts, der keine Zeit dafür hatte, sich in die Geschichte, insbesondere die anderer Nationen, einzuarbeiten, ging er davon aus, dass es in der internationalen Politik wie im „Leben“ in den Beziehungen zwischen Unternehmen Konsumenten und Produzenten gibt. Dies ist auch die britische Vision einer Nation von Ladenbesitzern (*nation of shopkeepers*). Das Wichtigste ist, gute Bedingungen für den Aus-

tausch und den Handel zu schaffen. Wer, wenn nicht die Briten, hat das Recht, anderen beizubringen, wie man diese Bedingungen schafft, wie man sie nutzt? Handel schafft Wohlstand. Wenn wir also mächtige Produzenten wie Deutschland (Industrie) und Russland (vor 1914 der weltweit führende Exporteur von Nahrungsmitteln) mit ins Boot holen und gleichzeitig in Russland einen riesigen Verbrauchermarkt für unsere Warenproduktion schaffen können (am besten, bevor die Deutschen dort ankommen), dann wird alles gut gehen. Lloyd George, so Ullman, dachte nicht in abstrakten Kategorien wie „England“, „Russland“ oder „Kommunismus“, sondern betrachtete die internationalen Beziehungen eher durch das Prisma konkreter Personen. Wenn eine sowjetische Delegation, Krasin oder Kamenev eintraf, konnte man sie bezaubern (oder manipulieren), so wie man es zu Hause mit versierten Spielern wie Curzon, Churchill oder Asquith und auf zwischenstaatlicher Ebene mit Präsident Wilson oder Ministerpräsident Clemenceau tun konnte, ganz zu schweigen von solchen „Winzlingen“ wie Patek oder Grabski. Dort, d. h. in Sowjetrussland, gibt es auch Menschen, die wie wir denken und die gleichen Schwächen haben, die es auszunutzen gilt. So übertrug er – nicht zum ersten und sicher nicht zum letzten Mal – seine Erfahrungen aus der britischen politischen Szene auf die bolschewistische Politik, wobei er versuchte, in letzterer zwischen „Gemäßigten“ und „Falken“ zu unterscheiden, und glaubte, dass man mit den Ersteren zurechtkommen könne, sie also nicht verprellen dürfe³³⁹.

Ich möchte diesen Bemerkungen hinzufügen, dass Lloyd George davon ausging, dass die Bol'seviki Barbaren waren, die durch Handel zivilisiert werden konnten, wie alle anderen Barbaren auch. Vielleicht nicht auf das Niveau britischer Bürger, aber sicherlich auf das Niveau normaler Teilnehmer am europäischen Wirtschaftsaustausch. Der britische Liberale konnte nicht verstehen, dass die Bol'seviki selbst dies nicht so sahen. Er konnte nicht akzeptieren, was zum Beispiel Churchill besser verstand, der sensibler für historische Erfahrungen war – dass unterschiedliche Ideologien und unterschiedliche Traditionen das menschliche Handeln, die kollektive Politik, erheblich beeinflussen, dass sich nicht alles auf den einen gemeinsamen Nenner bringen lässt: den Handel und den universellen Willen zum Wohlstand.

Es gibt noch einen weiteren Faktor, der mit dem „Schwindel“ des walisischen Rechtsanwalts zu tun hat, der an der Spitze des Weltgeschehens stand. Da er sich als „Dirigent Europas“ fühlte, nahm er immer weniger Ratschläge an, die seine Denkweise hätten ändern können. Er wusste es am besten. Wenn er sich einmal etwas in den Kopf gesetzt hatte, zog er es vor, in seinen Sekretären, Beratern und

339 Siehe Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 463–466; siehe auch Fry, *Fortune*, S. 659–660.

Ministern vor allem das zu finden, was dieser Vision entsprach, was sie bestätigte. Wie der zeitgenössische Historiker Michael Fry, der von Lloyd Georges politischer Linie ziemlich begeistert war, feststellte, verlangte die Vision seines Helden von der Nachkriegsordnung in Europa, „dass Frankreich und Deutschland die Vorstellungskraft über die Erinnerung siegen lassen. Er verlangte zu viel und zu schnell“³⁴⁰. Ja, Lloyd George wollte die Erinnerung, die frische Erinnerung an den Großen Krieg auslöschen, wollte die schmerzliche Realität – denn diese Erinnerung war Teil der Realität – für die Zwecke seiner Phantasie, seiner Vision auslöschen. In Bezug auf Russland, den Bolschewismus und die „Grenzländer“ wollte er die Realität der aggressiven kommunistischen Ideologie, die Bereitschaft und Fähigkeit, in ihrem Namen zu erobern, sowie die Realität der Angst der „Grenzländer“, der sie beherrschenden nationalen Eliten vor der Rückkehr des Systems der Versklavung oder Unterwerfung, das sich aus der Restauration des Russischen Reiches ergäbe (unabhängig von seiner systemischen Form), auslöschen. Bei denjenigen, die diese Elemente der Realität wahrnahmen, sah er nur ideologische Vorurteile. Bei sich selbst sah er keine. Er war voll von „transformatorischen Ideen“, wie Michael Fry es ausdrückte, aber bei der Erarbeitung und vor allem bei der Umsetzung in die Praxis war er sehr schlecht informiert. Und es war ihm egal. Die „Sünde“ seiner Vision der internationalen Politik war nicht nur Unwissenheit, sondern vor allem die Arroganz eines ungebildeten britischen Liberalen, der in der Überzeugung von der Richtigkeit seiner Idee und der natürlichen Überlegenheit seines Standpunktes über die Optik der „Barbaren“ außerhalb der Inseln eine Weltkarte entwarf, ohne sich mit den tatsächlichen Formen der Welt zu befassen. Er war bereit, diese Formen zu ändern. Ein Abkommen mit Sowjetrußland konnte die Überzeugung stärken, dass die eigene Vision kühn war, die moralische Überlegenheit ihres Urhebers gegenüber seinen „ideologisch besessenen“ Gegnern befriedigen und gleichzeitig außenpolitisch als die vernünftigste Lösung dargestellt werden, da sie keine Opfer von der eigenen Bevölkerung verlangte (die verlangte er allenfalls von anderen). Frieden durch Handel. Handel – mit fremden Ländern und Interessen – durch Frieden. Mit Lenin.

340 Fry, Fortune, S. 658.

6 Die „Stimme des Volkes“ und ihre Repräsentanten

Die von David Lloyd George gewählte und verfolgte Politik der Beschwichtigung gegenüber dem bolschewistischen Russland und gleichzeitig seine tiefe Verärgerung gegenüber Polen im Jahr 1920 kann nicht vollständig verstanden werden, wenn wir nicht auch die Stimmen gehört haben, die diese Politik am lautesten kommentierten – von den Bänken des Unterhauses und von den Straßen der britischen Städte. Obwohl die Konservativen nach den Wahlen im Dezember 1918 in beiden Kammern des britischen Parlaments die stärkste Partei waren, meldeten sich die Labour Party und die oppositionellen Liberalen am häufigsten und nachdrücklichsten zu Wort, wenn es um die Haltung gegenüber Lenins Russland und dem polnischen „Imperialismus“ ging. Bevor wir ihnen zuhören, sollten wir uns vergegenwärtigen, dass die Opposition zur Regierung zwar (aufgrund des Wahlrechtes) über relativ wenige Sitze im Unterhaus verfügte, aber in Bezug auf die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen nicht weit hinter der Regierungskoalition lag. Es genügt zu sagen, dass die Labour-Partei die Unterstützung von fast 2,1 Millionen Wählern erhalten hatte (21 Prozent der Gesamtstimmen), zu denen noch knapp 120.000 Stimmen für die so genannte Independent Labour Party hinzukamen, die den Krieg 1914–1918 abgelehnt hatte. Die Liberalen unter der Führung des ehemaligen Premierministers Herbert Asquith, die die Koalitionsregierung nicht befürworteten, hatten fast 1,4 Millionen Stimmen erhalten. Wenn man die irischen Wähler nicht mitzählt, die sich für andere Themen als ihre eigenen nicht sonderlich interessierten, kann man sagen, dass die Labour Party und die oppositionellen Liberalen tatsächlich fast 40 Prozent der britischen Öffentlichkeit repräsentierten. Sie hatten den Auftrag, sich lautstark für diese einzusetzen. Umso mehr als sich die Stimmung in der Öffentlichkeit in den Monaten nach den Wahlen zweifelsohne nach links verschoben hatte, wovon auch die wachsende Aktivität und Stärke der Gewerkschaften und die immer häufigeren Streiks zeugten.

Alles, was von den Wählern mit der Gefahr eines Krieges, mit weiteren Verlusten, auch finanzieller Art, im Zusammenhang mit der Außenpolitik – nicht mit dem Empire selbst – in Verbindung gebracht werden konnte, war für die Opposition eine hervorragende Gelegenheit, die Regierung anzugreifen. Die meisten Angriffe richteten sich gegen Churchill, den Leiter des Kriegsministeriums, der immer noch beschuldigt wurde, die Briten in einen absurden „Krach“ in Russland hineinziehen zu wollen. Spätestens seit Herbst 1919 waren diese Anschuldigungen von einer eigentümlichen Dynamik geprägt, die viele kritische Stimmen sowohl in der liberalen und linken Presse als auch im Unterhaus selbst zu der Frage veranlasste, ob die Gefahr eines neuen Krieges an dieser Front nicht letztlich durch die

Aufnahme von Gesprächen mit den wirklichen (d. h. „roten“) Herren Russlands abgewendet werden könne. Dies umso mehr, als die Bol'sheviki ja nicht so schrecklich sein konnten, wie sie von der konservativen Propaganda dargestellt wurden... Jeder Versuch, eine Hilfe für Polen in Erwägung zu ziehen, damit es sich zumindest besser gegen eine mögliche Invasion der Roten Armee verteidigen konnte, wurde bereits am Anfang des Jahres 1920 als eine Ausweitung der gefährlichen und ungerechten (nicht fairen) „Interventionspolitik“ Churchills behandelt. Diese Position vertraten der Teil der britischen Öffentlichkeit, der von der Labour-Partei und den oppositionellen Liberalen repräsentiert wurde, sowie Presseorgane wie der seriöse, liberale „Manchester Guardian“ einerseits und der radikale „Daily Herald“ andererseits, der (wie es Ende August 1920 noch deutlich werden wird) von George Lansbury, einem erklärten Lenin-Verehrer aus der unabhängigen Labour-Partei, im Grunde mit dem Geld der Bol'sheviki herausgegeben wurde. Dieser Teil der öffentlichen Meinung nahm nicht zur Kenntnis, dass der sowjetisch-polnische Krieg *de facto* seit Anfang 1919 andauerte und dass er durch die Offensive der Roten Armee auf Wilna ausgelöst worden war. Es sei Polen, das als Aggressor aufträte und Ende April 1920 in Sowjetrußland eingefallen sei, um seine niederen, ekelhaften imperialistischen Ziele zu verwirklichen. Polen wurde zu diesem Zeitpunkt als eine Bedrohung für den Frieden betrachtet – und der Fehler der Regierung, in der Churchill immer noch so präsent war, bestand darin, dass sie nicht wusste, wie sie es stoppen sollte³⁴¹.

Um eine Vorstellung vom weiteren Kontext der Londoner Diskussionen im Frühjahr und Sommer 1920 über das Verhältnis zu Moskau und Warschau zu bekommen, sei daran erinnert, dass die Independent Labour Party im April begann, über einen Vorschlag zum Beitritt zur Dritten Internationale zu diskutieren, die ein Jahr zuvor unter den Fittichen der bolschewistischen Partei in Russland gegründet worden war. Um mehr über den neuen potenziellen Partner herauszufinden, wurde beschlossen, eine Delegation in das Land der Räte zu entsenden. Am 27. April, genau zwei Tage nach dem Beginn von Piłsudskis Kiewer Operation und nachdem die Konferenz von San Remo gleichzeitig grünes Licht für Handelsverhandlungen mit Vertretern Sowjetrußlands gegeben hatte, lief ein Schiff mit einer Delegation der Labour Party und des mächtigen Gewerkschaftsbundes Trade Union Congress (TUC) von Newcastle aus, um „die Informationsblockade zu durchbrechen“, die durch das Verschulden der britischen Regierung die britische Welt der Arbeit von dem „sozialen Experiment“ in Russland trennen sollte. Unter den Passagieren befanden sich Tom Shaw, Parlamentsabgeordneter der Labour Party und

341 Immer noch grundlegend zu diesem Thema ist die Arbeit: Carroll, *Soviet Communism*, S. 21–78; vgl. Gilbert, *World in Torment*, S. 423–424; Patrick White, *Iron Curtain. From Stage to Cold War*, Oxford 2007, S. 137–139.

Aktivist der Textilarbeitergewerkschaft, sowie der Vorsitzende der Gewerkschaft Ben Turner, ein weiterer Aktivist der Werftarbeitergewerkschaft Albert Purcell, die bekannte Suffragette Ethel Snowden, Ehefrau des prominenten Labour-Politikers und konsequenten Antimilitaristen Philip Snowden, sowie der bekannte Philosoph und Mathematiker Bertrand Russell. Die britischen Gäste, die auf ihrer Pilgerreise nach Russland von Čicerin und Mitgliedern des Politbüros der bolschewistischen Partei empfangen wurden, waren bereit, sogar den „roten Terror“ zu rechtfertigen, dessen Folgen sie um sich herum sahen. Sie verstanden die Massenhinrichtungen von politischen Gegnern des neuen Regimes als „unvermeidliche Antwort“ auf Churchills „Interventionspolitik“. Nach ihrer Rückkehr in die Heimat im Juni 1920 wurden sie jedoch größtenteils nicht zu Botschaftern des Bolschewismus. Sie mochten die rauen Realitäten nicht, obwohl sie darin den Beginn einer „neuen Zivilisation“ sahen. Sie zogen es jedoch vor, sich an die Hoffnung zu klammern, dass der „echte Sozialismus“ nur in England aufgebaut werden könne. Auf dem Kongress der Labour Party in Scarborough Ende Juni stellte sich heraus, dass der Antrag auf Beitritt zur Dritten Internationale mit 2,095 Millionen Stimmen zu 225.000 Stimmen abgelehnt worden war³⁴². Während der hitzigen Debatten von Mai bis August 1920 blieb die Labour Party jedoch unerschütterliche Verteidigerin von Lenins Russland und Kritikerin des „imperialistischen“ Polens.

Die ersten Salven in dieser Diskussion wurden bereits am 3. Mai während einer Sitzung des Unterhauses abgefeuert. Hier sprach Commander Joseph Kenworthy, ein gerade erst bei den Nachwahlen gewählter Vertreter der oppositionellen Liberalen Partei, der später zur Labour-Partei wechseln sollte. Er fragte den Vertreter des Foreign Office, ob Vertreter Sowjetrusslands zur Konferenz in San Remo zugelassen worden seien, und wies mit Nachdruck darauf hin, dass es höchste Zeit für offene Beziehungen zu Moskau sei. Drei Tage später fragte ein Abgeordneter der Labour-Partei, der bereits erwähnte Oberst Josiah Wedgwood, Andrew Bonar Law als Vertreter der Regierung, ob Warschau nicht davon überzeugt (gezwungen) werden könne, anzuerkennen, dass keine militärische Aktion seinerseits die vom Obersten Rat der Mächte im Dezember 1919 gezogene Ostgrenze verändern würde. Hauptmann William Benn (damals ein oppositioneller Liberaler, der später zur Labour-Partei wechselte) verstärkte die rhetorische Stoßrichtung der Frage, indem er erklärte, dass das Fehlen eines ausdrücklichen Widerspruchs der britischen Regierung gegen diesen polnischen Aggressionsakt einer prinzipiellen Duldung desselben gleichkomme. Bonar Law fragte daraufhin, ob der Abgeordnete der Labour Party eine Kriegserklärung an Warschau fordere. In der nächsten Sit-

³⁴² Siehe White, *Iron Curtain*, S. 209, derselbe Verfasser beschreibt am ausführlichsten jene „Pilgerfahrt“ britischer Gewerkschafter, Labour-Anhänger und Bertrand Russells nach Russland, S. 131–161 sowie 191–218.

zung des Parlaments am 10. Mai wiederholte Kenworthy die Frage seiner Oppositionskollegen, ob die britische Regierung dem Blutvergießen, dessen sich Polen schuldig gemacht habe, tatenlos zusehen würde. Captain Benn hingegen erkundigte sich, ob die Regierung von Lloyd George nicht hinter der Glückwunschsbotschaft stehe, die König George V. anlässlich des 3. Mai an den polnischen Staatschef gesandt habe. Sei dies nicht eine Einladung zu weiteren Aggressionen³⁴³?

Die Verteidiger Sowjetrusslands in Großbritannien ließen den Worten rasch Taten folgen. Am 10. Mai weigerten sich Hafenarbeiter, die seit langem von Polen bestellten Lieferungen von Kriegsgerät auf das Schiff „Jolly George“ zu laden, wovon Churchill alarmiert den Premierminister unterrichtete³⁴⁴. Der Kriegsminister war jedoch machtlos. Die Proteste und Demonstrationen gegen Polen, das beschuldigt wurde, den „Arbeiterstaat“ anzugreifen, nahmen von Tag zu Tag zu. Am 19. Mai veröffentlichte eine Gruppe von Abgeordneten der Labour Party und Gewerkschaftern ein Manifest, in dem sie den „polnischen Angriff auf Russland“ verurteilten und der Regierung von Lloyd George die Absicht unterstellten, diesen Angriff zu unterstützen. Ein Sprecher dieser Gruppe von Abgeordneten war John Robert Clynes, einer der Führer der Labour Party. Er hatte bereits am Vortag auf einer großen Kundgebung Parolen zur Bekämpfung des Hungers ausgegeben. Der Hauptredner der Versammlung war jedoch der ehemalige Premierminister Herbert Asquith. Der Vorsitzende der oppositionellen Liberalen Partei fragte rhetorisch, was Polen in den Gebieten östlich des Bugs tue, in denen höchstens fünf Prozent Polen lebten (diese statistischen Manipulationen von Lewis Namier wurden über den „Manchester Guardian“ schnell an die liberale Öffentlichkeit weitergegeben). Ohne die verdeckte Unterstützung der britischen Regierung wäre diese „aggressive und ungerechtfertigte Invasion in Russland“ nicht möglich gewesen, erklärte er, wobei er sich direkt auf den Fall „Jolly George“ bezog und zu weiteren Protesten aufrief. Er musste nicht lange warten. Am 20. Mai rief die Eisenbahnergewerkschaft ihre Mitglieder auf, sich zu weigern, alles zu verladen, was Polen im Kampf gegen das „russische Volk“ helfen könnte³⁴⁵.

Diese Entscheidung wurde von den Gewerkschaftern nach einer Debatte im Unterhaus am 20. Mai getroffen. Darin erläuterte Donald Maclean, einer der Füh-

343 Siehe die Berichte (teilweises Stenogramm) über die Beratungen des Unterhauses vom 3.5.1920, in: *The Times* vom 4.5.1920, S. 9; vom 6.5. in der Ausgabe vom 7.5., S. 7; vom 10.5. in der Ausgabe vom 11.5., S. 9.

344 Brief Churchills an Lloyd George vom 14.5.1920, in: *The Churchill Documents...*, vol. 9, S. 1097.

345 Der Inhalt des Manifests der Labour-Abgeordneten und Gewerkschafter in: *The Times* vom 19.5.1920, S. 15; die Erklärung der Eisenbahnergewerkschaft bezüglich eines Boykotts von Lieferungen nach Polen in: *The Times* vom 22.5., S. 14; zur Kundgebung „Fight the Famine“ vom 18.5. unter Mitwirkung von J. Clynes und H. Asquith, ebd., vom 19.5., S. 18.

rer der oppositionellen liberalen Parlamentsfraktion, die Thesen, die Asquith zwei Tage zuvor aufgestellt hatte. Er sprach bereits ohne zu zögern davon, dass die Polen in Gebiete eingedrungen seien, die zu 95 Prozent von Russen bewohnt seien (womit er die von Litauern, Weißrussen und Ukrainern bewohnten Gebiete der ehemaligen polnisch-litauischen Adelsrepublik meinte) und forderte die Regierung auf, Artikel 11 des Völkerbundesvertrages auf diese „Aggression“ anzuwenden. Dieser Artikel besagte, dass der Völkerbund im Falle eines Bruchs des Friedens tätig werden müsse. „Und Polen ist zu einem Feind des Weltfriedens geworden“, erklärte der Anführer der Liberalen mit Nachdruck. Diesem Urteil schlossen sich auch Mitglieder der Labour Party an, darunter der bereits erwähnte John R. Clynes. Sie wurden von Lord Robert Cecil, einem Cousin von Balfour und bis vor kurzem dessen Stellvertreter im Foreign Office, nachdrücklich unterstützt. Cecil war die treibende Kraft hinter der Gründung des Völkerbundes und ein leidenschaftlicher Befürworter der Übernahme der Aufsicht über die internationalen Beziehungen durch diesen gewesen. Voller moralischer Leidenschaft und im Gefühl der eigenen Überlegenheit gegenüber zynischen Politikern hasste er Lloyd George und kritisierte die radikale Linke (die Sozialisten). Von diesen Höhen der viktorianischen Moral und der Unkenntnis der osteuropäischen Verhältnisse aus beschloss der spätere Friedensnobelpreisträger von 1937, Polen nicht nur zu verurteilen, sondern auch die Regierung zu mobilisieren, sich beim Völkerbund gegen Polen auszusprechen. Wenn die Polen mit ihrem Angriff auf Sowjetrußland Erfolg hätten, würde dies nicht zu einem dauerhaften Frieden führen, sondern zu weiterer Anarchie, schlimmer als die bolschewistische Herrschaft. Wenn die Bol'seviki als Vergeltung Warschau besetzen, würde das Problem der Anarchie noch näher an uns heranrücken, argumentierte Lord Cecil. Wenn das wichtigste Ziel Frieden und der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas sein sollte, dann sei es notwendig, mit Hilfe des Völkerbunds jene Kräfte, die den Frieden verletzen, unschädlich zu machen. Jetzt müsse man alles dafür tun, damit Polen im Kampf gegen Sowjetrußland keine Hilfe von außen erhalte, insbesondere nicht aus den Nachbarländern wie Finnland oder Rumänien³⁴⁶.

Gegen diese langatmigen Tiraden versuchten die konservativen Abgeordneten Walter Guinness und Halford Mackinder, die Sache Polens zu verteidigen, und Mackinder, der nach seiner jüngsten Reise nach Südrussland und Warschau bestens informiert war, wies darauf hin, dass die Polen mehr über die Bedrohung durch den sowjetischen Imperialismus wüssten, als das seine Abgeordnetenkollegen aus England oder Schottland beurteilen könnten. Andrew Bonar Law, der für die Regierung sprach, drückte die Position des Premierministers in einer nicht

346 Siehe das Stenogramm der Beratungen des Unterhauses vom 20.5.1920, in: The Times vom 21.5.1920, S. 9–12.

sehr mitreißenden Weise aus: Frieden und Handel würden zum Sturz der Bol'seviki führen. Die britische Regierung wolle sich nicht in einen kriegerischen Konflikt verwickeln lassen. Polen befürchtete zu Recht einen Angriff von sowjetischer Seite (zahlreiche Argumente in diesem Sinne versuchte Churchill unmittelbar vor seiner Rede im Unterhaus Bonar Law einzuschärfen). Trockij und andere sowjetische Führer hätten direkt von Plänen zur Eroberung Polens gesprochen. Daraufhin habe sich die britische Regierung bereit erklärt, Polen bis Anfang 1920 mit der zu seiner Verteidigung erforderlichen militärischen Ausrüstung zu versorgen. Mehr nicht. Der Premierminister habe Warschau wiederholt gewarnt, sich nicht in den Krieg gegen die Bol'seviki einzumischen. Großbritannien würde Polen nur dann helfen, wenn es Sowjetrussland einen fairen Frieden anböte und Moskau dieses Angebot ablehnte. Jetzt handele Polen ausschließlich auf eigene Verantwortung. Bonar Law erinnerte jedoch beiläufig daran, dass es schwierig sei, den Völkerbund dazu zu bewegen, im sowjetisch-polnischen Krieg tätig zu werden, solange die sowjetische Seite den Völkerbund nicht nur nicht anerkenne, sondern sich auch seit drei Monaten weigere, die Delegation einreisen zu lassen, die der Völkerbund nach Moskau entsenden wolle. Lenin und Trockij seien nicht so begeistert vom Völkerbund wie Lord Cecil oder der Abgeordnete Clynes, ironisierte Bonar Law. Er hätte auch hinzufügen können, dass Lord Cecil in seinen hochtrabenden Appellen die sowjetrussische Aggression gegen Armenien, die zur gleichen Zeit stattfand, überhaupt nicht beachtete – was er jedoch nicht tat, wie der Kommentator der „Times“ feststellte. Am nächsten Tag fand jedoch eine weitere Kundgebung der Labour Party und der Gewerkschaften statt, diesmal zur Unterstützung des Völkerbundes. Der Hauptredner, der Abgeordnete James Henry Thomas, sah in der Erklärung von Bonar Law ein Bekenntnis der Regierung zur militärischen Unterstützung Polens und rief zum zivilen Ungehorsam auf. Die Eisenbahnergewerkschaft, die Thomas vertrat, schloss sich dem von den Hafendarbeitern an diesem Tag bereits angekündigten Boykott von Warenlieferungen nach Polen an³⁴⁷.

Dies war auch ein wichtiger Hintergrund für die Gespräche von Lloyd George mit dem Moskauer Gesandten Leonid Krasin, die Ende Mai begannen. Damit beruhigte der britische Premierminister einen nicht unbeträchtlichen Teil der britischen Öffentlichkeit (auch wenn ein anderer, konservativer Teil, über die Gespräche beunruhigt war). Während einer weiteren Debatte im Unterhaus am 7. Juni erklärte der Abgeordnete James Henry Thomas, der erst kürzlich zum Ungehör-

347 Siehe Churchills Brief vom 19.5.1920 zu der bevorstehenden Rede Bonar Laws im Unterhaus zum sowjetisch-polnischen Krieg, in: *The Churchill Documents*, vol. 9, S. 1099–1101; die Reden von Bonar Law, W. Guinness und H. Mackinder in der Debatte am 20. Mai, in: *The Times* vom 21.5., S. 11–12. Die Information über die Kundgebung am 21.5.1920 in Derby und die Entscheidung der Eisenbahnergewerkschaft zum Boykott von Waren nach Polen: ebd., 22.5. S. 15.

sam aufgerufen hatte, im Namen der Labour-Partei seine Unterstützung für den Premierminister bzw. jedenfalls für die Verhandlungen, die dieser mit den Abgeordneten Lenins aufgenommen hatte. Endlich! Lloyd George habe „die Wünsche der großen Masse des [britischen; A. N.] Volkes richtig gedeutet“ (*had correctly interpreted the wishes of the great mass of the people*), indem er anerkannt habe, dass man die „Morde und Ausschreitungen gegen die russische [bolschewistische; A. N.] Regierung“ nicht unbedingt gutheiße (*it was not necessarily endorsing the murders and outrages against the Russian government*)³⁴⁸. Zu diesem Zeitpunkt hielt Lloyd George seine hervorragende Rede, in der er, während er sich vor den Abgeordneten der Labour Party und den oppositionellen Liberalen verneigte, gleichzeitig seine konservativen Koalitionspartner davon überzeigte, dass die Bedingungen für die Gespräche mit der Moskauer Delegation auch mit den französischen Verbündeten vereinbart worden waren und dass der wichtigste Grund für diese Gespräche darin bestand, dass Russland für Europa unentbehrlich sei und der Wohlstand des gesamten Kontinents von der Wiederaufnahme von Russlands Nahrungsmittelexporten abhängе. Damals verwendete er auch sein verqueres Argument, dass, da die Polen behaupteten, in der Ukraine Getreide gefunden zu haben, dies bedeute, dass Russland (dessen rechtmäßiger Teil die Ukraine sei) etwas zu exportieren habe, so dass man nicht mit Petljura, der aktuell noch in Kiew herrschte, sondern mit Lenin als dem faktischen Herrn Russlands und damit dem rechtmäßigen Besitzer der Agrarprodukte der Ukraine sprechen müsse. Er begründete seinen Wunsch, den Handel mit dem bolschewistisch regierten Russland wiederherzustellen, mit dem Argument der freien Marktwirtschaft: Wir können sogar mit Kannibalen Handel treiben, solange es beiden Seiten Gewinn und der Allgemeinheit Nutzen bringt³⁴⁹.

Langfristig war es schwierig, die Unterstützung für die Gespräche mit Krasin im gesamten Parlament aufrechtzuerhalten. Was einige Konservative beunruhigte, war eine Tatsache, auf die Lord Curzon besonders aufmerksam machen wollte: die ununterbrochene Expansion der Roten Armee nach Transkaukasien. Während sich Abgeordnete der Labour Party und Gewerkschafter über den „polnischen Imperialismus“ aufregten, hatten sowjetische Truppen ganz Aserbaidschan besetzt und näherten sich der persischen Grenze. Die „Times“ veröffentlichte am 11. Juni eine beunruhigende Nachricht: Eine Delegation von Labour- und Gewerkschaftsmitgliedern hatte von einer Reise nach Moskau nicht nur persönliche Eindrücke mitgebracht, sondern auch Lenins Aufruf an die britischen Arbeiter, sich gegen eine Regierung zu erheben, die angeblich immer noch heimlich die Polen und Ge-

348 Stenogramm der Unterhaussitzung vom 7.6.1920, Stimme des Abgeordneten J. H. Thomas, in: *The Times* vom 8.6.1920, S. 8–9.

349 Ebd., Rede Lloyd Georges auf der Unterhaussitzung vom 7.6.1920.

neral Vrangels' auf der Krim unterstützte. Obwohl die Mitglieder der Labour Party auf dem Parteitag in Scarborough am 23. Juni einen Vorschlag zum Beitritt zur Dritten Internationale abgelehnt hatten, forderten sie gleichzeitig eine Revision des Versailler Systems unter Einbeziehung eines neuen Abkommens mit Sowjetrussland. Einer der Parteiführer, Tom Shaw, der an der Moskau-Reise teilgenommen hatte, distanzierte sich zwar vom Bolschewismus, verurteilte aber gleichzeitig noch deutlicher den „polnischen Militarismus“³⁵⁰. Zu diesem Zeitpunkt hatte die polnische Armee Kiew längst geräumt und zog sich unter dem Druck der Roten Armee rasch in Richtung Bug zurück. Die neue polnische Regierung unter Władysław Grabski versprach, in Verhandlungen mit Sowjetrussland einzutreten. Der angekündigte Besuch von Ignacy Paderewski, der in Oxford die Ehrendoktorwürde erhalten sollte, war unter diesen Umständen nicht von Interesse. Das britische Volk, oder zumindest seine Vertreter in der Labour Party und den Gewerkschaften, wollte so schnell wie möglich Frieden mit Lenins Russland. Von Hilfe für Polen, das nun selbst innerhalb seiner ethnischen Grenzen bedroht war, wollten sie nichts hören³⁵¹.

Dies war das Klima der politischen Debatte in Großbritannien, als Anfang Juli die internationale Konferenz in Spa begann. Es war die Konferenz, auf der Lloyd George Polen in geradezu demonstrativer Weise demütigte und dessen Hilfesuch nachdruck zu verleihen, die Handelsgespräche mit Krasin in eine große politische Konferenz mit den Gesandten Moskaus auf höchster Ebene umzuwandeln – eine Konferenz über Frieden und eine neue Ordnung im Osten Europas. Im Unterhaus wurden der Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz überaus lebhaft kommentiert. Auf der Sitzung vom 5. Juli interessierte sich Lord Robert Cecil diesmal für das Unrecht, das der polnische Imperialismus Litauen und der Tschechoslowakei antue. Der Mitbegründer des Völkerbundes forderte, dass die polnischen Delegierten überhaupt nicht zur Konferenz in Spa eingeladen werden sollten, wenn Litauen nicht vertreten sei (Oberst Kenworthy bestand daraufhin darauf, dass auch die sowjetische Delegation nach Spa eingeladen werden sollte). Cecil äußerte auch Bedenken, ob die britische Regierung die Polen in ihrem Streit mit den Tschechen um Teschen unterstützen sollte. Ein anderer konservativer Abgeordneter (auch Cecil blieb nominell konservativ), Patrick Malone, erregte im Geiste einer unnachgiebigen Vendetta gegen den Verräter Churchill die Aufmerksamkeit des Hauses mit der möglichen Intrige des Kriegsministers mit „wei-

350 Siehe die Berichte über den Verlauf der Offensive der Roten Armee in Transkaukasien in: *The Times* vom 10.6.1920, S. 17; die Diskussion von Lenins Appell an die britischen Arbeiter, die Tom Shaw und Ben Turner führten, in der Ausgabe vom 11.6.1920, S. 17; zur Labour-Konferenz in Scarborough die Ausgabe vom 24.6.1920, S. 16.

351 Ein Hinweis zum bevorstehenden Besuch Paderewskis in: *The Times* vom 18.6.1920.

ßen“ russischen Generälen. Am folgenden Tag schlossen sich die regelmäßigen Kommentatoren des sowjetisch-polnischen Konflikts, Commander Kenworthy, Colonel Wedgwood und John Clynes, diesen Stimmen an und äußerten ihre Besorgnis darüber, ob die britische Regierung, insbesondere der von allen Seiten angegriffene Churchill, nicht beabsichtigte, Polen zu unterstützen, wie sie einst die „weißen“ Russen unterstützt hatte, oder vielleicht sogar Deutschland um Hilfe für Warschau zu bitten. Die nachdrücklichsten Dementis, die Bonar Law im Namen der Regierung verkündete, konnten die Abgeordneten der Opposition nicht beruhigen. Keine Hilfe für Polen, kein neues kriegerisches Abenteuer gegen Sowjetrussland! – dies war bereits ein ständiger Refrain ihrer Reden³⁵².

Je näher die Rote Armee an Warschau herankam, desto lauter wurde dieser Refrain. Immer öfter war er auch auf den Straßen der britischen Städte zu hören, wo sich unter dem Slogan *Hands off Russia!* eine große Zahl von Demonstrationen und Streiks entwickelte. Die Aktion, die bereits 1919 aus Protest gegen Churchill und seine Idee, Kolčak und Denikin zu helfen, ins Leben gerufen worden war, erhielt in den Sommermonaten 1920 einen neuen, noch nie dagewesenen Schwung³⁵³. Das Hauptmotiv für diese Massenhysterie war der Glaube, dass jede Verpflichtung der Regierung Lloyd George zur Verteidigung Polens, dessen Unabhängigkeit immerhin durch den Versailler Vertrag garantiert war, Großbritannien in einen neuen Krieg ziehen könnte. Nach der Erfahrung des Großen Gemetzels von 1914–1918 war dies sicherlich die größte, die beängstigendste Bedrohung, die die Phantasie von Millionen anregte. Linke Sympathien für die „Arbeiterregierung“ in Sowjetrussland waren in der Regel nur eine Begleiterscheinung dieser weit verbreiteten Angst vor neuen, eigenen Opfern an einer fernen Front, „von der wir nichts wissen“. Kein Versuch Warschaus, daran zu erinnern, dass Polen, das seine Unabhängigkeit verteidigte, nicht von irgendwelchen „Herren“ regiert wurde, sondern – jedenfalls seit dem 24. Juli – von einer Regierung mit dem Bauern Wincenty Witos als Ministerpräsidenten und dem Sozialisten Ignacy Daszyński als seinem Stellvertreter, änderten etwas an dieser antipolnischen Schlagseite der englischen Arbeiterproteste. Allein die Vorstellung, Polen, irgendeinem Polen, zu helfen, erschien bedrohlich. Sowjetrussland, gegen das mögliche Hilfe geleistet werden sollte, muss daher weit weniger gefährlich erschienen sein. Es schien, dass eine Einigung mit dem „roten“ Russland, selbst auf Kosten Polens, selbst gegen die offensichtlichsten Beweise der aggressiven, imperialistischen Ziele der Offensive

352 Stenogramm der Unterhaussitzung vom 6 und 7.7.1920, in: The Times vom 7.7.1920, S. 9–10, und vom 8.7., S. 8–10.

353 Ich werde hier dieses bereits von anderen Autoren behandelte Phänomen nicht näher betrachten. Siehe dazu u. a.: L. J. Macfarlane, *Hands off Russia: British Labour and the Russo-Polish War, 1920*, in: *Past and Present*, Nr. 38 (Dec. 1967), S. 126–152.

der Roten Armee, der kürzeste Weg war, um endlich das Gespenst des Krieges zu vertreiben. Auf jeden Fall eines solchen Krieges, der den englischen Arbeiter, den britischen Wähler, den Inselbewohner betreffen könnte.

Paradoxerweise musste sich Lloyd George, der sich immer mehr auf eine pro-sowjetische Beschwichtigungspolitik einließ, in den letzten Tagen des Juli und August 1920 gegenüber einem Teil der britischen Öffentlichkeit, insbesondere der Linken, verteidigen, weil er dies nicht energisch genug tat. Dies zeigte sich bereits in der Debatte über seine zweiteilige Rede im Unterhaus am 21. Juli, die der Analyse der „polnischen Krise“ und dem Fortschritt der britischen Verhandlungen mit Moskau gewidmet war. In der Tat spielte der Premierminister geschickt mit den eben beschriebenen Stimmungen, um Unterstützung für seine politische Linie zu gewinnen und sie als einzige Chance zur Erhaltung des Friedens auch innerhalb der britischen Gesellschaft darzustellen. In seiner Rede an diesem Tag wies er selbst auf die Gefahr hin, Großbritannien in einen Krieg um Polen zu verwickeln. Er drohte den anwesenden Abgeordneten, um gleich darauf als einziger Politiker aufzutreten, der die Drohung durch ein Gespräch mit den Gesandten Lenins ausräumen könnte. Von dieser Position aus konnte er dann auf Kritik reagieren. Herbert Asquith bedauerte erneut, dass es überhaupt zu der „polnischen Affäre“ gekommen sei, ohne dass der Völkerbund im Vorfeld eingeschaltet worden wäre. Der Premierminister erwiderte erneut, dass die Bol’ševiki sicherlich nichts mit dem Völkerbund zu tun haben wollten und auf jeden Fall nicht mit seiner Vermittlung in dem Streit mit Polen einverstanden wären. Stärker noch formulierte Lord Cecil denselben Punkt, indem er erklärte, dass die britische Regierung nun die Früchte ihrer unklugen Politik ernten würde, Polen nicht vom Kampf gegen Sowjetrußland abgehalten zu haben. Er warf der Regierung von Lloyd George vor, „bei der Gewährleistung der Unabhängigkeit Polens zu weit gegangen zu sein“ (*The Government were now, perhaps, going too far in guaranteeing the independence of Poland*). Nach Ansicht des „idealistischen“ Schöpfers des Völkerbundes hätten die alliierten Mächte Polen einfach früher zwingen müssen, bei der Lösung seiner Probleme mit dem sowjetischen Nachbarn auf militärische Absichten zu verzichten. Und nun sollten sie nicht durch unvorsichtige Garantien für Polen, das sich derart gegen die Grundsätze des Völkerbundes versündigt habe, einen neuen und größeren Krieg provozieren. Colonel Wedgwood schloss sich dieser Stimme im Namen der Labour Party aus seiner besonderen Perspektive an. Er fragte sich laut: Was würde passieren, wenn die Regierung Sowjetrußlands nur unter der Bedingung zu Gesprächen über einen Waffenstillstand mit Polen bereit wäre, dass eine Sowjetregierung in Polen um einen solchen Waffenstillstand bittet? Und er urteilte unzweideutig: „Das wäre nicht so schlimm“ (*That would not be so terrible a thing*).



Abb. 9: Die Mitglieder des Provisorischen Revolutionskomitees Polens (Polrewkom). In der Mitte sitzen: Feliks Dzierżyński, Julian Marchlewski, Feliks Kon. Białystok, August 1920; Sammlungen des Zentrums „Karta“.

Wichtig war die Schlussfolgerung, die er aus diesem beruhigenden Satz zog: dass die britische Regierung unter keinen Umständen beschließen sollte, Polen zu helfen. Auch im Falle der faktischen Sowjetisierung des Landes an der Weichsel nicht. Der Abgeordnete Wedgwood bedrohte sogar seinen Premierminister: „Die Menschen in diesem Land würden das nicht ertragen“ (*The people of this country would not stand it*). Wenn die Regierung beschließen würde, Warschau zu helfen, wenn es von der Sowjetmacht besetzt ist, sogar dann würde das britische Volk auf die Straße gehen... Tom Shaw, frisch von seinem Moskau-Besuch zurück, drohte seinerseits mit einer fundamentalen Verkomplizierung der geopolitischen Lage, sollte sich Großbritannien doch noch dazu entschließen, Polen gegen Sowjetrußland zu helfen. Wenn eine solche Hilfe käme, würde Rußland mit Sicherheit gleichzeitig Deutschland und der Türkei die Hand reichen, zum Nachteil der Interessen Großbritanniens und seines Empires. Rußland habe eine stabile Regierung und werde bald wieder eine führende Militärmacht sein – wir dürfen es nicht verprellen, so der Abgeordnete der Labour Party. In Polen hingegen stehe eine Revolution gegen die bürgerliche Regierung bevor, die für die abenteuerliche Politik

gegenüber seinem östlichen Nachbarn verantwortlich sei. Es lohne sich nicht, einem Land Hilfe zu leisten, das am Rande des Zerfalls und des Bürgerkriegs stehe. Dagegen müsse man mit einer Großmacht rechnen, die gerade in neuer Form wiedergeboren werde und entweder Londons Partner oder Feind sein könne. Dies war die Lektion des „Realismus“, die der Vertreter der Labour Party dem Premierminister der britischen Regierung erteilte³⁵⁴.

Ich werde hier nicht die geschickten Antworten von Lloyd George selbst auf diese und andere Kommentare während der großen Debatte am 21. Juli zitieren. Er stellte sich und seine Politik wie immer in den Mittelpunkt. Er distanzierte sich von den so weitreichenden (gegen ein bereits um sein Leben kämpfendes Polen) Stimmen seiner Parlamentskollegen. Im Folgenden möchte ich eine eingehende Analyse seiner tatsächlichen diplomatischen Schritte in dieser heißen Phase vornehmen. Dies kann jedoch nur im Zusammenhang mit den wörtlich zitierten Reden britischer Politiker geschehen, die die öffentliche Meinung oder zumindest einen großen Teil davon repräsentieren. Die Tatsache, dass die Rote Armee sich gerade anschickte, den Bug zu überqueren und rasch auf Warschau und dann – über seine Leiche hinweg – auf Berlin zu marschieren; die Tatsache, dass in Smolensk eine Sowjetregierung für Polen gebildet wurde, das Provisorische Revolutionskomitee für Polen mit Julian Marchlewski und Feliks Dzierżyński, das zwei Tage nach dieser Debatte vorgestellt wurde, bedeutete aus der Sicht jener Mitglieder der Labour Party, idealistischer Anhänger des Völkerbundes, traditioneller Liberaler, nichts. Was zählte, war der Frieden im eigenen Land und das Gefühl der eigenen moralischen Überlegenheit. Lord Cecil würde in der nächsten Sitzung des Unterhauses empört die Frage stellen, ob sich die Polen trotz ihres angekündigten Waffenstillstands mit Sowjetrußland nicht immer noch auf ihrem eigenen Boden verteidigten. Bonar Law, der im Namen der Regierung antwortete, musste damals peinlich berührt feststellen, dass er fürchte, ja (*I'm afraid they are*)³⁵⁵. Ein anderer bedeutender britischer Staatsmann, Lord Edward Grey, elf Jahre lang (1905–1916) Leiter des Foreign Office in den liberalen Kabinetten, der gerade seine Mission als Botschafter in Washington beendet hatte, schloss sich in einem in der amerikanischen Presse veröffentlichten gesonderten Schreiben an Lord Cecil der vom Adressaten dieses Schreibens geführten Kampagne gegen die Hilfe für Polen oder zumindest gegen die Inanspruchnahme des Völkerbundes zu diesem Zweck an. Der Brief vom 25. Juli unterstützte Cecils Argumentation: Wenn der Völkerbund nicht angerufen worden sei, um die „rücksichtslose und törichte“ (*reckless and foolish*) –

354 Zusammenfassung und Teilstenogramm der Debatte im Unterhaus vom 21.7.1920 (einschließlich aller zitierten Stimmen), in: *The Times*, 22.7.1920, S. 16–18.

355 Zusammenfassung und Teilstenogramm der Debatte im Unterhaus vom 27.7.1920, in: *The Times*, 28.7.1920, S. 9–10.

wie Lord Grey genüsslich Lloyd George selbst zitierte – Offensive Polens aufzuhalten, dann dürfe seine Autorität jetzt nicht in Frage gestellt werden, um Warschau vor den Auswirkungen dieser Offensive zu schützen³⁵⁶.

Die Rote Armee stürmte bereits direkt auf die Vororte Warschaws zu, als Commander Kenworthy in einer Sitzung des Unterhauses am 5. August von dem anwesenden Lloyd George verlangte, Polen zu zwingen, Garantien zu geben, dass es während des von der sowjetischen Seite diktierten Waffenstillstands nicht wieder aufrüsten würde. Colonel Wedgwood wiederum äußerte sich – völlig zu Unrecht – besorgt darüber, ob die britische Regierung die Tschechoslowakei dazu bewegen könnte, Polen zu diesem Zeitpunkt zu helfen³⁵⁷. Drei Tage später drohte der „Daily Herald“, der mit Geld aus Moskau herausgegeben wurde, dass die britischen Arbeiter jede Regierung in ihrem Land stürzen würden, die es wagte, Sowjetrußland anzugreifen. Am 9. August legte Asquiths oppositionelle liberale Fraktion im Unterhaus Protest gegen die Möglichkeit einer britischen Unterstützung für Polen ein. Auf einer am selben Tag einberufenen Sondersitzung der Labour Party warnen die Teilnehmer, dass eine bewaffnete Unterstützung Polens zu diesem Zeitpunkt „ein unverzeihliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (*intolerable crime against humanity*) wäre.

Die Labour-Partei und die Gewerkschafter, die alle Proteste und Streiks koordinierten, begannen, in dieser Frage eine neue Form des Drucks auf die Regierung auszuüben. Der Council of Action stand unter dem Vorsitz von Ernest Bevin, einem Transportgewerkschafter (ein Vierteljahrhundert später sollte er in der Labour-Regierung von Clement Attlee Leiter des Foreign Office werden). In der Führungsriege dieses Council of Action fanden sich unter anderem die bereits erwähnten Abgeordneten Josiah Wedgwood und John Robert Clynes. Es schien – jedenfalls für Lenin –, dass England am Rande einer Revolution stand, deren Ursache gerade die Möglichkeit war, dass Großbritannien die auf der Konferenz von Spa gegenüber Polen eingegangenen Verpflichtungen erfüllte, d. h. dessen Unabhängigkeit gegen eine Annexion verteidigte³⁵⁸. Über das Phänomen dieser heftigen Feindseligkeit gegenüber Polen, dieses Willens, die Rote Armee nicht an der Eroberung benachbarter, kleinerer Länder zu hindern – denn neben Polen ging es auch um die

356 Der Inhalt des Briefes Edward Greys an Robert Cecil nach: The Times, 28.7.1920, S. 15.

357 Zusammenfassung und Teilstenogramm der Debatte im Unterhaus vom 5.8.1920, in: The Times, 6.8.1920, S. 12–13.

358 Siehe Stephen White, Labour's Council of Action 1920, in: Journal of Contemporary History 9 (1974) (October), S. 99–122 (hier auf S. 102, das angeführte Zitat aus der Beratung der Labour Party vom 9.8.1920); vgl. Auch Davies, White Eagle, Red Star, S. 177–181. Zur Resolution der Unabhängigen Liberalen (Asquiths) vom 9.8.1920 sowie zur Zusammensetzung des Council of Action siehe: The Times vom 10.8.1920, S. 10.

Gleichgültigkeit gegenüber Aserbaidschan und Armenien, die im Mai 1920 erobert wurden –, haben bereits einige Abgeordnete nachgedacht, die zwar nicht bereit waren, für diese Sache eine Lanze zu brechen, aber sich dennoch über diese Haltung gewundert haben. „Warum gibt es im demokratischen Volk dieses Landes [d. h. Großbritannien] so viel Feindseligkeit gegenüber Polen, einer Nation, die zu Recht für ihre Freiheit kämpft?“ (*Why there is so much hostility to Poland, a nation rightly struggling to be free, from democratic people in this country?*), fragte ein konservativer Abgeordneter während der Debatte am 3. August und hatte Mühe, sich gegen die Stimmen der Abgeordneten Wedgwood, Kenworthy und Cecil durchzusetzen. Warum verteidigten Leute, die im Gegensatz zu George Lansbury und seinem „Daily Herald“ kein Geld von den Bol’ševiki angenommen hatten, nicht einmal Anhänger der kommunistischen Doktrin waren und später oft ihre politische Karriere im britischen Establishment fortsetzten, von denen die meisten (Shaw, Clynes, Wedgwood, Thomas, Bevin) Ministerposten erreichten, mit solcher Entschlossenheit das Konzept einer Einigung mit Lenin und waren bereit, Polen oder andere Länder Osteuropas lebendig zu begraben, indem sie sie der Roten Armee zum Fraß vorwarfen? Die Antwort von Bonar Law im Namen der Regierung auf die soeben gestellte Frage ist in ihrer Offenheit entwaffnend: „Ich kann es nicht sagen“ (*I cannot say*)³⁵⁹.

In diesen heißen Tagen der ersten Augushälfte 1920 suchte auch Dr. Harold Williams, langjähriger Korrespondent des „Manchester Guardian“ in Russland, dann Kriegsberichterstatter in Frankreich und 1917 erneut in Russland, nach einer Antwort auf diese Frage. Anders als der Vorsitzende der konservativen Mehrheit im Unterhaus fand er diese Antwort. Es lohnt sich, daran zu erinnern. In einer ausführlichen Analyse, die am 10. August in der „Times“ veröffentlicht wurde, stellte Williams fest, dass dieselben Kreise, die zuvor die „kleinen, unterdrückten“ Nationen der osteuropäischen Imperien umarmt hatten, nun nicht zögerten, das Schicksal dieser Nationen auf dem Altar eines Abkommens mit Sowjetrußland zu opfern. Die britischen Liberalen, die sich von ihrem Gefühl der Sicherheit und des Wohlbefindens, das sie aus den Bedingungen und dem Funktionieren der sie umgebenden und von ihnen als natürlich angesehenen Institutionen ableiteten, einlullen ließen, gäben ihren humanitären Annahmen in ihren Vorstellungen über die Außenbeziehungen einen törichten Anstrich. Sie glaubten nicht an das, was Williams persönlich in Russland erlebte – an das Böse, an eine Ideologie der Eroberung und der Gewalt, die bewusst übernommen und mit mörderischer Konsequenz verfolgt wurde. Stattdessen glaubten sie an eine moralische Überzeugung, insbesondere in eigener Sache – schließlich würden sie sogar Lenin und Trockij

359 Bericht über und teilweises Stenogramm der Debatte im Unterhaus vom 3.8.1920, in: The Times, 4.8.1920, S. 12.

auf die Seite des Guten bekehren... Da der Mensch von Natur aus gut sei, vielleicht nur in einigen Teilen verwirrt oder unterentwickelt gegenüber dem Niveau der englischen Liberalen, könne die größte Bedrohung für die moralische Ordnung nur die Anwendung von Zwang sein, insbesondere durch die eigene Regierung. Krieg sei natürlich die schlimmste Form der Nötigung. Die britische Regierung dürfe nicht die Hand zu diesem Übel erheben, auch nicht, um die Kriegsoffensive der Bol'sheviki zu stoppen. Lenin nutze seine auf einem internationalen Konflikt aufbauende Propaganda auf brillante Weise, um die „progressive Meinung“ – unter anderem in Großbritannien – zu überzeugen, dass der Fortschritt gerade darin bestehe, die Expansion des „neuen“, nicht mehr „reaktionären“ Russlands zu akzeptieren. „Reaktionär“ sind hingegen diejenigen Nationen, die zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit diese Expansion stoppen wollen, vor allem militärisch. Die Führer der Labour Party seien gezwungen, unter dem Druck der Extremisten in ihren Reihen ständig nachzugeben, um ihren Einfluss auf die Arbeitermassen nicht zu verlieren. Und so seien Menschen, die die Ideologie und noch weniger die bolschewistische Realität in ihrem eigenen Land sicher nicht unterstützen würden, bereit, ihre Durchsetzung in anderen, weit entfernten Ländern zu akzeptieren, von denen sie wenig wissen...³⁶⁰.

War Premierminister Lloyd George, der solche Stimmungen wahrnahm, sie geschickt manipulierte und sie vielleicht sogar selbst teilte (ich werde darauf noch eingehen), tatsächlich ein besserer Staatsmann als Churchill, der einzige Mann in diesem Kabinett, der sich der bolschewistischen Ideologie und ihrer Ausbreitung entgegenstellen wollte? Zeitgenössische britische Historiker wie Richard Toye und Michael Fry, die eine ähnliche Auffassung vertreten, sehen in der Ausrichtung der Außenpolitik Lloyd Georges auf eine Verständigung mit dem Staat Lenins (auf Kosten Polens, was sie nicht als Kosten betrachten) – einen Beweis für die „Modernität“ und den „demokratischen Charakter“ dieser Politik. Vielleicht bestätigen sie tatsächlich die Richtigkeit von Dr. Williams' Analyse von vor 95 Jahren? Sicherlich hat ein anderer zeitgenössischer Wissenschaftler, Michael Hughes, Recht, wenn er feststellt, dass zum ersten Mal eine solch massive Angst vor einem militärischen Engagement auf dem Kontinent, vor einem Krieg, der gerade Hunderttausende britischer Männer das Leben gekostet hatte, im Grunde eine Weigerung, die militärische Option auch nur in Betracht zu ziehen, die Freiheit zur Gestaltung der Außenpolitik weitgehend lähmte³⁶¹. Dies war sicherlich – und ich betone diese einfache, aber grundlegende Schlussfolgerung noch einmal – der wichtigste Grund für die Wahl der Appeasement-Haltung. Sowohl im Jahr 1920 gegen Sowjetrußland

³⁶⁰ Siehe Harold Williams, *Lenin's World Plot*, in: *The Times*, 10.8.1920, S. 9.

³⁶¹ Siehe Toye, *Lloyd George*, S. 211–221; Fry, *Fortune*, S. 658–661; Hughes, *British Foreign Secretaries*, S. 30–32.

als auch im Jahr 1938 gegen das Dritte Reich. In beiden Fällen wurde eine solche Politik am besten von David Lloyd George vertreten – nur dass er 1920 für die gesamte britische Politik verantwortlich war und in den Jahren 1938/1939 in einer weniger verantwortungsvollen Rolle, ähnlich wie zuvor die Abgeordneten Wedgwood, Kenworthy, Clynes oder Cecil.

Aber reicht der Rückgriff auf diesen gemeinsamen Nenner der „demokratischen“ Angst vor dem Krieg aus, um eine so große und deutlich gezeigte Abneigung gegen Polen und seinen Unabhängigkeitskampf zu erklären, gegen – um es allgemeiner auszudrücken – die Sache der „kleinen Nationen“, die unerwartet auf der Landkarte Europas erschienen, wo es „immer“ nur große Imperien gegeben hatte? Die Antwort auf diese Frage müssen wir noch tiefer suchen – in britischen Dokumenten aus dem Sommer 1920.

7 Brainstorming und seine „Befriedigung“ (Juni – August 1920)

Am 31. Mai begannen in London Gespräche mit der sowjetischen Delegation, die vorerst kommerzieller Natur waren. Lloyd George hatte endlich das, wonach er fast seit Anfang 1919 gesucht hatte und was er ab Januar 1920 in ein tragfähiges politisches Aktionsprogramm umsetzen konnte. Er empfing einen der Minister der Sowjetregierung, den Volkskommissar für Außenhandel, Leonid Krasin, einen bolschewistischen Ingenieur, einst Spezialist für die Vorbereitung von Bomben, die bei den Attentaten auf hohe zaristische Beamte eingesetzt wurden, und Organisator der großen Enteignungen der Revolutionen von 1905 bis 1907. Während der Jahre des Ersten Weltkriegs war Krasin Direktor der Siemens-Fabrik in Petrograd gewesen; während der Revolution war er wieder ein aktiver Bolschewik, einer der Unterhändler des Friedens von Brest und dann des Friedens mit Estland³⁶². Obwohl sich die Gespräche mit dem Volkskommissar formal auf Handelsfragen beschränken sollten, war klar, dass der britische Premierminister mehr anstrebte: ein grundlegendes politisches und wirtschaftliches Abkommen mit Lenins Russland, um es in eine neue im Vergleich zum Versailler System verbesserte europäische Ordnung einzubinden. In Versailles hatte sich Lloyd George den Ruhm des Schöpfers der neuen internationalen Ordnung mit Präsident Wilson und Ministerpräsident Clemenceau teilen müssen. Nun konnte er mit einer führenden Rolle als Schöpfer einer neuen gesamteuropäischen Ordnung rechnen. Das offensichtlichste Hindernis für diesen diplomatischen Triumph, nachdem er die Opposition in seiner eigenen Regierung – Curzon und Churchill – ausgeschaltet und den französischen Widerstand vorübergehend geschwächt hatte, schien im Mai 1920 nur noch Polen zu sein: sein eigenständiges militärisches Vorgehen in der Ukraine, das den Absichten Lloyd Georges zuwiderlief, da es der von Sowjetrußland vorbereiteten Offensive im weißrussischen Abschnitt zuvorkam³⁶³.

Wie ich bereits kurz erwähnt hatte, wurde dem Premierminister am 3. Mai von Philip Kerr Informationen über eine solche Offensive übermittelt. An diesem Tag brachte Commander Kenworthy, der für seine Sympathie für Sowjetrußland bekannt war, zu Kerr einen norwegischen Geschäftsmann, der gerade seine Aktivitäten in Russland ausbaute. Dieser Geschäftsmann, Jonas Lied, tröstete Kerr un-

362 Ausführlicher zu Krasin: Timothy E. O'Connor, *The Engineer of Revolution: L. B. Krasin and the Bolsheviks, 1870–1926*, Boulder 1992.

363 Mehr zu diesem Thema: Nowak, *Polska i trzy Rosje*, S. 502–527 (hier eine ausführliche Erörterung der Pläne für eine sowjetische Militäroffensive, die von Boris Šapošnikow vorbereitet, von Trockij im Januar 1920 gebilligt und in den folgenden Monaten umgesetzt wurden, mit dem Datum des Beginns der Operationen durch Weißrußland in Richtung Warschau im Mai).

ter Berufung auf seine engen Kontakte zu Krasin, und durch ihn Lloyd George, dass: erstens, die Bol'seviki bald mit den Polen verhandeln und dieses Hindernis für Europa aus dem Weg räumen würden, und zweitens, dass sie daran interessiert seien, das enge Konzept der Handelsgespräche in London so schnell wie möglich in ein möglichst umfassendes politisches Abkommen mit den Westmächten umzuwandeln, das es ihnen ermöglichen würde, ihr System im Innern zu stabilisieren. Den größten Eindruck auf den Sekretär des Premierministers und später auf seinen Vorgesetzten machte die Warnung, die in der „Botschaft“ des norwegischen Vertreters des sowjetischen Moskaus versteckt war. Lied skizzierte die Vision eines Konflikts zwischen zwei Fraktionen in der sowjetischen außenpolitischen Führung: neben den „Gemäßigten“, d. h. den Befürwortern der Verhandlungen und der endgültigen Einigung in London (zu denen natürlich auch Kommissar Krasin selbst gehören sollte), gebe es auch gefährliche „Radikale“, die die Verhandlungen abbrechen wollten (zu ihnen gehörten, von den britischen Medien damals bereits für eine solche Rolle ausersehen, der stellvertretende Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Maksim Litvinov sowie der Leiter dieses Kommissariats selbst – Georgij Čičerin). Was würde geschehen, wenn sich in Moskau die „Radikalen“ gegen die „Gemäßigten“ durchsetzen³⁶⁴?

Es gelte, die Erwartungen der sowjetischen Seite in den anstehenden Gesprächen zu erfüllen, denn schließlich drohe noch immer dieses Schreckensszenario – der Sieg der „Radikalen“, der „Ideologen“ über die „Pragmatiker“. Um die Gesprächspartner von ihren besten Absichten zu überzeugen, von der Tatsache, dass der Dialog mit London für Moskau profitabel ist, musste man dafür etwas bieten. Vorzugsweise Osteuropa. In diesem Kontext stehen die bereits oben zitierten Worte Lloyd Georges beim Mittagessen mit seinem Kabinettssekretär am 21. Mai – die Worte über die verdiente Strafe, die die Rote Armee den Polen soeben zugefügt hatte, Worte, die von Hankey dahingehend kommentiert wurden, dass dies wahrscheinlich einfach das verdiente Ende Polens bedeuten würde. Am selben Tag legte Edward Wise, Lloyd Georges führender Wirtschaftsexperte und erster Vertreter der These von der lebenswichtigen Bedeutung des Handels mit Sowjetrußland für die europäische Wirtschaft, dem Premierminister eine Notiz vor, in der er feststellte, dass „die Russen [d. h. die Rote Armee] absolut zuversichtlich sind, dass sie die Polen schlagen können“, und dass die Gespräche mit der sowjetischen Delegation unter der Annahme geführt werden müssten, dass die Besucher aus Moskau stark sein und ihre Bedingungen diktieren würden³⁶⁵. Zehn Tage später, bereits bei sei-

364 NAS-PK, GD/40/17/807/1, Notiz Kerrs für Lloyd George vom 3.5.1920 über ein Treffen mit Lied; NAS-PK, GD/40/17/807/2, Notiz Kerrs für Lloyd George zum Thema Jonas Lied.

365 „The Russians are quite confident of their ability to beat the Poles“. PA-LG, F/202/3/5 – E. F. Wise, Note on Economic Relations with Russia, 21 V 1920; vgl. die weiter oben zitierte Notiz

nem ersten Treffen mit Krasin am 31. Mai, versuchte Lloyd George seinen sowjetischen Gesprächspartner davon zu überzeugen, dass er sich völlig von der „abenteuerlichen“ Politik Polens distanzieren und dass der polnische Außenminister (Patek), der vor einigen Monaten auf demselben Stuhl wie der nunmehrige Volkskommissar für Handel gesessen hatte, auf das Schärfste vor den Folgen eines Kampfes gegen Sowjetrußland gewarnt worden sei³⁶⁶.

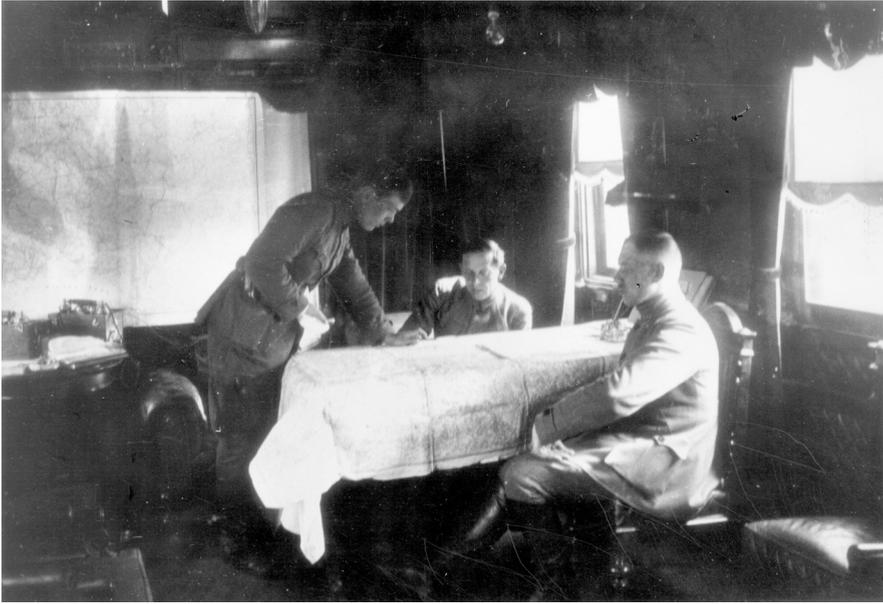


Abb. 10: Symon Petljura (in der Mitte sitzend) in dem Salonwagen, der während des polnisch-sowjetischen Krieges Sitz seines Stabs war. Tarnopol, 1919 oder 1920; Sammlungen des Zentrums „Karta“.

Ich erinnere daran, dass zum Zeitpunkt dieser Worte die polnische Armee am Dnepr stand, die ukrainische Nationalregierung Symon Petljuras, die von den Polen in Kiew eingesetzt worden war, dort noch amtierte und die sowjetische Offensive im Norden über Weißrußland praktisch zum Stillstand gekommen war. Die militärische Lage an der sowjetisch-polnischen Front im Mai rechtfertigte sicherlich nicht, Warschau als eine bedeutende Kraft in der noch immer sehr unbeständigen geopolitischen Situation im Osten Europas zu streichen. Die Position Lloyd

Hankeys vom 23.5.1920, die von dem Gespräch mit Lloyd George am 21. Mai berichtete: CCC, HNKY, Diary, 20.7.1918–3.12.1922, 1/5/125.

366 CCC, HNKY, Diary, 20.7.1918–3.12.1922, 1/5/127 – Notiz vom 31.5.1920.

Georges, seiner Sekretäre und Berater resultierte jedoch nicht aus einer Analyse der Fakten, sondern aus den getroffenen Annahmen. Lloyd George wies diese Eventualitäten, die angesichts der militärischen Erfolge Polens im Mai 1920 auch Wirklichkeit hätten werden können und die politische und wirtschaftliche Lage in Osteuropa erheblich hätten verändern können, völlig von sich. Sie wurden von anderen ernsthaft in Betracht gezogen. Churchill zum Beispiel schrieb darüber in dem bereits erwähnten Memorandum vom 11. Mai, in dem er die Frage stellte, ob es nicht besser wäre, zu warten, bis die Frage geklärt sein würde, wer tatsächlich die „Kornkammer Russlands“ – die Ukraine – kontrolliere: die Bol’ševiki oder der von Polen unterstützte Petljura, anstatt die sowjetische Seite als den „natürlichen Herrn“ der Ukraine zu unterstützen. Eine Woche später waren seine Hoffnungen noch größer, als er versuchte, Argumente für die Rede des Vorsitzenden Andrew Bonar Law vor dem Unterhaus am 20. Mai vorzubereiten. Er erinnerte nicht nur daran, dass Polen seinen Schlag gegen die Ukraine geführt hatte, um der Offensive der Roten Armee im Norden zuvorzukommen, die bereits vorbereitet wurde. Er schlug auch vor zu prüfen, ob eine unabhängige, friedliche Ukraine die Rettung für eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung in Osteuropa sein könnte. „Es wird für die Ukrainer sehr schwierig sein, in ihrem eigenen Land Ordnung zu schaffen. Unter der Annahme, dass der Regierung Petljura gelingt, eine separate Zivilverwaltung zu errichten und aufrechtzuerhalten, die Getreidelieferungen aus der Ukraine in Gang zu setzen, und wenn dieses Gebiet durch ein starkes Polen abgesichert wird und von diesem Hilfe erhält, sollte es nicht unmöglich sein, noch in diesem Sommer zufriedenstellende Bedingungen für einen allgemeinen Frieden im Osten zu erreichen“³⁶⁷. Auf die möglichen Folgen eines Scheiterns der Roten Armee im Mai an der Front des Krieges gegen Polen wies auch der britische Gesandte in der Schweiz hin, der dem Kriegsministerium berichtete, der Präsident dieses Landes habe ihm ein Gerücht übermittelt, das unter den Sozialisten, die „in Kontakt mit Moskau“ stünden, kursiere, wonach Lenin und Trockij, die eine Bedrohung ihrer Macht witterten, zur Bildung eines Koalitionskabinetts bereit seien.

367 „It will be very difficult for the Ukrainians to establish order in their own country. But on the assumption that Petliura’s government manages to set up and maintain a separate Government of a civilised type capable of liberating the corn supplies of the Ukraine, and that that territory is sheltered and assisted in the task by a strong Poland, it ought not to be impossible to arrive at satisfactory conditions of a general peace in the East in the course of the present Summer“. Churchill an die Generäle Percy Radcliffe und William Thwaites, 19.5.1920, The Churchill Documents..., vol. 9, S. 1101; vgl. Churchills Memorandum für das Kabinett vom 11.5.1920, ebd., S. 1089.

Dies, so schloss der britische Diplomat seinen Bericht, „wäre der erste Nagel im Sarg des europäischen Bolschewismus“³⁶⁸.

Aus der Sicht von Lloyd George waren die polnischen Erfolge im Krieg gegen Sowjetrußland ein offensichtliches Hindernis für Gespräche mit Lenins Gesandten. Die polnische Offensive sorgte nur für Irritationen. Philip Kerr schrieb darüber in einem Brief an den neuen britischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, Auckland Geddes, gerade im Zusammenhang mit dem Beginn der Gespräche mit Krasin. Die Entwicklung sei bewundernswert, aber „die Dinge werden durch diese absurde polnische Offensive und durch die Tatsache, dass der Gravitationsmittelpunkt in Moskau immer noch bei den extremen Kommunisten zu liegen scheint, die gegen jeden Kompromiss in ihrem System sind, furchtbar kompliziert“³⁶⁹. Die folgende Tirade gegen die „traditionelle Politik der Polen, die sich aufplustern, bis sie platzen“, die im Kapitel über die amerikanische Version des Appeasements zitiert wird, stand in engem Zusammenhang mit der Sorge um das Schicksal der „gemäßigten Fraktionen“ im Kreml. Diese Sorge nahm bereits den Charakter einer Besessenheit an. Am Tag vor seinem Brief an Geddes schrieb Kerr eine Notiz über ein weiteres Gespräch mit Krasins norwegischem „Agenten“ Jonas Lied. Dieser wiederum sorgte für Beunruhigung angesichts der wachsenden Macht derer, die in Moskau nicht mit dem kapitalistischen Westen reden, sondern ihn mit ihrer kommunistischen Propaganda zerschlagen wollen. Lied bot sogar an, in geheimer Mission von Kerr (d. h. Lloyd George) vor Ort, d. h. in Moskau, nachzuforschen, wer eigentlich die „gemäßigte Fraktion“ vertrete und vor allem, wie man sie stärken könne³⁷⁰.

Der Premierminister hatte jedoch bereits eine klare Vorstellung davon, wie er diese erträumte „Fraktion“ stärken wollte: durch Zugeständnisse auf Kosten Polens. So dass das „rote“ Moskau in den Verhandlungen mit London mehr oder jedenfalls mit viel weniger Aufwand (militärisch, wirtschaftlich und politisch) erreichen konnte, als wenn es den Angriff auf Warschau fortsetzte und weiterging – hin zur totalen, ideologischen und militärischen Konfrontation mit dem Westen. In seinen Gesprächen mit Krasin im Juni (7. und 16.) garantierte Lloyd George im Gegenzug zu einer sowjetischen Zusage, die subversive Propaganda in Asien, die

368 „This [...] would mean the first nail in the coffin of European Bolshevism“. Mr [Odo William] Russell (from Berne) to Foreign Office, 27.5.1920 – NA, War Office [WO], 157/775: South Russian Intelligence, May 1920, nr 39.

369 „Things are fearfully complicated by this absurd Polish offensive and by the fact that the centre of gravitation in Moscow still seems to lie with the extreme Communists who are against any compromise in their system“. NAS-PK, GD/40/17/1395, S. 1–2, Brief Kerrs an A. Geddes vom 11.6.1920.

370 NAS-PK, GD/40/17/813, Notiz Kerrs für Lloyd George von einem Treffen mit Jonas Lied, 10.6.1920.

die britischen Kolonien bedrohte, einzustellen, dass er weder Polen noch Vrangell unterstützen würde. Am 16. Juni überzeugte der Premierminister in einem Gespräch mit Krasin diesen erneut davon, dass er Polen nie unterstützt habe und dies auch weiterhin nicht tue. Er betonte nachdrücklich, dass es ihm „völlig egal ist, was die Russen in ihrem eigenen Land mit ihrem eigenen Volk machen“. Ihm gehe es nur um die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen zwischen Russland und dem übrigen Europa. Koste es, was es wolle³⁷¹. Die Bol'sheviki könnten mit ihrer unterworfenen Bevölkerung machen, was sie wollten, hieß es unmissverständlich. Offen gelassen wurde die Frage, was „ihr eigenes Land“ bedeutet. Endete es nicht dort, wo die Grenzen des Russischen Reiches bis 1914 verliefen – d. h. an der Grenze zu Deutschland? Diese Frage beunruhigte Lloyd George vorerst nicht. Er war über etwas anderes besorgt, insbesondere über Geheimdienstberichte, die Gerüchte ernst nahmen, dass Lenin das Vertrauen in seinen Gesandten in London verloren habe, dass von einem Komplott von Krasin und Trockij zum Sturz des Bolschewismus die Rede war, das, wenn es aufgedeckt würde, zur Verhaftung Krasins führen, die „gemäßigte Gruppe“ der Bol'sheviki schwächen und die Londoner Gespräche stören könnte³⁷².

Um dies zu verhindern, war er zu weiteren Zugeständnissen bereit, wurde aber durch den französischen Widerstand daran gehindert. Lloyd George improvisierte jedoch zielsicher bei der Lösung dieses Problems – im Einklang mit der allgemeinen Idee, die „gemäßigte Fraktion“ im Kreml zu unterstützen und Krasins Position als ihres „Sprechers“ zu retten. Auf Druck des Premierministers ging die britische Regierung so weit, dass sie auf einer Ministerkonferenz am 7. Juni (an der auch Lloyd George, Curzon, Churchill und Wise, der an den Gesprächen mit Krasin teilgenommen hatte, mitwirkten) den Inhalt eines Ultimatums an Vrangell vereinbarte: Wenn er in die Offensive gehe und über seine Positionen auf der Krim hinaus in die Ukraine vordringe, werde sich Großbritannien vollständig von ihm distanzieren, seine Militärmission zurückziehen und ihm nicht die geringste wirtschaftliche oder diplomatische Unterstützung bei möglichen Verhandlungen mit Moskau gewähren. Wenn Vrangell jedoch jetzt nicht die Rote Armee angreife und ruhig auf der Krim bleibe, sei Großbritannien bereit, seine Armee mit Lebensmitteln zu versorgen. Der Grund für dieses Beharren war der nächste Punkt auf

371 „The Prime Minister said he was not concerned with anything that the Russians did in their own country to their own people. He was solely concerned to get trade re-established between Russia and the rest of Europe“. PA-LG, F/202/3/19, Interview between M. Krassin and the Prime Minister, held at 10, Downing Street, 16.6.1920.

372 Ausführlicher hierzu: Fry, Fortune, S. 429–432; vgl. Carroll, Soviet Communism, S. 90–93 (hier auch Informationen zur Haltung der französischen Presse zu den Juniverhandlungen mit Krasin).

der Tagesordnung der Ministerkonferenz – die polnische Frage. Die Polen, die sich bereits vor dem immer stärker werdenden Vormarsch der Roten Armee zurückzögen, würden schnell um einen Waffenstillstand bitten müssen. Sie könnten jedoch den Moment hinauszögern, in der Hoffnung auf einen militärischen Erfolg. Jegliche Unterstützung für sie, was sicherlich Wrangel's Offensive wäre, die einen Teil der sowjetischen Kräfte an der ukrainischen Front zurückziehen würde, würde das polnische Friedensgesuch an Moskau verzögern³⁷³. Dies war für Lloyd Georges diplomatischen Schachzug ausschlaggebend: die besiegten Polen müssen so schnell wie möglich um Frieden bitten. Der britische Premierminister könnte dann als Friedensstifter auftreten und Frankreich davon überzeugen, dass die Handelsverhandlungen dennoch auf die Ebene einer allgemeinen politischen Konferenz mit Sowjetrußland ausgeweitet werden sollten, da dies die einzige Möglichkeit sei, dem „verrückten“ Polen zu helfen.

Gleichzeitig setzten die Bol'sheviki jedoch die ganze Zeit über geschickt auf eine Steigerung des Einsatzes. Nach dem Treffen zwischen Krassin und Lloyd George am 29. Juni wurde eine Liste der „Punkte, über die noch keine Einigung erzielt werden konnte“ erstellt. Der erste Punkt lautete wie folgt: „1. Wenn Großbritannien aufhört, Russlands Feinde wie Wrangel' und Polen zu unterstützen, wird die sowjetische Regierung von militärischen Operationen oder Propaganda in Afghanistan, Indien, Ägypten, Persien und Arabien absehen und sich verpflichten, jede Unterstützung für die Türkei zurückzuziehen“³⁷⁴. Der Punkt wurde mit einer Geschicklichkeit formuliert, die der alten russischen Schule der Diplomatie würdig war und mit einem Flair, das den bolschewistischen Vorstellungen entsprach. Wrangel' und Polen wurden bereits unmissverständlich als „Feinde Russlands“ eingestuft, von denen sich die Westmacht Großbritannien vollständig distanzieren sollte. Sie wurden jedoch nur als Beispiele genannt. Diese Liste wurde nicht geschlossen. Das „rote“ Moskau würde, wenn es wollte, die Liste seiner „Feinde“ um die osteuropäischen Nachbarländer erweitern können. Auch in ihrem Fall würde es von einer mit ihm verbündeten westlichen Macht ein ähnliches *désintéresse-*

373 NA, CAB 23/21, 8.4. – 30.6.1920, Draft conclusions of a Conference of Ministers, 7.6.1920. Am 11. Juni, als Wrangel' eine Offensive nördlich der Krim startete, kamen die Minister auf einer Sitzung in der Downing Street 10 zu dem Schluss, dass die britische Regierung sich von jeglicher Verantwortung für das Schicksal von Wrangel's Armee entbunden fühlte, und beschloss, ihre Militärmission bei dem General zurückzuziehen. Vgl. ebd., Conclusions of a Conversation held at 10, Downing Street, 11.6.1920.

374 „If Great Britain is to cease supporting the enemies of Russia, e. g. Wrangel and Poland, the Soviet Government is to abstain from their military operations or propaganda in Afghanistan, India, Egypt, Persia and Arabia, and to withdraw all support from Turkey“. PA-LG, F/202/3/16 – Points upon which agreement has not yet been reached between M. Krassin and the British Government, 29.6.1920.

ment verlangen. So wie es bereits gegenüber der Krim und Polen der Fall war. Im Gegenzug versprach es, auf eine mögliche Aggression in den für die globalen Interessen des Britischen Empires sensibelsten Gebieten zu verzichten – dies könnte auch ein Mittel gewesen sein, um Curzon, der an diesen Gebieten am meisten interessiert war, dazu zu bewegen, einem Abkommen mit Russland zuzustimmen. In der Tat versprachen die Bolševiki, ihre Aktionen in Gebieten einzustellen, in denen sie vorerst nicht einmal die geringste Möglichkeit zum Handeln hatten. Der Weg nach Ägypten oder gar nach Indien war für den sowjetischen Einfluss zwar noch sehr weit, aber die Drohung mit seiner Ausdehnung hatte sich offenbar bereits als wirksam genug erwiesen, um als Argument für die Überlassung Osteuropas an Moskau zu dienen. In der Tat kann dieses bemerkenswerte Dokument so interpretiert werden: als Aufzeichnung des ersten Vorschlags in Verhandlungen zwischen der sowjetischen Diplomatie und einer westlichen Macht, dass der Westen die besondere Einflussosphäre Moskaus in Osteuropa anerkennt. Polen wurde als Schlüsselement in dieser Zone erwähnt (der Fall Vrangels, als letzter Vertreter des „weißen Russlands“, kann als „innerrussische“ Angelegenheit betrachtet werden). 21 Jahre später, als Anthony Eden als Außenminister in Churchills Regierung im Dezember 1941 mit seinem neuen Verbündeten Stalin über die politische Ordnung nach dem Krieg sprechen wird, wird er einen ganz ähnlichen Vorschlag hören. Für uns, das heißt für Stalin, vorerst nur die östliche Hälfte Polens, Litauen, Lettland, Estland, ein Teil Finnlands sowie das von Rumänien abgetrennte Bessarabien und die Bukowina. Sie hingegen, die Briten, können Westeuropa in ihrer Einflussosphäre halten...³⁷⁵. Die Welt ist in Einflussosphären zwischen den Großmächten aufgeteilt. Bald werden weitere osteuropäische Länder zu Moskau stoßen – bis nach Stettin und Triest. (Sowjet-)Russland identifiziert seine „Feinde“ in „seiner“ Nachbarschaft, ist bereit, „mit ihnen umzugehen“ und verlangt von seinem westlichen Partner die volle Zustimmung, sie seinem Einfluss und seinen Entscheidungen zu unterwerfen. Was Eden im Dezember 1941 in Moskau von Stalin hörte und was Stalin tatsächlich 1943 in Teheran und 1945 in Jalta von Churchill und Roosevelt erhielt, wurde erstmals Ende Juni 1920 in einem Dokument über Krasins Gespräche mit Lloyd George erwähnt.

Diese vorläufigen Vereinbarungen sollten auf einer politischen Konferenz in London weiterverhandelt werden. Das ist es, was Krasin forderte: zuerst wollte er eine offizielle Einladung an eine politische Delegation Sowjetrusslands (aus dem Politbüro) zu allgemeinen Gesprächen über die neue Ordnung in Europa und Moskaus Platz als Großmacht in dieser Ordnung, und erst dann war er bereit, zum

³⁷⁵ Siehe War and Diplomacy. The Making of a Grand Alliance, hg. v. Oleg A. Rzheshesky, Amsterdam 1996, S. 1–63 (hier die Dokumentation der Gespräche Stalins und Molotovs mit Eden aus dem Dezember 1941).

Thema Handelsabkommen überzugehen³⁷⁶. Es war bekannt, dass diese Bedingung von Frankreich nicht akzeptiert werden würde – und das war auch das Spiel, das Krasin spielte, das von Čičerin und dem Politbüro entworfen worden war; es war notwendig, einen Streit zwischen Paris und London herbeizuführen, einen Bruch in der „imperialistischen Einkreisung“. In dieser Stimmung verließ der sowjetische Unterhändler London Anfang Juli, als er nach Moskau fuhr, um die endgültige Entscheidung seiner Vorgesetzten zu erfahren: Handel oder Krieg?

Lloyd George wusste nicht, welche Antwort er erhalten würde. Anfang Juli war er noch mit leeren Händen aus den Gesprächen mit Krasin herausgekommen. Es gab keine festen Vereinbarungen über die Öffnung des Handels mit Russland. Das politische Konzept der Beziehungen zu Sowjetrußland, das der britische Premierminister seit mehr als sechs Monaten vorantrieb, hätte in Trümmern liegen können. Die grandiosen Ideen von „Frieden durch Handel“ und die Pläne für eine neue internationale Konferenz in London hätten durch die von Polen verursachten Komplikationen letztlich zunichte gemacht werden können. Lloyd Georges Wut auf die Polen wuchs schnell. Am 10. Juni wies Kerr im Namen seines Auftraggebers den britischen Gesandten in Warschau an, daran zu erinnern, dass die Polen „eigentlich nichts getan haben, um ihre Freiheit zu erlangen. [...] Sie haben sich selbst auf die falsche Seite gestellt und sich krampfhaft in Eroberungen und Abenteuerlust gestürzt“³⁷⁷. Rumbold versuchte die polnischen Anliegen zu verteidigen. Er erklärte, dass man in Polen überall bolschewistische Propaganda und eine reale Bedrohung der Unabhängigkeit des Landes durch Moskau sehen könne. Er verglich die Situation der Polen in dieser Hinsicht mit der eines Menschen, der in einem Haus wohnt, in dem sich im Nebenzimmer eine gefährliche Schlange befindet. Ist es da ein Wunder, dass sie diese Gefahr so weit wie möglich wegschieben wollen? Kerr entgegnete im Namen von Lloyd George von der Konferenz in Spa, die am 4. Juli begonnen hatte. „P.[remier] sagt, die Polen hätten sich nicht nur als äußerst dumm erwiesen [dieses Wort wurde von Kerr durchgestrichen und durch das mildere „kurzsichtig“ ersetzt], sondern auch bewusst die Ratschläge der Alliierten missachtet“. Nun werde Lloyd George ihnen in Spa vier Bedingungen stellen, wenn überhaupt von einer Hilfe für sie gesprochen werden solle. Erstens müssten sie um diese Hilfe bitten, zweitens müssten sie auch die Bol’sewiki um einen möglichst baldigen Frieden bitten, drittens müssten sie sich mit Litauen verständigen (d. h. Wilna an Litauen abtreten), viertens müssten sie sich mit der Tschechoslowakei verständigen (d. h. die bewaffnete tschechische Annexion des gesamten, mehrheitlich von Polen bewohnten Teschener Schlesiens akzeptieren) und sich in der Frage Ostgaliziens und Danzigs „vernünftig verhalten“ (d. h. deren

376 PA-LG, F/202/3/24 – Zusammenfassung des Gesprächs Krasins mit Lloyd George vom 1.7.1920.

377 NAS-PK, GD 40/17/915, Brief Kerrs an Rumbold vom 10.6.1920.

Verlust akzeptieren). Lloyd George, warnte Kerr den Gesandten in Warschau, werde das ethnographische Polen als das einzige akzeptieren, das in der Zukunft vielleicht überleben werde³⁷⁸.

Dieser sehr interessante Brief zeigt, dass Lloyd George bereits Anfang Juli bereit war, Ostgalizien als Köder für weitere Gespräche in London an Sowjetrußland zu übergeben. Kerr muss zu diesem Zeitpunkt bereits zu der Karte über die Verteilung der ethnischen Gruppen in den polnischen Gebieten gegriffen haben, die Namier 1918 gezeichnet hatte – einer Karte, die Wilna überhaupt nicht enthielt, und deren farbliche Kennzeichnung der Orte, an denen die Polen in der Mehrheit waren, exakt das gesamte Ostgalizien abschnitt. Eine Abtrennung Ostgaliziens von Polen hätte natürlich gegen die formellen Beschlüsse des Obersten Rates der Siegermächte vom 21. November und 22. Dezember 1919 verstoßen, durch die das Gebiet Polen zugesprochen worden war. Der revolutionäre Charakter des Schrittes, den Lloyd George unternehmen wollte, beruhte jedoch auch auf der Tatsache, dass – ich wiederhole – der Premierminister einer westlichen Macht den Vertretern der (noch nicht formell anerkannten!) Sowjetregierung Russlands ein Gebiet anbieten wollte, das noch nie Teil des Russischen Reiches gewesen war. Es gab nicht einmal mehr den Vorwand, dass es sich um ein Gebiet handelte, das Russland – jetzt das sowjetische – zurückhaben wollte. Hier ging es wirklich schon um ein Geschäft – um den Handel mit fremdem Territorium.

Diese Operation war von Lloyd George vorbereitet worden, und zwar, wie ich nochmals betonen möchte, völlig unabhängig vom Foreign Office. Rumbold, der noch vor kurzem vorgehabt hatte, seinen Posten in Warschau zu verlassen und nach London zu fahren, um seine Vorgesetzten vor Beginn der großen Konferenz in Spa zu einer günstigeren Haltung gegenüber Polen zu bewegen, erklärte Ende Juni in einem Brief an seine regelmäßige Briefpartnerin (seine Stiefmutter Louisa Anne), dass die Angelegenheit aussichtslos sei, da der Premierminister bereits die gesamte Europapolitik vom Foreign Office übernommen habe. Einige Tage später stellte er in einem Brief an Rex (Reginald) Leeper vom Political Intelligence Department, in dem er darüber nachdachte, wie Großbritannien Polen in diesem schwierigen Moment helfen könnte, verzweifelt fest, dass seine Regierung Warschau offenbar von einer weiteren Verteidigung gegen die Bol'sheviki abhalten wolle. „Es sieht alles so aus, als ob wir die Polen bewusst schwächen und die Bol'sheviki ermutigen wollen“³⁷⁹. Rumbold verstand jedoch sehr wohl, dass Sowjetrußland

378 NAS-PK, GD 40/17/915/2, Brief Rumbolds an Kerr vom 18.6.1920, aber auch GD 40/17/915/3, Brief Kerrs an Rumbold vom 4.7.1920 aus Spa.

379 „It all looks as if we deliberately wished to weaken the Poles and to encourage the Bolsheviks“. OU-BL, RP, dep. 27: Correspondence, June – October 1920, Bl. 58 – Brief Rumbolds an R. Leeper vom 9.7.1920; vgl. ebd., Bl. 51–53, Brief Rumbolds an seine Stiefmutter vom 27.6.1920.

nicht nur ein Stück Polen wollte, sondern das ganze Land. Er fragte sich, ob die britische Zustimmung zur territorialen Beschneidung Polens ausreichen würde, um die Rote Armee aufzuhalten.

Lloyd George war sich dessen auch nicht sicher, aber er spielte sein Spiel weiter und hoffte, dass er in Spa Polens Gebietsabtretungen durchsetzen könnte, um sie in die Waagschale der Verhandlungen mit Sowjetrußland zu werfen. Er gab die Hoffnung nicht auf, dass sie bald wieder aufgenommen werden würden. Die Haltung des Premierministers wird in dem ausführlichen Schreiben, das sein Privatsekretär am 5. Juli im Namen von Lloyd George an den britischen Botschafter in Washington richtete, auf sehr interessante Weise deutlich. Wie ich bereits im Kapitel über die amerikanische Politik erörtert habe, schrieb Kerr an Auckland Geddes, dass der Premierminister sich seit langem um ein stabiles Abkommen mit Sowjetrußland bemühe, weil er der Meinung sei, dass Nahrungsmittel und Rohstoffe aus Rußland für den Wiederaufbau Europas notwendig seien und weil der Frieden dazu beitragen würde, den Bolschewismus zu schwächen und den Weg für westlichen Einfluss in Rußland zu ebnet – eine Anspielung auf die antibolschewistischen Gefühle von Präsident Wilson. Einmal mehr führte er das Argument einer angeblichen internen Spaltung innerhalb der sowjetischen Führung an, bei der „gemäßigte Bolschewiken“ und „zornige Leute“ (*wild men*) aufeinanderprallten, die jeden Kompromiss mit dem Westen ablehnen. Auch in diesem Zusammenhang führte er das polnische Thema ein, um darauf hinzuweisen, wie gefährlich die Folgen der „imperialistischen Politik der Polen“ sein könnten. Nicht nur, weil sie einen Sieg der „Zornigen“ in Moskau provoziere, sondern auch, weil das die Westmächte in eine schwierige Lage bringe. Ich möchte noch einmal an die Schlussfolgerung dieses kapitalen Dokuments erinnern: „Was passieren wird, wenn sie [die Bol'sheviki] Warschau erreichen, weiß eigentlich niemand. [...] Die schiere Erschöpfung, sowohl mental als auch physisch, wird unweigerlich zu einer Beruhigung (*appeasement*) in Osteuropa führen, und wenn sich Osteuropa beruhigt, wird sich meiner Meinung nach auch der Westen beruhigen“³⁸⁰.

Appeasement ist das Ziel. Es kann auf verschiedene Weise verstanden werden, aber der Weg dorthin sollte so kurz wie möglich sein. Wenn es über die Leiche Polens gehen muss, ist es eben so. Aber vielleicht sogar: umso besser. Der Chef des Imperial General Staff, Feldmarschall Henry Wilson, der von Lloyd George zu den

380 „What will happen if they [the Bolsheviks] get to Warsaw nobody quite knows. [...] In any case, however, I think there is little doubt that we are drifting towards a settlement in Eastern Europe. There might be another final month or two of convulsion, but sheer exhaustion, both mental and physical, is bound to bring a general appeasement [Unterstreichung A. N.] in Eastern Europe, and as Eastern Europe settles down I think the West will settle down too“. NAS-PK, GD 40/17/1397, Brief Kerrs aus Spa an Botschafter A. Geddes in Washington, 5.7.1920.

Gesprächen in Spa eingeladen worden war, drückte dies radikaler aus als der Sekretär des Premierministers. Für ihn ging es nicht einmal um eine „Zufriedenstellung“, sondern darum, die traditionellen imperialen Interessen Englands zu vertreten – auf Kosten anderer. Ohne um den heißen Brei herumzureden, überzeugte Wilson seine französischen Militärkollegen, Marschall Foch und General Maxime Weygand, dass es sich nicht lohne, sich um das Schicksal dieser „verfluchten Kleinstaaten“ (*these cursed small States*) zu sorgen, d. h. all der Länder, die nach dem Zusammenbruch des Romanov- und des Habsburgerreiches in Mittel- und Osteuropa entstanden waren. Am 3. Juli gestand er: „Meiner Meinung nach ist es unerheblich, ob die Boches [Deutschen] oder die Bolschewiken Polen besetzen werden, denn ICH WILL (Hervorhebung im Original; A. N.), dass Russland und Deutschland in Kontakt kommen und so sicherstellen, dass ständige Reibung und Feindschaft zwischen ihnen herrschen. Ich habe nie daran geglaubt, dass Polen in der Lage ist, sich zwischen den beiden großen Ländern zu behaupten“³⁸¹. Auf der Konferenz von Spa, die am 5. Juli begann, drängten Lloyd George, Kerr und Hankey unter Berufung auf den militärischen „Sachverstand“ eines Beraters wie des hier zitierten Marschalls Wilson den Alliierten eine Einigung über das Angebot an Sowjetrußland und – als Paket – die Bedingungen für die „Hilfe“ für Polen auf.

Boris Savinkov, der immer noch versuchte, die Reste der Russen – aktive Gegner des Bolschewismus – für den Kampf zu organisieren und dafür die polnische Unterstützung und Hilfe eben von Churchill suchte, schrieb in diesem dramatischen Moment an den nun völlig ins Abseits geratenen britischen Kriegsminister, dass es die Schuld der bewussten Politik der Alliierten, vor allem Großbritanniens, sein würde, wenn Polen falle. „Ein Wirbelsturm des Wahnsinns weht durch Europa. Die Bolschewiken wissen, wie sie das zu ihrem Vorteil nutzen können“³⁸². Diesen Wirbelsturm bekam General Tadeusz Rozwadowski zu spüren, der am 4. Juli als Vertreter der polnischen Militärs in Spa eintraf und um materielle Unterstützung durch die Großmächte bat. Schon bei seinem Treffen mit dem französischen Marschall Foch spürte er „eine gewisse Steifheit und einen veränderten Ton uns gegenüber“. Drei Tage später erklärte Marschall Wilson dem polnischen General, dass er natürlich gerne helfen würde, aber dass Großbritannien bereits so viele militärische Verpflichtungen habe (Mesopotamien, Persien, Ägypten und Irland), dass es nichts geben könne. Sie haben selbst keine Flugzeuge mehr, so dass sie „sie

381 „From my point of view, I don't mind either the Boches or the Bolsheviks over-running Poland AS I WANT Russia & Germany to be touching & thus to ensure constant friction & enmity. I never believed in Poland being able to stand between these great countries“ – Notiz aus dem Tagebuch H. Wilsons vom 3.7.1920, zit. nach: Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 141.

382 „A wind of madness is blowing over Europe. The Bolsheviks know how to turn it to account“. Boris Savinkov an Churchill, 8.7.1920, zit. nach: *The Churchill Documents*, vol. 9, S. 1139.

uns nicht mehr schicken können“. Er versicherte uns natürlich, dass er „sehr gut versteht, wie notwendig es ist, Polen im Moment zu unterstützen“... Rozwadowski sah den Zynismus und die Doppelzüngigkeit des britischen Marschalls nicht, ebenso wenig wie er sah, dass für die Briten nur das Interesse des Empire zählte. Etwas naiv glaubte er, dass die Zurückhaltung bei der Hilfe für Polen nur auf das Drängen der „jüdischen Berater von Herrn Lloyd George“ zurückzuführen sei. Er erklärte jedoch ohne zu zögern – und teilte dies Marschall Foch mit –, dass, wenn man, um Unterstützung für die polnischen Verteidigungsanstrengungen gegen den bolschewistischen Einmarsch in Warschau zu erbetteln, damit bezahlen müsse, dass man der Beschneidung des polnischen Staates auf seine ethnischen Grenzen, auf einen Stummel, der nicht in der Lage sei, unabhängig zu existieren, zustimme, „dann bleibt mir nichts anderes übrig, als Spa zu verlassen, in mein Land zurückzukehren und dort zu versuchen, meine Pflicht zu erfüllen“ – das heißt, allein gegen die Rote Armee zu kämpfen. Gleichzeitig warnte Rozwadowski in einer in englischer Sprache verfassten Denkschrift, die den beiden Marschällen am 7. Juli übergeben wurde, dass sich auch westliche Politiker keine Illusionen über Verhandlungen mit Moskau machen sollten: „Die Bolschewiken haben ihre Karten aufgedeckt: Sie werden nur mit einem bolschewistischen Polen Frieden schließen, das von einem Sowjetregime regiert wird“³⁸³.

Lloyd George war unterdessen von der positiven Antwort Čičerins auf eine über Krasin gestellte Frage nach der Möglichkeit weiterer sowjetisch-britischer Gespräche in London begeistert. Er erhielt sie am 8. Juli in Spa. Hankey notierte sich die Antwort des Premierministers genau: „Das bedeutet Frieden mit Russland – ein sehr wichtiger Faktor für den Frieden in der Welt“. Hinzu kam die private Sorge des Ministers, dass die bevorstehende große Londoner Konferenz ihn im August und vielleicht sogar im September um seinen wohlverdienten Urlaub bringen könnte, denn schließlich würden nicht alle Grenzfragen in Osteuropa bald geklärt sein³⁸⁴. In einem ausführlichen Informationsschreiben aus Spa (im

383 „The bolsheviks have shown their cards: they will only make peace with a bolsheviste Poland, under soviet regime...“ [so im Original] – Polish Military Mission to the Supreme Allied Command, Spa, 7.7.1920, IJP, akta Adiutantury Generalnej Naczelnego Wodzina [im Folgenden: AGNW], Papiery gen. Tadeusza Rozwadowskiego, II, 2, S. 5. Die übrigen Zitate stammen aus dem Bericht General Rozwadowskis aus Spa an das Oberkommando vom 7.7.1920 – IJP, AGNW, 10/3, S. 1–3 (Maschinenschrift), die handschriftliche Originalversion: IJP, AGND, Papiery gen. Tadeusza Rozwadowskiego, II.

384 „It means peace with Russia – a very great factor in the peace of all the world“. CCC, HNKY, 3/28 – Briefwechsel M. Hankeys mit seiner Frau, Brief vom 8.7.1920 aus Spa, S. 28. Siehe auch Čičerins Note an Curzon vom 7.7.1920 bezüglich der Zustimmung zu weiteren sowjetisch-britischen Verhandlungen: Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. 3 (1.7.1920–18.3.1921), hg. v. G. A. Belov, J. S. Garmaš u. a., Moskva 1959, S. 16–17.

Wesentlichen im Namen von Lloyd George) an Bonar Law vom 9. Juli äußerte sich auch Kerr zu den Chancen für die Organisation der vom Premierminister erdachten Konferenz. Es sollte ein internationaler Kongress sein – von Sowjetrußland und seinen „kleinen“ Nachbarn – unter der Schirmherrschaft von Großbritannien, Frankreich und Italien. Um den Widerstand Frankreichs gegen politische Verhandlungen mit Lenins Moskau zu brechen, musste Lloyd Georges Idee als einziger Weg zur Rettung des gefährdeten Polens und des gesamten Versailler Systems dargestellt werden, das zusammenbrechen könnte, wenn die Bol'sheviki mit Waffen in der Hand in Richtung Deutschland wendeten. Dazu musste der britische Premierminister die aussichtslose Lage Polens offenlegen und gleichzeitig annehmen (vorgeben?), dass politische Gespräche mit Sowjetrußland das Land retten würden³⁸⁵. In Wirklichkeit musste nicht Polen gerettet werden, sondern die Idee eines Friedens mit Sowjetrußland.

Ich werde hier nicht noch einmal auf den Verlauf der Konferenz in Spa eingehen. Die polnischen diplomatischen Bemühungen wurden kürzlich von Małgorzata Gmurczyk-Wrońska in einer Monographie zusammengefasst, die der diplomatischen Laufbahn von Stanisław Patek gewidmet ist, der neben Premierminister Władysław Grabski der wichtigste polnische Vertreter in den Gesprächen mit Lloyd George war, während die Aktivitäten des britischen Premierministers auf der Konferenz kürzlich von Michael Fry interpretiert wurden³⁸⁶. Ich werde mich nur auf einige bisher unerforschte Aspekte der Verhandlungsstrategie von Lloyd George und Kerr konzentrieren, die in Spa zu einem Durchbruch im polnisch-sowjetischen Konflikt und einem endgültigen Appeasement führen sollten, das die neue europäische Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg vervollständigen sollte.

Wir sollten zunächst die Aktivität der Teilnehmer der britischen Delegation an den drei zentralen Sitzungen, die diesen Themen gewidmet waren, bewerten. Am 9. Juli nahmen an einem Treffen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Grabski und der französischen Delegation (Ministerpräsident Millerand, Marschall Foch, General Weygand und ein Dolmetscher) teil: Lloyd George, Curzon und Kerr. Aus dem Protokoll dieser Sitzung geht hervor, dass Curzon kein einziges Mal gesprochen hat. Zwei Drittel des Dokuments sind mit Tiraden von Lloyd George selbst gefüllt. Bei der Sitzung am 10. Juli wurde über die Frage eventueller Verhandlungen mit Sowjetrußland beraten. Neben den Vertretern Frankreichs (drei Personen, mit Millerand an der Spitze), Italiens (zwei Personen, darunter Außenminister Carlo Sforza) und Japans (der Delegierte bei der Friedenskonferenz Sutemi Chinda) war die britische Delegation am zahlreichsten vertreten: Lloyd Ge-

385 Siehe NAS-PK, GD 40/17/1207, Brief Kerrs aus Spa an Bonar Law vom 9.7.1920.

386 Siehe Gmurczyk-Wrońska, Stanisław Patek., S. 169–180; siehe auch Nowak-Kielbikowa, Polska, S. 212–217; Fry, Fortune, S. 431–438.

orge, Curzon, Kerr und Hankey. Die Premierminister Großbritanniens und Frankreichs waren die wichtigsten Wortführer. Lord Curzon ergriff einmal ganz kurz das Wort, um die Versammelten daran zu erinnern, dass Estland bereits Frieden mit Moskau geschlossen hatte. Das wichtigste Treffen – bei dem die so genannte Curzon-Linie diktiert wurde – fand am Nachmittag desselben Tages in ähnlicher Besetzung statt, nur ohne den japanischen Delegierten, aber in Anwesenheit von Ministerpräsident Grabski. Fast das gesamte Protokoll dieses Treffens, über 90 Prozent des Inhalts, ist mit einem Bericht über Grabskis Befragung oder vielmehr die Erpressung des polnischen Ministerpräsidenten durch Lloyd George gefüllt. Millerand und Sforza schlossen sich mit zwei kurzen Bemerkungen an. Lord Curzon äußerte sich auch diesmal sehr sparsam, nur zur Wilna-Frage: Er schlug vor, dass die Polen die Verteidigung dieser Stadt gegen die Bol'sheviki den Litauern anvertrauen sollte, während die Frage ihrer Zugehörigkeit dem Obersten Rat der Friedenskonferenz überlassen werden sollte. Damit reagierte er auf die nachdrückliche Erklärung Lloyd Georges, dass diese Angelegenheit Polen überhaupt nicht betreffe, da Wilna „weit jenseits der legitimen Grenzen Polens“ liege und nur ein strittiges Gebiet zwischen Litauen und Russland sein könne... Im entscheidenden Moment dieses deprimierenden Spektakels zog Lloyd George auf dem Konferenztisch eine „ethnographische Karte Polens“ hervor – eine, bei der sich herausstellt, dass es Wilna nicht gibt. Auf die Frage von Grabski, wie diese vom britischen Premierminister erwähnte Grenzlinie aussehen sollte, „zeigte ihm Herr Kerr die Linie auf der Karte“ (leider ist die Karte nicht in den Unterlagen zu diesem Treffen enthalten). Schließlich beauftragte Lloyd George Kerr, ein bereits vom Premierminister (also faktisch von Kerr selbst) ausgearbeitetes Memorandum über die Bedingungen der Hilfe für Polen und die darin festgelegte Grenzlinie, auf die sich Polen zum Zeitpunkt des Waffenstillstands mit Sowjetrussland zurückziehen sollte, abschließend zu überarbeiten. Wilna sollte an die Litauer übergeben werden, während die Grenzlinie in Ostgalizien entlang der am Tag der Unterzeichnung des Waffenstillstands eingenommenen Positionen festgelegt werden sollte³⁸⁷. Ich erinnere hier an diese Details, um noch einmal zu betonen: Lloyd Georges Position in der Frage der Beziehungen zu Sowjetrussland und des sowjetisch-polnischen Krieges beherrschte nicht nur die britische Außenpolitik vollständig – wie die fast völlige Passivität des Außenministers während der entscheidenden Sitzungen zeigt –, sondern auch, zumindest in der ersten Julihälfte 1920 in Spa, die Politik

387 DBFP, vol. VIII, S. 502–506 (Notes of a Meeting held at the Villa Neubois, Spa, on July 9), S. 513–516 (British Secretary's Notes on a Conversation held at the Villa Fraineuse, Spa, on July 10, at 10.30 a. m.), S. 524–530 (British Secretary's Notes on a Conversation held at the Villa Fraineuse, Spa, on July 10, at 3 p. m.) vgl. die französischen Versionen der beiden Treffen vom 10. Juli: DDF, Annexes, 1920–1921, S. 379–383 und 390–394.

der europäischen Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Er war der einzige Architekt der Lösung, die Premierminister Grabski diktiert und am folgenden Tag, dem 11. Juli, dem sowjetischen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten zur Genehmigung vorgelegt wurde. Kerr war sein einziger wichtiger Helfer. Curzon – ein ausschließlich passiver „Notar“.

„Mein Ziel ist der Frieden“ – argumentierte Lloyd George gegenüber seinem französischen Amtskollegen bei einem informellen Treffen mit Millerand am 8. Juli – einem Treffen, das den oben erwähnten offiziellen Beratungen vorausging. Und der Frieden würde zu einem Machtwechsel in Russland führen. Durch den Krieg, den der britische Premierminister Polen anlastete, werde „nicht so sehr die kommunistische Regierung gestärkt als vielmehr die kommunistischen Elemente in der Regierung“³⁸⁸. Lloyd George vertrat die Ansicht, dass die Regierung Sowjetrusslands, die Regierung Lenins und Trockijs, nicht kommunistisch sei, sondern allenfalls einige „kommunistische Elemente“ in ihr vorhanden seien. Und diese würden verschwinden, sobald Frieden geschlossen werden könne. Das Angebot an die sowjetische Seite, auf Kosten des polnischen Staates schwerwiegende Gebiets-erwerbungen vorzunehmen, war nicht nur die Hoffnung, den Rest des „ethnographischen“ Polens vor der vollständigen Versklavung durch Sowjetrußland zu retten (und nebenbei das Gesicht der Westmächte zu wahren, die ja gerade erst mit dem Versailler Vertrag die Rückkehr Polens auf die europäische Landkarte bestätigt hatten). Dies sollte ein Argument für die These sein, dass der so erreichte Frieden die sowjetrussische Regierung allmählich zu einem verlässlichen und stabilen Partner auch für das dem „Kommunismus“ misstrauende Frankreich machen würde.

Grabski demütigte sich vor Lloyd George in ähnlich bedrückender Weise wie Präsident Emil Hácha, als dieser neunzehn Jahre später, am 14. März 1939, zu Adolf Hitler fuhr, um um Gnade für die Rumpf-Tschechoslowakei zu bitten. Das Visitenkärtchen des polnischen Premierministers liegt wie eine traurige Trophäe zwischen Lloyd Georges Papieren und handschriftlichen Zeichnungen von der Konferenz in Spa...³⁸⁹. Die demütige Haltung des polnischen Politikers machte es dem britischen Premierminister sehr leicht, das Spiel zu spielen – ein Spiel für Moskau. Dafür war er bereit, eine Art „polnisches Protektorat“ zu schaffen. Auch wenn er durch die Situation geschwächt und gebrochen war, protestierte Grabski gegen die Abtretung Ostgaliziens. *Grabsky made a slight protest about Eastern Galicia,*

388 „These attacks upon Bolshevik Russia were simple strengthening not merely the Communist Government but the Communist elements in the Government“. DBFP, vol. VIII, S. 491 (Notes of a conversation with Marshal Foch at Villa Neubois, July 8th).

389 Siehe PA – LG/F/100, Notizen und Materialien Lloyd Georges von der Konferenz in Spa.

wie Kerr am 8. Juli, nach ihrem ersten Treffen, notierte³⁹⁰. Zwei Tage später erinnerte der polnische Ministerpräsident daran, dass der Oberste Rat Ostgalizien schon einmal, Ende 1919, an Polen abgetreten hatte, woraufhin er von Lloyd George erfuhr, dass Budennyjs „rote“ Kavallerie bereits dort einmarschiert war und bald in Lemberg sein würde – der britische Premierminister nannte die Stadt Lemberg, ein Name, der dem polnischen Science-Fiction-Schriftsteller Stanisław Lem, der im folgenden Jahr in Lemberg geboren werden sollte, wahrscheinlich gefallen hätte. Tatsächlich war die Rote Armee noch mehrere Dutzend Kilometer von Ostgalizien entfernt, und Budennyjs Reiterarmee sollte Lemberg erst nach einem Monat schwerer Kämpfe erreichen.



Abb. 11: Władysław Grabski, Leiter der polnischen Delegation auf der Konferenz von Spa. Fotografie aus dem Jahre 1933; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

Als Lloyd George sich am 10. Juli nach einem brutalen Gespräch von Grabski trennte, ließ er ihn in der Überzeugung zurück, dass die Demarkationslinie, die Polen im Osten als Gegenleistung für die Zusage alliierter Hilfe akzeptieren müsse – für den Fall, dass die Rote Armee diese Linie überschreiten sollte – nicht ganz Ostgalizien abtrennen würde, sondern – wie es bei diesem Treffen hieß – es entlang der Frontlinie aufgeteilt werden würde. Am 10. Juli hätte dies bedeutet, dass ganz Ostgalizien bei Polen geblieben wäre. Und siehe da, am nächsten Tag wurde im Namen von Lord Curzon ein Telegramm an Čičerin geschickt, deren Inhalt we-

390 NAS-PK, GD 40/17/1207, Brief Kerrs aus Spa an Bonar Law vom 9.7.1920, S. 3.

sentlich von diesen Vereinbarungen abwich. Die britische Regierung schlug einen sowjetisch-polnischen Waffenstillstand vor, mit der Empfehlung an die Polen, sich weit nach Westen zurückzuziehen, so dass Lemberg und ganz Ostgalizien kampfflos den Sowjets zufielen. Denn so wurde in dieser Depesche die „richtige Grenze“ Polens definiert, obwohl gleichzeitig die – widersprüchliche – Aussage wiederholt wurde, dass eine Demarkationslinie in Galizien gezogen werden könne, wo zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes die Front zwischen den kämpfenden Armeen verlief³⁹¹.

Hinter diesem diplomatischen Trick, die Mitglieder des Politbüros zur Londoner Konferenz zu überreden, konnte nur Kerr stehen, der „Herr der Karten“ auf der Konferenz in Spa, Lloyd Georges einziger Berater in osteuropäischen Angelegenheiten. Der Premierminister selbst hatte seine äußerst energische Propaganda- und Diplomatiekampagne in Spa mit sehr starken Bauchschmerzen bezahlt, die er bereits am ersten Tag der Gespräche mit Grabski verspürte (vielleicht war dies der Grund, warum er in diesen Gesprächen einen so scharfen Ton anschlug?). Es wurde sogar eine Blinddarmentzündung vermutet. Am 11. Juli nahm er aus genau diesem Grund nicht mehr an den Treffen teil. Als Hankey von der Krankheit seines Chefs erfuhr, war er zunehmend verärgert über die Aussicht, auf seinen wohlverdienten Urlaub verzichten zu müssen. Am 11. Juli erklärte er, dass die Konferenz mit den Sowjets in London bereits beschlossen sei und er deren Generalsekretär sein werde. Allerdings fügte er am Ende, bereits ohne diplomatische Formeln, hinzu, dass die Bol'seviki ihre Antwort (und damit auch die Konferenz) verzögern könnten, um zu warten, „bis sie mit den Polen fertig sind“ (*until they have finished off the Poles*)³⁹².

Hankey musste nicht vorgeben, dass er an die Rettung Polens durch Verhandlungen mit Sowjetrußland glaubte. Lloyd George und Kerr hingegen fragten sich, wie sie die Bedingungen der Curzon-Note und den darin angegebenen Verlauf der Grenzlinie öffentlich bekannt geben sollten, bevor Grabski nach Warschau zurückkehrte. Der britische Premierminister wollte den polnischen Ministerpräsidenten auf irgendeine indirekte Weise über die endgültige Form der Note informieren, die immerhin das von ihm vertretene Land und seine Grenzen betraf und die, ohne solche entscheidenden „Details“ mit ihm abzustimmen, bereits als Ange-

391 Der Inhalt von Curzons Note wurde am 15. Juli der Öffentlichkeit zugänglich gemacht: Polish Armistice Proposal, in: The Times vom 15.7.1920, S. 9; die russische Übersetzung der Curzon-Note vom 11.7. findet sich in: Dokumenty vnešnej politiki..., Bd. 3, S. 54–55.

392 CCC, HNKY, 3/28, Briefwechsel M. Hankeys mit seiner Frau, Brief vom 9.7.1920 aus Spa, S. 29 („The P. M. after a magnificent series of successes at the Conference has gone to bed with a bad tummy ache. I hope it isn't Appendicitis!“), sowie den Brief vom 11.7. aus Spa, S. 31 (daher das letzte Zitat).

bot an Moskau weitergeleitet worden war. Da er dies für ungeschickt hielt, bat er Bonar Law über Kerr, die Bedingungen dieser „Curzon-Note“ ... dem britischen Unterhaus vor Mitte Juli vorzustellen³⁹³. Wem sollte Ostgalizien gehören? In einem Gespräch mit Arnold Margolin, dem Vertreter der diplomatischen Vertretung der Ukrainischen Volksrepublik in London, räumte Kerr alle diesbezüglichen Zweifel aus. Am 12. Juli erklärte ihm Kerr, dass „von einer alliierten Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit keine Rede sein kann. Die ukrainische Frage ist jetzt eine innerrussische Frage, die zwischen dem ukrainischen Volk und Moskau gelöst werden muss“. Kerr war sich noch nicht ganz sicher, ob Lenin das in der Curzon-Note enthaltene Angebot annehmen würde. Wenn er das täte, was er hoffte, dann müsse mit Lenin über die Zukunft der Ukraine (und damit Ostgaliziens) gesprochen werden. Sollte Sowjetrussland hingegen seine Offensive in Richtung Deutschland fortsetzen, müssten sich die Alliierten dem entgegenstellen – und dann wäre es möglich, die ukrainische Frage mit dem letzten Vertreter des „weißen“ Russlands, General Vrangel', zu lösen. Sicherlich nicht mit Polen³⁹⁴. Es lohnt sich, diese unmissverständlich geäußerte Ansicht hier in Erinnerung zu rufen, um zu verstehen, dass der in Curzons Note vom 11. Juli eingefügte Vorschlag, nicht nur Sowjetrussland, sondern auch seine „kleinen“ Nachbarn zur Londoner Konferenz einzuladen, einschließlich der in der Note gesondert erwähnten „Vertreter Ostgaliziens“, für Lloyd George weder Bedeutung noch Wert hatte. Wenn Moskau ein separates Ostgalizien oder ein separates (nicht sowjetisches) Litauen anerkennen wollte, so war das seine Sache. Großbritannien hingegen war lediglich verpflichtet, sich dem „polnischen Imperialismus“ gegenüber diesen Ländern entgegenzustellen.

Der britische Gesandte in Warschau hatte diese Position immer noch nicht verstanden. Noch am 15. Juli (also an dem Tag, an dem die „Times“ den Inhalt von Curzons Note von vier Tagen zuvor bereits gemeldet hatte, nur dass die Zeitung sicher noch nicht in Warschau angekommen war) schickte Rumbold einen Brief an Kerr, in dem er ihn davon zu überzeugen suchte, dass Ostgalizien dennoch bei Polen verbleiben sollte, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen. Er erklärte, dass es für Polen ohne die Ölvorkommen in diesem Gebiet schwierig sein könnte, eine wirkliche Unabhängigkeit zu bewahren. Mit außerordentlicher Naivität,

393 NAS-PK, GD 40/17/1208, Brief Kerrs aus Spa an Bonar Law vom 11.7.1920, S. 2.

394 „I told him that there was no question of the Allies recognizing the independence of the Ukraine. The Ukrainian question was for the present an internal Russian question to be settled between the Ukrainian people and Moscow“. NAS-PK, GD 40/17/816, Notiz Kerrs (für Lloyd George) über das Treffen mit A. Margolin, 12.7.1920; zu Margolin selbst und seinen diplomatischen Bemühungen über die Ukraine siehe Jan Jacek Bruski, Petlurowcy. Centrum Państwowe Ukrainskiej Republiki Ludowej na wychodźstwie (1919–1924), Kraków 2000, S. 154–158, 390–392, 409–413.

könnte man sagen, und auf jeden Fall ohne die Absichten seiner eigenen Regierung richtig zu erkennen, schrieb er an Kerr, dass er die bevorstehende Londoner Konferenz begrüße, da sie es Großbritannien sicherlich ermöglichen würde, Polen wirksam zu unterstützen. Zwei Tage später schrieb Rumbold bereits in einem Brief an seine Stiefmutter, dass die Bol'seviki die Einladung Lloyd Georges nach London ablehnen und *va banque* für eine Verbindung mit den Kommunisten in Deutschland spielen könnten. „Dann müssten wir Polen zu Hilfe kommen, und das würde uns in einen Krieg mit den Bolschewiken zur Verteidigung der Zivilisation hineinziehen“. Er glaubte jedoch, dass Moskau das Angebot der britischen Regierung annehmen würde, da es bei seiner Offensive gegen Polen auf zunehmende logistische Schwierigkeiten stoße und es bequemer sei, in London zu verhandeln, als in der Nähe von Warschau zu kämpfen³⁹⁵. Rumbold war der Ansicht, dass Großbritannien der Eroberung Polens durch die Rote Armee nicht tatenlos zusehen dürfe, sondern die von der Tschechoslowakei gestoppten Ausrüstungslieferungen so bald wie möglich freigeben müsse. Churchill dachte auch über entschiedenere Formen der Hilfe nach und schrieb nach der Konferenz von Spa, dass es auch nach der Besetzung Warschaws durch die Bol'seviki notwendig sei, den polnischen Staat weiter zu verteidigen – ihn mit Artillerie und Flugzeugen zu unterstützen, ihm Waffen und Munition aus der deutschen Demobilisierung zu geben und Hilfe aus anderen gefährdeten Ländern Osteuropas (Finnland oder Rumänien) zu organisieren³⁹⁶.

Lloyd George wartete mit größter Ungeduld auf eine Antwort aus Moskau auf die Note Curzons vom 11. Juli. Hankey vermerkte diese Spannung in seiner privaten Korrespondenz aus Spa. Am 13. Juli schreibt er, dass der einzige Grund für die Verhandlungen mit Deutschland über die Reparationen auf dieser Konferenz darin bestehe, mit Berlin in Verbindung zu bleiben, damit die „Hunnen“ nicht aus Verzweiflung über die überzogenen Forderungen der Alliierten in die Arme der Bol'seviki getrieben würden. Die Aufrechterhaltung der Gespräche in Spa könnte die sowjetische Regierung dazu bewegen, der Londoner Konferenz zuzustimmen, anstatt ein Bündnis mit Deutschland zu suchen. In einem weiteren Schreiben aus Spa vom 16. Juli machte der britische Kabinettssekretär seinen Gefühlen Luft. Die Polen sind an allem schuld! „Polen ist ein hoffnungsloses Land. [...] Anstatt den Bolschewiken zu erlauben, mit ihm so zu verfahren, wie es ihm gebührt, haben wir die Sowjets [mit der Curzon-Note] gebeten, einem Waffenstillstand unter der

395 OU-BL, RP, dep. 27: Correspondence, June – Oct. 1920, Bl. 74–76 (Brief Rumbolds an Kerr vom 15.7.1920) und 79–81 (Brief Rumbolds an seine Stiefmutter vom 17.7.1920).

396 Siehe OU-BL, RP, dep. 27: Correspondence, June – Oct. 1920, Bl. 56 (Brief Rumbolds an R. Leeper vom 9.7.); The Churchill Documents, vol. 9, S. 1145–1146 (Brief Churchills an Gen. Charles Harington vom 20.7.).

Bedingung zuzustimmen, dass sich die Polen bis zur ethnographischen Grenze zurückziehen. Um den Polen das Schlucken dieser bitteren Pille zu versüßen, verpflichteten wir uns, ihnen zu helfen, wenn die Bolschewiken sich weigerten, ihre Offensive einzustellen – was sie meiner Meinung nach tun werden, obwohl der P. [remier] und Kerr glauben, dass sie [unseren Vorschlag] akzeptieren werden. Aber wenn ich Recht habe und die Bolschewiken einmarschieren, glaube ich nicht, dass wir Polen wirksamer schützen können als Denikin oder Kolčak. Wir können keine Soldaten schicken – sie werden nicht gehen. Waffen zu schicken, bedeutet nur, den Bolschewiken die Möglichkeit zu geben, sie sich anzueignen. Infolgedessen werden die Polen nach einer kurzen Begeisterung rufen: *Nous sommes trahis!* (Wir sind verraten worden!) und werden sich dem Bolschewismus ergeben. Ich glaube, es wäre besser, die Polen für ihre Dummheit büßen zu lassen, als sich um ihre Rettung zu bemühen, was sich nur als unwirksam erweisen kann³⁹⁷.

Da Lloyd George nicht wusste, wie Moskau reagieren würde, wollte er sich vor dem Vorwurf der Untätigkeit angesichts der drohenden Gefahr schützen und beschloss am 17. Juli, dem Tag nach Hankeys obiger Äußerung, eine Mission nach Warschau zu entsenden, offiziell mit Lord d'Abernon an der Spitze, tatsächlich aber mit Hankey als seinem vertrauenswürdigsten Vertreter. Was Lloyd Georges Absichten waren, wird wiederum durch einen wütenden Kommentar von der am meisten betroffenen Person, Hankey selbst, erklärt. In seinem Tagebuch notierte er leidenschaftlich: „Er [d. h. der Premierminister] weiß, dass ich die Polen verabscheue und verachte, und dass ich nicht glaube, dass man auf Dauer etwas tun kann, um sie zu retten, und schließlich, dass ich bezweifle, dass sie es wert sind, gerettet zu werden. Er weiß, dass meiner Meinung nach eine gemeinsame Grenze zwischen Russland und Deutschland früher oder später unvermeidlich ist und dass wir unsere Politik darauf ausrichten sollten, Deutschland, und nicht Polen zur Mauer zwischen östlicher und westlicher Zivilisation zu machen. Schließlich weiß er, dass ich nach all den Jahren der Arbeit einen Urlaub mit meiner Familie

397 „Poland is a hopeless country. [...] Instead of leaving the Bolsheviks to deal with her as she deserved, we have asked the Soviet to agree to an armistice on condition that the Poles retire to the ethnographic frontier. To gild the pill for the Poles we have promised to help them if the Bolsheviks decline to stop – as in my opinion they will, though the P. M. & Kerr think they will accept. If I am right however & the Bolsheviks come in, I don't think we can save Poland any more than Denikin and Kolchak. We cannot send troops – they would not go. To send arms is merely for the Bolsheviks to recapture them. Result – after a momentary enthusiasm the Poles will cry „*nous sommes trahis*“ and go Bolsheviks. I think it would have been better to leave the Poles to suffer from their folly rather than to make an effort to save them that can only prove ineffectual“. CCC, HNKY, 3/28, Briefwechsel Hankeys mit seiner Ehefrau, Bl. 42–43, Brief aus Spa vom 16.7.1920, ebd., S. 34, Brief aus Spa vom 13.7.1920.

haben möchte. Er besteht jedoch darauf, dass ich mich auf diese groteske und vage Mission einlasse“³⁹⁸.

Bekanntlich erhielt Lloyd George am Abend des 18. Juli die Antwort von Čičerin auf die eine Woche zuvor gesendete Note von Curzon. Obwohl der Text des sowjetischen Kommissars voller bössartiger Sticheleien war, über die ich bereits geschrieben habe, und eine britische (geschweige denn eine Völkerbund-) Vermittlung bei den Waffenstillstandsgesprächen mit Polen ablehnte, ließ er doch einen Funken Hoffnung aufkommen, dass die bilateralen Gespräche mit der britischen Regierung in London wieder aufgenommen werden könnten, „um ein vollständiges Abkommen mit ihr zu erreichen“ (*v celjach dostiženija polnogo soglašenija s nim*)³⁹⁹. Lloyd George war damit zufrieden. Es sei daran erinnert, dass er am 20. Juli sein Kabinett davon überzeugte, dass diese „Gelegenheit“ für Gespräche mit Moskau genutzt werden müsse. Curzon musste erneut eine Note an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten von Sowjetrußland schicken, in der die Einladung zu Gesprächen nach London aufrechterhalten wurde – allerdings bereits ohne Polen. Čičerins Antwort vom 23. Juli und eine weitere von Curzon unterzeichnete Note an Moskau drei Tage später ebneten schließlich den Weg für die Einladung einer neuen sowjetischen Delegation nach London, die von Lenins Stellvertreter Lev Kamenev und Leonid Krasin geleitet wurde. Zum Auftakt der Gespräche sollte so schnell wie möglich ein sowjetisch-polnischer Waffenstillstand unterzeichnet werden. Bereits am 20. Juli wurde daher die Absicht bekräftigt, eine alliierte Mission mit Lord d’Abernon (und Hankey) nach Warschau zu entsenden. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, Polen zu zwingen, so schnell wie möglich einen Waffenstillstand mit Sowjetrußland zu schließen, damit diese Frage die Wiederaufnahme der britisch-sowjetischen Gespräche in London nicht verzögere, geschweige denn gefährde⁴⁰⁰.

398 „He [Lloyd George] knows that I have both dislike and contempt for the Poles, and that I don’t believe, in the long run, anything can be done to save them, and finally that I am doubtful if they are worth saving. He knows that in my view it is inevitable sooner or later that Russia gets a coterminous frontier with Germany, and that in my view we ought to orientate our policy so as to make Germany and not Poland the barrier between eastern and western civilization. Finally he knows that I want a holiday with my family after all these years of work. Yet he insists on my going off on this ridiculous and vague mission“. CCC, HNKY, 1/5, Diary, S. 131 – Notiz vom 20.7.1920 mit einem Bericht über die Ereignisse vom 17. Juli.

399 Nota pravitel’stva RSFSR pravitel’stvu Velikobritanii, 17.7.1920, in: Dokumenty vnešnej politiki..., Bd. 3, S. 53.

400 Siehe NA, CAB 23/22 (7.7. – 28.10.20) – Conclusion of a Meeting of the Cabinet, 20 VII 1920. Siehe auch Čičerins Note an Curzon vom 23.7.1920, in: Dokumenty vnešnej politiki..., Bd. 3, S. 61–62; die britische Antwort vom 26.7.1920, in: DBFP, vol. VIII, S. 662.

Die westliche Geschichtsschreibung hebt den angeblich bedeutenden, positiven Beitrag dieser Mission zum endgültigen Sieg Polens über die Rote Armee im August 1920 hervor. Diese Mission und die Initiative Lloyd Georges selbst werden von dem amerikanischen Historiker Russell Bryant auf fast amüsante Weise als wichtigster Faktor für den polnischen Erfolg im Jahr 1920 dargestellt⁴⁰¹. Was der tatsächliche Zweck dieser Mission aus der Sicht von Lloyd George war, geht jedoch nicht aus solchen apologetischen Studien hervor, sondern aus den Quellen. Die wichtigsten sind und bleiben die Briefe von Maurice Hankey an den Premierminister, die Einträge in seinem Tagebuch und schließlich der Bericht, den Lloyd George rechte Hand – und in diesem Fall der einzige für den britischen Premierminister relevante Informant aus Warschau – nach London schickte. Es lohnt sich, einen etwas genaueren Blick auf diese Quellendokumentation zu werfen.

Hankey begann seine Beteiligung an der Mission mit Gesprächen in Paris (21./22. Juli) mit Ministerpräsident Millerand, Marschall Foch und dem ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Paderewski. Er schrieb gerne die Bemerkungen des von der Situation gebrochenen Paderewski auf, die seiner eigenen Haltung entsprachen: Polen sei bereits dem Untergang geweiht; die Mitglieder der alliierten Mission sollten dafür sorgen, dass sie schnell mit Flugzeugen aus Warschau evakuiert werden könnten, bevor die Bol'sheviki eindringen. Noch hoffnungsvoller war er angesichts der Gerüchte, die ihn von französischen Offizieren, die dem militärischen Teil der Mission angehörten, erreichten, dass der Sozialist Piłsudski bald die rechtmäßige Regierung in Warschau stürzen und einen sofortigen Frieden mit den Bol'sheviki schließen könnte. Hankey äußerte sich zu diesen Gerüchten in einem Schreiben an den Premierminister vom 23. Juli, in dem er feststellte, dass eine solche Lösung, auch wenn sie die Sowjetisierung Polens unter Piłsudski zur Folge hätte, gar nicht so schlecht wäre⁴⁰². Wir hätten Frieden und gleichzeitig keine Verpflichtungen gegenüber Polen, das die Beziehungen zu den westlichen Alliierten abbrechen würde. Hier wurde eines der wesentlichen Merkmale des Appeasements besonders deutlich: der Überdruß an übermäßigen Verpflichtungen, der Wunsch, das Problem loszuwerden, es mit möglichst geringen Kosten für sich selbst auf irgendeine Weise zu verdrängen, um endlich Ruhe vor dem „exotischen“ Plagegeist zu haben.

401 Russell Bryant, Lord D'Abernon; vgl. Davies, Sir Maurice Hankey,.

402 Siehe PA-LG, F/57/6/7, Brief Hankeys an Lloyd George (abgeschickt aus einem durch Deutschland nach Prag fahrenden Zug), 23.7.1920; auch F/57/6/5 i F/57/6/6, Briefe Hankeys an Lloyd George aus Paris vom 21. und 22.7.1920 (über die Gespräche mit Paderewski); auch die parallelen Aufzeichnungen in seinem Tagebuch: HNKY, Diary loose pages, 1/6/133–140 (Aufzeichnungen vom 21.–23.7.1920).

Am nächsten Tag informierte Hankey Lloyd George über seine Eindrücke von dem Gespräch, das er, Lord d'Abernon und die französischen Mitleiter der Mission, Jean Jules Jusserand und General Maxime Weygand, bei einem Zwischenstopp in Prag mit dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Tomáš Masaryk, geführt hatten. In der Person des tschechoslowakischen Staatsmannes fand Hankey den vollkommensten Vertreter seiner eigenen Gedanken und Ansichten über die Nutzlosigkeit jeglicher Hilfe für Polen. So berichtete er seinem Premierminister, wie die aktuelle Mission in Warschau – entsprechend den Wünschen Lloyd Georges – verstanden und umgesetzt werden würde. Dieser Satz muss hier unbedingt zitiert werden: „Während der gesamten Reise [nach Warschau] habe ich versucht, meinen Kollegen – insbesondere Lord d'Abernon, Herrn Jusserand und General Weygand – allmählich den Gedanken zu vermitteln, dass das Hauptziel unserer Mission ein Waffenstillstand [mit Sowjetrußland] und ein allgemeiner Frieden sei, und dass die militärische Unterstützung Polens, obwohl sie auch wichtig ist, nur eine Alternative sei, und zwar eine schlechte, für den Fall, dass wir keinen Waffenstillstand erreichen“⁴⁰³. Das Gespräch mit Masaryk war deshalb so nützlich, weil es dazu diente, Hankeys Kollegen in der Mission von dieser Sichtweise zu überzeugen. Denn der tschechoslowakische Präsident erklärte, dass Polen bereits endgültig geschlagen sei und dass es nicht möglich und nicht sinnvoll sei, ihm zu helfen. „Der Versuch, es [Polen] zu retten, wäre für uns eine Verschwendung von Zeit und Energie. Nicht einen Moment länger! Die Alliierten müssen bei einem solchen Rettungsversuch unweigerlich scheitern, und durch dieses Scheitern verlieren sie nur ihr Ansehen und ihre Fähigkeit, die Situation zu beeinflussen“⁴⁰⁴. Dies sei die einzig richtige Position, so Hankey. Er gab auch gerne andere Meinungen des tschechoslowakischen Präsidenten weiter, die mit denen von Lloyd George völlig übereinstimmten. Also: Der Bolschewismus könne nicht mit Waffen besiegt werden, sondern nur durch die Verbreitung der westlichen Zivilisation unter dem russischen Volk. Und dafür sei der Handel der beste Weg. Die Bol'seviki würden sich nun sicher für Verhandlungen mit England entscheiden... Präsident Masaryk, der erklärte, dass die Bol'seviki in zehn Tagen in Warschau

403 „Throughout this trip I have been trying gradually to force the idea on my colleagues – particularly Lord d'Abernon & M. Jusserand & General Weygand, that the main object of our mission is an armistice and a general peace, and that the military support to Poland, though important, is only an alternative and a bad one, if we cannot get an armistice“. HNKY, Diary loose pages, 1/6/133–142 (Aufzeichnung vom 24.7.1920).

404 „The Polish resistance had collapsed beyond possibility of repair [...] it was waste of time and energy on our part to try and repair it. Nay more! The allies, in making that attempt, must inevitably fail and would by their failure merely lose prestige and power to influence the situation“. Ebd. Vgl. den fast identischen Bericht über die Begegnung mit Präsident Masaryk in Hankeys Brief an Lloyd George aus Prag vom 24.7.1920, PA-LG, F/57/6/8.

sein würden, äußerte sich gleichzeitig absolut gelassen über die Zukunft seines Landes. Die Rote Armee würde die Tschechoslowakei nicht angreifen, da es sich um ein Land der Bauern und Kleinbauern handele (und nicht um ein Land der adligen „Herren“ wie Polen, wie der Präsident suggerierte) und außerdem sei es ein „äußerst demokratischer“ Staat – und die Demokratie sei die beste Barriere gegen den Bolschewismus. Was auch immer mit Polen geschehe, die Tschechoslowakei werde sich strikt an den Grundsatz der Nichteinmischung halten, brauche keinen militärischen Schutz an der neuen sowjetischen Grenze (nach der Besetzung Galiziens durch die Rote Armee) und könne nur die Einführung eines *cordon sanitaire* gegen die von der polnischen Seite drohende Typhusgefahr erwägen...⁴⁰⁵.

Polen mit einem *cordon sanitaire* abzuriegeln und nach der Eroberung durch die Rote Armee Frieden mit Moskau zu schließen – das sei die beste und vernünftigste Lösung der „polnischen Krise“. Mit dieser Einstellung betrat der persönliche Vertreter des britischen Premierministers zusammen mit den übrigen Mitgliedern der interalliierten Mission am Sonntagmorgen des 25. Juli Warschau. Den ausführlichen Bericht von Hankey über seinen Aufenthalt in Polen habe ich bereits im vorhergehenden Teil dieses Buches vorgestellt. An dieser Stelle sei an einige der Informationen und Kommentare erinnert, die Lloyd George aus Warschau zugeschickt wurden, sowie an private Kommentare aus Briefen an Hankeys Frau. Unmittelbar nach ihrer Ankunft traf die Leitung der Mission – Hankey, d’Abernon, Jusserand sowie die Generäle Weygand und Percy Radcliffe – zu einer Arbeitsbesprechung mit den Gesandten und Leitern der Militärmissionen beider Mächte in Warschau zusammen: Rumbold, de Panafieu und die Generäle Henrys und Carton de Wiart. Hankey teilte seinem Premierminister mit Bedauern mit, dass der Plan zur Absetzung von Piłsudski, der die Situation in Polen „heilen“ sollte, nicht durchführbar sei. Rumbold, de Panafieu, Henrys und Carton de Wiart erklärten den Neuanrückenden einmütig, dass dies zu diesem Zeitpunkt einen Bürgerkrieg in Polen bedeuten würde. Der Leiter der französischen Militärmission, General Henrys, ging sogar so weit, dass er den polnischen Staatschef und dessen Politik und Strategie im Krieg gegen die Bol’ševiki verteidigte. Das machte Hankey wütend. Man musste sich also auf die Idee beschränken, Piłsudski General Weygand als eine Art Aufseher zur Seite zu stellen, am besten als formaler Stabschef. In seinem Bericht über den Besuch bei Piłsudski am Nachmittag desselben Tages beschrieb Hankey ihn dem Premierminister in den düstersten Farben und mit einem Hauch von Groteske. Ein kegelförmiger (*conical*) Kopf mit einer Frisur im deutschen Stil, einem riesigen Kinn und einem so großen Schnurrbart – „das ist kein Kopf, der

⁴⁰⁵ Siehe HNKY, Diary loose pages, 1/6/133–144–145 (Eintrag vom 24.7.1920) sowie Brief Hankeys an Lloyd George aus Prag vom 24.7.1920, PA-LG, F/57/6/8, S. 3–5.

Ihnen gefallen würde“⁴⁰⁶. Vor allem aber, so betonte der britische Kabinettssekretär, sei der Staatschef nicht bereit, eine Kontrolle durch alliierte Offiziere zu akzeptieren. Er begründet dies mit den sprachlichen Schwierigkeiten, die französische oder britische Offiziere daran hindern würden, die Polen effizient zu befehligen. Die Antwort von General Radcliffe auf diesen Einwand ist bezeichnend: „Britische Offiziere befehligten in der ganzen Welt Truppen, die überhaupt kein Englisch konnten“⁴⁰⁷. Die Vertreter des Britischen Empire fühlten sich überall auf der Welt zumindest so, als wären sie im Sudan zu Hause ... Das Problem in Warschau war, dass es fast keine britischen Offiziere gab. Zwar trafen etwa 600 französische Offiziere ein, aber für eine polnische Armee von fast einer Million Mann war das immer noch nicht genug, um die Kontrolle effektiv zu übernehmen – zumal Piłsudski sich nicht gerne ausländischen Befehlshabern unterordnete. Am schlimmsten war jedoch die Tatsache, dass Piłsudski deutlich machte, dass er nicht an die Möglichkeit eines Waffenstillstands mit Sowjetrußland oder, genauer gesagt, an die aufrichtigen Absichten Moskaus glaube. In seinem Bericht war der bei diesem Gespräch anwesende General Percy Radcliffe bereit, Piłsudski Recht zu geben. Hankey hingegen kommentierte diese Bedenken so kritisch wie möglich – es seien die Polen, die den Waffenstillstand verzögerten, nicht die Bol’sheviki⁴⁰⁸!

Der britische Premierminister drängte, nachdem er das Telegramm Čičerins mit der Zustimmung zu Gesprächen in London erhalten hatte, nun seine Gesandten in Warschau, die Polen zu zwingen, so schnell wie möglich einen Waffenstillstand mit Sowjetrußland zu schließen. Hankey gratulierte seinem Chef zu dessen großartigem Erfolg: Vertreter der sowjetischen Regierung hatten sich bereit erklärt, zu politischen Gesprächen nach London zu kommen. Er schrieb am 28. Juli: „Alle Mitglieder der britischen Mission spürten sofort, dass dies eine Entspan-

406 „It is not a head that you would like at all“. Brief Hankeys an Lloyd George aus Warschau vom 26.7.1920, PA-LG, F/57/6/9, S. 4. Einen interessanten Vergleich zu dieser Beschreibung liefert ein Brief, den Lord d’Abernon am selben Tag an Lloyd George schickte und in dem er dem „lieben George“ ebenfalls von seinen Eindrücken von seinem Treffen mit Piłsudski berichtete. Der Leiter der Interalliierten Mission porträtierte den sich als Napoleon stilisierenden polnischen Staatschef fast als Doppelgänger des 1914 in Sarajewo erschossenen Erzherzogs Franz Ferdinand. Unstillbarer Ehrgeiz, so viel zum Mangel an großen Fähigkeiten. „Wie die meisten Polen hasst er Rußland noch mehr, als er Polen liebt“ (*Like most of Poles he hates Russia even more than he loves Poland*). Brief d’Abernons an Lloyd George vom 26.7.1920 aus Warschau, PA-LG, F/57/6/10.

407 „British officers all over the world had been commanding troops who knew no English at all“. Brief Hankeys an Lloyd George aus Warschau vom 26.7.1920, PA-LG, F/57/6/9, S. 5.

408 Ebd., S. 6. Vgl. NA, CAB 21/180 (Mission to Poland), Report on the Franco-British Mission to Poland. July – August, 1920, by Sir Percy Radcliffe, S. 5 (Eintrag vom 26.7.1920).

nung (*détente*) der gesamten Situation mit sich brachte⁴⁰⁹. Hier erscheint in der Nachricht von den sich bereits abzeichnenden Verhandlungen mit den Abgesandten Lenins ein Wort, das eines Tages neben dem Begriff des *Appeasements* auftauchen wird – es ist *détente*, eine Entspannung in den Beziehungen zwischen den Mächten, zwischen den beiden ideologischen Blöcken, die endlich Bereitschaft zur Zusammenarbeit zeigen... Hankey bemerkte natürlich, dass nicht nur die Polen, sondern auch die Franzosen die britische Begeisterung für eine solche Aussicht nicht teilten. Die Polen befürchteten offensichtlich, so der englische Gesandte, dass sie für diese Lockerung bezahlen würden; sie hofften, in bilateralen Gesprächen mit den Bol'sheviki selbst mehr zu erreichen (z. B. in der Frage Ostgaliziens, dessen möglicher Verlust, wie in der Note Curzons vom 11. Juli angekündigt, für sie nicht zu verschmerzen sei) als durch die Vermittlung Londons. Hankey selbst äußerte sich pessimistisch über die Möglichkeit, dass die Polen Warschau und Lemberg, die bereits von einem direkten Angriff der Roten Armee bedroht waren, halten könnten. Am Rande sei bemerkt, dass dieser Pessimismus durch das Gespräch, das er an diesem Tag mit Roman Dmowski führte, noch verstärkt wurde. Der Führer der Nationaldemokratie machte keinen guten Eindruck auf ihn – kränklich, düster, eine Hinwendung Rumpf-Polens unter Pilsudski zu Deutschland vorhersagend. Dies passte nicht zu Lloyd Georges Plänen für einen möglichst baldigen Waffenstillstand an der sowjetisch-polnischen Front. Wie würde sich dies mit der Überzeugung vereinbaren lassen, dass die Eroberung Warschaus durch die Rote Armee unmittelbar bevorstand? Das war es, was Hankey noch nicht wusste⁴¹⁰.

Wie ich im vorigen Teil dieses Buches geschrieben habe, stimmte Lloyd George in diesem kritischen Moment bestimmten Gesten gegenüber Warschau zu, um Ministerpräsident Millerand nicht völlig zu verprellen, wie z. B. dem Versprechen, den Hafen von Danzig (trotz eines Streiks der dortigen Hafentarbeiter) für die Lieferung von Ausrüstungsgütern an ein ums Überleben kämpfendes Polen zu öffnen. Solche Gesten waren notwendig, damit die in London geplanten Gespräche nicht durch französische Einwände blockiert würden. Lloyd Georges phänomenale Fähigkeit, zwischen der französisch-konservativen Skylla und der sowjetisch-labouristischen Charybdis zu manövrieren, erwies sich vorerst als wirksam. Kamenev und Krasin fuhren schließlich auf einem britischen Zerstörer nach England. Bekanntlich wurden die Gespräche am 4. August unter Beteiligung des Premierministers, Kerrs, Bonar Laws und des pro-bolschewistischen Beraters Wise, aber ohne Curzon und Churchill, wieder aufgenommen. Die Rote Armee stand zu diesem

409 „All the Members of the British Mission felt at once that it had brought about a détente [Unterstreichung im Original] in the whole situation“. Brief Hankeys an Lloyd George aus Warschau vom 28.7.1920, PA-LG, F/57/6/11, S. 1.

410 Ebd., S. 9–11.

Zeitpunkt schon fast am Stadtrand von Warschau. Nun waren Hankeys Zusicherungen an den Premierminister, dass Polen ohnehin dem Untergang geweiht sei, nützlich. Der britische Kabinettssekretär schrieb bereits am 27. Juli in einem Brief aus Warschau an seine Frau Adelina unverblümt darüber. Darin spottete er über die schillernden Figuren des polnischen politischen Lebens, die er treffen musste – wie den neuen bäuerlichen Ministerpräsidenten Wincenty Witos – und erklärte, die ganze Mission sei sehr amüsant, aber „offen gesagt – eine Zeitverschwendung“ (*frankly – waste of time*). In demselben Brief beschrieb er einen Besuch im jüdischen Viertel in Warschau auf Einladung Rumbolds als Vorboden des unvermeidlichen Zusammenbruchs Polens. Er war der Ansicht, dass ein großes Pogrom spätestens in einigen Tagen unvermeidlich sei (fügen wir hinzu: ein solch großes Pogrom an den Warschauer Juden würde erst 23 Jahre später von den „zivilisierten“ Deutschen durchgeführt werden). Das „wilde Polen“ ist es nicht einmal wert, verteidigt zu werden – eine solche Schlussfolgerung ergibt sich von selbst⁴¹¹. Hankey hat dies in dem bereits im vorigen Abschnitt dieses Buches besprochenen Bericht, den der Premierminister in den ersten Augusttagen erhielt, noch nachdrücklicher zum Ausdruck gebracht. Ich erinnere daran, dass der Bericht mit der eindeutigen Schlussfolgerung endete: ein Polen zwischen Deutschland und Russland ist nicht zu halten. Es sei notwendig, sich der Verantwortung für dessen Schicksal zu entziehen und dessen Regelung den großen Nachbarn Polens zu überlassen⁴¹².

Reginald Leeper teilte dem britischen Gesandten in Warschau zu diesem Zeitpunkt mit, dass im Foreign Office die Meinungen darüber auseinandergingen, ob sich die „gemäßigte“ Fraktion der Bol'seviki durchsetzen und in London eine Art Vertrag unterzeichnet würde, bei dem Warschau verschont bliebe, oder ob sich die radikale Richtung durchsetzen würde, deren Anhänger Polen den Garaus machen und eine gemeinsame Grenze mit Deutschland erhalten wollten. Sollte sich die letztere Richtung durchsetzen, so Leeper, dann haben wir keine Pläne für die Rettung⁴¹³. Lloyd George war in seinem Engagement für eine Aussöhnung mit Lenins Russland so weit gegangen, dass er keine Wahl mehr hatte – er musste die Prämisse akzeptieren, dass diese Aussöhnung stattfinden würde. Eine Alternative zu einem solchen Szenario hatte er nicht. Dies bemerkte auch Marschall Wilson nach den Gesprächen des Premierministers mit Lev Kamenev am 4. August. Ir-

411 HNKY 3/28, Briefwechsel Hankeys mit seiner Frau Adelina, S. 57–59, Brief aus Warschau vom 27.7.1920.

412 Siehe NA, CAB 21/180, Mission to Poland – Personal Report by Sir M. Hankey on His Visit to Warsaw [July – August 1920]. Zur antipolnischen Haltung Hankeys im Juli 1920 siehe auch Debo, *Survival*, S. 225–226.

413 OU-BL, RP, dep. 27: Correspondence, June – Oct. 1920, Bl. 103–205 (Brief R. Leepers an Rumbold vom 31.7.1920).

gendwann schickte Lloyd George eine Nachricht an Churchill, der vor der Tür des Arbeitszimmers stand, in dem die Verhandlungen stattfanden, dass er seinen sowjetischen Partnern damit gedroht habe, die britische Flotte in die Ostsee zu schicken, falls die Rote Armee ihren Angriff auf Warschau nicht einstellte. Als Churchill dies Wilson mitteilte, kommentierte Wilson mitleidig: Warum den Bol'seviki mit Krieg drohen, wenn wir in den Gesprächen mit ihnen bereits alle unsere Trümpfe ausgespielt haben. Letztendlich werden wir ihnen doch nichts tun⁴¹⁴. Auch Churchill hatte die Hoffnung verloren. In einem ausführlichen Memorandum Ende Juli brachte er seinen Pessimismus zum Ausdruck. „Nichts kann Polen jetzt noch retten. Wahrscheinlich wird sein von Russland geraubtes Gebiet in zwei Etappen, unter dem einen oder anderen Deckmantel in das russische System integriert werden. Ich vermute, dass das gleiche Schicksal bald auch Litauen, Lettland und Estland ereilen wird“. Der Kriegsminister ging davon aus, dass Moskau in der zweiten Phase der sowjetischen Expansion seine Kräfte mit Berlin vereinen würde. Sein Rat in dieser Situation war, zu versuchen, Deutschland vom „roten“ Russland wegzulocken und mit ihm ein Bündnis zur Verteidigung der westlichen Zivilisation zu schließen, obwohl Frankreich dem wahrscheinlich nicht zustimmen würde. Es bliebe folglich, sich ganz aus den Angelegenheiten des europäischen Kontinents zurückzuziehen und, gestützt auf die Stärke der britischen Marine und Luftwaffe, nach amerikanischem Vorbild eine isolationistische Haltung einzunehmen. In jedem Fall schloss Churchill sein Memorandum mit den Worten: „Ich bin sicher, dass das britische Volk nicht die Absicht hat, für Polen zu kämpfen, was auch immer mit diesem geschieht. Die dürftige Unterstützung, die wir ihm in irgendeiner Weise zukommen lassen könnten, würde das Schicksal Polens nicht ändern, aber uns zu Hause sehr große Schwierigkeiten bereiten. [...] Wir können unsere Nation nur spalten und würden gleichzeitig Polen doch nicht wirksam helfen“⁴¹⁵.

Es blieb dabei, so zu tun, als ob man an die Möglichkeit glaubte, Polen zu helfen, indem man bei den Vertretern Moskaus für dieses Land warb. Die eigentümliche Verzweiflung des britischen Premierministers, die ihn dazu brachte, nicht nur die Polen, die französischen Politiker oder seine eigenen Minister zu täuschen,

414 Sir Henry Wilson, Diary, 4.8.1920, in: The Churchill Documents, vol. 9, S. 1158–1159.

415 „Nothing can now save Poland. Possibly in two stages, under some camouflage or other, the Russian part of her will be re-absorbed in the Russian system. I apprehend that the same fate will speedily overtake Lithuania, Latvia and Esthonia. [...] I am sure the British nation is not going to fight for Poland whatever happened to her. The little paltry help that we could ever give anyhow would not offset the fate of Poland, although it would cause very great difficulties here at home. [...] We should only split our own nation without effectively aiding Poland“. W. Churchill, „Draft Cabinet memorandum“ [verfasst Ende Juli 1920, zurückgezogen am 29.8.1920, in Verbindung mit der veränderten Lage in Polen; A. N.], CCC, CHAR, 22/3: Official Cabinet papers, correspondence and notes, 8.6. – 7.12.1920, S. 17–26; dass. in: The Churchill Documents, vol. 9, S. 1190–1194.

sondern auch sich selbst, wird durch die Tatsache belegt, dass zeitgleich mit der Ankunft der sowjetischen Delegation die von den Spezialisten des Marineministeriums entschlüsselten Depeschen des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten an Kamenev und Krasin im Büro des Premierministers eintrafen. Aus ihnen konnte man die wahren Absichten Moskaus herauslesen: die bestochene oder manipulierte britische Presse („Daily News“ und „Daily Herald“) und die gewerkschaftliche Protestbewegung gegen jegliche Hilfe für Polen zu nutzen, um in England eine subversive Stimmung zu schüren. Curzon könne vollständig ignoriert werden. Die Gespräche mit Lloyd George müssten so geführt werden, dass er mit Millerand in Streit gerät und die britisch-französische Zusammenarbeit zerbricht⁴¹⁶. Wie reagierte der britische Premierminister auf diesen offensichtlichen Beweis für den bösen Willen seiner sowjetischen Gesprächspartner? Er tat so, als gäbe es das Problem nicht. In einer Note an den Leiter der Mission in Warschau, Lord d’Abernon, die unmittelbar nach den Londoner Gesprächen mit Kamenev am 4. August verfasst wurde, wies der Premierminister (bzw. Kerr in seinem Namen) an, den Druck auf die polnische Regierung zu verstärken, um der sowjetischen Seite keinen Vorwand für die Fortsetzung ihres Angriffs auf Polen zu liefern. Nur so könne man die guten Absichten der Sowjets auf die Probe stellen – wenn Warschau ein Maximum an Nachgiebigkeit gegenüber ihren Forderungen zeige. Wenn jemand für das Scheitern der Londoner Verhandlungen verantwortlich gemacht werde, dann könne es nur Polen sein, wenn es die Waffenstillstandsgespräche mit Russland verzögere, und noch mehr, wenn es „unvernünftig im Hinblick auf die Bedingungen eines Waffenstillstands“ (*unreasonable with regard to the terms of an armistice*) sei, die die Sowjets diktieren würden⁴¹⁷.

Lloyd George gab am 4. und 5. August noch vor, Moskau mit einer neuen Seeblockade in der Ostsee zu drohen, obwohl nicht nur Marschall Wilson, sondern auch Admiral David Beatty erklärten, dass dies ein Bluff sein könnte. Der Premierminister behauptete auch, dass er die Tschechoslowakei zur Unterstützung Polens auffordern würde, obwohl er aus Hankeys Bericht wusste, dass es dafür nicht die geringste Chance gab, es sei denn, Sowjetrussland würde dem Feind akzeptable Waffenstillstandsbedingungen anbieten. Aber eigentlich wartete er darauf, dass Kamenev oder Krasin auch nur den Anschein von Kompromissbereitschaft zeigten, um die Franzosen davon zu überzeugen, dass die Idee von Gesprächen mit Sowjetrussland in London wirklich alternativlos war⁴¹⁸. Um diesen Anschein zu erwecken, ging er bei seinen Treffen mit Lev Kamenev immer weiter: von der Posi-

416 Diese Depeschen und die ausbleibende Reaktion von Seiten Lloyd Georges kann man u. a. finden bei: Fry, Fortune, S. 436–437.

417 Siehe PA-LG, F/57/6/15, Following from Prime Minister for Lord d’Abernon, 4.8.1920.

418 Fry, Fortune, S. 437–438.

tion des Friedensstifters in einem internationalen Konflikt zur Rolle des Sprechers der Interessen des Kremls. Am 6. August schlug Lloyd George in einem fünfständigen Gespräch mit der sowjetischen Delegation (auf britischer Seite wurde der Premierminister von Bonar Law, Feldmarschall Wilson, Kerr und dem bereits aus Warschau angereisten Hankey begleitet) die für die Bol'sheviki günstigste Waffenstillstandsformel vor. Marschall Wilson war sowohl über diese Formel als auch über die Art und Weise erstaunt, in der der Premierminister mit diesem, wie er Kamenev und Krasin in seinem Tagebuch beschrieb, „schurkischen Paar von Halunken“ (*a villainous pair of scoundrels*) sprach. Wir wissen bereits, dass Wilson Polen nicht besonders wohlgesonnen war, geschweige denn, dass er es im August 1920 militärisch unterstützen wollte. Unmittelbar nach dem Treffen am 6. August notierte er jedoch diese interessanten Bemerkungen: „Ich war entsetzt über die Art und Weise, wie L. G. vor diesen Ganoven [d. h. Krasin und Kamenev] von den Franzosen sprach und über sie herzog. Aber auch die fast unterwürfige Haltung, mit der er den Russen den Hof machte und er den Polen gegenüber feindlich gesinnt war... Der ganze Ton von L. G. schockierte mich in höchstem Maße. Er stand auf freundschaftlichem Fuß [Hervorhebung im Original] mit Kamenev und Krasin. [...] Es war mir ganz klar, dass alle drei [Lloyd George, Kamenev und Krasin] von der Besetzung Warschaus durch die Bol'sheviki ausgingen und dass L. G. sie billigte“⁴¹⁹. Ausdruck dieser Zustimmung war ein auf dem Treffen angenommener Entwurf für einen Waffenstillstand ab dem 9./10. August, der beide Armeen – die auf Warschau vorrückende Rote Armee und die die Hauptstadt verteidigende polnische Armee – in ihren damaligen Positionen belassen sollte. Dieser zehntägige Waffenstillstand hätte die Aufnahme von polnisch-sowjetischen Verhandlungen in Minsk ermöglicht, bei denen die Demarkationslinie und die vorläufigen Friedensbedingungen festgelegt worden wären. In dieser Zeit würde sich Großbritannien verpflichten, alle Hilfen für Polen, einschließlich des Transports von Kriegsgerät über Danzig, einzustellen, Frankreich dazu zu bewegen, das Gleiche zu tun und die Polen von jeglicher Verstärkung ihrer Front abzuhalten. Um die Glaubwürdigkeit dieses Angebots zu testen, sollte die sowjetische Seite die uneingeschränkte Kontrolle über den Hafen von Danzig und, wie Hankey angedeutet hatte, über alle polnischen Eisenbahnverbindungen ins Ausland erhalten. Die an Kamenev gericht-

419 „I was horrified at the way L. G. spoke of & referred to the French in front of these cut-throats. And also in [sic!] the almost servile way in which he looked after Russian interests & was hostile to the Poles... The whole tone of L. G. shocked me very much. He was with friends [Hervorhebung im Original] in Kamenev & Krassin [...] It was quite clear to me that all three knew, & that L. G. approved of the occupation of Warsaw by the Bolsheviks“. Zitiert nach dem Tagebuch von Feldmarschall Henry Wilson vom 6.8.1920, nach: Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 276.

tete Note enthielt jedoch keine analoge Forderung an die sowjetische Seite, nämlich eine gewisse Form der alliierten oder polnischen Kontrolle an der Frontlinie der Roten Armee zuzulassen. Großbritannien übernahm also die Rolle des Garanten, während Warschau passiv auf Lenins Entscheidung warten würde: entweder Frieden zu schließen (und zu welchen Bedingungen) oder Polen mit den während des Waffenstillstands verstärkten Truppen der Roten Armee den Garaus zu machen. Moskau sollte bis zum 8. August auf diesen Vorschlag antworten. Der Premierminister teilte diese Bedingungen in einer Depesche an Rumbold am folgenden Tag mit und verpflichtete den britischen Gesandten zu einem harten Ultimatum an die polnische Regierung: Entweder sie akzeptiere die Formel, die Lloyd George Kamenev vorgelegt hatte, oder Großbritannien werde Polen keine Hilfe mehr gewähren⁴²⁰.

Rumbold hatte genug. Er bereitete die Evakuierung der Gesandtschaft nach Posen vor. Er sah die reale Bedrohung durch die bolschewistische Invasion aus nächster Nähe. Verzweifelt schrieb er an seine Tochter: „In der Tat ist die ganze Angelegenheit sehr tragisch... Man fragt sich, was unsere Regierung tun wird... Sie ist von den Bolschewiken getäuscht worden und hat [bei den Verhandlungen mit ihnen] mehr Dreck geschluckt, als ihr guttut. Sie sollte Russland den Krieg erklären... Aber – wird sie das tun?“⁴²¹. Anstelle einer solchen Entscheidung musste Rumbold einen anderen Auftrag aus Downing Street entgegennehmen, den er nicht verstand und nicht akzeptierte. In der Zwischenzeit funktionierte die wundersame Waffenstillstandsformel, die am 6. August in London diktiert worden war, nicht, und die Rote Armee setzte ihren Vormarsch auf direktem Weg nach Warschau fort.

Und Lloyd George bot Polen nach seinem Treffen mit Millerand am 8. und 9. August in Hythe nur eine spezifische „Militärhilfe“ an. Dabei sollte Józef Piłsudski, der gerade die letzten Befehle für die Verteidigung der Hauptstadt vorbereitete, das Oberkommando entzogen und die Befehlsgewalt über die polnische Armee an General Weygand übergeben werden. Wenn die Polen eine solche Empfehlung der Westalliierten akzeptierten und den Kampfgeist von mindestens 22 ihrer Divisionen zeigten, und sei es nur an der Weichsel, würden die Westmächte (Frankreich und Großbritannien) ihnen zwar keine Soldaten oder Flugzeuge schicken, sich aber immerhin verpflichten, „Druck“ auf Sowjetrußland auszuüben, damit es

420 PA-LG, F/57/6/19, Following for Sir Horace Rumbold from Prime Minister, 7.8.1920; vgl. Draft Notes of a Conference held at 10, Downing Street, on Friday, August 6, 1920, DBFP, vol. VIII, S. 681–708.

421 „In reality the whole thing is very tragic... We are wondering what our Government are going to do... They have been flouted by the Bolsheviks and have eaten more dirt than is good for anybody... They ought to declare war on Russia... But will they?“. OU-BL, RP, dep. 27: Correspondence, June – Oct. 1920, Bl. 115 (Brief Rumbolds an seine Tochter vom 5.8.1920).

„die polnische Unabhängigkeit respektiert“. Lloyd George beharrte jedoch darauf, dass dies nicht notwendig sei, da schließlich die polnisch-sowjetischen Friedensverhandlungen in Minsk beginnen sollten. Kurz gesagt, der britische Vertreter in Warschau sollte diesmal eine Botschaft an die polnische Regierung übermitteln: Schmeißt Piłsudski raus, und dann werden wir eine Form von „Druck“ auf Sowjetrussland in Betracht ziehen. Das Beste ist jedoch, so schnell wie möglich einen Friedensvertrag mit Moskau zu unterzeichnen, einen, den Ihr verdient⁴²². Diese Situation kommentierte Rumbold in einem Brief an seine Stiefmutter, den er nach der Evakuierung der Gesandtschaft von Warschau nach Posen schrieb. Er erklärte, er wolle endlich dieses Land verlassen, in dem er seinen Auftrag nicht gemäß seinem Berufskodex erfüllen könne. Das Foreign Office hatte keinen Einfluss mehr auf die britische Politik gegenüber der sowjetisch-polnischen Krise. „Der diplomatische Dienst, so wie er jetzt geführt wird, über den Kopf des Foreign Office hinweg, ist kein Ort mehr für einen Mann, der von der angemessenen Tradition geprägt ist, ja ich fürchte, der Dienst für diese Regierung ist kein geeigneter Ort für einen Gentleman“⁴²³.



Abb. 12: General Maxime Weygand auf einer Fotografie aus dem Jahre 1930; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

422 PA-LG, F/202/2/3, Following for Sir Horace Rumbold from Lord Curzon (faktische Redaktion durch Kerr), 9.8.1920.

423 „Run as it is now – over the head of the Foreign Office – the diplomatic service is no place for a man trained in proper tradition – in fact I doubt whether the Government service is a proper place for gentlemen“. OU-BL, RP, dep. 27: Correspondence, June – Oct. 1920, Bl. 122–123 (Brief Rumbolds an seine Stiefmutter vom 18.8.1920).

Auf dem bereits erwähnten Treffen der „letzten Chance“ für Polen, das Lloyd George mit Millerand am 8. und 9. August im Lympe Palace in Hythe am Ärmelkanal abhielt, wurde vereinbart, dass die Alliierten „keinen endgültigen Bruch mit Russland ankündigen“ würden (d. h. die Einstellung der in London begonnenen Verhandlungen mit Kamenev), bis das Ergebnis der polnisch-sowjetischen Waffenstillstandsgespräche, die in Minsk beginnen sollten, bekannt wäre. Wenn sich „herausstellen sollte“, dass die von der sowjetischen Seite auferlegten Waffenstillstandsbedingungen mit der Unabhängigkeit eines auf die ethnographischen Grenzen (d. h. wie sie von Moskau bestimmt würden) beschränkten Polens unvereinbar wären und die polnische Seite die in den Anweisungen an Rumbold aufgeführten Erwartungen erfüllte, würden die Alliierten die Möglichkeit einer Ostseeblockade in Betracht ziehen. Es wurde jedoch sofort festgelegt, dass sich die Blockade als unmöglich erweisen könnte, wenn Finnland seine Häfen und Flugplätze nicht zur Verfügung stellen würde, und erst recht, wenn Danzig in die Hände des Feindes, d. h. der Sowjets, fallen würde. Auf Wunsch von Millerand wurde auch die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der alliierten Hilfsmission an der Seite von General Wrangel' auf der Krim angesprochen. Wenn also Sowjetrußland offen dazu übergehe, den polnischen Staat zu liquidieren (als ob es das nicht schon durch den direkten Angriff auf die polnische Hauptstadt getan hätte), könnten die westlichen Alliierten versuchen, die sowjetische Flotte in der Ostsee zu blockieren, aber sie rechneten schon im Voraus damit, dass ihnen das nicht gelingen werde. Vielleicht würden sie stattdessen zulassen, die Agonie des „weißen Russlands“ auf der Krim zu verlängern. So und nicht anders lauteten die Beschlüsse, auf die sich Lloyd George und der französische Ministerpräsident auf der letzten Konferenz vor dem Sturm der Roten Armee auf Warschau beschränkten⁴²⁴.

In diesem Zusammenhang, mit aufeinanderfolgenden Zugeständnissen, vorge-täuschten Drohungen gegenüber Moskau und ständigem Druck auf Warschau, kann man auch die Entscheidung besser verstehen, die ich bereits im vorigen Kapitel skizziert habe: die Entscheidung Lloyd Georges, die Bedingungen für Polen, die Lev Kamenev am 10. August dem britischen Parlament vorlegte, als ausreichend zu betrachten. Ausreichend für Polen selbst, das sie akzeptieren sollte, und für Großbritannien, um in London mit einer hochrangigen sowjetischen Delegation die Gespräche über eine neue politische und wirtschaftliche Ordnung in Europa fortzusetzen. Ich möchte daran erinnern, dass dies Bedingungen waren, die die Sowjetisierung Polens bedeuteten. Dies zeigt sich am deutlichsten in der Forderung Kamenevs, die polnische Armee auf nur noch 50.000 Soldaten zu demobilisie-

424 NA, CAB 23/22 (7.7. – 28.10.1920), Nr. 46 (20) vom 9.8.1920 – Appendix II: Resolutions adopted by the British and French Delegation at the meeting at Lympe, 9.8.1920, sowie der Annex: The Blockade and the Naval Measures

ren (von der aktuellen Obergrenze von etwa 900.000) und ihre Bewaffnung von einer „Bürgermiliz“ übernehmen zu lassen, d. h. dem Kern einer polnischen Roten Armee, die sich bereits im Rücken der sowjetischen Front formierte. Die Waffenstillstandslinie sollte dort gezogen werden, wo sich die Truppen gerade befanden, d. h. am Stadtrand von Warschau. Und dies waren die Bedingungen, die Lloyd George dem britischen Gesandten in Warschau auftrug, der polnischen Regierung zur Annahme als legitime, von London unterstützte Grundlage für einen Frieden zwischen Sowjetrussland und Polen zu empfehlen⁴²⁵.

General Percy Radcliffe, der britische stellvertretende Leiter des militärischen Teils der interalliierten Mission in Polen, konnte am 11. August mit eigenen Augen sehen, welch entmutigenden Eindruck diese Entscheidung seiner Regierung, die die faktische Kapitulation Polens vor der Roten Armee bedeutete, in Warschau hinterlassen hatte. „Dass die [polnische] Regierung und die Armee unter diesen Bedingungen unverdrossen gekämpft haben, ist sicherlich eine bemerkenswerte Leistung“, vermerkte er in seinem Bericht, der bereits am 1. September 1920 verfasst wurde⁴²⁶. Noch am 17. August, als die Zeitungen über den direkten Angriff der Roten Armee auf Warschau und die erstarkende polnische Verteidigung berichteten, vertrat die britische Regierung die Auffassung, dass sie „abwarten sollte, bis sich die Lage in Polen so weit entwickelt hat, dass der gute Glaube oder das Fehlen eines solchen seitens der bolschewistischen Regierung vollständig festgestellt werden kann“⁴²⁷. Hankey hatte keinen Zweifel: Die Entscheidung des Premierministers vom 10. August war richtig. Er schrieb ihm deswegen fünf Tage später, als Lloyd George bereits zu seinen politischen Ferien nach Luzern aufbrach (er reiste am 18. August ab), wo er auch den italienischen Ministerpräsidenten Giovanni Giolitti von seiner Politik der Kapitulation gegenüber Moskau überzeugen wollte. Die Worte von Hankey sollten ihn in dieser Absicht bestätigen: „Unsere Position [zu Polen] scheint mir richtig, logisch, korrekt zu sein, die Überzeugung der öffentlichen Meinung unseres Landes widerzuspiegeln und in der Presse perfekt wiedergegeben zu werden. Es wäre Polen gegenüber sehr ungerecht, wenn es sich

425 Siehe Nota Predsedatelja Delegacii Sovetskogo Pravitel'stva v Londone Premier-Ministru Velikobritanii Llojd-Džordžu, 9.8.1920, in: Dokumenty vnešnej politiki, Bd. 3, S. 100–101; vgl. NA, CAB 23/22 (7.7. – 28.10.1920) – Minutes of a Conference of Ministers held at the House of Commons, 10 August, 1920.

426 „That both the [Polish] Government and the Army should have fought undismayed in these circumstances is surely a creditable performance“. NA, CAB 21/180 (Mission to Poland), Report on the Franco-British Mission to Poland. July – August, 1920, by Sir Percy Radcliffe, S. 5 (Eintrag vom 26.7.1920), S. 19.

427 „The Government should wait until the situation in Poland had further developed, when the bona fides or otherwise of the Bolshevik Government would be fully established“. NA, CAB 23/22 (7.7. – 28.10.1920), CAB 49 (20), Conclusions of a Meeting of the Cabinet, August 17, 1920.

irgendwelchen Illusionen hingeben und es über unsere wirkliche Haltung im Unklaren gelassen würde“⁴²⁸. Hankeys einzige Sorge war, dass die Position Frankreichs, das sich am 11. August entschieden von der Appeasement-Politik gegenüber Moskau distanziert hatte, das Vertrauen der Bol’sheviki in die Westmächte schwinden lassen und damit Lloyd Georges anhaltende Hoffnungen auf politische Gespräche in London zerstören könnte. Er bedauerte auch, dass man Kamenev am 10. August nicht versprochen hatte, dass Großbritannien die Entwaffnung Polens garantieren würde – ein solches Versprechen hätte das Vertrauen der Gesandten Lenins stärken können. Wenn sich die Polen nun weigerten, die sowjetischen Bedingungen zu erfüllen, solle Großbritannien schließlich seine Hände in Unschuld waschen und d’Abernon und General Radcliffe aus Polen abziehen⁴²⁹.

Am 20. August war es schwieriger, eine solche Position zu halten. Polen hatte im Alleingang eine große Schlacht gegen die Rote Armee bei Warschau gewonnen. Die Nachricht von der Niederlage der sowjetischen Operation und dem Rückzug der Roten Armee kam sowohl über diplomatische Kanäle – von d’Abernon und von Rumbold – als auch in der britischen oder französischen Presse. Bereits von Luzern aus, wo er sich dem Premierminister angeschlossen hatte, schrieb Hankey an Rumbold, dass er froh sei, dass sich die Hoffnungen des britischen Gesandten in Warschau erfüllt hätten und dass sich die Polen doch genug mobilisiert hätten, um die sowjetische Invasion vor den Toren ihrer Hauptstadt abzuwehren. Er räumte ein, dass er persönlich nicht daran geglaubt habe, „aber bei so emotionalen Menschen wie den Polen ist alles möglich“⁴³⁰. Doch bereits am selben Tag hatte er in einem Brief an Lord d’Abernon eine Interpretation der Politik seines Premierministers entwickelt, die es ihm ermöglichte, sich selbst (und Lloyd George) erneut zu beglückwünschen: Sie waren es, die Polen und Europa durch die Entsendung der alliierten Mission nach Warschau gerettet hatten. Die britischen Berater hatten die Polen letztendlich gezwungen, sich wirksam zu verteidigen... Doch nun hatten sie eine neue Aufgabe, denn, wie Hankey schrieb, befürchtete der Premierminister, dass die Polen zu unnachgiebig gegen die Bol’sheviki werden könnten. Sie müssten gezwungen werden, so bald wie möglich einen Friedensvertrag mit Lenin zu unterzeichnen, vorzugsweise zu Bedingungen, die Großbritannien bereits als „fair, logisch und korrekt“ vorgeschlagen hatte, nämlich solche, die Moskau gefal-

428 „Our attitude appears to me to be just, logical, correct, representation of the entire public opinion of the country, and admirably voiced in the press. It would be very unjust to Poland to allow her to nourish any illusions, or to have left her in doubt as to our real attitude“. PA-LG, F/24/3/6, Brief Hankeys an Lloyd George vom 15.8.1920.

429 Ebd.

430 „With an emotional people like the Poles all things are possible“. OU-BL, RP, dep. 27: Correspondence, June – Oct. 1920, Bl. 124 (Brief Hankeys an Rumbold vom 20.8.1920).

len würden. Fünf Tage später gratulierte Hankey d'Abernon erneut, diesmal im Namen von Lloyd George selbst, zum Sieg in der Schlacht von Warschau. Dies wurde begleitet von einer persönlichen Note des Premierministers an d'Abernon als Retter Polens⁴³¹. Der britische Premierminister konnte nicht zugeben, dass die Polen in der Lage gewesen waren, aus eigener Kraft etwas richtig zu machen. Sie hatten nur durch einen aufgeklärten Rat aus London vor sich selbst gerettet werden können. Lloyd George war geblendet von seinem tiefsitzenden Groll gegen die Polen, die seine Pläne immer wieder verkomplizierten und die die schönen Pläne der mit den Mitgliedern des bolschewistischen Politbüros vereinbarten europäischen Ordnung zunichtemachten.

Ich möchte jedoch hinzufügen, dass gerade der Empfänger der Glückwünsche des Premierministers, Lord d'Abernon, in seinen Briefen aus Warschau nach dem Sieg betonte, dass der Sieg das Verdienst der polnischen Soldaten und ihres tapferen Kampfes sowie desjenigen war, der den klugen strategischen Plan für die Warschauer Operation ausgearbeitet hatte. Er ließ offen, ob es sich um Pilsudski, den Generalstabschef General Tadeusz Rozwadowski oder jemand anderen handelte, aber er ließ keinen Zweifel daran, dass es jemand aus dem polnischen Oberkommando gewesen war. Er war zu nahe an der Schlacht von Warschau gewesen, um nicht zu wissen, wer sie gewonnen hatte⁴³². Auch Churchill hatte keine Zweifel. Sein pessimistisches Memorandum von Ende Juli, in dem er den unausweichlichen Untergang Polens vermutete, kommentierte er mit den Worten: „Beiseitelegen [ins Archiv]. Glücklicherweise durch die Ereignisse überflüssig geworden. Polen hat sich durch seine Anstrengungen selbst gerettet und wird, wie ich hoffe, durch sein Beispiel Europa retten“.⁴³³ Churchill appellierte noch einmal an den Premierminister, die Gespräche mit Kamenev und Krasin endlich abzubrechen. Ihr böser Wille war bereits schwer zu verbergen (selbst vor den Mitgliedern der britischen

431 NA, CAB 21/180 (Mission to Poland), Brief Hankeys an d'Abernon vom 25.8.1920 sowie die beigefügte handschriftliche Notiz mit den Glückwünschen von Lloyd George.

432 NA, CAB 21/180 (Mission to Poland), Brief d'Abernons an Hankey vom 20.8.1920. In seinem Bericht für Curzon vom 28.8.1920 machte d'Abernon in dieser Hinsicht keine halben Sachen: „The Polish plan was devised to give the possibility of an overwhelming Soviet defeat and of utilising to the full the qualities of the Polish troops which are thought to be superior for attack as compared with their qualities for defense. The result has been a most brilliant and overwhelming success, for which great credit is due to the Polish commanders who devised the plan [Unterstreichung A. N.], and to General Wygand [so im Original A. N.] who improved it“. NA, CAB 21 (180) (Mission to Poland), Lord d'Abernon to Earl Curzon, 28.8.1920.

433 „Put by. Happily superseded by events. Poland has saved herself by her exertions & will I trust save Europe by her example“. W. Churchill, Draft Cabinet memorandum [verfasst Ende Juli 1920, zurückgezogen am 29.8.1920, in Verbindung mit der geänderten Lage in Polen], CCC, CHAR, 22/3: Official Cabinet papers, correspondence and notes, 8.6. – 7.12.1920, S. 17; dass. in: The Churchill Documents, vol. 9, S. 1190.

Regierung, die ihre Augen fest davor verschlossen), umso mehr, als er durch weitere von Spezialisten der Royal Navy entschlüsselte, immer schockierendere Depeschen bestätigt wurde, die im August zwischen der sowjetischen Delegation und der Moskauer Zentrale zirkulierten. Nun schrieb Churchill ganz direkt: „Niemand hat je geglaubt, dass die russischen Bedingungen für Polen [vom 9. August, die am Tag darauf dem britischen Parlament vorgelegt worden waren], selbst in der Form, in der sie uns vorgelegt wurden, fair oder vernünftig waren“⁴³⁴. Darüber hinaus erlaubte sich der Kriegsminister, den polnischen Sieg als eine Gelegenheit zu betrachten, zu seiner Idee des Kampfes gegen Sowjetrußland zurückzukehren. Die Bolševiki hätten weder Lebensmittel noch irgendwelche günstigen Handelsaussichten, wie sie von den Befürwortern von Verhandlungen mit ihnen behauptet würden, argumentierte er gegenüber dem Premierminister erneut. Wenn wir Handel treiben wollen, sollten wir auf Vrangeli setzen, der, wenn wir ihm helfen, bald seinen Brückenkopf auf der Krim verlassen und das Donezbecken mit seinen Kohle- und Bodenschätzen erobern wird. Die Ukrainer hingegen, die über die größte „Kornkammer“ Osteuropas verfügen, „werden niemals zulassen, dass ihr Getreide von den Bolschewiken gestohlen wird, wenn sie es über das zivilisierte und siegreiche Polen in den Westen exportieren können“⁴³⁵.

Lloyd George kämpfte immer noch verzweifelt. Immerhin hatte er den italienischen Ministerpräsidenten in Luzern davon überzeugt, dass eine Konferenz zur Aufnahme „normaler Beziehungen“ mit Sowjetrußland weiterhin notwendig sei. Wenn Frankreich schon sicher war, eine solche Konferenz boykottieren zu müssen, verpflichtete sich Giolitti, einen italienischen Vertreter zu politischen Gesprächen mit der Delegation Lenins zu entsenden. Der italienische Ministerpräsident teilte Lloyd George beiläufig mit, dass er gerade den sowjetrussischen Vertreter nach Rom eingeladen habe. Großbritannien und Italien sollten zusammenarbeiten (mit Lenins Rußland!), um Frankreich zu isolieren... Der ungeduldige Lloyd George sagte am 22. August zu Giolitti, „dass es zuerst notwendig sei, Polen aus dem Weg zu räumen“ (*that it was first necessary to get Poland out of the way*), was zu einer politischen Konferenz von Großbritannien, Italien und Sowjetrußland in London führe... Da bereits weithin, auch aus der britischen Presse, bekannt war, dass die sowjetische Seite die Unabhängigkeit des Landes an der Weichsel zweifelsfrei ausschloss, mussten die beiden Premierminister bei ihrem Gespräch in Luzern auf diese Tatsache sowie auf den Sieg der Polen in der Schlacht bei Warschau hinweisen. Der Zynismus des folgenden Gesprächs ist so auffallend, dass man, um

434 „Nobody ever thought that the Russian terms to Poland, even in the form they were presented to us, were fair and reasonable“. PA-LG, F/9/2/41, Brief Churchills an Lloyd George vom 26.8.1920, S. 350–351.

435 Ebd., S. 353–354.

es zu glauben, die offizielle Niederschrift dieses Gesprächs zitieren muss, die von Hankey angefertigt wurde, der bei diesem Gespräch anwesend war: „Signor Giolitti sagte, dies sei der richtige Zeitpunkt für die Polen, um auf die Unabhängigkeit zu drängen, nämlich dann, wenn sie gerade einen Sieg errungen hätten. Mr. Lloyd George sagte, dass sie das nicht tun können [nur weiter gegen Sowjetrußland kämpfen wollen]. Wenn die Polen keinen Frieden schließen [gemäß den von Lloyd George am 10. August ‚genehmigten‘ Bedingungen], dann wäre es die richtige Politik, nicht in den Kampf einzugreifen. Signor Giolitti sagte, es wäre gut, den Polen mitzuteilen, dass sie nun, da ihre Eigenliebe befriedigt sei, aufhören sollten zu kämpfen“⁴³⁶. Vorher hatte es also keinen Sinn gehabt, auf der polnischen Unabhängigkeit zu bestehen – die Sache war erst dann relevant geworden, als die Polen selbst die militärische Auseinandersetzung mit der Roten Armee gewonnen hatten. Dies wurde in einem Gespräch zwischen dem britischen und dem italienischen Premierminister unverblümt festgestellt, zwölf Tage nachdem ersterer empfohlen hatte, Warschau solle seine Unabhängigkeit aufgeben. Nicht weniger wichtig ist die Behauptung, dass die dummen Polen diesen ganzen Kampf um ihre Hauptstadt nur aus „Selbstliebe“ geführt hätten. Sie hätten sie bereits befriedigt, also sollten sie sofort aufhören, die Rote Armee zu bekämpfen, sie von polnischem Boden zu vertreiben und sie in eine sichere Entfernung von der polnischen Hauptstadt zu drängen. Ich möchte daran erinnern: Am 22. August war die Rote Armee immer noch kaum 100 Kilometer von Warschau entfernt.

Polen hat sich nicht „aus dem Weg räumen“ lassen. Schlimmer noch, um es noch einmal zu sagen: In Abwesenheit des Premierministers wurden in England die von der sowjetischen Regierung und ihrer Delegation in London im August ausgetauschten Depeschen enthüllt – Beweise für Aktivitäten, die nicht nur Polen, sondern auch Großbritannien und seiner Regierung feindlich gesinnt waren, einschließlich der Finanzierung regierungsfeindlicher Propaganda im „Daily Herald“ durch die Bol’sheviki⁴³⁷. Feldmarschall Wilson und Churchill forderten nachdrücklich, die sowjetischen Delegierten auszuweisen. Es schien, als könnten sie so die pro-bolschewistische Politik Lloyd Georges stoppen und die Unterstützung einiger

436 „Signor GIOLITTI said that this was just the right moment for the Poles to insist on independence, namely when they were in the hour of victory. Mr. GEORGE said they might not. If the Poles would not make peace the proper course would be not to interfere in the struggle. Signor GIOLITTI said it would be a good thing to let the Poles know that now their amour-propre was satisfied they ought to stop fighting“. Notes of a Conversation held at [...] Lucerne, on Sunday, August 22, 1920, DBFP, vol. VIII, S. 765. Das im Text angeführte Zitat über die Notwendigkeit, „Polen aus dem Weg zu räumen“ stammt auch aus diesem Gespräch, S. 764.

437 Die Angelegenheit der entschlüsselten Depeschen und der Finanzierung des Daily Herald durch Moskau – aus dem Verkauf von Zaren-Diamanten – behandelt am ausführlichsten Ullman, Anglo-Soviet Relations vol. 3, S. 265–314.

Kabinettsmitglieder gewinnen: des ersten Lords der Admiralität Walter Long, Curzons und vielleicht sogar Austen Chamberlains. Der treue Kabinettssekretär Hankey berichtete dem Premierminister, dass sich die Forderung nach Ausweisung der sowjetischen Delegation aus London auf der Kabinettsitzung am 2. September durchgesetzt habe. Er befürchtete jedoch – und teilte seine Befürchtungen Lloyd George mit, dass dies die triumphierende Haltung Frankreichs und Polens verstärken könnte, „die sagen werden: ‚Wir haben es euch gesagt, und jetzt müsst ihr gegen Russland in den Krieg ziehen‘“⁴³⁸.



Abb. 13: Sowjetische Kriegsgefangene marschieren durch Radzymin, 15. August 1920; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

Aber niemand dachte mehr ernsthaft an Krieg. Wahrscheinlich nicht einmal Churchill. Die Aktivitäten der prosovjatischen Councils of Action ließen ebenfalls nach. Der Erfolg Polens – der ohne britische Hilfe erzielt wurde – war eine Tatsache. Der Premierminister musste jedoch schließlich einen Rückzieher machen, um auf die Tatsache zu reagieren, dass seine Pläne durchkreuzt worden waren. Nach seiner Rückkehr nach London führte er am 10. September ein letztes Gespräch mit Kamenev. Er kritisierte ihn nun ostentativ in den schärfsten Worten. Kamenev

438 „[France and Poland] will say ‚We told you so, now you must go to war with Russia‘“. PA-LG, F/24/3/8, Brief Hankeys an Lloyd George vom 2.9.1920.

entspannte die Situation, indem er erklärte, dass er nach Moskau zurückkehren würde⁴³⁹. Das war das Ende des Traums von einer großen politischen Konferenz. Es blieben nur noch Handelsgespräche mit Krasin und dem Rest der sowjetischen Delegation, die in einem am 16. März 1921 unterzeichneten Vertrag gipfelten⁴⁴⁰.

439 Ausführlicher hierzu: Fry, Fortune, S. 441–445.

440 Mehr dazu aus der Perspektive der heutigen russischen Historiographie: V. A. Šyškin, *Stanovlenie vnešnej politiki poslerevoljucionnoj Rossii (1917–1930 gody) i kapitalističeskij mir*, St. Peterburg 2002, S. 101–113.

8 Coda

Der sowjetisch-britische Handelsvertrag wurde genau zwei Tage vor der Unterzeichnung des sowjetisch-polnischen Friedens in Riga geschlossen, der den Krieg 1919–1920 beendete. Polen hatte seine Unabhängigkeit gerettet. Sowjetrußland bestätigte dies in einem formellen Vertrag, auf dessen Bedeutung ich später in diesem Buch eingehe. Lloyd George gelang es nicht, eine große politische Einigung zwischen Moskau und dem Westen herbeizuführen. Er scheiterte an seiner Traumrolle als Gastgeber einer Londoner Friedenskonferenz („Versailles 2“) in Anwesenheit von Lenins Gesandten. Der Versuch eines Durchbruchs in diese Richtung, nämlich die große internationale Konferenz in Genua, die im April 1922 auf Initiative des britischen Premierministers und unter Beteiligung einer offiziellen sowjetischen Delegation unter der Leitung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Georgij Čičerin, stattfand, scheiterte ebenfalls. Moskau entschied sich daraufhin für ein strategisches Abkommen mit Berlin, das Abkommen von Rapallo, das am 16. April 1922 von Čičerin unterzeichnet wurde. Im Oktober desselben Jahres beendete eine interne Krise in der Koalitionsregierung, der Verzicht der konservativen Mehrheit auf eine weitere Zusammenarbeit mit den Koalitionsliberalen, die sechsjährige Karriere von Lloyd George als Premierminister. In den verbleibenden dreiundzwanzig Jahren seines Lebens sollte der „walisische Zauberer“ keine weitere Regierungsfunktion mehr übernehmen.

Der alte Lord Balfour kehrte in den Jahren 1925 bis 1929 noch einmal in das Kabinett von Stanley Baldwin zurück, auf den ehrenvollen Posten des Lord President of the Council. Zu osteuropäischen Angelegenheiten, wie zu fast allem anderen, hielt er Abstand – bis zum Ende. Er starb im Jahr 1930.

Lewis Namier blieb Historiker. In seinen Essays befasste er sich jedoch als politischer Kommentator mit der Region, deren Karten er zwischen 1917 und 1920 gezeichnet hatte, und er schrieb über Polen mit immer weniger Zorn und Vorurteilen. Unter dem Einfluss seiner zweiten Frau, einer Russin, nahm er das Christentum (in der anglikanischen Kirche) an, was ihn vom Zionismus wegführte. Er verteidigte noch immer sein „Kind“, die Curzon-Linie, schrieb aber gleichzeitig mitfühlend über das Schicksal der Zweiten Polnischen Republik, die vom Dritten Reich und der Sowjetunion bedroht und dann zerstört wurde. Er war einer der schärfsten Kritiker der Appeasement-Politik, d. h. der Versuche, Hitler zwischen 1936 und 1939 durch aufeinanderfolgende Zugeständnisse auf Kosten der osteuropäischen Länder zu „besänftigen“. Er galt als der bedeutendste Deutschlandhasser in der ernstzunehmenden britischen Publizistik jener Jahre⁴⁴¹. Er starb im Jahr 1960.

441 Siehe z. B. Namier, *Conflicts*, S. 19–121; ders., *Facing East*, London 1947, S. 52–65, 83–128.

Philip Kerr hatte bereits im September 1920 auf eine direkte Einflussnahme auf die Osteuropapolitik verzichtet. Er tat dies mit einer gewissen Melancholie, die in einem Brief an seinen damaligen Premierminister in Luzern ergreifend zum Ausdruck kommt. Nach mehreren Monaten ununterbrochener, intensiver Arbeit an der Gestaltung der neuen europäischen Ordnung fuhr Kerr Anfang September in seine schottische Heimat, um sich zu erholen. Als wahrer Geburtshelfer der Curzon-Linie gab er seine Ratschläge und Kommentare zum aktuellen internationalen Geschehen an den Premierminister weiter, der sich kurz vor der Abreise befand: „Ich bin sehr besorgt darüber, dass die europäische Situation jetzt nicht mehr in dem Sinne beherrschbar ist, wie wir es noch im letzten Jahr für möglich hielten. Osteuropa ist bereits außerhalb [unserer] Kontrolle, denn es scheint ziemlich klar, dass sowohl die Polen als auch die Russen ihren eigenen Weg gehen und die Führung der Alliierten nicht akzeptieren werden. [...] Andererseits ist die Belastung Großbritanniens in Irland, Ägypten, Mesopotamien, Indien und in der Arbeitswelt zu Hause so groß, dass keine Regierung der Regelung der europäischen Angelegenheiten genügend Aufmerksamkeit schenken könnte. [...] Wenn Sie [von Ihrem Urlaub in der Schweiz] zurückkehren, sollten Sie Frankreich und Italien klar machen, dass Großbritannien nicht die Rolle des Atlas übernehmen wird“⁴⁴². Wie Balfour vor ihm in seinem 1909 an Präsident Theodore Roosevelt gerichteten Memorandum, sah Kerr nun die Notwendigkeit, die Verantwortung für Fragen der Weltordnung mit anderen Imperien zu teilen. Er betrachtete diese Phase jedoch nur als Ouvertüre zum Aufbau eines Weltstaates. Das Prinzip der Souveränität, die Unabhängigkeit der „kleinen“ Staaten, die Grundlage für die Verwirklichung ihrer „kleinen Nationalismen“, wurde von ihm immer wieder als Hauptursache für die immer noch herrschende Anarchie in den internationalen Beziehungen angeführt⁴⁴³. Dennoch war er, wie schon 1919 und 1920, der Meinung, dass die Gelüste der „Großen“, d. h. vor allem Deutschlands, befriedigt werden müssten, um wenigstens einen Ersatz für Ordnung zu erhalten. Er besuchte Hitler in den Jahren 1935 und 1937. Er war begeistert von dem Appeasement, das die Regierung von Neville Chamberlain im Herbst 1938 auf Kosten der Tschechoslowakei umsetzte. Er schrieb damals, dass er „kein wirkliches Mitleid mit den Tschechen“

442 „I am very much afraid that the European situation is now unmanageable in the sense which we have regarded it during the past year. Eastern Europe is already out of control for it is quite clear that both the Poles and the Russians will follow their own lines and will not accept the direction of the Allies. [...] On the other hand the burdens on Great Britain is now so great, in Ireland, in Egypt, in Mesopotamia, in India, and in the Labour world at home, that no government can give the time necessary to the management of European affairs. [...] When you return you should make it clear to France and to Italy that Great Britain is not going to take on the role of Atlas“. NAS-PK, GD40/17/1280, P. Kerr an Lloyd George, 2.9.1920.

443 Siehe Lothian [Philip Kerr], *Pacifism Is Not Enough, Nor Patriotism Either*, London 1935.

habe. Er unterschätzte die Ideologie Hitlers und verstand die Besonderheiten eines totalitären Staates nicht, so wie er zuvor die Bedeutung der Ideologie und des aggressiven Verhaltens des totalitären Sowjetrusslands unterschätzt hatte. Erst im März 1939 beschloss er, „Mein Kampf“ ganz zu lesen. Damals, nach der endgültigen Teilung der Tschechoslowakei, gab er seine Illusionen über die Beschwichtigungspolitik gegenüber dem totalitären Aggressor auf⁴⁴⁴. Dies ermöglichte es ihm wahrscheinlich, seine Rolle als Botschafter des Vereinigten Königreichs von September 1939 bis zu seinem vorzeitigen Tod im Dezember 1940 besser auszuüben.

Der zweite Vertraute Lloyd Georges, Maurice Hankey, diente auch den nachfolgenden Premierministern, und zwar bis 1938, als Sekretär in verschiedenen Kabinetten. Für seine Verdienste wurde er im darauffolgenden Jahr in den Rang eines Baronets erhoben, und in Churchills Kriegsregierung bekleidete er bis 1941 sogar (zugegebenermaßen zweitrangige) Ministerämter. Zu osteuropäischen Angelegenheiten äußerte er sich nur noch selten. Die letzte interessante Bemerkung zu diesem Thema findet sich in seinem Tagebuch vom Juni 1944, in dem er über sein Gespräch mit einer anderen, drittrangigen Figur in diesem Buch, General Jan Smuts, berichtet. Auch hier ging es um den „polnisch-russischen Streit“ im Kontext der neuen Weltordnung, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstehen sollte. Diesmal, als ob er sich nicht an seine Äußerungen von vor 24 Jahren erinnerte, stellte Hankey mit Entsetzen fest, dass Stalins Russland, wie er sich ausdrückte, „ein Drittel Polens, ein Drittel der polnischen Bevölkerung [es ging ja um jene Gebiete und jene Bevölkerung, die Hankey 1920 als absolut nicht zu Polen gehörend betrachtet hatte...] sowie alle baltischen Länder“ wegnehmen wollte, was gegen die Annahmen der von Stalin formell angenommenen Atlantik-Charta verstieß. Diesem fügte er eine pessimistische Bemerkung hinzu: „Wenn die erste Frage, die im Friedensvertrag zu entscheiden ist [d. h. die Frage der polnischen Ostgrenze], sofort entschieden werden soll, weil die Russen bereits in Polen sind, einseitig und mit Gewalt entschieden werden soll, welche Hoffnung gibt es dann auf eine vernünftige Regelung der anderen dreißig oder mehr Fragen, die im Friedensvertrag vereinbart werden sollen? Und wie groß ist die Hoffnung, dass Großbritannien, die USA und Russland nach dem Krieg zusammenhalten können?“⁴⁴⁵. Hankey lebte noch lange. Er starb im Januar 1963, neun Tage nach dem 100. Geburtstag seines „ersten“ Premierministers, Lloyd George.

⁴⁴⁴ Siehe zu diesem Thema: Butler, Lord Lothian, S. 212–237.

⁴⁴⁵ „If the first issue of the peace settlement, which had to be decided at once because the Russians were already in Poland, was to be settled unilaterally and by force, what hope was there of a reasonable settlement of the remaining thirty and more questions that had to be settled at the peace? And what hope was there that Britain, the U. S. A. and Russia could hold together after the war?“ Zitiert aus Hankeys Tagebuch vom 2.6.1944 nach: S. Roskill, Hankey vol. III, S. 593.

Während sich Hankey an Stalins gewaltsamer Teilung Polens die Zähne ausbiss, hatte „sein“ letzter Premierminister Winston Churchill – der 1920 mit dem von den Bol’sheviki bedrohten Warschau so sympathisiert hatte – diese Teilung bei einem Treffen mit Stalin und Präsident Franklin Delano Roosevelt in Teheran im November/Dezember 1943 bereits akzeptiert. Damals berief sich Stalin auf die Curzon-Linie, die in einem von Kerr im Juli 1920 verfassten Vermerk enthalten war und die auch Hankey damals für selbstverständlich gehalten hatte. Der ehemalige Kabinettssekretär von Lloyd George war sich dieses Mal jedoch voll und ganz bewusst, dass diese territorialen Veränderungen, das Schicksal ganzer Völker in Osteuropa, allein von der nackten Macht eines aggressiven, totalitären Imperiums bestimmt wurden. Und durch das Fehlen eines wirksamen Widerstands im Namen der Prinzipien (in diesem Fall der Prinzipien der Atlantik-Charta) seitens der Westmächte. Diesmal begrüßte er dies nicht und rechtfertigte es auch nicht. Vielleicht lag es daran, dass seine Perspektive sich geändert hatte. Er betrachtete die Politik nicht mehr von innen heraus. Er war ihr außenstehender Beobachter.

Lord Curzon, dessen Name – zu Unrecht – mit der von Stalin 1943–1945 in Osteuropa eingeführten neuen territorialen Ordnung in Verbindung gebracht wurde, war zu diesem Zeitpunkt schon lange tot. Nach dem Abgang von Lloyd George blieb er 1922 Leiter des Foreign Office in der von Bonar Law gebildeten neuen Regierung. Als dieser im folgenden Jahr zurücktrat, erfüllten sich Curzons Ambitionen, neuer Premierminister zu werden, nicht. Lord Balfour schlug dem König und den Führern der konservativen Mehrheit einen anderen Kandidaten vor: Stanley Baldwin. Curzon blieb somit der formale Leiter der britischen Außenpolitik und schließlich Lord President of the Council. Er starb im März 1925. Er musste also nicht die Erfahrung des neuen Appeasements in den Jahren 1936–1939 machen, geschweige denn den Aufbau einer neuen Weltordnung nach dem nächsten Großen Krieg. Wie ich bereits erwähnt habe, wurde dies von seinem glücklicheren Kollegen im Kabinett von Lloyd George – Winston Churchill – übernommen. In Anbetracht der umfangreichen Literatur, die es zu diesem Thema gibt, ist es jedoch nicht notwendig, dessen Rolle während der folgenden Treffen mit Stalin und der Verhandlungen über die endgültige Gestaltung Osteuropas in Teheran, Jalta und Potsdam zu behandeln, und auch nicht die spätere Rolle als Prophet des Kalten Krieges, der diesen in seiner Rede über den Eisernen Vorhang vorhersagte, der von Stettin bis Triest gefallen sei⁴⁴⁶.

Erwähnt werden muss auch Sir Horace Rumbold. Im September 1920 war er schon sehr müde. Seine Vorschläge und Ratschläge an London prallten an der Wand ab. Zudem musste er noch die weiteren Operationen der polnischen Ar-

446 Als Zusammenfassung des Forschungsstands zu diesem Bereich vgl. Tebinka, Wielka Brytania.

mee – die Operation Niemen – gegen die Rote Armee gegenüber der Zentrale des Foreign Office rechtfertigen, deren Ziel nicht die Befriedigung des „polnischen Imperialismus“, sondern die Verhinderung eines zweiten sowjetischen Angriffs auf Warschau war. Mit diesen Rechtfertigungen setzte er sich nur der Kritik aus⁴⁴⁷. Daher war er erleichtert, als ihm Ende September die Entscheidung Lord Curzons mitgeteilt wurde, dass er zum Hochkommissar des Vereinigten Königreichs in Konstantinopel ernannt würde. Es scheint, dass man seine Eindrücke von dem verlassenen Posten indirekt aus einem (bemerkenswert nah an Rumbolds Berichten von 1920) langen Brief von Reginald H. Hoare, des neuen ersten Sekretärs der Warschauer Vertretung, herauslesen kann. Der Brief war am 17. März 1921 an Kerr oder – über ihn – an Lloyd George gerichtet, genau am Vorabend der Unterzeichnung des Vertrags von Riga und einen Tag nach Abschluss des sowjetisch-britischen Handelsabkommens in London. Darin fasste Hoare den Unmut der Polen über London zusammen – über dessen Unverständnis für ihre Rolle in Osteuropa und ihr Bestreben, ihre Unabhängigkeit von den beiden großen Nachbarn zu bewahren, sowie darüber, dass London Polen in der Krise des Sommers 1920 im Stich gelassen hatte. Das Schreiben endete mit dieser allgemeinen Bemerkung: „Die Polen haben natürlich viele Dummheiten begangen und ein perverses Talent bewiesen, diese Dummheiten öffentlich zu machen und der Öffentlichkeit zu verheimlichen, dass in diesem Land trotz der gigantischen Schwierigkeiten ernsthafte Arbeit geleistet wurde. Die Erinnerung an eine ruhmreiche Vergangenheit war wahrscheinlich der wichtigste Faktor, der das nationale Bewusstsein am Leben erhalten hat: Dies hat einer großen Sache gedient und kann fairerweise nicht verurteilt werden, auch wenn es dazu führt, die Polen der ‚Großtuerei‘ zu bezichtigen“⁴⁴⁸.

Rumbold verließ Warschau in der Gewissheit, dass die tödliche Bedrohung für die europäische Ordnung nicht von der polnischen „Großtuerei“ ausging, die auch ihn manchmal irritierte, und auch nicht von dem starrsinnigen Festhalten an der Unabhängigkeit, das in London so gern als polnischer Imperialismus bezeichnet wurde, sondern vom wirklichen Imperialismus der neuen sowjetischen

447 Siehe u. a. OU-BL, RP, dep. 27: Correspondence, June – October 1920, Bl. 170–172, Brief Rumbolda an den Unterstaatssekretär im Foreign Office, Charles Hardinge vom 10.9.1920, aber auch Bl. 178–180, Brief Rumbolds an John Duncan Gregory aus der Zentrale des Foreign Office vom 17.9.1920.

448 „The Poles have, of course, done a good many foolish things and they have shown a perverse genius in advertising these follies and in concealing from the public eye the considerable amount of real work which has been done in this country in the face of enormous difficulties. The remembrance of glorious past was probably the main factor in keeping the national consciousness alive: it has served a great purpose and it cannot fairly be condemned even though it leads people to accuse the Poles of ‚panache““. NAS-PK, GD 40/17/210, Brief R. H. Hoares an Kerr vom 17.3.1921.

Art, vertreten durch die vier Millionen Mann starke Rote Armee. Rumbold verließ Polen zwar müde, aber reich an Erfahrungen, die er noch nutzen würde. In seiner Funktion als Hochkommissar in Konstantinopel unterzeichnete er 1923 im Namen des britischen Empire den Vertrag von Lausanne mit der Türkei. Später diente er als britischer Botschafter in Madrid (1924–1928) und schließlich in Berlin. Dort erlebte er den Aufstieg Hitlers zur Macht. Er war der erste britische Diplomat, der das Ausmaß der Gefahr erkannte. Er verstand sehr schnell das Wesen einer totalitären Ideologie, die auf dem Kult der Gewalt beruhte und zu unbegrenzter Aggression aufrief. Er begriff sehr genau, dass die Verfechter einer solchen Ideologie durch keinerlei Zugeständnisse, denen eine zivilisierte Macht zustimmen könnte, „befriedigt“ werden konnten. Diese Überzeugung brachte er im April 1933 in seinem Bericht aus Berlin an die Zentrale des Foreign Office zum Ausdruck. Es ist das politische Testament von Sir Horace: die große Opposition gegen das Appeasement⁴⁴⁹. Rumbold starb 1941, nachdem er die Folgen der Beschwichtigungspolitik gegenüber den totalitären Aggressoren gesehen hatte, vor denen er gewarnt hatte.

David Lloyd George erwies sich als der konsequenteste Verfechter dieser Zugeständnisse. Im Gegensatz zu Kerr und Hankey änderte er seine Meinung auch nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht. Im Gegensatz zu Namier hielt er außerdem bis zum Schluss unverändert an seiner unverhohlenen Feindseligkeit gegenüber Polen fest. Er war der eifrigste Verfechter der Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler. Dies brachte er in zahlreichen Artikeln und Reden im Unterhaus zwischen 1933 und 1939 sowie bei seiner persönlichen Pilgerfahrt zum Führerhauptquartier in Berchtesgaden im September 1936 zum Ausdruck. Nach diesem Besuch beschrieb er mit noch größerer Bewunderung die positiven Veränderungen, die Hitler in Deutschland bewirkte – der George Washington des Dritten Reiches... Als die Regierung von Neville Chamberlain im März 1939 beschloss, ihre Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler aufzugeben und Polen Garantien zu geben, protestierte Lloyd George. Er erklärte, dass es notwendig sei, zunächst Stalins Unterstützung zu erbitten. Am 3. April 1939 geriet er bei einem Empfang des sowjetischen Botschafters in London, Ivan Majskij, in seiner typischen Art mit Churchill aneinander. Als Churchill sich über den Bruch mit der Appeasementpolitik freute, begann Lloyd George, in Anwesenheit von Majskij die angeblich hoffnungslose Schwäche der polnischen Armee zu betonen. Damit sollte die Unvernunft der britischen Regierung unterstrichen werden, einem Land wie Polen, das nicht in der Lage sei, sich selbst zu verteidigen, Garantien zu geben. Die Polen müssten mit etwas bezahlen, nämlich mit der Teilung ihres Territoriums, einer

449 Siehe z. B. Peter Neville, *The Foreign Office and Britain's Ambassadors to Berlin*, in: *The Foreign Office and British Diplomacy in the Twentieth Century*, hg. v. Gaynor Johnson, New York 2005, S. 110–114.

Rückkehr zur Curzon-Linie, für die mögliche Hilfe Russlands (der Sowjetunion) gegen Deutschland. Das ist es, was der ehemalige britische Premierminister aus der Erfahrung von 1920 in Erinnerung rufen wollte⁴⁵⁰.

Als Hitler und Stalin im September 1939 gemäß der von Ribbentrop und Molotov am 23. August getroffenen Vereinbarung in Polen einmarschierten, schaffte es Lloyd George in seinen Zeitungsartikeln, nur das Opfer zu verurteilen. Auf den Versuch des Widerspruchs des polnischen Botschafters in London, Edward Raczynski, reagierte er mit einer noch brutaleren Antwort. Obwohl Großbritannien Hitler bereits am 3. September formell den Krieg erklärt hatte, verkündete der ehemalige Premierminister, dass die Briten nicht für die Wiederherstellung Polens in seinen „ungerechten“ Grenzen oder für die Wiederherstellung der Macht eines „diskreditierten Regimes“ kämpfen sollten. Am 3. Oktober, als die letzten Einheiten der polnischen Armee noch im regulären Kampf gegen die Wehrmacht und die Rote Armee standen, wandte sich Lloyd George an das Unterhaus mit dem Appell, einen Friedensschluss mit Hitler in Erwägung zu ziehen – bereits (wieder) auf dem Leichnam des gerade zerstörten Polens. Selbst Jan Smuts, der Polen zuvor so ablehnend gegenübergestanden hatte, war entsetzt über Lloyd Georges Rede, selbst er glaubte nicht an die Aufrichtigkeit der Friedensabsichten Hitlers nach dem September 1939. Erfreut über die Rede des ehemaligen Premierministers war hingegen Dr. Joseph Goebbels⁴⁵¹.

Hätte Lloyd George seinen Sessel an der Spitze des britischen Kabinetts wiedererlangt, hätte es vielleicht endlich eine große Konferenz in London geben können – nicht im August 1920, sondern im Dezember 1939 oder Januar 1940. Nur dieses Mal nicht mit Kamenev und Krasin, sondern mit Molotov und Ribbentrop als Partner. Vielleicht hätte dies Hunderttausende von Briten davor bewahrt, in einem neuen Großen Krieg zu sterben? Wir wissen, dass es die Zehntausenden von polnischen Zivilisten sicherlich nicht gerettet hätte, die schon damals, vor Ende 1939, von Hitlers und Stalins Soldaten ermordet worden waren. Hätte es den Weltfrieden gerettet und Hitler-Deutschland und Stalins Russland „befriedet“? Auf diese Frage kann die Geschichte keine endgültige Antwort geben, obwohl sie viele Gründe liefert, um eine solche Hypothese mit großer Unsicherheit zu behaften. Wir wissen mit Sicherheit, dass Lloyd George immer noch an das Appeasement glaubte. Im Jahr 1940 war er jedoch nicht mehr Premierminister, sondern nur

450 Eine Beschreibung des Empfangs bei Majskij in: Harold Nicolson: *Diaries & Letters, 1930–1939*, hg. v. Nigel Nicolson, London 1966, S. 393–395.

451 Ausführlicher zu diesem Thema: Paul Addison, *Lloyd George and Compromise Peace in the Second World War*, in: *Lloyd George: Twelve Essays*, hg. v. A. J. P. Taylor, London 1971, S. 361–384; Lentini, *Lloyd George*, S. 159–161.

noch ein hervorragender Kandidat für einen britischen Pétain⁴⁵². Der neue Premierminister Winston Churchill traf eine andere Entscheidung. Er entschied sich für den Kampf statt für Appeasement, zumindest gegenüber Hitler. Paradoxe Weise war es Churchill, und nicht Lloyd George, der zum Symbol für das nächste Kapitel in der Geschichte der Beschwichtigungsversuche werden sollte: gegenüber dem Sowjetimperium, gegenüber Stalin. Die Konferenz der Großen Drei in Jalta im Februar 1945 war das letzte große politische Ereignis, das Lloyd George als Zuschauer verfolgen konnte. Vielleicht mit der Genugtuung: „Habe ich es nicht gesagt?“ Jalta und die Übergabe Osteuropas an Stalin kommentierte er jedoch nicht mehr. Er starb im März 1945.

Betrachtet man noch einmal die Beweggründe für die Politik, die er als britischer Premierminister bereits 1919–1920 zunächst gegenüber dem besiegten Deutschland und dann gegenüber Sowjetrußland wählte und vertrat, so fällt es schwer, nicht zu dem Schluss zu kommen, dass hier die Angst vor einem neuen Krieg, vor neuen Opfern im Vordergrund stand. Die Erfahrung des Großen Krieges hat das Bewusstsein ganzer Gesellschaften erschüttert. Der Slogan „Nie wieder Krieg“ war damals lauter denn je. Sie verlieh allen Bemühungen der Regierungen, das Schreckgespenst des Krieges zumindest von ihrem eigenen Land, von ihren Bürgern abzuwenden, die stärkste, im Grunde demokratische Legitimation. Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem gigantischen finanziellen Aufwand, der nötig gewesen war, um den Sieg in vier Jahren militärischen Ringens im Weltmaßstab zu erringen – das war der zweite, ebenfalls offensichtliche Grund für die Suche nach den kürzesten und einfachsten Wegen zur Senkung der Kosten der Außenpolitik, um sich auf die Themen konzentrieren zu können, die die Masse der Bürger unmittelbar interessierten: Brot, Arbeit, Wohnung, Versorgung der Kriegsinvaliden. Frieden und *economy*, oder, nach der zweiten englischen Bedeutung des Wortes, Sparsamkeit, waren die beiden Grundlagen, auf denen Idee und Praxis der Appeasementpolitik wuchsen. Aber das waren nicht die einzigen.

In diesem Teil des Buches habe ich versucht zu zeigen, wie diese Politik mit der spezifischen Optik der imperialen Eliten der westlichen Supermacht verbunden war (und ist), mit ihrem Gefühl der relativen (oder sogar, wie bei Balfour, unendlichen) geistigen und moralischen Überlegenheit gegenüber der Weltanschauung, den Interessen und Empfindungen anderer Völker, die in der geistigen und moralischen Hierarchie „niedriger“ angesiedelt sind. Mit seiner besonderen geistigen Geographie, deren Zentrum London ist, einem seiner elitärsten Clubs, ein wenig entfernt die intellektuellen Zentren der angelsächsischen Dominions (Kanada,

452 Siehe Addison, Lloyd George, S. 382–383.

Australien, die Südafrikanische Union) und der Vereinigten Staaten, dann die „zivilisierten“ Länder des europäischen Kontinents – mit Frankreich, Deutschland, Italien, und schließlich die „wilden“, aber wegen ihrer Stärke respektierten Gegner – die mit den Briten rivalisierenden Imperien. Darunter – an erster Stelle – das Russische Reich. Der Rest ist in Whitehall keinen Pfifferling wert. Nach dem Sieg im Weltkrieg und der Übernahme der Verantwortung als Hauptorganisator der neuen Weltordnung musste man sich jedoch auch mit dem etwas lästigen „Rest“ befassen, der auf der Landkarte immer deutlicher hervortrat – mit Ländern, die es im 19. Jahrhundert noch nicht gab. Zum Beispiel mit denen, die zwischen Russland und Deutschland entstanden waren... Da gab es das Problem der komplizierten Details, einige exotische, unbekannte und nicht erinnerungswürdige Ortsnamen (wie z. B. „Lemburg“), Grenzlinien, die abgesteckt werden mussten. Solche Grenzen ließen sich entweder unter Bezugnahme auf die *racial distribution*, d. h. auf ethnografische Verhältnisse, oder auf historische oder wirtschaftliche Argumente festlegen. Man konnte sich immer mit einem sachkundigen Spezialisten wie Namier oder Wise behelfen, ohne sich zu sehr über die Stimmen derer zu ärgern, die vor einer möglichen Voreingenommenheit oder mangelnden Unparteilichkeit eines solchen Spezialisten warnten. Es kam darauf an, ob die von einem solchen Experten gelieferten Daten in ein allgemeines, vorgefasstes Schema zur Lösung der Probleme des „neuen Osteuropa“ passten oder nicht. Im ersten Fall konnte man auf sie verweisen, im zweiten Fall mussten sie in den Mülleimer geworfen werden.

War das Eigeninteresse des Empires das einzige politische Kriterium zu dieser Zeit? Einige Historiker interpretieren die Haltung der Briten gegenüber Polen in den Jahren 1918–1920 auf diese Weise. Ein russischer Wissenschaftler stellte beispielsweise fest, dass Polen zur „Geisel von Lloyd Georges eigenartigem Verständnis des Gleichgewichts der Kräfte auf dem Kontinent“ geworden war⁴⁵³. Polen sollte seiner Macht beraubt werden, damit es als Klientelstaat Frankreichs nicht zu stark werden würde. Das System auszugleichen, indem man ein besiegtes Deutschland stärkt und gleichzeitig die Möglichkeit einer deutschen Vorherrschaft verhindert, indem man Russland wieder an seine Grenze lässt, selbst wenn eine neue Ideologie die Oberhand gewinnt. Wir haben Beispiele für diese Art der Argumentation – in dem denkwürdigen Memorandum von Balfour, das bereits Ende 1916 formuliert wurde – und Anklänge an diese Denkweise bei fast allen hier dargestellten Staatsmännern kennengelernt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass man sich von seinen Interessen leiten lässt. Es ist sogar die Pflicht der Politiker gegenüber

453 K. N. Kolmagorov, D. Llojd Džordž i pol'skij vopros vo vremja Pervoj mirovoj vojny i Parižskoj mirnoj konferencii, in: Baltijskij region v istorii Rossii i Evropy, hg. v. A. P. Klemeščev u. a., Kaliningrad 2005, S. 86.

der Gemeinschaft, die sie vertreten. Hier lässt sich jedoch noch etwas anderes erkennen: eine spezifische imperiale Gewohnheit, die Welt in Interessenzonen zu unterteilen, den Einfluss zwischen den „Großen“ aufzuteilen. Aus dieser Perspektive wurde Osteuropa oder, wie es später genannt wurde, Ostmitteleuropa, im Allgemeinen nicht als wichtig für die britischen Interessen angesehen. Es war ein Gebiet, das entweder von Deutschland oder von Russland „natürlicherweise“ beherrscht wurde⁴⁵⁴. Wie man diese Zone abgrenzen kann, so dass sie keine Bedrohung für den Westen darstellt (z. B. in Form einer strategischen Annäherung zwischen Russland und Deutschland) – das war der ganze Horizont der Überlegungen über Osteuropa in London...

Nein, nicht der ganze. Es ist immer noch notwendig, die Antwort auf eine neue Herausforderung zu erkennen: ein ideologisches System, das der „alten Welt“ und ihrer Moral offen den Fehdehandschuh hinwirft. Wird diese Neuheit erkannt oder übersehen? Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus ihrer Entstehung für die praktische Politik ziehen? Können diese „neuen Barbaren“ durch Handel gezähmt, zivilisiert oder vielleicht gekauft werden, indem man ihnen ein Stück Land zuwirft (zusammen mit den anderen „fernen Völkern, von denen wir nichts wissen“, die es bewohnen), das ihren Appetit stillen könnte? Selbst der dem Helden seiner Monografie wohlgesonnene Autor der jüngsten Analyse der Politik Lloyd Georges, Michael Fry, stellt fest, dass der britische Premierminister einer Illusion erlag, als er wie sein Sekretär Kerr an das Schema – „gemäßigte“ Bol’sheviki gegen „Falken“ – glaubte, und vor allem an die Möglichkeit, den Sieg der „Gemäßigten“ durch eine Beschwichtigungspolitik ihnen gegenüber zu sichern. Lloyd George unterschätzte sicherlich den ideologischen Aspekt des neuen Systems, das über Russland herrschte. Er glaubte nicht an die Kraft der totalitären Ideologie. Er war der Ansicht, dass dies auch eine wichtige Voraussetzung für die Strategie der „Zufriedenstellung“ im Sinne des gesunden Menschenverstands ist. Schließlich musste sich Lenin davon ebenso leiten lassen wie er selbst, der Herr des britischen Empires...⁴⁵⁵. Deshalb glaubte er nicht daran (oder glaubte er doch nicht ganz daran, sondern suggerierte nur, es nicht zu glauben?), dass Sowjetrussland eine echte Bedrohung für die Existenz seiner Nachbarn sein könnte, dass es aus ideologischen Gründen seine imperiale Expansion weiter intensivieren könnte – sowohl in Osteuropa als auch in Asien.

454 Auf diesen Aspekt der Politik der Westmächte, insbesondere Großbritanniens, gegenüber der Region, die uns interessiert, weisen vor allem Anna Cienciala und Tytus Komarnicki in ihrem Buch „From Versailles to Locarno“ hin (insbesondere in der Zusammenfassung, S. 277–279).

455 Siehe Fry, *Fortune*, S. 445 und 660–661; ähnlich Ullman, *Anglo-Soviet Relations*, vol. 3, S. 466–467.

Ein anderer zeitgenössischer britischer Historiker kam jedoch zu dem Schluss, dass es Lloyd George, und nicht sein damaliger Widersacher Churchill war, der die Erfordernisse des Wiederaufbaus der internationalen Ordnung nach dem Ersten Krieg verstand, denn er habe „eine umfassendere Sicht der russischen Frage“ gehabt⁴⁵⁶. Das neue Sowjetrussland habe schließlich so schnell wie möglich in die „Familie der europäischen Nationen“ oder vielmehr – diese Ansicht scheint sich hier zu wiederholen – in das neue „europäische Mächtekoncert“ aufgenommen werden müssen. Neben Deutschland, versteht sich. Das habe die Realpolitik erfordert. Britische oder amerikanische Historiker, darunter George Kennan und Henry Kissinger, die diese Ansicht vertreten, teilen Lloyd Georges Überzeugung: Zwischen Russland und Deutschland gibt es nichts Bemerkenswertes – zumindest aus der Sicht der Hüter der Weltordnung⁴⁵⁷. Dies zeugt von der tiefen Verwurzelung der Politik der „Zufriedenstellung“ nicht in den besonderen Umständen der damaligen Zeit – den Jahren 1919–1920 oder später 1938–1939 oder 1944–1945 –, sondern in der bereits erwähnten „mentalenen Geographie“ der gestrigen und heutigen westlichen politischen Eliten. Oder vielleicht sogar noch tiefer, eine solche Hypothese werde ich am Ende wagen – in den dunklen Abgründen der menschlichen Natur.

Antony Lentin, der zu Beginn dieses Buches erwähnt wurde, hat basierend auf der Haltung der angelsächsischen politischen Eliten gegenüber Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, zwei Arten von Appeasement hervorgehoben: eine moralische und eine pragmatische. Die erstere beruhte, wie ich in Erinnerung rufen möchte, auf dem Eindruck der Ungerechtigkeit, die ein besiegter Gegner erleiden muss: besiegt, aber dennoch ehrenwert und als gleichwertig betrachtet. Einem solchen Gegner sollte man mit Fairplay begegnen. Er sollte daher so großzügig wie möglich behandelt werden. Also nehmt den Deutschen nicht Oberschlesien, Pommern, Danzig weg – das wäre ja „ungerecht“. Genauso wenig wie man Sowjetrussland die Länder der Ukraine, Weißrusslands oder vielleicht sogar Litauens wegnehmen sollte – denn das ist ungerecht; schließlich gehört das zu jedem Russland... Pragmatisches Appeasement hingegen bezieht sich auf die politischen Vorteile, die sich ergeben, wenn man die Verantwortung für die Weltordnung mit einer anderen Macht teilt, selbst wenn diese nicht ganz demokratisch oder „zivilisiert“ ist, und vor allem auf die wirtschaftlichen Vorteile, die sich ergeben, wenn man ein großes Land und seine Wirtschaft in den Kreislauf des Welthandels einbezieht (und nebenbei den Wettlauf um lukrative Verträge für den Import von Rohstoffen oder den Export eigener, höher verarbeiteter Produkte gewinnt, d. h. in dem für uns interessanten Fall, nach Russland). Hier erscheint die Fata Morga-

456 Toye, Lloyd George, S. 210–211.

457 Kennan, *Russia* S. 156–161; Kissinger, *Diplomacy*, S. 241–245; Fry, *Fortune*, S. 659.

na der großen Gewinne, die manchmal nur eine Fata Morgana bleibt, aber immer die lebhaftesten Emotionen weckt, weil sie den Geldbeutel anspricht.

Lloyd George scheint in der Frage Osteuropas und des sowjetisch-polnischen Konflikts von 1920 eine Haltung vertreten zu haben, die in ihrer Rechtfertigung die Schlagworte Moral und Pragmatismus verband. Ersteres wurde verstärkt durch Philip Kerrs echten Idealismus, seine kühnen Pläne, die Weltordnung so zu verändern, dass die Kriegsgefahr aus ihr verschwindet, seine Entwürfe für die Entmachtung der „kleinen Nationalismen“ von oben durch die Zustimmung der großen Imperien, bei der die Weisheit des angelsächsischen Commonwealth zum Tragen kommen würde. Lloyd Georges Überzeugung, dass dieser politische Kurs der richtige sei, wurde durch Stimmen von der Tribüne des Unterhauses bestärkt: auf der einen Seite von Völkerbundbefürwortern wie Lord Cecil und auf der anderen Seite von Befürwortern eines Fairplay mit dem Bolschewismus wie Colonel Kenworthy. Pragmatische Slogans hingegen hatten entweder einen geopolitischen (Lord Balfour), einen vermeintlich wirtschaftlichen (Edward F. Wise) oder einen von den Interessen des Staates diktierten Charakter – zum Beispiel aus der Sicht des Sekretärs des Premierministers (Hankey).

Tatsächlich aber könnte man die Politik, die Lloyd George im Sommer 1920 gegenüber Osteuropa durchzusetzen versuchte, vielleicht als unmoralisches Appeasement bezeichnen. Denn ihre solideste und tiefste Grundlage war die Annahme, dass die Starken das Recht haben, die Schwachen zu verschlingen. Wenn wir unsere Stärke verteidigen wollen, haben wir das Recht, die anderen, die Schwächeren, den Starken zum Fraß vorzuwerfen, die aggressiver sind als wir, die aber die Legitimität der Keule der Starken in der Hand haben: nackte, praktizierte Gewalt. Lloyd George wollte den Gesandten Sowjetrusslands auf seiner erträumten Konferenz in London sagen: Willkommen im Club. Und er hoffte, dass Lenins Russland, wie später Hitlerdeutschland, die Regeln des Clubs akzeptieren würde. Dass dies Lenins Russland oder Hitlers Deutschland zufriedenstellen und so den Frieden für die Welt und für Großbritannien retten würde. Und wenn sie Polen, die Tschechoslowakei oder ganz Osteuropa von der politischen Landkarte des Kontinents getilgt haben, sind die Opfer selbst schuld. Allenfalls irritieren sie noch mit ihrer Präsenz irgendwo in den Vorzimmern der realen Macht, mit ihrem in die Ränder des Mainstream-Journalismus geschmuggelten Vorwurf... Wenn die Schwächeren auf militärische Macht zurückgreifen – wie die Polen bei ihrer Kiewer Offensive im April 1920, können wir sie für ihren Imperialismus tadeln. Wenn dies von den stärkeren, „legitimen“ Mitgliedern des Clubs der Imperien getan wird, dann müssen wir es einfach akzeptieren. Und anerkennen, dass der Aggressor das Recht hat, aggressiv zu sein (solange er nicht uns selbst angreift). Öffentlich werden wir aber sagen, dass wir es mit keiner Aggression zu tun haben, dass

das, was der Starke mit dem Schwächeren macht, sein natürliches Recht ist, vielleicht sogar sein „moralisches“.

Die Stieftochter von Herbert Asquith, die Churchill und Lloyd George verglich, schrieb einmal, dass „Winston wusste, wann er sich skrupellos verhielt, während Lloyd George dies nicht wusste“⁴⁵⁸. Ich weiß nicht, ob diese Feststellung auf beide Premierminister zutrifft, aber die Bemerkung scheint in Bezug auf Lloyd George und viele andere Appeasement-Befürworter sehr zutreffend zu sein.

Es gibt keinen vollständigen Determinismus bei der Herausbildung einer solchen Haltung. Das hier angeführte Beispiel ist Sir Horace Rumbold, immerhin ein sehr typisches „Exemplar“ eines imperialen Diplomaten, Vertreters der politischen Elite der angelsächsischen Großmacht. Er war jedoch in der Lage, die Unmoral und gleichzeitig die politische Kurzsichtigkeit der Politik der Kapitulation gegenüber der totalitären Aggression wahrzunehmen, einer Politik, die vorgibt, mit einem System wie es erstmals 1917 in Russland auftrat, *business as usual* betreiben zu können. Die anderen Protagonisten dieses Kapitels haben dies erst später erkannt, am Beispiel von Hitler oder Stalin, im Jahr 1939 oder 1944. Manche sehen es bis heute nicht.

458 „Winston knew when he was being unscrupulous, whereas Lloyd George did not“. Violet Bonham Carter, *Winston Churchill as I Knew Him*, London 1966, S. 163.

Teil IV: **Polnische Anhänge und Fragen**

1 Links ist frei oder Piłsudskis Appeasement

Wer hat die Sowjetmacht vor dem Untergang bewahrt? Diese rhetorisch gegen Piłsudski gerichtete Frage wurde erstmals am 29. November 1919 gestellt. Sie wurde von General Anton Denikin in einem Brief an den polnischen Staatschef formuliert. Der Befehlshaber der Streitkräfte Südrusslands, d. h. des größten Teils der Armee des „weißen“ Russlands, die gerade von den Bol’ševiki geschlagen worden war, erhob folgende Anschuldigung: Piłsudski habe die Operationen der polnischen Armee an der antibolschewistischen Front im Spätsommer und Herbst 1919, als die „weißen“ Truppen auf Moskau vorrückten, absichtlich aufgehalten. Er habe sich zurückgehalten, weil er wollte, dass die „Roten“ die „Weißen“ besiegen, weil er die „Roten“ für das kleinere Übel aus Sicht des polnischen Nationalinteresses hielt. Und so sei es geschehen, erklärte Denikin. Die Bol’ševiki hätten 43.000 „Bajonette und Säbel“ – eine ernstzunehmende Streitmacht – von der so beruhigten polnischen Front umgruppieren können, mit denen sie der Offensive der „Weißen“ das Rückgrat durchschnitten und sie an die Ufer des Schwarzen Meeres drängten. So habe Lenin den Bürgerkrieg dank Piłsudskis kurzsichtiger Entscheidung gewonnen. Polen würde eines Tages dafür bezahlen, fügte Denikin unheilsschwanger hinzu: entweder von den Bol’ševiki selbst oder von einem russisch-deutschen Bündnis⁴⁵⁹.

Der russische Emigrantengeneral erlebte diesen Moment – im September 1939. In der Zwischenkriegszeit wiederholte er diese Anschuldigung mehrfach. Das erste Mal tat er dies öffentlich im fünften Band von *Očerki russoj smuty* (Skizzen aus der Geschichte des russischen Bürgerkriegs), der 1926 in Berlin erschien, und in einer separaten Skizze, *Pol’ša i Dobrovol’českaja armija* (Polen und die Freiwilligenarmee), die im selben Jahr in Paris veröffentlicht wurde. Er wiederholte dies auch 1937 in der Broschüre *Kto spas sovetskiju vlast’ ot gibeli* (Wer hat die Sowjetmacht vor dem Untergang bewahrt) und auf Polnisch: *Sprostowania historii. Odpowiedź Polakom* (Berichtungen der Geschichte. Eine Antwort an die Polen; Paris 1937). Nach ihm schrieben weitere Russen – bis hin zu Aleksandr Solženicyn – diese große Schuld nicht nur Piłsudski zu, sondern allgemein den Polen und ihrer verblendeten antirussischen Phobie, die sie dazu gebracht habe, sich für Lenin und nicht für Denikin zu entscheiden⁴⁶⁰.

459 Brief General Anton Denikins an Józef Piłsudski vom 29.11.1919 (Abschrift der Übersetzung ins Polnische), IJP, AGND, T. 31, Bd. 2, Nr. 5487 (der Text wurde veröffentlicht in dem Band: *Sąsiedzi wobec wojny 1920 roku. Wybór dokumentów*, oprac. J. Cisek, Londyn 1990, S. 42–43); vgl. hierzu ausführlicher: Nowak, *Polska i trzy Rosje*, S. 397–419.

460 Siehe Aleksandr Solženicyn, *Raskazanie i samoograničenie kak kategorii nacional’noj žizni*, in: *Iz pod glyb*. *Sbornik statej*, hg. v. Igor Šafarevič, Paris 1974 (dt. Version: Reue und Selbstbe-

Die russisch-polnischen Geschichtspolemiken haben ihre eigene Logik, die nicht immer mit den Tatsachen übereinstimmt und oft extreme Interpretationen hervorbringt. Die große Anklage gegen Piłsudskis Politik und die im Rahmen dieser Politik getroffenen strategischen Entscheidungen, die in der Tat den Bol'seviki helfen würden, ihre Macht zu konsolidieren, wurde jedoch bald auch in der inner-polnischen Debatte deutlich. Sie wurde in einer äußerst konkreten Frage formuliert: War der Entscheidung, die Offensive an der antibolschewistischen Front an der Schwelle zum Herbst 1919 einzustellen, eine geheime Absprache zwischen Piłsudski und der sowjetischen Seite vorausgegangen? Eine solche Frage richteten die Abgeordneten der Partei Związek Ludowo-Narodowy bereits im September 1920, kurz nach der siegreichen Schlacht von Warschau, an die polnische Regierung in Person des Sejm marschalls. Man könnte versucht sein, sie auf eine bestimmte interne Logik, die Rivalität zwischen den Piłsudski-Anhängern und den Nationaldemokraten, zu schieben. Letztere, so könnte man sagen, waren bereit, alles zu tun, jede Anschuldigung zu erheben, um den frischen Triumph ihres Erzfeindes zu schmälern.

Und doch hatten sie bereits das erste Argument in der Hand: eine Ausgabe des deutschen sozialistischen Organs „Zukunft“, in der im Sommer 1920 eine Information „über den Besuch des Kommunisten Marchlewski-Karski beim polnischen Staatschef, über ein geheimes, nicht schriftliches, aber dennoch eingehaltenes Abkommen und über die Entsendung von Hptm. Brenner [sic! – richtig: Boerner] zu den Bol'seviki mit der Zusicherung der Untätigkeit der polnischen Truppen gegen die Niederschlagung der russischen Aufständischen durch die Bol'seviki“ erschien⁴⁶¹. Eine Antwort auf die Anfrage im Namen des Ministeriums für Verteidigung erfolgte sechs Monate später durch General Kazimierz Sosnkowski, also erst nach dem Ende des polnisch-sowjetischen Krieges. Er erklärte, dass sich die ZLN-Abgeordneten auf „Gerüchte [...], die jeder Grundlage entbehren“, bezogen. Die Aussetzung größerer militärischer Aktionen durch das polnische Oberkommando auf dem Höhepunkt der Offensive der Weißen Armee auf Moskau und Petrograd sei allein durch den Winter begründet gewesen, also die daraus resultierende schlechte Versorgungslage und die Bedingungen auf dem Schlachtfeld [im Grunde ging es um den September und den Oktober 1919]⁴⁶².

schränkung als Kategorien des nationalen Lebens, in: Alexander Solschenizyn, Stimmen aus dem Untergrund. Zur geistigen Situation in der UdSSR, Darmstadt (u. a.) 1975, S. 117–156.

461 Anfrage des Abgeordneten [Jan] Zamorski und Kollegen aus der Nationalen Volksunion (ZLN) an die Regierung bezüglich einer angeblich geheimen Absprache zwischen dem polnischen und dem bolschewistischen Kommando [vom 28.9.1920], Abschrift in: Zakład Narodowy Ossoliński, rkps 16501/III, Briefwechsel Gen. Kazimierz Sosnkowskis mit Józef Piłsudski, Bd. 2, Bl. 74.

462 Ebd., Bl. 75: Antwort des Armeeministeriums vom 22.4.1921 an den Sejm marschall.

Die Diskussion im Sejm und in der (nationaldemokratischen) Presse beruhigte sich. Polen, das nach mehr als einem Jahrhundert der Unfreiheit gerade aus dem Krieg herauskam, hatte mehr aktuelle Probleme. Die von Minister Sosnkowski erwähnten „Gerüchte“ verstummten jedoch nicht völlig. Dies wurde von der sowjetischen Seite nicht zugelassen. Das „Durchsickern“ in die deutsche „Zukunft“ im Sommer 1920 war schließlich kein Zufall. Es wurde auf einer Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei (Bol’ševiki) beschlossen. Am 4. Mai 1920 beschlossen Lenin und die Genossen auf ihrer ersten Sitzung nach der Wiederaufnahme der polnischen Offensive an der Front, „Gen[ossen] Marchlewski vorzuschlagen, wenn er nichts dagegen hat, die Vereinbarungen, gegen die Piłsudski derzeit verstößt, im Druck zu veröffentlichen“⁴⁶³. Tatsächlich ging es darum, den Staatschef sowohl in den Augen seiner polnischen Mitbürger, die ihm die Verteidigung des Landes gegen die sowjetische Bedrohung anvertraut hatten, als auch in den Augen der antibolschewistischen westlichen Öffentlichkeit zu diskreditieren. Im Sommer 1920, als der Sieg der Roten Armee an der Weichsel in greifbare Nähe gerückt schien, griff der erste Propagandist der sowjetischen Diplomatie, Karl Radek, dieses Thema wieder auf und gab ihm einen neuen Anstrich: „Was für Dummköpfe sind diese ‚weißen Polen‘ – sie hätten uns ‚Rote‘ acht Monate früher vernichten können, wenn sie den ‚weißen‘ Russen geholfen hätten; jetzt liegen sie selbst vor unseren Füßen...“ In ähnlicher Weise wird einige Jahre später der vor Warschau besiegte Oberkommandierende, Michail Tučačevskij, auf dieses Thema zurückkommen in seinem Buch „Marsch über die Weichsel“⁴⁶⁴.

Im Sommer 1920 war Józef Mackiewicz, damals achtzehn Jahre alt, Kavallerist des 13. Ulanenregiments auf dem Rückzug aus Wilna nach Warschau und hatte wahrscheinlich nicht viel Zeit, um über die strategisch-politischen Bedingungen des Krieges, an dem er teilgenommen hatte, nachzudenken. Die Frage, wer die Sowjetmacht gerettet hat, war aus der Sicht eines polnischen Ulanen im Jahr 1920 nicht unbedingt so offensichtlich. Schließlich war die Sowjetmacht aus Polen weggedrängt und geschlagen worden, sie erschien schwach und zumindest vorüberge-

463 Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social’no-Političeskoj Istorii (RGASPI, früher IML – Institut Marksizma-Leninizma), Moskva, Fonds 17, op. 3 [Sitzungsprotokolle des Politbüros beim ZK der RKP (b), delo 74 – Protokoll der Politbürositzung vom 4. Mai 1920, Punkt 7.

464 Radeks Äußerung von Mitte 1920 erwähnt Artur Leinwand, *Polska a Denikin. Z dziejów stosunków między Polską a kontrrewolucją na południu Rosji w latach 1918–1920*, in: *Z dziejów wojny i polityki. Księga pamiątkowa ku uczczeniu siedemdziesiątej rocznicy urodzin prof. dra Janusza Wolińskiego*, Warszawa 1974, S. 37; (ausführlicher zu Radeks Rolle in der sowjetischen Propaganda auf dem Gebiet Deutschlands im Sommer 1920: J.-F. Fayet, *Karl Radek (1885–1939). Biographie politique*, Bern 2002, S. 333–344); siehe auch M. Tuchaczewski, *Pochód za Wisłę*, in: J. Piłsudski, *Pisma zbiorowe*, Bd. 7, Warszawa 1937, S. 169.

hend harmlos. Ihre feindselige Stärke und Bedeutung sollten erst dann voll zur Geltung kommen, als sie sich erneut nach Westen bewegte und mehr und mehr Gebiete und Völker unter ihre Herrschaft brachte.

Die Erfahrung dieses Schreckens, die Tragweite der Folgen des Überlebens und der anschließenden Ausbreitung des Bolschewismus, wird später zu einem großen Thema im Werk des Autors von *Zwycięstwo prowokacji* (*Sieg der Provokation*). Als Józef Mackiewicz über den offenen Gräbern in Katyn verharrte, konnte die Frage der historischen Verantwortung eine neue Bedeutung erlangen. Es war eine Art Denkmal für Stalins Rache, eine Rache des Bolschewismus für die Demütigung des verlorenen Krieges von 1920. Dieselben Offiziere, die im August jenes Jahres den Weg der Roten Armee nach Berlin, nach Europa, blockiert hatten, lagen nun in der ausgehobenen Erde des Waldes bei Smolensk: die Leiche des „weißen Polens“ mit einer NKVD-Kugel im Kopf. Józef Mackiewicz hätte einer von ihnen sein können, ja sein müssen. Doch durch einen Zufall (1939 war er kein Soldat, sondern Journalist, und nach dem 17. September war er nicht unter sowjetischer, sondern unter litauischer Besatzung) blieb ihm dieses Schicksal erspart. Er wurde ein Augenzeuge. Nur von was? Er wollte das unbedingt verstehen, so gründlich wie möglich. Hätte es auch anders kommen können? Haben die Polen nicht wirklich eine schreckliche Strafe dafür bezahlt, dass sie sich damit begnügten, den Bolschewismus – vorübergehend – von ihren Grenzen fernzuhalten, aber nicht beschloßen, sich zu engagieren, um zu versuchen, ihn im Keim zu ersticken? Denikins Frage kehrte zurück, das Gefühl für die Ironie der Geschichte, wie es Karl Radek 1920 sarkastisch ausgedrückt hatte.

In Mackiewicz's Überlegungen reifte diese Frage langsam heran. Erst in dem Artikel „Nasza strona medalu“ [Unsere Seite der Medaille], der in den Londoner „Wiadomości“ in der Ausgabe vom 6. Mai 1956 veröffentlicht wurde, formulierte er sie zum ersten Mal in einer ausgearbeiteten Weise. Darin stellte er die These auf, Piłsudski habe bewusst die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem „weißen“ Russland gegen das „rote“ abgelehnt und damit den Weg für dessen Sieg geebnet. Er erhielt sofort die Replik eines Historikers. Der bedeutende Erforscher der polnischen und europäischen Diplomatie zur Zeit des Ersten Weltkriegs, Tytus Komarnicki, antwortete, ebenfalls in den „Wiadomości“ (29. Juli 1956). In einem Artikel mit dem Titel „Czy Piłsudski uratował bolszewizm?“ (Hat Piłsudski den Bolschewismus gerettet?) wies er auf die Notwendigkeit hin, den internationalen Kontext zu berücksichtigen, der für eine polnische Intervention im russischen Bürgerkrieg ungünstig waren, sowie auf die faktische Schwäche Polens, die es dem Land unmöglich gemacht habe, eine ehrgeizigere Aufgabe zu erfüllen, die weit über die Sicherung seiner eigenen Grenzen und Interessen hinausging. Argumente, die sich auf die Realitäten der damaligen Zeit bezogen, fanden bei Mackiewicz keinen Anklang. Er war nicht auf der Suche nach einem geschichtlichen Kontext, mit dem er

vieles erklären könnte. Er stellte der Geschichte schwierige (ahistorische?) Fragen: über die Ehre, über den moralischen Aspekt einer politischen Entscheidung, über den Sinn der einen oder anderen Entscheidung – nicht aus polnischen, russischen oder litauischen Motiven, oder irgendwelchen anderen nationalen, gruppenbezogenen, sondern aus menschlichen Gründen.

Er polemisierte aber auch auf rein historischer Basis mit seinen Gegnern: War es wirklich notwendig, auf dem Höhepunkt des russischen Bürgerkriegs mit Lenin zu kommunizieren? Mackiewicz kehrte zu dieser Frage in „Sieg der Provokation“ zurück, das 1962 veröffentlicht wurde.

Die Argumentation, die die These von den geheimen Absprachen zwischen Lenin und Piłsudski im Jahr 1919 stützte, war zu diesem Zeitpunkt bereits breiter gefächert. 1930 veröffentlichte der amerikanische Journalist Louis Fisher, der seit 1923 als Korrespondent in der Sowjetunion tätig war, eine Information über diese Verhandlungen. Die in seinem Werk „The Soviets in World Affairs“ (London 1930) enthaltenen Angaben wurden wiederum von Professor Adam Krzyżanowski 1936 der polnischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht⁴⁶⁵. Im Jahr darauf wurde sie von General Tadeusz Kutrzeba in seiner hervorragenden Monographie über den Kiew-Feldzug erweitert. In seinem einleitenden Kapitel, in dem er den politischen Hintergrund der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im Frühjahr 1920 schildert, beschreibt Kutrzeba die Geheimverhandlungen im Sommer und Herbst 1919. Dabei griff er zum Tagebuch von Hauptmann Ignacy Boerner, der im Auftrag des Staatschefs für sie zuständig war⁴⁶⁶. 1959 veröffentlichte der kommunistische Historiker Józef Sieradzki in einer tendenziösen Broschüre in Warschau Dokumentationsmaterial, das mehr Details über diese Gespräche enthüllte als je zuvor⁴⁶⁷.

Mackiewicz verfügte also über solides historisches Material, um seine in „Sieg der Provokation“ aufgestellte These zu untermauern. Er verwendete es in zwei Fragmenten: „Piłsudski“ und „Mikaszewicze“. Ich möchte daher kurz an die Fakten erinnern, auf die sich Mackiewicz bereits beziehen konnte. Der polnisch-sowjetische Krieg dauerte im Grunde schon seit der Silvesternacht 1918 an, als sich

465 Aleksander Krzyżanowski, Z historii stosunków polsko-sowieckich nazajutrz po wojnie światowej, in: Przegląd Współczesny 58 (1936), Nr. 73, S. 72–75.

466 Tadeusz Kutrzeba, Wyprawa kijowska 1920 roku, Warszawa 1937, S. 31–32.

467 Józef Sieradzki, Białowieża i Mikaszewicze. Mity i prawdy. Do genezy wojny pomiędzy Polską a RSFRR w 1920 r., Warszawa 1959; ich füge gleich hinzu, dass die vollständigste und verhältnismäßig gründlich bearbeitete Dokumentensammlung zum Verlauf der damaligen Verhandlungen hierzu bereits in den letzten Jahren der Volksrepublik von Weronika Gostyńska herausgegeben wurde: Tajne rokowania polsko-radzieckie w 1919 r. Materiały archiwalne i dokumenty, oprac. W. Gostyńska, Warszawa 1986. Früher, denn bereits 1965, hatte Piotr Wandycz die erste historische Synthese zu dieser Frage vorgelegt, in: ders., Secret Soviet-Polish Peace Talks in 1919, in: Slavic Review 24 (1965), No. 3 (September), S. 425–449.

die Rote Armee Wilna näherte, das von einer polnischen Bürgerwehr verteidigt wurde. Eine reguläre Front in diesem Krieg entstand im Februar 1919 in den litauisch-weißrussischen Gebieten. Ursprünglich (im November 1918) oblag es der Roten Armee, den Weg für die Sowjetisierung der Gebiete in der westlichen „Peripherie“ des ehemaligen Romanov-Reiches zu ebnen, von wo aus der kürzeste Weg ins Zentrum Europas, nach Deutschland, führte. Diese Aufgabe wurde auf das späte Frühjahr 1919 verschoben, als die Sowjetmacht die Bedrohung durch die „weißen“ Armeen spürte: zunächst durch Aleksandr Kolčak und dann durch Anton Denikin. Zu Beginn des Sommers 1919 waren die Bol'sheviki auf der Suche nach einer *peredyška* an ihrer westlichen (antipolnischen) Front, um Kräfte für den Kampf gegen den inneren Feind sammeln zu können. Genau zu dieser Zeit tauchte Julian Marchlewski (Pseudonyme: Karski, Kujawski), ein Aktivist der deutschen, polnischen und russischen Sozialdemokratie, genauer gesagt ihres bolschewistischen Flügels, auf der Durchreise von Deutschland nach Moskau in Warschau auf. Marchlewski nutzte seine alten Kontakte zu polnischen Sozialisten, die nun zum engsten Kreis des Staatschefs gehörten, und schlug Verhandlungen zur Beendigung des Konflikts vor. Nach Vorgesprächen, die Marchlewski mit dem stellvertretenden Innenminister Józef Beck (dem Vater des späteren Außenministers) führte, holte er sich dann in Moskau (30. Juni) die Zustimmung des Zentralkomitees der RKP(b) für seine Idee. Die Verhandlungen, bei denen es eigentlich um die Beendigung des bewaffneten Konflikts zwischen Polen und Sowjetrussland im Gegenzug für territoriale Zugeständnisse des Letzteren im litauisch-weißrussischen Gebiet ging, begannen am 22. Juli in Białowieża und dauerten acht Tage. Als Piłsudski am 31. Juli über das Ergebnis informiert wurde, schloss er eine Fortsetzung der Gespräche nicht aus. Ende August beschloss die Regierung jedoch, dass angesichts der großen Erfolge der „Weißen“, deren Offensive unter der Führung von General Denikin von Süden her nach Zentralrussland vorgedrungen war und sich Kursk und Orel näherte, keine weiteren Gespräche mit den Bol'sheviki geführt werden sollten. Die Verantwortung für ihre Fortsetzung wurde dem Oberkommando (d. h. Piłsudski) auferlegt. Und das Oberkommando beschloss, diese Verantwortung zu übernehmen: Am 11. Oktober wurden die Gespräche wieder aufgenommen. Diesmal traf eine sowjetische Delegation unter der Leitung von Marchlewski in Mikaszewicze mit einer polnischen Delegation zusammen, die offiziell von Graf Michał Kossakowski geleitet wurde, der auch an den Białowieża-Gesprächen teilgenommen hatte. Piłsudskis Vertrauensmann bei diesen Verhandlungen war jedoch Hauptmann Ignacy Boerner. Ihm gab der Staatschef die entsprechenden Anweisungen: Als Preis für einen tatsächlichen Waffenstillstand, der es der Roten Armee ermöglichen würde, sich auf die Auseinandersetzung mit Denikin zu konzentrieren, sollten die Bol'sheviki nicht nur ihre Pläne zur „Rückeroberung“ der litauisch-weißrussischen Gebiete aufgeben, sondern auch die Angriffe auf die ukrainischen

Truppen von Symon Petljura einstellen. Doch schon am 13. November sah Pilsudski keinen Sinn mehr in diesen Gesprächen und gab in einem Gespräch mit Kossakowski zu verstehen, dass er eigentlich das gegenseitige Ausbluten des „weißen“ und „roten“ Russlands in einem Bürgerkrieg meinte: „Sich gegenseitig erdrosseln, sich bekämpfen, das ist mir egal, solange die Interessen Polens nicht beeinträchtigt werden“. Dies sind keine Worte aus Mackiewicz's Roman, sondern eine authentische Aussage von Pilsudski während dieses Gesprächs⁴⁶⁸. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Bol'sheviki ihr Ziel erreicht: Sie hatten Denikin vernichtet – und sie waren nicht bereit, weitere territoriale Zugeständnisse zu machen, vor allem nicht in der Ukraine. Ende November wurden die Geheimgespräche in Mikaszewicze beendet⁴⁶⁹.



Abb. 14: Ignacy Boerner auf einer Fotografie aus dem Jahre 1929; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

Dies ist der historische Hintergrund für den Vorwurf, den Mackiewicz in „Sieg der Provokation“ erhebt. Die Haltung, die sich am prägnantesten in dem oben zitierten Zitat aus Pilsudskis Gespräch über die Bedeutung der Verhandlungen von Mikaszewicze widerspiegelt, wurde von Mackiewicz als typisch nicht nur für die polnische politische Elite der Jahre 1918–1920 dargestellt. Er stigmatisierte nicht den

⁴⁶⁸ Zitiert aus dem Tagebuch M. Kossakowskis vom 13.11.1919, nach: *Tajne rokowania*, S. 177.

⁴⁶⁹ Die Gespräche in Białowieża und Mikaszewicze behandle ich ausführlicher in: *Nowak, Polska i trzy Rosje*, S. 307–326 und 378–420.

Staatschef selbst, sondern bedauerte vielmehr dessen Unfähigkeit, sich über jene Haltung zu erheben, die auch die Führer der Politik des „weißen Russlands“ kennzeichnete, die während des Bürgerkriegs nicht bereit waren, den Unabhängigkeitsbewegungen in der nicht-russischen „Peripherie“ des Reichs auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen – Zugeständnisse, durch die sie deren Zusammenarbeit gegen den gemeinsamen bolschewistischen Feind hätten gewinnen können. Er zeigte auch, wie die gleiche Haltung in Finnland, Estland (das die natürliche Basis für ein weiteres Zentrum des „weißen“ Russlands unter General Nikolaj Judenič war) sowie in Litauen, der Ukraine und anderen Ländern Osteuropas, die seit 1914 von Unruhen erschüttert wurden, zu beobachten war. „Die Fixierung auf nationale Interessen, die Verbindung von nationalem und sozialem Radikalismus, führte allgemein zu einer Haltung gegenüber dem Bolschewismus als ‚kleineres Übel‘, das zur Bekämpfung des benachbarten Nationalismus eingesetzt werden konnte“⁴⁷⁰.

Mackiewicz beschränkte sich jedoch nicht darauf, die (zumindest in Fachkreisen) bereits bekannten Informationen über die Geheimverhandlungen in Białowieża und Mikaszewicz und den damit verbundenen „Verrat“ an dem gegen Moskau ziehenden Denikin, den Verrat der Sache des Kampfes gegen den Bolschewismus durch Piłsudski im Jahr 1919 in Erinnerung zu rufen. Die Folgen einer solchen politischen Haltung sah er auch in den ein Jahr später abgeschlossenen Friedensvorbereitungen, die den Polnisch-Sowjetischen Krieg mit einer plötzlichen Zäsur beendeten, als die Offensive der polnischen Armee Hoffnung zu machen schien auf eine neue Krise des bolschewistischen Systems oder zumindest darauf, größere Gebiete dessen Griff zu entreißen. Und in dieser Entscheidung, den Waffenstillstand am 12. Oktober zu unterzeichnen, sah er eine Kombination aus kurzfristigem „polnischen Nationalinteresse“ und der ständigen Tendenz der Linken, das bolschewistische System zu bagatellisieren und die „rechte Bedrohung“ durch die russische Konterrevolution zu dämonisieren: „Die Geheimhaltung des Vertrages von Riga, oder besser gesagt, seiner vorläufigen Fassung, die bereits im Oktober 1920 unterzeichnet wurde, war auf die Befürchtung Piłsudskis zurückzuführen, dass diese ‚reaktionäre Weiße Garde‘ [General Petr Wrangel], der die Reste der ‚weißen‘ Truppen auf der Krim befehligte und im August 1920 die letzte Gegenoffensive unternahm] die Bolschewiken im letzten Moment besiegen könnte...“⁴⁷¹.

In eine Polemik mit den Thesen von Mackiewicz, die einen Schatten auf die Größe und das strategische Genie seines geliebten Helden warfen, eines Führers, an dessen Träume die Realität nicht heranreichte, verfiel sogleich Józef Łobodow-

470 Józef Mackiewicz, *Zwycięstwo prowokacji*, Londyn ²1983, S. 70. Mackiewicz's Buch war bereits 1964 auch in deutscher Sprache erschienen (Anm. d. Übers.).

471 Ebd., S. 87.

ski. In zwei ausführlichen Artikeln in den Londoner „Wiadomości“ („Konceptje wschodnie Piłsudskiego“ (Piłsudskis Konzepte einer Ostpolitik), in der Ausgabe vom 7. Juni 1964, sowie „Kto uratował bolszewizm?“ (Wer rettete den Bolschewismus?) in der Ausgabe vom 14. Juni 1964) lud der Befürworter der Idee einer polnisch-ukrainischen Verständigung der inländischen (Nationaldemokratie) und ausländischen („weiße“ Generäle) „Reaktion“ sowie der passiven polnischen Gesellschaft, die nicht bereit gewesen sei, die notwendigen Opfer für eine aktive Ostpolitik zu bringen, die Verantwortung für alle möglichen Fehler der Jahre 1919 und 1920 auf.

Mackiewicz ging auf diese Polemik nicht weiter ein. Er war gerade dabei, einen neuen Roman zu schreiben, *Lewa Wolna* (Links ist frei). Während in „Sieg der Provokation“ das Thema des Krieges 1919–1920 und die Frage nach der verpassten Chance für eine antibolschewistische Zusammenarbeit zwischen den Völkern – vor dem Hintergrund anderer, noch umstrittenerer Thesen des Autors – fast nur am Rande eine Rolle spielte, war dieses Thema in „Links ist frei“ von zentraler Bedeutung. Es erfüllte den Roman mit polemischer Leidenschaft und einer historiosophischen Botschaft.

Dies ist, so wage ich zu behaupten, kein Roman über das verlorene Paradies des ehemaligen Großfürstentums Litauen, das in einer gewissen sporenartigen Form, die auf den ersten Seiten dieses Buches gezeigt wird, bis zum Ende des Russischen Reiches überlebt hat. Ein Paradies, das durch die bolschewistische Revolution und den Nationalismus zerstört wurde. Es ist ein Roman über die verlorene Ehre – die Ehre der Menschheit, Polens und konkreter Menschen. Dieses ideologische Thema wird zu Beginn des Romans durch eine Diskussion unter den Offizieren der polnischen Armee eingeführt, die sich Ende 1918 und Anfang 1919 entspann: „Soll man das Interesse des Vaterlandes für die Ehre oder die Ehre für das Vaterland opfern?“⁴⁷². Mackiewicz zeigt, wie dieses Dilemma durch die politischen und strategischen Entscheidungen der polnischen Führung im Krieg 1919–1920 im Osten gelöst wird. Und wie es sich in den Schicksalen der Romanhelden niederschlägt.

Auf 25 Seiten (von 103 bis 127) berichtet er mit großer Präzision über den Verlauf der Gespräche in Białowieża und Mikaszewicze. Bewusst verwendet er für die Position, die Piłsudski und die polnische Armee im Spätsommer und Herbst 1919 an der antisowjetischen Front einnahmen, einen aus der späteren polnischen und europäischen Geschichte schmerzlich bekannten Begriff: *drôle de guerre*. Ein seltsamer Krieg, vorgetäuscht von Pseudo-Alliierten, die nicht dem Sterbenden helfen wollen, sondern in gerechter Sache das Opfer bekämpfen. Hier sind das Opfer das

472 Józef Mackiewicz, *Lewa wolna*, Londyn 1965, S. 49–50.

„weiße“ Russland und seine Pseudo-Verbündeten, die „Gewehr bei Fuß stehen“, die Polen; die davon profitierende Bestie aber ist der Bolschewismus.

Das Erscheinen der Roten Armee vor den Toren Warschaus im darauffolgenden Sommer erscheint aus dieser Perspektive wie eine gerechte Strafe für verbrecherische Blindheit. Mackiewicz konstatiert verzweifelt die Dummheit der Polnischen Sozialistischen Partei, die noch im Sommer 1920 Wert darauf legt, dass Polen nicht gegen die „Sowjetmacht“, sondern gegen Russland kämpft. Er stellt in diesem für Polen kritischen Moment ausgerechnet Russland, das „weiße“ Russland, damals vertreten durch General Vrangels kümmerliche Truppen auf der Krim, als Polens einzigen aktiven Verbündeten dar. Und er betont – mit einem Sinn für historische Wahrheit – wie sehr Vrangels Offensivaktion Anfang August 1920, der Abzug seiner Armee von der Krim, zur Veränderung der Prioritäten der bolschewistischen Führung beitrug. Den inneren Feind unterdrücken, auch auf Kosten der Schwächung der Armeen, die nach Warschau und Lemberg marschieren! Diese Entscheidung Lenins, die einen erheblichen (und in der polnischen, vom „Genie des Befehlshabers“ – sei es von Piłsudski bzw. von seinen Gegnern Weygand, Sikorski oder Rozwadowski – faszinierten polnischen Historiographie unterschätzten) Einfluss auf den Zusammenbruch der Offensive der Roten Armee in der Schlacht um Warschau hatte, wird in Mackiewiczs Roman besonders hervorgehoben. Umso schärfer konnte er sie der Undankbarkeit gegenüber dem „weißen“ Russland und gleichzeitig der Aufgabe der gemeinsamen, grundlegenden Sache des Kampfes gegen den Bolschewismus bezichtigen. Der Unterlassung nicht mehr im Jahr 1919, sondern 1920, nach dem vernichtenden Sieg in der Schlacht von Warschau. Auch hier zieht Mackiewicz, als wolle er das polnische Geschichtsempfinden reizen, naheliegende Vergleiche mit der Situation während des Zweiten Weltkriegs. Seine Protagonisten fragen rhetorisch, warum die nächste polnische Offensive, die so genannte Niemen-Offensive, bis zum 21. September aufgeschoben worden sei. Die einmonatige Pause habe den Bol'sheviki damals sehr geholfen, mit Vrangels' fertig zu werden. Hätten die Polen nicht angehalten, so wie Stalin seine Truppen Anfang August 1944 bei Warschau gestoppt hatte?

Diese drastische Assoziation wird durch die in der Erzählung klar formulierte These untermauert, dass die Rote Armee an der polnischen Front im September 1920 tatsächlich in Auflösung begriffen war. Ein weiterer energischer Vorstoß hätte genügt, und ... „im Frühjahr hätte es keine Bolschewiken mehr gegeben“. Piłsudski verzichtete jedoch auf diesen Vorstoß. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel fiel die Entscheidung, den Waffenstillstand am 12. Oktober zu unterzeichnen. An dieser Stelle tritt Mackiewicz in eine scharfe Polemik mit dem Kanon der Geschichtsschreibung und der Erinnerungsliteratur ein, der den Oberbefehlshaber von jeglicher Verantwortung für diese Entscheidung freispricht und sie vollständig auf die intriganten Unterhändler des Waffenstillstands in Riga und vor allem auf den Ver-

treter der Nationaldemokratie, Stanisław Grabski, abschiebt. Die „politischen Gespräche“ der Onkel des Protagonisten, die im letzten Teil des Romans eingeführt werden, ermöglichen es dem Autor, seine Polemik argumentativ zu untermauern. Angesichts der Gerüchte über einen bevorstehenden Waffenstillstand in Riga kristallisierte sich die These heraus, dass Piłsudski weder den den Frieden fordernden „Sejmschreibern“, sei es von der nationaldemokratischen Rechten oder der sozialistischen Linken, hätte nachgeben müssen, noch hätte er Stanisław Grabskis Manöver in Riga akzeptieren müssen, sondern gegen alle anderen in den Krieg gegen die Bol’ševiki ziehen können. Er hatte sich schon so oft gegen alle gestellt. Nun tat er es nicht – weil er nicht wollte. Er hätte jetzt die Bol’ševiki erledigen können, fügt ein anderer Sprecher des Autors in einem späteren Dialog hinzu, aber er wollte, dass die Bol’ševiki dem „weißen“ Russland den Garaus machten, dass sie Vran-gel’ ins Schwarze Meer trieben, was Ende Oktober auch geschah. Es war Piłsudski, der als Oberbefehlshaber und Staatschef die volle Verantwortung für die Entscheidung über die Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Bol’ševiki und die Bedingungen des Waffenstillstands trug. Im Roman wird die in Riga gebilligte, schändliche Behandlung der Freiwilligenverbände der polnischen Verbündeten im Kampf gegen die Bol’ševiki beschrieben – der Einheiten von Russen, Kosaken, Ukrainern, „Balachovcy“ (Soldaten der weißrussisch-russischen Einheiten von General Stanislav Bulak-Balachovič) – die auf Geheiß der sowjetischen Seite entwaffnet und interniert wurden. Und hier konnte man sich nur schwer der Assoziation mit dem späteren, tragischeren Schicksal ähnlicher Formationen im Zweiten Weltkrieg erwehren, das Mackiewicz in „Kontra“ (dt.: „Tragödie an der Drau oder: Die verratene Freiheit“) beschreibt...

Das Jahr 1920 wird nicht als großer polnischer Sieg, sondern als ein Jahr der verlorenen Ehre dargestellt. „Als das Grauen wich und die Scheinwerfer erloschen, merkten wir, dass wir auf Müllhaufen saßen“, könnten die Helden von Mackiewicz’s Roman sagen. Auf der Suche nach einem Kinderwagen nach den Erfahrungen dieses Krieges, für das Kind des nun unabhängigen Polens, hätten sie diese sehr bitteren Worte aus Zbigniew Herberts Gedicht *Przebudzenie* (Erwachen) verwenden können: „und neues Leben legte sich uns vor die Füße“⁴⁷³. Für die Mehrheit der Emigranten, für die die Zweite Republik in gewisser Weise ein verlorenes Paradies war, war eine solche Bitterkeit, eine Revision der Bedeutung von 1920, des Gründungsmythos dieses Paradieses, schwer zu schlucken. Für die Hüter des Marschallkults war Mackiewicz’s Roman ein Stein des Anstoßes. Eine Art kollektiver Protest dieses Milieus wurde das Werk „W obronie prawdy historycznej. Głosy

473 Zbigniew Herbert, 89 wierszy, Kraków 1998. Hier nach der deutschen Übersetzung von Karl Dedecius, in: Zbigniew Herbert, 89 Gedichte. Herrn Cogitos Vermächtnis, Frankfurt am Main 2000, S. 16.

i opinie o książce „Lewa wolna“ [Zur Verteidigung der historischen Wahrheit. Stimmen und Meinungen zu dem Buch „Links ist frei“], das im folgenden Jahr vom Verband der polnischen Veteranen veröffentlicht wurde. Józef Garliński, Tadeusz Pelczyński, Kazimierz Iranek-Osmecki und Tadeusz Schaetzel verurteilten Mackiewicz als einen polnischsprachigen Schriftsteller, der aber „ein auf Russisch, genauer gesagt auf Weißrussisch fühlender Patriot des zaristischen Russlands“ sei⁴⁷⁴. Die Autoren der Rezensionen, und das waren viele, versuchten, mit Argumenten und nicht mit Epitheta zu antworten. Adam Pragier legte in den „Wiadomości“ („Lewa – zagrodzona“ (Links ist gesperrt), Ausgabe vom 12. März 1967) die am häufigsten angeführten Argumente zur Widerlegung der Thesen von Mackiewicz dar: Polen sei zu schwach gewesen, um über das Schicksal Russlands zu entscheiden; die „weißen“ Generäle mit ihrer imperialen Mentalität seien nicht bereit gewesen, auch nur die geringsten Zugeständnisse an nicht-russische nationale Bewegungen zu machen, und hätten selbst die Möglichkeit einer antibolschewistischen Zusammenarbeit mit ihnen zunichte gemacht; und schließlich: 1919 oder 1920 sei es schwierig gewesen, sich vorzustellen, dass der Bolschewismus überhaupt fortbestehen würde, und mehr noch, welchen gigantischen Schaden er der Menschheit zufügen würde, wenn er sich erst einmal in seiner totalitären Form verfestigt hätte. Ergo: Mackiewiczs Behauptungen seien unrealistisch und anachronistisch. Die Polemik wurde von Bogusław Miedziński, dem Kodirektor des polnischen Geheimdienstes im Osten im Jahr 1920, auf einer anderen, rein militärischen Ebene aufgegriffen. Im dritten Teil seiner Artikelserie, die in der Pariser „Kultura“ veröffentlicht wurde, verteidigte er die Entscheidung, die polnischen Offensivoperationen gegen die Bol’ševiki im Herbst 1919 (und – mit demselben Argument – im Herbst 1920) einzustellen: Bei Wintereinbruch würde niemand, der bei Verstand sei, einen Manöverkrieg bis tief nach Russland hinein führen (dieses Argument ließ Mackiewicz übrigens auch in seinem Roman anklingen, indem er es Oberst Tadeusz Kutrzeba in den Mund legte). Außerdem erinnerte Miedziński – nicht ohne Grund – daran, dass die polnische Armee 1919 über zu wenig ausgebildete Soldaten für umfangreichere Offensivoperationen im Osten verfügte. Ja, formal habe sie im Herbst bereits 600.000 Soldaten gezählt, aber in der deutlichen Mehrheit seien dies Rekruten ohne Kampferfahrung gewesen⁴⁷⁵.

Die Geschichte ist keine experimentelle Wissenschaft, in der wir ihre verschiedenen Varianten testen könnten, indem wir ihre Erfahrungen mit der Verände-

474 W obronie prawdy historycznej. Głosy i opinie o książce „Lewa wolna“, Londyn 1966, S. 54 (T. Pelczyński).

475 Bogusław Miedziński, Wojna i pokój, cz. 3, in: Kultura 20 (1966), Nr. 9, S. 85–97; zu anderen Polemiken und – auch positiven – Rezensionen von „Lewa wolna“ siehe J. Malewski [Włodzimierz Bolecki], Ptasznik z Wilna. O Józefie Mackiewiczu, Kraków 1991, S. 396–400.

rung eines einzigen Faktors wiederholen. Deshalb werden wir die Frage, die Mackiewicz in Form einer (Hypo-)These in „Lewa wolna“ gestellt hat, nie zweifelsfrei beantworten können. Hat Piłsudski den Bolschewismus wirklich vor dem Untergang bewahrt? Über die Umstände des russischen Bürgerkriegs im Jahre 1919, die Stärke der Konfliktparteien und die Bedeutung des polnischen Faktors im europäischen Osten in den Jahren 1919–1920 und schließlich seine Abhängigkeit von anderen Faktoren, sowohl inneren (politischen, sozialen, wirtschaftlichen) als auch äußeren (vor allem der Haltung der siegreichen Entente-Mächte) kann man auf der Grundlage des heutigen Wissens nur spekulieren. Ich möchte daher zu diesem Austausch von Argumenten zwischen der von Mackiewicz vertretenen Position und der seiner Gegner eine ganz kurze Übersicht aus der zeitgenössischen Geschichtsschreibung über die Fakten geben, die für die Bewertung dieser Kontroverse nützlich sind.

Am Ende des Sommers und zu Beginn des Herbstes 1919, als Denikin auf Moskau marschierte und die Gesandten Piłsudskis die Geheimgespräche mit den Gesandten Lenins fortsetzten, hatten die Streitkräfte des „weißen“ Russlands ihre maximale Stärke von 537.000 Soldaten erreicht, die polnische Armee zählte etwas mehr als 600.000 (in allen über das Land verstreuten Formationen), während die Rote Armee... 3,538 Mio. Soldaten hatte. Die sowjetischen Süd- und Südostfronten, die gegen Denikin kämpften, erhielten zwischen September und November 1919 eine Verstärkung von 325.000 Mann. Dies sind Fakten. Es ist auch eine Tatsache, dass die Untätigkeit der polnischen Armee an der antibolschewistischen Front es der damaligen Führung der Roten Armee erlaubte, etwa 40.000 Soldaten von dieser Front zu verlegen, um Denikin zu bekämpfen. Die Gegenüberstellung dieser Zahlen zeigt eines: Die Chance für Polen, den „Weißen“ zum Sieg zu verhelfen, war im Herbst 1919 gering, während die zahlenmäßige Überlegenheit der „Roten“ enorm war⁴⁷⁶. Aber selbst unter diesen Umständen ist der Vorwurf von Mackiewicz nach wie vor berechtigt: Die Polen haben es nicht einmal versucht... Ähnliche Überlegungen können angestellt werden in Bezug auf die These, dass Polen eine Chance hatte, den Bolschewismus im Herbst 1920 aus eigener Kraft zu besiegen. Die zahlenmäßige Überlegenheit der Roten Armee (nicht bei den Fronttruppen, sondern bei allen Verbänden) blieb formell ähnlich wie im vorangegangenen Herbst – 4,5:1 (in Millionen). Der Autor von *Lewa Wolna* manipuliert die Zahlen etwas, um zu zeigen, dass es doch die reale Chance gab, dass die Rote Armee von der Polnischen Armee vollständig zerschlagen würde. Der bolschewistische Staat

476 Siehe M. Bernštam, *Storony v graždanskoj vojne, 1917–1922 gg.* (Problemy, metodologija, statistika), Moskva 1992, S. 44; *Grif sekretnosti snjat: Poteri vooružennyh sil SSSR v vojnach, boevych dejstvijach i voennyh konfliktach. Statističeskoe issledovanie*, hg. v. G. F. Krivošeev, Moskva 1993, S. 10–22.

erlebte in der Tat im Winter 1920–1921 eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise, aber hätte es die nur geringfügig bessere wirtschaftliche Lage Polens erlaubt, einen Winterfeldzug gegen Russland durchzuführen? Diese Frage lässt sich nicht einfach entscheiden.

Über die politische Seite von Piłsudskis Entscheidung, dem „weißen“ Russland keine Hilfe zu leisten, lässt sich leichter streiten, sie ist aber schwieriger zu klären. Was war der größere Fehler: der tatsächlich unnachgiebige Widerstand der Eliten des „weißen“ Russlands gegen die Aussicht, Polen (oder andere Randstaaten wie Finnland, Estland, Lettland oder – auf der anderen Seite – die Ukraine) mit Abstrichen von der Idee eines geeinten, unteilbaren Russlands (*edina, nedelima Rossija*) zu bezahlen, oder der ideologisch motivierte Widerwille der politischen Eliten der neuen (wiedergeborenen) Staaten, die kürzlich noch die Peripherie des Reiches bildeten, mit der russischen „Reaktion“ zu kooperieren⁴⁷⁷? Dass beide Seiten des Dramas zu sehr dem Konzept egoistischer „nationaler Interessen“ verhaftet waren, was sie daran hinderte, die Bedeutung eines gemeinsamen Feindes der Menschheit zu erkennen, wurde von Mackiewicz selbst am überzeugendsten dar- gelegt.

Bis zu einem gewissen Grad könnte man ihm vorwerfen, dass er in seiner romanhaften Analyse der polnischen Ostpolitik in den Jahren 1919–1920 das Thema des ursprünglichen Versuchs einer Verständigung mit Russland marginalisierte: des Versuchs zu den Bedingungen Piłsudskis. Es handelte sich um das so genannte Konzept des Dritten Russlands (kein „weißes“ und kein „rotes“, sondern ein volksnahes, antibolschewistisches Russland, das von Boris Savinkov geführt wurde und seine Truppen ab August 1920 mit Piłsudskis Zustimmung unter der Ägide der polnischen Armee aufstellte). Mackiewicz schätzte es noch mehr, nachdem er die Memoiren eines der Konstrukteure dieses Konzepts, von Savinkovs engstem polnischen Mitarbeiter Karol Wędziagolski, gelesen hatte (Barbara Toporska hat sie letztendlich herausgegeben). Selbst dieses Konzept dürfte von ihm jedoch nicht als Angebot einer echten polnisch-russischen antibolschewistischen Zusammenarbeit,

⁴⁷⁷ Siehe Andrzej Nowak, „Jedna, niepodzielna“ i „male narody“ Imperium. Formowanie i konsekwencje idei politycznej „białej“ Rosji (jesień 1918 – wiosna 1919), in: *Przegląd Wschodni* 7 (2000), H. 1 (25), S. 97–122; der einzige prominente Vertreter der politischen Elite des „weißen“ Russlands, der die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Polen voll und ganz begriff, war der letzte Botschafter der Russischen Republik in Paris und späteres Mitglied der dortigen Russischen Politischen Konferenz, Vasilij Maklakov. Siehe seine kürzlich publizierten Briefe hierzu: „Soveršenno lično i doveritel'no!“ B. A. Bachmetev – V. A. Maklakov. *Perepiska 1919–1951 v 3-ch tomach*, hg. v. O. V. Budnickij, Bd. 1, Moskva; Stanford 2001, S. 190 (Brief vom 13.3.1920), 229–231 (Brief vom 6.9.1920).

sondern eher als instrumenteller Einsatz der russischen Karte (eher eine Lusche als ein As) im Spiel des polnischen Staatschefs betrachtet worden sein⁴⁷⁸.

Der Historiker kann auch einige Ungenauigkeiten in der politischen Argumentation von *Lewa Wolna* finden. Wenn darin beispielsweise behauptet wird, Frankreich sei bereit gewesen, im September und Oktober 1920 eine weitere polnische Offensive bis tief nach Russland hinein zu unterstützen, so ist diese These nach heutigem Kenntnisstand nur schwer zu halten. Erstens vertrat der britische Premierminister David Lloyd George eine konsequent ablehnende Haltung gegenüber jeder antibolschewistischen Aktion. Wie wir bereits aus den früheren Kapiteln dieses Buches wissen, kam es vor diesem Hintergrund zu einer kurzzeitigen Krise zwischen Paris und London, als Lloyd George am 10. August 1920 im Wesentlichen zustimmte, das bedrohte Polen an die Sowjets abzutreten. Im Gegenzug bekräftigte der französische Ministerpräsident Alexandre Millerand nicht nur die Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Polen, sondern erkannte auch die Regierung Südrusslands, d. h. die Herrschaft von General Vrangel' auf der Krim, an, was die Pläne Lloyd Georges für eine rasche Einigung mit den Bol'seviki weiter durchkreuzte. Trotz dieser Krise suchte Paris nach der Verteidigung Warschaws durch die Polen erneut eine Annäherung an London, da es keine Möglichkeit sah, eine eigenständige Ostpolitik zu betreiben. Es ist daher schwierig, von einer Bereitschaft Frankreichs zu sprechen, weitere antibolschewistische Aktionen zu unterstützen, die die Kräfte Polens und Vrangel's im Herbst 1920 zusammengeführt hätten. Lloyd George hätte alles getan, um eine solche Idee zu torpedieren. Man muss auch hinzufügen, dass es Anfang September auf französischer Seite durchaus Pläne gab, eine solche gemeinsame Front zu organisieren oder zumindest Warschau zu ermutigen, noch keinen Frieden mit den Bol'seviki zu schließen, und Vrangel' zu helfen, sich zu konsolidieren und den Winter zu überstehen. Wie jedoch die kürzlich veröffentlichte diplomatische und strategische Korrespondenz der französischen Führung jener Zeit bestätigt, handelte es sich dabei lediglich um Sondierungsprojekte, die von Ministerpräsident Millerand vorgeschlagen und von der französischen Führung, insbesondere von Marschall Ferdinand Foch, systematisch als unrealistisch zurückgewiesen wurden. Diese liefen auf den Vorschlag hinaus, dass Polen

478 Siehe Archiwum Muzeum Polskiego w Rapperswilu [im Folgenden: AMPR], Nachlass Józef Mackiewicz, I–1, Bd. 59: Literarisches Werk; Notizhefte, Heft 5: Bewerbung Karol Wędziagolskis um den „Wiadomości“-Preis 1973; Bd. 152: Briefwechsel mit Karol Wędziagolski (insbes. Bl. 13–15, Briefe K. Wędziagolskis an J. Mackiewicz vom 9.2.1964 und 21.2.1967; siehe auch: Rosyjski łącznik Naczelnika. Listy Karola Wędziagolskiego do Piotra Wandycza, wstęp i oprac. A. Nowak, in: Arcana (2006), Nr. 70–71 (4–5), S. 82–108; zum Thema der Idee des „dritten Russlands“, ihrer Entstehung und ihrem Schicksal im Jahr 1920 siehe u. a. Nowak, Polska i trzy Rosje, S. 458–501; Zbigniew Karpus, Wschodni sojusznicy Polski w wojnie 1920 roku. Oddziały wojskowe ukraińskie, rosyjskie, kozackie i białoruskie w Polsce w latach 1919–1920, Toruń 1999.

den Krieg mit Sowjetrußland nicht beenden, aber gleichzeitig die Bug-Linie als Grenze der von der Entente als unbestreitbar polnisch anerkannten Gebiete nicht überschreiten sollte. Von dieser Position zog sich Millerand unter dem Einfluss der kritischen Äußerungen Fochs und vor allem unter dem Druck Londons und Roms zurück und folgte in seiner Rußlandpolitik ganz den Vorschlägen von Lloyd George. Nach einem Treffen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Giovanni Giolitti am 12. September in Aix-les-Bains gab Millerand seine früheren Vorschläge auf und akzeptierte die Aussicht auf einen polnisch-sowjetischen Frieden als unvermeidlich⁴⁷⁹.

Mackiewiczz Roman enthält auch (übrigens sehr wenige) sachliche Ungenauigkeiten, die hier nicht pedantisch aufgezählt werden sollen. Mit einer sehr interessanten Ausnahme. Als Ausdruck dessen, dass Piłsudski die letzte Chance auf eine echte Zusammenarbeit mit dem „weißen“ Rußland, das im September 1920 nur durch das Krim-Zentrum von General Wrangel' vertreten war, boykottierte, zeigt *Lewa wolna* den Moment, als der Marschall den offiziellen russischen Gesandten nicht empfing. Tatsächlich empfing Piłsudski General Petr Machrov, der in dieser Funktion in Warschau eingetroffen war, unverzüglich. Machrov kam am 4. (17.) September in Polen an und wurde bereits am 8. (21.) September im Belvedere empfangen. Um Piłsudskis Haltung gegenüber dem „weißen“ Rußland zu verstehen, ist es am besten, eine Zusammenfassung dieses Gesprächs zu zitieren, die Machrov in seinem Bericht an Wrangel' detailliert festhielt.

„Am achten September wurde ich zu Marschall Piłsudski eingeladen. Wir begannen das Gespräch auf Polnisch. Piłsudski empfing mich äußerst zuvorkommend und schlug sofort ein Gespräch auf Russisch vor. Er drückte seine Freude darüber aus, den Vertreter des Oberbefehlshabers der russischen Armee bei sich zu haben [...], sofern er den Vertreter jenes Russlands vor sich sehen könne, das er so lange gesucht habe. Er sei auf der Suche nach einem dritten Rußland. Das zweite Rußland – Kolčak und Denikin – sei für ihn inakzeptabel, weil es sich um Reaktionäre handle, die nicht ein neues Rußland schaffen wollten, sondern das, was das Volk so sehr belastet habe, wiederherstellen wollten. Und nun wartet er auf ein drittes Rußland, wie ich es verstanden habe, ein demokratisches Rußland, das sich von der Vergangenheit löst, die das Volk so sehr belastet hat und deren Rückkehr das russische Volk nicht wünscht. ‚Mögen Sie darüber nachdenken‘, sagte Marschall Piłsudski, ‚ich bin in vielen Städten und Dörfern gewesen, die früher unter bolschewistischer Herrschaft standen. Die Menschen sind zu Tieren geworden, die um einen Bissen Brot kämpfen; im einst reichen Rußland, das ganz Europa ernährt – Hunger, Seuchen, Schmutz, Elend und Armut. Es sind nicht nur lebende Menschen, die sterben, sondern auch Objekte – Fabriken, Anlagen, Häu-

479 Documents diplomatiques français 1920, Bd. II (19 mai – 23 septembre), réd. J. Bariéty et al., Paris 1999, S. 522–525, 532–535; vgl. die ausführlichere Behandlung der Bedeutung dieser Dokumentation: Andrzej Nowak, Documents diplomatiques français – źródła do politycznej historii wojny polsko-sowieckiej w 1920 roku, in: Dzieje Najnowsze 38 (2006), H. 3, S. 145–151.

ser, Straßen und so weiter. Es gibt aber auch Russen, und zwar sehr viele, die sich auf die Seite der Bolschewiken stellen. Ich glaube nicht, dass diese sie mit Maschinengewehren vor sich hertreiben, sondern es gibt auch andere Motive. Ich bin sicher, dass die Menschen Angst haben vor – wissen Sie was? – sagte der Marschall nach einer langen Pause – ‚vor einer Rückkehr zu den Privilegien, mit denen eine Klasse von Menschen über andere herrschte‘⁴⁸⁰.

Das Ergebnis des Gesprächs war negativ: Der Marschall lehnte die Möglichkeit eines militärischen Abkommens mit dem Gesandten Vrangels ab, da dieser kein politisches Mandat hatte. Was die Aufzeichnung dieses Gesprächs jedoch am deutlichsten zeigt, ist das Merkmal der polnischen Politik unter Piłsudski, das Mackiewicz entgegen der vorherrschenden Meinung am schärfsten erfasste und kritisierte. Piłsudskis Polen wollte kein Abkommen mit dem „weißen“ Russland, nicht nur, weil beide Seiten an der Kategorie des „nationalen Interesses“, an einem erbitterten Streit um Territorien, festhielten. Es ist nicht nur der Nationalismus, den Mackiewicz in seiner großen Anklage gegen den historischen Irrtum von 1919–1920 anprangert, sondern auch die Blindheit gegenüber der linken Ideologie, die polnische Sozialisten und Piłsudski dazu brachte, in den „weißen“ Generälen ein größeres Übel zu sehen als im Bolschewismus.

Und hier komme ich schließlich zu dem für einen Forscher des polnisch-bolschewistischen Krieges höchst ungewöhnlichen Umgang mit dem Text von *Lewa Wolna*. Auf den Seiten dieses Romans finde ich eine Andeutung, die eng mit diesem kritischen Argument zusammenhängt, die in ihrem anklagenden Ton am schärfsten ist, die aber bisher durch keine historische Quelle bestätigt wurde. Die Behauptung, dass nicht nur im Sommer und Herbst 1919 geheime Verhandlungen zwischen den Gesandten von Piłsudski und Lenin stattfanden, eine Tatsache, die schon in der Zwischenkriegszeit Proteste und Dementis hervorgerufen hatte, wurde schließlich, wie ich bereits erwähnte, durch historische Dokumente bestätigt. In *Lewa Wolna* gibt es die Hypothese, dass solche Gespräche auch im September 1920 stattfanden, was zu einem überstürzten Waffenstillstand führte und den Bolschewiki den nächsten, diesmal endgültigen Showdown mit dem „weißen“ Russland – mit Vrangels – ermöglichte. Als im Roman die Frage gestellt wird, warum die polnische Armee bei der Verfolgung der Roten Armee anhält und Minsk nicht einnimmt, wird die folgende Bemerkung gemacht: „Es gibt Gerüchte über irgendwelche Verhandlungen. Kann es vielleicht sein...?“. Das Thema kehrt in dem Gespräch

480 CUL, Manuscript Collections – Bakhmeteff Archive, P. S. Makhrov Collection, Box 5, file: „Otčety o poliitičeskom položenii v Pol’she, 1920–21“, P. S. Machrov an P. Vrangels (Bericht für die Zeit vom 4. bis zum 12.9. alten Stils 1920). Diesen Bericht fasst, wenngleich nicht in genau diesem Fragment, Janusz Cisek, Kalendarium działalności Józefa Piłsudskiego. Uzupełnienie do „Kroniki życia Józefa Piłsudskiego 1867–1935“, Nowy Jork 1992, S. 163–164, zusammen.

zwischen den Onkeln Stefan und Jerzy wieder: „Ob es [...] geheime Absprachen zwischen Piłsudski und Lenin gab, wie vor einem Jahr, weiß die ‚graue Eminenz‘ nicht. Es spricht viel dafür“. Mit diesen Andeutungen untergräbt Mackiewicz eindeutig die ständige Verteidigungslinie, die von den Anhängern des Marschalls in Bezug auf die Entscheidung über den Waffenstillstand und den Stopp des Marsches der polnischen Armee nach Osten aufrechterhalten wurde: dass die Nationaldemokraten die Bösen gewesen seien... oder dass die polnische Gesellschaft nicht bereit gewesen sei, Opfer zu bringen.

Wir kommen hier in einen Bereich, der gefährlich nahe an Verschwörungstheorien heranreicht. Manchmal stellt sich jedoch heraus, dass ein Historiker auch auf solchem Terrain Schätze für seine Arbeit entdecken kann, aus denen das Bild nicht einer kranken Phantasie, sondern eines bestimmten Ausschnitts der politischen Realität entsteht. Genau das ist in diesem speziellen Fall unerwartet geschehen. Bei meiner Arbeit im Moskauer Archiv des ehemaligen Instituts für Marxismus-Leninismus (d. h. des zentralen Parteiarchivs) stieß ich in der umfangreichen Sammlung des politischen Nachlasses von Lenin auf eine Korrespondenz, die in Kopie an ihn gerichtet war, und zwar im Herbst 1920 aus Berlin. Offizieller Adressat war der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Georgij Čičerin. Der Absender war Viktor Kopp (1880–1930). Der oberste inoffizielle, d. h. in Ermangelung formeller Beziehungen, Vertreter der sowjetischen Diplomatie in Berlin bemühte sich seit Beginn seiner Mission, d. h. seit Juni 1919, um den Abschluss eines Abkommens zwischen Berlin und Moskau, das es ermöglichen sollte, die „polnische Trennwand“ mit gemeinsamen Kräften zu stürzen. Dies war 1920 immer noch nicht gelungen, wie Kopp in seinen Herbstberichten an Čičerin und Lenin bitter bemerkte.

Nach der Niederlage der Roten Armee in der Schlacht von Warschau mussten diese ehrgeizigen Pläne zurückgestellt werden. Am 2. September beschlossen Polen und Sowjetrußland, die Waffenstillstandsgespräche wieder aufzunehmen und vereinbarten, sie in Riga abzuhalten. Am 16. September traf die polnische Delegation dort ein. Am 19. September fand ein informelles Treffen zwischen dem Vorsitzenden Jan Dąbski und dem Vorsitzenden der sowjetischen Delegation, Adolf Joffe, statt, zwei Tage später wurden die Verhandlungen offiziell aufgenommen. Ihr Verlauf war jedoch völlig unvorhersehbar. Sie hätten für beide Seiten ein Vorwand sein können, um einen neuen, entscheidenden Angriff vorzubereiten. Die Rote Armee, die sich auf den Endkampf mit Vrangel' konzentrierte, war jedoch nicht auf einen solchen Angriff an der antipolnischen Front vorbereitet. Aber was würden die Polen tun? Was würden sie fordern? Diese Fragen beschäftigten die sowjetische Diplomatie und ihre politische Führung in der zweiten Septemberhälfte 1920 am stärksten. Am zweiten Tag nach Beginn der Rigaer Gespräche schrieb Adolf

Joffe, dass „man auf diesem Boden lange reden kann, sich dabei aber weder ein schneller Frieden noch ein Waffenstillstand erreichen lässt“⁴⁸¹.



Abb. 15: Jan Dąbski, Leiter der polnischen Delegation während der Friedensverhandlungen in Riga. Fotografie aus dem Jahre 1931; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

Zehn Tage später, am 28. September, berichtet Viktor Kopp aus Berlin in einer äußerst wichtigen Angelegenheit an Čičerin und Lenin. Ich möchte diesen Bericht zitieren:

„Lieber Georgij Vasilevič, ich hatte gerade ein Gespräch mit Ryszard Kunicki [1873–1960, Aktivist der Polnischen Sozialdemokratischen Partei, Arzt der Artillerieschwadron der Legionen, Mitglied des Verfassunggebenden Sejm, Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees der PPS seit Juli 1920; später Organisator der Krankenkassen; von 1948–1957 Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei; A. N.]. Kunicki kam im Namen von Daszyński [Ignacy, stellvertretender Ministerpräsident der Regierung, Vorsitzender der polnischen Sozialisten und damals wichtigster Mitarbeiter des Staatschefs im Sejm; A. N.] zu mir und schlug vor, nach Warschau zu kommen und Daszyński zu treffen, um die Friedensgespräche zu beschleunigen. Zu meiner Frage, was Daszyński konkret von einem persönlichen Treffen mit mir erwarte, wo doch die Friedensgespräche bereits andernorts geführt würden, antwortete Kunicki, dass erstens Daszyński ihm vor einer Woche den Auftrag erteilt habe, nach Berlin zu reisen, als die Gespräche noch nicht begonnen hatten, und zweitens sei es, so Daszyński,

⁴⁸¹ Zitiert aus dem Bericht Joffes an Čičerin vom 17.9.1920 nach: Jerzy Borzęcki, Niełatwy kompromis: granica ryska w świetle rokowań w Mińsku i Rydze (cz. 2), in: Arcana (2005), Nr. 61–62 (1–2), S. 223.

bei einem privaten Treffen, bei einem halboffiziellen Gespräch, leichter, die auf beiden Seiten entstandenen Missverständnisse auszuräumen und gegenseitiges Misstrauen abzubauen und, *last but not least*, könne man sofort bestimmte Friedensbedingungen festlegen, die in einem offiziellen Rahmen zu etablieren langwierige Gespräche erfordern würde. Schließlich ist Daszyński der Ansicht, dass er sich aufgrund des Gesprächs mit mir von der Aufrichtigkeit der Sowjetmacht überzeugt habe und nun leichter und mit größerem Erfolg den Kampf gegen die Elemente, die sich einem Frieden widersetzen (Nationaldemokraten) führen und der [Friedens-]Delegation [in Riga] eine bestimmte Taktik aufzwingen könne [...]. Ich habe indirekt, aber nachdrücklich darauf hingewiesen, dass Russland zweifellos den Frieden will, dass aber die unabdingbaren Voraussetzungen für ihn vorhanden sein müssen: 1. erstens, dass Polen jeden Versuch aufgibt, die ukrainische Frage in der einen oder anderen Form tatsächlich anzugehen. 2. zweitens, der Verzicht Polens auf die Zusammenarbeit mit Vrangel'. 3. drittens die Bestätigung, dass Polen auch auf längere Sicht nicht zum Vorposten Frankreichs im Kampf gegen Russland werden wird (ich erwähnte die Perspektive, dass Polen Teil der Kleinen Entente werden könnte). Kunicki antwortete: *ad primum*: Polen wird sich mit der gegenseitigen formellen Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine begnügen, ‚niemand denkt mehr daran, zu den Fehlern der letzten Zeit zurückzukehren, wir sind alle klüger geworden‘; die frühere Politik der Phantasien, größenwahnsinniger Verknüpfungen unweigerlich realeren Anliegen weichen sollte, usw. *ad secundum*: die polnische Regierung hat Vrangel' nicht offiziell anerkannt und auch sein Vertreter, General Machrov, wurde von der Regierung nicht empfangen. Das Korps von [General Stanislav Bulak-]Balachovič (etwa dreitausend Mann), das hauptsächlich nicht aus russischen Freiwilligen, sondern aus weißrussischen Katholiken besteht, ist Teil der polnischen Armee und wird als solches unverzüglich demobilisiert werden, sobald der Frieden unterzeichnet wird, möglicherweise an erster Stelle. Was Savinkov und Machrov betrifft, so haben sie nicht das Recht erhalten, in Polen Truppen zu formieren, sondern sind nur mit der Rekrutierung beschäftigt, die ‚endgültig‘ abgeschlossen sein wird, wenn der Frieden erreicht ist. *Ad tertium*: Die Feindseligkeit gegenüber den Tschechen, die durch eine für die Tschechen günstige Lösung der Teschener Frage noch verstärkt wird, wird jeden Versuch erschweren, Polen in ein gemeinsames Bündnis mit den Tschechen zu ziehen. Generell strebt Polen, wie auch Lettland und Estland, derzeit einen echten, stabilen Frieden mit Russland an. Kunicki stellte seinerseits fest, dass für Polen die *conditio sine qua non* darin bestehe, dass 1. Russland sich nicht in die Regelung der Grenzfrage zwischen Polen und Litauen einmische. 2. die Nichteinmischung in die ostgalizische Frage. Auf diese beiden Bedingungen ‚kann keine polnische Regierung verzichten‘. Auf Daszyńskis Vorschlag, sich mit mir zu treffen, antwortete ich ausweichend, mehr oder weniger in diesem Sinne: 1. [...] Es wäre zweckmäßiger und einfacher gewesen, wenn Daszyński nach Riga gefahren wäre und dort an Ort und Stelle die Gelegenheit zu einem privaten Gespräch geschaffen hätte. [...] Ich erwähnte indirekt, dass möglicherweise jemand aus Moskau zu diesem Zweck nach Riga kommen könnte (ich nannte die Namen Radek, Marchlewski). [...] Ich lehnte den Vorschlag, nach Warschau zu fahren, kategorisch ab, merkte aber in einer überaus unverbindlichen Form an, dass ich mich möglicherweise an einem neutralen Ort treffen könnte, zum Beispiel in Danzig⁴⁸².

482 RGASPI, Fonds 5, op. 1 [Politisches Sekretariat Lenins], d. 2137: Pisma i dokladnie zapiski polnomočnych predstavitelej RSFSR v Germanii V. L. Koppa i J. Ch. Lutovinova v NKID o položenii

Fassen wir zusammen. Ein Gesandter des sozialistischen stellvertretenden Ministerpräsidenten der polnischen Regierung wendet sich an den in der unmittelbaren Nachbarschaft Polens ansässigen wichtigsten Vertreter der sowjetischen Diplomatie und bietet ihm die Teilnahme an ernsthaften Gesprächen an, in denen die Bedingungen für einen wirklichen Frieden zwischen Polen und Sowjetrußland so bald wie möglich geschaffen werden sollen. Im Austausch der Argumente wird deutlich, dass neben der ukrainischen Frage die Frage einer möglichen Zusammenarbeit Polens mit Vrangels' auf sowjetischer Seite die größten Bedenken und Vorbehalte auslöste. Und es ist auch offensichtlich, dass der Gesandte aus Warschau bereit war, seinen Gesprächspartner in dieser Frage vollkommen zu beruhigen. Es ist bemerkenswert, dass dieser Versuch eines neuen vertraulichen Kontakts erst stattfand, nachdem auf Anweisung der bolschewistischen Führung ein Informationsleck in der sozialistischen deutschen Presse aufgetaucht war, durch das die Ergebnisse der Geheimgespräche zwischen den Gesandten Lenins und Piłsudskis von 1919 enthüllt worden waren. Diese Tatsache mag der Grund dafür sein, dass nur der stellvertretende Ministerpräsident Daszyński als Kunickis Auftraggeber auftritt, um – für den Fall der Fälle – die Autorität des Staatschefs zu schützen. Aber hatte der sozialistische Vizepremier überhaupt die Möglichkeit oder den Ehrgeiz, seine eigene Außenpolitik zu betreiben – ohne Piłsudskis Wissen und Zustimmung? Diese Frage bleibt offen. Und eine andere, nicht minder interessante Frage: Gab es eine Fortsetzung des Vorschlags für geheime Gespräche? Dafür habe ich keine wesentlichen Beweise gefunden. Abgesehen vielleicht von einer vielsagenden Pause in Kopps fast täglichen Berichten aus Deutschland. Den nächsten Brief aus Berlin an Čičerin schickt er erst am 4. November. Wohin und warum ist der sowjetische diplomatische Agent für Sonderaufgaben nach dem 28. September verschwunden? Hat er sich mit den Gesandten aus Warschau getroffen – in Danzig oder anderswo?

Ohne die endgültige Antwort auf diese Fragen zu kennen, können wir versuchen, den Inhalt von Kopps Bericht über dieses Gespräch mit dem Verlauf der damals laufenden Waffenstillstands- und Friedensvorbereitungsverhandlungen in Riga in Beziehung zu setzen. Wie oben erwähnt begannen diese offiziell am 21. September. Noch am selben Tag wurde Kunicki zu Kopp nach Berlin geschickt. Nach den ersten Treffen in Riga war man auf sowjetischer Seite besorgt, dass die Polen den in Paris skizzierten Plan einer operativen Zusammenarbeit mit Vrangels' gegen die Rote Armee in die Tat umsetzen könnten – was Lenin befürchtete. In einem Versuch, die Position der polnischen Seite „aufzuweichen“, gab Trockij am 26. September die Propagandaparole „Diplomaten nach Riga, Rote Armee nach

v Germanii, o sovetsko-germanskich vzaimootnošenijach i po drugim voprosam vnešnej politiki, napravlenie V. I. Leninu (11.6.1920–1.10.1921), Bericht Kopps vom 28.9.1920, Bl. 48.

Warschau“ aus. Tatsächlich hatte sich die polnische Armee auf eine Offensive vorbereitet und führte diese in der so genannten Niemen-Operation auch erfolgreich aus. Am 29. September, dem Tag nach Kunickis sondierendem Gespräch mit Kopp, wurden Pinsk, Slonim und Baranoviči eingenommen. Auf einer Sitzung des Rates für Staatsverteidigung am 1. Oktober wetterte der stellvertretende Ministerpräsident Daszyński gegen die „Soldateska“, d. h. die Anhänger eines weiteren Krieges gegen die Bolševiki. Am 2. Oktober wies Lenin Joffe an, einer Grenzziehung zuzustimmen, die Polen die Eisenbahnlinie Lida-Baranoviči überließ, unter der Bedingung, dass der Frieden bis zum 5. Oktober unterzeichnet werde. Entgegen dem Mythos, den der Sekretär der polnischen Delegation, Aleksander Ładoś, in seinen Memoiren aus den Jahren 1936 und 1937 verbreitete, stimmte die sowjetische Seite jedoch keinen größeren Zugeständnissen auf weißrussischem Gebiet zu, was Joffe auch am selben Tag in einem vertraulichen Gespräch mit dem Leiter der polnischen Delegation Dąbski mitteilte. Am 5. Oktober nahm Dąbski das Angebot Joffes an: einen Grenzkompromiss als Gegenleistung für eine Beschleunigung des Waffenstillstands (so dass er bis zum 8. Oktober abgeschlossen sein würde). Am darauffolgenden Tag legte der Vertreter des Oberbefehlshabers, General Mieczysław Kuliński, ein *votum separatum* zu dieser Angelegenheit vor – sein oberster Chef übte jedoch in den folgenden Tagen nicht den geringsten Druck aus, um die Entscheidung zum Abschluss eines sofortigen Waffenstillstands zu ändern. Stattdessen protestierte Außenminister Eustachy Sapieha vehement und kritisierte vor allem das mangelnde Interesse der polnischen Seite an Garantien, dass die Sowjets ihre Truppen schnell von der polnischen Front gegen Vrangels' umgruppierten. Sapieha wollte nach Riga kommen, um weitere Verhandlungen zu führen, wurde aber durch den entschiedenen Protest von ... Vizepremier Ignacy Daszyński gestoppt (Joffe nannte ihn bereits in einem Telegramm an Čičerin vom 5. Oktober den eigentlichen „Führer der Friedenspartei“). Die Unterzeichnung des Waffenstillstands verzögerte sich um weitere vier Tage, aber der einzige wichtige Grund dafür waren die Streitigkeiten über die Höhe des polnischen Anteils an den Goldreserven der ehemaligen Staatsbank des Russischen Reiches⁴⁸³.

Der Waffenstillstand wurde am 12. Oktober geschlossen. Die Rote Armee konnte ohne Einschränkungen ihre Kräfte auf die endgültige Zerschlagung des letzten Brückenkopfs des „weißen“ Russlands auf der Krim konzentrieren. Polen war mit der gegen Wilna gerichteten Aktion von General Lucjan Żeligowski und deren politischer Rechtfertigung befasst. Wurde der unbestrittene Erfolg der sowjetischen

483 Ich gebe diesen verkürzten „Kalender“ der Rigaer Verhandlungen nach der Arbeit von Jerzy Borzęcki wieder (des einzigen Autors, der seine Arbeit über die polnisch-sowjetischen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von August bis Oktober 1920 gestützt auf Moskauer Archivalien verfasst hat: Borzęcki, *Nielatwy kompromis*, S. 213–249).

Diplomatie, nämlich der rasche Abschluss eines Waffenstillstands zu einem so wichtigen Zeitpunkt und zu so geringen Kosten, von Jan Dąbski mitverursacht, der das Angebot von Joffe annahm – dieser schrieb direkt an seinen Vorgesetzten in Moskau, dass Dąbski ein „nützlicher Idiot“ sei –? War es der Erfolg des aktivsten Mitglieds der polnischen Delegation in Riga, Stanisław Grabski, dessen „übliche Manipulationen“ nur eines zum Ziel hatten: Piłsudskis Föderationspläne endgültig zu begraben? Oder ist hier auch Platz für die Hypothese von Hinterzimmergesprächen, einer Art Wiederholung derjenigen von Mikaszewicz, die entweder auf Initiative von Ignacy Daszyński oder des Staatschefs selbst geführt wurden?

Das Berliner Gespräch zwischen Ryszard Kunicki und Viktor Kopp ist eine Spur, nach der Mackiewicz in *Lewa Wolna* gefragt hat. Eine Spur, die es ermöglicht, neue Fragen zur Geschichte von 1920 zu stellen – einer Geschichte, die sich wie immer als komplizierter erweist als die einfachen Schemata der Lehrbücher und Propagandalegenden. Eine Geschichte, über die es sich zu streiten lohnt.

Aber es geht doch nicht um Fakten. Wie in einem Mosaik aus Kieselsteinen ist in Mackiewiczs Roman eine Leerstelle entstanden, deren Füllung ein Ereignis ist, das der Autor selbst nicht zustande bringen konnte. Durch Zufall habe ich einen Hinweis gefunden, der mich zu dieser Tatsache geführt hat. Müssen wir mit diesem gefundenen Anhaltspunkt die gesamte Logik des Puzzles (der Interpretation) akzeptieren, das Józef Mackiewicz in *Zwyciestwo prowokacji* und *Lewa Wolna* präsentiert? Müssen wir einräumen, dass Polen, dass Piłsudski die Sowjetmacht gerettet hat? Nicht unbedingt, wenn es um 1919 geht. Noch weniger, wenn es um den Herbst des Jahres 1920 geht. Das „weiße“ Russland war bereits zu schwach: Es konnte sich höchstens noch auf der Krim halten oder seinen Brückenkopf um die Krim herum ausbauen. An einen Feldzug ins „rote“ Moskau war im November 1920 kaum zu denken (der Marsch der mit Savinkov und Balachovič verbundenen Truppen, der nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands unternommen wurde, endete nicht weit hinter Minsk...) ⁴⁸⁴. Allerdings muss man feststellen: Das „weiße“ Russland erhielt in seinem Kampf gegen das bolschewistische Russland gewiss keine Hilfe von Polen unter der Führung Józef Piłsudskis. Und es verlor. Das war sicherlich nicht nur die Schuld der Polen. Aber war es das einzige Land, das verloren hat, oder hat Polen auch verloren? Dies war die wichtigste Frage, die Józef Mackiewicz in seinem Roman stellte.

Ein ungewöhnliches Postskriptum zu dieser Frage, eine Ermutigung, sie erneut zu überdenken, und gleichzeitig einen weiteren Beweis dafür, dass die Wahrheit viel interessanter ist als die Schemata, an die wir sie binden, fand ich in der

484 Zu diesem Konzept und seinem Ende siehe Andrzej Nowak, *Jak rozbić rosyjskie imperium? Idee polskiej polityki wschodniej (1733–1921)*, Kraków ²1999, S. 332–356.

im Rapperswiler Mackiewicz-Archiv erhaltenen Korrespondenz ... Jędrzej Giertychs mit dem Autor von *Lewa Wolna*.

Menschen, die an den beiden Polen des politischen Denkens der Emigranten standen, ein radikaler Nationalist und ein radikaler Antikommunist, führten einen respektvollen Dialog per Brief miteinander. Beide, so erinnerte Giertych, hatten als jugendliche Freiwillige an den Fronten des Krieges von 1920 gekämpft: Mackiewicz als Ulan, Giertych als Infanterist auf dem Rückzug: von Białystok bis zur Wkra. Vielleicht ergab sich daraus dieser ungewöhnliche Dialog oder vielmehr entstand eine Reflexion über die Grundidee von Mackiewiczs Roman.

In einem Brief aus London vom 23. September 1968 schrieb Giertych: „Ich habe mich mit Ihrem Buch ‚Lewa Wolna‘ vertraut gemacht. [...] Ich bin in den meisten Ansichten über die polnische Politik, über die Weltlage, über die Vergangenheit und sogar über das menschliche Leben anderer Meinung als Sie. Aber es gibt Punkte, in denen wir uns einig sind.

Sie haben in Ihrem Buch viel über die Hilfe Polens (d. h. Piłsudskis) bei der Niederwerfung Denikins geschrieben. Sie haben auch geschrieben – was ich nicht wusste, was mir aber einleuchtet –, dass Piłsudski den Waffenstillstand von 1920 und die Friedensvorbereitungen bewusst überstürzt hat, um den Bolschewiken zu helfen, Vrangels' auszuschalten. (Ich habe nie daran gezweifelt, dass Piłsudskis Rolle beim Abschluss des Friedens von Riga und davor bei den Vorarbeiten tatsächlich entscheidend war. Grabski, ein ehemaliges Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) und Gegner Dmowskis, der als Nationalist galt, in Wirklichkeit aber nur ein Halbnationalist war, führte in Riga Verhandlungen, die der Politik Dmowskis zuwiderliefen, der den Anschluss von Minsk, Bobruisk, Polock, Kamieniec Podolski, Mozyr und Dünaburg an Polen wollte. Piłsudski selbst wählte die Sejm-‚Delegation‘ [für die Waffenstillstands- und dann Friedensgespräche in Riga] aus). [...] Bis dahin hatte ich nicht verstanden, was Piłsudski eigentlich wollte. Nun, dank Ihnen habe ich verstanden: Er wollte Vrangels' niederwerfen. (Natürlich, und das war mir immer klar, wollte Piłsudski, nachdem er sich mit dem Kern des Programms der ‚Eingliederung der Ostgebiete‘ in Polen abgefunden hatte, da sein Plan einer Föderation gescheitert war, dieses Programm [d. h. die Eingliederung] diskreditieren und einschränken, indem er sich Sejm-Politiker von geringem Kaliber wie Grabski oder Dąbski bediente, und indem er auf Minsk, Kamieniec Podolski usw. verzichtete und dem Sejm dafür die Schuld gab).

Ich war immer der Meinung, dass wir Denikin hätten helfen sollen: nicht im großen Stil, denn wir konnten die Interessen Polens nicht für Russland aufs Spiel setzen, wir hätten vor allem unsere eigenen Interessen verteidigen müssen [unterstrichen wahrscheinlich von Józef Mackiewicz mit Rotstift]. [...] Man hätte helfen müssen, den Bolschewismus zu zerschlagen. Und was unsere nationalen Interessen betrifft [unterstrichen wie oben], so wäre ein weißes Russland entgegen dem

Anschein für uns viel weniger gefährlich gewesen als das bolschewistische Russland. Vor allem wäre es geschwächt, innerlich unterminiert gewesen und im Ausland nicht unterstützt worden und daher dazu gezwungen, gute Beziehungen zu uns zu suchen⁴⁸⁵.

Am 7. Oktober 1968 greift Giertych das Thema erneut auf: „Ich danke Ihnen herzlich für Ihren freundlichen Brief. [...] Was den antibolschewistischen Kreuzzug betrifft: normalerweise hat jede Nation das Recht und sogar die Pflicht, vor allem ihre eigenen Interessen zu verteidigen. Aber es gibt Situationen, in denen man die Pflicht hat, an einem Kreuzzug teilzunehmen.

Aber eine solche Beteiligung darf nicht selbstmörderisch sein und es darf nicht heißen, dass eine Nation für andere geopfert wird. Der Aufwand muss in einem angemessenen Verhältnis zu den Möglichkeiten stehen. Selbst wenn Polen heute völlig frei wäre, hätte es zum Beispiel keine moralische Verpflichtung, einen Feldzug nach Kuba zu unternehmen, um es von der kommunistischen Herrschaft zu befreien. Auch nicht mit einer Expedition nach Biafra, um das Volk der Ibo vor dem Abschachten durch die Muslime in Nordnigeria zu retten. Diese Dinge liegen jenseits unserer Möglichkeiten – und unserer Pflichten.

Ebenso hatten wir im russischen Bürgerkrieg die moralische Pflicht, die ‚weißen‘ Russen in ihren Bemühungen nicht zu behindern, ja sogar (um der gesamtchristlichen und gesamt menschlichen Sache willen) die Pflicht, ihnen in dem Maße zu helfen, wie wir es uns leisten konnten, ohne Selbstmord zu begehen. [...] Die Vernichtung Denikins durch den Waffenstillstand von Mikaszewicze – das war ein Verbrechen⁴⁸⁶.

Józef Piłsudski lehnte eine solche Logik entschieden ab: im Namen der „nationalen Interessen“, die er anders als Giertych verstand, aber auch mit Verweis auf seine persönlichen Erfahrungen, seine historische Bildung und mit Blick auf die ideologische Lektion über die Feindschaft des polnischen Sozialismus gegenüber dem alten, imperialen Russland. Und wir, heute, ermutigt durch Mackiewicz, fragen uns nach dem Sinn seiner Entscheidung.

485 AMPR, Nachlass Józef Mackiewicz, I-1, Bd. 124, eingehende Korrespondenz, Bl. 25, Brief Jędrzej Giertychs an J. M. vom 23.9.1968 aus London.

486 Ebd., Bl. 27, Brief Jędrzej Giertychs an J. M. vom 7.10.1968 aus London.

2 Fragen zum Frieden von Riga

Die Bedeutung des Vertrags von Riga für Europa, insbesondere für Mittel- und Osteuropa, kann man in verschiedenen Zusammenhängen interpretieren.

Frieden ist im Allgemeinen besser als Krieg. Der Friede von Riga bedeutete das Ende der bewaffneten Konflikte, die Osteuropa seit August 1914 verwüstet hatten, und den Beginn von Stabilität für viele Millionen Einwohner der Region. In diesem Sinne hat er den völkerrechtlichen Rahmen der neuen Ordnung zweifellos „geschlossen“, die in den meisten europäischen Ländern bereits durch den Versailler Vertrag eingeführt worden war. Die Länder, die im März 1921 ihre Unabhängigkeit bewahrt hatten, behielten sie für weitere siebzehn, achtzehn Jahre.

Sind achtzehn Jahre wenig oder viel? Wie ich bereits mehrfach in diesem Buch erwähnt habe, wird die Versailler Ordnung häufig – zu ihrem Nachteil – mit dem Wiener System verglichen, wobei als Hauptargument gerade der Faktor der Dauerhaftigkeit und Flexibilität des durch die Friedensverträge eingeführten Systems der internationalen Beziehungen angeführt wird. Der Haupteinwand gegen das Versailler System läuft darauf hinaus, dass zwei europäische Großmächte – Deutschland und Russland – mit seinen Bestimmungen zutiefst unzufrieden gewesen seien. Dies habe die Versailler Ordnung dem unvermeidlichen und relativ schnellen Zusammenbruch ausgesetzt. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Vertrag von Riga sicherlich eine negative Verstärkung dieses Arguments. (Sowjet-)Russland akzeptierte vorübergehend den Frieden und die von ihm festgelegten Grenzen, die in Wirklichkeit nicht seinen vitalen Interessen entsprachen und es von Deutschland abtrennten. Hätte sich Polen mit der Rolle eines kleinen Staates, eines Anhängsels Russlands, begnügt – wie es Lord Arthur Balfour bereits 1916 vorge schlagen hatte –, wäre es vielleicht nicht zu einer Konfrontation der beiden Großmächte gegen das neue Friedenssystem nach dem Ersten Weltkrieg gekommen...

Kürzlich zitierte Professor Gennadij Matveev eine Bemerkung des britischen Empire-Politikers General Jan Smuts, die genau in diesem Sinne formuliert war, und behandelte sie als Argument zur Unterstützung seiner nachdrücklich vertretenen These: „Auf diese Weise [d. h. nach der Unterzeichnung des Vertrags von Riga] wurden Deutschland und die Sowjetrepubliken/die UdSSR, die sich als von den Polen beleidigte Partei betrachteten, bis 1939 unmittelbare Nachbarn von Polen. Außerdem fanden sich innerhalb der polnischen Grenzen Millionen von Ukrainern und Weißrussen, die sich nicht assimilieren lassen wollten, weder ethnisch noch staatlich, was die innere Einheit und Geschlossenheit Polens erheblich schwächte“⁴⁸⁷.

487 Giennadij F. Matwiejew, *Stosunki polsko-sowieckie w latach 1917–1921*, in: *Białe plamy, czarne plamy. Sprawy trudne w relacjach polsko-rosyjskich 1918–2008*, hg. v. Daniel Rotfeld, Anatolij Torkunow, Warszawa 2010, S. 77.

Angesichts einer solchen Haltung kann man zwei Fragen stellen:

1. Welche Art von Polen würde „Deutschland und die Sowjetrepubliken/UdSSR“ nicht „beleidigen“?
2. Wie viele Ukrainer und Weißrussen starben in der Zweiten Polnischen Republik und wie viele im selben Zeitraum (1921–1939) in der UdSSR?

Dies sind wichtige Fragen, die beantwortet werden müssen, bevor eine uneingeschränkte Meinung über die katastrophalen Folgen des im März 1921 in Riga unterzeichneten Friedens abgegeben werden kann. Sollten wir uns mehr „Sorgen“ über die Teilung der Ukraine und Weißrusslands machen oder uns mit der Tatsache „trösten“, dass im polnischen Teil immerhin mehrere Millionen Ukrainer und Weißrussen nicht Opfer einer völkermörderischen Politik wurden? Oder hätte diese Politik vielleicht gar keine Chance auf Umsetzung gehabt, wenn in Osteuropa im Jahr 1920 oder 1921 ein anderer, auf anderen Prinzipien beruhender Frieden geschlossen worden wäre? Sollten wir die Tatsache unterstreichen, dass sich Sowjetrussland und Deutschland mit der neuen Grenzregelung nicht abgefunden haben? Oder vielmehr auf die Tatsache hinweisen, dass über einen Zeitraum von einer Generation nicht nur Polen, sondern auch Estland, Lettland, sogar Litauen (das sich mit Polen im Streit um Wilna befand), die Tschechoslowakei, Ungarn, und Rumänien in der Lage waren, ihre unabhängige Staatlichkeit zu entwickeln, deren sie in dem 1920 geführten Krieg die Führung Sowjetrusslands hatte berauben wollen?

Ich möchte daher auf eine andere Option für die Beilegung des sowjetisch-polnischen Konflikts hinweisen. Die Konzeption einer neuen revolutionären Ordnung in Europa, von der die Mitglieder des Politbüros, die Partei und Sowjetstaat leiteten, im Sommer 1920 träumten, wird am deutlichsten in dem bereits oben zitierten Telegramm, das Lenin am 23. Juli an Stalin sandte, der damals mit der Südwestfront auf Lemberg vorrückte. Wie bereits erwähnt, schrieb Lenin, dass es notwendig sei, die Revolution in Italien so schnell wie möglich in Gang zu bringen und zuvor Ungarn, die Tschechoslowakei und Rumänien zu sowjetisieren. Stalin wiederum bejahte diesen Vorschlag am nächsten Tag und ermutigte ihn, das gesamte imperialistische System in Europa in Frage zu stellen, solange es nach dem Großen Krieg von 1914–1918 noch nicht gefestigt war⁴⁸⁸.

488 Siehe Komintern i ideja mirovoj revolucii. Dokumenty, Moskva 1998, S. 186 (Telegramm Lenins an Stalin, 23.7.1920): „sledovalo by pooščrit' revoluciju totčas v Italii. Moe ličnoe mnenie, čto dlja etogo nado sovetizirovat' Vengriju, a možet byt', takže Čechiju i Rumyniju“. Bol'shevistskoe rukovodstvo..., S. 145 (Telegramm Stalins an Lenin, 24.7.1920: „Teper' nužno postavit' vopros ob organizacii vosstanija v Italii i v takich ne okrepšich gosudarstvach, kak Vengrija, Čechija (Rumyniju pridetsja razbit'“)“.

Als der Vorsitzende des Kommissariats für Nationalitätenfragen nach Lemberg aufbrach, hatte er bereits die theoretischen und politischen Grundlagen für die Ausdehnung des Sowjetreichs ausgearbeitet. In einem früheren Brief an Lenin hatte er darauf hingewiesen, dass das künftige Sowjetdeutschland, Sowjetpolen, Sowjetungarn oder Sowjetfinnland nicht sofort auf derselben föderalen Grundlage wie Baschkirien oder die Ukraine in Sowjetrußland aufgehen sollten, sondern es verdienten, dass für sie das Prinzip der Konföderation eingeführt und die Traditionen ihrer staatlichen Eigenständigkeit vorübergehend gewahrt würden. Angespornt von den Perspektiven, die sich ihm eröffneten, rief Lenin noch am 12. August ungeduldig aus: „Aus politischer Sicht ist es von größter Bedeutung, dass Polen der Todesstoß versetzt wird“⁴⁸⁹.

Das Hauptziel, das die sowjetische Führung im Sommer 1920 in Ost- und Mitteleuropa verfolgte, war, um es noch einmal zu wiederholen, das wichtigste Zentrum der europäischen Industrie und des Proletariats – Deutschland – zu erreichen und zu versuchen, es zu revolutionieren. Die Idee war die Erschütterung des gesamten Versailler Systems oder sogar dessen völliger Umsturz im Namen einer europäischen Revolution. Eine *pax sovietica* auf den Ruinen des gerade erst errichteten Versailler Systems – so lässt sich diese Form der neuen Ordnung am besten beschreiben. Mit dem Vertrag von Riga, und zwar bereits mit der Unterzeichnung der Vorarbeiten zum Vertrag im Oktober 1920, wurde dieser Plan formal aufgegeben.

Lenin selbst hat sich bei mehreren Gelegenheiten dazu geäußert. Am ausführlichsten in seinen öffentlichen Reden auf einer Versammlung von Arbeitern und Angestellten der Lederindustrie am 2. Oktober und auf einer Sitzung der Vorsitzenden der Kreis-, Amtsbezirk- und Dorfsowjets des Moskauer Gouvernements am 15. Oktober. Er sagte ganz direkt, dass die Aussicht auf die Sowjetisierung Polens und die Öffnung des Weges nach Berlin „das Ende der gesamten internationalen Politik“ bedeute, „denn sie gründet sich auf den Versailler Vertrag, der Versailler Vertrag aber ist ein Vertrag von Räubern und Wegelagerern“⁴⁹⁰.

Lenin hatte sich bereits auf der Neunten Konferenz der Kommunistischen Partei Russlands (Bol'sheviki) am 22. September in Moskau ausführlich dazu ge-

489 Vermerk Lenins an Ephraim Skljanskij, den stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats, vom 12.8.1920, in: *Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1920 (Rannee ne opublikovannyje dokumenty i materialy)*, hg. v. Ivan I. Kostjuško, č. 1, Moskva 1994, S. 180; dass. in: V. I. Lenin, *Neizvestnye dokumenty 1891–1922*, hg. v. Jurij N. Amiantov u. a., Moskva 1999, S. 361–362.

490 Siehe V. I. Lenin, *Sočinenija*, Moskva 4. Aufl. 1950, Bd. 31 (aprel' – dekabr' 1920), S. 300–301: „vsja meždunarodnaja politika etim uže končilas', tak kak ona deržalas' na Versal'skom dogovore, Versal'skij dogovor eto est' dogovor chiščnikov i razbojnikov“ (Reč' na soveščanii predsedatelej ujezdnych, ..., 15.10.1920); deutsche Ausgabe: W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 31: Mai – November 1920, Berlin 1966, S. 317.

äußert, wo er den Genossen die Gründe für den Misserfolg erklären musste. Damals erklärte er, dass die ehrgeizigste Aufgabe in Angriff genommen werden müsse: ganz Europa zu revolutionieren. Es sei das Versailler System, das im Wege stehe, und als dessen wichtigster Pfeiler, der nicht niedergedrückt worden sei, habe sich Polen erwiesen. Seine Existenz habe vorübergehend anerkannt werden müssen, so wie man sich auch mit dem Fortbestehen des Versailler Systems vorübergehend abfinden habe müssen. Dies war der Zweck des Friedens mit Polen, den Lenin zu diesem Zeitpunkt zu unterzeichnen bereit war⁴⁹¹.

Der sowjetischen Führung kam ein Vergleich mit dem Frieden von Brest-Litovsk im März 1918 in den Sinn⁴⁹². Der Unterschied zwischen den Verhandlungen von Brest 1918 und den Gesprächen von Riga 1920–1921 war offensichtlich: Der Vertrag von Brest war ein völlig einseitiges Diktat, das den in Todesgefahr befindlichen sowjetischen Machthabern aufgezwungen wurde. Der Friede von Riga war ein unvergleichlich besserer Kompromiss. Die Gegenüberstellung des Friedens mit Polen nach dem Krieg von 1919–1920 mit dem Frieden von Brest-Litovsk hatte jedoch einen doppelten Sinn. Einerseits unterstrich sie den durch das Scheitern des „revolutionären Angriffs“ erzwungenen Kompromiss mit der („bürgerlichen“) internationalen Politik, die den Vormarsch der roten Fahne durch Europa beenden sollte. Dies war eine weitere Lektion in politischem Realismus für die bolschewistische Führung. Man musste die gegenwärtigen Grenzen der Möglichkeiten zur Ausdehnung des revolutionären Imperiums akzeptieren, die Begrenztheit der eigenen Kräfte im Kampf um die Weltrevolution (oder die europäische Revolution) akzeptieren und damit beginnen, sie vor dem nächsten Zusammenstoß wieder aufzubauen. Andererseits sollte der Vergleich des Vertrags von Riga mit dem Frieden von Brest-Litovsk durch die sowjetischen Unterzeichner beider Pakte daran erinnern, dass ersterer nur ein Provisorium war, aus dem sich – ebenso wie aus der Anerkennung des „Brester Diktats“ – die sowjetische Seite bei nächster Gelegenheit zurückziehen würde. Der Vertrag von Brest-Litovsk blieb acht Monate lang in Kraft. Der Vertrag von Riga – der gleichzeitig das gesamte Versailler System stabi-

491 „Gde to okolo Varšavy nachoditsja ne centr pol'skogo buržuaznogo pravitel'stva i respubliki kapitala, a gde-to okolo Varšavy ležit centr vsej teperešnej sistemy meždunarodnogo imperializma [...] Sovremennij imperialističeskij mir deržitsja na Versal'skom dogovore. [...] Pol'sha – takoj moguščestvennyj element v etom Versal'skom mire, čto, vryvaja etot element, my lomali ves' Versal'skij mir. My stavili zadačej zanjatje Varšavy. Zadača izmenilas'. I okazalos', čto rešaetsja ne sud'ba Varšavy, a sud'ba Versal'skogo dogovora“. „Ja prošu zapisyvaj' men'se: eto nie dolžno popadat' v pečat'“. Vystuplenija V. I. Lenina na IX konferencii RKP(b) 22 sentjabrja 1920 g., bearb. v. A. N. Artizov, R. A. Usikov, in: Istoričeskij Archiv (1992), Nr. 1, S. 17–18.

492 Die Häufigkeit dieser Vergleiche in den Parteidebatten im Herbst 1920 wurde durch Berichte des polnischen Geheimdienstes an Warschau gemeldet. Siehe IJP, Papiery gen. Tadeusza Rozwadowskiego, II, Rosja Sowiecka (wiadomości do dnia 1-go listopada 1920 r.), S. 2–3.

lisierte – bestand für achtzehn Jahre. Vielleicht sollte auch dies bei der Bewertung des sowjetisch-polnischen Friedens berücksichtigt werden?

So sahen es jedenfalls die Führer und Politiker Sowjetrusslands selbst in den Jahren 1920 und 1921: Sie berücksichtigten nämlich die Tatsache, dass ein Frieden zu den im Oktober 1920 beschlossenen und im März 1921 bestätigten Bedingungen es äußerst schwierig machen würde, den „Export der Revolution“ in das Herz Europas und insbesondere nach Deutschland fortzusetzen. Dies war auch das, worauf es den polnischen Militärs bei den Verhandlungen in Riga am meisten ankam: die Trennung Sowjetrusslands von Deutschland und von Litauen, das als Korridor für diese Kontakte dienen konnte. „Das heutige Russland kann nicht als ein Staat betrachtet werden, der von einer zum Extremismus neigenden Regierung geführt wird; es muss in erster Linie als ein Zentrum der kommunistischen Bewegung betrachtet werden“, – schrieb General Tadeusz Rozwadowski in seiner Analyse der Rigaer Verhandlungen vom 5. November 1920. Der Chef des Generalstabs zog daraus eine einfache Schlussfolgerung: Die größte Bedrohung für Polen sei „jeder Kontakt zwischen [Sowjet-]Russland und Deutschland“. Die Trennung des russischen Zentrums des Kommunismus von Deutschland – dem Hauptziel seiner revolutionären Pläne in Europa und gleichzeitig dem wichtigsten potenziellen Partner der wirtschaftlich-strategischen Zusammenarbeit, der das „rote“ Moskau stärkte – war die grundlegende geopolitische Aufgabe, die der Frieden von Riga erfüllen sollte⁴⁹³.

Die Bedeutung dieses Vertrags für die sowjetische Seite wurde von Viktor Kopp, dem Chefunterhändler und Vertreter des „roten“ Moskau in Berlin seit Juni 1919, sehr anschaulich beschrieben. In einer an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Georgij Čičerin, gerichteten Stellungnahme erklärte er: „Wenn wir aus innenpolitischen Gründen gezwungen sind, uns auf ein solch unwürdiges Arrangement mit Polen einzulassen, so gibt es keinen Grund, aus dieser Not eine Wohltat zu machen und die Augen davor zu verschließen, dass wir nun durch eine doppelte Mauer von Westeuropa getrennt sind; als internationaler revolutionärer Faktor verlieren wir derzeit einen erheblichen Teil unserer Einflussmöglichkeiten“⁴⁹⁴.

493 IJP, AGNW, Bd. 32, Gen. T. Rozwadowski, Do Adjutantury Generalnej [des Oberbefehlshabers], 5.11.1920, S. 1–8.

494 RGASPI, Fonds 5, op. 1, je. chr. 2137 (Pis'ma i dokladnye zapiski polnomočnych predstavitelej RSFSR v Germanii V. L. Koppa i J. Ch. Lutovinova v NKID o položenii v Germanii, o sovetsko-germanskich vzaimootnošenijach i po drugim voprosam vnešnej politiki, napravlennye V. I. Leninu, 11.6.1920–1.10.1921), V. Kopp an G. Čičerin, 17.3.1921, Bl. 66: „Eslj po soobraženijam vnutrennej politiki nam prišlos' poiti na dovol'no-taki pochabnyj mir s Pol'sej, to nečego iz nuždy delat' do-brodotel' i zakryvat' glaza na to, čto otdelennye dvojnoj stenoi ot Zapadnoj Evropy, my kak meždunarodnyj revoljucionnyj faktor terjaem dlja dannogo momenta dobruju dolju svoego vlijanija“.

Mit dem Vertrag von Riga bestätigte Sowjetrußland, dass es (vorübergehend) durch ein fremdes Gebiet von Deutschland getrennt war. Von 1917 bis 1920 bestand das wichtigste Ziel der außenpolitischen Tätigkeit des kommunistischen Zentrums in Rußland darin, diese (wie Stalin es in einem Artikel vom November 1918 ausdrückte) „Trennwand“ (*sredostenie*) nach Berlin zu durchbrechen. Erst in Riga erkannte Sowjetrußland, dass jene „Trennwand“ – d. h. Polen und mit ihm die anderen unabhängigen Länder Ost- und Mitteleuropas, die Lenin und Stalin in ihrem Briefwechsel vom Juli 1920 erwähnt hatten – definitiv entstanden war. Aus Sicht der sowjetischen Führung und der Verfechter der Idee einer europäischen Revolution bedeutete dies ein Eingeständnis des Scheiterns⁴⁹⁵. Für Menschen, die nicht mit dem Bolschewismus sympathisierten, einschließlich einiger Russen, war es das Abwenden eines Albtraums: des Zusammentreffens von „rotem“ Rußland und „rotem“ Deutschland zum Verderben des „alten“ Europas. Dies schrieb unter anderem der letzte russische Botschafter in Paris, Vassilij Maklakov, als er die endgültigen Ergebnisse des sowjetisch-polnischen Krieges kommentierte. In einem Brief an seinen Kollegen in Washington, Boris Bachmetev, erklärte er, dass die polnische Hochnäsigkeit (*pol'skaja spes'*) durch den Verlauf des Krieges gebremst worden sei, so dass der Konflikt mit einer relativ vernünftigen territorialen Abgrenzung und nicht mit der völligen Demütigung einer der beiden Seiten beendet werden konnte. Das wichtigste Ergebnis sah er jedoch darin, dass „der Sieg Polens es dem Bolschewismus nicht erlaubt hat, moralisch gestärkt zu werden, ganz zu schweigen davon, dass er es ihm nicht erlaubt hat, über Polen nach Deutschland vorzudringen und den europäischen Brei neu zu kochen“⁴⁹⁶. Persönlich bemühte sich Maklakov um eine effektive Zusammenarbeit zwischen Polen und dem letzten Zentrum des „weißen“ Rußlands, General Petr Vrangel'. Im September 1920 konnte er bereits erkennen, dass sich dieses Ziel nicht verwirklichen ließ. Das nahende Ende des sowjetisch-polnischen Krieges bedeutete gleichzeitig das Ende der Hoffnung für Vrangel'. Die Wiedergeburt von Rußland, der Maklakov zu dienen wünschte, rückte in weite Ferne. Für den russischen Liberalen, der er war, blieb jedoch die wichtigste Überzeugung, dass der Ort eines wiedergeborenen Rußlands in Europa liegt. Die Rettung Europas vor der kommunistischen Unterwanderung

495 Auf diese Bedeutung des Rigaer Vertrages kam u. a. Lev Trockij 1923 zurück, als im Zusammenhang mit der französischen Ruhrbesetzung erneut die Gefahr einer Revolution an Rhein und Spree drohte und das Fehlen einer direkten territorialen Verbindung zwischen Sowjetrußland und Deutschland so akut spürbar wurde. Siehe Leon Trotsky, Lenin, London 1925, S. 140–141.

496 „Soveršenno lično i doveritel'no!“. B. A. Bachmetev – V. A. Maklakov. *Perepiska, 1919–1951*, Bd. 1 (avgust 1919 – sentjabr' 1921), hg. v. O. V. Budnickij, Moskva; Stanford 2001, S. 231: „pobeda Pol'si nie dala moral'no ukrepit'sja bol'shevizmu, nie govorja uže o tom, što nie dala emu proniknut' čerez Pol'su v Germaniju i zavarit' snova evropejskuju kašu“ (Brief V. Maklakovs vom 6.9.1920).

war für ihn daher ein offensichtliches Gut: ein Gut, das der Beendigung des sowjetisch-polnischen Krieges auf diese und auf keine andere Weise zu verdanken war.

Eine ganz andere Einschätzung des Fortbestehens der „polnischen Mauer“ zwischen dem revolutionären Russland und Deutschland gab ein prominenter Vertreter, oder besser gesagt Pionier, einer anderen in der Zukunft bedeutsamen Strömung des russischen Denkens: Fürst Nikolaj Trubeckoj, Mitbegründer der Ideologie des Eurasismus, die in Russland an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert wichtig werden sollte. In einem Brief an seinen Freund Roman Jakobson, den er anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags von Riga schrieb, kommentierte er dessen grundlegende Bedeutung für Russland wie folgt: „Stellen Sie sich einmal vor, der Roten Armee gelingt der Durchbruch nach Deutschland und es kommt zu einem kommunistischen Putsch. Welche praktischen Folgen hat das? Die Achse der Welt verschiebt sich sofort von Moskau nach Berlin. Ein echter kommunistischer Staat als Ausfluss der römisch-germanischen Zivilisation erfordert bestimmte kulturelle, soziale, wirtschaftliche, psychologische usw. Bedingungen, die in Deutschland existieren und in Russland nicht gegeben sind. Unter Nutzung dieser Vorteile und der negativen Erfahrungen mit dem russischen Bolschewismus wird Deutschland einen sozialistischen Musterstaat schaffen und Berlin wird die Hauptstadt einer gesamteuropäischen oder weltweiten ‚föderativen‘ Sowjetrepublik werden. Herren und Sklaven gab es immer, gibt es immer und wird es immer geben. Es gibt sie auch im sowjetischen System, bei uns in Russland. In der universellen Sowjetrepublik werden die Herren die Deutschen sein, allgemeiner die Romano-Germanen, und die Sklaven werden wir sein, das heißt alle anderen. Und der Grad der Sklaverei wird direkt proportional zum ‚kulturellen Niveau‘ sein, d. h. zum Abstand vom romanisch-germanischen Muster“⁴⁹⁷.

Das Ergebnis des sowjetisch-polnischen Krieges von 1920 und der Vertrag von Riga als Chance für den russischen Eurasismus, um Russlands Besonderheit zu ret-

497 N. S. Trubetzkoy's letters and notes, hg. v. Roman Jakobson, Paris 1975, S. 15: „Predstav'te sebe na minutu, čto krasnoj armii udastsja prorvat'sja v Germaniju, i čto v etoj poslednej prozoidet kommunističeskij perevorot. Kakie praktičeskie posledstvija budet imet' etot fakt? Os' mira nemedlenno peremestsitsja iz Moskvy v Berlin. Nastojaščee kommunističeskoe gosudarstvo, kak poroždenie romanogermanskoj civilizacii, predpologaet izvestnye kulturnye, social'nye, ekonomičeskie, psihologičeskie i t. d. uslovija suščestvujuščie v Germanii, nesuščestvujuščie v Rossii. Pol'zujas' etimi preimuščestvami i otricatel'nymi urokami russkogo bol'sevizma, nemcy sozdadut obrazcovoe socialističeskoe gosudarstvo, i Berlin sdelaetsja stolicej vse-evropejskoj ili daže vsemirnoj ‚federativnoj‘ sovetskoj respubliki. Gospoda i raby vseгда byli, est' i budut. Oni suščestvujut i pri sovetskom stroe u nas v Rossii. Vo vsemirnoj sovetskoj respublikе gospodami budut nemcy, voobščee romanogermancy, a rabami – my, t. e. vse osta'nye. I stepen' rabstva budet prjamo-proporcional'na ‚kulturnomu urovnju‘, t. e. otdaleniju ot romanogermanskoj obrazca“ (Brief N. Trubeckoj's an R. Jakobson, Sofia, 7. (21).3.1921).

ten (auch wenn sie kommunistisch ist), um es vom Westen zu trennen, vom „romanisch-germanischen“ Modell, das den Universalismus usurpiert? Genau. Die in Riga bekräftigte Abgrenzung Sowjetrusslands von Deutschland beeinflusste in der Tat den Übergang von der Idee einer „Weltrevolution“ zur Praxis des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ und damit zweifellos die Konsolidierung der Isolierung des „roten“ Moskaus vom Rest der Welt und sogar die Erneuerung des binären Gegensatzes zwischen Russland und dem Westen (von Fürst Trubeckoj – in Anlehnung an die Terminologie des Ideologen dieser Konfrontation aus dem 19. Jahrhundert, Nikolaj Danilevskij – als „romanisch-germanische Zivilisation“ bezeichnet). Die darauffolgenden achtzehn Jahre der Vereinsamung Sowjetrusslands in der Rolle eines vom Rest der Welt getrennten Zentrums: eines politisch-ideologischen Systems, des Zentrums einer erneut separaten „Zivilisation“ – war zweifellos von großer Bedeutung, wenn man diese Variante der „alternativen Geschichte“ betrachtet, wie sie von Fürst Trubeckoj mit Schrecken dargestellt wurde.

Der Vertrag von Riga verdrängte jedoch nicht nur die Vision, Russland und Deutschland in einer einzigen kommunistischen Gemeinschaft zu vereinen, in der Russland seine führende Stellung hätte verlieren können. Auch der erste Versuch einer Einigung zwischen Sowjetrussland und Deutschland auf einer anderen als der ideologischen (kommunistischen) Ebene war damit zum Scheitern verurteilt. Er hätte auch aus geopolitischen Gründen entstehen können: das Zusammenspiel zweier kontinentaler Imperien, die zwar die großen Verlierer des Ersten Weltkriegs waren, aber nicht zerschlagen wurden, gegen die „peripheren“ Westmächte (Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten), die Europa ihre Ordnung aufgezwungen hatten. Ein gemeinsamer Kampf gegen das „Versailler Diktat“, eine Einigung nicht mit den deutschen Kommunisten, sondern mit den extremen nationalistischen Kreisen, die am meisten an einer Revision der internationalen Nachkriegsordnung interessiert waren – das war die zweite Linie der Moskauer Außenpolitik, die in den Jahren 1919–1920 betrieben wurde.

Ihr Hauptverfechter war der bereits erwähnte Viktor Kopp, der mit dem Versprechen, Polen von der Landkarte zu tilgen und die Grenze von 1914 wiederherzustellen, im Sommer 1920 versuchte, die „bürgerliche“ Regierung in Berlin und Vertreter nationalistischer Kreise in Deutschland gegen Versailles an Sowjetrussland zu binden. In diesem Zusammenhang ist sein Kommentar zu den Folgen des Friedens mit Polen erneut zitierenswert. Bereits am 7. September schrieb er aus Berlin an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten mit Bedauern: „Unsere Misserfolge an der polnischen Front und der bevorstehende Frieden mit Polen, der nach den Annahmen hiesiger [d. h. deutscher] Kreise Deutschland nicht die Möglichkeit eines direkten wirtschaftlichen Kontaktes mit Russland geben wird, haben dazu geführt, dass die ‚Idee einer Ostorientierung‘, wenn sie nicht endgültig vom politischen Horizont verschwunden ist, so doch stark verblasst ist.

[...] Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir in Deutschland auf dem Gebiet der Diplomatie auf die Ausgangspositionen vom Anfang dieses Jahres zurückgeworfen worden sind. Die Linie, die ich hier verfolgte, nämlich die deutsche Regierung durch bestimmte förmliche Akte an uns zu binden, noch bevor unser Konflikt mit Polen und der Entente beigelegt werden würde, ist offensichtlich zerstört worden⁴⁹⁸. Nach der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien mit Polen in Riga fügte Kopp in einem späteren Brief an Čičerin einen noch unverblümteren Kommentar hinzu: „Der Friede von Riga hat die Hoffnungen [deutscher] nationalbolschewistischer Kreise auf eine Revanche im Bündnis mit uns endgültig zunichte gemacht“⁴⁹⁹.

Wie ich eingangs erwähnte, verweisen Wissenschaftler, die den Ausgang des sowjetisch-polnischen Krieges aus der Perspektive des Jahres 1939, des Molotov-Ribbentrop-Paktes und seiner katastrophalen Folgen betrachten, häufig auf die Bedingungen des Friedens von Riga als wichtige Voraussetzung für die nachfolgende Katastrophe. Das geopolitische Abkommen zwischen Russland (in der ideologischen Form der UdSSR) und dem „nationalbolschewistischen“ – bzw. nationalsozialistischen – Deutschland erklärt sich aus dem offensichtlichen Unvermögen beider Mächte, sich mit den in Versailles von Deutschland erzwungenen und in Riga von Sowjetrußland akzeptierten territorialen Zugeständnissen an Polen abzufinden, und vor allem aus der „natürlichen“ Ablehnung Moskaus und Berlins bezüglich ihrer Isolierung durch die polnische „Trennwand“. Diese Gefahr eines Abkommens zwischen Moskau und Berlin, das die in Versailles geschaffene Ordnung zerstören würde, wurde von den Zeitgenossen und den Vertretern verschiedener politischer Richtungen als „Schuld“ Polens und als Folge seiner exorbitanten Ambitionen wahrgenommen. So kommentierte der bedeutende russische Historiker

498 RGASPI, Fonds 5, op. 1, je. chr. 2137 (Pis'ma i dokladnye zapiski polnomočnych predstavitelej RSFSR v Germanii...), Bl. 19 und 21: „Naši neudači na pol'skom fronte i predstojaščij mir s Pol'sej, kotoryj, po predloženuju zdešnich političeskich krugov, nie dast Germanii vozmožnosti neposredstvennogo ekonomičeskogo kontakta s Rossiej, priveli k tomu, čto ‚ideja vostočnoj orientacii‘ esli nie okončatel'no isčežla s političeskogo gorizonta, to vo vsjakom slučae sil'no poblekla. [...] Podvodja itogi možna skazat', čto my otbrošeny v Germanii diplomatičeski na ischodnye pozicii načala tekuščego goda. Ta linija, kotoruju ja presledoval zdes', a imenno – svjazat' germanskoe pravitel'stvo opredelennymi formal'nymi aktami po otnošeniju k nam, ešče do togo, kak budet uložen naš konflikt s Pol'sej i Antantoj, poterpela očevidnoe krušenje“ (Brief Kopp's an Čičerin – mit Kopien für Lenin und Trockij – vom 7.9.1920).

499 Ebd., Bl. 52: „Rižkij mir razbil okončatel'no nadeždy nacional'-bol'shevickich krugov na revanš v sojuze s nami“ (Kopp an Čičerin – mit Kopien für Lenin und Trockij – vom 4.11.1920). Das gesamte politisch-diplomatische Spiel Kopp's in Berlin im Jahre 1920 analysiert am besten Himmer, *Soviet Policy*

und Moskauer Universitätsprofessor Jurij Vladimirovič Got'e die Unterzeichnung der Rigaer Friedensvorbereitungen in seinem Tagebuch⁵⁰⁰.

Noch wichtiger ist, dass Lenin die Folgen eines Friedens zu den „Rigaer“ Bedingungen ähnlich sah und sie in einem Gespräch mit dem Schweizer Delegierten auf dem Zweiten Kongress der Dritten Internationale, Jules Humbert-Droz, sehr offen und scharfsinnig darlegte. Dabei schien Lenin auf die Klagen von Kopp zu antworten: Es ist nichts passiert, was aufgeschoben ist, ist nicht aufgehoben. Ein vorläufig nicht realisiertes Abkommen mit Deutschland wird sogar garantiert, sobald Polen innerhalb der „Riga-Versailles“-Grenzen stabilisiert ist, und es wird den Gastgebern des Kremls freistehen, zu entscheiden, wann sie ein solches Abkommen mit den revanchistisch veranlagten Deutschen „vollziehen“. Lenin pflegte geradeheraus zu sagen: „Polen – wir werden es sowieso besitzen, wenn die Stunde gekommen ist, und im Übrigen sind die Projekte zur Schaffung eines ‚Großpolens‘ Wasser auf unsere Mühlen, denn solange Polen sie träumt, werden die Deutschen auf unserer Seite sein. Je stärker Polen wird, desto mehr werden die Deutschen es hassen, und diesen unverwüsthlichen Hass können wir nutzen. [...] Die Deutschen sind unsere Helfer und natürlichen Verbündeten, denn ihre Verbitterung über die erlittene Niederlage führt sie zu Aufruhr und Unruhen, mit denen sie den eisernen Bügel, den der Frieden von Versailles für sie darstellt, zu durchbrechen hoffen. Sie wollen Revanche und wir wollen Revolution. Im Moment haben wir gemeinsame Interessen. Sie werden sich trennen, und Deutschland wird an dem Tag, an dem wir sehen wollen, ob aus den Trümmern des alten Europas eine neue germanische Hegemonie oder ein kommunistischer europäischer Zusammenschluss entstehen wird, unser Feind werden“⁵⁰¹.

Es fällt nicht schwer, der Überzeugungskraft dieser Worte, dieser Vision zu erliegen, die die Folgen des Jahres 1939 so prophetisch, man könnte sagen, aus den Friedensbedingungen von 1920 ableitet. Es lohnt sich jedoch, auf die bereits zitierten Bemerkungen von Kopp zurückzukommen. Der sowjetische Diplomat beklag-

500 Time of Troubles. The Diary of Iurii Vladimirovich Got'e – Moscow – July 8, 1917 to July 23, 1922, transl., ed., and introd. by Terrence Emmons, Princeton 1988, S. 385: „17 [October 1920] [...] The peace has been signed. Only the territorial terms have been published so far: they are giving up half of Volhynia; half of Podolia; Grodno; Vilna; and part of Minsk province. If the Poles have indeed taken this, then in the future a union of Russia and Germany is naturally in order, and it will be directed against Poland. This is also very useful for the Ukrainians of the Petliura type: just don't make friends with the Poles“.

501 IJP, AGNW, T. 29, L. Dz. 5239: Bericht Major Zygmunt Oldakowskis vom 27.9.1920 aus Bern (Abschrift der Übersetzung der Äußerungen Lenins, die von einem polnischen Agenten von Humbert-Droz erworben wurden, ins Polnische. Interessanterweise wurde diese Äußerung später – ohne Angabe der Quelle, also des polnischen Geheimdienstes – fast wörtlich in der Londoner „Times“ veröffentlicht (6.11.1920, S. 1 – als Korrespondenz aus Helsinki).

te, dass nicht schon 1920 eine geopolitische Einigung auf der Linie Moskau-Berlin erzielt worden sei. Er erinnerte daran, dass es schon damals eine große Chance dafür gegeben hatte und dass es der Friede von Riga war, der sie begraben hatte. Hitler konnte sich noch nicht an einem solchen Abkommen beteiligen, seine politische Karriere hatte noch nicht begonnen. Aber die „Nationalbolschewisten“ (und die Militaristen, die sie unter dem Banner von General Erich Ludendorff unterstützten) waren bereits eine echte Kraft in der Politik oder zumindest in der deutschen Öffentlichkeit. Im Gegensatz zu Kopp's Hoffnungen und seiner Arbeit haben sie 1920 nicht gewonnen. Die Konsolidierung eines unabhängigen, relativ starken Polens, die Stabilisierung der Versailler Ordnung in Osteuropa durch den Vertrag von Riga und die Verhinderung einer direkten Verbindung zwischen Russland und Deutschland durch eben diesen Vertrag – all dies schwächte in der Tat die „Ostorientierung“ der deutschen Politik. Die Orientierung, an der Kopp arbeitete, bedeutete ein Bündnis zwischen Berlin und Moskau – nicht nur gegen Polen, sondern auch gegen Westeuropa, gegen die siegreiche Entente. In der deutschen Politik nach 1920 fand diese Orientierung ihre offensichtliche Fortsetzung – von Rapallo 1922 an durch aufeinander folgende sowjetisch-deutsche politische und Handelsabkommen. Sie dominierte zwar nicht in den nächsten rund zehn Jahren, aber bis 1933 setzte sich die Tendenz, die westlichen Siegermächte nicht zu provozieren, die Tendenz, Deutschland allmählich in das Europa von Versailles „einzupassen“, entscheidend durch. Kopp erkannte, dass dies der Fall sein würde: dass es im Prinzip immer schwieriger werden würde, Deutschland für jenen Endkampf gegen Versailles zu benutzen, jenen Endkampf, von dem Lenin sprach – den für den endgültigen Triumph des Kommunismus notwendigen Kampf⁵⁰².

Unter Hinweis auf dieses Szenario der „alternativen Geschichte“, den Erfolg der „Ostorientierung“ in der deutschen Politik und die Annäherung der Bol'sheviki in Sowjetrußland an die „Nationalbolschewisten“ in Deutschland bereits 1920, möchte ich zwei weitere Punkte ansprechen. Da dieses „Szenario“ bereits 1920 am realistischsten ausgearbeitet wurde und sein Hauptverantwortlicher die Folgen des Rigaer Vertrages so und nicht anders einschätzte, können wir diesen Vertrag vielleicht als ein politisches Arrangement betrachten, das die fatalen Folgen – nicht nur für die Versailler Ordnung, sondern auch für Millionen von Menschenle-

502 Deshalb drängte er noch im Februar 1921 Čičerin und Lenin, die Unterzeichnung des Rigaer Vertrages zu verschieben und damit den Deutschen in der lebenswichtigen Frage der bevorstehenden Volksabstimmung in Oberschlesien zu helfen. Kopp wollte um jeden Preis die Vitalität der schwindenden „Ostorientierung“ in der deutschen Politik erhalten. Der sowjetische Chefunterhändler in Riga, Adolf Joffe, wies diese Vorschläge jedoch als gegen das wichtigste Interesse des sowjetischen Staates gerichtet zurück, das zu dieser Zeit der Friede war. Siehe zu diesem Thema Joffes Depesche an Lenin vom 23.2.1921. RGASPI, Fonds 5 [Lenin], op. 1, je. chr. 2134, Bl. 31.

ben – tatsächlich um viele Jahre verzögerte: ein geopolitisches Bündnis des kommunistischen Moskaus mit einem revanchistischen Berlin. Wenn es im August 1939 zu einem Pakt zwischen Stalin und Hitler kam, war dies dann wirklich eine Folge der Unzulänglichkeiten des Friedens von Riga, der fast neunzehn Jahre zuvor geschlossen worden war, oder war es vielmehr das Ergebnis politischer Fehler, die nicht in Riga und nicht in Warschau oder Moskau Ende 1920, sondern auch in anderen europäischen Hauptstädten in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre gemacht wurden?

Untersuchen wir also, ob in diesen Hauptstädten – den Herrschaftszentren der Westmächte, die im Ersten Weltkrieg gesiegt hatten – in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 bessere Möglichkeiten gesehen wurden, das osteuropäische „Durcheinander“ zu ordnen, als das, was der Frieden von Riga schließlich einführte. Natürlich war das so.

Beginnen wir mit einem alternativen „Szenario“, das man als französisch-amerikanisch bezeichnen könnte. Die Vereinigten Staaten zogen sich im März 1920 aus der aktiven Europapolitik zurück, als der Senat den Vertrag von Versailles endgültig nicht ratifizierte. Alles, was blieb, waren Gesten. Es sei daran erinnert, dass es aufgrund des Einflusses von Boris Bachmetev und des von ihm inspirierten John Spargo im US-Außenministerium sowie der prinzipientreuen Haltung von Präsident Wilson selbst zwei Punkte in der russischen Frage gab. 1. Die Nichtanerkennung von territorialen Veränderungen, die die Integrität Russlands innerhalb der Grenzen von 1914 verletzen (mit Ausnahme Finnlands und Polens – aber nur bis zur Bug-Linie). 2. die Nichtanerkennung der bolschewistischen Herrschaft über Russland.

Auf diese beiden Punkte lief das wichtigste Dokument der amerikanischen Diplomatie zu Russland im Jahr 1920 hinaus: die Colby-Note vom 10. August, die im ersten Teil dieses Buches ausführlich behandelt wurde.

Angesichts des andauernden sowjetisch-polnischen Krieges ergab sich aus dieser Haltung die Konsequenz, den Bug nicht zu überschreiten, aber auch keinen Frieden mit den illegitimen Machthabern Russlands zu schließen, die bewaffnete Verteidigungsbereitschaft gegen die Rote Armee aufrechtzuerhalten oder – die beste Option – den Resten des „weißen“ Russlands, d. h. der Armee von General Petr Wrangel' auf der Krim, aktive Hilfe zu leisten. Die im Oktober in Riga unterzeichneten Friedensvorbereitungen standen im offensichtlichen Widerspruch zu all diesen Forderungen. Es ist kaum verwunderlich, dass Bachmetev unmissverständlich reagierte – in einem Brief an den Staatssekretär vom 14. Oktober: „Der in Riga geschlossene Pakt hat keinen [rechtlichen] Wert. Die Sowjetregierung wird von keiner zivilisierten Nation anerkannt und hat keine Befugnis, im Namen des russischen Volkes zu sprechen oder über russisches Gebiet zu verfügen. [...] Ein wiedergeborenes Russland wird den Teilungsvertrag, der in Zeiten des Scheiterns

gewaltsam durchgesetzt wurde, niemals gutheißen, noch wird sich die überwiegend orthodoxe bäuerliche Bevölkerung der westlichen Gouvernements Russlands [d. h. der weißrussischen und ukrainischen Gebiete] der Herrschaft der polnischen katholischen Herren unterwerfen. Der Vertrag von Riga erweist sich somit als unruhestiftend und konfliktträchtig – eine Bedrohung für den künftigen Weltfrieden“⁵⁰³.

So wurde der polnisch-sowjetische Vertrag verurteilt (obwohl die Vereinigten Staaten seine Bestimmungen schließlich doch akzeptierten) – aber war die vorgeschlagene Alternative realistisch: weder Krieg noch Frieden? Oder ein zum endgültigen Sieg über Lenin führendes Bündnis zwischen Polen und Vrangel’?

Auch in Frankreich, das versuchte, auf die Situation in Osteuropa wirksam einzuwirken, stellte sich diese Frage, und mit mehr Nachdruck. Die Regierung von Alexandre Millerand, der Ende September 1920 das Amt des Ministerpräsidenten gegen das des Staatspräsidenten tauschte, ohne jedoch seinen beherrschenden Einfluss auf die Außenpolitik zu verlieren, musste in der Endphase des sowjetisch-polnischen Krieges drei widersprüchliche Standpunkte unterbringen⁵⁰⁴.

Der erste war die Sehnsucht nach dem alten Russland – einem strategischen Verbündeten gegen Deutschland und gleichzeitig ein Terrain für große finanzielle Investitionen des französischen Kapitals. Lenins und Trockijs Russland schien 1920 kein guter Kandidat für einen Verbündeten bei der Verteidigung der Versailler Ordnung zu sein. Es lehnte auch konsequent die französischen Ansprüche auf die Rückgabe von vor 1917 investiertem Kapital ab. Daraus konnte nur abgeleitet werden, dass Paris dem „roten“ Moskau konsequent feindlich gegenüberstand und daher gegen einen Frieden mit der bolschewistischen Macht und deren Anerkennung als legitimer Herrscher über Russland war. Sie hätte auch aus der Neigung resultieren können, das letzte Rückzugsgebiet des „weißen“ Russlands auf der Krim zu unterstützen – und tat es schließlich auch. Diese Unterstützung hätte ein Anreiz für Polen gewesen sein können, mit Vrangel’ strategisch zusammenzu-

503 „The pact concluded at Riga has no validity. The Soviet Government is not recognized by any civilized nation and has no authority to act in the name of the Russian people nor to dispose of Russian territory. [...] Restored Russia will never approve of a treaty of dismemberment forcibly imposed in times of adversity; nor will the peasant population, predominantly Orthodox, of the western provinces of Russia acquiesce to the domination of Polish Catholic landlordism. The Riga treaty is thus an act pregnant with disturbance and conflict – a menace to future world peace“. B. Bakhmeteff to the Acting Secretary of State, 14.10.1920, in: *American Reports on the Polish-Bolshevik War 1919–1920*, hg. v. Janusz Cisek, Warszawa 2010, S. 369–370.

504 Siehe Wandycz, *France*, S. 104–185; Carley, *Anti-Bolshevism*; Hovi, *Alliance*; Farrar, *Principled Pragmatist*, S. 261–278, sowie die neueste, auf postsowjetische Archivalien gestützte Abhandlung von Michael Jabara Carley, *Silent Conflict. A Hidden History of Early Soviet-Western Relations*, Lanham 2014, S. 1–46.

arbeiten. Die Position von Paris war also ähnlich wie die, die von Washington präsentiert wurde.

Wichtig ist aber auch ein zweiter Strang der Politik gegenüber Osteuropa: Da mit dem nichtbolschewistischen Russland als strategischem Partner jenseits der deutschen Ostgrenze in absehbarer Zeit kaum zu rechnen war, musste nach dem gesucht werden, was im Französischen mit dem Begriff *une alliance de remplacement* – ein Ersatzbündnis – ausgedrückt wurde. Polen war ein solches Ersatzverbündeter. Es sollte so stark wie möglich sein, um das Sicherheitsgefühl Frankreichs zu festigen. Frankreich war bereit, einem solchen Polen im Krieg gegen Sowjetrußland diplomatische, materielle und pädagogische Hilfe zu leisten. Längerfristig sollte dieser polnische Verbündete jedoch die Zukunft Russlands nicht durch eine zu weite Expansion nach Osten gefährden, denn Frankreich hatte nicht aufgehört, auf den Zusammenbruch des kommunistischen Systems und die Erneuerung des französisch-russischen Bündnisses zu hoffen.

Das dritte Motiv für die französische Politik war der Wunsch, eine gemeinsame Position mit London zu wahren. Nur dass Premierminister David Lloyd George dort eine ganz andere Politik verfolgte: eine echte Verständigung mit den wirklichen Herren des Kremls anzustreben, den, wie der britische Premierminister es nannte, polnischen Imperialismus zu zähmen und so schnell wie möglich Frieden in Osteuropa zu schaffen.

Eine Folge der Kombination dieser widersprüchlichen Tendenzen waren auch die widersprüchlichen Signale, die im September 1920 von Paris nach Warschau gesendet wurden. Dies wird am besten durch zwei Depeschen deutlich, die Millebrand am selben Tag, dem 2. September, an den französischen Gesandten in Warschau, Hector de Panafieu, schickte. In der ersten schrieb der französische Ministerpräsident, dass es nicht akzeptabel sei, dass die polnische Armee die Bug-Linie überquere, um die Rote Armee zu verfolgen. In der zweiten forderte er die polnischen politischen Kräfte auf, so schnell wie möglich ein antibolschewistisches Bündnis mit Vrangels' zu schließen. Am 6. September warnte der französische Ministerpräsident Warschau vor einem „verfrühten Frieden“ (*une paix prématurée*) mit den Sowjets und bat gleichzeitig Marschall Ferdinand Foch, den von Vrangels' vorgeschlagenen Plan, Moskau gemeinsam mit Polen anzugreifen, zu prüfen. Foch unterstützte die Idee unter Vorbehalt. Letztendlich sei es General Vrangels', der beurteilen sollte, inwieweit die polnischen Truppen über den Bug hinausgehen dürften, hieß es in einer Notiz des französischen Außenministeriums vom 8. September. Aber bereits am 12. September äußerte Maurice Paléologue, Generalsekretär des Außenministeriums, der weithin als treuer Unterstützer des „weißen“ Russlands galt, Zweifel daran, ob sich Frankreich tatsächlich auf ein so riskantes Unter-

fangen wie eine gemeinsame Offensive von Vranghel' und Piłsudski einlassen könne, wenn sich Ersterer in einer so „heiklen strategischen Situation“ befinde⁵⁰⁵.

Infolgedessen erkannten selbst die politischen Kreise in Frankreich, die die Wiederherstellung des alten Russlands am meisten befürworteten, Mitte September 1920, dass ihre Erwartungen, Polen würde seine Armee in den Dienst von General Vranghel' stellen und sowohl den Frieden mit den Sowjets als auch jegliche Gebietsgewinne jenseits der Bug-Linie aufgeben, nicht realistisch waren. Bei dem Treffen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Giovanni Giolitti am 12. September in Aix-les-Bains legte Millerand eine neue Position zum Frieden mit Sowjetrussland vor. Er erkannte (mit seinem italienischen Kollegen) an, dass Polen einen solchen Frieden schließen könnte – „einen gemäßigten Frieden auf der Grundlage des Nationalitätsprinzips“ (*une paix modérée sur la base du principe de nationalités*). In diesem Punkt näherte sich Millerand der britischen Politik an, betonte aber gleichzeitig, dass Frankreich nicht die Absicht habe, mit der Sowjetmacht irgendeine Art von Abkommen zu schließen, nicht einmal ein Handelsabkommen⁵⁰⁶.

Den endgültigen Ausschlag gab der neue französische Ministerpräsident Georges de Leygues, der am 1. Oktober in einer besonderen Anweisung an seinen Gesandten in Warschau klarstellte, dass die Andeutung, Frankreich würde Polen davon abhalten, mit Sowjetrussland Frieden zu schließen, entschieden zurückgewiesen werden müsse. Der Ratschlag lautete letztlich wie folgt: „Wenn bei den Verhandlungen in Riga die für die Sicherheit und die freie Verfasstheit Polens wesentlichen Bedingungen erreicht werden, gibt die französische Regierung, wie alle Alliierten und, wie sie es auch bereits getan hat, Polen die Empfehlung, einen günstigen und gemäßigten Frieden zu schließen“⁵⁰⁷.

Die von uns erwogene Alternative zu dem tatsächlich ausgehandelten Rigaer Vertrag, nämlich keinen Frieden mit Sowjetrussland zu schließen, nicht über die Bug-Linie hinauszugehen und gleichzeitig militärisch mit Vranghel' zu kooperieren, war damit endgültig gescheitert. Hätte diese Idee, die hauptsächlich (aber nur theoretisch) von Washington aus unterstützt und Mitte September in Paris etwas

505 DDF, 1920, Bd. 2, S. 547–548 (M. Millerand [...] à M. de Panafieu [...], 2.9.1920, no. 1473 und 1476); S. 564–565 (M. Millerand à M. de Panafieu [...], 6.9.1920); S. 565–566 (M. Millerand à Maréchal Foch, 6.9.1920); S. 573–576 (Note du Département: Politique de la France à l'égard de l'unité russe, 8.9.1920); S. 587–588 (Note de M. Paléologue [...], 12.9.1920).

506 DDF, 1920, Bd. 2, S. 588–590 (Résumé de la conférence tenue à Aix-les-Bains [...], 12.9.1920).

507 DDF, 1920, Bd. 3 (24 septembre 1920–15 janvier 1921), hg. v. Anne Hogenhuis-Seliverstoff et al., Bruxelles 2002, S. 29 (M. Leygues [...] à M. De Panafieu [...], 1.10.1920: „[...] si les conditions essentielles à la sécurité et à la libre constitution de la Pologne sont obtenues dans les négociations de Riga, le gouvernement français, comme tous les Alliés, conseille, comme il l'a déjà fait, à la Pologne de signer une paix avantageuse et modérée“).

praktischer betrachtet wurde, auf irgendeine Unterstützung in Polen zählen können? Ja, es gab einen Politiker, der eine solche Möglichkeit in Betracht zog. Dies war einer der beiden, neben Jan Dąbski, stellvertretenden Außenminister, Stefan Dąbrowski. Als überzeugter Anhänger der Nationaldemokratie und enger Verbündeter von Ignacy Paderewski war er Piłsudski gegenüber geradezu hasserfüllt. In einem Brief an Paderewski vom 4. September erklärt er, dass Colbys Note vom 10. August, die Polen nach Osten hin innerhalb ethnographischer Grenzen abschloss und gleichzeitig Verhandlungen mit den Sowjets ausschloss, die Grundlage der polnischen Politik gegenüber Russland sein sollte: „Wir sollten uns auf diese Note stützen und die Angelegenheit mit den Sowjets so regeln (weder Krieg noch Frieden), dass wir sie nicht anerkennen, da der Westen sie nicht anerkennt“. Mit „dem Westen“ meinte der stellvertretende Minister Dąbrowski jedoch nur die Vereinigten Staaten und Frankreich – er war sich bewusst, dass die Position Londons eindeutig anders war. Bereits elf Tage später, als er seine Eindrücke von der Abreise der Delegation vom Warschauer Wiener Bahnhof nach Riga am 10. September festhielt, schrieb Dąbrowski: „Sie [die Delegation] trägt den Wunsch Polens und der ganzen Welt mit sich, dass der Frieden bestehen kann“⁵⁰⁸. Die im Brief vom 4. September vorgestellte Idee eines gemeinsamen weiteren Kampfes mit Vrangels gegen die Bolševiki wurde nun nur noch als ein besonders perfides Manöver Piłsudskis „entlarvt“, das die Friedensverhandlungen torpedieren könnte.

Das, was wir pragmatisch als „französisch-amerikanisches“ Alternativszenario zum Frieden von Riga bezeichnet haben, erwies sich Mitte September selbst für die wenigen Befürworter in Polen als nicht durchführbar. Keine Partei, auch nicht die im Sejm vorherrschende Nationale Volksunion (*Związek Ludowo-Narodowy*), geschweige denn die Sozialisten oder die Bauernpartei, akzeptierten ein solches Szenario auch nur für einen Moment. Was alle polnischen politischen Parteien an der Schwelle zum Herbst 1920 einte, war der unmissverständlich zum Ausdruck gebrachte Wille zum Frieden. Die soziale und wirtschaftliche Lage Polens erforderte dies unbedingt. Unterschiede könnten die Bedingungen für den Frieden betreffen, aber der Frieden konnte nur durch Verhandlungen mit dem tatsächlichen Kriegsgegner, Sowjetrussland, erreicht werden. Auch das Konzept einer Ostgrenze am Bug war für keine bedeutende politische Kraft in Polen akzeptabel.

Das von uns analysierte Szenario war auch für seinen anderen Adressaten neben Polen unrealistisch: das letzte Rückzugsgebiet des „weißen“ Russlands auf der Krim. Obwohl Vrangels Hoffnungen im September kurzzeitig durch die Aussicht

508 Archiwum Akt Nowych w Warszawie, Archiwum Ignacego J. Paderewskiego, Bd. 791 (September 1920 – März 1921), Bl. 12 (Notiz Stefan Dąbrowskis, einem Brief an Ignacy Paderewski vom 4.9.1920 beigelegt), Bl. 52–55 (Brief S. Dąbrowskis an I. Paderewski vom 15.9.1920).

auf die Umsetzung des oben erwähnten Foch-Plans geweckt wurden, war sich der „Oberbefehlshaber der Streitkräfte Südrusslands“ bewusst, dass England den Krieg in Osteuropa nicht weiter verlängern wollte. Tatsächlich hatte die Regierung in London die finanzielle und diplomatische Hilfe für das „weiße“ Russland seit Ende 1919 vollständig eingestellt. Es war daher für den General keine Überraschung, dass London im Herbst 1920 sowohl Paris als auch Warschau nachdrücklich aufforderte, das „russische Abenteuer“ nicht zu erneuern. Der nach Polen entsandte militärische Vertreter Vrangels, General Petr Machrov, konzentrierte seine Bemühungen darauf, die Bildung russischer Einheiten auf polnischem Territorium und ihre Anbindung an oder zumindest die Koordinierung mit den Aktivitäten der Armee auf der Krim zu erleichtern – eine andere Form des „Foch’schen Plans“ war seit Ende September nicht mehr zu erwarten gewesen.

Bereits in dem Vermerk über sein erstes Treffen mit Minister Eustachy Sapieha am 19. September gab Machrov genau dieses von den Polen vorgebrachte Argument weiter: Der Frieden mit Sowjetrußland werde von den Briten gefordert. Sapieha fragte Machrov: „Wie lange müssen sich die Friedensverhandlungen [in Riga] hinziehen, damit die Armee von General Vrangels die Möglichkeit hat, wieder auf die Beine zu kommen und den Kampf gegen die Bolschewiken ohne aktive polnische Hilfe fortzusetzen?“. Das Treffen zwischen Machrov und Piłsudski, das zwei Tage später stattfand, bestätigte, dass Polen Frieden schließen müsse und nur versuchen könne, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen⁵⁰⁹.

Machrov wiederholte diese Interpretation bereits nach der Unterzeichnung der Rigaer Vorbereitungsabkommen in einem Interview mit dem in Paris ansässigen linken russischen Emigrantenpresseorgan „Obščee Delo“. Darin erklärte er, dass „der Frieden Polens mit Sowjetrußland als erzwungen angesehen werden sollte, zu dem Polen aus zwei Gründen gedrängt wurde: erstens durch den Druck, der von ausländischen Regierungen auf Polen ausgeübt wurde. [...] Der zweite Grund ist die äußerst schwierige finanzielle Lage Polens“. Gleichzeitig äußerte

509 CUL, Manuscript Collections – Bakhmeteff Archive, P. S. Makhrov Collection, Box 5, File: Otčety o političeskom položennii v Pol’she, 1920–1921, [P. S. Machrov], Doklad o voenno-političeskom položennii v Pol’she za vremja s 4-go po 12-oe Sentjabrja 1920 g., S. 2: das Zitat des Gesprächsfragments vom 6. (19.) 9. lautet: „Kn. Sapiega zadal mne prjamoi vopros: skol’ko vremeni nužno tjanut’ mirnye peregovory, čto by dat’ vozmožnost’ armii Generala Vrangelja pročno stat’ na nogi i bez aktivnoj pomošči Pol’si borot’sja s bol’ševikami“; S. 4–6 Beschreibung der Audienz bei Piłsudski vom 8. (21.) 9. In den Akten „Telegrams to Warsaw, Sept. 1920–1921“ sowie „Telegrams from Warsaw, Sept. 1920 – June 1921“ (in derselben Sammlung Machrovs, Box 5) ist die ganze wichtigste Korrespondenz zwischen Vrangels und seinen Vertretern in Konstantinopel, Paris und Warschau von September bis November 1920 enthalten, als die Entscheidungen in Riga fielen. Wie aus diesen Berichten hervorgeht, war die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien durch Polen für Vrangels keine Überraschung.

Machrov die Hoffnung, dass Polen zu einer aktiven Zusammenarbeit mit einem erneuerten, antibolschewistischen „dritten“ Russland zurückkehren würde, denn der Frieden mit den Sowjets würde sicherlich nicht von Dauer sein. In dieser Überzeugung wurde Vrangels Vertreter in Warschau auch in den nachfolgenden Gesprächen mit Piłsudski bis März 1921 bestärkt⁵¹⁰.

In der Zwischenzeit war jedoch das „weiße“ Russland zusammengebrochen und wurde im November 1920 vom „roten“ Russland von seinem letzten Stützpunkt auf der Krim vertrieben. Das Szenario einer „französisch-amerikanischen“ Alternative zum polnisch-sowjetischen Frieden verschwand dann endgültig vom Horizont der Realpolitik. War es vorher am Horizont mehr als eine Fata Morgana antibolschewistischer Hoffnungen? Wurde es von Polen, von Piłsudski „verschwendet“? Diese Fragen überlasse ich den aufmerksamen Lesern dieses Buches.

Eine ernsthaftere, realistischere, 1920 erwogene Alternative zu den polnisch-sowjetischen Friedensverhandlungen, die in den Friedensvertrag von Riga mündeten, schien das Konzept zu sein, das David Lloyd George, der Hauptgegenstand der Analyse in dieser Monographie, in die Praxis umzusetzen versuchte. Sein Konzept des Appeasements, verbunden mit einer grundsätzlichen Anpassung des Versailler Systems (in Bezug auf Osteuropa), musste jedoch an dem entschiedenen militärischen Sieg Polens scheitern. Lloyd Georges Gesprächspartner in London, Lev Kamenew, der das Ausmaß der nachgiebigen Haltung des britischen Premierministers gegenüber dem sowjetischen Druck auf Polen immer besser verstand, hatte bereits nach der Niederlage der Roten Armee in der Schlacht von Warschau besorgt an Čičerin und Lenin berichtet: „Wenn wir nicht sofort einen entscheidenden Schlag an der Front ausführen, werden die Verhandlungen in Minsk [mit den Polen zu sowjetischen Bedingungen, die faktisch Warschaws Souveränität ausschlossen] sich in eine langwierige Farce verwandeln, und wir werden nicht darauf hoffen können, dass die britische Regierung einen Finger rühren wird, um unsere militärischen Forderungen wirklich zu unterstützen [es ging um die Forderung, die polnische Armee zu entwaffnen und durch eine Arbeitermiliz zu

510 Pol'sko-russkie otnošenija (Beseda s gen. Machrovym), in: Obščee Delo Nr. 107 vom 30.10.1920: „Mir Pol'si s sovetskoj Rossiej sleduet razmatryvat' kak mir vynuždennyj, k kotoromu Pol'su tolkali dve pričiny: pervoe – davlenie, okazывaemoe na Pol'su inostrannymi pravitel'stvami [...]. Vtoraja pričina – krajne zatrudnitel'noe finansovoe položenie Pol'si“. Siehe auch Machrovs Berichte von den weiteren Begegnungen mit Piłsudski: CUL, Manuscript Collections – Bakhmeteff Archive, P. S. Makhrov Collection, Box 5, Akte Otčety o političeskom položenii v Pol'se, 1920–1921, [P. S. Machrov], Političeskij obzor Pol'si s 15 Dekabrja 1920 g. po 15 Janvarja 1921 g., S. 9–12, sowie Političeskij obzor Pol'si s 15 Janvarja po 10 Fevralja 1921 g., S. 4–7. Ausführlicher zu Piłsudskis Einstellung zum Konzept des sog. „dritten Russlands“: Nowak, Polska i trzy Rosje; ders., Polityka wschodnia Józefa Piłsudskiego (1918–1921). Koncepcja i realizacja, in: Zeszyty Historyczne (Paris) (1994), H. 107, S. 3–22.

ersetzen“⁵¹¹. Dies bedeutete schlicht und einfach, dass eines der vier aktiven Mitglieder des Politbüros der bolschewistischen Partei, der Vorsitzende der Moskauer Parteioorganisation und Leiter der Londoner Delegation in einer Person, die britische Regierung im August 1920 als einen *de-facto*-Verbündeten behandelte, der die Forderungen der sowjetischen Seite in den Minsker Verhandlungen unterstützte, die die polnische Unabhängigkeit untergruben. Seine einzige Sorge war, dass die Misserfolge der Roten Armee die für Moskau so günstige Haltung von Lloyd George schwächen würden.

Es ist bekannt, dass das politische Projekt des britischen Premierministers infolge des überwältigenden polnischen Sieges im August, der gegen den offiziellen Rat aus London in einem kritischen Moment erzielt wurde, in sich zusammenfiel. Man könnte es als ein weiteres alternatives Szenario zu der Regelung bezeichnen, die der Frieden von Riga und seine Bedingungen realistischere geschaffen hatte. Wie dieses Szenario ausgesehen haben mag, werden wir letztlich nie erfahren. Ich bin jedoch in der Lage, hier eine der interessanteren Versionen vorzustellen, die der kanadische Historiker der sowjetischen Diplomatie Richard K. Debo skizziert hat.

Im Lichte der bekannten Quellen hat er keinen Zweifel daran, dass ein sowjetischer Sieg über Polen zumindest die Sowjetisierung Polens bedeutet hätte. Lenin und die Genossen im Politbüro hätten dann die Möglichkeit gehabt, mit Deutschland (im Sinne der von Kopp im Sommer vorbereiteten Vereinbarungen) und mit Großbritannien zu verhandeln – jedenfalls dann, wenn Lenin beschlossen hätte, die Welle der Sowjetisierung an der deutschen Grenze aufzuhalten. Dies war die Situation, auf die sich Lloyd George vorbereitete. Wie ich bereits schrieb, traf er nach dem 20. August in Luzern mit dem italienischen Ministerpräsidenten Giovanni Giolitti zusammen, der in seiner politischen Linie gegenüber Sowjetrußland bereits als Verbündeter von Lloyd George und nicht von Millerand bekannt war. Nicht weit entfernt, ebenfalls in der Schweiz, hielt sich zu dieser Zeit auch der deutsche Außenminister Walter Simons auf. Lloyd George hätte angesichts der Krise wegen des Zusammenbruchs Polens gemeinsam mit Giolitti an Simons und Millerand appellieren können, sich unverzüglich auf einer internationalen Konferenz zu treffen. Dort wären die Bedingungen für die notwendige Revision des Versailler Vertrages vereinbart worden – bereits zusammen mit Vertretern des als

511 „If we do not strike an immediate and decisive blow on the front, the Minsk negotiations will become a long drawn-out farce and we need not hope that the British Government will move so much as a finger to give actual support to our military demands“. Parliamentary Archives (London), Lloyd George Papers, F/9/2/42, Telegramm Kamenevs an Čičerin vom 28.8.1920 (Englische Übersetzung der vom britischen Geheimdienst abgefangenen Depeschenkorrespondenz zwischen der sowjetischen Delegation in London und der Zentrale).

gleichberechtigte Macht anerkannten Sowjetrusslands. Debo stellt die rhetorische Frage, ob Frankreich, das einer solchen Lösung von Natur aus abgeneigt war, ihr in einer Situation, in der es Großbritannien gegen sich hatte und (nach dem Fall Polens) keinen Verbündeten, nicht einmal einen Ersatzverbündeten, im Osten hatte, dennoch hätte widerstehen können? Hätte Paris es riskiert, durch seinen Widerstand Deutschland in die weit geöffneten Arme eines „roten“ Moskaus zu treiben? Es hätte eine Konferenz stattgefunden, nur dass sie in vollem Umfang „erfolgreich“ gewesen wäre, was eine Kombination dessen gewesen wäre, was im Jahr 1922 in Genua und in Rapallo geschah⁵¹².

Nur hätte eine solche Konferenz, wie sie Lloyd George vorschwebte, obwohl sie Europa vielleicht vom Gespenst eines weiteren großen Krieges befreit hätte, Stabilität gebracht? Der kanadische Historiker äußerte diesbezüglich grundsätzliche Zweifel. Er erklärte, dass die schiere Stärke des polnischen Nationalismus, der in der neuen Situation in den Untergrund gedrängt die eigentliche Achillesferse sowohl des Systems der sowjetischen Dominanz als auch des gesamten neuen internationalen Gefüges in Osteuropa gewesen wäre. Sowjetrussland sei noch nicht stark genug gewesen, um seine Expansion in das Zentrum Europas, an die Grenzen Deutschlands, zu führen, meint Debo. „Die unausweichliche Wahrheit sah so aus, dass Moskau weit über seine Möglichkeiten hinaus operierte. 1920 war nicht 1945 (und auch nicht 1939). [...] Piłsudski tat den Bol’ševiki einen Gefallen, indem er sie 1920 aus Polen vertrieb. Langfristig profitierte Sowjetrussland wahrscheinlich von dieser territorialen Abgrenzung [d. h. den Bestimmungen des Friedens von Riga], die das tatsächliche Kräfteverhältnis zu jener Zeit so gut widerspiegelte. Ein sowjetisches Polen, das weder von innen gestützt noch gegen äußere Aggressionen hätte verteidigt werden können, wäre zu einer gewaltigen Schwächequelle [für Moskau] geworden, die die innere Stabilität und die internationale Sicherheit Sowjetrusslands ernsthaft hätten gefährden können“⁵¹³.

Das von dem kanadischen Wissenschaftler präsentierte Szenario enthält zwei Prämissen, die Lloyd George selbst nahe waren. Die eine – offen formuliert – die Niederlage Polens, d. h. die Aberkennung seiner Mitsprache im neuen politischen System von 1920; die andere – stillschweigend akzeptiert –, dass die sowjetische

512 Debo, *Survival*, S. 409–412.

513 „The inescapable truth was that Moscow was badly overextended. Nineteen twenty was not 1945 (or even 1939). [...] Piłsudski did the Bolsheviks a favour in driving them out of Poland in 1920. In the long run Soviet Russia probably benefitted from a territorial settlement which so accurately reflected the realities of power at that time. The existence of a Soviet Poland that could neither be sustained from within nor defended from external aggression would have been an enormous source of weakness, seriously endangering the internal stability and international security of Soviet Russia“. Ebd., S. 412.

Seite in diesem Szenario die ihr vom „walisischen Zauberer“ zugeordnete Rolle spielen würde. Es lohnt sich daher, noch einmal daran zu erinnern, dass Lenin und seine Politbüromitglieder keinerlei derartige Absichten hatten. Sie waren es, die Lloyd George und sein Spiel ausnutzen wollten; sie beabsichtigten keineswegs, an der deutschen Grenze Halt zu machen. Darauf deutet nicht nur der oben zitierte Briefwechsel zwischen Lenin und Stalin Ende Juli hin, sondern auch konkrete Schritte Mitte August, wie die Vorbereitung von Druckmaschinen mit deutschen Lettern und von „deutschen Genossen“, die eine neue Propagandawelle starten sollten – schon hinter der Westgrenze Polens nach dem Fall Warschaus⁵¹⁴. In dieser Perspektive erwiesen sich die Konzepte von Lloyd George als ebenso unrealistisch wie „Fochs Pläne“.

Der Befehlshaber der britischen Truppen in der Freien Stadt Danzig, General Richard Haking, akzeptierte die wichtigsten politischen Annahmen seines Premierministers in Bezug auf Polen (volle Verachtung und Missachtung) und zog Mitte September ein Szenario in Betracht, in dem die sowjetischen Truppen Polen dennoch überrannten und nicht an der deutschen Grenze Halt machten, sondern weiterzogen – um das Projekt der europäischen Revolution zu verfolgen. Haking war der Ansicht, dass selbst in einer solchen Situation England nicht willens – und Frankreich nicht in der Lage – wäre, ernsthaft und wirksam zu intervenieren. In Erwartung des Schlimmsten entwarf Haking eine Zukunftsvision, die der Begründer des Eurasismus, Fürst Nikolaj Trubeckoj, bereits befürchtet hatte: Der russische Kommunismus würde Deutschland erreichen. Im Gegensatz zu Trubeckoj ging der Brite jedoch davon aus, dass eine so grausame Doktrin wie der Kommunismus nur zu „osteuropäischen Barbaren“ passen könne, während „zivilisierte Deutsche“ ihn schnell abschütteln würden: „Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass, selbst wenn in Deutschland ein Sowjetregime errichtet würde, dieses nur von sehr kurzer Dauer wäre und der gesunde Menschenverstand des deutschen Proletariats eine geordnetere Regierungsform wiederherstellen würde. Bevor dies jedoch geschehen könnte, würde Deutschland eine gründliche Umwälzung erleiden [...] und Europa würde sich in einem Zustand größerer Verwirrung als je zuvor befinden“⁵¹⁵. Um eine solche Endgültigkeit zu vermeiden, sollte Großbritan-

514 Siehe dazu RGVA, Fonds 104 (Front Zachodni), god 1920, op. 15 (dopolnitel'naja), delo 17: Telegramme Ivars Smilgas (Kommissar der Westfront), Telegramm Smilgas an Trockij vom 14.8.1920.

515 „There is little doubt, however, that even if a Soviet regime were established in Germany it would be very short lived, and the common sense of German proletariat would return to a more orderly form of government. Before this happened, however, Germany would again be shaken to her foundations [...] and Europe would be in a grater state of unrest than ever“. National Archives (Kew-London), Foreign Office: FO 371/3920 (Poland, Russo-Polish War), R. Haking, The Polish-Soviet Situation, 16.9.1920.

nien Polen einen Strich durch die Rechnung machen und all seine Bemühungen darauf konzentrieren, Deutschland zu stabilisieren und seine Regierung zu stärken. Auch dieser Ratschlag Haking's stand im Einklang mit der Meinung seines Premierministers.

Anfang September erkannte Lloyd George jedoch, dass sich die Ereignisse in Osteuropa seiner Kontrolle entzogen. Und dies ist vielleicht der wichtigste Sinn des Vertrags von Riga. Denn auch wenn wir ihn (zu Recht) oft als Vollendung des Versailler Systems betrachten, darf man nicht vergessen, dass er nicht von den Siegern des Ersten Weltkriegs diktiert wurde. Er setzte nicht die von den Westmächten errichtete Ordnung durch, sondern war vielmehr Ausdruck ihrer Ohnmacht.

Da sich die Vereinigten Staaten 1920 von den europäischen Angelegenheiten abwandten und sich in den Beziehungen zwischen London und Paris eine Reihe von Diskrepanzen in Bezug auf die Haltung gegenüber dem besiegten Deutschland und den russischen (sowjetischen) und osteuropäischen Angelegenheiten abzeichneten, wurde das Konzept der „Alliierten und Assoziierten Mächte“, das die Stärke der neuen Nachkriegsordnung zu garantieren schien, zu einer leeren Hülle. Großbritannien hatte mit seinem riesigen Empire mehr Probleme, es zu erhalten, als Möglichkeiten, dessen Stärke in Europa zu nutzen. Der britische Atlas, der das Gewölbe des Versailler Himmels hochhält, suchte verzweifelt nach einem Herkules, mit dem er diese enorme Last teilen könnte. Lloyd George erkannte, dass Frankreich in der Rolle des Helfers nicht ausreichen würde, auch wenn es noch von Italien unterstützt würde. Deshalb suchte er nach Kandidaten für diese Herkulesaufgaben der neuen Ordnung anderswo – dort, wo es „immer“ Mächte gegeben hatte: in Deutschland, auch wenn es besiegt war, und in Russland, auch wenn es sowjetisch war. Es war Russland, das traditionell diese Rolle in Osteuropa spielte, zumindest aus der Perspektive der westeuropäischen Hauptstädte. Großbritannien konkurrierte anderswo mit Russland – in Asien. Diese Konkurrenz befürchtete man weiterhin: in der Türkei, im Transkaukasus, in Afghanistan, in Indien⁵¹⁶. In Osteuropa wäre es ratsam gewesen, die Verantwortung für die „Ordnung“ gerade mit Russland zu teilen, nicht zuletzt um es von den asiatischen Angelegenheiten abzulenken. Lloyd Georges Ziel war es, dass die Versailler Ordnung wieder mehr derjenigen von Wien 1815 ähnelte, d. h. einer Ordnung, in der die Großmächte allein entschieden und die Verantwortung für die Welt teilten. Kleinere Staaten, Nationen und ihre Bestrebungen werden wiederum nur als eine Art Ärgernis betrachtet, mit dem die Großen fertig werden müssten.

516 Ein Artikel in der Londoner „Times“ – *A Step Toward Peace* vom 28.8.1920 – fasste all diese Befürchtungen trefflich zusammen. Auch auf diese asiatischen Fronten einer möglichen Rivalität mit (Sowjet-)Russland richtete der Chef des Foreign Office, George Curzon – in Sachen Polen und Osteuropa eigentlich völlig passiv – seine Aufmerksamkeit.

Der polnische Sieg bei Warschau und der anschließende von Polen im Alleingang ausgehandelte Friedensvertrag mit Sowjetrußland erschütterten diese Vision von Europa für den müden Atlas, riefen bei ihm Irritation und später auch Unmut hervor. Dieser Groll erklärt vielleicht zumindest einen Teil der bitteren Bemerkungen, mit denen insbesondere angelsächsische Historiker das Versailler System und noch mehr das Versailles-Rigaer System, das Lloyd George nicht im Sinne des alten „Konzert der Mächte“ „reformierte“, nicht verschonen.

Vielleicht können wir in einer solchen Perspektive die besondere Bedeutung von Riga besser erkennen. Der Vertrag erfüllte natürlich nicht die Hoffnungen aller Völker Osteuropas nach dem Ersten Weltkrieg. Einige von ihnen – vor allem die ukrainischen und weißrussischen Bestrebungen – wurden schmerzhaft mit Füßen getreten⁵¹⁷. Dies war seine offensichtliche Schwäche. Er durchbrach jedoch das Prinzip, dass nur die Großmächte über die Gestaltung der internationalen Ordnung entscheiden konnten – ohne die Stimme der kleineren Staaten, insbesondere in Ost- und Mitteleuropa, wo die imperiale Mentalität Deutschland und Rußland die Rolle der einzig verantwortlichen Hausherrn zuwies. Der Vertrag von Riga ebnete Polen den Weg dafür, dass die Großmächte die Bestrebungen kleinerer Staaten, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, akzeptierten. Sowjetrußland sah sich, wenn auch nur vorübergehend, gezwungen, dieses Recht anzuerkennen. Die Westmächte – zumindest in diesem Fall – ebenfalls. Der Vertrag von Riga bleibt in der Geschichte jenes Teils Europas, der vom Westen aus gewöhnlich als das Gebiet zwischen Rußland und Deutschland betrachtet wird, ein Beispiel für die Anerkennung der Souveränität dieses Gebiets.

Diese Souveränität sollte achtzehn Jahre lang andauern. Ich wiederhole noch einmal und stelle die Frage: Ist das viel oder wenig? Darf ich die Leserinnen und Leser auch jetzt noch einmal bitten, darüber nachzudenken, ob die anderen hier vorgestellten Möglichkeiten, die anstelle des Rigaer Vertrages am Horizont des politischen Geschehens und der Phantasie im Jahre 1920 auftauchten, eine stabilere, gerechtere Ordnung hätten gewährleisten können? Die Antwort auf diese Frage hängt von der jeweiligen Sichtweise ab. Wir haben viele von ihnen hier kennengelernt, wenn auch sicher nicht alle. Zu den Ansichten von Lenin, Kopp, Millerand, Bachmetev, Vrangél', Piłsudski und anderen, die in diesem Text vertreten sind,

517 Allerdings war dies nicht die Schuld der „böswilligen Verschwörungen“ der Nationaldemokratie und ihres Delegierten in Riga, Stanisław Grabski, wie die im Lager von Piłsudski geschaffene Legende besagt, die bis heute selbst von so ernsthaften Wissenschaftlern wie Timothy Snyder aufrechterhalten wird. *Sketches from a Secret War. A Polish Artist's Mission to Liberate Soviet Ukraine*, New Haven; London 2005, S. 11–15. Diese Legende entlarvte endgültig in seinem meisterhaften Werk über den Verlauf der Rigaer Verhandlungen Borzęcki, *Soviet-Polish Peace*, S. 130–133 und 153.

müsste man noch die des Ukrainers Symon Petljura, des Weißrussen Vaclaŭ Lastoŭski, der Juden von Pinsk oder Lemberg, der Polen, die zum Missfallen der sowjetischen politischen Polizei (ChK) hinter dem Kordon von Riga zurückblieben, und vieler anderer hinzufügen...

Im März 1921 hatte die Ansicht, dass Frieden besser sei als Krieg – ein Krieg, der in dem vom Vertrag von Riga betroffenen Gebiet mehr als sechs Jahre gedauert hatte – sicherlich die meisten Anhänger. Kann ein dauerhafter Frieden, dieses hohe Gut, nur durch die Stärke der Großmächte garantiert werden? Spielt auch das Verhältnis zwischen der durch den Frieden geschaffenen Ordnung und den Bestrebungen und dem Gerechtigkeitsempfinden der vom Frieden Betroffenen eine Rolle? In welchen Proportionen? Dies sind auch Fragen im Zusammenhang mit der Bewertung des Rigaer Vertrags. Ich kann darauf keine endgültige Antwort geben. Ich versuche nur, Material für die Diskussion über sie zu liefern. Der Historiker kann hier aufhören. Und nachdenken.

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Die Vertreter der Entente-Mächte nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Im Vordergrund zu sehen sind u. a. Thomas Woodrow Wilson (erster von links), Georges Clemenceau (in der Mitte), Arthur Balfour (mit dem Arm in der Schlinge). 28. Juni 1919; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 2: Staatschef Józef Piłsudski besichtigt das Schlachtfeld bei Verdun in Begleitung des französischen Präsidenten Alexandre Millerand (in der ersten Reihe, rechts von Piłsudski). Anfang Februar 1921; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 3: Hector de Panafieu, Gesandter Frankreichs in Polen seit 1919, später Botschafter (bis 1926); Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 4: Maurycy Zamoyski, Polnischer Gesandter in Paris in den Jahren 1919–1924. Nach 1910 aufgenommene Fotografie; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 5: Stanisław Patek, Außenminister der Polnischen Republik von Dezember 1919 bis Juni 1920, in späteren Jahren war er polnischer Gesandter in Tokio (1921–1926) und Moskau (1926–1932) sowie Botschafter in den Vereinigten Staaten (1933–1935). Fotografie aus dem Jahr 1933; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 6: Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Georgij Čičerin während eines Warschaubesuchs im Jahre 1925; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 7: Polnische Soldaten bei der Verteidigung Lembergs im Jahre 1919; Sammlungen des Zentrums „Karta“.
- Abb. 8: Horace Rumbold und Charlie Chaplin während einer Vorführung des Films „Lichter der Großstadt“ in Berlin 1931. Rumbold war damals Botschafter Großbritanniens in Deutschland; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 9: Die Mitglieder des Provisorischen Revolutionskomitees Polens (Polrewkom). In der Mitte sitzen: Feliks Dzierżyński, Julian Marchlewski, Feliks Kon. Białystok, August 1920; Sammlungen des Zentrums „Karta“.
- Abb. 10: Symon Petljura (in der Mitte sitzend) in dem Salonwagen, der während des polnisch-sowjetischen Krieges Sitz seines Stabs war. Tarnopol, 1919 oder 1920; Sammlungen des Zentrums „Karta“.
- Abb. 11: Władysław Grabski, Leiter der polnischen Delegation auf der Konferenz von Spa. Fotografie aus dem Jahre 1933; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 12: General Maxime Weygand auf einer Fotografie aus dem Jahre 1930; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 13: Sowjetische Kriegsgefangene marschieren durch Radzymin, 15. August 1920; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 14: Ignacy Boerner auf einer Fotografie aus dem Jahre 1929; Narodowe Archiwum Cyfrowe.
- Abb. 15: Jan Dąbski, Leiter der polnischen Delegation während der Friedensverhandlungen in Riga. Fotografie aus dem Jahre 1931; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

Bibliographie

I. Archivalien

Großbritannien

National Archives, Londyn-Kew [NA]:
Cabinet Papers
Foreign Office [FO]
War Office [WO]
National Archives of Scotland, Edinburgh [NAS]:
Philip Kerr Papers [PK]
Parliamentary Archives, London [PA]:
Lloyd George Papers [LG]
Churchill College, Cambridge [CCC]:
Churchill Papers [CHAR]
Maurice Hankey Papers [HNKY]
Oxford University, Bodleian Library [OU-BL]:
Horace Rumbold Papers

Vereinigte Staaten

Instytut Józefa Piłsudskiego New York [IJP]:
Akta Adiutantury Generalnej Naczelnego Dowództwa [AGND]
Papiery gen. Tadeusza Rozwadowskiego
Columbia University Library, Manuscript Collections – Bakhmeteff Archive, New York:
Evgenii Sablin Collection
P. S. Makhrov Collection
Library of Congress – Manuscript Division, Washington, D. C.:
Bainbridge Colby Papers
Breckinridge Long Papers

Russland

Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv, Moskau [RGVA]:
Fonds 104, Upravlenie armiami Zapadnogo Fronta
Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Socjalno-Političeskoj Istorii, Moskva [RGASPI]:
Fonds 5, op. 1 [Politisches Sekretariat Lenins]
Fonds 17, op. 2 [Sitzungsprotokolle der Vollersammlungen des ZK der KC RKP(b)]
Fonds 17, op. 3 [Sitzungsprotokolle des Politbüros]

Schweiz

Archiv des Polnischen Museums in Rapperswil [AMPR]:
Nachlass Józef Mackiewicz

Polen

Zakład Narodowy Ossolińskich, Wrocław:
rkps 16501/III: Korrespondenz General Kazimierz Sosnkowskis

II. Dokumentensammlungen und andere Quellenveröffentlichungen

- American Reports on the Polish-Bolshevik War 1919–1920*, hg. v. Janusz Cisek, Warszawa: Wojskowe Centrum Edukacji Obywatelskiej, 2010.
- The Austen Chamberlain Diary Letters. The Correspondence of Sir Austen Chamberlain with his Sisters Hilda and Ida, 1916–1937*, hg. v. R. C. Self, Cambridge: Cambridge University Press, 1995.
- Baranowski, Władysław, *Rozmowy z Piłsudskim 1916–1931*, Warszawa: Biblioteka Polska, 1938.
- Begbie, Harold, *Mirrors of Downing Street: Some Political Reflections*, London: Mills & Boon, 1920.
- Bol'shevits'koe rukovodstvo. Perepiska. 1912–1927*, hg. v. A. V. Kvašonkin, A. J. Livšin, O. V. Chlevnjuk u. a., Moskva: Rosspen, 1996.
- Bonham Carter, Violet, *Winston Churchill as I Knew Him*, London: Reprint Society, 1966.
- The Churchill Documents*, vol. 9: *Disruption and Chaos, July 1919 – March 1921*, hg. v. Martin Gilbert, Hillsdale: Hillsdale Press, 1977.
- Curzon, George N., *Persia and the Persian Question*, London; New York: Longmans, 1892.
- Curzon, George N., *Russia in Central Asia*, London: Franz Cass, 1889.
- Dmowski, Roman, *Polityka polska i odbudowanie państwa*, bearb. v. Tomasz Wituch, Bd. 2, Warszawa: PAX, 1988.
- Documents diplomatiques français, 1920 [DDF]*, Bd. 1 (10 janvier – 18 mai), hg. v. Jacques Bariéty et al., Paris, Imprimerie Nationale, 1997; Bd. 2 (19 mai – 23 septembre), hg. v. Jacques Bariéty et al., Paris, Imprimerie Nationale, 1999; Bd. 3 (24 septembre 1920–5 janvier 1921), hg. v. Anne Hogenhuis-Seliverstoff et al., Bruxelles, Peter Lang, 2002; *Annexes* (10 Janvier 1920–31 Décembre 1921), hg. v. Jacques Bariéty, Bruxelles: Peter Lang, 2005.
- Documents on British Foreign Policy 1919–1939 [DBFP]*, First series, vol. II, 1919, hg. v. E. L. Woodward, R. Butler, London: Her Majesty's Stationery Office, 1948; vol. III, hg. v. E.[rnest] L.[jewellyn] Woodward, Rohan Butler, London 1949; vol. VII, 1920, hg. v. R. Butler, J.[ohn] P.[atrick] T.[uer] Bury, London: Her Majesty's Stationery Office, 1958; vol. VIII, hg. v. R. Butler, J. P. T. Bury, London 1958; vol. XI, hg. v. Rohan Butler, J.[ohn] P.[atrick] T.[uer] Bury, London: Her Majesty's Stationery Office, 1961.
- Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich [DiM]*, Bd. 2, listopad 1918 – kwiecień 1920, hg. v.: Weronika Gostyńska u. a., Warszawa: Książka i Wiedza, 1961.
- Dokumenty vnešnej politiki SSSR*, Bd. 2, hg. v. G. K. Deev und E. M. Žukov, Moskva: Gosudarstvennoe Izdatel'stvo Političeskoj Literatury, 1958; Bd. 3, hg. v. G. A. Belov, J. S. Garmaš u. a., Moskva: Gosudarstvennoe Izdatel'stvo Političeskoj Literatury, 1959.
- Gregory, John Duncan, *On the Edge of Diplomacy: Rambles and Reflections, 1902–1928*, London: Hutchinson, 1929.
- Headlam-Morley, James, *A Memoir of the Paris Peace Conference 1919*, hg. v. Agnes Headlam-Morley, Russell Bryant, Anna Cieniała, New York: Barnes & Noble 1972.
- The Intimate Papers of Colonel House*, hg. v. Charles Seymour, vol. 3, Boston: Houghton Mifflin, 1928.
- „Ja prošu zapisyvat' men'she: éto nie dolžno popadat' v pečat'“. Wystuplenija V. I. Lenina na IX konferencii RKP(b) 22 sentjabrja 1920 g., bearb. v. A. N. Artizov, R. A. Usikov, in: Istoričeskij Archiv (1992), Nr. 1, S. 17–18.
- Kerr, Lothian [Philip], *Pacifism Is Not Enough, Nor Patriotism Either*, London: Oxford University Press, 1935.
- Knjazev, G. A., *Iz zapisnych knižek ruskogo intelligentna (1919–1922)*, in: Russkoe prošloe, Bd. 5 (St. Peterburg 1994), S. 148–242.

- Komintern i ideja mirovoj revolucii. Dokumenty*, hg. v. J. S. Drabkin, D. G. Babičenko, Moskva: Nauka, 1998.
- Lenin, Vladimir Iliič, *Neizvestnye dokumenty 1891–1922*, hg. v. Jurij N. Amiantov u. a., Moskva: Rosspen 1999.
- *Polnoe sobranie sočinenij* [PSS], Bd. 51, Moskva 1965.
- *Werke*, Bd. 31: *Mai – November 1920*, Berlin: Dietz 1966
- Listy generała dywizji Kazimierza Sosnkowskiego do marszałka Józefa Piłsudskiego w okresie wyprawy kijowskiej (kwiecień – maj 1920 r.)*, bearb. v. Włodzimierz Suleja, in: *Przegląd Wschodni* 2 (1992/93), Nr. 1(5).
- Listy Józefa Piłsudskiego*, wstęp i oprac. Kazimierz Świtalski, „Niepodległość”, Bd. 7 (N. F.), Londyn; Nowy Jork 1962.
- Lloyd George, David, *War Memoirs*, vol. 1, London: Odhams Press, [1935].
- Lord Riddell's Intimate Diary of the Peace Conference and After 1918–1923*, London: Hodder & Stoughton, 1933.
- Machrov, Petr S., *V Beloj armii generala Denikina. Zapiski načal'nika štaba Glavnokomandujuščego Voo-ružennymi Silami Juga Rossii*, Sankt-Peterburg: Izd. Logos 1994.
- Mackiewicz, Józef, *Lewa wolna*, Londyn: Polska Fundacja Kulturalna, 1965.
- *Zwycięstwo prowokacji*, Londyn: Kontra, ²1983.
- Mackinder, Halford, *Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction*, London, Constable and Co., 1919.
- Mały Rocznik Statystyczny Polski*, Londyn: Ministerstwo Informacji, 1941.
- [Namier, Lewis], *Nieznany list brytyjskiego historyka*, oprac. Jan Pisuliński, in: *Zeszyty Historyczne* (Pa-ryż), 2002, H. 141.
- N. S. Trubetzkoy's Letters and Notes*, hg. v. Roman Jakobson, The Hague; Paris, Mouton Publishers, 1975.
- Nicolson, Harold, *Diaries & Letters, 1930–1939*, hg. v. Nigel Nicolson, London: Collins, 1966.
- Odbudowa państwowości polskiej. Najważniejsze dokumenty. 1912 – styczeń 1924*, hg. v. Kazimierz Kuma-niecki, Warszawa; Kraków: Księgarnia J. Czerneckiego, 1924.
- The Papers of Woodrow Wilson*, vol. 65, February 28 – July 31, 1920, hg. v. A. S. Link, J. E. Little, Princeton: Princeton University Press, 1991; vol. 66, August 2 – December 23, 1920, hg. v. A. S. Link, J. E. Little, Princeton 1992.
- Papers Relating to the Foreign Relations of the United States* [FRUS], 1920, Vol. III, US Government Prin-ting Office, Washington, D. C., 1936; *1919, Russia*, Washington 1937.
- Piłsudski, Józef, *Pisma zbiorowe*, tom 5, hg. v. Kazimierz Świtalski, Warszawa: Instytut Józefa Piłsud-skiego 1937.
- Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1920 (Rannee ne opublikovannye dokumenty i materialy)*, hg. v. Ivan I. Kost-juško, č. 1, Moskva: Rossijskaja Akademija Nauk, Institut Slavjanovedenija i Balkanistiki, 1994.
- Posly nesuščestvujučej strany*, in: „Soveršenno lično i doveritel'no!“. B. A. Bachmetev – V. A. Maklakov – perepiska 1919–1951, Bd. 1 (avgust 1919 – sentjabr' 1921), hg. v. O. V. Budnickij, Moskva; Stan-ford: Rosspen; Hoover Institution, 2001.
- Pound/Joyce: the Letters of Ezra Pound to James Joyce, with Pound's Essays and Articles about Joyce*, hg. v. Forrest Read, New York: New Directions, 1970.
- Prawo międzynarodowe i historia dyplomatyczna. Wybór dokumentów*, Bd. 2, hg. v. Leon Gelberg, War-szawa: PWN, 1958.
- Romer, Eugeniusz, *Pamiętnik paryski, 1918–1919*, Wrocław: Ossolineum, 1989.
- Rosyjski łącznik Naczelnika. Listy Karola Wędziagolskiego do Piotra Wandyczca*, wstęp i oprac. Andrzej No-wak, „Arcana“ 2006, nr 70–71 (4–5).

- Russkaja voennaja émigracija 20-ch – 40-ch godov. Dokumenty i materialy, Bd. 1 (1920–1922 gg)*, Buch 1 (Ischod), hg. v. V. A. Zolotarev u. a., Moskva: Izdatel'stvo Triada, 1998.
- Sąsiedzi wobec wojny 1920 roku. Wybór dokumentów*, oprac. Janusz Cisek, Londyn: Polska Fundacja Kulturalna, 1990.
- Selection of Smuts Papers*, vol. IV, *November 1918 – August 1919*, hg. v. W. K. Hancock; Jean van der Poel, Cambridge: Cambridge University Press, 1966.
- Solženicyн, Aleksandr, *Raskajanie i samoograničenie kak kategorii nacional'noj žyzi*, in: Iz pod glyb. Sbornik statej, hg. v. Igor Šafarevič, Paris 1974 (dt. Version: Reue und Selbstbeschränkung als Kategorien des nationalen Lebens, in: Alexander Solschenizyn, Stimmen aus dem Untergrund. Zur geistigen Situation in der UdSSR, Darmstadt (u. a.) 1975, S. 117–156).
- Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały*, hg. v. Remigiusz Bieźranek i Józef Kukułka, Bd. 1–2, Warszawa: PWN, 1965, 1967.
- Stevenson, Frances, *Lloyd George. A Diary*, hg. v. A. J. P. Taylor, London: Hutchinson, 1971.
- Suleja, Włodzimierz, *Dwa listy Stanisława Patka do Józefa Piłsudskiego ze stycznia 1920 roku. Przygotowanie wyprawy kijowskiej*, in: *Idea Europy i Polska w XIX-XX wieku. Księga ofiarowana dr. Adolfowi Juzwence...*, Wrocław: Ossolineum, 1999.
- Tajne rokowania polsko-radzieckie w 1919 r. Materiały archiwalne i dokumenty*, oprac. Weronika Gostyńska, Warszawa: PWN, 1986.
- Toynbee, Arnold J., *Acquaintances*, London: Oxford University Press, 1967.
- The Trotsky Papers 1917–1922*, hg. v. J. Meijer, Bd. 2 (1920–1922), The Hague; Paris, Mouton Publishers, 1971.
- Time of Troubles. The Diary of Iurii Vladimirovich Got'e – Moscow – July 8, 1917 to July 23, 1922*, transl., hg. v., and introd. by Terrence Emmons, Princeton: Princeton University Press, 1988.
- W obronie prawdy historycznej. Głosy i opinie o książce „Lewa wolna“*, Londyn: Stowarzyszenie Polskich Kombatantów, 1966.
- War and Diplomacy. The Making of a Grand Alliance*, hg. v. Oleg A. Rzhesheshevsky, Amsterdam: Harwood Academic Publishers, 1996.
- Wellington, Arthur Duke, *Supplementary Despatches, Correspondence, and Memoranda*, vol. IX, London: John Murray, 1862.

III. Presse

„The Times“, Dezember 1919 – März 1921.

IV. Monographien, Abhandlungen, Aufsätze

- Addison, Paul, *Lloyd George and Compromise Peace in the Second World War*, in: *Lloyd George: Twelve Essays*, hg. v. A. J. P. Taylor, London: Hamish Hamilton, 1971.
- Baker, Mark, *Lewis Namier and the Problem of Eastern Galicia*, in: *Journal of Ukrainian Studies* 23 (1998), Nr. 2.
- Bennett, G. H., *British Foreign Policy During the Curzon Period, 1919–1924*, New York: St. Martin's Press, 1995.

- Bernštam, M., *Storony v graždanskoj vojne, 1917–1922 gg. (Problemy, metodologija, statistika)*, Moskva: Otečestvennaja Biblioteka, 1992.
- Billington, David P., Jr., *Lothian. Philip Kerr and the Quest for World Order*, Westport; London: Praeger, 2006.
- Biskupski, Marian, *The Wilsonian View of Poland: Idealism and Geopolitical Traditionalism*, in: *Wilsonian East Central Europe. Current Perspectives*, hg. v. John S. Micgiel, New York: The Pilsudski Institute, 1995.
- Blouet, Brian, *Halford Mackinder: A Biography*, College Station, Texas: A. & M. Press, 1987.
- Borzęcki, Jerzy, *Nielatwy kompromis: granica ryska w świetle rokowań w Mińsku i Rydze* (II), in: *Arcana* (2005), Nr. 61–62 (1–2).
- Borzęcki, Jerzy, *The Soviet-Polish Peace of 1921 and the Creation of Interwar Europe*, New Haven; London: Yale University Press, 2008.
- Brinkley, George A., *Allied Intervention in South Russia, 1917–1921*, Notre Dame, IL: Notre Dame University Press, 1966.
- Bruski, Jan Jacek, *Petlurowcy. Centrum Państwowe Ukraińskiej Republiki Ludowej na wychodźstwie (1919–1924)*, Kraków: Arcana, 2000.
- Butler, James Ramsay M., *Lord Lothian (Philip Kerr) 1882–1940*, London: Macmillan, 1960.
- Carley, Jabara Michael, *Anti-Bolshevism in French Foreign Policy: The Crisis in Poland*, in: *The International History Review* 2 (1980), No. 3. (July).
- Carley, Jabara Michael, *The Politics of Anti-bolshevism: the French Government and the Russo-Polish War, December 1919 to May 1920*, in: *The Historical Journal* (1976), No. 19 (1).
- Carley, Jabara Michael, *Silent Conflict. A Hidden History of Early Soviet-Western Relations*, Lanham: Rowman & Littlefield, 2014.
- Carroll, Eber Malcolm, *Soviet Communism and Western Opinion 1919–1921*, Chapel Hill: University of Northern Carolina, 1965.
- Cienięła, Anna, *Polityka brytyjska wobec odrodzenia Polski*, in: *Zeszyty Historyczne* (Paris), 1969, H. 16.
- Cienięła, Anna, Komarnicki, Tytus, *From Versailles to Locarno. Keys to Polish Foreign Policy 1919–1925*, Lawrence: Kansas University Press, 1984.
- Cisek, Janusz, *Kalendarium działalności Józefa Piłsudskiego. Uzupełnienie do „Kroniki życia Józefa Piłsudskiego 1867–1935”*, Nowy Jork: Instytut Józefa Piłsudskiego, 1992.
- The Crimean War 1853–1856. Colonial Skirmish or Rehearsal for World War*, hg. v. Jerzy Borejsza, Warszawa: Neriton, 2011.
- Davies, Norman, *Lloyd George i Polska 1919–1920*, Gdańsk: Wyd. Uniwersytetu Gdańskiego, 2000 (Erst-
abdruck in: „Journal of Contemporary History“ 6 <1974>).
- Davies, Norman, *Sir Horace Rumbold w Warszawie, 1919–1920*, in: *Dzieje Najnowsze* 3 (1971), H. 3.
- Davies, Norman, *Sir Maurice Hankey and the Inter-Allied Mission to Poland, July – August 1920*, in: *The Historical Journal* 15 (1972), No. 3.
- Davies, Norman, *White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War, 1919–1920*, London: Orbis Books, 1983.
- Debo, Richard K., *Survival and Consolidation: The Foreign Policy of Soviet Russia, 1918–1921*, Montreal; Kingston: McGill University Press, 1992.
- Dugin, Aleksandr, *Osnovy geopolitiki*, Moskva: Arktogeja-centr, 1997.
- Eberhardt, Piotr, *Twórcy geopolityki polskiej*, Kraków: Arcana, 2006.
- Eberhardt, Piotr, *Koncepcja Heartlandu Halforda Mackindera*, in: *Przegląd Geograficzny* 83 (2011), No. 2.
- Egremont, Max, *A Life of Arthur Balfour*, London: Collins, 1980.
- Fayet, Jean-François, *Karl Radek (1885–1939). Biographie politique*, Bern: Peter Lang, 2002.
- Fiddick, Thomas, *Russia's Retreat from Poland. From Permanent Revolution to Peaceful Coexistence*, London; New York: St. Martin's Press, 1990.

- Fry, Graham Michael, *And Fortune Fled. David Lloyd George, the First Democratic Statesman, 1916–1922*, New York: Peter Lang, 2011.
- Gervais, Céline, *La politique de la France à l'égard de la Pologne et de l'URSS. À la lumière des archives du Quai d'Orsay*, in: *La guerre polono-soviétique 1919–1920*, hg. v. Céline Gervais, Lausanne: L'Age d'Homme, 1975.
- Gierowska-Kałuża, Joanna, *Odczyt Marszałka Piłsudskiego wygłoszony 24 sierpnia 1923 roku w Wilnie*, in: *Przegląd Wschodni* 5 (1998), H. 4 (20).
- Gierowski, Józef Andrzej, *Historia Włoch*, Wrocław: Ossolineum 1985.
- Giertych, Jędrzej, *Letter to the Editor of „Polin“*, in: *Polin. A Journal of Polish-Jewish Studies*, vol. 5: Oxford 1990.
- Gilbert, Martin, *Churchill. A Life*, London: Pimlico, 2000.
- Gilbert, Martin, *Sir Horace Rumbold. Portrait of a Diplomat 1869–1941*, London: Heinemann, 1973.
- Gilbert, Martin, *World in Torment. Winston S. Churchill 1917–1922*, London: Minerva, 1990.
- Gilmour, David, *Curzon: Imperial Statesman*, New York: Farrar, Strauss & Giroux, 1994.
- Gleason, John Howes, *The Genesis of Russophobia in Great Britain. A Study of the Interaction of Policy and Opinion*, Cambridge: Mass., Harvard University Press, 1950.
- Gmurczyk-Wrońska, Małgorzata, *Stanisław Patek w dyplomacji i polityce (1914–1939)*, Warszawa: Instytut Historii PAN – Neriton, 2013.
- Gray, John, *The Immortalization Commission. Science and the Strange Quest to Cheat Death*, New York: Farrar, Straus and Giroux, 2011.
- Grif sekretnosti snjat. Poteri voorużennych sil SSSR v wojnach, boevych dejstvijach i voennykh konfliktach. Statističeskoe issledovanie*, hg. v. G. F. Krivošeev, Moskva: Voennoe Izdatel'stvo 1993
- Grigg, John, *The Young Lloyd George*, London: Penguin, 2002 (1973)
- Grigg, John, *Lloyd George: The People's Champion, 1902–1911*, Oakland: University of California Press, 1978.
- Grigg, John, *Lloyd George: From Peace to War, 1912–1916*, Oakland: University of California Press, 1985.
- Grigg, John, *Lloyd George: War Leader, 1916–1918*, London: Penguin, 2002.
- Hague, Ffion, *The Pain and the Privilege. The Women in Lloyd George's Life*, London: Harper Press, 2008.
- Himmer, Richard, *Soviet Policy toward Germany during the Russo-Polish War, 1920*, in: *Slavic Review* 35 (1976), No. 4.
- Hovi, Kalervo, *Alliance de Revers. Stabilization of France's Alliance Policies in East Central Europe 1919–1921*, Turku: Turku University, 1984.
- Hughes, Michael, *British Foreign Secretaries in an Uncertain World, 1919–1939*, New York: Routledge, 2006.
- Hunczak, Taras, *Sir Lewis Namier and the Struggle for Eastern Galicia, 1918–1920*, in: *Harvard Ukrainian Studies* 1 (1977), No. 2.
- Jędrzejewicz, Wacław, Cisek, Janusz, *Kalendarium życia Józefa Piłsudskiego*, Bd. 1 (1867–1918) und 2 (1918–1926), Wrocław: Ossolineum 1994.
- Karpus, Zbigniew, *Wschodni sojusznicy Polski w wojnie 1920 roku. Oddziały wojskowe ukraińskie, rosyjskie, kozackie i białoruskie w Polsce w latach 1919–1920*, Toruń: Wyd. Adam Marszałek, 1999.
- Kennan, George F., *Russia and the West Under Lenin and Stalin*, Boston: Little Brown and Co., 1960.
- Kennan, George F., *Soviet-American Relations*, vol. 2: *The Decision to Intervene*, Princeton: Princeton University Press, 1958.
- Killen, Linda, *The Search for a Democratic Russia: Bakhmetev and the United States*, in: *Diplomatic History* 2 (Summer 1978), No. 3.
- Kissinger, Henry, *Diplomacy*, New York: Simon and Schuster, 1993.

- Kolmagorov, K. N., *D. Llojd Džordž i pol'skij vopros vo vremja Pervoj mirovoj vojny i Parižskoj mirnoj konferencii*, in: Baltijskij region v istorii Rossiji i Evropy, hg. v. A. P. Klemeščev u. a., Kaliningrad: Izd. RGU im. Kanta 2005.
- Komarnicki, Tytus, *Rebirth of the Polish Republic. A Study in the Diplomatic History of Europe, 1914–1920*, Melbourne: Heinemann Ltd., 1957.
- Krzyżanowski, Adam, *Z historii stosunków polsko-sowieckich nazajtrrz po wojnie światowej*, in: Przegląd Współczesny 58 (1936), Nr. 73.
- Kukułka, Józef, *Francja a Polska po traktacie wersalskim (1919–1922)*, Warszawa: PWN, 1970.
- Kuromiya, Hiroaki, Andrzej Peptoński, *Między Warszawą a Tokio. Polsko-japońska współpraca wywiadowa 1904–1944*, Toruń: Wyd. Adam Marszałek, 2009.
- Kutrzeba, Tadeusz, *Wyprawa kijowska 1920 roku*, Warszawa: Gebethner i Wolff, 1937.
- Latawski, Paul, *The Dmowski – Namier Feud, 1915–1918*, in: Polin. A Journal of Polish-Jewish Studies, vol. 2: Oxford 1987.
- Latawski, Paul, *A Reply to Giertych*, in: Polin. A Journal of Polish-Jewish Studies, vol. 5: Oxford 1990.
- Leczyk, Marian, *Komitet Narodowy Polski a Ententa i Stany Zjednoczone 1917–1918*, Warszawa: PWN, 1966.
- Leinwand, Artur, *Polska a Denikin. Z dziejów stosunków między Polską a kontrewolucją na południu Rosji w latach 1918–1920*, in: *Z dziejów wojny i polityki. Księga pamiątkowa ku uczczeniu siedemdziesiątej rocznicy urodzin prof. dra Janusza Wolińskiego*, Wojskowa Akademia Polityczna im. Feliksa Dzierżyńskiego, Warszawa 1964.
- Lentin, Antony, *Lloyd George and the Lost Peace. From Versailles to Hitler, 1919–1940*, New York: Palgrave-Macmillan, 2001.
- Lincoln, W. Bruce, *Mikołaj I*, przeł. Henryk Krzeczkowski, Warszawa: PIW, 1988.
- Lundgreen-Nielsen, Kay, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A Study of the Policies of the Great Powers and the Poles, 1918–1919*, Odense: Odense University Press, 1979.
- Łaptos, Józef, *Francuska opinia publiczna wobec spraw polskich w latach 1919–1925*, Wrocław: Ossolineum, 1983.
- Łukasik-Duszyńska, Monika, *Brytyjskie poselstwo donosi. Posłowie brytyjscy wobec stosunków Polski z państwami bałtyckimi 1920–1926*, Warszawa: Wyd. Academica, 2008.
- Macfarlane, L. J., *Hands off Russia: British Labour and the Russo-Polish War, 1920*, in: Past and Present, Dec. 1967, Nr. 38.
- MacMillan, Margaret, *Peacemakers. Six Months that Changed the World*, London: John Murray, 2001.
- Malewski, Józef [Włodzimierz Bolecki], *Ptasznik z Wilna. O Józefie Mackiewicz*, Kraków: Arcana, 1991.
- Materski, Wojciech, *Na widocie. II Rzeczpospolita wobec Sowietów 1918–1943*, Warszawa: ISP PAN – Rytm, 2005.
- Matwiejew, Giennadij F., *Stosunki polsko-sowieckie w latach 1917–1921*, in: *Białe plamy, czarne plamy. Sprawy trudne w relacjach polsko-rosyjskich 1918–2008*, hg. v. Daniel Rotfeld, Anatolij Torkunow, Warszawa: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, 2010.
- Mayer, Arno J., *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919*, New York: Alfred A. Knopf, 1967.
- Mazurek, Mariusz, *Great Britain, the United States and the Polish–Soviet Peace Treaty of Riga, 1920–1921*, in: Niepodległość (1988), Bd. 21 (N. F.).
- Michutina, Irina V., *Pol'sko-sovetskaja vojna 1919–1920 gg.*, Moskwa: Rossijskaja Akademijskaja Nauk, Institut Slavjanovedenija i Balkanistiki, 1994.
- Miedziński, Bogusław, *Wojna i pokój*, cz. 3, in: Kultura (1966), Nr. 9.
- Millbank Farrar, Marjorie, *Principled Pragmatist. The Political Career of Alexandre Millerand*, New York; Oxford: Berg, 1991.

- Namier, Julia, *Lewis Namier. A Biography*, London: Oxford University Press, 1971.
- Namier, L.[ewis] B., *Conflicts. Studies in Contemporary History*, London: Macmillan 1942.
- Namier, L.[ewis] B., *Facing East*, London: Hamis Hamilton, 1947.
- Naylor, John F., *A Man and an Institution: Sir Maurice Hankey, the Cabinet Secretariat and the Custody of Cabinet Secrecy*, Cambridge: Cambridge University Press, 2009.
- Neville, Peter, *The Foreign Office and Britain's Ambassadors to Berlin*, in: *The Foreign Office and British Diplomacy in the Twentieth Century*, hg. v. Gaynor Johnson, New York: Routledge, 2005.
- Ng, Amy, *Nationalism and Political Liberty. Redlich, Namier, and the Crisis of Empire*, Oxford: Oxford University Press, 2004.
- Nowak, Andrzej, *Documents diplomatiques français – źródła do politycznej historii wojny polsko-sowieckiej w 1920 roku*, in: *Dzieje Najnowsze* 38 (2006), H. 3.
- Nowak, Andrzej, *Historie politycznych tradycji. Piłsudski, Putin i inni*, Kraków: Arcana, 2007.
- Nowak, Andrzej, *Jak rozbić rosyjskie imperium? Idee polskiej polityki wschodniej (1733–1921)*, Kraków: Arcana, ²1999.
- Nowak, Andrzej, „Jedna, niepodzielna“ i „małe narody“ Imperium. Formowanie i konsekwencje idei politycznej „białej“ Rosji (jesień 1918 – wiosna 1919), in: *Przegląd Wschodni* 7 (2000), H. 1(25).
- Nowak, Andrzej, *Mocarstwa zachodnie wobec niepodległości Ukrainy: wiosna 1920*, in: *Między Odrą a Uralem. Księga pamiątkowa dedykowana profesorowi Władysławowi A. Serczykowi*, hg. v. Wojciech Wierzbieniec, Rzeszów: Wyd. Uniw. Rzeszowskiego, 2010.
- Nowak, Andrzej, *Polityka wschodnia Józefa Piłsudskiego (1918–1921). Koncepcja i realizacja*, in: *Zeszyty Historyczne* (Paris) (1994), H. 107.
- Nowak, Andrzej, *Polska i trzy Rosje. Studium polityki wschodniej Józefa Piłsudskiego*, Kraków: Arcana, 2001.
- Nowak-Kiełbikowa, Maria, *Polska – Wielka Brytania 1918–1923. Kształtowanie się stosunków politycznych*, Warszawa: PWN, 1975.
- O'Connor, Timothy E., *The Engineer of Revolution: L. B. Krasin and the Bolsheviks, 1870–1926*, Boulder: Westview Press, 1992.
- Officer, Lawrence H., Williamson, Samuel H., *Five Ways to Compute the Relative Value of a UK Pound Amount, 1270 to Present*, MeasuringWorth, 2014: <http://www.measuringworth.com/ppoweruk>, Zugriff: 2.02.2015.
- Pajewski, Janusz, *Dwie zachodnie opinie wobec koncepcji granic państwa polskiego (1917, 1919)*, in: *Studia historica slavo-germanica*, Poznań: Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im. Adama Mickiewicza w Poznaniu 6 (1977).
- Pałasz-Rutkowska, Elżbieta, *Polityka Japonii wobec Polski 1918–1941*, Warszawa: Wyd. Nozomi, 1998.
- Parsadanova, Valentina S., Moskwa v 1920 godu, in: *Stolica i provincija v istorii Rossii i Pol'shi*, hg. v. Boris V. Nosov, Moskwa: Institut Slavjanovedenija RAN, 2008.
- Persil, Raoul, *Alexandre Millerand, 1859–1943*, Paris: Société d'éditions françaises et internationales, 1949.
- Petracchi, Giorgio, *Da San Pietroburgo a Mosca. La diplomazia italiana in Russia 1861/1941*, Roma: Bonacci, 1993.
- Piszczkowski, Tadeusz, *Anglia a Polska 1914–1939: w świetle dokumentów brytyjskich*, Londyn: Oficyna Poetów i Malarzy, 1975.
- Porchet, Alain, *Obraz stosunków francusko-polskich w prasie francuskiej w latach 1919–1921*, in: *Rok 1920 z perspektywy osiemdziesięciolecia*, hg. v. Andrzej Ajnenkiel, Warszawa: Wyd. Neriton, 2001.
- Radosh, Ronald, *John Spargo and Wilson's Russian Policy, 1920*, in: *Journal of American History* 52 (1965), No. 3.

- Rose, Inbal, *Conservatism and Foreign Policy during the Lloyd George Coalition 1918–1922*, London: Frank Cass, 1999.
- Rose, Norman, *Lewis Namier and Zionism*, Oxford: Clarendon Press, 1980.
- Roskill, Stephen, *Hankey. Man of Secrets*, Vol. I (1877–1918), London: Collins, 1970; vol. II (1919–1931), London: Collins, 1972; Vol. III (1931–1963), London: Collins, 1973.
- Rusin, Bartłomiej, *Lewis Namier a kwestia „Linii Curzona“ i kształtowanie się polskiej granicy wschodniej po I wojnie światowej*, in: *Studia z Dziejów Rosji i Europy Środkowo-Wschodniej* 48 (2013).
- Ruotsila, Markku, *John Spargo and American Socialism*, London: Macmillan, 2006.
- Russell, Bryant F., *Lord D'Abernon, the Anglo-French Mission, and the Battle of Warsaw, 1920*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 38 (1990), H. 4.
- Sakowicz-Tebinka, Iwona, *Imperium barbarzyńców. Rosja Aleksandra II w brytyjskich opiniach prasowych*, Gdańsk: Wyd. Uniw. Gdańskiego, 2011.
- Schroeder, Paul, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford: Clarendon Press, 1994.
- Seegel, Steven, *Mapping Europe's Borderlands. Russian Cartography in the Age of Empire*, Chicago & London: University of Chicago Press, 2012.
- Sieradzki, Józef, *Białowieża i Mikaszewicze. Mity i prawdy. Do genezy wojny pomiędzy Polską a RSFRR w 1920 r.*, Warszawa: Książka i Wiedza, 1959.
- Sergeev, Evgenij, *Dżordż Kurzon. Poslednij rycarz' Britanskaj imperii*, Moskwa: Товарищество научных изданий КМК, 2015.
- Singh, Mehta Uday, *Liberalism and Empire. A Study in Nineteenth Century British Liberal Thought*, Chicago: Chicago University Press, 1999.
- Smith, Daniel M., *Aftermath of War. Bainbridge Colby and Wilsonian Diplomacy 1920–1921*, Philadelphia: American Philosophical Society, 1970.
- Snyder, Timothy, *Sketches from a Secret War. A Polish Artist's Mission to Liberate Soviet Ukraine*, New Haven; London: Yale University Press, 2000.
- Spence, Richard B., *Boris Savinkov: Renegade on the Left*, Boulder: Colorado East European Monographs, 1991.
- Steiner, Zara, *The Lights that Failed. European International History 1919–1933*, London: Oxford University Press, 2005.
- Šyškin, V. A., *Stanovlenie vnešnej politiki poslerevolucionnoj Rossii (1917–1930 gody) i kapitalističeskij mir*, St. Peterburg: Rossijskaja Akademija Nauk, Sankt-Petersburgskij Institut Istorii, 2002.
- Taylor, Alan John P., *The Struggle for Mastery in Europe 1848–1918*, Oxford: Oxford University Press, 1971.
- Tebinka, Jacek, *Wielka Brytania dotrzyma lojalnie swojego słowa. Winston S. Churchill a Polska*, Warszawa: Wyd. Neriton, 2013.
- Toye, Richard, *Lloyd George & Churchill. Rivals for Greatness*, London: Macmillan, 2007.
- Truš, M. I., *Meždunarodnaja dejatel'nost' V. I. Lenina. Zaščita zavoevanij socialističeskoj revolucii 1919–1920*, Moskwa: Izd. Političeskoj Literatury, 1988.
- Ullman, Richard, *Anglo-Soviet Relations, 1917–1921*, vol. II: *Britain and the Russian Civil War*, Princeton: Princeton University Press, 1968; vol. III: *The Anglo-Soviet Accord*, Princeton 1972.
- Venier, Pascal, *The geographical pivot of history and early twentieth century geopolitical culture*, in: *The Geographical Journal*, December 2004, Vol. 170, No. 4.
- Wandycz, Piotr, *France and Her Eastern Allies 1919–1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 1962.
- Wandycz, Piotr, *Henrys i Niessel, dwaj pierwsi szefowie francuskiej misji wojskowej w Polsce 1919–1921, w: tenże, Polska a zagranica*, Paryż: Instytut Literacki, 1986

- Wandycz, Piotr, *Pax Europaea. Dzieje systemów międzynarodowych w Europie 1815–1914*, Kraków: Arcana, 2003.
- Wandycz, Piotr, *Secret Soviet-Polish Peace Talks in 1919*, in: *Slavic Review* 24 (1965), No. 3 (Sept.).
- White, Patrick, *Iron Curtain. From Stage to Cold War*, Oxford: Oxford University Press, 2007.
- White, Stephen, *Labour's Council of Action 1920*, in: *Journal of Contemporary History*, October 1974, vol. IX.
- Wilson, Trevor, *The Coupon and the British General Election of 1918*, in: *The Journal of Modern History* 36 (1964), No. 1 (March).
- Winid, Bogusław, *W cieniu Kapitolu. Dyplomacja polska wobec Stanów Zjednoczonych Ameryki 1919–1939*, Warszawa: Wyd. PoMost, 1991.
- Wnuk, Rafał, *Za pierwszego Sowietu. Polska konspiracja na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej (wrzesień 1939 – czerwiec 1941)*, Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej oraz Instytut Studiów Politycznych PAN, 2007.
- Woodward, David R., *The Origins and Intent of David Lloyd George's January 5 War Aims Speech*, in: *Historian* 34 (1971), November.
- Young, Kenneth, *Arthur James Balfour. The Happy Life of the Politician, Prime Minister, Statesman, and Philosopher, 1848–1930*, London: G. Bell & Sons, 1963.
- Zamoyski, Adam, *Rites of Peace. The Fall of Napoleon & the Congress of Vienna*, London; New York: Harper, 2007.
- Zaremba, Piotr, *Demokracja w stanie wojny. Woodrow Wilson i jego Ameryka*, Warszawa: Wyd. Neriton, 2014.
- Zięba, Andrzej A., *Historyk jako produkt historii, czyli o tym, jak Ludwik Bernstein przekształcał się w Lewisa Namiera*, in: *Historyk i historia (studia dedykowane pamięci Prof. Mirosława Francicia)*, hg. v. Adam Walaszek, Krzysztof Zamorski, Kraków: Historia Iagellonica, 2005.
- Zubačevskij, Vladimir A., *Politika Rossii v otnošenii vostočnoj časti central'noj Evropy (1917–1923 gg.): geopolitičeskij aspekt*, Omsk: Omskij Gosudarstvennyj Pedagogičeskij Institut 2005.

Index

- Abaza, Aleksandr Nikolaevič 87
Abernon, Edgar Vincent d' 128, 135–136, 143,
145, 238, 297–302, 306, 312–313
Adenauer, Konrad 201
Alexander I. 18, 154
Asquith, Herbert 160, 173, 197, 230, 232–233,
251, 259, 261, 264–265, 270, 273, 330
Attlee, Clement Richard 273
Avezzano, Romano 75
- Bachmetev, Boris Aleksandrovič 12, 41, 66–68,
349, 363, 369–370, 374–375, , 380, 383
Bacon, Francis 153
Baldwin, Stanley 318, 321
Balfour, Arthur James 33, 82, 152–154, 156–166,
168–169, 171–173, 175–177, 179, 183, 193,
195–196, 198, 200, 202, 205, 229, 237, 265,
318–319, 321, 325–326, 329, 358, 382
Balfour, Blanche *siehe* Cecil, Blanche
Barthou, Louis 38, 55
Bauer, Gustav 23, 63
Beatty, David Richard 306
Beck, Józef 338
Benn, William Wedgwood 263–264
Bernstein, Jakub Chaim 172
Bernstein, Józef 182
Bernstein, Ludwik *siehe* Namier, Lewis
Berthelot, Philippe 51, 56, 113–114
Bevin, Ernest 142, 273–274
Bismarck, Otto von (Otto Eduard Leopold von
Bismarck-Schönhausen) 157, 210, 230
Boerner, Ignacy (fälschlich Brenner) 334, 337–
339, 382
Bonar Law, Andrew 137, 232–233, 237, 239, 249,
253, 255, 263, 265–266, 269, 272, 274, 280,
290, 293, 295, 303, 307, 321
Borejsza, Jerzy 17
Branting, Karl Hjalmar 77–78
Breckinridge Long, Samuel 12, 65, 69, 383
Bryant, F. Russell 128, 180, 299
Bucharin, Nikolaj 117, 123, 130–131, 146
Budennyj, Semen 227, 293
Bulak-Balachovič, Stanislav 343, 352, 355
Byron, George Gordon 156
Cachin, Marcel 64
Čajkovskij, Nikolaj 77, 242
Cambon, Henri 61
Cambon, Paul 138
Carley, Michael Jabara 46, 48, 51, 57–58, 61, 63,
88–89, 370
Carton de Wiart, Adrian 94, 301
Castlereagh, Robert Stewart 155, 162–163
Cecil, Blanche 153
Cecil, Robert 102, 153, 199, 265–266, 268, 270,
272–274, 276, 329
Chamberlain, Neville 4–5, 158, 196, 198, 249,
253, 316, 319, 323
Chaplin, Charlie (Charles Spencer Chaplin) 207,
382
Chinda, Sutemi 290
Chopin, Fryderyk (Frédéric Chopin) 153
Churchill, John (1st Duke von Marlborough) 240
Churchill, Winston Leonard Spencer 4, 12, 83–
84–86, 101, 103, 129, 132, 136–137, 148, 152,
160, 197–198, 201, 229, 232, 238–241, 248–
249, 250–251, 253–257, 259, 261, 263–264,
266, 268–269, 275, 277, 280, 282, 284, 288,
296, 303–305, 313–316, 320–321, 323, 325,
328, 330, 383
Čičerin, Georgij 87, 107, 111–113, 116–119, 121–
123, 125–133, 139, 146–148, 278, 285, 289,
293, 298, 302, 318, 350, 353–354, 362, 366,
375, 382
Ciechanowski, Jan 87
Clemenceau, Georges Benjamin 33, 48–49, 51–
53, 55, 59, 64, 83, 88–89, 191, 231, 254–256,
259, 277, 382
Clynes, John Robert 264–266, 269, 273–274, 276
Colby, Bainbridge 12, 30, 67–70, 73–78, 86, 139,
369, 373, 383
Cornwallis-West, George Frederick
Myddleton 241
Curzon, George Nathaniel 2, 11, 36, 40, 71, 83–
84, 90, 92–93, 95, 100–101, 103, 112, 114–
121, 123–125, 127–131, 135–137, 143, 146–
148, 149–150, 152, 171, 173, 177, 192–193,
196, 198, 205, 214, 216, 218–220, 224–225,
229, 237–238, 241–243, 245–250, 252–255,

- 257, 259, 267, 277, 282, 284, 289–296, 298, 303, 306, 309, 313, 316, 318–319, 321–322, 324, 379
- Dąbrowski, Stefan 373
- Dąbski, Jan 350–351, 354–356, 373, 382
- Daniels, Josephus 76
- Danilevskij, Nikolaj 365
- Daszyński, Ignacy 269, 351–355
- Davis, Norman Heseekiah 66, 70, 73–74, 235, 237, 248, 253, 299
- Davis, John William 248
- de Wiarts, A. Carton 95
- Debo, Richard K. 86, 128, 254, 304, 376–377
- Denikin, Anton Ivanovič 19, 21, 36–37, 39–42, 47, 85, 88, 214, 216, 224, 243, 245, 248–251, 255, 269, 297, 333, 335–336, 338, 340, 345, 348, 356–357
- Disraeli, Benjamin (Lord Beaconsfield) 157–158
- Dmowski, Roman 21, 28, 32, 174–181, 183, 303, 356
- Drummond, Eric 176–177
- Dworzaczek, Włodzimierz 171
- Dzerżyński, Feliks Edmundovič 130, 138, 271–272, 382
- Eddy, Mary Baker 195
- Eden, Robert Anthony 284
- Faisal Ibn Hussein 24
- Fedorovna, Aleksandra 51
- Fisher, Louis 253, 337
- Fitzalan-Howard, Anne 195
- Fitzalan-Howard, Henry Granville *siehe* Norfolk (14th Duke von)
- Foch, Ferdinand 53, 58, 64, 85–86, 88, 93, 109–110, 288, 290, 292, 299, 347, 371, 374, 378
- Franz Ferdinand 302
- Fry, Michael 230, 249–250, 252–253, 255–256, 259–260, 275, 282, 290, 306, 317, 327–328
- Gade, John Allyne 73
- Garliński, Józef 344
- Gascoyne-Cecil, Robert Arthur Talbot (3rd Marquess von Salisbury) 153
- Gascoyne-Cecil, Robert Arthur Talbot *siehe* Salisbury (3rd Marquess von Salisbury)
- Geddes, Auckland 70–72, 253, 281, 287
- George V (König des Vereinigten Königreichs und der britischen Dominions, Kaiser von Indien) 205, 209, 223, 231, 264
- George, William, Vater von David Lloyd George 229
- Gibson, Hugh Simons 32, 34, 69, 90–91
- Giertych, Jędrzej 174, 356–357
- Giolitti, Giovanni 54, 116, 148, 311, 314–315, 348, 372, 376
- Gmurczyk-Wrońska, Małgorzata 290
- Goebbels, Joseph 324
- Got'e, Jurij Vladimirovič 367
- Grabski, Stanisław 109–110, 112, 114, 259, 268, 290, 292–294, 343, 355–356, 380, 382
- Gregory, John Duncan 218–222, 242, 322
- Grey, Edward 1st Viscount Grey von Fallodon 173, 196, 272
- Grin, Aleksandr 147
- Guinness, Walter Edward 1st Baron Moyne 265–266
- Hácha, Emil 292
- Haking, Richard 378
- Hankey, Adeline *siehe* Smidt, Adeline Hermine Gertrude Ernestine de
- Hankey, Maurice Pascal Alers 1st Baron, (1877–1963) 12, 41, 112–113, 128, 134–135, 137–138, 140, 145, 152, 193, 195–198, 200, 202–203, 212–213, 225, 227–228, 231–232, 257, 278, 288–289, 291, 294, 296–303, 306–307, 311–313, 315–316, 320–321, 323, 329, 383
- Hankey, Robert 197
- Hardinge, Charles 1st Baron Hardinge 92, 210, 214, 216, 221, 223, 322
- Harington, Charles 296
- Headlam-Morley, James 180–181
- Henrys, Paul Prosper 52, 58, 64, 301
- Herbert, Zbigniew 66, 253, 343
- Hitler, Adolf 4–5, 158, 192, 208, 292, 318–320, 323–324, 329–330, 368–369
- Hoare, Reginald Hervey 322
- Hochberg von Pless, Daisy (Mary Theresa Olivia, geborene Cornwallis-West) 241

- Hohenzollern (Dynastie) 2
 Hoover, Herbert Clark 32, 66
 Horne, Robert Stevenson 253
 House, Edward Mandell 82, 106, 143–145, 149, 174, 311
 Hughes, Michael 238, 275
 Humbert-Droz, Jules 367
 Huxley, Aldous 173
- Iranek-Osmecki, Kazimierz 344
- Jakobson, Roman Osipovič 364
 Joffe, Adolf Abramovič 350, 354–355, 368
 Jones, Tom 257
 Joyce, James 207–208
 Joyce, Stanislaus 208
 Judenič, Nikolaj Nikolaevič 340
 Jusserand, Jean Jules 146, 300–301
- Kalinin, Michail Ivanovič 117, 119
 Kamenev, Lev Borisovič (Leo Rosenfeld oder Lev Borisovich Rozenfeld) 2, 11, 44, 70, 72–73, 107, 117–121, 123, 129–130, 131 133, 137–141, 143–146, 259, 298, 303–304, 306–307, 310, 312–313, 316, 324, 375
 Kapp, Wolfgang 23, 37, 63
 Karski *siehe* Marchlewski
 Katharina II (Sophie von Anhalt-Zerbst-Dornburg), Kaiserin von Russland 18
 Kemal, Mustafa (Atatürk) 24
 Kennan, George Frost 17, 66, 150, 328
 Kenworthy, Joseph Montague (10th Baron Strabolgi) 263, 268, 273–274, 276–277, 329
 Kerenskij, Aleksandr Fedorovič 242
 Kerr, John William Robert 12, 70–72, 100, 109, 112, 129, 137, 152, 176–178, 187–188, 195–203, 206, 208–213, 216, 220, 225–226, 229, 231–232, 234, 238, 254, 256–257, 277–278, 281, 285–288, 290, 293–297, 303, 306–307, 309, 319, 321–323, 327, 329, 383
 Kerr, Anne *siehe* Fitzalan-Howard, Anne
 Kerr, Philip 177, 179
 Kerr, Ralph 195
 Kipling, Joseph Rudyard 200
 Kissinger, Henry 17, 150, 328
- Kolčák, Aleksandr Vasilevič 47, 88, 224, 245, 250, 269, 297, 338, 348
 Komarnicki, Titus (Tytus) 51, 82, 89, 327, 336
 Kon, Feliks Jakovlevič 271, 382
 Kopp, Viktor Leontevič 111, 350–351, 353–355, 362, 365–368, 376, 380
 Korab Kucharski, Henryk 178
 Kościuszko, Tadeusz 156
 Kossakowski, Michał 338–339
 Kot, Stanisław 172, 192
 Krasin, Leonid Borisovič 70, 105–108, 112, 117–118, 122, 129, 137, 140, 225–227, 259, 266–268, 277–279, 281–285, 289, 298, 303, 306–307, 313, 317, 324
 Krestinskij, Nikolaj Nikolaevič 117–119
 Krzyżanowski, Adam 337
 Kujawski *siehe* Marchlewski
 Kukiel, Marian 172, 192
 Kuliński, Mieczysław 354
 Kunicki, Ryszard 351–355
 Kutrzeba, Tadeusz 337, 344
- Ładoś, Aleksander 354
 Lansbury, George 262, 274
 Lansdowne, Lord Henry (5th Marquess of Lansdowne) 173
 Lansing, Robert 28–31, 34, 66–68, 86, 90, 248
 Laroche, Jules 51, 55
 Lastoŭski, Vaclaŭ 381
 Law, Andrew Bonar *siehe* Bonar Law, Andrew
 Leeper, Reginald „Rex“ Wildig Allen 286, 296, 304
 Lem, Stanisław 293
 Lenin, Vladimir (Uljanov, Vladimir Il'ič) 1–3, 9, 11–12, 18, 43–44, 63, 70, 77, 84, 86, 91, 94, 102–104, 107, 117–121, 123–124, 130–131, 134, 138–139, 143, 146, 149, 161, 192, 205, 255, 260–263, 266–267, 270, 273–275, 277, 280–282, 290, 292, 295, 298, 303–304, 308, 312, 314, 318, 327, 329, 333, 335, 337, 342, 345, 349–354, 359–360, 363, 366–368, 370, 375–376, 378, 380, 383
 Lentin, Antony 5, 7, 201, 324, 328
 Leygues, Georges 372
 Lied, Jonas 226, 277, 281
 Lindley, Francis Oswald 215, 224

- Litvinov, Maxim Maksimovič (Meir Henoch Mojszewicz Wallach-Finkelstein) 57, 105, 116, 278
- Lloyd George, David 1–2, 5, 7, 11–12, 24, 36, 38–42, 45, 49, 52, 56, 62–63, 70, 72, 74–75, 78–79, 82–89, 92–94, 96–98, 100–112, 115–116, 123, 127–129, 132, 136–150, 152, 161, 165–166, 172–173, 177–179, 183, 192–193, 196–200, 202–203, 205, 208, 210–212, 215–216, 218, 220–221, 225–239, 241, 248–261, 264–266, 268–270, 272–273, 275–279, 281–283, 285–287, 289–301, 303–304, 306–308, 310–312, 314–315, 318–330, 347–348, 371, 375–377, 379–380, 383
- Lloyd, Richard 94, 229
- Łobodowski, Józef 340
- Lodge, Henry Cabot 29
- Long, Samuel Breckinridge 65
- Long, Walter 316
- Ludendorff, Erich 368
- Lüttwitz, Walther von 23, 37, 63
- Machrov, Petr Semenovič 348–349, 352, 374–375, 383
- Mackiewicz, Józef 335–337, 339–346, 348–350, 355–357, 383
- Mackinder, Halford John 38–41, 173, 215–216, 247–248, 255, 265–266
- Maclean, Donald Charles Hugh 264
- MacMillan, Maurice Harold 18, 24, 29–30, 33, 173, 234
- Maiskij, Ivan Michailovič 323
- Makhrov, Machrov, Petr Semenovič 349, 374–375, 383
- Maklakov, Vasilij Alekseevič 66, 77, 346, 363
- Malone, Patrick 268
- Mannerheim, Carl Gustaf Emil 215
- Marchlewski, Julian (auch Karski, Kujawski) 130, 138, 271–272, 334–335, 338, 352, 382
- Margolin, Arnoł'd Davidovič 295
- Marx, Karl 67, 212, 229
- Masaryk, Tomáš Garrigue 134, 300
- Matsui, Keishirō 97
- Matveev, Gennadij Filipovič 358
- Mickiewicz, Adam 153
- Miedziński, Bogusław 344
- Millerand, Alexandre 38, 42, 44–46, 49–61, 63, 76, 83, 89, 93, 97, 107–108, 110–113, 128, 132–133, 138–141, 145–146, 148, 255, 290, 292, 299, 303, 306, 308, 310, 347–348, 370–372, 376, 380, 382
- Milner, Alfred (1st Viscount Milner) 195–196, 200–201
- Molotov, Vjačeslav Michailovič 284, 324, 366
- Müller, Hermann 23
- Mychajliv, Leonid 100–101
- Namier, Julia (geborene Iulia Michaelovna Kazarina) 173, 180
- Namier, Lewis 96, 152, 172–193, 199–200, 210, 217–222, 234, 242, 252, 264, 286, 318, 323, 326
- Napoleon I (Napoleon Bonaparte, Kaiser der Franzosen) 154, 159, 162, 302
- Niessel, Henri 52
- Nikolaus I. 156
- Nikolaus II. 51
- Nitti, Francesco Saviero 49, 54, 56, 84, 94, 97, 255
- Norfolk (14th Duke von) 195
- Noulens, Joseph 48
- Nowak-Kiełbikowa, Maria 248
- Ódakowski, Zygmunt 367
- Oman, Charles William Chadwick 175–176
- Paderewski, Ignacy Jan 180, 182, 214, 224, 233–235, 268, 299, 373
- Paléologue, Maurice 50–51, 61, 371
- Palmerston, Henri 229
- Panafieu, Hector André de 58–60, 145, 301, 371–372, 382
- Pareto, Vilfredo Federico Damaso 173
- Patek, Stanisław 52–53, 55–56, 61, 87–96, 98, 109, 215–217, 254, 259, 279, 290, 382
- Pavlovič, Nikolaj 156
- Pełczyński, Tadeusz 344
- Percy, Eustace Sutherland Campbell (Baron Percy von Newcastle) 174, 280, 301, 311
- Pétain, Henri Philippe 325
- Peter der Große (Kaiser von Russland) 244

- Petljura, Symon 22, 88, 98, 101–104, 223, 267, 279–280, 367, 381–382
- Petty-Fitzmaurice, Henry Charles Keith *siehe* Lansdowne, Lord Henry (5th Marquess of Lansdowne)
- Piłsudski, Józef 12, 19–22, 32–33, 36, 39–41, 43, 46, 49–50, 53, 58, 63–64, 88–91, 94, 96–102, 107, 123, 133–134, 140, 155, 172, 178, 180–183, 189, 209, 214, 216, 222–225, 227–228, 247–248, 253, 262, 299, 301–303, 308, 313, 333–342, 345–346, 348–350, 353, 355–357, 372–375, 377, 380, 382
- Polk, Frank Lyon 66, 86, 248
- Pound, Ezra 206–208
- Pragier, Adam 344
- Pralon, Eugène 58, 89
- Purcell, Albert Arthur 263
- Putin, Vladimir Vladimirovič 3, 22
- Raczyński, Edward 324
- Radcliffe, Percy Pollexfen de Blaquiere 280, 301–302, 311
- Radek, Karl Bergardovič (Karol Sobelsohn) 130, 335–336, 352
- Radetzky, Joseph (Johann Josef Wenzel Anton Franz Karl, Graf Radetzky von Radetz) 153
- Ribbentrop, Joachim von 324, 366
- Riddell, George Allardice (Baron Riddell) 127, 129, 197
- Romanov (Dynastie) 2, 7, 25–26, 67, 103, 147, 245, 288, 338
- Romer, Eugeniusz 171
- Roosevelt, Franklin Delano 66, 284, 321
- Roosevelt, Theodore 159, 319
- Rothschild, Lionel Walter (2nd Baron Rothschild) 158, 226, 231
- Rowland, Thomas 209
- Rozwadowski, Tadeusz 288–289, 313, 342, 362
- Rumbold, Horace (Sir Horace Rumbold, 8th Baronet) 12, 36, 90–93, 95–96, 100–101, 109, 127, 152, 187, 205–210, 213–225, 227–228, 242, 285–286, 295–296, 301, 304, 308–310, 312, 321–322, 330, 382–383
- Russell, Bertrand Arthur William 180, 263, 281, 299
- Said, Edward 212
- Salisbury (3rd Marquess von Salisbury) 153, 157, 164
- Samjatin, Evgenij Ivanovič 147
- Sapieha, Eustachy 354, 374
- Šapošnikov, Boris Michailovič 277
- Sassoon, Philip Albert Gustave David 226, 231
- Savinkov, Boris Viktorovič 248, 253, 288, 346, 352, 355
- Schaetzel, Tadeusz 344
- Schroeder, Paul W. 155–156
- Sforza, Carlo 116, 133, 290
- Shaw, Tom (Thomas) 262, 268, 271, 274
- Sienkiewicz, Henryk 172
- Sieradzki, Józef 337
- Sikorski, Władysław 172, 342
- Simons, Walter 376
- Skrzyński, Aleksander 61, 64, 199
- Skulski, Leopold 89–90, 95, 98
- Smidt, Adeline Hermine Gertrude Ernestine de 202
- Smilga, Ivar Tenisovič (Ivars Smilga) 125, 130, 378
- Smuts, Jan Christian 5, 7, 199–200, 235, 320, 324, 358
- Snowden, Ethel 263
- Snowden, Philip 263
- Sommerstein, Mojżesz (Maurycy) 172
- Sosnkowski, Kazimierz 98–99, 334–335, 383
- Spargo, John 67–68, 73, 75–78, 369
- Stalin, Joseph Vissarionovič Džugažvili (Iosif Vissarionovich Jughashvili oder Dzhugas-hvili) 1, 4, 11, 18–19, 38, 44, 66, 114, 117, 119–121, 123, 130–131, 146, 149, 192, 231, 284, 320–321, 323–325, 330, 336, 342, 359, 363, 369, 378
- Stevenson, Frances 177, 225, 231, 233–234, 252
- Struve, Petr Bergardovič 77
- Temple, Henry John, 3rd Viscount Palmerston *siehe* Palmerston
- Thomas von Aquin 231
- Thomas, James Henry 266–267, 274
- Tocqueville, Alexis-Henri-Charles Clérel de 258
- Toporska, Barbara 346
- Toye, Richard 230, 232, 239, 250, 275, 328

- Toynbee, Arnold 172–173
 Trąpczyński, Wojciech 224
 Trockij, Lev Davidovič (Bronstein) 2, 11, 43–44, 117–119, 125, 130, 132, 146, 266, 274, 277, 280, 282, 292, 353, 363, 366, 370
 Trubeckoj, Nikolaj Sergeevič 364–365, 378
 Truman, Harry S. 75
 Tuchačevskij, Michail Nikolaevič 141, 335
 Turner, Benjamin (Ben) 263, 268
- Ullman, Richard 258
 Unšlicht, Josif Stanislavovič 123–124, 130
- Vandervelde, Émile 78
 Victoria (Alexandrina Victoria) (Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland) 153
 Viscount Saint Cyres 221
 Vorovskij, Vaclav 148
 Vrangiel, Petr Nikolaevič 19, 36–37, 77, 102, 106–107, 116, 119, 126, 145, 282–284, 295, 314, 340, 342, 347–350, 353–354, 356, 363, 369–374, 380
- Washington, George 10, 12, 28–29, 34–35, 37, 42–43, 46, 65, 67, 69–70, 72–76, 79, 86, 95, 138–139, 145, 158, 188, 192, 195, 248, 272, 287, 323, 363, 371–372, 383
- Wedgwood, Josiah Clement (1st Baron Wedgwood) 251, 263, 269–271, 273, 276
 Wędziagolski, Karol 346–347
 Wellesley, Arthur (1st Duke of Wellington) 153–154
 Wellington, Arthur 153–156, 163, 174
 Weygand, Maxime 128, 133, 143, 288, 290, 300–301, 308–309, 342, 382
 Wieliński, Edmund 172
 Wilhelm II Hohenzollern (Deutscher Kaiser and König von Preußen) 149, 241
 Williams, Harold 274–275
 Wilson, Henry Hughes 255
 Wilson, Thomas Woodrow 6, 27–30, 33–34, 45, 65–70, 72, 75–76, 78–79, 82, 86, 138–139, 165, 200, 231, 233, 255–256, 259, 277, 287–288, 304, 306, 315, 369, 382
 Wingate, Francis Reginald 174
 Wise, Edward Frank 83, 137, 227, 255, 278, 282, 303, 326, 329
 Witos, Wincenty 269, 304
 Wyndham, Percy 20, 206
- Zamorski, Jan 334
 Zamoyski, Maurycy Klemens 56, 61–62, 155, 382
 Żeligowski, Lucjan 354
 Zinovev, Grigorij Evseevič 117, 123, 130–131, 146